

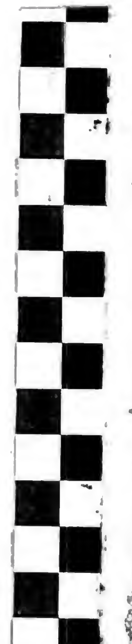
Chronik der Hauptstadt Mannheim


HEIL FRIEDRICH
Chronik der
Hauptstadt Mannheim



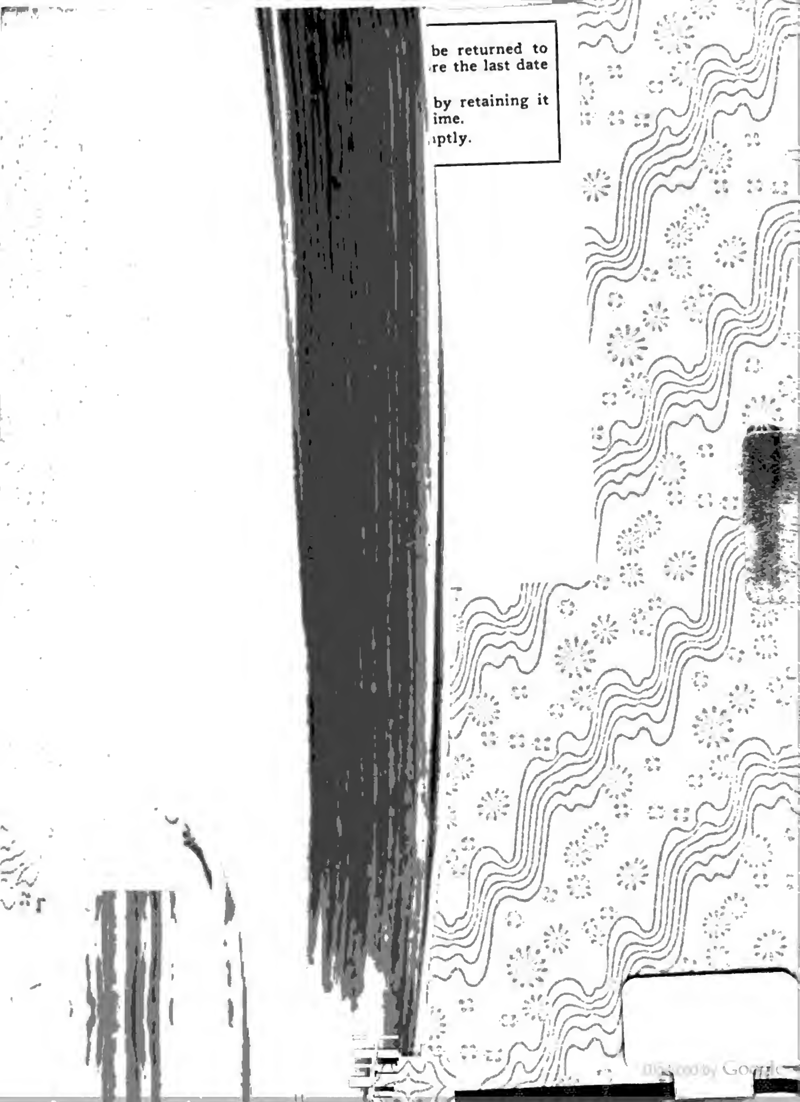
Chronik der Hauptstadt Mannheim

CHRONIK – 3 – 1902.






HEIL FRIEDRICH
Chronik der
Hauptstadt Mannheim


be returned to
re the last date
by retaining it
ime.
ptly.

Chronik

der Hauptstadt Mannheim

für das Jahr

1902



Ehrenpforte am Schloß

(vgl. S. 14)

Chronik
der Hauptstadt Mannheim
für das Jahr 1902

III. Jahrgang

Im Auftrage des Stadtrats bearbeitet

von

Dr. Friedrich Walter

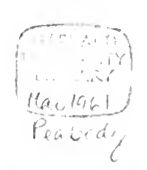


Mannheim

Verlag der Stadtgemeinde

(Kommissionsverlag: Julius Hermann's Buchhandlung)

1904

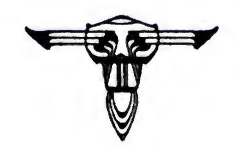



Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei
G. m. b. H.
Mannheim



Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abbildungen

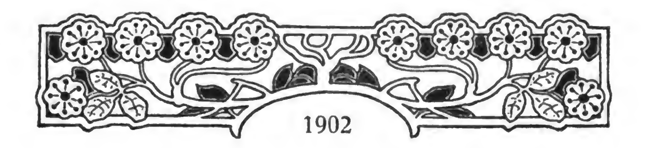


Ein eigentliches Vorwort zum vorliegenden dritten Jahrgang der Mannheimer Chronik ist überflüssig, da der Verfasser bezüglich des Zweckes und der Anlage dieser Jahrbücher auf das früher Gesagte verweisen kann. Dem Wunsche nach kürzerer Fassung ließ sich bei der Fülle des Stoffes, der auch für das Jahr 1902 von allen Seiten herandrängte, nur in sehr bescheidenem Maße Rechnung tragen. Doch wurde der Umfang des zweiten Jahrgangs nicht ganz erreicht.

Auch 1902 war ein für die Entwicklung unserer Stadt wichtiges und auf den verschiedensten Gebieten ereignisreiches Jahr; es stand vor allem in dem Zeichen des Festes der Jubiläumshuldigung für Großherzog Friedrich von Baden und des gewaltigen Unternehmens der landwirtschaftlichen Ausstellung. Wichtige Schulorganisationen brachte es zum Abschluß — Reformschule und Handelsschule — große Unternehmungen, wie der Bau der städtischen Festhalle, traten in das letzte Stadium ihrer Vollendung. Bedeutungsvoll war ferner die Einweihung des neuen Börsengebäudes und der Ausbau der städtischen Straßenbahn. Zahlreiche trübe Erfahrungen mußten auf wirtschaftlichem Gebiete gemacht werden, aber selbst so weittragende Erschütterungen wie die Rheinaukatastrophe konnten den gesunden und kräftigen Grundlagen unseres kommerziellen Lebens keinen dauernden Schaden zufügen.

Leider erscheint dieses Buch, das alle die freudigen und schmerzlichen Ereignisse des Jahres 1902 zusammenzufassen berufen ist, mit ziemlich starker Verspätung, die seine Freunde mit Rücksicht darauf entschuldigen mögen, daß nicht nur die mühsame Bearbeitung, sondern auch die über eine Reihe von Monaten sich hinziehende Drucklegung mit mancherlei zeitraubenden Schwierigkeiten verknüpft war, vor allem aber, daß die Arbeitskraft des Verfassers in erster Reihe durch die Vorbereitung des großen historischen Werkes, das zum 300 jährigen Jubiläum der Stadt Mannheim geplant ist, in Anspruch genommen war.

Mannheim, Ende März 1904.



Ehrentafel.

Auf dieser Ehrentafel, die den Ehrenplatz zu Anfang der Chronik erhielt, werden alljährlich die Namen aller derer aufgezeichnet, welche der Stadt eine Stiftung irgend welcher Art für wohltätige oder gemeinnützige Zwecke überwiesen haben.

I.

Am 13. März feierte Geh. Kommerzienrat Karl Eckhard, einer der angesehensten Bürger unserer Stadt, in voller körperlicher und geistiger Frische seinen 80. Geburtstag. Er erhöhte an diesem Tage die von ihm bei seinem 70. Geburtsfest mit einem Kapital von 10000 Mk. ins Leben gerufene „Karl Eckhard-Stiftung" für Ausstattung unbemittelter Mannheimer Mädchen um 5000 Mk., außerdem schenkte der Jubilar — abgesehen von einer 10000 Mk. betragenden Zustiftung zur Karl Eckhard-Stiftung der Rheinischen Kreditbank — zur unmittelbaren Verwendung für hiesige Armen 2000 Mk., die zur Hälfte durch den Stadtrat und zur anderen Hälfte durch den Frauenverein verteilt wurden.

II.

Der am 20. Juli 1897 errichteten „Friedrich und Marie Engelhorn-Schenkung", deren Erträgnisse alljährlich unter 4 christliche und eine jüdische Mannheimer bedürftige Familie verteilt werden, wandten unterm 2. Mai 1902 die Erben des kurz zuvor verstorbenen Kommerzienrats Friedrich Engelhorn ein Geschenk von 20000 Mk. zu. Weitere 1000 Mk. wurden von Herrn Engelhorn selbst und 2000 Mk. von dessen Erben der Armenkommission übergeben.

III.

Der kürzlich verstorbene Konsul Karl Leoni, der am 17. Juli 1902 seinen 70. Geburtstag feierte, erhöhte an diesem Tage seine am 9. April 1898 anläßlich seines Kaufmannsjubiläums gemachte Schenkung von 35000 Mk. um den

gleichen Betrag. Die Zinsen dieses Kapitals von 70000 Mk. werden dazu verwendet, tüchtigen Schülern der Mannheimer Handelsmittelschule die höhere handelswissenschaftliche Ausbildung zu ermöglichen. Testamentarisch stellte Leoni noch ein Kapital von 5000 Mk. zur Speisung zweier armer Volksschüler in der Volksküche und weitere 2500 Mk. für sonstige Armenzwecke zur Verfügung.

IV.

Der am 9. März 1902 verstorbene Privatmann Julius Mammelsdorf, der nach einer langjährigen Tätigkeit als Bankvorstand in Ostasien und Mexiko die letzten Jahre seines Lebens in Mannheim verbrachte, setzte in seinem Testament vom 15. August 1886 die Stadtgemeinde zur Erbin seiner ungefähr 4000 Bände umfassenden Bibliothek ein, deren Wert auf 16000 Mk. veranschlagt ist. Diese wertvolle Büchersammlung, die zahlreiche italienische und spanische Drucke umfaßt, wurde in der „öffentlichen Bibliothek" aufgestellt. Seine Sammlung von fremdländischen Kunstgegenständen usw. aus Mexiko, Japan und China wandte er dem hiesigen Altertumsverein mit dem Vorbehalte zu, daß das Eigentum an derselben im Falle der Auflösung des Vereins der Stadtgemeinde zufalle.

V.

Zum ehrenden Andenken an ihren Vater, den verstorbenen Geh. Kommerzienrat Emil Ladenburg in Frankfurt a. M. setzten dessen Erben ein Legat von 10000 Mk. als Zustiftung zur Julie Seligmann und Leopold Ladenburg-Stiftung aus. Die Zinsen sind alljährlich am 2. Januar zu verteilen.

VI.

Frau Elise Ladenburg übergab zum ehrenden Andenken an ihren am 30. Mai verstorbenen Gatten Bankier Gustav Ladenburg 10000 Mk. als Zustiftung zu der Julie Seligmann und Leopold Ladenburg-Stiftung, deren Reinvermögen nunmehr auf ca. 250000 Mk. angewachsen ist.

VII.

Frau Betty geb. Gallenberg, Ehegattin des Bankiers Salomon Loeb in New-York errichtete unterm 24. Juni 1890 die „Gallenberg-Stiftung" zur Unterstützung bedürftiger Musiklehrer beiderlei Geschlechts; dem ursprünglichen Grundstock von 5000 Dollars fügte die edle Stifterin im Jahre 1899 weitere 5000 Dollars zu. Bei ihrem Ableben im September 1902 erhöhte der Witwer das Stiftungskapital wiederum um den Betrag von 5000 Dollars mit der

Bedingung, daß der Stiftung die Erhaltung der Gräber der Eltern der Frau Loeb im hiesigen israelitischen Friedhofe obliege, und dem Wunsche, es möge eines der in Zukunft ohnehin in der Festhalle stattfindenden Volkskonzerte auf den Geburtstag der Frau Loeb (16. Januar) oder in die Nähe desselben gelegt werden.

VIII.

Im Oktober machte Rechtsanwalt Dr. Richard Kahn in seinem und seiner Schwester Namen einen im sogen. Schmuckert'schen Anwesen (E 7. 22) befindlichen Springbrunnen der hiesigen Stadtgemeinde zur Aufstellung in einer städtischen Anlage zum Geschenk.

IX.

Aus Anlaß ihres 40jährigen Jubiläums überwies die Mannheimer Aktienbrauerei Löwenkeller im November der Armenkommission 1000 Mk. zur beliebigen Verwendung. Gleichzeitig wurde eine Arbeiter-Unterstützungskasse für die Aktienbrauerei ins Leben gerufen, der die Verwaltung den Betrag von 10000 Mk. zur Verfügung stellte.

X.

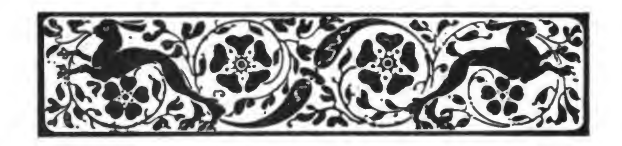
Am 4. November wurde dem zum Ehrenbürger der Stadt Mannheim ernannten Herrn Generalkonsul und Kommerzienrat Karl Reiß durch eine Deputation des Stadtrats unter Führung des Oberbürgermeisters die von Architekt Thomas Walch ausgeführte, in einem reichgeschnitzten Schreine verwahrte Ehrenbürger-Urkunde überreicht. Seinem Dank fügte Herr Reiß die Mitteilung bei, daß er nach einer bereits getroffenen testamentarischen Bestimmung seiner Vaterstadt ein Museum stiften werde. In seiner Sitzung vom 6. November nahm der Stadtrat von dieser hochherzigen Absicht Kenntnis und beschloß, Herrn Reiß dafür schon jetzt wärmsten Dank auszusprechen. Als Platz für dieses Museum ist der städtische Baublock gegenüber der Festhalle in Aussicht genommen.

XI.

Im Jahre 1902 sind an weiteren Schenkungen und Vermächtnissen zugeflossen:

a. dem Geschenkefond des Oberbürgermeisters	200 Mk.
b. dem Geschenkefond der Armenkommission (worunter schon oben genannte 6500 Mk.)	13300 „
d. der Hoftheater-Pensionsanstalt	3265 „
e. der Witwen- und Waisenstiftung Gr. Hoftheaters . . .	725 „
c. dem Geschenkefond der Berufsfeuerwehr	95 „

Die Armenkommission erhielt 2200 Zentner Kohlen, eine größere Menge Kleidungsstücke und Gebrauchsgegenstände.



I. Weltereignisse und politisches Leben.

1. Weltereignisse, Reichspolitik und wirtschaftliche Lage.



m Juni 1902 fand der englische Krieg in Südafrika mit der Unterwerfung des Burenvolks sein Ende. Von hoher Bedeutung für die Erhaltung des Weltfriedens war die Erneuerung des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reich, Österreich-Ungarn und Italien, des sogenannten Dreibundes, am 28. Juni.

Verschiedene Fürstenreisen halfen Deutschlands gute Beziehungen zum Ausland fördern: die Reise des Prinzen Heinrich von Preußen nach Nordamerika Ende Februar, die Begegnung des Kaisers mit dem Zaren in Reval Anfang August, der Besuch des Königs von Italien am Berliner Hofe Ende August und der zehntägige Aufenthalt des Kaisers in England Mitte November. Am Schluß des Jahres taten Deutschland und England sich zusammen, um die Rechte und Handelsinteressen ihrer Angehörigen in Venezuela mit bewaffneter Hand zu wahren.

Während durch unsere internationalen Beziehungen im allgemeinen keine nachteiligen Einflüsse auf Handel und Wandel hervorgerufen wurden, brachten die innerpolitischen Verhältnisse des Reichs manches Moment der Unsicherheit. Als wichtigste Frage stand noch vom vorhergegangenen Jahre die Zolltarifvorlage im Vordergrund des Interesses und der politischen Erörterungen. Der Kampf um die vielumstrittene Vorlage nahm an Heftigkeit zu, seitdem sie aus den Kommissionsitzungen vor das Plenum des Reichstags gelangte. Nachdrücklich betonte die Regierung gegenüber den schroff einander entgegenstehenden Parteiinteressen das nationale Gesamtinteresse und die Pflicht der Bundesstaaten, für Industrie und Landwirtschaft zu sorgen, da Deutschland zugleich ein Agrar- und ein Industriestaat sei. Am 16. Oktober erklärte Reichskanzler v. Bülow: Eine Erhöhung oder Erweiterung der Mindestzölle werde das Zustandekommen

langfristiger Handelsverträge, wie sie die Industrie zur Sicherung des Absatzes ihrer Produktion braucht, unmöglich machen, deshalb seien insbesondere alle von der Vorlage abweichenden Abänderungsanträge zu den Mindestsätzen für Roggen und Weizen unannehmbar für die verbündeten Regierungen.

Gegenüber dem andauernden Widerstand der äußersten Linken kam auf dem Boden der Regierungsvorlage eine Einigung der Mehrheitsparteien zustande, die nach mehrfacher Änderung der Geschäftsordnung des Reichstags am 14. Dezember der Zolltarifvorlage zur endlichen Annahme verhalf. Zu den Protestkundgebungen von sozialdemokratischer Seite gesellte sich am 9. Dezember eine im hiesigen Saalbau abgehaltene Versammlung, in der gegen die Mehrheitsbildung im Reichstag und die Abänderungen der Geschäftsordnung in lebhafter Weise Front gemacht wurde. Am gleichen Tag veranstaltete die hiesige Ortsgruppe des deutschen Handelsvertragsvereins im kleinen Börsensaal eine Versammlung, um Stellung zu nehmen zu den Anträgen einiger Ausschußmitglieder, die bezweckten, die Richtung der bisher vom Handelsvertragsverein befolgten Politik zu Gunsten der Regierungsvorlage und des von der Reichstagsmehrheit eingeschlagenen Weges zu ändern. Die einstimmig angenommene Resolution hatte folgenden Wortlaut:

„Die Ortsgruppe Mannheim des Handelsvertragsvereins billigt die bisher von der Vereinsleitung befolgte Richtung; sie erblickt nach wie vor die vornehmste Aufgabe des Vereins in dem entschiedenen Eintreten für den Abschluß langfristiger Handelsverträge unter Bedingungen, welche, ohne der Industrie und Landwirtschaft denjenigen Schutz zu entziehen, den sie genießen und dessen sie einstweilen noch bedürfen, dafür eine sichere Gewähr bieten, daß jede das gegenwärtige Maß überschreitende Belastung des notwendigen Lebensbedarfes der breiten Massen vermieden wird. Insbesondere verwirft die Ortsgruppe die Einführung irgendwelcher Mindestzölle, da durch solche nicht nur das Zustandekommen günstiger Handelsverträge wesentlich erschwert, sondern auch ungerechtfertigte Begünstigungen einzelner Interessentengruppen geschaffen würden. Die Ortsgruppe bedauert deshalb lebhaft den von einigen Mitgliedern des weiteren Ausschusses unternommenen Vorstoß zu Gunsten der Regierungsvorlage und wünscht, daß dieser Vorstoß in der bevorstehenden Sitzung des weiteren Ausschusses entschieden zurückgewiesen werde."

Anschließend hieran wurde das Vorstandsmitglied des weiteren Ausschusses des Handelsvertragsvereins Herr Emil Hirsch als Vertreter der Ortsgruppe Mannheim zu der am 13. Dezember in Berlin stattfindenden Sitzung delegiert.

Die Aufgabe der deutschen Regierung, auf Grund des nunmehr Gesetz gewordenen Zolltarifs vorteilhafte Handelsverträge mit dem Auslande abzuschließen, ist als die wichtigste, zugleich aber auch als die schwierigste der nächsten Zukunft zu bezeichnen. Möge ihre Lösung gelingen! Unter den geschilderten Verhältnissen blieb die Hoffnung von Handel und Industrie auf das Zustandekommen dauernd fester Handelsbeziehungen zu den ausländischen

Märkten noch immer unsicher, und dies trug wesentlich mit dazu bei, daß die Erholung nach dem wirtschaftlichen Niedergang von 1900 und den Katastrophen von 1901 sich langsamer vollzog, als vielfach erwartet wurde. In der Industrie gelangten einige Zweige wieder zu einer günstigeren Lage, während andere, besonders die Eisenindustrie, nur eine sehr allmähliche Besserung konstatieren konnten. Mit Recht warnten die Jahresberichte der großen Geldinstitute vor allzu optimistischer Auffassung der wirtschaftlichen Lage. So sagt derjenige der Rheinischen Kreditbank: Wenn die deutsche Ausfuhr sich wesentlich gehoben hat, so ist das wohl hauptsächlich einer geschickten Ausnutzung der Streikbewegungen zu danken, die sich in Frankreich und Amerika abspielten. Die merkliche Besserung hinsichtlich der Beschäftigung in der Industrie erfolgt leider noch größtenteils auf Kosten der Preise. Ein allgemeiner Aufschwung hat im vorigen Jahre noch nicht eintreten können und wird wohl noch auf sich warten lassen, denn man muß berücksichtigen, daß, wenn auch gute Konjunkturen mit schlechten wechseln, in der Zeit besserer Konjunktur die Einbußen schlechter Jahre erst wett gemacht werden müssen.

Der hiesige Platz erlitt im Berichtsjahre eine schwere Schädigung durch den Zusammenbruch der Rheinaugesellschaften, und zwar mußte dabei am schmerzlichsten berühren die Einbuße, die unser am Rheinauconcern nur wenig oder indirekt beteiligter solider Handelsstand hierdurch unverdientermaßen im Weltkredit zu erfahren hatte. Daß diese Schädigung nur eine vorübergehende war und der Schlag keine tieferen Wunden verursachte, sondern ohne dauernde Gefahr überwunden wurde, konnte von den gesunden Grundlagen unseres kommerziellen Lebens Zeugnis geben.

Die Börsengesetzreform, die der neugegründete Zentralverband der deutschen Banken als eine der wichtigsten Voraussetzungen für den Wiederaufschwung des Börsenlebens bezeichnete, wurde zurückgestellt. Der Geldmarkt war andauernd reichlich versehen, infolgedessen sich ein niederer Zinsfuß behauptete, der zwar die Erträgnisse der Banken minderte, aber andererseits zur Gesundung der Geschäftsverhältnisse beitrug.

Im Arbeitsmarkt war zwar zwar zu Ende des Jahres gegenüber den Parallelmonaten des Vorjahrs eine leichte Besserung zu konstatieren, doch war das Gesamtbild noch keineswegs erfreulich.

2. Politische Lage der engeren Heimat.

Das Jahr 1902 erhielt in Baden eine besondere Weihe durch die Feier des 50jährigen Regierungsjubiläums des Großherzogs Friedrich, die weit über die Grenzen des Großherzogtums hinaus so viele Kundgebungen der Dankbarkeit

und Verehrung hervorrief, daß ihre hohe Bedeutung gegenüber sonstigen dynastischen Erinnerungsfeiern ins hellste Licht trat. Überall gedacht man der unvergänglichen Verdienste dieses edeln Fürsten um die nationale Wiedergeburt des Deutschen Reiches und um den Aufschwung des badischen Landes unter seiner gesegneten Regierung, und in einmütiger Begeisterung scharten sich die fränkisch-pfälzischen und die schwäbisch-alemannischen Volksstämme des Großherzogtums um ihren greisen Fürsten, der volkstümlich wie kein anderer das Vertrauen des ganzen Landes genießt. Seinem Dank gab der Großherzog in besonders feierlicher Weise beim Schluß des Landtags am 10. Juli Ausdruck.

Die hervorstechendsten Fragen dieser Landtagssession, die aber keine endgültige Erledigung fanden, waren wie im vorhergehenden Jahre die Reform der Wahlordnung und die Zulassung von Männerklöstern. Gegenüber verschiedenen Anträgen erklärte Minister Schenkel, auch die Regierung wolle das indirekte Wahlrecht durch das direkte ersetzen und vertrete den Standpunkt, daß sämtliche Mitglieder der zweiten Kammer aus direkter Wahl hervorgehen sollten, doch könne in diesem Falle das allgemeine und gleiche Wahlrecht nicht ohne jede Eingrenzung und jedes Gegengewicht aufrecht erhalten bleiben. Derartige Klauseln und Kautelen erscheinen aber den meisten Parteien als unannehmbar. Am 3. Juli nahm die Mehrheit der zweiten Kammer folgende vom Zentrum beantragte Resolution an: die zweite Kammer halte es im Interesse der Förderung des Friedens für wünschenswert, daß der Streit wegen der Zulassung von Männerklöstern in Baden beseitigt werde, und erkläre, daß sie nichts dagegen zu erinnern finde, wenn die Gr. Regierung in Anwendung des ihr nach Paragraph 11 des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 zustehenden Rechts die Genehmigung dazu erteile, daß einige solche Klöster zugelassen werden. Kultusminister v. Dusch erklärte, die Regierung stehe der Zulassung männlicher Orden nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, habe aber auf verschiedene dahingehende Anträge der katholischen Kirchenbehörde noch nicht zu einer Entschließung gelangen können, weil die näheren Modalitäten der Zulassung noch nicht festgestellt seien.

Nach dem von den Landesständen genehmigten Finanzgesetz gestaltet sich der badische Staatshaushalt der Jahre 1902 und 1903 folgendermaßen:

Die ordentlichen Ausgaben für 1902 betragen 83800489 Mark, die ordentlichen Einnahmen für 1902 betragen 83578147 Mark, Überschuß der ordentlichen Ausgaben für 1902: 222342 Mark. Die ordentlichen Ausgaben für 1903 betragen 84633403 Mark, die ordentlichen Einnahmen für 1903 betragen 83284779 Mark, Überschuß der ordentlichen Ausgaben für 1903: 1348624 Mark. Die außerordentlichen Ausgaben für 1902/1903 betragen 18745575 Mark, die außerordentlichen Einnahmen für 1902/1903 betragen 4404579 Mark, Überschuß der außerordentlichen Ausgaben 14340996 Mark. Unter Hinzurechnung des im ordentlichen Etat für die Jahre 1902 und 1903 nachgewiesenen Ausgabeüberschusses von 222342 Mark,

und 1348624 Mark, ergibt sich ein Fehlbetrag in Höhe von 15911962 Mark, wozu noch weitere 343879 Mark kommen. Zur Deckung des Gesamtfehlbetrages von 16¼ Millionen Mark sind durch die von der Amortisationskasse erwirtschafteten Aktivzinsen jährlich 1225000 Mark, zusammen 2450000 Mark zu verwenden; der Restbetrag ist durch einen außerordentlichen, in den folgenden Etatsperioden wieder zu ersetzenden Zuschuß aus der Amortisationskasse zu decken. Die Eisenbahnschuldentilgungskasse wurde ermächtigt, den Kapitalbetrag, den der Vollzug des Budgets des Eisenbahnbaues für die Jahre 1902 und 1903 in Anspruch nimmt, sowie den zur Schuldentilgung erforderlichen Betrag, insoweit die verfügbaren Mittel nicht ausreichen, durch Staatsanlehen aufzubringen. Das Finanzministerium wurde ermächtigt, zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der allgemeinen Staatsverwaltung nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von fünf Millionen Mark hinaus, Schatzanweisungen durch die Amortisationskasse ausgeben zu lassen.

Im Jahre 1902 wurde ein Staats-Anlehen von 42000000 Mark zum Kurs von 99.40 begeben und im laufenden Jahre weitere 6 Millionen Mark 3proz. Schuldverschreibungen an den Markt gebracht.

Am 18. Juni 1903 machte der Finanzminister dem landständischen Ausschuß Mitteilungen über die wenig erfreuliche Lage des Staatshaushalts. In der Eisenbahnschuldentilgungskasse ergab sich im Jahr 1902 eine Unzulänglichkeit von 4140275 Mark ungeachtet des Zuschusses aus allgemeinen Staatsmitteln in Höhe von 2½ Millionen Mark. Der Grund liegt in dem noch immer sehr niedrigen Stand der Eisenbahnrente, die (ohne die Main-Neckarbahn) im Jahr 1899 noch 24,2 Millionen Mark (einschließlich des Anteils am Reinertrag der Main-Neckarbahn rund 25 Millionen Mark) betrug, in den drei letzten Jahren aber ständig gesunken ist und im Jahr 1902 mit 13934772 Mark (einschließlich der Main-Neckarbahn 14,7 Millionen Mark) sich von der Rente des Jahres 1901 nur wenig unterscheidet. Der Eisenbahn-Bauaufwand belief sich im Berichtsjahre auf über 22 Millionen Mark; dem starken Steigen der Betriebsausgaben entsprechend ist der Betriebskoeffizient (d. h. das Prozentualverhältnis der Ausgaben zu den Bruttoeinnahmen) von 62,4 % im Jahre 1897 auf 81,20 % im Jahre 1902 angewachsen. Dieses ständige Sinken der Eisenbahnrente macht natürlich in drückender Weise seinen Einfluß auf die Staatsfinanzen geltend.

Der Staatsvertrag zwischen Preußen, Hessen und Baden bezüglich der Main-Neckarbahn wurde von den Landständen genehmigt (vgl. Chronik 1901, S. 150).

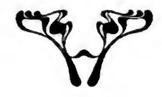
In der Generaldirektion der Staatsbahnen trat am 1. Oktober Personenwechsel ein, indem Generaldirektor Staatsrat W. Eisenlohr, (geb. 1832), der seit 1876 diesen Posten versah, in den Ruhestand versetzt und zum Geheimrat I. Klasse ernannt wurde. An seine Stelle trat der bisherige Vorstand der Verkehrsabteilung der Generaldirektion, Geheimer Oberregierungsrat August Roth, und an dessen Stelle Oberregierungsrat Julius Schulz.

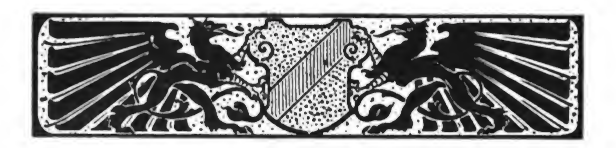
In der 13. Plenarversammlung der Handelskammer für den Kreis Mannheim gedachte der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat Diffené in warmen Worten der hervorragenden Verdienste, die sich Geheimrat Eisenlohr um den Handel und Verkehr Badens, insbesondere auch Mannheims erworben hat. Die Badischen Handelskammern beschlossen auf Anregung der Kammern Karlsruhe und Mannheim ihren Dank in einer gemeinsamen Eingabe zum Ausdruck zu bringen.

3. Die Vertretung der Gemeinde in den gesetzgebenden und Selbstverwaltungs-Körperschaften.

Wahlen zum Reichstag und zum badischen Landtag fanden im Berichtsjahr nicht statt. Die städtischen Wahlen finden im IV. Kapitel Erwähnung.

Die jährliche Kreisversammlung des Kreises Mannheim wurde am 12. April abgehalten. Der Voranschlag wurde genehmigt und die Erhebung einer Kreisumlage von 2,6 Pfennig auf 100 Mark Steuerkapital beschlossen. Zu Bezirksräten wurden auf die Dauer vom 1. April 1902 bis 1906 ernannt: Altstadtrat Georg Kallenberger, Fabrikant Gustav Mayer-Dinkel, Rechtsanwalt Johann Georg Selb und Landwirt Jakob Riehm in Feudenheim.





II. Das Großherzogliche Haus.



Die Geschichte Badens erhielt, wie wir bereits erwähnten, im Jahre 1902 ihr besonders festliches und freudiges Gepräge durch das 50jährige Regierungsjubiläum des Landesherrn, Großherzogs Friedrich. Seine hohen Verdienste um Baden und das Reich sind unauslöschlich im Herzen eines jeden Patrioten aufgezeichnet. Was er bei seinem Regierungsantritt verhieß, er werde sein ganzes Streben dahin richten, die Wohlfahrt seines Landes mit aller Kraft zu fördern, hat er in diesen 50 Jahren herrlich erfüllt, und niemals wird das badische Volk die hohen, unvergänglichen Verdienste dieses Herrschers vergessen. Es kennzeichnet seine edle Anschauung, wenn er am 27. September 1896 hier in Mannheim den Dank für seine gesegnete Tätigkeit ablenkte auf das treue Zusammenwirken von Regierung und Volk: „Die Leistungen, von denen die Rede war, wären wohl nimmer möglich gewesen, wenn ich nicht jederzeit das Zusammenwirken gefunden hätte von allen Teilen des Volkes, ein Entgegenkommen, das mir stets in der dankbarsten Erinnerung bleibt . . .“. Fügen wir noch die Worte bei, die Großherzog Friedrich sprach, als er hier beim Festmahl am 7. Juni 1902 ein Hoch auf die Stadt Mannheim ausbrachte: „Wie ich es schon wiederholt in der letzten Zeit aussprechen konnte, muß ich auch heute wieder sagen: was gut geworden ist und meine Mitwirkung in Anspruch nahm, das war nur Pflichterfüllung, die Pflichterfüllung allerdings mit dem warmen Herzen, der Liebe zum Lande und zu allem, was dem Lande gehört“ — in diesen Worten liegt der volle Abglanz seiner edlen Persönlichkeit.

Aus tiefster Seele kam die Begeisterung, die dem Fürsten während des Jubiläums in allen Teilen des Vaterlandes, in allen Ständen und Berufen Beweise der Liebe, Verehrung und Dankbarkeit entgegenbrachte. Einen herrlichen Verlauf nahmen vom 25.—28. April die Jubiläumsfesttage in der Residenz.

Seinem Dank für die vielen Beweise der Liebe und Treue gab der Großherzog durch folgenden Erlaß Ausdruck:

An Mein teueres badisches Volk!

Der erhebende Rückblick auf die herrlichen Tage Meines 50jährigen Regierungsjubiläums erfüllt Mein Herz mit tiefer, dankbarer Bewegung und es ist Mir ein inniges Bedürfnis, dieses Gefühl Meinem ganzen Volke kundzugeben.

Ist es doch eine gemeinsame Erinnerung, die Wir gefeiert haben, die Erinnerung daran, daß es Fürst und Volk durch Gottes Gnade vergönnt war, 50 Jahre lang zusammen zu stehen in Freude und Leid und gemeinsam zu arbeiten in guten und schweren Tagen. Was Ich in dieser langen Zeit in Pflichterfüllung und treuem Wollen für Mein Volk und Land zu tun vermochte, ist Mir reich vergolten worden durch den sichtbaren Segen, der auf Unserm Wirken geruht hat, vergolten aber auch durch die Mir zu Teil gewordene Treue und Liebe Meines teueren Volkes.

Ein überreicher Ausdruck dieser Treue und Liebe wurde Mir während der festlich begangenen Jubelfeiertage in einer Mich ebenso rührenden wie ergreifenden Weise entgegengebracht, so daß Ich Meinen tiefen Dankgefühlen dafür nur ungenügenden Ausdruck zu geben vermag. Gott allein sei die Ehre — denn nur im Aufblick zu Ihm kann ich es versuchen, Mein dankerfülltes Herz zu eröffnen, um Meinem teueren Volke kundzugeben, wie innig und aufrichtig Meine Dankbarkeit empfunden ist für alles, was Mir mit so großer Liebe und Treue dargeboten wurde.

Wenn Mir noch vergönnt sein sollte, für Mein geliebtes Land tätig sein zu dürfen, so will Ich die letzten Kräfte eines alten Lebens einsetzen, auf daß Treue mit Treue und Liebe mit Liebe vergolten werde.

Karlsruhe, den 3. Mai 1902. Friedrich.

Mit Rücksicht darauf, daß Mannheim seine Jubiläumshuldigung in die Zeit der Anwesenheit des Großherzogs Anfang Juni verlegte, hielt sich hier die Feier während der eigentlichen Jubiläumstage in engeren Grenzen. Es fanden öffentliche Schulfeiern statt; das Gymnasium führte Ödipus auf Kolonos von Sophokles auf. In verschiedenen Schulen wurden auf städtische Kosten Erinnerungsschriften verteilt. Bei dem von der Stadt veranstalteten Festbankett im Saalbau hielt die Festrede auf den Großherzog Reichstagsabgeordneter und Stadtrat Ernst Bassermann, den Toast auf die Frau Großherzogin brachte Landtagsabgeordneter Amtsgerichtsdirektor J. Gießler aus. Oberbürgermeister Beck hielt die Begrüßungsrede. Die vereinigten Gesangvereine Liedertafel, Liederkranz, Sängerbund und Singverein sangen mehrere Chöre; zwei Solisten derselben trugen Lieder vor. Am Sonntag den 27. April, Vormittags, waren Festgottesdienste, Nachmittags eine Sondervorstellung im Hoftheater für die militärischen Vereine (Minna von Barnhelm) und Abends eine Festvorstellung (Festspiel von Felix Dahn und „Titus" von Mozart). Ferner wurde die Eröffnung der Gewerbeausstellung des organisierten Handwerks im Großherzogtum Baden auf den 26. verlegt.

In Neckarau veranstalteten die Vereine einen Lampionzug mit Festakt am Kaiser- und Kriegerdenkmal, am 28. die Studierenden der hiesigen Ingenieurschule einen Festkommers im kleinen Saalbausaale.

Von den Titel- und Ordensverleihungen, die anläßlich des Jubiläums erfolgten, fielen zahlreiche in hiesige Stadt. Der Großherzog stiftete eine bronzene Jubiläumsmedaille, die an alle Hof- und Staatsbeamten, die Landtagsabgeordneten, Offiziere, Bürgermeister, Stadträte, Bezirksräte, Stadtverordnetenvorstände, kirchlichen Beamten und sonstige im öffentlichen Leben tätige Personen verliehen wurde. Ferner prägte die Karlsruher Münzstätte nach dem künstlerischen Entwurf des Professors Rudolf Mayer in Karlsruhe, von dem auch die Jubiläumsmedaille herrührt, silberne Jubiläumsmünzen zu 5 und 2 Mark, mit den Jahreszahlen 1852—1902 und einem Lorbeerkranz unter dem wohlgelungenen Bilde des Großherzogs.

Der Stadt Mannheim wurde eine ganz besondere Ehre dadurch zu teil, daß Herrn Oberbürgermeister Beck für die Dauer seiner Amtszeit eine goldene Amtskette verliehen wurde. Diese aus massivem Gold gefertigte Kette ist ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst. Die einzelnen Glieder der Kette schließen sich kunstvoll an einander an, das Schloß bildet das badische Wappen, von dem ein mit der großherzoglichen Krone bedecktes ovales Medaillon herabhängt, dessen Rund das Relief-Bildnis des Großherzogs zeigt.

Die Großherzog Friedrich-Stiftung, zu der das ganze Land beitrug (vgl. Chronik 1901 S. 15), belief sich auf 443000 Mark, wovon die Sammlungen in Mannheim 164000 Mark erbrachten. Der Großherzog bestimmte, daß diese Summe als eine Zustiftung zu der am 1. Dezember 1878 genehmigten Großherzog Friedrich-Jubiläums-Stiftung behandelt und als eine besondere Abteilung (C) dieser Stiftung zur Unterstützung von Notleidenden aller Bevölkerungsklassen verwendet werde. Und zwar sollen aus ihren Erträgnissen gewährt werden: 1. Beihilfe an Personen, welche infolge von Krankheit, Verletzungen, Gebrechen, Altersschwäche oder wegen des Verlustes ihrer Ernährer einer besonderen Unterstützung bedürftig sind, insbesondere zum Zwecke der Heilung, Genesung, Erholung und Verpflegung, sowie zur Ermöglichung einer standesgemäßen Erziehung und beruflichen Ausbildung; 2. Zuschüsse an gemeinnützige, von Vereinen oder Stiftungen betriebene Anstalten, welche bedürftigen Personen Heilung, Genesung, Erholung, Pflege oder Erziehung darbieten. In der Regel werden einmalige Beihilfen gewährt.

Die Rheinische Hypothekenbank in Mannheim stellte dem Großherzog anläßlich des Regierungsjubiläums den Betrag von 20000 Mark zur Verwendung „im Interesse der Landwirtschaft und des ländlichen Realkredits" zur Verfügung. Der Großherzog nahm dieses Anerbieten mit huldvollem Dank an.

Im Auftrag der Stadtgemeinde malte der aus Mannheim stammende Porträtmaler Otto Propheter ein Ölporträt des Großherzogs (Kniestück in Lebensgröße) für die städtische Gemäldesammlung.

Von diesem nach allgemeinem Urteil hervorragend schön gelungenen Bilde stellte mit Genehmigung des Stadtrats der Kunstverlag Gerhard Stalling in Oldenburg eine Lichtdruckreproduktion her, die in zahlreichen Exemplaren in den Handel kam und sich bei vortrefflicher Ausführung und niederem Preis großer Beliebtheit erfreute. Auch kleinere Vervielfältigungen in Farbendruck stellte der Verlag her. Eine Wiederholung des Propheter'schen Bildes, vom Künstler selbst gemalt, stifteten die Direktoren Adolf und Karl Bensinger für den neuen Lesesaal des kaufmännischen Vereins.

Wenige Tage nach den Jubiläumsfeierlichkeiten erschien das großherzogliche Paar in unserer Stadt, um am Maimarktdienstag (6. Mai) den Pferderennen beizuwohnen. Dieser Besuch erregte in den weitesten Kreisen der hiesigen Bürgerschaft besonders lebhafte Freude; war es doch nach den Festtagen der erste Besuch, zu dem das hohe Paar die Residenz verließ. Die Ankunft erfolgte um ½2 Uhr; nach einem kurzen Besuch der Gewerbeausstellung wurde die Fahrt zum Rennplatz angetreten. Dem Sieger im Badeniarennen überreichte der Großherzog persönlich den Ehrenpreis. Gegen 7 Uhr fuhr das großherzogliche Paar nach Karlsruhe zurück.

Trotz der Anstrengungen der Karlsruher Festtage ließ es sich der greise Fürst nicht nehmen, der zweiten Hauptstadt seines Landes zur Entgegennahme der Jubiläumshuldigung mit seiner erlauchten Familie einen mehrtägigen Besuch abzustatten. Wie das Großherzogspaar im September 1856 nach seiner Vermählung auf dem Rhein nach Mannheim kam, so wurde in Erinnerung an jene Tage auch diesmal die Ankunft mit dem Rheindampfer gewählt. Bei dem Vergleich der Vergangenheit mit der Gegenwart, bei dem Rückblick auf die fünfzigjährige Entwicklung der Rhein-Neckarstadt durfte den Fürsten mit berechtigtem Stolz und dankbarer Freude der Gedanke beseelen, daß er all die Jahre hindurch diese Entwicklung gefördert, dieses Emporblühen mit sorgender und schützender Hand umgeben, und daß die Bürger dieses Gemeinwesens es dankbar zu würdigen wissen, was sie seinem Scepter verdanken.

Noch bis kurz vor der Ankunft der großherzoglichen Herrschaften wurde in fieberhafter Eile an den Dekorationen gearbeitet, um ihnen die letzte Vollendung zu geben. Unter Glockengeläute und Böllerschüssen kam am 4. Juni Abends gegen 7 Uhr das großherzogliche Paar zu Schiff auf dem Rhein in Mannheim an. Auf der Fahrt von Karlsruhe hierher hatten die Uferbewohner der badischen wie der bayerischen Seite dem greisen Herrscher und seiner Gemahlin in erhebender Weise gehuldigt. Als Festschiff diente der Dampfer „Badenia IX"

der Mannheimer Lagerhausgesellschaft. An der Begrüßung nahm auch das erbgroßherzogliche Paar teil, das kurz vorher mit der Bahn eingetroffen war. Auf dem Weg zum Schloß wurden den Herrschaften begeisterte Ovationen dargebracht. Zum Empfang der hohen Gäste hatte sich Mannheim in ein prächtiges Festgewand gehüllt, das bei den zahlreichen Fremden, die in jenen Tagen hier weilten, ungeteilte Bewunderung erweckte. Um der Ausschmückung einen einheitlichen und harmonischen Charakter zu verleihen, hatte die Stadtverwaltung für die Hauptstraßen einzelne Ausschmückungskommissionen aus allen Kreisen der Bevölkerung gebildet, die in diesem Sinne mit Rat und Tat wirkten. Zwischen Privaten, Korporationen und Behörden herrschte ein edler Wetteifer, diese Kundgebung der Anhänglichkeit und Verehrung für den Landesherrn möglichst eindrucksvoll zu gestalten. Die Hauptsumme der Arbeit lag in den Händen des städtischen Hochbauamts, das sich durch das herrliche Gelingen seiner Pläne für die aufgewandte Mühe reichlich belohnt sah. Die in Berlin erscheinende „Deutsche Tageszeitung" äußerte sich über den Eindruck des Mannheimer Festgewandes: „Die Stadt hat einen Flaggen- und Guirlandenschmuck in besonders geschmackvoller Form angelegt und in so überwältigender Masse Haus bei Haus, daß sich kaum jemand rühmen dürfte, etwas derartiges schon gesehen zu haben."

Die Hauptstraßen glichen einem prachtvollen Blumengarten. Eine wahre via triumphalis war die obere Breitestraße vom Schloß bis zum Pfälzer Hof; hier war die maßgebende Farbe der Ausschmückung ein leuchtendes Blau. Guirlanden mit imitierten gelben Rosen reihten sich in schwungvollen Linien von Fahnenmast zu Fahnenmast, um unten in einem Blumenarrangement auszulaufen. Vor dem Schloß erhob sich eine große Ehrenpforte, die einen monumentalen Eindruck machte. In kleinen elektrischen Glühlampen trug das reich mit Blumen und Lorbeer geschmückte Portal auf der Vorderseite die Aufschrift „Heil Friedrich!", auf der Rückseite, dem Schlosse zugewendet, die Jahreszahlen 1852—1902. In der Bismarckstraße war eine große Anzahl Bogenlampen aufgestellt, die in den Abendstunden eine imponierende Wirkung hervorriefen. Die untere Breitestraße, vom Pfälzer Hof bis zur Neckarbrücke, hatte eine einfachere dekorative Ausstattung erhalten, die aber nicht minder wirkungsvoll als die in den übrigen Hauptstraßen war. Einen eigenartigen Schmuck wies der Kaiserring auf. Von den Fenstern der Häuser liefen hinüber zu den auf dem Gehwege aufgepflanzten Fahnenstangen dichte Reihen bunter Tuchstreifen. Nicht zu vergessen sind die Planken. Sie zeichneten sich neben ihrer übrigen reichhaltigen Ausschmückung dadurch aus, daß die Masten der Straßenbahn durch Anbringen von Wappen und Fahnen zur Dekoration mit verwendet wurden, dazwischen standen üppig blühende Blumenkörbe. Für die Drapierung der Häuser war hier die rote Farbe verwendet. Die Gaskandelaber auf der Rheinstraße und Heidelbergerstraße hatten mit rotem Tuch versehene Umkleidungen erhalten. Die Flambeaux brannten bis in die Nachtstunden. Von öffentlichen Gebäuden, die sich durch prunkvolle Ausstattung auszeichneten, sei hauptsächlich das Kaufhaus genannt. Vom Turme herab, dessen Säulen mit Guirlanden und blauem Tuch umschlungen waren, zogen zu den Seiten mächtige Guirlanden, die in Draperien, gebildet aus Wappen und Fahnen, endigten.

Tannenbäume hatten an den Arkaden Aufstellung gefunden. Das Kaufhaus lenkte durch diese sehr vorteilhaft wirkende Ausschmückung die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Das Rathaus, das Kasinogebäude, das Harmoniegebäude, das Hoftheater, der Bernhardushof, das Börsengebäude, die Oberrheinische Bank, das Hansahaus, das Hauptzollamtsgebäude u. a. trugen gleichfalls reiche Dekorationen.

Am Donnerstag, 5. Juni eröffnete der Großherzog in feierlicher Weise die 16. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsausstellung, deren Ehrenpräsidium er übernommen hatte. Abends fand ein Huldigungszug der hiesigen Vereine (mit Lampions) und eine Serenade der Gesangvereine mit Fackelreigen der Turner im Schloßhof statt. Eine tausendköpfige Menschenmenge wogte durch die Straßen, wie auch bei den folgenden Veranstaltungen. Am folgenden Tag besichtigten die großherzoglichen und erbgroßherzoglichen Herrschaften eingehend die Ausstellung (über die wir in einem späteren Kapitel zu berichten haben). Ferner eröffnete der Großherzog die Karl Theodor-Ausstellung des Altertumsvereins in der Institutskirche, besuchte die Gewerbeausstellung im Schloß und die Hundeausstellung im Viehhof. Die Großherzogin stattete zahlreichen Wohltätigkeitsanstalten Besuche ab, wohnte der Einweihung der Kinderkrippe bei und dem 25jährigen Jubiläum des großherzoglichen Instituts (in städtischer Verwaltung), ferner nahm sie an einem von der Hochschule für Musik veranstalteten Konzert im Bernhardushof teil. Am 7. Juni traf Prinz Ludwig von Bayern in Ludwigshafen ein und erschien bald darauf zum Besuch im Mannheimer Schlosse.

Am Nachmittag des 7. fand ein von der Stadt Mannheim veranstaltetes Festmahl im reichgeschmückten Stadtparksaale statt, bei dem der Großherzog die Rede des Oberbürgermeisters mit einem Hoch auf das aufblühende Mannheim beantwortete. Er hob u. a. in warmen Worten das Verdienst des Mannheimer Bürgertums am Gedeihen der Stadt hervor und schloß:

„Die Tätigkeit der Mannheimer hat das zustande gebracht, aus dem dieser Großhandel, ja wir dürfen vielleicht bald sagen, diese Großstadt geworden ist. Auf diese Tätigkeit, meine Herren, stütze ich das, was ich Ihnen vorhin gesagt habe, daß ein tätiges, liebreiches und fürsorgliches Zusammenwirken stattfinden muß. Das wird alle Schwierigkeiten zu überwinden vermögen. Aber es wird auch das gegenseitige Einverständnis erhöhen, immer nur auf den Bahnen zu gehen, die möglich sind. Wir müssen immer das Ganze, das Interesse des Ganzen im Auge haben und haben Pflichten übernommen, seitdem das Deutsche Reich gegründet wurde, die ganz anderer Art sind als unsere frühere Tätigkeit. Diese Pflichten sind es, die wir stets ins Auge fassen müssen, um ihnen zu entsprechen, aber auch mit der Liebe, um zu sagen: wenn es sich um Deutschlands Größe und Macht handelt, dann kann nichts zu viel sein. Auf dieser Grundlage wollen wir weiter arbeiten und da fordere ich hauptsächlich diejenigen der Gäste, die nicht zu den Mannheimern gehören, auf, mit mir einzustimmen in ein Hoch auf hiesige Stadt. Ich schließe in dieses Hoch ein die treuesten Wünsche für das künftige Wohlergehen Mannheims und alles, was die Interessen Mannheims betrifft. Seien

Sie überzeugt, daß seitens der Regierung alles geschehen wird, was nur irgend möglich ist, um Ihre Interessen zu fördern, denn Ihre Interessen sind identisch mit denen des Landes und infolgedessen ist es eine gemeinsame Wirkung, die wir erzielen wollen. Meine treuesten Wünsche gehen aber auch dahin, daß die Entwicklung Mannheims nicht nur äußerlich, sondern auch in dem Sinne fortschreiten möge, den wir gestern so schön hervortreten sahen. Die Stadt Mannheim hat für Schulwesen, für Unterricht, für Erziehung so viel getan, daß man beruhigt in dieser Beziehung der Zukunft entgegensehen kann. Sie werden mir gerne zugeben, daß nichts so solide, so kräftig und dauerhaft ist als ein gebildetes Volk. Trachten wir danach, daß die Fortschritte, die zu machen sind, immer nur auf dieser Grundlage beruhen mögen, darum gehen wir beruhigt jeder Zukunft entgegen und mit diesem Wunsche fordere ich die Nichtmannheimer auf, ein Hoch auf die Groß- und Handelsstadt Mannheim auszubringen."

Die herzergreifendste unter der großen Reihe festlicher Veranstaltungen zu Ehren des Großherzogspaares war unstreitig die Huldigung der Schuljugend am Vormittag des 6. Juni, und darauf bezogen sich die oben mitgeteilten Worte des Großherzogs. Gegen 17000 Schulkinder zogen in wohlgeordnetem Zuge an den großherzoglichen und erbgroßherzoglichen Herrschaften, die nach halb 10 Uhr in einem Zelte vor dem Mittelbau des Schlosses Platz genommen hatten, unter den Klängen einer Musikkapelle vorbei, die Mädchen zum größten Teile weiß gekleidet, Blumenstäbe und die Knaben Fähnchen schwingend. Nachdem das Gr. Gymnasium als letzte Schülerabteilung den Schloßdurchgang passiert hatte, ertönten die Klänge des Chorals: „Großer Gott dich loben wir", worauf Stadtschulrat Dr. Sickinger die Tribüne betrat und in begeisternden Worten das großh. Paar als Freunde der Jugend und erhabene Vorbilder feierte. Gerade die Jugend sei es, die Grund habe zu dankbarer Verehrung, sei doch der Großherzog der Fürst, dessen Kaisertreue und echt deutsche Gesinnung ihr ein leuchtendes Vorbild geworden sei; aber auch seine unermüdliche Arbeit und Pflichterfüllung gäben der Jugend das erhabenste Beispiel. Die Mannheimer Schuljugend lege hier das Gelöbnis steter Treue und Dankbarkeit ab. Weihevoll erklang das Hoch, aufgenommen von allen Kindern, die dasselbe mit dem Schwenken von tausenden von Blumenstäben und Fahnen begleiteten. Hierauf trug die Sängerabteilung der Volksschulen das Vaterlandslied: „Wir fühlen uns zu jedem Tun entflammt" vor. Nach 11 Uhr hatte der Akt sein Ende erreicht, worauf sich die fürstlichen Herrschaften durch das dichte Kindergewühl ins Schloß begaben und auf dem Wege noch manche Kinder anredeten.

Um den Raum im Schloßhofe richtig auszunützen, waren die Schüler in 3 Abteilungen aufgestellt, links die Mädchen, rechts die Knaben und vorn die höheren Knabenschulen. Die Reihenfolge des Anmarsches war diese: 1. Höhere Mädchenschule, 2. Institut Roman, 3. Institut Stammel, 4. Mädchenabteilung der Fortbildungsschule, 5. Luiseninstitut, 6. Volksschule (Mädchenklassen), 7. Volksschulen (ohne Sänger), 8. Handelsfortbildungsschule, 9. Institut

Schwarz, 10. Institut Sigmund, 11. Gewerbeschulen (die Schüler mit ihren Werkzeugen), 12. Oberrealschule (mit Standarte), 13. Sänger der Volksschule, 14. Realgymnasium, 15. Gymnasium.

Nach der hauptsächlich den Mitgliedern der Landwirtschaftsgesellschaft geltenden Festvorstellung im Hoftheater Freitag, 6. Juni („Fünfzig Jahre" von Felix Dahn, „Cavalleria rusticana" und das Ballet „Sonne und Erde"), der auch der großherzogliche Hof beiwohnte, fand eine festliche Illumination statt, die ihren Mittelpunkt am Friedrichsplatz und Wasserturm hatte. Der Wasserturm bot imposante Beleuchtungseffekte. Gegen 2000 Gasflammen waren an ihm angebracht, teils mit, teils ohne Milchglasumhüllung.

Auf der Spitze des Turms lohte ein mächtiges Fanal. Dann waren zwei Linien des Dachrunds und des Gesimskranzes durch Perlenketten von weißen Gaslampen markiert. Die mittlere Masse des Turms blieb dunkel, sodaß die Ringe oben und das Fanal in der Luft zu schweben schienen. Die reiche Architektur des Unterbaues war dagegen aufs reichste und mannigfaltigste durch Beleuchtungseffekte hervorgehoben: Milchglasreihen wechselten mit roten und gelben Glaskacheln. An der Front gegen die Heidelberger Straße zu leuchtete in kunstvollem Rahmen unter Verwendung elektrischer Glühlampen das Monogramm des Großherzogspaares F u. L in Rot und Gelb, auf der Platzseite das Mannheimer Stadtwappen. An den Flanken erstrahlten mächtige Sterne. Auf dem Friedrichsplatz selbst brannten auf den Pfeilern der Pergola und auf den Kandelabern der umschließenden Straßen Gas-Flambeaux, die in ihrer gelben, pechfackelähnlichen Wirkung interessant kontrastierten mit dem weißen Licht des Turmes und dem grünen Licht der bengalischen Beleuchtung des Platzes. In wechselnden Farben elektrischen Lichtes sprudelte die mächtige Fontäne des Schmuckplatzes.

Das Großherzogspaar mit Gefolge besichtigte auf einer Rundfahrt das großartige Bild, zu dem sich unabsehbare Menschenscharen drängten. Auch die übrigen Beleuchtungsarrangements fanden viele Bewunderung: das Paradeplatzdenkmal mit seinen Lichtblumen, das Portal der Neckarbrücke, die porta triumphalis am Schloß, das Theater mit seiner mächtigen Lichtkrone. Eine Reihe von Privatgebäuden beteiligte sich durch eigenartige und wirkungsvolle Arrangements an der festlichen Beleuchtung.

Die Rheinfahrt, mit der die hiesigen Festlichkeiten am Samstag ihren Höhepunkt erreichten, war eine pompöse Veranstaltung, die leider durch die Ungunst der Witterung stark beeinträchtigt wurde. Nahezu 80 Raddampfer und Schraubenboote, darunter die größten der ganzen Rheinflotte, alle im vollen Flaggenschmuck und reich bekränzt, lagen in Paradestellung am rechten Ufer des Floßhafens, um dem greisen Landesherrn und seiner hohen Gemahlin, dem Förderer der Schiffahrt und der Handelsstadt Mannheim, eine gewaltige Huldigung darzubringen. Eine stolze Freude war es für den geliebten Landesfürsten, als er an der Seite seiner erlauchten Gemahlin, auf der Kommandobrücke des Festbootes stehend, bei der Einfahrt in den Floßhafen unter dem Donner der Böller, unter den begeisterten Hochrufen und dem Tücherschwenken der Tausende von Menschen, die sich auf den Schiffen befanden, diese großartige Flottenparade abnahm, denn was

hier in so gewaltiger Weise zum Ausdruck gebracht werden sollte, war der Dank der Stadt Mannheim für die ihr während der 50jährigen, segensreichen Regierung des Großherzogs bewiesene landesväterliche Fürsorge, die Mannheim zu dem gemacht hat, was es heute ist, zu dem größten Binnenhafen auf dem Kontinent. Aber die Veranstaltung wuchs weit über den Rahmen eines blos lokalpatriotischen Festes hinaus, sie stellte sich dar als eine großartige Ovation der gesamten deutschen Rheinschiffahrt für Großherzog Friedrich, und erhielt eine besondere Bedeutung durch die Teilnahme des bayerischen Thronfolgers.

Das prächtig geschmückte Festschiff, welches das Großherzogspaar, den Prinzen Ludwig von Bayern und die Spitzen der Behörden trug, war der Raddampfer „Mannheim VII", den die Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft der Stadt zur Verfügung stellte, wie sie dies auch im September 1891 bei Einweihung der Friedrichsbrücke getan, bei welcher Gelegenheit Großherzog Friedrich auf dem großen Raddampfer „Mannheim VI" die Flottenparade abgenommen hatte. Dem Festschiff voraus fuhr das Hafenboot „Mannheim", ihm folgte links der Regierungsdampfer „Tulla", rechts das Hafenboot „Ludwigshafen". Dann kam das Festschiff „Mannheim VII", flankiert von den Bugsirdampfern „Sperber" und „Falke", beide der Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft gehörend. Hinter dem Festschiff folgte der Bugsirdampfer „Möve" der gleichen Gesellschaft. Den Zug der übrigen Festschiffe eröffneten das Festschiff „Elsa" mit den erbgroßherzoglichen Herrschaften nebst Gefolge und dem Offizierkorps, sowie Vertretern der Staats- und städtischen Behörden an Bord und das Festschiff „Schwalbe" der Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft, auf welchem sich die Damen der auf dem Festschiff „Mannheim VII" an der Fahrt teilnehmenden Herren befanden. Dann folgte das Festschiff „Deutschland" der Köln-Düsseldorfer Gesellschaft mit Mitgliedern der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft an Bord. Den Schluß bildete das Festschiff „Stachelhaus & Buchloh Nr. 2", ebenfalls mit Mitgliedern der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft an Bord. Sämtliche Schiffe hatten großen Flaggenschmuck angelegt und waren durchweg prachtvoll dekoriert. Die Fahrt ging zunächst neckarabwärts an den Neckarhafenanlagen und den Holz- und Kohlenlagern vorbei in den Floßhafen. Während der ganzen Fahrt befanden sich die Allerhöchsten Herrschaften mit Gefolge auf der Kommandobrücke, teils im Salon, teils vor dem Salon auf der äußersten Seite des Radkastens.

Um 4½ Uhr erreichten die Festschiffe den Floßhafen. Hier entrollte sich ein Bild, wie es in seiner Großartigkeit selten zu sehen sein wird. Die dort aufgestellten Schiffe hatten, den Bug nach dem Industriehafen gerichtet, in schräger Richtung Stellung genommen; alle in großem Flaggenschmuck, reich mit Tannengrün dekoriert. An der Parade-Aufstellung waren beteiligt: J. Andres mit Marine, Mars von Langmann, Stachelhaus & Buchloh, F. Haniel IV, F. Haniel V, F. Haniel II, Bugsirboot Haniel, Dora von Grün & Bilfinger, Ludwig IV von H. A. Disch, Stadt Straßburg II, Fendel XII, L. Gutjahr VII und IX, Bugsirboot Fendel, Bugsirboot Gutjahr, M. Stinnes VII, Raab-Karcher I, Raab-Karcher II, Kannengießer VI, Bugsirboot Kannengießer, Bugsirboot Raab-Karcher, Niederländ. Personenboot, Friedrich Großherzog, Prinzregent Luitpold, Alexa S. Rosenberg, Betriebsgesellschaft Rheinau, Jus et Justitia, Amsterdam V, Rheinstein von Page, Kätchen von Noll, Mannheim VI, Mellinghoff, Ruhrort V, Wil. Egan, Hermann von Schroer, Ziegelwerke Speyer, Badenia IX, Badenia V, Badenia VI, Schroer von Ruhrort (vier Mal), Knipscher, Küppers, Rigi Ruhrorter Schleppverein, Fritz, Ruhrorter Schleppverein (zwei Mal), Hutfließ & Schmid,

Agatha von Kuns Mainz, Wacht am Rhein, Fendel, Rhein- und Seeschiffahrt und andere. Als die ersten dieser in Parade liegenden Schiffe durch Abgabe von Salutschüssen die Ankunft der Festschiffe verkündeten und Boot „Mannheim VII“ mit tadelloser Präzision in den Floßhafen einlief, da erhob sich endloser Jubel auf den Schiffen wie bei der dichtgedrängten Menschenmenge am Lande. Die Musikkapellen auf den Schiffen stimmten die Landeshymne an; das Hochrufen und Tücherschwenken wollte kein Ende nehmen.

An der Drehbrücke, am Eingang zum Industriehafen legten die Festschiffe an den schön dekorierten Landungsstellen an, und die Allerhöchsten Herrschaften verließen die großen Dampfer, um sich auf die hinter der Drehbrücke im Industriehafen liegenden, ebenfalls im großen Flaggenschmuck prangenden, beiden kleinen Festboote „Badenia X“ der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft und „Falke“ der Mannheimer Dampfschleppschiffahrts-Gesellschaft zu begeben. Im Industriehafen übernahm die Führung das Hafenboot „Mannheim“. Ihm folgte unter Leitung des Herrn Direktor Knecht „Badenia X“ mit dem Großherzogspaar und dem Prinzen Ludwig von Bayern nebst Gefolge an Bord und Boot „Falke“ unter Leitung des Herrn Direktor Meister mit dem Erbgroßherzogspaar nebst Gefolge, sowie den Herren des Ministeriums an Bord. Die Fahrt ging zunächst dem rechten Hafenufer entlang bis zum Wendeplatz im Stichbecken und von hier am linken Ufer zurück bis zur Drehbrücke. Als die beiden Festschiffe die Werft von Gebr. Heuß passierten, wurde der von der Firma erbaute kleine eiserne Kahn „Helene“ vom Stapel gelassen, welches Schauspiel die Allerhöchsten Herrschaften sehr interessierte.

An der Drehbrücke angekommen, bestiegen die Herrschaften wieder die großen Festschiffe, die inzwischen gewendet hatten, und nahmen nun auf der Rückfahrt nochmals die Revue über die in Parade liegenden Schiffe ab. Sobald das letzte Festschiff die salutierenden Schiffe passiert hatte, schlossen sich diese in Kiellinie an. Während der Rückfahrt nahmen die Allerhöchsten Herrschaften den von der Direktion angebotenen Thee ein. Von dem Floßhafen ging die Fahrt dann rheinaufwärts an den großartigen Hafenanlagen von Mannheim und Ludwigshafen vorbei bis zum Luitpoldhafen. Als die Festschiffe die Anlagen der Badischen Anilin- und Sodafabrik passierten, sandte eine von der Fabrik im Rhein erstellte Fontaine gewaltige, in allen Farben schillernde Wasserstrahlen in die Höhe. Begleitet von dem bayerischen Regierungsdampfer lief Boot „Mannheim VII“ in den Luitpoldhafen ein; die übrigen Festschiffe, sowie die sie begleitenden Schraubendampfer hielten im offenen Strom der Hafeneinfahrt. Der Zug der Begleitungsflotte trennte sich in der Nähe der Arnheiter'schen Überfahrt in zwei Hälften; die vordere Hälfte fuhr stromaufwärts und ging am rechten Ufer vor Anker, die andere Hälfte legte am linken Ufer an. Nach Rückkunft des Festschiffes vom Luitpoldhafen fuhren sämtliche Schiffe wieder rheinabwärts und legten an den vorgeschriebenen Landestellen an.

Wiederholt verliehen die Allerhöchsten Herrschaften schon während der Fahrt in ehrendster Weise ihrer Freude und Anerkennung über den schönen Verlauf der Fahrt und die großartige Flottenparade Ausdruck. Beim Verlassen des Festschiffes nahmen Ihre Königl. Hoheiten nochmals Veranlassung, ihre hohe Zufriedenheit und ihren wärmsten Dank für alles Gebotene auszusprechen. Dann verließen sie unter herzlichen Abschiedsworten das Festschiff.

Während das Diner, das der Großherzog Sonntag 8. Juni im Marmorsaal des Schlosses gab, hauptsächlich den hervorragendsten Mitgliedern der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft galt, waren am folgenden Tage die Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden und Körperschaften zur Tafel geladen.

Bei der Festvorstellung, die am Sonntag Abend im Hoftheater stattfand, wurde außer Mozarts „Titus" ein einaktiges historisches Lustspiel von Julius Wolff gegeben: „Badisch Blut", das eine Episode aus der Jugendzeit des Markgrafen Ludwig von Baden behandelt. Am Sonntag Vormittag besuchte das großherzogliche und erbgroßherzogliche Paar den evangelischen Gottesdienst in der Trinitatiskirche; Nachmittags nahm der Großherzog im Schloßhof eine Parade der Militärvereine des Rhein-Neckarmilitärgauverbandes entgegen.

Nachdem der Großherzog am Montag 9. Juni der landwirtschaftlichen Ausstellung einen nochmaligen Besuch abgestattet hatte, der hauptsächlich den badischen Ausstellern galt, fand Abends unter herzlichen Ovationen der Bevölkerung die Rückreise nach Karlsruhe statt.

Am 12. Juni sprach der Großherzog in einem überaus gnädigen Handschreiben an Oberbürgermeister Beck der Stadt Mannheim seinen huldvollsten Dank aus. „Die Großartigkeit des Gebotenen — heißt es darin zum Schlusse — wird uns unvergeßlich bleiben, und die gewonnenen Eindrücke lassen mich erhoffen, daß die Stadt einer immer reicheren Blüte entgegengeht". Im gleichen Monat übersandte der Großherzog an den Oberbürgermeister als Zeichen seines Dankes einen vergrößerten Bronceabguß der Jubiläumsmedaille, mit der Bestimmung, „daß dieselbe aufbewahrt werde zum Gedächtnis an das 50jährige Regierungsjubiläum und als Erinnerungszeichen der Dankbarkeit, die Seine Königliche Hoheit für alles empfinden, was Höchstdenselben von Seiten der Stadt als Ausdruck treuer Gesinnung und liebevoller Anhänglichkeit während der Festlichkeiten entgegengebracht worden ist." Auch vom erbgroßherzoglichen Paare erhielt die Stadtgemeinde huldvolle Dankeskundgebungen, ebenso von der Kronprinzessin Viktoria von Schweden und Norwegen, der Tochter des Großherzogspaares, die ebenfalls zu den Festtagen erschienen war, aber leider durch Erkrankung verhindert war, das Schloß zu verlassen.

Noch einen dritten Besuch statteten im Jubiläumsjahr die großherzoglichen Herrschaften der Stadt Mannheim ab, und zwar am 18. und 19. Oktober gelegentlich der Enthüllung des Moltkedenkmals auf dem Zeughausplatz und des fünfzigjährigen Regimentsjubiläums des hiesigen Grenadierregiments, worüber spätere Blätter der Chronik näheres zu berichten haben.

Am 17. Oktober wurde amtlich bekannt gegeben: Seine Königliche Hoheit der Erbgroßherzog haben am 1. Oktober an Seine Majestät den Kaiser und König die Bitte gestellt, ihn von seiner Dienstleistung als kommandierender General des VIII. Armeekorps zu entheben, und dieses Gesuch mit dem Wunsche begründet, sich in voller Unabhängigkeit den Interessen seiner Heimat widmen zu können, was mit den Verpflichtungen des General-Kommandos des VIII.

Armeekorps sich nur schwer vereinbaren ließe. Eine Kabinetsordre des obersten Kriegsherrn vom 18. Oktober bestimmte: Erbgroßherzog von Baden, Königliche Hoheit, General der Infanterie und kommandierender General des VIII. Armeekorps, wird auf sein Ansuchen von dieser Stellung, unter Belassung in dem Verhältnis als Chef des 5. Badischen Infanterie-Regiments Nr. 113, à la suite des 1. Garde-Regiments zu Fuß, des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments Nr. 109 und des 1. Garde-Ulanen-Regiments, enthoben. Bei dem Abschied aus Koblenz zeigte es sich, welch große Sympathien sich der Erbgroßherzog in der ganzen Rheinprovinz während der 5 Jahre seines dortigen Aufenthalts bei allen Ständen erworben hatte. Auch Großherzog Friedrich wurde in der Rheinprovinz als Paladin Kaiser Wilhelms und Vorkämpfer der deutschen Einheit durch begeisterte Huldigungen gefeiert, als er im Oktober der Düsseldorfer Ausstellung einen Besuch abstattete. Am 27. November erfolgte der feierliche Einzug des Erbgroßherzogspaares in Karlsruhe; bald darauf siedelte es in das an der Kriegsstraße neuerbaute erbgroßherzogliche Palais über.

Am 9. März feierte Prinz Karl von Baden, der Bruder des Großherzogs, seinen 70. Geburtstag. Am 1. August wurde Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Max auf Schloß Salem von einer Prinzessin glücklich entbunden.

Der Geburtstag des Großherzogs am 9. September wurde in der üblichen Weise begangen. Einer Reihe von Arbeitern konnte das vom Großherzog gestiftete Ehrenzeichen für treue Arbeit verliehen werden; ebenso wurden verschiedene Feuerwehrleute durch Medaillen ausgezeichnet.





III. Staatsbehörden, Militär.

1. Staatsbehörden.

a) Verwaltung.

nläßlich des Regierungsjubiläums wurde der Großh. Landeskommissär Ministerialrat Alexander Pfisterer zum Geh. Oberregierungsrat befördert. Im Juli wurde Oberamtmann Oskar Schäfer beim hiesigen Bezirksamt zum Polizeidirektor ernannt. Die Karlsruher Zeitung schrieb amtlich zur Schaffung der Stelle eines Großh. Polizeidirektors in Mannheim und Karlsruhe folgendes: „Die Aufgabe der Polizeiverwaltung in den beiden größten Städten des Landes, Mannheim und Karlsruhe, ist allmählich eine so bedeutende geworden und setzt zu ihrer erfolgreichen Erfüllung ein solches Maß gereifter Erfahrung und Vertrautheit mit den persönlichen und örtlichen Verhältnissen voraus, daß es dringend geboten erscheint, die mit ihrer Leitung zunächst betrauten zweiten Beamten dieser beiden Bezirksämter längere Zeit in ihrer Stellung zu erhalten und einen häufigeren Wechsel in diesen Stellen zu vermeiden. Nachdem eine diesen Absichten durch eine finanzielle Besserstellung dieser Beamten Rechnung tragende Anforderung im Budget des Ministeriums des Innern für 1902/03 die verfassungsmäßige Genehmigung der Landstände erfahren hat, ist nunmehr durch höchste Entschließung bei den Bezirksämtern Mannheim und Karlsruhe je ein mit der Leitung der Polizeiabteilung des Bezirksamts betrauter zweiter Beamter mit den Bezügen eines Amtsvorstands angestellt worden. Die Polizeiabteilung, deren Leitung diesem Beamten, vorbehaltlich der dem Amtsvorstand zustehenden Oberleitungsbefugnisse, zukommt, ist durch Zusammenfassung der seither bereits mit der Bearbeitung der Angelegenheiten der Sicherheits-, Sitten- und Ordnungspolizei nebst den damit zusammenhängenden Zweigen der Ortspolizei befaßten Unterabteilungen des Bezirksamts gebildet worden; bei ihrer einheitlichen Ausgestaltung wurde den besonderen Verhältnissen tunlichst

Rechnung getragen. Zu ihrer Unterscheidung von den andern neben ihr bestehen bleibenden Unterabteilungen des Bezirksamts führt sie den Namen „Polizeidirektion"; dem Leiter dieser Polizeiabteilung ist durch Entschließung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs der Titel „Polizeidirektor" verliehen worden."

Oberamtmann Dr. Lukas Strauß wurde im Mai als Hilfsarbeiter ins Großh. Ministerium des Innern berufen, und Amtmann Hermann Levinger von Überlingen nach Mannheim versetzt. Im September wurde Amtmann Dr. Karl Heintze zum Oberamtmann und Amtsvorstand in Wiesloch ernannt, und Referendär Dr. Albert Jung von Bruchsal als Amtmann ans hiesige Bezirksamt versetzt.

Mit dem 1. Januar 1902 wurde die Verordnung des Großh. Ministeriums des Innern über das polizeiliche Meldewesen für die Stadt Mannheim durch eine ortspolizeiliche Vorschrift ersetzt, die wesentliche Abänderungen der seitherigen Bestimmungen enthält.

Beseitigt ist vor allem die Doppelmeldung, welche seither bei Zu- und Wegzügen dem Zuziehenden bezw. Wegziehenden, sowie dem Wohnungsgeber oblag. An die Stelle der Doppelmeldung ist die einmalige Meldung des Wohnungsgebers getreten.

Die Meldung der im Haushalt eines Mieters wohnenden Personen (Dienstboten, Gesellen, Gehilfen, Lehrlingen, Aftermieter) lag bisher dem Hausbesitzer oder Mieter ob, je nachdem die vorgenannten Personen gleichzeitig mit dem Mieter ein- bezw. auszogen, oder zu anderer Zeit ihre Wohnung veränderten. Nach der neuen Bestimmung sind die von einem Mieter aufgenommenen Personen von dem Mieter und nicht mehr von dem Hausbesitzer zu melden, wie denn überhaupt die ganze ortspolizeiliche Vorschrift auf dem Grundsatz beruht, die Meldepflicht demjenigen aufzuerlegen, welcher der ein- oder ausziehenden Person die Wohnung giebt bezw. gegeben hat. Es haben sonach zu melden:

1. Die Hausbesitzer bezw. die von ihnen bestellten Verwalter jeden Ein- oder Auszug, der a) sie selbst und ihre mit ihnen wohnenden Angehörigen, b) die übrigen in ihrem Haushalt wohnenden Personen, wie Dienstboten, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Schlafleute, Pfleglinge, c) ihre Mieter und deren Angehörige berührt.

2. Die Mieter: jeden Ein-, Um- und Auszug ihrer eigenen Dienstboten, Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge, Pfleglinge, Mieter (Aftermieter), sowie der Angehörigen der Vorgenannten.

Aus der ortspolizeilichen Vorschrift über das Vermieten von Schlafstellen ist die Bestimmung entnommen, daß die Vermieter von Schlafstellen außer der vorschriftsmäßigen An- und Abmeldung ihrer Schläfer ein Namensverzeichnis derselben zu führen haben, in welchem der Tag des Eintritts und Abgangs, sowie der Tag der An- und Abmeldung genau einzutragen ist. Neu ist die Anordnung, daß die Meldungen nicht nur von dem zur Meldung Verpflichteten, sondern auch von dem Gemeldeten selbst zu unterzeichnen sind.

Geändert wurden schließlich auch die Meldeformulare. Die bisher für alle Meldungen (polizeiliche und Meldungen zur Kranken- und Invalidenversicherung) gemeinsamen Formulare (weiß und weiß mit blauem Aufdruck) werden nur noch verwendet, wenn jemand gleichzeitig polizeilich und zur Kranken- oder Invalidenversicherung gemeldet wird. Wird jemand nur polizeilich gemeldet, so werden jetzt gelbe und grüne Formulare und wenn nur eine Meldung zur Kranken- oder Invalidenversicherung erstattet wird, blaue und rote Formulare

benützt. Diese Formulare, welche auf der Meldestelle und bei allen Polizeirevieren zu haben sind, enthalten auf der Rückseite die wichtigsten für die jeweilige Meldung in Betracht kommenden Bestimmungen.

b) Justiz.

Von Personalveränderungen seien erwähnt: die im Oktober erfolgte Ernennung des Landrichters Dr. Heinrich Fuchs zum Staatsanwalt (anstelle des nach Freiburg versetzten Staatsanwalts Morath) und die Zuruhesetzung des ältesten Mitgliedes des hiesigen Landgerichts, Landgerichtsrat Karl Maurer, der seit 1877 dem hiesigen Landgericht angehörte. Vorsitzender der neuerrichteten III. Kammer für Handelssachen wurde Landgerichtsrat von Babo.

Im Herbst wurde in den Blättern darauf hingewiesen, daß der große Zudrang zum Rechtsstudium in den letzten Jahren eine Überfüllung hervorgerufen habe. Diesen Nachrichten zufolge wurde den damals im Referendärexamen befindlichen badischen Rechtspraktikanten, die weniger gute Noten erhalten haben, mitgeteilt, daß sie erst nach einigen Volontärjahren auf Verwendung im Staatsdienst rechnen dürfen.

In Civilsachen (streitige Gerichtsbarkeit) gestaltete sich die Tätigkeit des hiesigen Großh. Landgerichts (vier Civilkammern und drei Kammern für Handelssachen) im Berichtsjahre folgendermaßen:

Abteilung	Es wurden anhängig					Es ergingen		
	Haupttabelle	Ehetabelle	Arresttabelle	Berufungstabelle	im Ganzen	mündl. Verhandlungen	Beweisbeschlüsse	kontradiktorische Urteile
Civilkammer I	358	31	52	98	539	707	138	205
„ II	458	26	38	111	633	1076	245	264
„ III	567	37	53	106	763	1180	278	244
„ IV	476	33	57	120	686	917	230	211
Zusammen Civilkammer I—IV	1859 (1619)	127 (133)	200 (179)	435 (373)	2621 (2304)	3880 (3142)	891 (708)	924 (787)
I. Kammer für Handelssachen	638	—	40	—	661	858	132	130
II. Kammer für Handelssachen	684	—	26	—	710	901	96	138
III. Kammer für Handelssachen	621	—	30	—	668	741	86	78
Zusammen I.—III. Kammer für Handelssachen	1943 (2073)	— —	96 (102)	— —	2039 (2175)	2500 (2625)	314 —	346 —
Gesamtsumme	3802 (3692)	127 (133)	296 (281)	435 (373)	4660 (4479)	6380 (5767)	1205 (1056)	1270 (1168)

In der freiwilligen Gerichtsbarkeit waren 44 (38) Rechtspolizeisachen zu verzeichnen.

Im Berichtsjahr (Vorjahr) fanden 24 (20) Schwurgerichts-Verhandlungen statt, in denen 22 (21) Personen verurteilt und 7 (4) freigesprochen wurden. Vor den Strafkammern fanden in erster Instanz 498 (482) Hauptverhandlungen statt und ergingen 478 (466) Urteile, wonach 608 (570) Personen verurteilt und 69 (42) freigesprochen wurden. Von diesen Urteilen ergingen 308 (305) wegen Verbrechen und 170 (161) wegen Vergehen. In der Berufungsinstanz fanden 360 (305) Hauptverhandlungen vor den Strafkammern statt und ergingen 344 (282) Urteile.

Bei Großh. Staatsanwaltschaft wurden 4912 (5738) Vorverfahren beendet, nämlich 2544 (2603) durch Einstellung des Verfahrens seitens der Staatsanwaltschaft, 3 (39) durch Beschluß der Strafkammer auf Nichteröffnung des Hauptverfahrens, ferner durch Beschluß der Strafkammer auf Eröffnung des Hauptverfahrens vor einem Schöffengericht: 1628 (1745), vor einem Schwurgericht oder einer Strafkammer 526 (473), auf andere Art 211 (419).

Beim Großh. Amtsgericht Mannheim waren im Jahre 1902 (1901) anhängig: Privatklagesachen 647 (690), Anklagesachen 2698 (2648), und zwar von letzteren wegen Vergehen 2323 (2300), wegen Übertretungen 375 (348). Ordentliche Sitzungen der Schöffengerichte fanden statt 294 (281), außerordentliche 0 (0). Hauptverhandlungen vor den Schöffengerichten fanden statt: in Privatklagesachen 458 (478), in Anklagesachen 2789 (2360). Es ergingen Urteile der Schöffengerichte 2489 (2389), hierunter in Privatklagesachen 167 (169). Durch die ergangenen schöffengerichtlichen Urteile erster Instanz wurden in Anklagesachen verurteilt 2471 (2761), freigesprochen 422 (475) Personen, in Privatklagesachen: verurteilt 145 (162), freigesprochen 36 (38). Unter den Strafsachen befanden sich 14 (23), in welchen das Amtsgericht als Rheinschiffahrtsgericht zuständig war.

In der Civilrechtspflege wurden beim hiesigen Amtsgericht anhängig: Sühnesachen 238 (228), darunter 235 (216) Ehesachen, Mahnsachen 7142 (7412), gewöhnliche Prozesse 10890 (11928), Urkundenprozesse 1334 (1293) — darunter 1308 (1276) Wechselprozesse — Entmündigungssachen 30 (29), Aufgebotsverfahren 24 (15), Arreste und einstweilige Verfügungen 300 (285), Anträge außerhalb eines bei dem Gericht anhängigen Rechtsstreits 383 (303), Verteilungsverfahren 29 (13), Zwangsversteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens (Liegenschaften) 153 (86), andere Anträge betreffend Zwangsvollstreckung 4648 (3789). Die Zahl der in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten stattgehabten mündlichen Verhandlungen betrug 17143 (15865), darunter kontradiktorische Verhandlungen 5165 (4627).

Konkursverfahren waren anhängig: überjährige 81 (42), diesjährige 112 (98), zusammen: 193 (140). Konkursverfahren wurden eröffnet 74 (75), hierunter waren: 5 (4) offene Handelsgesellschaften, 2 (1) Aktiengesellschaften, 22 (24) Handelsleute, 37 (42) Gewerbetreibende, 0 (1) Landwirt, 6 (3) sonstige Personen. Die Zahl der erledigten Konkursverfahren betrug 93 (59).

Von den anhängig gewordenen Rechtspolizeisachen betrafen: Standesregister-Berichtigungen 40 (39), Vormundschaftssachen 3792 (3036), Zwangserziehung 73 (71), Anordnung einer Nachlaßverwaltung 20 (2). Am Schlusse des Berichtsjahres waren Vormundschaften anhängig: über Minderjährige 3408 (2354), über Geisteskranke und Geistesschwache 112 (116), über Verschwender 18 (9), über Trunkenbolde 5 (1), Pflegschaften 69 (27). Der Gesamtbetrag des unter Aufsicht des Vormundschaftsgerichts stehenden reinen Mündelvermögens, über das im Laufe des Berichtsjahres Rechnungsabhör stattfand, belief sich auf 5055945 Mark (5371334 Mark).

Es fanden folgende 1546 (1545) Register-Einträge (Neueintragungen, Löschungen und sonstige Eintragungen) statt: zum Handelsregister: 599 (719), nämlich Einzelfirmen 283, offene Handelsgesellschaften 197, Kommanditgesellschaften 5, Aktiengesellschaften 69, Gesellschaften mit beschränkter Haftung 45; ferner zum Schiffsregister 285 (207), Musterregister 26 (29), Güterrechtsregister 573 (539), Genossenschaftsregister 13 (12), Vereinsregister 49 (36), Börsenregister (Wertpapiere) 1 (3).

Die Zahl der hiesigen Rechtsanwälte betrug Ende des Berichtsjahres 56.

Durch Entschließung des Großh. Ministeriums der Justiz vom 15. Juli 1902 wurde mit Wirkung vom 1. September 1902 ein weiteres Notariat errichtet, welches die Bezeichnung „Notariat Mannheim IX" führt. Dasselbe umfaßt die Gemarkung Mannheim nördlich des Neckars und östlich einer die gerade Verlängerung der Neckarbrücke bildenden Linie, einschließlich des Vorortes Käferthal, sowie die Gemeinden Feudenheim und Wallstadt.

Auf genannten Zeitpunkt wurde die bisherige Einteilung des Amtsgerichtsbezirks in Notariatsdistrikte weiterhin in der Weise geändert, daß der Teil der Gemarkung Mannheim zwischen Seckenheimerstraße, Kaiser- und Friedrichsring und Neckar aus dem Notariatsdistrikt Mannheim II dem Distrikt Mannheim V angewiesen wurde. Durch Entschließung des Großh. Ministeriums der Justiz vom 11. Dezember 1902 wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1903 ab die Gemeinde Seckenheim mit Rheinau aus dem Notariatsdistrikt Mannheim VII dem Notariatsdistrikt Mannheim IX zugewiesen.

Für den Neubau eines Landesgefängnisses in Mannheim genehmigte der Landtag die für Geländeerwerb und Anfüllungsarbeiten erforderliche erste

Rate von 250000 M. Gegenüber den von der Stadtgemeinde erhobenen Einwänden, die besonders darin gipfelten, daß die Wahl des Bauplatzes in der Gewann Herzogenried eine Beeinträchtigung des Ortsbauplans herbeiführe, erklärte die Budgetkommission der zweiten Kammer, die am 12. März eine Terrainbesichtigung vornahm, daß sie sich von der Stichhaltigkeit dieser Bedenken nicht habe überzeugen können.

c) Die übrigen Staatsbehörden.

Im Juli erfolgte die schon im vorigen Chronikband S. 25 erwähnte definitive Ernennung des Leiters der hiesigen Eisenbahnverwaltung: das Mitglied der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen, Regierungsrat Reinhold Gaitzsch, wurde unter Belassung von Sitz und Stimme im Kollegium nach Mannheim versetzt und ihm die Wahrnehmung des Dienstes des Betriebsinspektors daselbst endgiltig übertragen.

Die Amtsstelle des Bahnbauinspektors wurde im Juni dem bisherigen Vorstand der Hafenbauinspektion in Kehl, Oberingenieur Richard Tegeler übertragen. Oberingenieur Tegeler war bis vor wenigen Jahren der hiesigen Bahnbauinspektion als Ingenieur mit dem Titel Regierungsbaumeister zugeteilt. In dieser Stellung hat er bedeutende Bauten geleitet, so z. B. den Bau der großen Quaimauer im Rheinhafen. In Folge seiner hervorragenden Tüchtigkeit wurde ihm im Jahre 1897 die Aufgabe des Baues des Kehler Hafens übertragen.

Im Oktober wurde Oberzollinspektor Wilhelm Gimbel unter Verleihung des Titels Finanzrat zum Kollegialmitglied der Steuerdirektion ernannt und Oberzollinspektor Hermann Frech in Säckingen ans hiesige Hauptsteueramt versetzt.

* * *

Das Exequatur zur Ausübung der konsularischen Funktionen wurde seitens des Reiches erteilt: dem zum Honorar-Vize-Konsul von Spanien ernannten Moritz Nauen und dem an Stelle des Vizekonsuls Osterhaus zum Vizekonsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Mannheim ernannten C. Lindsey-Blayney.

2. Militär.

In der Geschichte des hiesigen Grenadierregiments zeichnet sich das Jahr 1902 durch zwei bedeutsame festliche Ereignisse aus: die Teilnahme am 50jährigen Regierungsjubiläum des Großherzogs und das eigene 50jährige Regimentsjubiläum. Während der Anwesenheit des Kaisers in Karlsruhe anläßlich des Regierungsjubiläums war der Regimentskommandeur Oberst v. Safft zum

Ehrendienst befohlen, und das Regiment nahm auf Befehl des Kaisers an der Parade teil, die auf dem Schloßplatz in Karlsruhe am 26. April stattfand. Beim Vorbeimarsch führte der Großherzog die Karlsruher Leibgrenadiere vor, während der Kaiser, in der Uniform des Mannheimer Regiments, den Marschallstab in der Hand, sich an die Spitze der 110er setzte.

Am 12. April fand die Einweihung des Offizierskasinos der neuen, vom Regiment im Oktober des vorangegangenen Jahres bezogenen Kaiser-Wilhelms-kaserne in Gegenwart des kommandierenden Generals v. Bock und Polach statt.

Bald nach der Rückkehr aus dem Manöver, das bei Engen, Stockach, Donaueschingen usw. abgehalten wurde, begannen die Vorbereitungen zur Feier des 50jährigen Regimentsjubiläums, denn im Oktober 1902 konnte das II. Badische Grenadierregiment Nr. 110 auf ein halbhundertjähriges Bestehen zurückblicken. Seit 1867 hat das Regiment hier seinen Sitz und nimmt in der Geschichte der Mannheimer Garnison eine hervorragende Stellung ein. Enge Beziehungen haben sich die vielen Jahre hindurch zwischen der Bürgerschaft und dem Regiment angeknüpft, das der Mannheimer mit Stolz das seine nennt. Die Teilnahme am 50jährigen Regimentsjubiläum war daher eine überaus herzliche und alle Kreise der Einwohnerschaft umfassende. Werfen wir an der Hand eines Aufsatzes, den W. Caspari in den Mannheimer Geschichtsblättern 1902 Nr. 10 veröffentlichte, einen Rückblick auf die Geschichte des Regiments.

Als sich im Jahre 1849 die badischen Truppen zum Teil unzuverlässig und meuterisch gezeigt hatten, schien die Auflösung der alten badischen Armee nach der Rückkehr des Großherzogs Leopold, der aus seinem Lande fliehen mußte, unvermeidlich. Das Auflösungsdekret nahm nur die 4. Schwadron des 2. Dragoner-Regiments und das 1. Bataillon des 4. Infanterie-Regiments von der angeordneten strengen Maßregel aus, die einer Auflösung des alten badischen Heeres nahezu gleich kam. Im Jahre 1850 verfügte Großherzog Leopold die Neubildung der Reiterei, der Artillerie, der Pionier-Kompagnie und endlich der Infanterie. Am 1. Februar 1850 erging eine Ordre, daß die Infanterie aus einem Infanterie-Kommando und 10 selbständigen Bataillonen, das Bataillon zu 4 Kompagnien, zu bestehen habe. Von Regimentsverbänden wurde vorerst abgesehen. Diese Anfänge wurden vom Prinzregenten, dem jetzigen Großherzog, nach dem Tode seines Vaters weitergeführt. Er übernahm 1852 selbst den Oberbefehl über das badische Armeekorps. In rastloser Tätigkeit widmete er sich dem weiteren Ausbau der neuen Heeresorganisation, so daß schon am 22. Oktober 1852 zwei hochwichtige Ordres erfolgten. Die erste regelte die Formation und Stärke der Infanterie im Kriegs- und Friedensstand, in der zweiten Ordre wurde angeordnet, welche Bataillone zu Regimentsverbänden zusammenzutreten hätten. Diese Ordre ist zugleich die Stiftungsurkunde auch des Mannheimer Grenadier-Regiments. Darin heißt es inbezug auf das Regiment: „Das 2. Infanterie-Regiment wird aus dem 4. und 7. Infanterie-Bataillon gebildet, das 4. Bataillon wird das 1., das 7. das 2. Bataillon dieses Regiments.“ Die beiden Bataillone, aus denen das neue Regiment gebildet wurde, verblieben in ihrer bisherigen Garnison Rastatt. Die Uniformierung, schon 1849 nach preußischem Muster befohlen, blieb die gleiche

und entsprach ungefähr der heutigen; nur zeigten die weißen Achselklappen die rote Nr. 2. Als Exerzierreglement wurde das preußische beibehalten. Als im Jahre 1855 die Vereinigung der Infanterie-Regimenter zu Brigaden durchgeführt wurde, gehörte das 2. Regiment mit dem in Konstanz liegenden 4. Regiment zur zweiten Brigade, deren Kommando in Freiburg war. Am 9. August 1857 verlieh Großherzog Friedrich, der am 5. September des voraufgehenden Jahres die großherzogliche Würde und den Titel „Großherzog von Baden" angenommen hatte, seinem Schwiegervater, dem Prinzen Wilhelm von Preußen, die Inhaberstelle des Regiments. Mit dem Namen „2. Infanterie-Regiment Prinz von Preußen" geschmückt, zog das Regiment nach den Herbstübungen 1857 in die Mauern Mannheims ein, welches ihm von da an bis 1859 als Garnison diente. Zugleich trat es in den Verband der ersten Infanterie-Brigade, deren Sitz in Karlsruhe war. An seiner Stelle wurde das 3. Regiment mit dem 4. zur zweiten Brigade vereinigt.

Im Jahre 1859 wurde als neue Garnison Konstanz bestimmt, wo das Regiment der 2. Brigade zugeteilt wurde; es blieb in diesem Verbande bis zum Herbst 1866. Nach Mannheim kam an seiner Stelle das 4. Infanterie-Regiment Prinz Wilhelm und nach dessen Wegverlegung im September 1864 das 1. Badische Leib-Dragoner-Regiment und 2 Füsilierbataillone. Die Tronbesteigung des Königs Wilhelm I. 1861 hatte zur Folge, daß das Regiment nunmehr den Namen „Zweites Infanterie-Regiment, König von Preußen" führte.

Der immer schärfer werdende Gegensatz zwischen Oesterreich und Preußen führte im Juni 1866 zu offenen Feindseligkeiten. Auch Baden mußte zum Streite der führenden Mächte des deutschen Bundes Stellung nehmen; es sah sich gezwungen, gegen Preußen zu kämpfen. Und so verfügte Großherzog Friedrich am 18. Juni 1866 die Mobilmachung seiner Felddivision. Die badische Felddivision bildete auch jetzt wieder wie im Jahre 1859, eine der 4 Divisionen des achten Bundesarmeekorps, das unter dem Kommando des Prinzen Alexander von Hessen stand. Es war dem Regiment ebensowenig wie den anderen badischen Truppen beschieden, in den Gang des Feldzuges irgendwie entscheidend einzugreifen. Das 2. Regiment rückte am 10. August in die ihm als neue Garnison angewiesene Residenzstadt Karlsruhe ein. Das Jahr 1867 brachte für die badische Armee wichtige Änderungen in dem neuen Wehrgesetz vom 5. Oktober. Von den sechs badischen Regimentern erhielt jedes 3 Bataillone. Dem 2. Regiment wurde für das 1. und 2. Bataillon Mannheim als Garnison angewiesen. Die Uniform der Offiziere und Mannschaften wurde nach den preußischen Vorschriften geregelt, jedoch mit Beibehaltung des Säbels für die Offiziere. Als Waffe wurde das Zündnadelgewehr eingeführt, das seine Probe im Feldzug von 1866 glänzend bestanden hatte. Zum Kommandeur des Regiments wurde an Stelle des pensionierten Oberst Hoffmann 1867 Oberst Peternell, 1868 Oberst v. Renz ernannt. Am Geburtstag Großherzog Friedrichs, 9. September 1869, wurde auf dem Paradefelde bei Eppingen dem Regiment verkündet, daß es zum Grenadierregiment, König von Preußen, erhoben sei. Seit dieser Zeit wird als Paradestück der Haarbusch, und als Bezeichnung statt der Nummer 2 auf den Achselklappen der verschlungene Namenszug W R mit der Krone getragen. In dem gleichen Jahre wurde das zweite Bataillon von Mannheim nach Durlach und das inzwischen auf 4 Kompagnien ergänzte Füsilierbataillon nach Mannheim verlegt, wo es bis heute mit dem ersten Bataillon zusammen garnisoniert.

Das neue Grenadierregiment sollte bald Gelegenheit erhalten, auch im Felde zu zeigen, was es zu leisten vermöge. Denn kein volles Jahr nach den eben geschilderten Reformen brach der deutsch-französische Krieg aus, den das Regiment unter der Führung des Obersten v. Renz und nach dessen Heldentod in der Schlacht von Nuits unter der Führung des Obersten

Stölzel mitmachte. Damit beginnt die ruhmreichste Zeit für das Regiment, das allen Grund hat, auf jene Tage mit Befriedigung zurückzuschauen, wo es vor Straßburg, in den Vogesen und im Burgunderlande, sowie vor Belfort an dem glorreichen Kampfe teilnehmen durfte. Der Ruhm- und Ehrentag des Regiments bei Nuits am 18. Dezember 1870 endete mit einem glänzenden Siege, der ihm allerdings schwere Verluste brachte: 4 Offiziere, 56 Mann waren gefallen, 12 Offiziere, 282 Mann verwundet. Der Verlust der Franzosen wird von ihnen auf 1500 Mann angegeben. Nach der Rückkehr des Regiments aus dem Schlachtfelde wurde ihm die Kabinetsordre des Großherzogs zur Kenntnis gebracht: „Das 2. Grenadier-Regiment König Wilhelm von Preußen hat künftighin die Benennung: ‚2. Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm' zu führen." Dem siegreich heimkehrenden Regiment bereitete die Einwohnerschaft Mannheims am 6. April 1871 einen glänzenden, jubelnden Empfang. Das Regiment fügte am 18. Mai seinem Namen die Nummer 110 hinzu. So heißt es denn seit jener Zeit: 2. Badisches Grenadier-Regiment Kaiser Wilhelm I. Nr. 110. Unter diesem Namen hat das Regiment in 31 gesegneten Friedensjahren, durchdrungen von dem Streben, seines hohen Chefs sich würdig zu erweisen, eine erfolgreiche Tätigkeit entfaltet, Tausende zu tüchtigen Soldaten ausgebildet und zu tüchtigen Männern erzogen. Es hatte bis zum 1. Oktober 1901 eine Heimstätte in den beiden alten Kasernen, der Rheintorkaserne, die unter Karl Philipp 1722 und 1727 gebaut wurde, und der Zeughauskaserne, zu der 1777 der Grundstein gelegt wurde. An diesem Tage bezog das 1. und 3. Bataillon — so heißt seit 1889 das Füsilierbataillon — die neuen, jenseits des Neckars gelegenen Kasernenbauten, welchen der Name „Kaiser-Wilhelm-Kaserne" verliehen wurde. Das 2. Bataillon vertauschte am 1. Juli 1881 seine bisherige Garnison Durlach mit der schönen Neckarstadt Heidelberg, wo ihm in der Nähe der Peterskirche eine stattliche Kaserne zur Verfügung steht.

Die Jubiläumsfestlichkeiten fanden am 18. und 19. Oktober statt, und zwar in Verbindung mit der Enthüllung des Moltkedenkmals. Sie wurden ausgezeichnet durch die Gegenwart der großherzoglichen Herrschaften. Der Großherzog und der Erbgroßherzog kamen bereits am Abend des 18. Oktober nach Mannheim, während die Großherzogin und Prinz Karl am folgenden Morgen eintrafen. Die alten Kriegsveteranen und sonstigen ehemaligen Angehörigen des hiesigen Grenadier-Regiments hatten dem Rufe zur Teilnahme an den Jubiläumsfestlichkeiten zahlreich Folge geleistet. Es mochten etwa 4—5000 ehemalige Soldaten erschienen sein. Die Jubiläumsfestlichkeiten wurden am Nachmittag des 18. durch eine für diesen Zweck im Hoftheater arrangierte Festvorstellung eröffnet. Zur Aufführung gelangte nach einer Ouverture aus der Oper „Das Feldlager in Schlesien" „Wallensteins Lager"; hierauf ein Balletdivertissement, das eine Huldigung für das Regiment darstellte, und zum Schluß das Lustspiel „Militärfromm". Das Theater war reich geschmückt. Abends 8 Uhr begann im Saalbau bei großem Andrang das vom Regiment veranstaltete Festbankett. Oberst v. Safft toastete auf Kaiser und Großherzog, Oberstleutnant v. Sarnow gab in einer Festrede ein Bild über die Geschichte des Regiments, Generalinspektor der Fußartillerie v. Perbandt, der frühere Oberst des hiesigen Regiments, feierte das Regiment. Oberbürgermeister Beck hieß die Ehrengäste,

sowie die Veteranen in Mannheims Mauern willkommen. Bankdirektor Stoll toastete auf die deutsche Armee; der Veteran Volkert aus Wallstadt brachte auf die Kommandeure des Regiments ein Hoch aus, und Hochbaubeamter Ph. Sommer aus Karlsruhe gedachte des verstorbenen Prinzen Wilhelm und des Oberst v. Renz. Am Sonntag Morgen besuchten der Großherzog und der Erbgroßherzog zunächst den Gottesdienst in der Trinitatiskirche. Um 10 Uhr fand die Parade des Regiments, sowie der kompagnieweise aufgestellten Veteranen auf dem Meßplatze statt. Der Großherzog hielt hierbei eine längere Ansprache an das Regiment, wobei er insbesondere darauf hinwies, daß bei der Gründung des Regiments Prinz Wilhelm von Preußen, der spätere Kaiser Wilhelm, hervorragenden Anteil gehabt habe. Dann feierte er Kaiser Wilhelm II. als obersten Kriegsherrn und brachte ein dreimaliges Hurra auf ihn aus. Von der Parade marschierte das Regiment mit den Veteranen nach dem Zeughausplatz, wo in Gegenwart der allerhöchsten Herrschaften die Enthüllung des Moltkedenkmals stattfand. Mittags 1 Uhr begann im Stadtparksaale das den Kriegsveteranen gegebene Festessen, zu dem auch der Großherzog und der Erbgroßherzog erschienen. Um 5 Uhr fand im Regimentshause ein Festessen der Offiziere, ebenfalls unter Teilnahme des Großherzogs und des Erbgroßherzogs statt. Abends gegen 1/49 Uhr erfolgte die Rückreise der Allerhöchsten Herrschaften nach Karlsruhe. Die verschiedenen Kompagnien des Regiments hielten Unterhaltungen mit Tanz ab, womit die Jubiläumsfestlichkeiten ihr Ende erreichten.

Anläßlich des Jubiläums überwies der Kaiser dem Offizierkorps die Summe von 25 000 Mark als „Kaiser Wilhelm II.-Stiftung", deren Zinserträge zur Unterstützung hilfsbedürftiger Offiziere verwendet werden sollen. Der Großherzog schenkte dem Regiment eine in seltener Größe angefertigte Photographie, welche die Vorführung des Regiments durch seinen hohen Chef, König Wilhelm, den nachmaligen Kaiser Wilhelm I. vor dem Großherzog Friedrich im Jahre 1869 zeigt. Die Photographie wurde im Allerhöchsten Auftrage nach einem im Großh. Schlosse in Karlsruhe befindlichen Gemälde ausgeführt. Die Stadt Mannheim machte dem Regiment zwei silberne Tafelkandelaber zum Geschenk, die der hiesige Hofjuwelier C. Heisler lieferte. Sie wurden beim Festmahl im Regimentshause durch Oberbürgermeister Beck überreicht und erregten allgemeine Bewunderung. Die beiden Leuchter, welche in der Höhe etwa 1 Meter messen, sind 12armig und in reinem Empirestil ausgeführt. Der einfach und vornehm gehaltene Fuß der zwei Leuchter zeigt auf der einen Seite das Mannheimer Stadtwappen, umgeben von der Inschrift: „Die Stadt Mannheim zum 50jährigen Regimentsjubiläum", auf der andern Seite das von einem Kranze umschlossene Regimentsemblem. Ohne Frage wird das prachtvolle

Kandelaberpaar nicht nur eine wirkungsvolle Zierde für das Offizierkasino, sondern auch dauernd eine schöne Erinnerung an die verflossenen Ehrentage des hiesigen Regimentes und zugleich einen beredten Beweis für die zwischen Regiment und Stadtgemeinde von jeher bestehenden erfreulichen Beziehungen bilden. Die Stadt Heidelberg ließ durch Oberbürgermeister Wildens beim Festmahl dem Offizierkorps des Heidelberger Bataillons für sein Kasino namens der Stadt Heidelberg ein Ehrengeschenk, bestehend in einer Anzahl silberner Tafelbestecke, überreichen. —

Zur Stammrolle meldeten sich während des Berichtsjahres im städtischen Militärbureau 4059 Militärpflichtige an (gegen 4930 im Vorjahr), und zwar

Stadtteil	aus Jahresklasse 1900 (geb. 1880)	aus Jahresklasse 1901 (geb. 1881)	aus Jahresklasse 1902 (geb. 1882)	zusammen
Altstadt	788	1033	1751	3572
Käferthal-Waldhof .	54	81	111	246
Neckarau	58	82	101	241
Zusammen	900	1196	1963	4059

Gesuche um Zurückstellung, Befreiung oder vorzeitige Entlassung vom Militärdienste wurden eingereicht und der Ersatzkommission zur weiteren Entscheidung vorgelegt: Altstadt 84, Käferthal-Waldhof 8, Neckarau 11, zusammen 103. Anträge auf Gewährung der reichsgesetzlichen Unterstützung für die Familien der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes wurden entgegengenommen: Altstadt 399, Käferthal-Waldhof 47, Neckarau 43, zusammen 489. Die Gesamtsumme der von der Stadtkasse vorgeschossenen und von der Staatskasse wieder zurückersetzten Unterstützungen betrug im Berichtsjahre 7421 Mark.

Einquartiert waren hier im Berichtsjahre 1902: 1 Offizier, 67 Mann und 8 Pferde und zwar: 5 Landwehrmänner des hiesigen Regiments auf 13 Tage sowie 29 Reservisten auf 2 Tage; 25 Mann vom Feld-Artillerie-Regt. 50 und den Dragoner-Regimentern Nr. 20 und 21, kommandiert zur landwirtschaftlichen Ausstellung hierher auf 7 Tage; ferner ein Kommando des Dragoner-Regiments Nr. 21, bestehend aus 1 Offizier und 8 Mann mit 8 Pferden vom 14. Oktober bis 20. Dezember 1902.

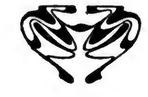
* * *

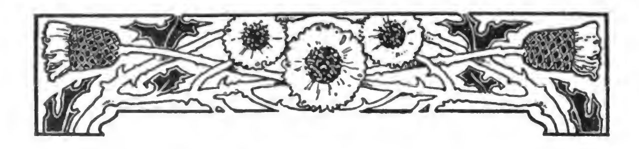
Dem Jahresbericht des Militärvereins ist zu entnehmen, daß derselbe am 1. Oktober 1902 1 Ehrenpräsidenten, 9 Ehrenmitglieder, 1453 ordentliche, 21 auswärtige und 8 außerordentliche Mitglieder zählte.

Dem Kriegerverein gehörten bis Ende des Berichtsjahres 296 Mitglieder, darunter 65 Reserve- und Landwehroffiziere an.

Der Verein „Kaiserliche Marine“, der dem badischen Militärvereinsverband beitrat, zählte 201 Mitglieder. Er feierte am 21. und 22. Juni das Fest der Flaggenweihe, wobei Kontreadmiral z. D. Rosendahl die Festrede hielt. Zahlreiche Gäste wohnten der schön verlaufenen Feier bei.

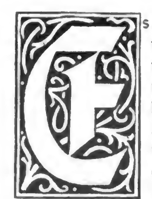
Neugründungen des Berichtsjahres waren der Verein ehemaliger 110er und die Sektion Mannheim des Vereins ehemaliger Chinakrieger.





IV. Die Gemeindeverwaltung.

1. Die Organe der Gemeindeverwaltung.



Es bestanden zu Ende des Berichtsjahres 54 städtische Kommissionen. Hiervon sind 27 durch Ortsstatut bezw. Satzungen mit selbständigen Verwaltungsaufgaben betraut, und 13 von diesen besitzen Dekreturbefugnis, 26 Kommissionen sind lediglich zur Vorberatung der im Stadtrat zu behandelnden Angelegenheiten berufen. Während des Berichtsjahres vermehrte sich die Zahl der städtischen Kommissionen um zwei: die Schulkommission für die Handelsfortbildungsschule und den Beirat der Reformschule.

Gemäß Ortsstatut vom 5. Dezember 1901 und 28. Februar 1902 wurde als Verwaltungs- und lokale Aufsichtsbehörde für die neu gegründete Handelsfortbildungsschule eine mit Dekreturbefugnis ausgestattete „Schulkommission für die Handelsfortbildungsschule" bestellt. Der Kommission gehören an: Der Oberbürgermeister als Vorsitzender, der Stadtschulrat, der Leiter der Schule — welche Funktion der Stadtrat in provisorischer Weise dem bisher als Hauptlehrer an der Mädchenbürgerschule tätigen Dr. Bernhard Weber übertrug —, sowie die sechs vom Stadrat ernannten Mitglieder, von denen eines von der Handelskammer (Fabrikdirektor Otto Hoffmann), ein zweites von den Vorständen der hiesigen Vereine kaufmännischer Angestellter männlichen Geschlechts (General-Agent Julius Witzigmann) und ein drittes von den Vorständen der gleichen Vereinigungen weiblichen Geschlechts (Frau Großkaufmann Emil Hirsch) vorgeschlagen wurde. Die drei übrigen Mitglieder sind statutenmäßig dem Stadtrat (Stadtrat Duttenhöfer), dem Bürgerausschuß (stellvertretender Obmann des Stadtverordnetenvorstandes Wilhelm Fulda) und der Volksschulkommission (Stadtrat Hirschhorn) entnommen.

Die Organisation des „Beirats der Reformschule" gründet sich auf die zwischen dem Stadtrat und dem Großh. Oberschulrat vereinbarten Satzungen für die ebengenannte, mit dem 11. September 1902 eröffnete neue Realmittelschule. Dieses Kollegium ist berufen zur Beratung organisatorischer Fragen allgemeiner Art, insbesondere auch zur Erstattung von der Oberschulbehörde verlangter Gutachten über Aenderungen in der Organisation der Anstalt, ferner zu Verhandlungen, welche die Herstellung oder bauliche Aenderungen des

Anstaltsgebäudes, die Fürsorge für die Gesundheit der Schüler, die Handhabung der Disziplin im allgemeinen betreffen, zur Aufstellung des Budgets und Jahresberichts, zur Mitwirkung bei Schulgeldbefreiungen und Ausweisung von Schülern, zur Begutachtung bei der Besetzung von Lehrstellen. Als Vorstand der „Realschule mit Realprogymnasium", wie die Großh. Schulverwaltung die neue Lehranstalt bezeichnet, wurde auf Vorschlag des Stadtrats vom Großherzog der bisherige Vorstand der Realschule in Kehl, Dr. Friedrich Blum, unter Verleihung des Titels „Direktor" ernannt.

Der Anregung des aus den Vertreterinnen von 37 hiesigen, von Damen geleiteten wohltätigen und gemeinnützigen Vereinen bestehenden Mannheimer Vereinsverbandes, es möchten zwei Frauen zu stimmberechtigten Gliedern der städtischen Armenkommission ernannt werden, zeigten sich sowohl die Armenkommission als der Stadtrat geneigt. Auch Großh. Ministerium des Innern äußerte „keine grundsätzlichen Bedenken dagegen, wenn durch Abänderung des bestehenden Ortsstatuts die Möglichkeit geschaffen wird, eine Anzahl um die städtische Armenpflege verdienter Frauen zu stimmberechtigten Mitgliedern der Armenkommission ernennen zu können." Doch wurde die hiernach nicht zu umgehende Statutenänderung vorerst noch verschoben.

Die seit dem 1. April 1901 erledigte Stelle des Amtsvorstandes des Hochbauamts, die während der Vakanz der erste Architekt Bauinspektor Hauser versah, übertrugen die städtischen Kollegien dem königlich preußischen Regierungsbaumeister und Stadtbauinspektor in Breslau Richard Perrey, der sein Amt am 1. Mai 1902 antrat. Er führt wie sein Vorgänger die Amtsbezeichnung „Stadtbaurat."

An Orden u. a. Auszeichnungen erhielten: Oberbürgermeister Beck von S. K. H. dem Großherzog das Eichenlaub zum Kommandeurkreuz II. Klasse des Zähringer Löwen, sowie für die Dauer seines Amtes die goldene Amtskette und von S. M. dem Kaiser von Rußland den Orden vom St. Stanislaus II. Klasse mit Stern, der I. Bürgermeister Martin, die Bürgermeister Ritter und von Hollander, die Stadträte Bassermann und Hirschhorn und der Stadtbaurat Eisenlohr den Zähringer Löwenorden I. Klasse, der Kassier der Stadtkasse Wiesen und der Obergeometer Mayher den Zähringer Löwen II. Klasse, der Ratschreiber Winterer und Bezirksvorsteher und Armenkommissär Friedrich Löwenhaupt das Verdienstkreuz vom Zähringer Löwen, die Sekretäre Curta und Mayfarth die kleine goldene Verdienstmedaille, der Krankenhausverwalter Sonner und der Wegwart Georg Lutz die silberne Verdienstmedaille.

Im Dezember wurde beschlossen, künftighin die Stadtratssitzungen wieder wie früher jeweils Donnerstags (statt Freitags) und die Sitzungen der technischen Kommission am Freitag (statt am Montag) abzuhalten. Im Berichtsjahre fanden 65 (im Vorjahre 68) Stadtratssitzungen statt, darunter 13 (11) außerordentliche zur Behandlung wichtiger Einzelfragen (Gemeindevoranschlag). Auf Vortrag

und mündliche Verhandlung wurden 1325 (1542) Angelegenheiten, 6360 (11966) im Wege der Offenlage verbeschieden. Die letzteren betrafen u. a. folgende Gegenstände: Begutachtung von Wirtschaftsgesuchen 421 (426), Begutachtung von Militärbefreiungsgesuchen 90 (77), Begutachtung von Gesuchen um Aufnahme in den badischen Staatsverband 141 (409), pfandgerichtliche Schätzungen von Liegenschaften 2 (1071), Feuerversicherungssachen 1347 (5734), Gesuche um Erlassung bezw. Stundung städtischer Gefälle 1075 (857).

Der Bürgerausschuß war, abgesehen von der am 20. März begonnenen viertägigen Voranschlagsberatung nur zu vier Sitzungen (am 4. Februar, 13. März, 26. Juni und 29. Juli) versammelt. Von den 42 dem Kollegium unterbreiteten Vorlagen des Stadtrats wurde eine zurückgezogen, drei durch Kenntnisnahme und 38 (108) durch Beschlußfassung erledigt. In 31 (86) Fällen erfolgte die einstimmige Annahme des stadträtlichen Antrags. Außerdem hatte sich das Kollegium mit 5 Erneuerungswahlen für Stiftungsräte, sowie mit einer Ergänzungswahl in den Bürgerausschuß zu befassen.

Von den Mitgliedern des Bürgerausschusses schieden aus: Fabrikant Adam Aulbach und Bankier Gustav Ladenburg durch Ableben, Wirt Pius Hild infolge Wegzugs und Maler Adam Keistler infolge freiwilligen, mit Berufung auf die neunjährige Amtsdauer gerechtfertigten Austritts. Für die beiden Letztgenannten wurden Ergänzungswahlen mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Hauptwahl nicht mehr vorgenommen. Anstelle der Mitglieder Aulbach und Ladenburg wählte der Bürgerausschuß am 26. Juni den Handwerkskammersekretär Karl Haußer und den Bankier Dr. Richard Ladenburg.

Im Spätjahr 1902 hatten die regelmäßigen Erneuerungswahlen in die städtischen Kollegien stattzufinden. Es endigte die Dienstzeit von insgesamt 54 Stadtverordneten und zwar

a. der nachstehend genannten, im Jahre 1896 von den Stadtbürgern gewählten Mitglieder: I. aus der Klasse der Höchstbesteuerten: Dyckerhoff Hermann, Kaufmann, v. Harder Alex., Rechtsanwalt, Heberer Alex., Fabrikant, Herbst Eugen, Fabrikant, Keßler Dr. Heinrich, pr. Arzt, Löwenhaupt Friedrich, Tünchermeister, Müller Dr. Franz, Oberstabsarzt a. D., Paul Erwin, Kaufmann, Reinhard Emil, Kaufmann, Rohrer Friedrich, Bauunternehmer, Schneider Gustav, Juwelier, Schweickart Karl, Architekt, Selb Georg, Rechtsanwalt, Stehberger Georg, Medizinalrat; II. aus der Klasse der Mittelbesteuerten: Anselm Leopold, Wundarzneidiener, Bender Friedr., Kaufmann, Feige Paul, Redakteur, Ficks Philipp, Kaufmann, Größle Karl, Installateur, Hartmann Heinrich, Architekt, Hoffstätter Friedrich, Kohlenhändler, König Andreas, Mechaniker, Mechler Joh. Dav., Fabrikant, Moll Paul, Tüncher, Nuber J. G., Fabrikant, Rödel Michael, Hauptlehrer, Sperling Joh. Baptist, Kaufmann, Wachenheim Friedrich, Kaufmann, Wenneis Georg, Bäckermeister; III. aus der Klasse der Niederstbesteuerten: Friedel Josef, Tapezier, Fuhs Heinrich, Buchdrucker, Fulda Wilhelm, Kaufmann, Gruber Joh., Schuhmacher, Heiß Christian, Milchhändler, Hepp Joh., Kaufmann, Huge Karl, Tapezier, Keßler Hermann, Redakteur, Koch Ph., Kaufmann, Kupferschmitt Jak., Landwirt, Schmitz Wilhelm, Händler, Schneider Christian, Cigarrenhändler, Schwab Heinrich, Schneider, Süßkind Albert, Kaufmann.

b. Der folgenden, vom Bürgerausschuß gewählten Ersatzmänner für ebenfalls im Jahre 1896 gewählte, aber vorzeitig ausgeschiedene Stadtverordnete: Alt Dr. Theodor, Rechtsanwalt, Stockheim Max, Kaufmann (I. Klasse), Bensheimer Julius, Druckereibesitzer (II. Klasse) und Laubengaier Theodor, Spengler (III. Klasse).

c. der nachfolgenden vom Bürgerausschuß gewählten Ersatzmänner für die im Jahre 1899 auf 6jährige Amtsdauer gewählten, inzwischen vorzeitig abgegangenen Stadtverordneten: Ladenburg Dr. Richard, Bankier (I. Klasse), Haußer Karl, Handwerkskammersekretär und Welz Georg, Baumeister (II. Klasse), Grote Hans, Schneider, Hoffmann Paul, Bildhauer und Naßner Georg, Bildhauer (III. Klasse). Anstelle der unter c erwähnten Mitglieder und des 1899 ebenfalls auf sechs Jahre gewählten Stadtverordneten Keistler, Adam, waren von der Bürgerschaft für die restliche Amtszeit von drei Jahren Stellvertreter zu wählen.

Die Neuwahlen erstreckten sich sonach auf je 16 Mitglieder jeder der drei Klassen für eine sechsjährige Amtsperiode, sowie auf 1 Mitglied der I., 2 Mitglieder der II. und 4 Mitglieder der III. Wählerklasse für eine dreijährige Dienstzeit.

Die zur Vorbereitung der Stadtverordnetenwahlen aufgestellte Wählerliste wies 20389 Wahlberechtigte mit einer Gesamtumlage von 1969981.— Mk. auf, während bei der Stadtverordnetenwahl des Jahres 1899 16802 Wahlberechtigte mit einem Gesamt-Umlagebetrag von 1483090.— Mk. ermittelt worden waren. Hiervon entfielen auf

Wählerklasse	Zahl der Wahlberechtigten		Umlagebetrag	
	1901	1899	1902	1899
I.	1699	1400	Mk. 243.98 und mehr	Mk. 220.57 und mehr
II.	3444	2800	Mk. 30.74 bis Mk. 243.72	Mk. 28.75 bis Mk. 220.34
III.	15508	12602	„ 30.74 und weniger	„ 28.75 und weniger

Die Wahlen fanden statt: für die III. Klasse am 30. September in 23 Distrikten, für die II. Klasse am 7. Oktober in 4 Distrikten, für die I. Klasse am 14. Oktober (ohne Distriktseinteilung). Das Wahlergebnis war folgendes:

a. An der Wahl der Klasse der Niederstbesteuerten beteiligten sich 7022 Abstimmende (45,2 % der Wahlberechtigten gegen 44,5 % im Jahre 1899 und 62 % im Jahre 1896). Davon entfielen 4926 auf den von der sozialdemokratischen und demokratischen Partei aufgestellten Vorschlag und 2083 auf den Wahlzettel der vereinigten nationalliberalen, freisinnigen und Centrumspartei.

Gewählt wurden auf eine sechsjährige Amtsdauer: Buselmaier Karl, Wirt, Eichhorn Emil, Redakteur, Ellwanger Otto, Händler, Fuhs Heinrich, Buchdrucker, Grote Hans, Schneidermeister, Gruber Joh., Schuhmachermeister, Heiß Christian, Milchhändler, Klein Robert, Wirt, Schilling Pius, Zimmerer, Schmitz Wilhelm, Schmied, Schneider Christian, Geschäftsführer. Schwab Heinrich, Händler, Laubengaier Theodor

Spengler, Süß Friedrich, Friseur, Hoffmann Joh. Abrah., Landwirt, Schlappert Ph. Friedrich, Restaurateur; auf eine dreijährige Amtsdauer: Keßler Hermann, Redakteur, Levi Jos., Kaufmann, Seifert Jos., Schreiner, Süßkind Albert, Kaufmann.

b. Bei der Wahl der II. Klasse, der Mittelbesteuerten wurden 2092 Stimmen (60,7 % der Wahlberechtigten gegen 66,6 % im Jahre 1899 und 81,3 % 1896) abgegeben. Der Wahlvorschlag der vereinigten nationalliberalen, freisinnigen und Centrumspartei erzielte 1043, jener der vereinigten sozialdemokratischen und demokratischen Partei 898 Stimmen, während 140 Stimmen auf den Zettel des parteilosen Bürgerwahlvereins entfielen.

Gewählt wurden: auf sechs Jahre: Anselm Leopold, Friseur, Alt Dr. Theodor, Rechtsanwalt, Bender Friedrich, Kaufmann, Bub Max, Cigarrenfabrikant, Bensheimer Julius, Buchdruckereibesitzer, Dittel Heinrich, Photograph, Fick Philipp, Kaufmann, Fulda Wilhelm, Kaufmann, Hoffstätter sen. Friedrich, Kohlenhändler, Ihrig Wilhelm, Hauptlehrer, Kasten Erich, Civilingenieur, Löwenhaupt jun. Friedrich, Tünchermeister, Naßner Johann, Tünchermeister, Paul Erwin, Privatmann, Stockheim Max, Privatmann, Wiedemann Otto, Hauptlehrer; auf drei Jahre: Kraus Gottlieb, Schreinermeister, Vögtle Karl, Kaufmann.

c. Zur Wahl der Höchstbesteuerten erschienen 1342 Berechtigte (77,9 % gegen 79,8 % in 1899 und 77,2 % im Jahre 1896). 738 Stimmen fielen den verbündeten Nationalliberalen, Freisinnigen und Zentrum, 570 der demokratischen Liste und 150 Stimmen dem Vorschlage des parteilosen Bürgerwahlvereins zu.

Gewählt wurden: auf eine sechsjährige Amtszeit: Dyckerhoff Hermann, Kaufmann, Engelhorn Dr. Friedrich, Fabrikant, Esch Friedrich Hermann, Fabrikant, Haußer Karl, Sekretär der Handwerkskammer, Keßler Dr. Heinrich, prakt. Arzt, Ladenburg Dr. Richard, Bankier, Lanz Heinrich, Geh. Kommerzienrat, Ludwig August, Baumeister, Müller Dr. Franz, Oberstabsarzt a. D., Nuber J. G., Fabrikant, Reinhardt Emil, Kaufmann, Schweickart Karl, Architekt, Selb Georg, Fiskalanwalt, Sickinger Dr. Anton, Stadtschulrat, Tescher Ludwig, Bankdirektor, Wachenheim Friedrich, Kaufmann; auf drei Jahre: König Andreas, Mechaniker. —

Gegen die in der II. Klasse erfolgte Wahl des Schreinermeisters Kraus wurde am 22. Oktober durch den Kaufmann Albert Süßkind Einsprache erhoben mit dem Erfolg, daß diese Wahl durch Bezirksratsentscheidung vom 31. Oktober 1902 für ungiltig erklärt wurde. Kraus legte gegen dieses Erkenntnis bei Gr. Ministerium des Innern rechtzeitig Rekurs ein, der aber mit Erlaß dieser Behörde vom 19. November als unzulässig verworfen wurde. Am 12. Dezember 1902 fand die infolgedessen in der Klasse der Mittelbesteuerten erforderlich gewordene Nachwahl statt, wobei mit 684 von abgegebenen 1297 Stimmen (38,9 % der Wahlberechtigten) Schlossermeister Heinrich Gordt gewählt wurde. Der nationalliberale Kandidat Kraus erhielt 610 Stimmen.

Die Parteizusammenstellung, die sich hieraus ergab, bot ein von derjenigen des vorigen Bürgerausschusses nicht wesentlich verschiedenes Bild. Von den 96 Stadtverordnetenmandaten erlangten die Nationalliberalen 30 (bisher 30), die Freisinnigen 8 (bisher 8), das Zentrum 13 (bisher 16), die Demokraten 12 (bisher 11), die Sozialdemokraten 32 (bisher 31); hierzu kam 1 Neutraler.

Bei der auf 22. Dezember 1902 anberaumten Wahl des geschäftsleitenden Vorstandes der Stadtverordneten wurden gewählt: Kaufmann Wilhelm Fulda und Kaufmann Erwin Paul mit je 85, Mechaniker Andreas König mit 84, Expedient Georg Pfeiffle mit 83 und Fiskalanwalt Georg Selb mit 51 Stimmen. Selb wurde mit 52 Stimmen zum Obmann, Fulda mit 87 Stimmen zu dessen Stellvertreter gewählt.

Aus dem Stadtratskollegium hatten nach abgelaufener Dienstzeit folgende 11 Mitglieder auszutreten: Barber Hermann, Dreesbach August, Duttenhöfer Alfred, Geiß Anton, Henz Christian, Mainzer Isaak, Rau Heinrich, Vogel Karl (diese gewählt 1896), Stern Dr. Sally (gewählt 1898), Bausch Heinrich, Pfanz Peter (beide 1899 gewählt).

Die Stadtratserneuerungswahl war auf den 28. Oktober festgesetzt worden, mußte aber infolge des erwähnten Wahlprotestes verschoben werden und konnte erst am 5. Januar 1903 stattfinden, so daß das Kollegium in seiner früheren Zusammensetzung noch während des ganzen Berichtsjahres in Amtstätigkeit blieb.

Im Jahre 1902 wurden die nachfolgenden Ortsstatuten, Gemeindebeschlüsse, ortspolizeiliche Vorschriften erlassen und die weiter angeführten Satzungen und Verträge vereinbart:

a) Ortsstatuten und Gemeindebeschlüsse	Beschluß des Stadtrats	Zustimmung des Bürgerausschusses	Staatsgenehmigung
1. Ermäßigung des Zinsfußes für Einlagen bei der Sparkasse . .	28. Februar 1902	13. März 1902	29. März 1902
2. Organisation des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts	5. Dezember 1901 28. Februar 1902	13. März 1902	10. April 1902
3. Statut für das Gewerbegericht, hier Einführung der Proportionalwahl für den Stadtbezirk Mannheim	30. Mai 1902	29. Juli 1902	7. Oktober 1902

b) Satzungen und Verträge	Beschluß des Stadtrats	Zustimmung des Bürgerausschusses	Staatsgenehmigung
1. Subventionsvertrag mit den Unternehmern der Ingenieurschule	18. April 1902	29. Juli 1902	—
2. Satzungen der Reformschule . .	19. Juli 1902	29. Juli 1902	23. August 1902

c) Ortspolizeiliche Vorschriften	Beschluß Großh. Bezirksamts	Zustimmung des Stadtrats	Vollziehbarkeitserklärung Großh. Landeskommissärs
1. Abänderung der Hausentwässerungsordnung, hier Anschluß der Aborte und Pissoirs an die öffentlichen Kanäle	27. Februar 1902	3. Januar 1902	22. Februar 1902
2. Abfuhr der Haushaltungsabfälle, hier Verpflichtung der Hauseigentümer	29. März 1902	28. Februar 1902	14. März 1902
3. Vorsichtsmaßregeln bei Gaseinrichtungen in der Stadt Mannheim, hier Bestellung amtlicher Prüfungskommissäre für neue Gasleitungen	15. Mai 1902	2. Mai 1902	14. Mai 1902
4. Ergänzung der Verkehrs- und Betriebsordnung der städtischen Straßenbahn, hier Überführung der elektrischen Straßenbahn über den Neckarauer Übergang	16. Mai 1902	25. April 1902	9. Mai 1902
5. Betriebsordnung für das städt. Männer- und Knabenbad . . .	14. Juni 1902	23. Mai 1902	11. Juni 1902
6. Betriebsordnung für das städt. Frauenbad	14. Juni 1902	23. Mai 1902	11. Juni 1902
7. Abänderung der Wochenmarktordnung der Stadt Mannheim, hier Änderung der Markttage für zwei Nebenmarktplätze . .	1. Juli 1902	6. Juni 1902	24. Juni 1902
8. Straßenpolizei-Ordnung, hier Fuhrwerksverkehr in der Zähringerstraße	4. Juli 1902	20. Juni 1902	2. Juli 1902
9. Viehhof- u. Viehmarktordnung, hier Verlegung des Milch- und Schlachtviehmarktes	28. August 1902	4. Juli 1902	26. August 1902
10. Schutz des Friedrichsplatzes . .	27. August 1902	1. August 1902	
11. Droschkenordnung für die Stadt Mannheim	23. Septbr. 1902	21. November 1902	1. Dezember 1902

Die städtischen Kommissionen hielten insgesamt 322 (342) Sitzungen; hiervon entfielen auf: den Verwaltungsrat des Schlacht- und Viehhofes 8 (8), den Verwaltungsrat der Gas- und Wasserwerke 14 (16), die Kommission für Fuhr- und Gutsverwaltung 10 (8), die Straßenbahnkommission 13 (14), die technische Kommission 48 (47), die Haushaltkommission 52 (51), die Armenkommission 39 (42), die Theaterkommission 14 (12), die Friedhofkommission 5 (5), die Schulkommission 5 (6), die Gehalts- und Pensionskommission 1 (7).

Die Zahl der Geschäftsnummern bei den städtischen Amtsstellen betrug:

beim Stadtrat	44111	(52386)
bei der Armenkommission	96673	(71461)
„ „ Krankenhauskommission	14454	(12001)
beim Gemeinde- und Gewerbegericht	63277	(54181)
bei der Grundbuchführung	18301	(12859)
beim Rektorat der Volksschulen	24890	(21900)
„ Hochbauamt	4302	(4090)
„ Tiefbauamt	13985	(13805)
bei den übrigen Kommissionen und Amtsstellen	100690	(56753)
	380683	(299436)

Im Berichtsjahre wurden Dekreturen erteilt:

für die Stadtkasse und ihre Nebenkassen	31668	(32061)
„ „ Armenkasse und ihre Nebenkassen	7386	(5397)
„ „ Friedhofkasse	1206	(865)
„ „ Krankenhauskasse	3331	(2974)
„ „ Gas- und Wasserwerkskasse	6689	(7226)
„ „ Schlacht- und Viehhofkasse	2878	(2823)
„ „ Fuhr- und Gutsverwaltungskasse	4476	(4804)
„ „ Straßenbahnkasse	2260	(2038)
„ „ Stiftungskassen	1929	(1103)
zusammen	61823	(59291)

Wie in den vorigen Bänden lassen wir hier im Anschluß an den Abschnitt über die Gemeindeverwaltung Auszüge aus den Geschäftsberichten des Gemeinde- und Gewerbegerichts folgen. Über die Tätigkeit des Gemeindegerichts im Jahre 1901 unterrichten nachstehende Ziffern.

Es fanden 104 Gemeindegerichtssitzungen statt. Im Mahnverfahren wurden 5190 Zahlungsbefehle und 2421 Vollstreckungsbefehle erlassen; Widersprüche wurden 906 erhoben. In bürgerlichen Streitsachen wurden 4299 Fälle anhängig gemacht und davon durch Urteil 3075, durch Vergleich 115 und durch Verzicht, Beruhenlassen beim Ausbleiben des Klägers oder beider Teile 946 Fälle erledigt. Unerledigt blieben 163 Fälle. Berufungen wurden 211 eingelegt. Sühneverhandlungen über Beleidigungen und Körperverletzungen

wurden 704 erledigt und zwar durch Versöhnung 107, durch Beruhenlassen beim Ausbleiben des Privatklägers oder beider Teile 101, durch Scheitern des Sühneversuchs 469. Unerledigt blieben 27 Fälle. Arreste und einstweilige Verfügungen wurden 53 erlassen. Die Sporteln haben 11310 Mark ergeben. Die Zahl der Geschäftsnummern betrug in gemeindegerichtlichen Sachen 54461. Vollstreckbare Ausfertigungen wurden 3098 erteilt. Anzeigen über Feldfrevel und Hinterziehung von Gemeindeabgaben wurden eingebracht: a) über Feldfrevel 903, b) über Hinterziehung von Gemeindeabgaben 12 Anzeigen. An Strafen wurden insgesamt 2157 Mark erkannt. Die Zahl der Geschäftsnummern in Requisitionssachen betrug 5235.

Beim Gewerbegericht Mannheim trat hinsichtlich der örtlichen Zuständigkeit dadurch eine Änderung ein, daß die seither dem Gewerbegerichtsbezirk Mannheim zugehörige Gemeinde Schriesheim am 1. Januar 1902 ausgeschieden ist. Die sachliche Zuständigkeit wurde durch das neue Gewerbegerichtsgesetz vom 29. September 1901, das am 1. Januar 1902 in Kraft trat, in einigen Punkten erweitert. Auch die Befugnisse des Gewerbegerichts als Einigungsamt wurden ausgedehnt. Der stellvertretende Vorsitzende Rechtsanwalt Dr. Jordan wurde vom Stadtrat auf weitere 3 Jahre ernannt.

Mit dem 1. Januar 1902 trat zum erstenmal in der deutschen Reichs-Gesetzgebung eine Bestimmung zum Schutze der Minderheit bei öffentlichen Wahlen in Kraft: die Gewerbegerichts-Novelle giebt den Gemeindevertretungen das Recht, für die Wahlen zum Gewerbegericht die Grundsätze der Verhältniswahl vorzuschreiben. Während bei einer Wahl zum Reichstage, zu den Landtagen, zu den Gemeindevertretungen ausschließlich die Mehrheit entscheidet, und selbst wo mehrere Sitze zu besetzen sind, die Minderheit völlig leer ausgeht, soll hier die Möglichkeit geboten sein, auch der Minderheit zu einer gewissen Vertretung zu verhelfen, indem die Mandate auf Mehrheit und Minderheit je nach ihrer Stimmenzahl verteilt werden. Durch die am 1. Januar 1902 in Kraft getretene Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz vom 30. Juni 1901 wurde die Anpassung der seitherigen statutarischen Bestimmungen für das Gewerbegericht Mannheim an die veränderten gesetzlichen Bestimmungen notwendig. Die neuen statutarischen Bestimmungen wurden durch den Bürgerausschuß in Mannheim (am 29. Juli 1902), Ilvesheim, Sandhofen, Seckenheim, Feudenheim, Wallstadt genehmigt und traten am 15. Oktober 1902 in Kraft.

Die Wahl neuer Beisitzer fand am Montag, den 17. November statt. Für Mannheim galt das Proportionalwahlsystem, für die übrigen Gemeinden das Mehrheitswahlverfahren. Die Beteiligung an der Wahl war durch die Einführung des Proportionalwahlsystems viel reger als in den Vorjahren. Dies war ohne Zweifel hauptsächlich auf den Umstand zurückzuführen, daß von verschiedenen Parteien, sowohl Arbeitgebern, als auch Arbeitnehmern

Vorschlagslisten eingereicht worden waren, und jede Partei sich bemühte, durch eine recht rege Teilnahme an der Wahl möglichst viele Beisitzer ihrer Fraktion gewählt zu erhalten.

Gemäß § 10 der neuen statutarischen Bestimmungen für das Gewerbegericht Mannheim wurden Vorschlagslisten eingereicht:

a) von Seiten der Arbeitgeber: von dem Gewerbe- und Fabrikantenverein, von dem Gewerkschaftskartell, von dem Mannheimer Wirtsverein und von den Arbeitgebern des VI. Wahlbezirks (Käferthal); b) von Seiten der Arbeitnehmer: von dem Gewerkschaftskartell und von den christlichen Gewerkvereinen.

Bezüglich des neuen Wahlsystems, das hier zum ersten Mal in Deutschland bei Gewerbegerichtswahlen angewendet wurde, bemerkt der Geschäftsbericht des Gewerbegerichts, daß sich in seiner Handhabung keine bemerkenswerte Mängel zeigten. Der Stadtrat glaubte einen Versuch mit dem neuen System machen zu sollen, weil die Vertretung der Minoritäten einem Gebote der Billigkeit entspreche und weil das Vertrauen zur Rechtsprechung des Gewerbegerichts wesentlich gehoben werde, wenn Leute, die verschiedenen Organisationen, Vereinen ꝛc. angehören, zu Richtern berufen werden. Dagegen verhielten sich die 5 Landgemeinden, die noch zum Gewerbegerichtsbezirk Mannheim gehören, ablehnend gegen die Einführung des neuen Systems.

Von den wahlberechtigten Arbeitgebern stimmten 48 %, von den Arbeitnehmern 57 % ab. Von den Arbeitgebern wurden 609 gültige Stimmzettel abgegeben, von den Arbeitnehmern 3896. Hiervon entfielen auf die Vorschlagslisten der Arbeitgeber:

a) des Gewerbe- und Fabrikantenvereins 449, b) des Gewerkschaftskartells 103, c) des Wirtsvereins 35, d) der Arbeitgeber des VI. Bezirks (Käferthal) 22; auf die Vorschlagslisten der Arbeitnehmer: a) des Gewerkschaftskartells 3012, b) der christlichen Gewerkvereine 884.

Bezüglich der Feststellung des Wahlresultats bestimmt das Statut in § 13 folgendes: Von den in jeder Gruppe vorgeschlagenen Personen gilt diejenige Zahl als gewählt, welche sich zu der Gesamtzahl der zu wählenden Beisitzer ebenso verhält, wie die Zahl der auf die Liste entfallenen Stimmen zu der Gesamtzahl der abgegebenen Stimmzettel. Ergeben sich aber bei dieser Berechnung Brüche, so wird der fehlende Beisitzer derjenigen Liste zugeteilt, welche die größte Bruchzahl aufzuweisen hat. Bei Gleichheit der Brüche entscheidet das vom Vorsitzenden gezogene Loos.

Hiernach wurde zunächst die auf die einzelnen Gruppen entfallende Zahl Beisitzer bestimmt. Bezeichnet man die Zahl mit x, so erhielt man folgende Gleichungen (33 ist die Zahl der zu wählenden Beisitzer, 609 die Zahl der abgegebenen gültigen Stimmzettel):

I. bei den Arbeitgebern:

Gruppe A) $x : 33 = 449 : 609$ oder $x = 24\,{}^{201}/_{609}$
Gruppe B) $x : 33 = 103 : 609$ oder $x = 5\,{}^{354}/_{609}$
Gruppe C) $x : 33 = 35 : 609$ oder $x = 1\,{}^{546}/_{609}$
Gruppe D) $x : 33 = 22 : 609$ oder $x = 1\,{}^{117}/_{609}$

zusammen . . 31 Beisitzer

Die zwei fehlenden Beisitzer wurden denjenigen Listen zugeteilt, welche die höchsten Bruchzahlen aufzuweisen hatten, also der Liste C und B, so daß auf Liste A 24, B 6, C 2, D 1 Beisitzer entfielen.

In gleicher Weise wurden die Beisitzer aus dem Kreise der Arbeitnehmer ermittelt. Hier ergaben sich folgende Gleichungen:

bei Gruppe A) $x : 33 = 3012 : 3896$ oder $x = 25\,{}^{1996}/_{3896}$
bei Gruppe B) $x : 33 = 884 : 3896$ oder $x = 7\,{}^{1900}/_{3896}$

zusammen . . 32 Beisitzer.

Der fehlende Beisitzer fiel der Gruppe A zu, weil diese die größere Bruchzahl hatte. Nachdem auf diese Weise die Verteilung der Beisitzer auf die einzelnen Gruppen festgestellt war, wurde ermittelt, wer innerhalb der Gruppen als gewählt galt. Das Statut schreibt (§ 13) vor: „Es wird zunächst ermittelt, wieviel Stimmen unter Berücksichtigung aller abgegebenen gültigen Stimmzettel auf die einzelnen Personen entfallen sind. Gewählt sind von den auf die einzelnen Vorschlagslisten entfallenden Kandidaten alsdann diejenigen Personen, welcher unter Berücksichtigung aller Stimmzettel die höchste Stimmenzahl erhalten haben. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Reihenfolge auf dem eingereichten Exemplar der Vorschlagsliste. Ist ein gewählter auf mehreren Vorschlagslisten in Vorschlag gebracht, so gilt er in derjenigen als gewählt, in welcher die meisten Stimmen für ihn abgegeben worden sind. Ist auf verschiedenen Vorschlagslisten die gleiche Stimmenzahl für ihn abgegeben, so entscheidet das vom Vorsitzenden des Gewerbegerichts gezogene Loos."

Von den Kandidaten der einzelnen Gruppen wurden zunächst diejenigen ausgesucht, welche auf keinem der Stimmzettel ihrer Gruppe gestrichen waren. Diese galten in erster Reihe als gewählt. Einzelne derselben hatten auch auf Stimmzetteln, die für andere Gruppen abgegeben waren, eine Stimme erhalten. Sie kamen an die Spitze. Dann folgten diejenigen, die auf einem Stimmzettel gestrichen waren u. s. f. In den vier Gruppen der Arbeitgeber und der Gruppe A der Arbeitnehmer fielen Personen weg, die nur einmal gestrichen waren. In der Gruppe B der Arbeitnehmer waren die Streichungen durchweg so stark, daß noch Kandidaten als gewählt galten, die dreimal gestrichen waren. Von den Arbeitgebern wurden 12, von den Arbeitnehmern 19 Stimmen für Kandidaten abgegeben, die nicht auf den Vorschlagslisten standen.

Als Nachteil der Verhältniswahl könnte der Umstand betrachtet werden, daß der einzelne Wähler einen sehr großen Einfluß darauf hat, wer innerhalb der Gruppen als gewählt gilt. Gewählt sind von jeder Liste diejenigen, welche die meisten Stimmen auf sich vereinigen. Hat sich nun ein bewährter Beisitzer irgendwie das Mißfallen eines Wählers zugezogen und wird er auch nur auf einem einzigen Stimmzettel gestrichen, so sind für ihn die Aussichten, als gewählt zu gelten, sehr gering. Nach den gemachten Erfahrungen fielen z. B. von den Kandidaten des Gewerbe- und Fabrikantenvereins mehrere deshalb weg, weil sie nur eine Stimme weniger als die gewählten Beisitzer hatten. Bei dem bisher geltenden Majoritätswahlsystem wären sie noch als gewählt zu erachten gewesen. Im ganzen hat sich jedoch das hier beschriebene Proportional-Wahlsystem bei der ersten Probe als durchaus praktisch bewährt. Die Zählung der Stimmzettel und die Feststellung des Wahlresultats boten keine besonderen Schwierigkeiten und erforderten verhältnismäßig nur geringe Zeit. In den Kreisen der Beteiligten scheint man mit dem System zufrieden zu sein. Im Endergebnis brachte die Proportionalwahl nur wenige Änderungen in der bisherigen Besetzung der Beisitzerstellen durch die Interessengruppen. Von den Arbeitgebern verloren der Gewerbe- und Fabrikantenverein, welche bisher alle Beisitzer gestellt hatte, 9 Sitze, von den Arbeitnehmern verlor das Gewerkschaftskartell, dem die bisherigen 33 Arbeitnehmer-Beisitzer angehörten, 7 Sitze, gewann dafür aber auf der anderen Seite 6 Sitze.

Trotzdem im abgelaufenen Geschäftsjahre die sogenannte Handwerkerschutznovelle (Gesetz betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung vom 26. Juli 1897) nicht zu einer Einschränkung der Zuständigkeit des Gewerbegerichts geführt hat, haben sich die Streitfälle beim hiesigen Gewerbegericht gegen das Vorjahr erheblich vermindert. Während im Jahre 1901 1173 Sachen neu anhängig waren, brachte es das Jahr 1902 nur auf 1018 (Verminderung 155).

Die Ursache ist in der ungünstigen wirtschaftlichen Lage zu erblicken, welche die Arbeiter veranlaßte, Konflikte mit den Arbeitgebern nach Möglichkeit zu vermeiden, und auch viele Arbeiter zur Abwanderung von hier bewog. Daneben ist jedoch als Ursache des Rückgangs der Streitigkeiten die wachsende Kenntnis der gewerblichen Gesetzgebung anzuführen, die sich insbesondere bei den in größeren Betrieben beschäftigten Arbeitern geltend machte. Ein sehr großer Teil der Fälle im Jahre 1902 bezog sich auf Streitigkeiten von Kellnern, ungelernten Arbeitern, Hausburschen und dergl. mit ihren Arbeitgebern.

Auch im Jahre 1902 haben sämtliche Sitzungen nur mit Zuziehung von Beisitzern stattgefunden. Die Zahl der abgeschlossenen Vergleiche war wiederum sehr groß: 299 = 30% aller Fälle. Die Zahl der Klagen von Arbeitgebern gegen Arbeiter war — wie in den Vorjahren — verhältnismäßig gering (27). Wie in den früheren Jahren mußte wiederholt die Beobachtung gemacht werden, daß eine große Anzahl der Streitsachen auf den Mangel einer präzisen Vereinbarung der Arbeitsbedingungen vor Beginn des Arbeitsverhältnisses zurückzuführen ist. Hauptsächlich sind es die kleineren Gewerbetreibenden und die ungelernten Arbeiter, die den Wert klarer Abmachungen verkennen und dadurch häufig in Nachteil kommen.

Von den Arbeitsverträgen, welche das Gewerbegericht seit dem Jahre 1897 unentgeltlich abgiebt, wurde auch im Jahre 1902 vielfach Gebrauch gemacht. Die Gesamtauslagen des Gewerbegerichts Mannheim betrugen 15456 Mk. Es wurden abgehalten Gewerbegerichtssitzungen 102, Plenarsitzungen 1, Sitzungen des ständigen Ausschusses 3. Aus dem Jahre 1901 waren noch vorhanden 30 Sachen, während des Geschäftsjahres 1902 wurden neu anhängig 1018 Sachen, zusammen 1048 Sachen. Von den 1048 Sachen wurden erledigt: durch Vergleich 299, durch Zurücknahme der Klage, Beruhenlassen und dergl. 251, durch Anerkenntnisurteile 25, durch Versäumnisurteile 130, durch andere Endurteile 310; unerledigt blieben am Schlusse des Geschäftsjahres 33 Sachen. Die Klage war gerichtet: auf Zahlung rückständigen Lohnes in 383 Fällen, auf Zahlung einer Entschädigung wegen widerrechtlicher Entlassung, beziehungsweise rechtswidrigen Verlassens der Arbeit in 432, auf Zahlung rückständigen Lohnes und Entschädigung wegen vorzeitiger Entlassung zusammen in 135, auf Rückzahlung einer Kaution in 2, auf Rückzahlung von erhaltenem Lohnvorschuß in 2, auf Rückzahlung von zu Unrecht angerechneten Kranken- und Invalidenversicherungsbeiträgen in 6, auf Rückgabe und Ausstellung von Zeugnissen, Herausgabe von Effekten und Arbeitsbüchern, Berichtigung von Zeugnissen rc. in 86 Fällen, auf Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses in 1 Sache, auf Entschädigung wegen nicht rechtzeitiger Lohnauszahlung in 1 Sache. Wiederholt wurde das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen, doch war es nur einmal während des Berichtsjahres in dieser Eigenschaft tätig, anläßlich des Schneidergehilfenausstandes.

* * *

Wie die nachstehende Tabelle zeigt, hat sich die städtische Arbeiterschaft im Berichtsjahre um 81 Mann vermindert. Eine Zunahme ist nur bei der Straßenbahn zu verzeichnen, während in den anderen Betrieben eine ziemlich gleichmäßige Abnahme eingetreten ist:

Betrieb (Amtsstelle)	Arbeiterzahl am Schluß des Vorjahrs	Zugang im Berichtsjahr	Abgang im Berichtsjahr durch			Stand am Schluß des Berichtsjahrs
			Austritt	Entlassung	Krankheit u. Tod	
Fuhr- und Gutsverwaltung	193	162	70	1	105	179
Gas- und Wasserwerke	398	156	110	67	15	362
Schlacht- und Viehhof	50	42	38	1	11	42
Straßenbahnamt	290	150	36	82	4	318
Tiefbauamt	452	108	13	34	112	401
Zusammen im Berichtsjahr	1383	618	267	185	247	1302

Von den zugegangenen 618 Arbeitern waren ihrem Familienstande nach 133 ledig, 462 verheiratet und 23 verwitwet oder geschieden. Es standen 20 im Alter von unter 20 Jahren, 236 waren 20—30 Jahre, 215 31—40 Jahre, 73 41—50 Jahre und 74 über 50 Jahre alt. Von den zuletzt genannten älteren Leuten kamen 31 auf die Fuhr- und Gutsverwaltung und 35 auf das Tiefbauamt. Die Überzahl der neu Aufgenommenen wurde in die beiden oberen Lohnklassen, nämlich 215 in Lohnklasse D und 197 in Klasse C eingereiht. In 140 Fällen wurde der Lohn trotz Unterbrechung der Arbeitszeit fortgewährt, in 10 Fällen den Hinterbliebenen verstorbener Arbeiter der Taglohn für 2 Monate weiterbezahlt.

2. Der städtische Haushalt.

Die wirtschaftliche Lage der Stadtgemeinde schilderte Oberbürgermeister Beck in seiner Budgetrede am 24. März 1903 u. a. folgendermaßen (ein Teil der Belege hierfür ist in den nachstehenden Tabellen gegeben):

. . . Die seit 3 Jahren fortgesetzte Einzehrung der Reserven hatte im vorigen Jahre eine weitere Verminderung im Betrage von 208 013 Mk. zur Folge, und wir treten nur mit einem verfügbaren Kassenvorrate von 178 000 Mk. in das neubegonnene Etatsjahr. Aus dieser Tatsache ergiebt sich auch die zutreffendste Rechtfertigung der durch die Majorität erfolgten vorjährigen Festsetzung des Umlagefußes; eine niedrigere Umlage, wie sie von anderer Seite beantragt wurde, hätte das finanzielle Ergebnis des verflossenen Jahres um weitere 300 000 Mk. verschlechtert. Daß im laufenden Jahre bei den so außerordentlich beschnittenen Einzelbudgets nur mit größter Behutsamkeit zur Vermeidung von Überschreitungen verfahren, nur mit größter Sparsamkeit an den Vollzug des Budgets herangetreten werden darf, ist selbstverständlich . . . So nachdrucksvoll und auch erfolgreich schon im vorigen Jahre bei den technischen Ämtern auf haushälterische Verwendung der Budgetmittel hingedrängt wurde, so wurde doch auf der anderen Seite durchaus nicht gekargt mit der

Fortführung und dem Neubeginn außerordentlicher Unternehmungen, teils um Handwerkern und anderen Gewerbetreibenden, namentlich auch dem Arbeiter in den Zeiten des industriellen Stillstandes genügende Gelegenheit zum Verdienste zu bieten, teils aber auch, um die günstige Gelegenheit der weniger kostspieligen Bauzeit auszunützen. Es wurde im Jahre 1902 fast doppelt soviel als im Durchschnitte der letzten zwölf Jahre, nämlich im Ganzen 8700846 Mk. verausgabt und zwar im Tiefbauamt etwa 3,5 Millionen, darunter fast eine Million für Straßen, ferner für Industriehafen, Kanalisation usw., etwa eine Million für Straßenbahn, etwa zwei Millionen für Hochbauten usw. Durch den Hinweis auf diesen enormen Aufwand im außerordentlichen Budget entfällt wohl auch jede Möglichkeit eines Vorwurfes, als ob wir in übertriebener Ängstlichkeit nicht die gesunde Entwicklung unserer Stadt energisch gefördert hätten.

... Die ordentlichen Einnahmen der Stadtkasse sind größeren Schwankungen unterworfen. In den letzten 8 Jahren ist nur der Ertrag aus dem Grundbesitz fortdauernd gewachsen. Die Einnahmen aus Strafen, Taxen, Gebühren haben in den letzten 2 Jahren abgenommen. Die Ablieferungen der gewerblichen Unternehmungen hatten im allgemeinen eine aufsteigende Tendenz, waren teilweise aber auch veränderlicher Natur. Schlachthaus und Viehhof liefern nur verhältnismäßig geringe Überschüsse ab, die Abfuhranstalt bringt nicht nur keine Überschüsse, sondern bedurfte sogar noch Zuschüsse seitens der Stadtkasse zum Betrieb; Gas- und Wasserwerk waren bis jetzt die eigentlichen rentablen Unternehmungen; Straßenbahn und Elektrizitätswerk verzinsen vorerst nur ihre Anlagekapitalien. Die Ablieferungen der einzelnen Unternehmungen zur Verzinsung und Tilgung ihrer Anlagekapitalien belaufen sich auf etwas mehr als 1/3 der von der Stadtkasse zu bestreitenden Ausgaben für Verzinsung und Abtragung der gesamten städtischen Schulden ...

Während der Ertrag der Verbrauchssteuern 1897 noch 18,43 % aller ordentlichen Einnahmen (also ohne Umlagen) betrug, belief er sich Ende 1902 nur noch auf 9,67 %

Die laufenden Wirtschaftsausgaben haben sich seit 1896 gerade verdoppelt. Am höchsten hat sich der Aufwand für Verzinsung der Schulden gesteigert, der 1896 noch 14,58 % aller Wirtschaftsausgaben betrug, Ende 1902 sich aber auf 24,67 % beläuft. Der Armenaufwand stieg außerordentlich; der von der Stadtkasse hiezu zu leistende Zuschuß, der 1891 223 800 Mk. betrug, bezifferte sich 1902 auf 515 300 Mk.

Der ungedeckte Aufwand des Wirtschaftsbudgets betrug 1892 2 162 400 Mk., 1902 4 303 924 Mk. Die Frage, ob die Zunahme der Steuerkapitalien eine dem Aufsteigen des ungedeckten Gemeindeaufwands entsprechende war, kann nicht bejaht werden. Während der ungedeckte Gemeindeaufwand um 425,74 % zunahm, haben die Steuerkapitalien sich seit 1886 nur um 265,67 % vermehrt. Eine Erhöhung des Umlagefußes mußte die natürliche Folge sein.

Die Steuerkraft der Bevölkerung hat seit 1886 erheblich zugenommen ... (Das nähere hierüber ist aus Kapitel XI der Chronik ersichtlich.)

Die außerordentlichen Aufwendungen betrugen in den 12 Jahren 1891/1902 insgesamt 55 253 485 Mk., 8700846 Mk. sind hiervon 1902 verausgabt worden. Nahezu die Hälfte aller außerordentlichen Aufwendungen geschah für rentierende Anlagen. Es entfallen auf Gas- und Wasserwerk, Schlacht- und Viehhof, Abfuhranstalt, Elektrizitätswerk, Straßenbahn, Industriehafen 22 013 980 Mk. = 39,8 %, für notwendige Anlagen wurden verwendet und zwar für Straßen und Kanäle 16 073 803 Mk. = 29,1 %, für Schulgebäude 5 313 708 Mk. = 9,6 % rc.

Die **Schulden** der Stadt stiegen von 13 477 046 Mk. im Jahr 1892 auf 55 254 925 Mk. Ende 1902. Das **Aktiv-Vermögen** wiegt aber dieselben reichlich auf. Allein der Wert des Grundbesitzes beläuft sich auf beinahe den doppelten Betrag der Schulden. Der Wert der gewerblichen Unternehmungen ist ebenfalls ein sehr hoher. Es kann das Gesamtaktivvermögen der Stadt, das die Schulden um nahezu 100 Mill. übersteigt, als ein guter Ausgleich der Schuldenlast gelten. —

Die Rede schloß: Trotz der hoffentlich vorübergehenden ungünstigen Wirtschaftsverhältnisse und der dadurch gebotenen Einschränkungen wollen wir nicht den Mut sinken lassen, sondern zielbewußt fortschreiten auf der bisher betretenen Bahn, neben der Befriedigung der Augenblicksbedürfnisse auch einer künftigen glücklichen Entwickelung Mannheims auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und des Verkehrs durch groß angelegte Unternehmungen nach Tunlichkeit die Wege zu ebnen.

Betrachten wir nun den städtischen Haushalt im einzelnen. Die Zahl der städtischen Kassen vermehrte sich im Berichtsjahre um zwei, die dem Stadtrechner zur Führung übertragenen Kassen der Handelsfortbildungsschule und der Reformschule. Die Stadthauptkasse (Wirtschaftskasse) schloß Ende 1902 ab mit einer Gesamteinnahme von Mk.10563140.72 und einer Gesamtausgabe von M.10384574.28 somit betrug der Kassenvorrath pro 1903 Mk. 178566.44.

Von den **Einnahmen** entfallen:

1.	auf Liegenschaften, Mietzinsen, Pachtgelder, Gebäudenutzungswerte, Dienstwohnungsanschläge	859609.65 Mk.	=	10,69	Prozent
2.	Zinsen von Aktivkapitalien einschl. der Verzinsung des Elektrizitätswerkes mit 81082 Mk. durch die Firma Brown, Boveri & Cie.	1125969.56 „	=	14,00	„
3.	auf Strafen, Taxen und Gebühren	105295.85 „	=	1,31	„
4.	Ertrag von Markt-, Lager-, Wag- und Aichungsanstalten	145792.81 „	=	1,81	„
5.	auf das Gaswerk	318698.— „	=	3,96	„
6.	auf das Wasserwerk	302139.— „	=	3,76	„
7.	auf die Fuhrverwaltung	11062.79 „	=	0,14	„
8.	Reinerträgnis der Gutsverwaltung	29335.— „	=	0,36	„
9.	auf die Schlachthofkasse	30382.— „	=	0,38	„
10.	auf die Viehhofkasse	19292.79 „	=	0,24	„
11.	auf die Umlagen	4567695.73 „	=	56,79	„
12.	auf die Verbrauchssteuern	334978.49 „	=	4,16	„
13.	auf die übrigen Einnahmen	192789.60 „	=	2,40	„
	Summa	8043041.27 Mk.	=	100	Prozent

Von den **laufenden Wirtschaftsausgaben**, zuzüglich der für Schuldentilgung gemachten Aufwendungen, treffen:

1.	auf ertragbare Liegenschaften	42633.93 Mk.	=	0,52	Prozent
2.	auf Markt-, Lager-, Wag- und Aichungsanstalten	62995.10 „	=	0,76	„
3.	auf Straßen, Wege, Plätze, Straßenkanäle und dgl. — Unterhaltung	988748.10 „	=	11,98	„

4. auf Fluß- und Dammbaubeiträge		3787.64 Mk.	=	0,05	Prozent
5. auf die Schulen:					
Volks- und Bürgerschule	1456764.— Mk.				
Mittelschulen	281369.22 „				
Fachschulen	104005.49 „	1842138.71 „	=	22,32	„
6. auf die Polizei		227011.40 „	=	2,75	„
7. auf die Gesundheitspflege		191791.04 „	=	2,32	„
8. auf die Armen- und Krankenpflege		633744.35 „	=	7,68	„
9. auf Einrichtungen zum Schutz und zur Versicherung gegen Feuersgefahr		92692.46 „	=	1,12	„
10. auf die Landwirtschaft und Gemarkungsverhältnisse		65360.26 „	=	0,79	„
11. auf das Theater		215780.71 „	=	2,61	„
12. auf wissenschaftliche Anstalten und Vereine		55321.35 „	=	0,67	„
13. auf Kreisumlage		208513.88 „	=	2,53	„
14. auf Feste und Feierlichkeiten		63101.91 „	=	0,76	„
15. auf die Gemeindeverwaltung		609020.37 „	=	7,38	„
16. auf Verzinsung der Schulden		2037121.86 „	=	24,68	„
17. auf verschiedene Abgänge		417968.73 „	=	5,06	„
18. auf Verbrauchssteuerrückvergütung		62901.24 „	=	0,76	„
19. auf die Schuldentilgung		364907.— „	=	4,42	„
20. auf die übrigen Ausgaben		69515.15 „	=	0,84	„
	Summa	8255055.19 „	=	100	Prozent

Während die außerordentlichen Jahres-Ausgaben 1899—1900 von 6,21 Millionen auf 13,09 Millionen Mk. emporschnellten, sind dieselben 1901—1902 von 11,55 Millionen Mk. auf 8,7 Millionen Mk. zurückgegangen, haben also wieder eine sehr beträchtliche Minderung erfahren.

Da die umfangreichen Vorarbeiten zu einer genaueren Neu-Feststellung des städtischen Vermögensstandes nach den tatsächlichen Werten (wofür neue Grundsätze beschlossen wurden) zur Zeit der Drucklegung der Chronik noch nicht abgeschlossen waren, mußte leider für dieses Jahr auf die Aufnahme der Seite 41 und 42 der vorjährigen Chronik entsprechenden Tabelle verzichtet werden.

Die letzte städtische Anleihe wurde 1901 im Betrag von 12 Millionen Mk. aufgenommen; im Berichtsjahr wurde von einer neuen Anleihe abgesehen. Der Schuldenstand der Stadtgemeinde betrug Ende 1891 13,47 Millionen Mk., Ende 1896 17,52 Millionen Mk., Ende 1900 41,92 Millionen Mk. und Ende 1901 55,25 Millionen Mk., ist also während der letzten 12 Jahre um 41,17 Millionen Mk. oder 309,99% angewachsen. Während 1892 zur Verzinsung rund 636000 Mk. erforderlich waren, mußten 1902 hierfür über 2 Millionen Mk. aufgebracht werden. Auf den Kopf der Bevölkerung entfielen 1892 von dieser städtischen Schuld 161,02 Mk., 1902 dagegen 379,75 Mk.,

vom Zinsenbedarf 1892 7,59 Mk., 1902 dagegen 13,90 Mk. Dem bedeutend angewachsenen Schuldenstatus steht allerdings ein sehr erheblich vermehrtes Vermögen der Stadtgemeinde gegenüber. Die Schulden betrugen 1892 28,44% des Vermögens und 1902 36,35% desselben. Vor allem war die Stadtverwaltung darauf bedacht, ihren liegenschaftlichen Besitz immer weiter auszudehnen und dadurch sichere Vermögensreserven für die weite Zukunft zu schaffen. Genaueres über das städtische Schuldenwesen, besonders auch über Verzinsung und Tilgung ist für den Zeitraum von 1892 bis 1902 aus folgender Tabelle zu ersehen:

Jahr	Schulden am 31. Dezember des Vorjahres	Verzinsung Mk.	Tilgung aus Wirtschaftsmitteln Mk.	Tilgung aus Anlehensmitteln Mk.	Summe Mk.
1892	13477046	635801	111057	220400	967258
1893	17195113	656411	199573	425127	1281112
1894	16728677	640514	211916	259414	1111844
1895	16493790	725182	391721	4322277	5439180
1896	17830518	624420	184735	191867	1001023
1897	17527472	726040	212071	4370492	5308603
1898	18720220	767414	128857	1454177	2350449
1899	24294819	851227	154342	191210	1196781
1900	32057854	1149747	219785	787068	2156601
1901	41925665	1538811	201128	111414	1851354
1902	55254925	2022489	317200	1638707	3978396

Der dem Bürgerausschuß zur Beschlußfassung unterbreitete Voranschlag über die Einnahmen und Ausgaben der städtischen Kassen schloß mit einem ungedeckten Gemeindeaufwand von 4425609 Mk. ab, zu deren Deckung die Erhebung einer Umlage von 60 Pfg. für 100 Mk. Grund-, Häuser- und Gewerbesteuerkapitalien beantragt wurde. Die während der Beratungen im Bürgerausschusse im März 1902 vorgenommenen Änderungen an verschiedenen Budgetsätzen minderten den Umlagebedarf auf 4303924 Mk., so daß mit einem Umlagefuß von 58 Pfg. (gegen 50 Pfg. im Jahre 1901 und 46 Pfg. in 1900) auszukommen war. Das Steuerprivileg des Vororts Neckarau blieb auch für 1902 fortbestehen. Die Steuerkapitalien, der Umlagefuß und der Ertrag an Umlagen gestalteten sich im Jahr 1902 folgendermaßen:

Steuergattung	Mannheim-Käferthal einschl. derjenigen Neckarauer Steuerkapital'en, für welche der höhere Mannheimer Umlagefuß anzusetzen ist:			Neckarau ausschließlich derjenigen Beträge, für welche der höhere Mannheimer Umlagefuß anzusetzen ist:		
	Steuerkapital Mk.	Umlagefuß pro 100 Mk. Pfg.	Ertrag Mk.	Steuerkapital Mk.	Umlagefuß pro 100 Mk. Pfg.	Ertrag Mk.
Grund- und Häusersteuer-Kapitalien	181313870	58	1051620	11376420	30	34129
Gewerbesteuer-Kapitalien	282986640	58	1641323	12046300	30	36138
Einkommensteueranschläge	70948675	174	1234506	3040745	90	27367
Kapitalrentensteuerkapit.	270879250	8,8	238373	3846800	8,8	3385
Umlage-Nachträge	—		383200	—		—
Sa. Mannheim-Käferthal	806128435		4549022	30310265		101019
Sa. Neckarau	30310265		101019			
Gesammtsumme	836438700		4650041			

Nach der dem Bürgerausschusse im Juni 1902 zur Kenntnis gebrachten Übersicht über die aus Anlehensmitteln und anderen Grundstocksgeldern bestrittenen bezw. noch zu deckenden Ausgaben waren auf jenen Zeitpunkt an solchen außerordentlichen Krediten teils bereits zur Verfügung gestellt, teils eine bezügliche Anforderung vorbereitet für zusammen . . . 75045028 Mk.
davon waren bis Ende 1901 aufgewendet . . . . 37164331 „
es verbleiben also für 1902 und die folgenden Jahre . . . . 38431471 Mk.

Im Jahre 1902 sollten hiervon verausgabt werden:

a) für schon in der Ausführung begriffene Unternehmungen 8637288 Mk.
b) für noch nicht begonnene, aber vom Bürgerausschusse genehmigte Unternehmungen . . . . 532799 „
c) für Unternehmungen, bezüglich deren die Mittel noch zu bewilligen sind . . . . 984580 „

zusammen 10154677 Mk.

Wie die stadträtliche Vorlage zu diesem dem Bürgerausschuß am 26. Juni 1902 übermittelten Voranschlag für die außerordentlichen Unternehmungen besagte, beschäftigte sich die Finanzkommission wiederholt mit der Frage der Einschränkung des außerordentlichen Aufwandes und kam zu der Überzeugung, daß ein ständiger Hinweis der städtischen Kollegien auf die durch die Bewilligung außerordentlicher Mittel für das laufende Budget eintretenden Konsequenzen zu empfehlen sei. Es sollen daher, soweit möglich, alle Vorlagen an den Bürgerausschuß folgende Angaben enthalten: 1. einen begründeten Antrag der Finanzkommission, durch den die Ausgabe gutgeheißen wird; 2. Bezeichnung der Deckungsmittel (ob und welche vorhandenen oder eingehenden Liegenschaftskaufschillinge, Mittel aus einem

bereits aufgenommenen Anlehen und welchem; Mittel eines neu aufzunehmenden Anlehens, letzterenfalls, in welcher Höhe und für welche Zwecke). 3a. Angabedarüber, ob die Ausgabe produktiv ist oder nicht. 3b. Angabe, in welcher Höhe und in welcher Zeit die außerordentlichen Mittel in Anspruch genommen werden. 4. Angabe, in welcher Höhe durch die zu bewilligende Ausgabe die laufende Wirtschaft mit Zins und Amortisation belastet wird und von wann an; 5. Einfluß dieser Belastung auf die Bemessung des Umlagefußes. Außerdem wurde in Aussicht genommen, bei der Begebung neuer Anlehen von dem bisherigen Grundsatz der Bereitstellung größerer Summen abzugehen und Anlehen im allgemeinen nur aufzunehmen für bestimmt zu bezeichnende Zwecke mit der Maßgabe, daß eine Verwendung dieser Mittel für andere Unternehmungen ausgeschlossen ist. Der Bürgerausschuß stimmte diesen Grundsätzen zu.

Mit Zustimmung des Bürgerausschusses vom 13. März wurde auf 1. April 1902 die Verzinsung der Einlagen der Sparkasse dahin geändert, daß der Zinsfuß bei Einlagen von über 500 bis 5000 Mk. statt $3^1/_4$ 3 %, bei Einlagen von über 5000 bis 15000 Mark statt 3 $2^1/_2$ % beträgt.

In der Begründung, welche die Sparkassenkommission hierzu gab, wurde ausgeführt: „Durch Beschuß des Bürgerausschusses vom 16. Januar 1900 wurden die Zinssätze für Einlagen über 500 Mk. bis inkl. 5000 Mk. von 3 % auf $3^1/_4$, über 5000 bis inkl. 15000 Mk. von $2^1/_2$ % auf 3 % erhöht. Inzwischen hat sich ein vollständiger Umschwung der Geldverhältnisse vollzogen, der auch auf die öffentlichen Sparkassen nicht ohne Wirkung blieb. Während noch zur Zeit des genannten Beschlusses ein verstärktes Abfließen von Sparkasseneinlagen zu befürchten war, hat schon im Laufe des Jahres 1901 ein starkes Zuströmen von Geldern in fast allen deutschen Sparkassen stattgefunden. Der Überschuß der diesseitigen Kasse an Einlagen gegenüber der Summe der Rückzahlungen betrug 1901 im ganzen rund 1936000 Mk. Dieser Überschuß ist größer, als er jemals seit Bestehen der Kasse war, und es ist unter den obwaltenden Verhältnissen anzunehmen, daß sich auch im laufenden Jahre ein Überschuß in ähnlicher Höhe ergeben werde. Die Gelegenheit zur entsprechenden Unterbringung der anwachsenden Baarbestände dürfte dagegen fortgesetzt ungünstiger werden. Der Reichsbankdiskont beträgt heute 3 %, der Privatdiskonto circa 2 %; demgemäß erfolgt die Verzinsung unseres Bankguthabens nur zu $1^1/_2$ %. Der Hypothekenzinsfuß ist mit Rücksicht auf den aus der eingeschränkten Bauthätigkeit resultierenden Mangel entsprechender Nachfrage nach Hypothekengeld rasch auf 4 % gesunken, und gute, genügende Sicherheit bietende Hypotheken sind wenig am Markte. Sodann haben sämtliche erstklassigen $3^1/_2$ %igen Staatspapiere den Parikurs überschritten und befinden sich in nachhaltiger Aufwärtsbewegung; sie können daher als nutzbringende Geldanlagen unserer Sparkasse, die schon rund $8^1/_2$ Millionen $3^1/_2$ %iger und 600000 Mk. 3 %iger Papiere besitzt, nur noch in untergeordnetem Maße in Betracht kommen, weil auch die Gefahr der Kursverluste bei rückläufiger Konjunktur in Berücksichtigung gezogen werden muß. Diese Verhältnisse erfordern rechtzeitige Maßnahmen zur Abwendung der aus dem Zuströmen größerer Einlagebeträge drohenden Nachteile. Die Sparkassenkommission hat daher die Ermäßigung des Zinsfußes für alle Einlagen über 500 Mk. in Erwägung gezogen. Dadurch daß für kleineren Einlagen eine Ermäßigung nicht eintreten soll, wird die größte Zahl der Einleger (circa 18800 von insgesamt 29200), für deren Zwecke die Sparkasse in erster Reihe bestimmt ist, nicht betroffen."

Im Jahre 1902 erzielte die Sparkasse aus Zinsüberschüssen einen Reingewinn von 265670 Mk. Dieses günstige Resultat ist hauptsächlich auf die in der Zeit des teueren Geldstandes geschlossenen langfristigen Hypothekenverträge zurückzuführen. Da seit dem Sommer 1902 der Zinsfuß wieder fiel, mußte mit der Wahrscheinlichkeit gerechnet werden, daß solche günstige Abschlußziffern nur selten wiederkehren. Obwohl der zur Erhaltung des Reservefonds auf der bisherigen Höhe von 5,9 % des Einlegerguthabens erforderliche Betrag sich nur auf 35845 Mk. berechnet, beantragte die Sparkassenkommission doch, zur Stärkung des Reservefonds 79739 Mk. zu verwenden und der Stadtgemeinde 185931 Mk. für Schulzwecke zur Verfügung zu stellen. Der Stadtrat mußte die hierfür geltend gemachten Gründe als stichhaltig anerkennen, um so mehr, als der verfügbare Rest von 185931 Mk. die Ablieferung des Vorjahres immer noch um nahezu 100000 Mk. übersteigt, und eine Stärkung des Reservefonds zur Vermeidung von empfindlichen Schwankungen in der Höhe der Überschüsse wünschenswert erschien. Bei der Beratung des Bürgerausschusses am 14. Juli 1903 wurde jedoch ein Antrag des Stadtverordnetenvorstands angenommen, den Reservefonds statt auf 6,1 nur auf 6 % des Einlageguthabens (59962 Mk.) zu verstärken und den dadurch weiter zur Verfügung stehenden Betrag den gleichen gemeinnützigen Zwecken wie den übrigen Zuschuß zuzuführen.

3. Städtische Unternehmungen und Betriebe.

Die gewerblichen Unternehmungen der Stadtgemeinde bilden gegenwärtig noch eine sehr erhebliche Belastung des Budgets, aber die Zeit wird nicht mehr fern sein, wo das für sie aufgewendete Kapital reiche Erträgnisse abwerfen wird. In diesem Sinne äußerte sich Oberbürgermeister Beck in seiner Budgetrede im März 1902:

Die gewerblichen Unternehmungen der Stadt könnten das Budget nicht dauernd belasten, weil sämtliche ohne Ausnahme durchaus gut geplante und fundierte, lebens- und ertragsfähige Unternehmungen seien, deren Hauptvorzug darin bestehe, daß sie nicht in engherziger Knauserei für das augenblickliche Bedürfnis in der billigsten Herstellungsweise, sondern für das Wachstum der Stadt berechnet in der dauerhaftesten und deswegen sparsamsten Weise ausgeführt wurden. So werde unser nach den neuesten Fortschritten erbautes und eingerichtetes Gaswerk Luzenberg, so gut wie unser bisheriges Gas- und Wasserwerk, unser Elektrizitätswerk, dessen tadelloser Betrieb bisher selbst die kühnsten Erwartungen übertraf, unsere in ihrer mustergiltigen Entwickelung von Einheimischen und Fremden anerkannte Straßenbahn, unser immer noch an der Spitze aller derartigen in- und ausländischen Etablissements stehender Schlacht- und Viehhof nicht blos die Verzinsungs- und Amortisationsquote, sondern wenigstens teilweise im Laufe der Zeit nicht unerhebliche Ueberschüsse an die Stadtkasse

abzuliefern vermögen. Und auch bezüglich des größten und gewagtesten städtischen Unternehmens — des Industriehafens — für den wir von vornherein ein Millionen betragendes Opfer à fond perdu zur Förderung der Industrie in Aussicht nahmen, dürfe man sich nach dem bisherigen günstigen Verlaufe zur Annahme berechtigt halten, daß wir ohne allzu große pekuniäre Opfer das Geschäft abzuwickeln vermöchten.

Entsprechend der Einteilung der Chronik berichten wir an dieser Stelle nur über Wasserwerk, Gaswerk und Elektrizitätswerk, während über den Schlacht- und Viehhof, über die Straßenbahn und den Industriehafen im Zusammenhang späterer Abschnitte berichtet wird.

Die im Berichtsjahr geleisteten Bauarbeiten der technischen Ämter (ausschließlich des Hochbauamts) ergeben sich aus nachfolgender Aufstellung. Die Zahlen bedeuten mit Ausnahme des Straßenbaus, wo jeweils qm einzusetzen ist, laufende Meter.

Stadtteil	Straßen- Neuherstellung	Straßen- Umbau	Siele	Gasleitung	Wasserleitung	elektrische Bahn
Innenstadt	4584	23822	256	670	552	1393
Östliche Stadterweiterung	2275	—	—	591	391	—
Schwetzinger Vorstadt	11463	4096	316	—	228	1050
Lindenhof	3762	8250	—	—	—	—
Neckarvorstadt, Waldhof und Industriehafen	10422	9268	1925	947	955	220
Käferthal	—	700	1128	—	—	—
Neckarau	—	—	4170	616	1009	—
Zusammen Stadt Mannheim 1902	32506	46136	7795	2624	3135	2665
Zusammen Stadt Mannheim 1901	10303 lfd. Meter		12028	8439	19596	8050

Wie das Hochbauamt, das hauptsächlich mit Schulhausbauten beschäftigt war, über die in einem späteren Kapitel zu berichten ist, so entfaltete auch das Tiefbauamt in seinen verschiedenen Abteilungen eine vielseitige und angestrengte Tätigkeit, die sich jedoch in der Hauptsache auf die Fortführung bereits in Angriff genommener größerer Unternehmungen beschränkte. Da infolge der wirtschaftlichen Lage nur Mittel für unverschiebliche und notwendige Bauausführungen zur Verfügung gestellt wurden, mußte die Inangriffnahme einer Reihe außerordentlicher Unternehmungen für spätere Zeit verschoben werden.

Von den Tiefbau-Unternehmungen des Berichtsjahres sind besonders hervorzuheben der weitere Ausbau des Kanalisationsnetzes, namentlich auf dem Entwässerungsgebiet rechts des Neckars und im Vorort Neckarau, ferner die Arbeiten für die Schmutzwasserableitung, das Vorflutsiel in der Schwetzinger Landstraße und Schwetzingerstraße und endlich der Beginn der Bauarbeiten für die Pumpwerke im Ochsenpferch und in Neckarau. Bedeutsam war sodann die Vollendung des linken Ufers des Industriehafens bis auf einige untergeordnete Arbeiten.

Die Wasserförderung des städtischen Wasserwerks betrug 1901 3977582 cbm, sie stieg 1902 auf 4044670 cbm, somit um 67088 cbm oder 1,68%. Der durchschnittliche Wasserverbrauch war pro Kopf und Tag in beiden Jahren gleich: 0,087 cbm. Die Zahl der Wassermesser betrug Ende 1902: 6085 (Jahreszunahme 270).

Die Zunahme des Wasserkonsums, die in den Jahren 1897—99 über 14 und 12% jährlich betrug, hat sich sehr bedeutend verlangsamt und ist von 4% im Berichtsjahre auf 1,67% herabgegangen. Es ist dies zunächst auf den ganz erheblichen Rückgang des Konsums der Großabnehmer zurückzuführen, hauptsächlich wegen Erstellung eigener Pumpbrunnen, sodann auch auf die geringere Bevölkerungszunahme der letzten zwei Jahre. Besonders bemerkbar machte sich der geringe Verbrauch in der 2. Hälfte des Jahres 1901 und im 1. Halbjahr 1902; in den Monaten September, Oktober, November und Dezember 1901 und Februar, März, April und Mai 1902 betrug die Wasserabgabe sogar (teilweise ganz erheblich) weniger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Wie der Jahresbericht des Wasserwerks hierzu bemerkt, könnte dies zu der Ansicht führen, daß die jetzige Wasserwerksanlage im Käferthaler Wald auf längere Zeit noch ausreichen werde und das projektierte zweite Wasserwerk auf Jahre hinaus verschoben werden könne. Bei Beurteilung dieser Frage darf jedoch — ganz abgesehen von den betriebstechnischen Verhältnissen — nicht die jährliche Wasserabgabe oder der durchschnittliche Tageskonsum ins Auge gefaßt werden, vielmehr ist mit der Abgabe in der Höchstverbrauchszeit zu rechnen. Diese ist am Höchstverbrauchstag jedes Jahr gestiegen und hat im Jahr 1902 am 9. Juli 19600 cbm (gegen 18780 cbm im Vorjahr) erreicht. Die höchste Abgabefähigkeit aber der Wasserwerksanlage im Käferthaler Wald in ihrer heutigen Verfassung mit einer auf's äußerste beanspruchten Stadtzuleitung und dem jetzt im Verhältnis zur Gesamtabgabemenge sehr kleinen Inhalt des Ausgleichbehälters (Wasserturm) dürfte unter der Annahme, daß auch fernerhin der Wasserverbrauch im Wasserversorgungsgebiet an den 13—14 Tagesstunden der Höchstverbrauchstage ca. 80—85% des gesamten Tageswasserkonsums beträgt, mit voraussichtlich 22—23000 cbm zu berechnen sein. Dieser höchste Tageskonsum wird aber zweifellos schon im folgenden bezw. übernächsten Jahre erreicht werden, zumal der Höchstverbrauchstag im Berichtsjahr nicht wie bisher auf einen Samstag, sondern infolge plötzlichen Witterungsumschlags auf einen anderen Wochentag (Mittwoch) fiel; an einem Samstag (allgemeine Reinigung mit vielem Wasserverbrauch) wäre der Konsum schon höher gewesen. Soll die Stadt Mannheim also auch in Zukunft vor etwaigem Wassermangel und besonders an den Höchstverbrauchstagen verschont bleiben, so ist die Erschließung weiterer Wasserbezugsquellen als unbedingte Notwendigkeit keineswegs mehr hinauszuschieben. Bloße Ergänzungsbauten an der bestehenden Wassergewinnungsanlage im Käferthaler Wald, wie solche im Berichtsjahr mit der Erstellung von 4 neuen Brunnen vorgenommen wurden und wie die im Frühjahr

1903 in Ausführung genommenen 6 bezw. 7 neuen Rohrbrunnen als Ersatzbrunnen für alte versandete Rohrbrunnen darstellen, können an der Leistungsfähigkeit der bestehenden Anlage nicht viel ändern und sind schon zur sicheren Erreichung der oben berechneten Höchstabgaben überhaupt geboten. Eine weitere Steigerung der Förder- und Abgabemöglichkeiten der bestehenden Anlage ist, wenn auch scheinbar nicht ausgeschlossen, so doch durch die örtliche Lage des Werkes begrenzt und nur mit einschneidenden Um- und Erweiterungsbauten der Wassergewinnungs- und Maschinenanlage möglich und macht die Anlage einer zweiten Zuführungsleitung nach der Stadt unbedingt nötig. In welcher Weise aber der weitere Wasserbedarf unserer Stadt in Zukunft gedeckt werden soll, ist zur Zeit noch unentschieden.

Die im Sommer 1901 begonnene Wassereinführung im Vorort Neckarau war bis zum Schluß des Berichtsjahres in der Hauptsache vollendet; es waren nur noch einige kleine Nebenstraßen übrig, die zunächst kanalisiert werden müssen. Gelegt wurden in Neckarau 1268 m, im Vorort Waldhof 140 m, in der Altstadt in verschiedenen Gegenden 1415 m, Summa 2823 m. Die Gesamtlänge der Hauptrohrleitungen betrug auf Jahresschluß 123134 m, wozu noch die Heberleitungen auf der Pumpstation mit 5623 m und die Druckleitung zur Stadt mit 8415 m kommen. Zusammen 137172 m.

Der Aufwand für Verzinsung, Amortisation und Abschreibung der Betriebsanlagen hat gegen 1901 eine Zunahme von 10867.66 Mk. (von 247407.55 Mk. auf 258275.21 Mk.) erfahren. Nach Abzug desselben bleibt ein Reingewinn von 314917.03 Mk., gegen das Vorjahr mit 268454.36 Mk., mehr 46462.67 Mk. Im Voranschlag pro 1902 war der Reingewinn zu 233060 Mk. angenommen. Das Rechnungsergebnis schließt sonach mit einem Gewinn-Ueberschuß von 81857.03 Mk. ab.

Die Gaserzeugung im städtischen Gaswerk stieg von 9822430 cbm des Jahres 1901 im Berichtsjahr auf 9924750 cbm, vermehrte sich also um 102320 cbm oder 1,04%. Demgegenüber stieg der Gasverbrauch um 1,12% oder 104860 cbm von 9344644 auf 9449504 cbm. Man vergleiche damit das weit schnellere Ansteigen des Gasverbrauchs in den letzten Jahren: 1901 gegen 1900 um 1023423 cbm = 12,3%, 1900 gegen 1899 um 661573 cbm = 8,64%, 1899 gegen 1898 um 582277 = 8,23%. Die Zahl der Gasmesser betrug Ende 1901 für Leuchtgas 8564, für Kochgas 7784, die Zunahme im Berichtsjahr belief sich auf 552 bezw. 866 Stück.

Die Verteilung des Gasverbrauchs ist im einzelnen aus folgender Tabelle ersichtlich:

Jahr	Leuchtgas cbm	Koch- und Heizgas cbm	Motorengas cbm
1902	5339231	3457015	653258
1901	5237266	3309805	797573
1900	4977971	2445329	897921
1899	4814463	1801103	1044082

Jahr	Leuchtgas cbm	Koch- und Heizgas cbm	Motorengas cbm
Zu- bezw. Abnahme 1902/1901	+ 101965 + 1,95 %	+ 147210 + 4,5 %	— 144315 — 18,09 %
Zu- bezw. Abnahme 1900/1901	+ 259295 + 5,2 %	+ 864477 + 35,4 %	— 100348 — 11,2 %
Zu- bezw. Abnahme 1899/1900	+ 163508 + 5,4 %	+ 644226 + 35,8 %	— 146161 — 14,0 %

Die Konkurrenz der Elektrizität spiegelt sich in diesen Zahlen deutlich wieder. Die Abnahme des Gasverbrauchs für motorische Zwecke hat ihr Tempo wieder beschleunigt. In den anderen Rubriken hat sich die Zunahme gegen die vorausgegangenen Jahre der Hochkonjunktur, wo außerdem das Gas in Waldhof und Neckarau neu eingeführt wurde, sehr bedeutend verlangsamt, ganz auffallend stark im Koch- und Heizgaskonsum. Der Einfluß der wirtschaftlichen Lage war wie in den Gaswerken anderer großer Städte auch im hiesigen zu verspüren.

Der auf den Kopf der Bevölkerung entfallende Anteil an der gesamten nutzbaren Gasabgabe beziffert sich in der Altstadt auf 73,3 cbm, in Neckarau auf 20,3 cbm, im Waldhof auf 19,2 cbm und ist in der Altstadt gegen das Vorjahr mit 74,1 cbm wegen Einschränkung des Verbrauchs für die Straßenbeleuchtung und Rückgangs des Motorengases etwas geringer. Dagegen ist die Leucht- und Kochgasabgabe an Private von 27,3 bezw. 24,2 cbm auf 27,4 bezw. 24,6 cbm pro Kopf gestiegen. Gegenüber anderen Städten erscheint der Kopfteil hier noch als mäßig; derselbe beträgt z. B. in Basel 108,1 cbm, in Charlottenburg 128,27 cbm.

Auf eine erhebliche Steigerung des Gasverbrauchs in Neckarau und Waldhof, der pro Kopf weit hinter der Altstadt zurückbleibt, ist vorerst kaum zu rechnen, und deshalb darf wohl auch für eine Reihe von Jahren nicht mit einer Rentabilität dieser Gasleitungen gerechnet werden. Auch im Industriehafen, wo die Gaseinführung einen großen Aufwand verursachte, ist der Verbrauch so gering, daß von einer Rentabilität nicht gesprochen werden kann. Die 13 daselbst an die Gasleitung angeschlossenen Firmen verbrauchten im Jahre 1902 5231 cbm Leuchtgas, 16953 cbm Koch- und Heizgas, und 807 cbm Motorengas, zusammen 22991 cbm.

Trotz der geringeren Zunahme der Gasabgabe hat der im Jahr 1902 erzielte Bruttogewinn von 689420.06 Mk. das Resultat des vorausgegangenen Betriebsjahres um 122642.93 Mk. und den Voranschlag pro 1902 um 60736.06 Mk. übertroffen. Die Kapitalschuld des Gaswerkes, welche durch den Zugang des neuen Werkes Luzenberg eine bedeutende Steigerung erfahren hat und die Höhe der Selbstkosten des Gases sehr ungünstig beeinflußt, betrug Ende 1902 5111843 Mk., wovon entfallen: auf die Betriebsanlagen Lindenhof 1150407 Mk., auf die Betriebsanlagen Luzenberg 2899885 Mk., auf gemeinsame Rohrleitungen und Gasmesser 1060550 Mk.

Um den Gaskonsum zu heben und weiteren Kreisen Gelegenheit zum Kochen und zur Beleuchtung mit Gas zu geben, führte das Gaswerk zu Anfang 1902 Gas-Automaten

ein, jedoch mit Beschränkung auf Wohnungen, für welche nicht mehr als 600 Mk. Miete bezahlt wird. Ein Gasautomat ist ein Gasmesser, welcher mit einem automatischen Geldzählwerk derart verbunden ist, daß beim Einwurf eines 10-Pfennigstückes ein entsprechendes Quantum Gas abgegeben wird. Der Gasabnehmer kann also das Gas ganz nach Belieben in kleinen Mengen kaufen. Außer einem gut funktionierenden, amtlich geaichten Automaten stellt das Gaswerk einen Gaskochherd und zwei vollständige Beleuchtungseinrichtungen mit Brenner, Glühkörper, Cylinder, Glocke ꝛc. für die Küche und ein Zimmer, und legt erforderlichen Falles die Leitungen vom Steigrohr bis zu den Koch- und Beleuchtungsstellen. Sämtliche Kosten bis zur Höhe von 120 Mk. trägt das Gaswerk und berechnet nur einen mäßigen Zuschlag zum Gaspreis für Verzinsung und Abschreibung seines Aufwandes. Die für gewöhnliche Gasmesser zu zahlende Miete ist in dem Zuschlag inbegriffen. Der Preis des Gases samt Zuschlag beträgt 18 Pfennig pro cbm.

Am 28. Februar 1902 beschloß der Stadtrat mit Wirkung vom 1. April in anbetracht der steigenden Betriebskosten (Mehraufwand für Kohlen, Gehalts- und Lohnaufbesserungen u. s. w.) eine Erhöhung des Preises für Koch- und Heizgas von 12 auf 14 Pfg. pro cbm. Nach dieser Neufestsetzung betrugen die Gaspreise (vgl. Chronik 1900 S. 44):

I. Für Beleuchtungsgas:

1. bis 1000 cbm 18 Pfg. per cbm, wie seither;
2. von 1001 bis 2000 cbm, die ersten 1000 cbm zu 180 Mk., die folgenden à 17 Pfg.;
3. von 2001 bis 5000 cbm, die ersten 2000 cbm zu 350 Mk., die folgenden à 16 Pfg.;
4. von 5001 bis 25000 cbm, die ersten 5000 cbm zu 830 Mk., die folgenden à 15 Pfg.;
5. über 25000 cbm, die ersten 25000 cbm zu 3830 Mk., die folgenden à 14 Pfg.

II. Für Koch- und Heizgas:

1. bis 8000 cbm 14 Pfg. per cbm, (statt seither 12 Pfg.)
2. über 8000 cbm, die ersten 8000 cbm zu 1120 Mk., die folgenden à 13 Pfg.

III. Für Motorengas:

12 Pfennig per cbm (wie seither), ohne Rabatt.

Die Abgabe von Gas zum Betrieb von Motoren, welche zur Erzeugung elektrischen Stromes dienen, erfolgt nach den Sätzen des für die Abgabe von Beleuchtungsgas aufgestellten Tarifs mit der Maßgabe jedoch, daß Gaskonsumenten, welche elektrischen Strom an Dritte abgeben, ein Rabatt nicht gewährt wird.

Ebenso wie die Erhebung der Müllabfuhrgebühren (vgl. Kapitel VII) erregte diese Gaspreiserhöhung, die dem Bürgerausschuß gelegentlich der Budgetberatung zur Kenntnis gebracht wurde, lebhafte Debatten, jedoch wurde in der Stadtratssitzung vom 11. April 1902 der von demokratischen und sozialdemokratischen Stadträten eingereichte Antrag, „unter Berücksichtigung der während der Budgetberatung von Rednern aller Fraktionen zum Ausdruck gebrachten Unzufriedenheit über die Erhöhung des Gaspreises und Erhebung der Müllabfuhrgebühren, diese beiden Fragen in der Stadtratssitzung nochmals zur Beratung zu bringen", von den Antragstellern auf Grund der in der Sitzung gepflogenen Verhandlung zurückgezogen.

Für den Neubau des Gaswerkes Luzenberg waren am 18. April 1899 vom Bürgerausschuß 2475000 Mk. bewilligt worden. Die Bausumme wurde um 674339 Mk. überschritten. Hierzu kommen jedoch noch weitere Kosten, die für den Erwerb neuen Geländes notwendig sind. Es handelt sich um einen Geländestreifen längs der Waldhofstraße (2194 qm à 8 Mk. nebst Kaufschilling), der zur Verlegung der Gasrohrleitung vom Gaswerk Luzenberg nach der Neckarvorstadt erforderlich war und von der Großh. Domänenverwaltung erworben werden mußte. Der Bürgerausschuß genehmigte um 29. Juli 1902 die Kreditüberschreitung nnd die für den erwähnten Geländeerwerb erforderlichen 25000 Mk.

Das städtische Elektrizitätswerk, das sich im Betrieb der Pächterin Brown, Boveri & Cie. befindet, hatte im Jahre 1902 (1901) 148 (228) neue Anschlüsse und 316 (344) neue Abonnenten zu verzeichnen, so daß mit Ende des Berichtsjahres eine Gesamtsumme von 829 Anschlüssen und 1083 Abonnenten erzielt war. Es wurden neu installiert 10068 (5219) Glühlampen, 154 (109) Bogenlampen und 148 (113) Motoren, letztere mit zusammen 562 (1557) Pferdekräften. Die Gesamtzahl der bis Ende 1902 installierten Glühlampen betrug 31444, der Bogenlampen 921, der Motoren (ohne Straßenbahn) 455 mit 3418 Pferdekräften — insgesamt 4323 Kilowatt (ein Kilowatt entspricht rund 20 normalen Glühlampen und ungefähr 1/5 Pferdekraft). Diese Ziffern liefern den Beweis, daß die Elektrizität sich hier immer mehr einbürgert.

In seiner Budgetrede von 1903 zog Oberbürgermeister Beck einen Vergleich des Verbrauchs elektrischer Energie in hiesiger Stadt mit dem anderer Städte. Dabei ergab sich, daß der Privatkonsum für Beleuchtungszwecke in den meisten anderen Städten den in hiesiger Stadt übersteigt, dagegen steht Mannheim in Bezug auf die Abgabe von Strom zu gewerblichen Zwecken sehr im Vordergrund. Dazu muß allerdings bemerkt werden, daß der Strombezugspreis für gewerbliche Zwecke auch ein außerordentlich mäßiger ist. Derselbe beträgt 1901, was freilich wegen vorübergehender Ursachen nicht als normal angesehen werden kann, im Durchschnitt pro nutzbar abgegebene Kilowattstunde nur 9,35 Pfg.; Pforzheim erzielte einen Durchschnittspreis von 27,85 Pfg., Stuttgart 19,51 Pfg., Stettin 34,75 Pfg. Der Durchschnittspreis elektrischer Energie (zur Beleuchtung, zum Motoren- und elektrischen Straßenbahnbetrieb) betrug 1901 in Frankfurt a. M. 18,22 Pfg., in Mannheim 15,36 Pfg. pro nutzbar abgegebene Kilowattstunde. Im allgemeinen wird also wohl Mannheim in Bezug auf die Billigkeit der elektrischen Energie von andern Städten kaum übertroffen werden. Andererseits sind auch die Betriebsausgaben des städtischen Elektrizitätswerkes mit 9,01 Pfg. pro nutzbar abgegebene Kilowattstunde als niedere zu bezeichnen.

Der Stadtrat beschloß, von dem der Stadtgemeinde bis spätestens zum 1. Januar 1903 zustehenden Recht, den Pachtvertrag mit der Firma Brown, Boveri & Cie. über das städtische Elektrizitätswerk auf 1. April 1904 zu kündigen, keinen Gebrauch zu machen (vgl. Chronik 1901, S. 51).

In einer Vorlage vom 26. Juni 1902 brachte der Stadtrat beim Bürgerausschuß die Kosten für die Erweiterungen des Kabelnetzes im Berichtsjahre zur Anforderung; nämlich:

für die innere Stadt	15916.84	Mk.
„ die Schwetzingervorstadt	8043.61	„
„ den Anschluß der Festhalle	35089.96	„
„ die östliche Stadterweiterung	33000.—	„
„ die Neckarvorstadt	10224.40	„
„ den Lindenhof	5727.16	„
„ den Industriehafen:		
a) nach der Bonadiesinsel	18126.30	„
b) nach der Friesenheimer Insel	12891.09	„
„ den Waldhof (Böhringer'sche Fabrik)	22075.88	„
110 Hausanschlüsse	17600.—	„
für Zähler	22200.—	„
für Unvorhergesehenes	6950.97	„
zusammen	207846.21	Mk.

Von der Betriebspächterin wurde dabei die Erklärung abgegeben, daß sie in ihren Anforderungen sich auf das denkbar geringste Maß beschränkt habe, da es in ihrem eigensten Interesse liege, das Anlagekapital so niedrig als möglich zu halten. Andererseits halte sie es aber nicht für angängig, dringend nötige Erweiterungen, deren Kosten durch den zu erwartenden Konsum gedeckt würden, zurückzustellen. Der städtische Maschineninspektor erklärte sich nach Prüfung der Vorlage in allen Teilen mit derselben einverstanden. Mit Rücksicht auf den Verwendungszweck befürwortete die Finanzkommission die Genehmigung des Betrags. Wie die Vorlage weiter ausführte, wird eine Belastung der laufenden Wirtschaft voraussichtlich nicht eintreten, da der Pachtzins von 9 % und der zu erwartende Gewinn zur Deckung des Zinses neben den Abschreibungen wohl ausreichen dürfte. Eine Amortisation zur Deckung des Anlagekapitals für die nächsten vier Jahre ist nicht erforderlich und es steht zu erwarten, daß nach Umfluß dieser Zeit der Ertrag des Werkes auch zur Aufbringung der Tilgungsquote ausreicht.

Während der Bürgerausschuß dieser Vorlage zustimmte und 78560 Mk. Baukosten für die Kesselanlage des Elektrizitätswerks bewilligte, wurde in der gleichen Sitzung die Beschlußfassung über die vom Stadtrat beantragte Beschaffung einer vierten Maschine für die Zentrale des Elektrizitätswerkes verschoben, da noch nicht genügend Klarheit darüber erzielt war, ob einer Dampfmaschine oder einer Dampfturbine (System Parsons) der Vorzug zu geben sei.

Es wurde deshalb ein Sachverständigen-Gutachten erhoben, das in Beantwortung der beiden Fragen: „Kann die Dampfturbine System Parsons als eine Erfindung bezeichnet werden, welche lebensfähig und geeignet ist, die im hiesigen städtischen Elektrizitätswerk laufenden bezw. angebotenen Kolbenmaschinen zu ersetzen und welche Vorteile bezw. Nachteile hat die Dampfturbine System Parsons gegenüber Kolbendampfmaschinen?" sich zu Gunsten der

Dampfturbine äußerte. Daraufhin genehmigte der Bürgerausschuß die Anschaffung einer solchen im Juni 1903. Über die Notwendigkeit der Erweiterung der maschinellen Anlage äußerte sich der stadträtliche Bericht zur Bürgerausschußsitzung vom 26. Juni 1902 folgendermaßen:

Die derzeitige Maschinen- und Kesselanlage des städtischen Elektrizitätswerkes besteht aus drei Sulzer'schen Compound-Dampfmaschinen von 750 eff. PS normaler und 1050 eff. PS maximaler Arbeitsleistung und drei mit diesen direkt gekuppelten Drehstrommaschinen von Brown, Boveri & Co., sowie aus sechs kombinierten Dampfkesseln von je 250 qm wasserberührter Heizfläche. Mit Schreiben vom 12. März 1902 wurde von der Betriebspächterin darauf hingewiesen, daß der für den nächsten Winter zu erwartende Konsum unbedingt die Aufstellung eines weiteren (vierten) Maschinenaggregates erfordere, da nach den im November und Dezember gemachten Erfahrungen die drei vorhandenen Maschinen für den Winterbetrieb nicht auszureichen vermochten. Dabei ist allerdings in Betracht zu ziehen, daß im vergangenen Winter die Umformerstationen der Großherzogl. Staatsbahn an das städtische Leitungsnetz angeschlossen waren, was im kommenden Winter nach Fertigstellung der eigenen Bahn-Zentrale nicht mehr der Fall sein wird. Dieser Ausfall wird jedoch durch die Zunahme des allgemeinen Netzkonsums, welcher im Winter 1901/1902 gegen das Vorjahr um 35 % und in den Monaten Januar, Februar und März d. J. um 53 % gegenüber den korrespondierenden Monaten des Vorjahres gestiegen ist, ausgeglichen. Außerdem ist der vermehrte Konsum der Straßenbahn in Folge der Eröffnung mehrerer Linien zu berücksichtigen. Es wird also die tatsächliche Arbeitsleistung der Maschinen im kommenden Winter mindestens die gleiche sein wie im verflossenen Jahr, nur haben sich die Verhältnisse insofern geändert, als im letzten Winter die Möglichkeit bestand, nötigenfalls die Stromabgabe an die Staatseisenbahn jederzeit einzustellen, wozu die Stadtgemeinde und die Betriebspächterin vertragsmäßig berechtigt waren. Für das laufende Jahr ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden, und diese Tatsache veranlaßte die Betriebspächterin zu dem Verlangen, die Erweiterung des Werkes alsbald vorzunehmen, um in der Hauptkonsumzeit (von Dezember ab) nicht ohne Reserve arbeiten zu müssen. Der städtische Maschineninspektor, welchem der Antrag der Betriebspächterin zur Begutachtung überwiesen worden war, hielt die Beschaffung einer weiteren Maschine im Jahre 1902 noch nicht für unbedingt notwendig, da er das Vorhandensein einer Reserve bei der Qualität der hiesigen Maschinen nicht als absolutes Erfordernis anerkannte. Da jedoch auch nach seiner Ansicht die Erweiterung 1903 unumgänglich notwendig würde, und zur Zeit die Konjunktur für die Vergebung eine besonders günstige war, so lag für den Stadtrat keine Veranlassung vor, dem Antrag der Betriebspächterin nicht zu entsprechen und damit die Verantwortung für eventuell doch eintretende Störungen zu übernehmen. Es wurde daher einstimmig beschlossen, der beantragten alsbaldigen Erweiterung der Maschinen-Anlagen zuzustimmen.





V. Stadtgebiet und Bevölkerung.

1. Das Stadtgebiet.



Im Jahre 1900 wurde als Gesamtfläche des Großherzogtums Baden 15081 Quadratkilometer festgestellt; die Zahl der Gemeinden beträgt 1609, davon sind 120 Stadtgemeinden, 1456 Landgemeinden und 33 abgesonderte Gemarkungen. Auf einen Quadratkilometer kommen im Durchschnitt des Großherzogtums 123,9 Bewohner; am dichtesten ist der Kreis Mannheim bevölkert mit 485,1, dagegen am dünnsten bevölkert der Kreis Waldshut mit nur 63,4 Einwohnern auf einen Quadratkilometer. Zieht man die Fläche der Amtsbezirke in Betracht, so hat wiederum Mannheim die stärkste Konzentration der Bevölkerung mit 882,0, darauf folgt Karlsruhe mit 519,3, danach Pforzheim mit 287,5, Heidelberg mit 259,5 Bewohner auf einen Quadratkilometer. Hieraus ergibt sich der große Einfluß der Städte, insbesondere der Industriezentren auf die Verteilung der Bevölkerung im Lande. Sie sind es, welche die größte Menschenzahl in ihren Bannkreis ziehen und in ihrer raschen Entwickelung nicht nur in der eigenen Einwohnerzahl, sondern auch jener der wirtschaftlich zugehörigen Nachbargemeinden eine starke Steigerung hervorrufen.

Von der Gesamtfläche des Großherzogtums entfielen auf:

	i. J. 1895	i. J. 1900
Ackerland	559347 ha	551793 ha
Wiesen	206319 „	209563 „
Rebland	19618 „	19957 „
Sonstige Kulturarten	94723 „	91634 „
gesamte landw. Fläche	880007 „	872947 „
Waldungen	550514 „	556709 „
Hausplätze und Hofraiten	13964 „	13265 „

	i. J. 1895	i. J. 1900
Öffentliche Plätze, Wegland, Eisenbahnen	35645 ha	37677 ha
Steinbrüche, Felsen, Gewässer ꝛc.	27970 „	27502 „
nicht ertragende Fläche	77579 „	78444 „
Gesamtfläche	1508100 ha	1508100 ha

Eine wesentliche Veränderung ist mit den ertragbaren Flächen vor sich gegangen, 7554 ha Ackerland wurden aufgegeben, dafür haben Wiesen, Waldungen und Rebland bedeutende Vergrößerungen erfahren. 2032 ha sind dem Verkehr entzogen und zu Wegen, Plätzen, Eisenbahnen und dergleichen angelegt worden.

Die Gemarkung Mannheim, die sich im Berichtsjahr nicht verändert hat, umfaßt 660710 ar, die folgendermaßen nach ihrer Benützungsart geschieden waren:

Benützungsart	Ende 1902 ar	% der Gesamtfläche
Gebäude, Hofraiten und Hausgärten	65718	9,95
Wege, Straßen und Eisenbahnen	60212	9,11
Parkanlagen und Gärten	8386	1,27
Begräbnisplätze	2334	0,35
Wasserfläche	62397	9,44
übrige Fläche, darunter auch das land- und forstwirtschaftlicher Benützung dienende Gebiet	461634	69,88
Gesamtfläche	660681	100,00

Der kleine Unterschied in der Berechnung der Gesamtfläche rührt von Vermessungsdifferenzen her.

Der städtische bewertbare Grundbesitz (ohne Straßen, freie Plätze und Gehwege, also nur Gebäude, Nutzplätze, landwirtschaftliche Grundstücke, Promenaden und Anlagen) betrug Ende 1901: 2060 ha 15 ar 18 qm

Zugang 1902: 37 „ 16 „ 56 „

Ankäufe:

zur Arrondierung für den Industriehafen . . . . — ha 93 ar 35 qm

a) auf Mannheimer Gemarkung 10 „ 67 „ 15 „

b) auf Gemarkung Sandhofen . 5 „ 22 „ 83 „

zu Straßenzwecken (einschließl. der unentgeltlich überwiesenen Landstraßen) . . . . 20 „ 33 „ 18 „

Abgang 1902:			25 ha 09 ar 08 qm
Veräußerungen:			
landwirtsch. Grundstücke	— ha 4 ar 79 qm		
Bauplätze	2 „ 41 „ 55 „		
Industriegelände	1 „ 52 „ 60 „		
von Straßen und Wegen	— „ 32 „ 50 „		
von Promenaden und Anlagen	— „ 44 „ 46 „		
Verwendung zur Anlage von Straßen	20 „ 33 „ 18 „		
Stand Ende 1902:			2072 ha 22 ar 96 qm

Davon sind außerhalb der Gemarkung:

auf Gemarkung Wallstadt	10 ha 08 ar 85 qm
„ „ Sandhofen	27 „ 46 „ 41 „
„ „ Lampertheim	8 „ 66 „ 91 „
Summa	46 ha 22 ar 17 qm

Nach der Benützungsart entfielen vom städtischen Grundbesitz auf:

Gebäude	51 ha 30 ar — qm	=	2,48 %
Bau- und Nutzplätze	253 „ 99 „ 96 „	=	12,26 %
landwirtsch. Grundstücke	840 „ 43 „ — „	=	40,55 %
Promenaden und Anlagen	67 „ 60 „ — „	=	3,26 %
Waldungen	858 „ 90 „ — „	=	41,45 %
	2072 ha 22 ar 96 qm	=	100,00 %

Da mehr als die Hälfte des Mannheimer bewertbaren Grundbesitzes aus landwirtschaftlichen Grundstücken und Nutzplätzen besteht, so ist die hiesige Stadtverwaltung, wie wenige in der Lage, auf die künftige Entwickelung der Stadt in baulicher, hygienischer und sozialpolitischer Richtung ihren bestimmenden Einfluß auszuüben. Als Wert dieses Grundbesitztums ergiebt sich bei sehr vorsichtiger Schätzung die Summe von rund 93 3/4 Millionen Mark. Was die Lage unseres Grundbesitzes betrifft, so überwiegt der Osten inbezug auf den Wert und der Norden inbezug auf die Menge. Der städtische Grundbesitz betrug im Berichtsjahr 31 1/2 % der Gemarkungsfläche. Von der Gemarkungsfläche entfielen 454,10 qm auf den Kopf der Bevölkerung, von dem Gemeindebesitz 143,46 qm. —

Durch den Zusammenbruch des Rheinauconcerns wurde die seit einigen Jahren ruhende Frage der Einverleibung der zur Gemeinde Seckenheim gehörigen Rheinau wieder akut und in zahlreichen Artikeln der hiesigen Presse

erörtert. Am 21. Oktober wurde die Eingemeindung der Rheinau in Mannheim seitens der Handelskammer befürwortet, gleichzeitig von den Rheinaugesellschaften unter Führung der Oberrheinischen Bank und von zahlreichen anderen Interessenten angeregt. Gegenüber dem Drängen, der Rheinau zu helfen, motivierten verschiedene Artikel der Tageszeitungen das abwartende Verhalten der Stadtgemeinde, u. a. in folgender Weise:

Die Stadt Mannheim hat, insbesondere bei ihrer derzeitigen finanziellen Belastung kein direktes Interesse an dieser Eingemeindung, welche ihr große, direkte pekuniäre Opfer auferlegen würde. Sie hat nur das sehr sekundäre Interesse, dem Nachbarort Rheinau bei dessen verfahrenen Verhältnissen zu Hilfe zu kommen und denselben nach Möglichkeit zu stützen. Dazu kommt, daß das dort errichtete, für Rheinau selbst viel zu groß angelegte Wasserwerk und das Elektrizitätswerk in der Zukunft insofern für Mannheim nutzbringend werden könnten, als die Stadt Mannheim einstens sich gezwungen sehen wird, ihre bestehenden Werke zu erweitern. Außerdem könnte man auch noch anführen, daß in der Rheinau resp. Stengelhof in Bauten u. s. w. viele Kapitalien Mannheimer Bürger festgelegt seien, die dadurch empfindlich geschädigt würden, wenn der Ort Rheinau nicht als Industrieplatz erhalten würde. Aber alle diese Gründe sind nicht so schwerwiegender Natur, daß Mannheim zugemutet werden könnte und dürfte, nun unter allen Umständen die Eingemeindung der Rheinau bei der Regierung zu beantragen.

Nachdem der Stadtrat eine Anfrage der Großh. Regierung, ob er einen Antrag wegen Wiederaufnahme der seit Dezember 1899 beruhenden Verhandlungen über die Eingemeindung der Rheinau nach Mannheim stelle, am 21. November dahin beantwortet hatte, er sei zum Eintritt in erneute Verhandlungen geneigt, wenn die Regierung solche von Amtswegen einleite, teilte das Bezirksamt am 24. Dezember einen Erlaß Großh. Ministeriums des Innern vom 17. Dezember mit, wonach die Einverleibung angesichts des vorliegenden dringenden öffentlichen Interesses durch Staatsministerialentschließung ohne Antrag der beteiligten Gemeinden und ohne Zustimmung von Seckenheim ausgesprochen werden könne, sofern der Stadtrat Mannheim sich mit der Übernahme der Rheinau in der bestehenden Begrenzung einverstanden erkläre. Die Ersatzansprüche Seckenheims auf Ausgleich der aus der Abtrennung sich ergebenden Nachteile seien nach Vollzug der Gemarkungsverlegung vom Bezirksrat Mannheim festzustellen, gegen dessen Entscheidung die Klage bei Großherzoglichem Verwaltungsgerichtshofe zulässig ist. Der Stadtrat wurde zur Abgabe einer hierauf bezüglichen Erklärung aufgefordert mit dem Anfügen, daß das Ministerium die Eingemeindung auf 1. Januar 1903 herbeizuführen beabsichtige, um den beiden Gemeinden die Berücksichtigung der Änderung im Voranschlag zu ermöglichen. Der Stadtrat beschloß darauf am 30. Dezember, zunächst eingehende Berechnungen über die finanziellen Wirkungen der Eingemeindung zu erheben, durch einstweiligen Bericht an Großh. Bezirksamt eine Klärung über verschiedene noch

zweifelhafte Fragen (Abgrenzung des zu übernehmenden Gebiets gegen Brühl, Auseinandersetzung zwischen Mannheim und Seckenheim über Entschädigungsansprüche durch ministerielle Vorentscheidung, Regelung einzelner Verwaltungsfragen in Rheinau) herbeizuführen und vor endgiltiger Beschlußfassung die Angelegenheit der Entscheidung des Bürgerausschusses zu unterbreiten.

Ebensowenig wie diese Frage im Berichtsjahre Erledigung fand, wurden die Verhandlungen der Rheinaugesellschaften mit dem Staat wegen Übernahme des Rheinauhafens zum Abschluß geführt und liefen ins folgende Jahr weiter.

2. Die Bevölkerung.

Im April 1902 wurde vom statistischen Amt zum erstenmal eine Personenstandsaufnahme veranstaltet, die künftighin jährlich im gleichen Monat wiederholt werden soll.

Die Aufnahme bezweckt in erster Linie eine Vereinfachung des seitherigen Verfahrens, vor jeder Wahl eine Erhebung der Wahlberechtigten von Haus zu Haus durch die Schutzmannschaft vornehmen zu lassen. Die jährliche Personenstandsaufnahme soll die Grundlage für die Aufstellung aller Arten von Wählerlisten (Reichstags-, Landtags-, Kreis-, Stadtverordnetenwahlen, Schöffen- und Geschworenenlisten) bilden. Diesem Zweck dient das auf der Innenseite des Formulars befindliche namentliche Verzeichnis aller in der Haushaltung lebenden über 24 Jahre alten männlichen Personen. Aufgrund dieses Verzeichnisses werden die Wählerlisten für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen aufgestellt, sodaß die Eintragung in das Verzeichnis namentlich im Interesse jedes Wahlberechtigten liegt. Die auf der Vorderseite des Formulars von jeder Haushaltung ausgefüllten Angaben über die Personenzahl der Haushaltung einschließlich der Kinder, Aftermieter, Schlafgänger u. s. f. in einer Ziffer und über die Größe der Wohnung sollen eine Fortschreibung der Zahl der Einwohner und Haushaltungen nach Stadtteilen ermöglichen. Mit Zustimmung Großh. Bezirksamts wurde die Schutzmannschaft mit dem Austragen und Wiedereinsammeln der Formulare beauftragt.

Das Ergebnis der Aufnahme faßte das statistische Amt folgendermaßen zusammen. Die am 10. April und den Folgetagen vorgenommene Personenstandsaufnahme hat die Erwartung bestätigt, daß die gezählte Bevölkerung hinter der wahrscheinlich vorhandenen zurückbleiben werde. Einmal wird eine erstmalige Aufnahme viel unvollständigere Ergebnisse liefern, als die späteren, bei welchen eine allmähliche Gewöhnung des Publikums vorausgesetzt werden darf, sodann aber bleiben, sobald keine namentliche Aufzeichnung aller Personen verlangt wird, erfahrungsgemäß besonders Kinder, Dienstboten und Schlafleute bei Angabe der Stärke der Haushaltungen außer Ansatz. Insgesamt wurden 142226 Einwohner ermittelt, es ergab sich also, da die berechnete Bevölkerung im Zeitpunkte der Zählung rund 146000 betrug, eine Unterbilanz von 3774 Köpfen

oder 2,6 %. Zum Vergleich mag angeführt sein, daß in Charlottenburg, wo allerdings die Anstaltsbevölkerung nicht mit erhoben wird, die Differenz vom Jahre 1885 : 5,8 % betrug, in den späteren Volkszählungs-Jahren aber auf 4,6 (1890) und weiter 3,6 % (1895) zurückging. So wird auch für Mannheim eine zunehmende Zuverlässigkeit der Personenstandsaufnahme erwartet werden dürfen. Die folgende Übersicht zeigt nun die durch die Personenstandsaufnahme stadtteilsweise ermittelte Personenzahl. Durch gleichmäßigen Zuschlag von 2,66 % – entsprechend der Differenz zwischen Personenstandsaufnahme und wahrscheinlicher Einwohnerzahl in der ganzen Stadt — wurde die Einwohnerzahl der einzelnen Stadtteile berechnet und das so gefundene Ergebnis dem Resultat der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 gegenüber gestellt. Danach erhält man folgende Einwohnerzahlen:

Stadtteil	Tatsächliches Ergebnis der Personenstandsaufnahme	Korrigiertes Ergebnis der Personenstandsaufnahme	Ergebnis der Volkszählung	Sonach wahrscheinliche Vermehrung oder Verminderung absolut	%
Oberstadt	12922	13265	15069	—1804	—12,0
Unterstadt	39170	40210	40830	— 620	— 1,5
Östliche Stadterweiterung	5579	5727	4286	+1441	+33,6
Schwetzinger Vorstadt	18500	18991	18137	+ 854	+ 4,7
Lindenhof	10521	10801	10120	+ 681	+ 6,7
Jungbusch und Mühlau	10937	11227	11035	+ 192	+ 1,7
Neckarvorstadt	23380	24001	20603	+3398	+16,5
Alt-Mannheim	121009	124222	120080	+4142	+ 3,5
Käferthal	4107	4216	4010	+ 206	+ 5,1
Waldhof	5828	5983	5853	+ 130	+ 2,2
Neckarau	11282	11582	11204	+ 378	+ 3,4
Neu-Mannheim	21217	21781	21067	+ 714	+ 3,4
Mannheim im Ganzen	142226	146003	141147	+4856	+ 3,4

In den reichlich 1¼ Jahren seit der letzten Volkszählung haben sich also außerordentlich starke Verschiebungen in der Richtung vollzogen, daß die Innenstadt sich entvölkert und die Außenstadtteile zunehmen. Absolut weitaus am stärksten ist die Neckarvorstadt gewachsen und zwar hauptsächlich infolge der seither bewerkstelligten Verlegung der Garnison dorthin. Die relativ stärkste Zunahme hat dagegen die östliche Stadterweiterung zu verzeichnen, welche ihre Einwohnerzahl um ⅓, jedenfalls hauptsächlich auf Kosten der Innenstadt vermehrt hat. Ziemlich stark gewachsen sind außerdem noch Lindenhof und Schwetzingervorstadt, obgleich hier, wie auch in den einverleibten Stadtteilen eine beträchtliche Verlangsamung des Wachstums gegenüber 1895—1900 eingetreten ist.

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich die Einwohnerzahl nicht vermehren können, da der Überschuß der Wegzüge über die Zuzüge den Geburtenüberschuß absorbierte. Im folgenden Jahr war wieder eine langsame Zunahme zu beobachten. Betrachten wir nun an der Hand des statistischen Berichts die Bevölkerungsbewegung des abgelaufenen Jahres.

Die Ungunst der Zeit spiegelte sich auch in der geringeren Häufigkeit der Eheschließungen wieder, obgleich Mannheim immerhin noch eine relativ außerordentlich hohe Zahl von Eheschließungen aufweist. Es kamen Eheschließungen vor: 1899: 1588, 1900: 1729, 1901: 1649, 1902: 1589. Auf 1000 Einwohner entfielen in diesen vier Jahren: 12,44, 12,66, 11,45 und 10,90 Eheschließungen. Die Monate größter Häufigkeit der Eheschließungen waren, wie stets, der Mai mit 194 und der Oktober mit 177. Die Zahl der Mischehen betrug 539 oder etwas mehr als ein Drittel (34,0%) der Gesamtzahl und zwar haben von je 100 katholischen Männern 38,4, von je 100 evangelischen 30,0 eine andersgläubige Frau geheiratet, was bei den katholischen Männern eine Vermehrung der Mischehen um 0,4%, bei den evangelischen eine Verminderung um 0,7% bedeutet. Hinsichtlich der Alterszusammensetzung ist bemerkenswert, daß 1902 5 Ehen geschlossen wurden, in denen beide Teile über 60 Jahre alt waren und eine Ehe, in welcher der Mann im 26., die Frau im 70. Lebensjahre stand.

Auch in der Zahl der Geburten war dem Vorjahre gegenüber eine Abnahme zu verzeichnen. Es wurden hier geboren 6420 Kinder (6537 i. V.), darunter waren 209 Totgeborene. Die Promilleziffer der Lebendgeborenen betrug 42,59 gegen 43,90 und 42,10 in den beiden Vorjahren, was trotz der leichten Abschwächung gegenüber 1901 noch immer eine außerordentlich hohe Geburtenfrequenz bedeutet. Unehelich geboren wurden 580 Kinder oder 9,0% der Gesamtzahl, es haben sich demnach die unehelichen Geburten in den letzten Jahren (1900: 8,2%, 1901: 8,9%) beständig vermehrt.

Die Zahl der Todesfälle, die 1900 auf 1901 von 2967 auf 3348 stieg, betrug im Berichtsjahre nur 2931 (ohne Totgeburten). Infolge dessen ging die Promille-Sterblichkeitsziffer, die von 21,72 auf 23,25 gestiegen war, auf 20,10 zurück. Nachdem 1900 und 1901 die bis dahin beobachtete Abminderung der Sterblichkeitsziffer einem Wiederansteigen Platz gemacht hatte, ist erfreulicherweise 1902 eine deutlich ausgesprochene Wendung zum Besseren eingetreten. Namentlich die Kindersterblichkeit ist im Berichtsjahr erheblich zurückgegangen, indem nur 1430 Todesfälle von Kindern unter 1 Jahr gegenüber 1566 im Jahre 1901 verzeichnet zu werden brauchten. Nur die Lungentuberkulose hat auch diesmal wieder fast genau so viele Opfer gefordert wie in



Kommerzienrat Friedrich Engelhorn
† 11. März 1902
(vgl. S. 72)

den Vorjahren, und die in Mannheim stets außergewöhnlich hohe Zahl der Selbstmorde hat sogar noch eine kleine Steigerung gegenüber 1901 erfahren.

Der Geburtenüberschuß (die Differenz der Geburtenziffer 42,59‰ und der Sterblichkeitsziffer 20,10‰) war troß der verminderten Geburtenhäufigkeit dank der günstigeren Gestaltung der Sterblichkeitsverhältnisse mit 22,49‰ wesentlich höher als in den beiden voraufgegangenen Jahren, trotzdem auch deren Ziffern schon jene der anderen südwestdeutschen Großstädte Frankfurt, Straßburg und Stuttgart, um nicht viel weniger als das Doppelte übertrafen.

Wenn schon in den Ziffern der Eheschließungen und Geburten die Ungunst der wirtschaftlichen Konjunktur zu deutlichem Ausdruck kommt, so ist dies noch viel schroffer bei den Wanderungen der Fall. Die so überaus günstigen letzten Jahre des abgelaufenen Jahrhunderts hatten Mannheim eine außerordentlich starke Vermehrung der Bevölkerung durch das Überwiegen der Zuzüge über die Wegzüge gebracht, 1902 aber hat sich das Verhältnis erstmals umgekehrt, sodaß troß großer natürlicher Bevölkerungszunahme das Jahr mit einem Defizit an Einwohnerzahl abschloß. Während das Jahr 1899 noch einen Wanderungsgewinn von 15226 Personen, 1900: 8245, 1901 noch 4319 brachte, betrug der rechnungsmäßige Verlust des Berichtsjahres —2655. Beim männlichen Geschlecht haben sich die Ziffern gegenüber 1901 fast genau gedreht; betrug 1901 der Zuzug 17505 und der Wegzug 15225, so diesmal jener 15220 und dieser 17574. Der stärkste Ausfall entstand bei den ledigen Handlungs- und Gewerbegehilfen, demnächst bei den männlichen Familienmitgliedern, während die ledigen selbständigen Personen sogar noch einen nicht unerheblichen Mehrzuzug aufwiesen. Beim weiblichen Geschlecht war die Unterbilanz hauptsächlich durch Fabrikarbeiterinnen und sodann durch weibliche Familienangehörige veranlaßt, indessen bei den Dienstboten und selbständigen ledigen Personen noch ein kleines Plus zu verzeichnen war. Von sämtlichen Monaten des Jahres brachte nur der Oktober ein nennenswertes Überwiegen des Zuzugs über den Wegzug, der April, Mai und November wiesen außerdem noch einen kleinen Überschuß auf, alle anderen Monate zeigten einen mehr oder weniger starken Ausfall, den stärksten der September und ferner der Juni und Dezember.

3. Totenschau.

Der Tod riß im verflossenen Jahre zahlreiche schmerzliche Lücken und raffte eine ganze Anzahl hervorragender und tüchtiger Glieder der Bürgerschaft hinweg. Um ihr Andenken auch in weiteren Kreisen zu bewahren, sind an Stelle der bisherigen kurzen Notizen der Chronik, vielfach geäußerten Wünschen entsprechend, Nekrologe getreten, die ein gedrängtes Lebensbild der Entschlafenen

enthalten und teils auf den in unseren Tagesblättern vorgefundenen Angaben, teils auf freundlichen Mitteilungen der Familienangehörigen beruhen, denen auch die beigegebenen Porträts zu verdanken sind.

10. Januar. Hauptlehrer Georg Hetzler, 56 Jahre alt.

Im Amt Tauberbischofsheim am 11. Februar 1846 geboren, kam Hetzler 1872 an die hiesige Volksschule, an der er volle dreißig Jahre mit großer Hingebung und Berufsfreudigkeit wirkte. Seine treffliche Begabung betätigte sich namentlich hinsichtlich seiner Lehrmethode und Schuldisziplin. In den Herzen seiner zahlreichen Schüler hinterläßt der Verblichene wegen seiner Milde und Gerechtigkeit, seiner Berufstreue und seines Lehrgeschicks dankbare Erinnerung. Wiederholt wählten ihn seine Standesgenossen als Vorsitzenden ihrer freien Konferenz und stellten ihn an die Spitze ihrer Vereinigungen zum Zwecke der Selbsthilfe. Seit einer Reihe von Jahren bekleidete er das Ehrenamt eines Schriftführers beim Badischen Lehrer-Witwen- und Waisenstift. Sein hohes Verständnis für pädagogische Fragen und für die Interessen seines Standes ließ ihn in dieser Beziehung eine führende Stellung einnehmen.

12. Februar. Fräulein Betty Orff, im Alter von 82 Jahren.

Betty Orff, einer altangesehenen Mannheimer Familie entstammend, war eine im Dienst der Wohltätigkeit und Nächstenliebe hochgeschätzte Dame, die sich als Vorstandsmitglied des Frauenvereins und Vorsitzende der Kleinkinderschule N 6. 9 hohe Verdienste erworben hat. Mit selbstlosester Treue widmete sie sich ihren humanitären Aufgaben. Ein Nachruf rühmte von ihr: „Es war besonders die hilflose Kindheit in allen Formen, es waren aber auch die Armen und Gedrückten jeglicher Gattung, die ein entsprechendes Maß der Liebe aus diesem empfänglichen, empfindsamen Frauenherzen empfangen durften. Wo sich ein Unternehmen auftat, um zu helfen, Wunden zu heilen, zu dienen, da war der Name Betty Orff dabei, und wo dieser Name stand, war die Garantie einer tüchtigen Ausführung des Gewollten gegeben. Nicht ein bloßes Scheinen, Glänzen und „Auchdabeiseinwollen", sondern ein wirkliches Bedürfnis zu handeln, Zeit und Kraft zu widmen für die gute Sache, in stiller Bescheidenheit, das war ihr Wunsch, ihr Zweck, ihre Tat. In der Kenntnis dieser hervorragenden Eigenschaften übergab der Vorstand der Kleinkinderschule N 6. 9 diesem seinem bisherigen aktiven Mitgliede das Präsidium und er hat sich in dieser Wahl nicht getäuscht. Ein Vierteljahrhundert lang sahen wir die neue Präsidentin täglich im munteren Pflichtschritt ihrer geliebten Schule zuwandeln, um einer liebenden Mutter gleich, ihre vielgliederige Familie zu begrüßen, den Lehrerinnen Anweisung und Halt zu geben und stundenlang den 200 unmündigen Kleinen aus dürftigen Häusern Nahrung und Pflege angedeihen zu lassen. Diejenigen Mitglieder des Vorstandes, welche unter der Leitung dieses Oberhauptes tätig waren, werden sich nur mit den Gefühlen des Respektes an die Gemessenheit und Sicherheit in den Maßnahmen, an die peinlichste Aufmerksamkeit auf das Kleinste, wie das Größte und nicht zuletzt an ihre Gewandtheit in der Geschäftsführung gerne erinnern. Der Erfolg eines solchen langjährigen Schaffens und Waltens konnte nicht ausbleiben, er trat in der ungestörten und stets wachsenden Blüte der für die arme Bevölkerung so wichtigen und segensreichen Anstalt beweiskräftig hervor. Diese steht als ein Ehrendenkmal über der zerfallenen Hülle der unermüdlichen Arbeiterin."

22. Februar. Sattlermeister Adam Aulbach, im 66. Lebensjahre.

Aulbach stammte aus Unterfranken, kam Ende der sechziger Jahre nach einem längeren Aufenthalt in Paris hierher und errichtete ein Sattlergeschäft, das sich durch die rastlose

Energie seines Inhabers zu einer blühenden Fabrik von Reiseartikeln entwickelte. Trotz seiner großen geschäftlichen Erfolge blieb Aulbach der schlichte Handwerker, der er vorher gewesen. Er suchte und fand seinen Stolz in dem emsigen Bestreben, den Handwerkerstand, dem er mit Herz und Seele gehörte, in seinem schweren Daseinskampfe zu fördern und zu schützen. Sein umfassendes Wissen, seine Beredsamkeit und seine Tatkraft stellten ihn bald an die Spitze der Handwerkerbewegung in Mannheim. Er bekleidete lange Jahre das Amt eines Vorstandsmitglieds des Gewerbe- und Industrievereins und später die wichtige Stelle des Vorsitzenden. Die Schaffung einer eigenen Vertretung des Handwerks, wie sie der Handelsstand in den Handelskammern schon seit vielen Jahrzehnten besitzt, war Aulbachs Ziel, das er seit vielen Jahren weitausschauenden und zielbewußten Sinnes verfolgte. Als endlich sein Streben durch die Errichtung von Handwerkskammern von Erfolg gekrönt war, wurde er durch das Vertrauen der Mitglieder der Mannheimer Handwerkskammer an deren Spitze gestellt. Leider waren schon damals die Lebenskräfte Aulbachs durch ein heimtückisches Nervenleiden gebrochen. Er erholte sich zwar und wurde anscheinend wieder vollständig hergestellt. Im Dezember 1901 hielt er noch im hiesigen Bürgerausschuß, dem er seit dem Jahre 1888 angehörte, eine Rede für die Beibehaltung des Mittelpreisverfahrens. Diese Rede sollte seine letzte öffentliche Tat sein. Wenige Tage nach dieser Bürgerausschußsitzung wurde er von einem Hirnschlag betroffen, der ihn abermals auf das Krankenlager warf. Ein zweiter Hirnschlag führte seinen Tod herbei. Politisch war Adam Aulbach ein treuer Anhänger der nationalliberalen Partei.

9. März. Julius Mammelsdorf, 63 Jahre alt.

Julius Mammelsdorf war im Jahre 1839 in Mannheim geboren. Nachdem er die hiesige Höhere Bürgerschule mit Erfolg und Auszeichnung besucht hatte, widmete er sich dem kaufmännischen Beruf, und zwar zunächst in der hochangesehenen Firma Gustav Hummel, der er als Lehrling und als Kommis acht Jahre angehörte. Dann zog es ihn hinaus in die weite Welt: nach einem kurzen Aufenthalt in Prag ging er nach Petersburg und trat bei Heinrich Schliemann ein, der damals — es war die Zeit des nordamerikanischen Bürgerkriegs — in eben so kühnen wie glücklichen Baumwolle-Spekulationen sich das große Vermögen erwarb, mittelst dessen er später seine archäologischen Unternehmungen ins Werk setzte. Hier fand Mammelsdorf reiche Gelegenheit, seine durch vielseitige Sprachkenntnisse unterstützte kaufmännische Begabung zu betätigen und weiter auszubilden. So kam es, daß ihm bald nach seiner Übersiedelung nach Paris, wohin er sich von Petersburg aus begeben hatte, die Vertretung des Comptoir d'escompte in Ostasien übertragen wurde. Die führende Rolle, die Frankreich sich durch die siegreiche Expedition von 1857—60 in China und Japan gesichert hatte, kam den Unternehmungen des genannten großen Geldinstituts sehr zu statten, und so gestaltete sich die Tätigkeit, die Mammelsdorf als Direktor in Saigon, in Hongkong und zuletzt in Yokohama entfaltete, ebenso interessant und vielseitig, wie sie reich war an Verantwortung. Infolge des 1870er Kriegs sah sich Mammelsdorf, der seine Nationalität als Deutscher beibehalten hatte, genötigt, seine Entlassung zu nehmen; er hielt sich einige Zeit in Italien auf, bis ihn im Jahr 1875 die Deutsche Bank zur Leitung ihrer Filiale in Yokohama berief. Indes war diese Stellung nicht von Dauer, da das Geschäft infolge der anhaltenden Silberbaisse zurückging und die Bank ihre Filiale aufgab. Nach einem abermaligen mehrjährigen Aufenthalt in Italien ging Mammelsdorf im Jahr 1882 nach Mexiko, um die Leitung der damals begründeten ersten Mexikanischen Notenbank, der Banca nacional de México, zu übernehmen. Meinungsverschiedenheiten finanzpolitischer

Art mit der allezeit geldbedürftigen Regierung veranlaßten ihn im Jahr 1885 zum Rücktritt. Von da ab lebte er hier als Privatmann. Ein schweres Herzleiden beeinträchtigte seinen Lebensabend und führte sein Ende herbei. Seine langjährige Tätigkeit im Ausland ermöglichte es ihm, eine wertvolle ethnographische Sammlung anzulegen, die in den Besitz des hiesigen Altertumsvereins überging, und eine an seltenen Drucken reiche Bibliothek zu erwerben, die er testamentarisch seiner Vaterstadt vermachte (siehe Ehrentafel). — Obiger Nekrolog ist einem Nachruf in den „Mannheimer Geschichtsblättern" entnommen.

11. März. Kommerzienrat **Friedrich Engelhorn**, im Alter von 80 Jahren 8 Monaten.

Geboren am 17. Juli 1821 in Mannheim, ließ er sich im Jahre 1846 als Juwelier hier nieder und verheiratete sich im Jahre darauf mit Marie Brüstling von hier. Schon frühzeitig gewann er das Vertrauen seiner Mitbürger, die ihn 1849 zum Bürgerwehr-Kommandanten wählten, in welcher Eigenschaft er die Übergabe der Stadt an die preußischen Militärbehörden leitete. Im Jahre 1850 gründete er mit dem Industriellen Sonntag aus Mainz die lange Jahre in seinem Besitz befindlich gewesene Gasfabrik, die später in die Hände der Stadt überging. 1863 gründete er die Badische Anilin- und Sodafabrik, an welcher außerdem die Industriellen Sonntag, Dyckerhoff und Clemm beteiligt waren. Im Jahr 1865 wurde diese Fabrik, die heute einen Weltruf genießt, nach Ludwigshafen verlegt. Seit dem Uebergang der Fabrik in eine Aktiengesellschaft leitete der Verstorbene dieses Weltunternehmen als erster Direktor bis zum Jahre 1883. Außerdem war Engelhorn noch Mitbegründer der Rheinischen Kreditbank, der Rheinischen Hypothekenbank, der Mannheimer Gummi- und Asbestfabrik, der Konsolidierten Alkaliwerke Westerregeln, der Deutschen Cellulosefabrik Leipzig, der Firma Gebr. Kannengießer in Ruhrort und sonst noch in den verschiedensten Unternehmungen als Aufsichtsrat tätig. Aufs engste verknüpft ist der Name Engelhorn mit der baulichen Entwicklung der Stadt. An der Erschließung des Baumschulviertels und des Gontard'schen Gutes auf dem Lindenhof war er in finanzieller Beziehung als Hauptinteressent beteiligt. Im Jahre 1883 wurde er zum königl. bayer. Kommerzienrat ernannt. Außerdem wurden seine Verdienste anerkannt durch die Verleihung des bayer. Michaelsordens und des Ritterkreuzes 1. Klasse des Ordens vom Zähringer Löwen. Geschäftlicher Weitblick vereinigte sich bei ihm mit wagemutigem Unternehmungsgeist und einem Organisationstalent, das den Erfolg sicher vorbereitete. In der Geschichte der industriellen Entwicklung nimmt sein Name einen sehr bedeutsamen Platz ein. Er war ein Mann, der das Recht hatte, am Ende eines langen Lebens auf die Fülle seiner Werke hinzuweisen. Unter den Legaten, mit denen der Verstorbene und seine Erben verschiedene Wohltätigkeitsstiftungen bedachten, befand sich auch die auf der Ehrentafel der Chronik erwähnte Zuwendung zu der von ihm im Jahre 1897 errichteten Friedrich und Marie Engelhorn-Stiftung.

15. April. Kommerzienrat **Hermann Mohr**, 66 Jahre alt.

Hermann Mohr war in Mannheim am 17. Februar 1846 geboren, besuchte hier die höhere Bürgerschule und studierte dann drei Jahre am Polytechnikum in Karlsruhe und ein Jahr an der Universität Heidelberg. Hierauf war er anderthalb Jahr in Chemnitz praktisch tätig. Das Jahr 1867 fand ihn in Paris, wo er als Ingenieur bei der Weltausstellung jenes Jahres beschäftigt war. Nach Schluß der Ausstellung begab sich Mohr nach den Vereinigten Staaten, um die Verhältnisse und die eigenartigen Arbeitsmethoden der amerikanischen Industrie kennen zu lernen. Zurückgekehrt in die Vaterstadt, trat Mohr



Kommerzienrat Hermann Mohr
† 15. April 1902
(vgl. S. 72)

mit einem Fundus von Wissen und Erfahrung, wie wenige junge Männer seines Alters, in die Fabrik von Schenk & Elsässer ein, welche die Firma Schenk, Mohr & Elsässer annahm. Diese Verbindung wurde später wieder gelöst, Mohr nahm seinen jungen Neffen Federhaff als Associé in das Geschäft auf, eine Veränderung, welche in der neuen Firma Mohr & Federhaff ihren Ausdruck fand. Nunmehr begann eine Zeit emsiger Arbeit, aber auch großer Erfolge. Die Maschinen, speziell Krähne, Waagen, Materialprüfungsmaschinen und Aufzüge fanden in der ganzen Welt Verbreitung. Die Fabrik wurde größer, fast jährlich entstanden Neubauten und aus dem einen Beamten und den vierzig Arbeitern, welche die Fabrik bei seinem Eintritt beschäftigte, sind jetzt 80 Beamte und circa 350 Arbeiter geworden. Im Jahre 1893 starb Federhaff nach längerem schweren Leiden, ein schwerer Schlag für Mohr, der nun die alleinige Leitung der Fabrik übernahm, sich aber auch dieser vermehrten Arbeitslast gewachsen zeigte und durch die Heranziehung treuer Mitarbeiter die Fabrik nicht allein auf ihrer Höhe zu halten, sondern auch stetig zu vergrößern verstand. So konnte er am 1. Juli 1896 mit voller Befriedigung das Fest des 25jährigen Geschäftsjubiläums begehen. Auch im weiteren Kreise hat Hermann Mohr segensreich gewirkt. Seit mehr denn 20 Jahren war er Mitglied der Mannheimer Handelskammer. Gelegentlich der Enquête betreffs der Revision des Patentgesetzes wurde er 1886 vom Reichskanzler zur Teilnahme an den bezüglichen Arbeiten berufen. Seine besondere Aufmerksamkeit widmete er von Anfang an der sozialpolitischen Gesetzgebung und förderte auf diesem Gebiete durch seinen Rat bei vielen Gelegenheiten die Entwicklung. Durch die Organisation der Badischen Sektion der Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft, die er fünf Jahre als Vorsitzender leitete, betätigte er sich dabei praktisch, war auch längere Jahre bis zu seinem Tode Vorsitzender des Mannheimer Fabrikantenvereins. Diese mannigfachen Verdienste und Leistungen fanden auch höheren Ortes Würdigung; seit dem 24. April 1883 war Mohr Ritter des Zähringer Löwenordens I. Klasse; am 24. April 1892 wurde er zum badischen Kommerzienrat ernannt und am 19. Juli 1898 durch den preußischen Kronenorden III. Klasse ausgezeichnet. Drei Söhne, die in den letzten Jahren in die Firma eingetreten sind, führen des Vaters Werk weiter.

In der Handelskammer widmete ihm der Vorsitzende Geh. Kommerzienrat Diffené folgenden Nachruf: „Nur einige Monate ist es her, da sahen wir ihn noch in unserer Mitte, da nahm er noch Anteil an unseren Arbeiten mit jener Lebhaftigkeit, jenem warmen Interesse, das ihm eigentümlich war. Wer von uns hätte damals gedacht, daß der anscheinend so rüstige und arbeitsfreudige Mann schon den Tod im Herzen trage! Seit 1878 hat er unserer Kammer als Mitglied angehört; er war uns ein rastlos tätiger und begabter Mitarbeiter, der es überaus ernst nahm mit seinen Pflichten, ein hochgeschätzter, unvergeßlicher Kollege. Gleich tüchtig als Kaufmann wie als Techniker hat er sein weithin bekanntes Fabrikgeschäft, eines der größten Unternehmen am hiesigen Platz, begründet und bis zu seinem Ende mit vorzüglichem Erfolg geführt. In der Landesgewerbehalle vertrat er unsere Handelskammer während einer längeren Reihe von Jahren mit großer und allgemein anerkannter Sachkenntnis. Besonders große Verdienste hat er sich aber als Vorsitzender des hiesigen Fabrikantenvereins um unsere hochentwickelte Industrie erworben. Möge er sanft ruhen! Ein ehrendes und dankbares Gedenken wird ihm die Handelskammer stets bewahren."

4. Mai. Großkaufmann Felix Bassermann, im Alter von 54 Jahren.

Mit Felix Bassermann, dem Mitinhaber der altangesehenen Firma Bassermann & Herrschel, verlor die hiesige Handelswelt einen ihrer tüchtigsten Vertreter. Er war geboren am 21. August 1848, besuchte die Volksschule und das Gymnasium, war dann noch ein Jahr

in einem Genfer Institut und kam Ostern 1864 als unterster Lehrling in das väterliche Geschäft. 1867 trat er als Einjährig-Freiwilliger in das damals in Mannheim garnisonierende I. Badische Leibdragonerregiment ein, um sein Jahr abzudienen. Im Oktober des nächsten Jahres bezog er die Universität in Berlin, um Chemie zu studieren, was er für seinen kaufmännischen Beruf brauchte. Dann ging er nach England, wo er bis zum Ausbruch des Krieges 1870 blieb. Er wurde als Leutnant dem Trainbataillon 14 zugeteilt und machte als solcher den ganzen Feldzug mit, erhielt außer der badischen und preußischen Feldzugsmedaille den Zähringer Löwenorden II. Klasse mit Schwertern und das eiserne Kreuz. Er zählte die Erinnerungen an dem glorreichen Feldzuge zu den schönsten seines Lebens und hat sie in Form eines Kriegstagebuchs niedergeschrieben, das später in der Geschichte des Badischen Trains veröffentlicht wurde. Nach Beendigung des Feldzuges brachte er noch ein Jahr in Rotterdam und Triest zu und trat am 1. Juli 1873 als Teilhaber in das väterliche Geschäft ein. In der ihm eigenen, tüchtigen, strebsamen Art hatte er seine Lehrjahre sehr ausgenützt, sowohl zu seiner allgemeinen geistigen Ausbildung, als für seinen Beruf. Er verheiratete sich im April 1875 mit Anna geb. Grohe und diese Ehe war während 27 Jahren die Quelle des reinsten, schönsten Familienglücks. Außer seiner anstrengenden, geschäftlichen Tätigkeit, widmete er seine Kräfte auch öffentlichen, speziell städtischen Interessen, war Mitglied des Bürgerausschusses, der Handelskammer, der freiwilligen Feuerwehr. Während 10 Jahren wirkte er als Sachverständiger an der Aufstellung der Handelsstatistik mit. Auch im Aufsichtsrat der Pfälzischen Bank und verschiedenen Aktiengesellschaften war er tätig. Dieses rastlose Schaffen aber erschöpfte seine Kräfte und untergrub seine Gesundheit, so daß er am 4. Mai 1902 einem schweren Herzleiden erlag. Felix Bassermann war eine äußerst vielseitige Natur und hatte außer der geschilderten geschäftlichen und öffentlichen Tätigkeit auch ein lebhaftes Interesse für Kunst und Wissenschaften. Selbst sehr musikalisch und ein vorzüglicher Klavierspieler, widmete er viele Zeit der Musik und gab mannigfache Anregung bei musikalischen Veranstaltungen, besonders auch als Vorstandsmitglied des Musikvereins, wo er sich namentlich sehr um die Beschaffung einer Orgel für Oratorienaufführungen bemühte, die zunächst im Saalbau und dann im Nibelungensaal des Rosengartens aufgestellt wurde. Auch die Anregung zu den kunsthistorischen Vorträgen des Professor Thode und den damit verbundenen Lichtbildervorführungen ging ursprünglich von ihm aus. 1894 wurde ihm noch der Zähringer Löwenorden I. Klasse verliehen.

22. Mai. Kommerzienrat Dr. Karl Diffené, im Alter von 66 Jahren.

Er war geboren am 25. Mai 1836 als ein Sohn des † Oberbürgermeisters Heinrich Christian Diffené. Nach Absolvierung des hiesigen Gymnasiums studierte er in Heidelberg und errang sich daselbst am 2. Juli 1859 das Doktordiplom mit höchster Auszeichnung. Nach wiederholten Reisen im Auslande trat er 1865 in die Firma Sauerbeck & Diffené (Rohtabakhandlung) ein und vermählte sich 1869 mit Bertha geb. Bassermann. Im Jahr 1878 wurde er zum Mitglied der Reichs-Tabak-Enquête-Kommission berufen, wo sein sachkundiger Rat von ausschlaggebendem Gewichte war. Nachdem sein Vater sich ins Privatleben zurückgezogen, wurde er Vorsitzender im Aufsichtsrate der Mannheimer Dampfschleppschiffahrtsgesellschaft und der Badischen Schiffahrtsassekuranzgesellschaft. Diese beiden Gesellschaften verdanken ihre hohe Blüte wesentlich seiner rastlosen Tatkraft und seinem geschäftlichen Weitblick. Außerdem war er in vielen Aktiengesellschaften ein hochgeschätztes Aufsichtsratsmitglied. Im Jahre 1887 berief ihn das Vertrauen seiner Mitbürger in den Stadtrat. Nach dem Tode Dr. August Lamens übernahm er den Vorsitz im Verwaltungsrate der

öffentlichen Bibliothek, zu welchem Amte ihn seine umfassende wissenschaftliche Bildung, wie sein finanzielles Talent besonders geeignet machte. Ebenso erwarb er sich, selbst mit schönem künstlerischen Talente begabt, um die Förderung des hiesigen Musiklebens bedeutsame Verdienste. Im Frühjahr 1902 ehrte ihn der Landesfürst mit dem Titel eines Kommerzienrates. Sein großes kaufmännisches Geschick, seine Geistesbildung und sein in jeder Beziehung unantastbarer Charakter machten ihn zu einer Zierde seiner Vaterstadt.

25. Mai. Malermeister Adalbert Albrecht.

Mit ihm wurde ein Mann zu Grabe getragen, der sich in unserer Stadt um die Handwerkerbewegung des letzten Dezenniums sehr verdient gemacht hat. Saß er doch längere Jahre neben Adam Aulbach, Wendelin Bouquet und Guido Pfeiffer im Vorstande des Mannheimer Gewerbevereins und hat stets für die Besserung des Handwerkerstandes gewirkt. Früher Teilhaber der Firma Albrecht & Leemann betrieb er nach Auflösung derselben ein eigenes Geschäft. Der Verstorbene war geschäftlich streng solid und auch sonst eine allgemein beliebte und geachtete Persönlichkeit.

30. Mai. Bankier Gustav Ladenburg, im Alter von 55 Jahren.

Geboren in Mannheim im Jahre 1847, machte der Verblichene als Vizewachtmeister im Leibdragonerregiment den Feldzug von 1870/71 mit und erhielt infolge seines tapferen Verhaltens das eiserne Kreuz. Nach Beendigung des Krieges in die Heimat zurückgekehrt, wurde er im Jahre 1871 Prokurist im Bankhause W. H. Ladenburg Söhne und trat einige Jahre später, im Jahre 1877, als Teilhaber in die einen Weltruf genießende Firma ein. In verschiedenen Ehrenämtern, auf mancherlei Posten des öffentlichen Lebens und in seinem ganzen Wirken hat sich Gustav Ladenburg, getreu den Traditionen seines alten, großen Hauses, das Wohl seiner Vaterstadt stets angelegen sein lassen und vor allem um die Industrie Mannheims sich verdient gemacht. Der Verstorbene war lange Jahre Stadtverordneter und wirkte im Vorstande verschiedener gemeinnütziger Vereine, u. a. war er eines der tätigsten Mitglieder im Direktorium des Badischen Rennvereins und dessen Rechner. Er war seit mehreren Jahren Handelsrichter-Stellvertreter, Vorstand der Zulassungsstelle für Wertpapiere, stellvertretender Vorsitzender der Effektenbörse und als solcher im Gesamtvorstand der Börse, Vorstand des Vereins Mannheimer Banken und Bankiers. Als Mitglied ihres Aufsichtsrats gehörte Gustav Ladenburg folgenden Gesellschaften an: der Mannheim-Rheinauer Transport-Gesellschaft in Mannheim, der Badischen Gesellschaft für Zuckerfabrikation in Mannheim und Waghäusel, der Badischen Feuerversicherungsbank in Karlsruhe, der Mannheimer Lagerhaus-Gesellschaft in Mannheim, der Mechanischen Baumwollspinnerei und Weberei Ludwigshafen a. Rh. in Oggersheim, der Aktien-Gesellschaft Portlandzementwerk Diedesheim-Neckarelz. Weiter Blick und geschärfte Urteilskraft zeichneten ihn aus, so daß sein Wort in allen wirtschaftlichen Fragen, besonders auch in den Bürgerausschußverhandlungen schwer in die Wagschale fiel. In zahlreichen städtischen Kommissionen entfaltete er eine segensreiche Tätigkeit, deren Wegfall einen schmerzlichen Verlust bedeutet. Im Bürgerausschuß eines der ältesten und hervorragendsten Mitglieder hat er weniger auf die Zahl und den Umfang seiner Reden als auf sorgfältiges Studium der Vorlagen Wert gelegt und nach gewissenhafter Erwägung aller Gesichtspunkte, unbeirrt um der Parteien Gunst oder Haß, rückhaltlos seiner Meinung Ausdruck verliehen. Sein liebenswürdiges, konziliantes Wesen im öffentlichen Auftreten erwarb ihm viele Freunde. Er starb in St. Blasien, wohin er sich Erholung suchend begeben hatte, plötzlich an einem Herzschlag.

12. Juli. Stadtsekretär **Heinrich Kallenberger**, im Alter von 57 Jahren.

Das plötzliche Ableben Kallenbergers, der auf einer Erholungsreise in Interlaken starb, rief allgemeine Teilnahme hervor, denn der Verstorbene war eine sehr geachtete Persönlichkeit. 39 Jahre seines Lebens hat er seiner Vaterstadt gewidmet. Er war einer der ältesten städtischen Beamten; am 1. April 1863 war er in städtische Dienste getreten und als Aktuar, Meßkommissär, Stiftungsrechner und zuletzt als Vorstand der Stadtratskanzlei tätig. In all diesen Ämtern wußte er sich die Gunst seiner Vorgesetzten, nicht minder aber auch die Zuneigung seiner Untergebenen und der Bürgerschaft zu erringen. Die „Liedertafel“ verlor an dem Dahingeschiedenen eines ihrer ältesten aktiven Mitglieder.

14. Juli. Kaufmann **Julius Wollf**, 54 Jahre alt.

Ein Herzschlag riß den auf der Höhe des Mannesalters stehenden plötzlich aus dem Leben. Er war vor Jahren aus Koblenz nach Mannheim übergesiedelt; die frohsinnige Natur des Rheinländers war ihm zu eigen, ein gesunder Humor und schlagfertiger Witz machten ihn zu einem beliebten und angenehmen Gesellschafter, der in freier und gebundener Rede, improvisierend und geistreich pointierend, im intimen und weiteren Kreise heitere Stimmung schuf. Von dieser „Gabe der Götter“ teilte er gern den Freunden mit und stellte sie in den Dienst wohltätiger Bestrebungen. So erwarb er sich als Lokaldichter große Beliebtheit. Man wird sich noch wohl der humoristisch-karnevalistischen Sitzungen erinnern, die vor etwa 10 Jahren zu Gunsten wohltätiger Zwecke im Saalbau abgehalten wurden und deren Vorsitzender und eigentlicher Schöpfer Julius Wollf war. Auch im „Liederkranz“ hat der Verstorbene lange Jahre als maître de plaisir im besten Sinne des Wortes mit vielem Geschick und Geschmack gewirkt. Dem Badischen Sängerbundesfeste, das 1881 in Mannheim stattfand, hat er sein poetisches Talent in vollem Maße und mit vollem Gelingen gewidmet. Dem hiesigen „Journalisten- und Schriftstellervereine“ gehörte er seit dem Bestehen als treues Mitglied an; in dem letzten Jahre in dessen Vorstand wirkend.

23. Juli. Oberlehrer **Gustav Ischler**, nahezu 79 Jahre alt.

Ischler hat von den 53 Jahren, die er im Dienste der Schule tätig war, von 1865 an 33 Jahre lang ununterbrochen dem Lehrkörper der hiesigen Volksschule angehört und war als pflichttreuer und liebevoller Lehrer bei Jung und Alt hochgeschätzt. Er war Mitbegründer und langjähriger Obmann des Allgem. Bad. Lehrer-Witwen- und Waisenstifts und hat als solcher in selbstlosester Weise eine segensreiche Tätigkeit entfaltet. Seit 1898 lebte Ischler im wohlverdienten Ruhestand still und zurückgezogen, wie das seiner schlichten, bescheidenen Natur entsprach.

6. August. Zeichenlehrer **Wilhelm Dünckel**, im 54. Lebensjahre.

Er war 1848 in Mannheim geboren und empfing bei seinem Oheim, sodann in Stuttgart und München seine Ausbildung als Zeichner und Maler. Nach Beendigung des Krieges von 1870/71 wurde er als Zeichenlehrer am hiesigen Großh. Gymnasium angestellt und erteilte ununterbrochen über 31 Jahre den Zeichenunterricht an dieser Schule, lange Zeit auch am Großh. Institut und an der höheren Mädchenschule. Seine Rüstigkeit ließ noch manches Jahr ersprießliche Tätigkeit erhoffen, als plötzlich zu Anfang seiner Erholungsreise in Lüterswyl, Kanton Solothurn, ein Herzschlag seinem Leben ein frühes Ende bereitete.

28. August. Frau Medizinalrat Dr. Max Seubert Wwe., Marie geb. Thouret, im Alter von 86 Jahren 9 Monate.

Sie wurde geboren am 14. Dezember 1815 als Tochter des Königlich württembergischen Hofbaurats und Professors Nikolaus von Thouret, eines Karlsschülers, und der Elisabeth geb. Spindler in Stuttgart. Im Jahre 1836 nach Karlsruhe verheiratet, wurde Frau Seubert 1863 daselbst Witwe, siedelte 1878 nach Mannheim über und hatte dort ihren Wohnsitz bis zu ihrem Tode ihren beiden hier lebenden Söhnen nahe, dem Königlich preußischen Major z. D. Max Seubert und dem Königlich preußischen Oberleutnant a. D. Alfred Seubert und deren Familien. Anziehende äußere Erscheinung, reiche Gaben des Gemüts und Geistes und eine die französische Abstammung bezeugende Lebhaftigkeit machte die liebenswürdige junge Stuttgarterin bald vorteilhaft bekannt in den besten Kreisen der damals noch kleinen Residenz und das Haus ihres allzufrüh verstorbenen Gatten zu einem gesellschaftlichen Anziehungspunkt. Ihrem warmen Empfinden entsprang die von ihr bis ans Ende betätigte Menschenliebe insbesondere für die Armen und Notleidenden, und solche führte sie sofort in die vordersten Reihen als 1847 in Karlsruhe der erste Wohltätigkeitsverband, der Sophienfrauenverein, mit der Suppenanstalt, einer Vorläuferin der Volksküche, ins Leben gerufen wurde. Und als genannter Verein im Verfluß der Jahre dank der unermüdlichen Obsorge der Großherzogin Luise sich mehr und mehr zu einer das ganze Badnerland überspannenden mustergiltigen Wohlfahrtseinrichtung auswuchs, war Frau Marie Seubert stets ein tätiges, durch reiche Erfahrung hochnützliches Mitglied im Vorstand und als solches von allen geschätzt. Das zunehmende Alter und der Wegzug aus Karlsruhe hoben die persönliche Mitwirkung der verdienten Frau auf, nicht aber ihre lebhafte Anteilnahme an dem Erblühen und Erfolg des zum Badischen Landesfrauenverein gewordenen einstigen Karlsruher Vereins und bestimmte sie zum Eintritt in den Frauenverein Mannheim, gleich nachdem sie hier ihren Wohnsitz genommen hatte. Als 1899 der Letztgenannte auf eine 50jährige gesegnete Wirksamkeit zurückschauen durfte, wurde Frau Seubert als an Jahren ältestes Mitglied und in dankbarer Erinnerung an ihre langjährige Mitwirkung an den Arbeiten im Bereich der Nächstenliebe mit andern verdienstvollen Frauen des Mannheimer Vereins durch Übersendung des Bildes Ihrer Königl. Hoheit der Großherzogin, der hohen Beschützerin desselben, geehrt. Weitere Beweise der Anerkennung treuer Hilfsarbeit sind die verschiedenen Auszeichnungen, welche die Brust der allseits beliebten Heimgegangenen für deren Tätigkeit in den Kriegsjahren 1870 und 71 schmückten, und im Todesjahr wird sie wohl noch die einzige Lebende von den Frauen und Jungfrauen im Großherzogtum Baden gewesen sein, welchen als Dank für die aufopfernde Pflege von Verwundeten und Kranken des Feldzugs vom Jahr 1849 in unserm Land König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen eine goldene Denkmünze mit dem Bildnis seiner Gemahlin, Königin Elisabeth, verliehen hatte.

2. November. Generalagent Julius Witzigmann, erster Vorsitzender des Kaufmännischen Vereins, 53 Jahre alt.

Im Jahre 1849 in Raithenbach (Amt Neustadt i. Schw.) geboren, kam Witzigmann 1875 nach Mannheim, woselbst er in Stellung trat. Schon nach kurzer Zeit seines Hierseins wurde er in den Vorstand des kaufmännischen Vereins berufen, mit dem sein Name auf immer untrennbar verwachsen bleiben wird, da er sein Emporblühen und seine heutige Bedeutung in erster Linie dem Dahingeschiedenen verdankt. Mit ihm trat ein Mann in die Leitung des Vereins, der, von hoher idealer Gesinnung getragen, hier die

Aufgabe seines Lebens fand und mit bewundernswertem Weitblick erkannte, welche weiten und großen Ziele in den kaufmännischen Vereinen ihrer Erschließung harrten. Schon nach wenigen Jahren seiner Amtstätigkeit erkannte man in ihm den Mann, dessen der Verein bedurfte. Langsam und unmerklich baute er, ausgerüstet mit einer seltenen Organisationsgabe, die einzelnen Teile der Vereinstätigkeit weiter aus, fügte neue Glieder hinzu, und so entstand nach und nach der stattliche Bau mit seinen vielumfassenden Einrichtungen, wie er heute vor uns steht. Witzigmann war einer der ersten, welche erkannten, daß eine gediegene Allgemeinbildung die beste Grundlage des jungen Kaufmanns sei; durchdrungen von dieser Erkenntnis nahm er das Unterrichtswesen, welches Jahre lang im Verein brach gelegen hatte, wieder auf und brachte es zu ungeahnter Entwickelung. Als die Aera der sozialpolitischen Gesetzgebung herannahte, erkannte er sofort ihre Bedeutung für den Handlungsgehilfenstand. So gründete er im Jahre 1884 die Krankenkasse, welche dem Verein einen bedeutenden Mitglieder-Zuwachs brachte und andererseits den Handlungsgehilfen zu großem Segen gereichte. Auch die weiteren sozialpolitischen Forderungen, wie die Sonntagsruhe, die Verkürzung der Ladenschlußzeit, die Frage der kaufmännischen Schiedsgerichte fanden in ihm einen warmen Förderer, der mit seiner ganzen Persönlichkeit für ihre Durchführung eintrat. Auch das Hauptgebiet des Vereins, seine Domäne von Alters her, die öffentlichen Vorträge, verstand er mit den Anforderungen der Neuzeit in Einklang zu bringen und zu reformieren. Seiner Initiative verdanken wir die kunst- und litterarhistorischen Vorträge, die mit Unterstützung der Stadt ins Leben gerufen wurden. Er war eine der treibenden Kräfte, die im Bunde mit Handelskammer und Börse die akademischen Vorträge auf dem Gebiete der Volkswirtschaftslehre ins Werk setzten; beides Veranstaltungen, welche im geistigen Leben unserer Stadt mit an erster Stelle stehen. Nachdem der innere Ausbau des kaufmännischen Vereins gediehen war, ging Witzigmann weiter; er vergrößerte den Wirkungskreis des Vereins nach außen, indem er den Verband kaufmännischer Vereine Badens und der Pfalz gründete, so die Interessen der kleinen Vereine, namentlich auf dem Gebiete der Stellenvermittelung und des Krankenkassenwesens enger zusammenschließend, und ihnen in dem großen Mannheimer Verein einen Stützpunkt bietend. Mittlerweile konnte die Tätigkeit Witzigmanns auch in weiteren Kreisen nicht unbemerkt bleiben. Der Verband deutscher kaufmännischer Vereine hatte seine Fähigkeiten erkannt und wählte ihn in seinen Vorstand, dessen zweiter Vorsitzender er bis zu seinem Tode war. Ebenso war er Vize-Präsident des deutschen Vortrags-Verbandes und Vorstandsmitglied des deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen. Zuletzt wurde er noch in das Kuratorium der städtischen Handelsfortbildungsschule gewählt. Das Streben Witzigmanns ging nicht nach äußeren Ehrungen; uneigennützig, unverdrossen arbeitete er an dem, was er sich zur Lebensaufgabe gemacht hatte, weiter. Sein höchster Stolz war die Ehrenmitgliedschaft, die ihm der kaufmännische Verein verlieh, einesteils seiner unauslöschlichen Verdienste wegen, anderenteils um ihn, der sich damals selbstständig machte und statutengemäß nicht mehr Vorstand sein konnte, dem Verein zu erhalten. Stets faßte er sein Amt in der Organisation, der sein Leben galt, als Ehrenamt auf, keine andere Anerkennung heischend als den Dank der Mitglieder. Hoher Idealismus beseelte seinen lautern, edeln Charakter. Es war ihm leider nicht mehr beschieden, die bereits von dem Verein vorbereitete Feier seines 25jährigen Jubiläums zu begehen; kurz vor diesem Tage, der den Höhepunkt seines Lebens hätte bedeuten sollen, warf ihn das unerbittliche Schicksal nieder.

19. November. Reallehrer Otto Stier.

Er war 1845 als Sohn eines badischen Hauptlehrers geboren und besuchte von 1863—65 das ev. Lehrerseminar in Karlsruhe. Seine Unterlehrerjahre verbrachte er in Steinklingen,

Handschuhsheim, Neunkirchen und Karlsruhe; hier beteiligte er sich mit Eifer an den Übungen des Lehrerturnvereins und an verschiedenen Turnkursen, wodurch er sich zu einem gewandten Turner und geschickten Turnlehrer ausbildete. Seit 1875 war er am hiesigen Realgymnasium tätig. Im Jahre 1875 erfolgte seine Ernennung zum Hauptlehrer, 1889 zum Reallehrer, 1895 seine landesherrliche Anstellung. Im April 1902 wurde ihm von S. K. Hoheit dem Großherzog das Ritterkreuz II. Kl. vom Zähringer Löwenorden verliehen. Stier war ausgezeichnet durch seinen biederen, geraden Charakter, rastlosen Fleiß und außerordentliche Gewissenhaftigkeit in seinem Beruf, in dem er vorzügliche Erfolge erzielte. Dem hiesigen Turnverein gehörte er als Ehrenmitglied und ehemaliger langjähriger Vorsitzender an. Der Nachruf, den ihm der Turnverein widmete, hob seine Verdienste hervor: „Mehr als 25 Jahre hat der Dahingeschiedene unserem Vereine als eifriges, treues Mitglied angehört und demselben besonders als dessen Leiter und Führer ganz hervorragende Dienste erwiesen. Er hat unseren Verein mit starker Hand durch jene trübe Zeit hindurch geführt, in der unsere frühere eigene Turnhalle der Erweiterung der Stadt zum Opfer fiel. Auf seine Anregung und unter seiner Leitung wurde die Sammlung eines neuen Baufonds ins Werk gesetzt, und dabei hat er selbst unermüdlich mitgeholfen. Für seine aufopfernde Tätigkeit, seine seltene Pflichttreue, die allen unseren Mitgliedern ein leuchtendes Vorbild sein und bleiben möge, wird ihm unser Verein alle Zeit dankbar sein. Durch seinen biederen Charakter und sein ehrliches offenes Wesen hat er sich die Hochachtung und Wertschätzung aller errungen, die ihn kannten."

13. Dezember. Konsul Karl Leoni, im 71. Lebensjahre.

Mit ihm schied einer der hervorragendsten Vertreter des überseeischen Tabakhandels aus dem Leben, der Begründer der Großfirma Carl Leoni in Mannheim, der Firma Charles Leoni & Co. in London und des Mexikohauses in San Andrés Tuxtla. Mit seinen beiden Söhnen, welche die väterlichen Häuser seit dem 70. Geburtstage des Entschlafenen selbständig führen, trauerte an der Bahre dieses bedeutenden deutschen Kaufmannes ein weiter Freundeskreis und eine Interessentenwelt, die in den Unionsstaaten wie in Cuba, in Deutschland wie in Belgien, in Mexiko wie in Ungarn und anderwärts, die selten großen Eigenschaften Carl Leonis ein Menschenalter hindurch zu schätzen wußte. Das Geschäft in Mannheim ist in den sechziger Jahren begründet worden, die Londoner Firma 1874, das große Mexikogeschäft 1890 und das umfangreiche Geschäft in den Vereinigten Staaten erst vor einigen Jahren. Carl Leoni hat vorwiegend zur Erschließung des mexikanischen Tabakmarktes beigetragen und seinen ernsten Bemühungen im deutschen Tabakbau ist auch die Veredelung der Mexikokultur zu danken. Wegen seines streng reellen Charakters erfreute sich der Verstorbene großen Ansehens und in allen Kreisen hoher Beliebtheit. In der Bürgerausschußsitzung vom 28. Januar 1903 widmete ihm der Oberbürgermeister folgenden Nachruf: „Es drängt mich, eines Mannes — ich meine den vor wenigen Wochen dahingeschiedenen Konsul Leoni — zu gedenken, der selbst vor einem Jahrzehnt ein hochgeschätztes Mitglied des Bürgerausschusses war, dessen kluger Rat, dessen unbefangene, wohlwollende Stellungnahme, dessen umfassende Kenntnis der hiesigen Verhältnisse ihm eine hervorragende Stellung im Kollegium sicherten. Der Grund aber, weshalb ich ihm an dieser Stelle einen Nachruf widmen möchte, liegt auf einem anderen Gebiete. Leoni hat sich ein ganz besonderes Verdienst erworben um die Förderung des Handelsschulwesens in hiesiger Stadt, zu einer Zeit, als nur wenige dieser im ureigensten Interesse unserer Kaufmannschaft gelegenen Frage Interesse oder Verständnis entgegenbrachten. Als diese für die Zukunft unseres

kaufmännischen Nachwuchses so bedeutungsvolle Angelegenheit nach jahrelangen schwierigen und mühevollen Vorarbeiten zu einem bestimmten Projekte ausgearbeitet war, begegnete dasselbe in weiten Kreisen der hiesigen Kaufmannschaft entschiedener, teils offener, teils versteckter Gegnerschaft, oder Gleichgiltigkeit und kühler Aufnahme. Leoni war es, der schon vor dem Bekanntwerden des Projektes durch die reiche Leonistiftung volles Verständnis für die Unerläßlichkeit der Reform des kaufmännischen Unterrichtswesens bewies; und gerade seine Stellung in der Frage gewährte eine feste moralische Unterstützung, als die Schwierigkeiten immer mehr wuchsen und wiederholt das Unternehmen zu scheitern drohte. Er hat noch kürzlich durch eine reiche Zustiftung -- im Ganzen beträgt seine Stiftung 70000 Mk. — für alle Zeiten seinen Namen als Vorkämpfer in der Geschichte des Handelsschulwesens verewigt. Sodann war Leoni einer von unseren mit Glücksgütern gesegneten Mitbürgern, dessen unerschöpfliche Herzensgüte, dessen warmfühlende Nächstenliebe ihm das Spenden von Wohltaten an seine bedürftigen Nebenmenschen zur Pflicht, zu einem Herzensbedürfnis machten. Niemals gab er mit offener Hand, um damit nach außen als Wohltäter angesehen und respektiert zu werden; nein, nichts war ihm unwillkommener als das Bekanntwerden seines Namens; nur im Stillen wollte er Gutes tun. Seine zahlreichen Wohltätigkeitsakte, die seiner letztwilligen Verfügung entstammen und die von seinen wackeren Söhnen mit Gebefreudigkeit vollzogen wurden, sichern ihm ein dauerndes Andenken in dankbaren Herzen."

* * *

Von auswärts Verstorbenen hat die Chronik des Jahres 1902 folgende zu erwähnen.

1. Januar. Geh. Kommerzienrat Emil Ladenburg in Frankfurt, 80 Jahre alt, früher Teilhaber des hiesigen Bankhauses W. H. Ladenburg & Söhne.

Er war am 22. August 1822 in Mannheim geboren und kam ums Jahr 1848 nach Frankfurt, wo er die Leitung des seinen Namen tragenden Bankhauses übernahm. Er ist bis zum Jahre 1885 in Tätigkeit geblieben und hat dann die Firma seinem Sohne August Ladenburg und seinem Neffen Ernst Ladenburg, übertragen. Der Verstorbene nahm an allen Fragen des öffentlichen und geistigen Lebens den regsten Anteil und zeichnete sich namentlich durch sein warmes und sachkundiges Interesse für Musik und Kunst aus. In den letzten Jahren zog er sich mehr und mehr von der öffentlichen Tätigkeit zurück, doch blieb er bis an sein Ende allen geistigen und öffentlichen Interessen eifrigst zugewandt und seine warme Teilnahme für diejenigen, die unter ihm tätig waren, hat ihn bis zur letzten Stunde nicht verlassen. (Vgl. auch Ehrentafel.)

24. Februar. Professor Dr. August Eisenlohr, in Heidelberg, 69 Jahre alt, bekannter Ägyptologe.

Er war am 6. Oktober 1832 in Mannheim geboren, studierte in Heidelberg und Göttingen und promovierte dann 1866 in Naturwissenschaften. Im Jahre 1869 habilitierte er sich als Privatdozent der Ägyptologie an der Universität Heidelberg, wo er 1872 zum außerordentlichen und 1885 zum Honorarprofessor ernannt wurde. Außer vielen kleineren Arbeiten und Aufsätzen in Zeitschriften hat er mehrere größere Werke, darunter das zweibändige Buch „Ein mathematisches Handbuch der alten Ägypter" (Leipzig 1877), geschrieben, die in Fachkreisen viel Anerkennung gefunden haben. Zwei Jahrzehnte später veröffentlichte er einen

„Altbabylonischen Felderplan" aus Tello mit allen Längen- und Flächenmaßen (Leipzig 1886). In Gemeinschaft mit Revillout begann er (Paris 1855) die Edition eines „Corpus Papyrorum Ägypti". An der Fortsetzung dieser und anderer Arbeiten, welche sich des größten Beifalls der Fachgenossen zu erfreuen hatten, hinderten Eisenlohr seine mißlichen Gesundheitsverhältnisse. Am bekanntesten in weiteren Kreisen dürfte er durch seine Bearbeitung des zweiten Teils von Baedekers „Ägypten" geworden sein. Als Wirtschaftspolitiker ist der Verstorbene mit einer Broschüre „Prüfung der Münzreformvorschläge der preußischen Regierung" (Heidelberg 1871) aufgetreten.

16. Juni. Hofrat Dr. Ernst Schröder, Professor der Mathematik an der Technischen Hochschule in Karlsruhe.

Professor Schröder stammte aus Mannheim, wo er als Sohn des ersten Direktors der im Oktober 1840 gegründeten Bürgerschule bezw. des Realgymnasiums und zeitweiligen Vorsitzenden des Gewerbevereins geboren wurde.

4. Juli. Oberlandesgerichtsrat a. D. und Großh. Kammerherr Rudolf Freiherr von Buol-Berenberg, in Baden-Baden, 61 Jahre alt.

Er war am 24. Mai 1842 in Zuzenhausen geboren, studierte in Freiburg, München und Heidelberg die Rechte, wurde 1870 Richter in Mannheim, 1898 Oberlandesgerichtsrat in Karlsruhe. Dem kommunalen Leben hielt er sich fern, dagegen spielte er politisch als Führer des Zentrums eine hervorragende Rolle. Wiederholt wurde er vom Zentrum im Reichstagswahlkreis Mannheim-Weinheim-Schwetzingen als Reichstagskandidat aufgestellt, und stets vereinigte er, obwohl er von vornherein nur als Zählkandidat gedacht war, auf sich eine erhebliche Stimmenzahl. Sein festes Reichstagsmandat hatte Freiherr v. Buol im Wahlkreis Wertheim-Tauberbischofsheim-Walldürn. Dem badischen Landtag gehörte der Verblichene seit dem Jahre 1881 an und zwar als Vertreter des Wahlkreises Wertheim. In den Reichstag wurde er das erste Mal im Jahr 1884 entsandt. Nach den Neuwahlen im Jahre 1893 wählte ihn der Reichstag zum ersten Vizepräsidenten und im Jahre 1895 erhielt er das Präsidium des deutschen Parlaments, als Levetzow infolge der bekannten Weigerung des Reichstags, dem Fürsten Bismarck zu seinem 80. Geburtstage zu gratulieren, sein Amt als Präsident niederlegte. Bei den Neuwahlen im Jahre 1898 ließ sich Freiherr v. Buol nicht wieder aufstellen und schied aus dem parlamentarischen Leben. Unermüdliche und gewissenhafte Tätigkeit im Dienste seiner öffentlichen Pflichten zeichneten den Verstorbenen in hervorragendem Maße aus. In den Tagen vom 24. bis 28. August 1890 präsidierte er der 37. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands in Koblenz, am 11. September 1892 der großen Volksversammlung des badischen Zentrums in Mannheim. In seiner Eigenschaft als Ehrenpräsident des katholischen Männervereins Zentrum in Mannheim stand er an der Spitze der katholischen Bewegung in unserer Stadt; in der kirchlichen Organisation bekleidete er die Stelle eines zweiten Vorsitzenden im Stiftungsrat. Ein schweres Leiden nötigte ihn, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen. Wenige Monate vor seinem Tode erlebte er noch den Schmerz des Verlustes seiner Gattin Elisabeth geb. von Savigny, die in Mannheim eine gesegnete caritative Tätigkeit entfaltet hatte.

16. Juli. Musikdirektor C. L. Werner in Freiburg, 41 Jahre alt.

Der Verstorbene, ein bekannter Orgelvirtuose, war in Mannheim geboren als Sohn des früher hier ansässigen Fabrikanten Ino Werner. Mit ausgezeichneter Kenntnis verband Werner eine große und wahrhafte Begeisterung für seine Kunst. Ein in der Presse erschienener

Nachruf rühmt von ihm, daß mit ihm einer der bedeutendsten deutschen Orgelspieler der neueren Zeit, namentlich ein vorzüglicher Bach-Interpret dahingegangen sei. Wer die Werke des Leipziger Thomaskantors durch ihn habe vortragen hören, werde nicht leicht den mächtigen Eindruck vergessen, den er durch sein ganz in der Idee des Kunstwerks aufgehendes Spiel hervorzurufen vermochte. Ein wesentliches Verdienst erwarb der Künstler sich u. a. auch durch Einführung historischer Orgelkonzerte, die sich seitens der Kenner besonderer Schätzung erfreuten. Auch im Ausland, so namentlich in Paris und London, wie in der Schweiz hat Werner sich einen Namen gemacht; verband er doch auch in seiner Vortragsweise die Vorzüge der fremden Schulen (z. B. seines Lehrers Guilmant) mit dem Ernste deutscher Kunstübung, wie ein anderer Lehrer Werners (Fischer in Dresden) ihm bezeugte. Der Verstorbene stand noch in den besten Jahren; manche schöne Künstlerhoffnung nahm er mit ins Grab.

31. August. Schriftsteller Dr. Hermann Haas, Begründer des hiesigen „General-Anzeigers", gestorben auf seinem Schloßgut Röschenauerhöhe bei Ebenhausen im Isarthal.

Dr. Haas wurde Anfangs der siebziger Jahre Bürgermeister in Weinheim und war damals Anhänger der deutschen Volkspartei. 1884 siedelte er nach Mannheim über und gründete den „Mannheimer Stadt-Anzeiger", der im gleichen Jahre in die „Badische Volks-Zeitung" umgewandelt wurde. Aus diesem Blatte, welches anfänglich die Politik der äußersten Linken vertrat, ist später der heutige „General-Anzeiger" hervorgegangen und zwar durch Verschmelzung desselben mit dem „Mannheimer Journal", welches das Organ der nationalliberalen Partei war. Nach mehrjähriger, erfolgreicher Tätigkeit in Mannheim trat Dr. Hermann Haas die Druckerei und den Zeitungsverlag an seinen Schwager Arthur Juillerat ab, siedelte Ende 1890 nach München über und gründete später den „General-Anzeiger der Stadt München", der nach kurzem Bestehen durch eine Gesellschaft m. b. H. in die „Münchener Zeitung" umgewandelt worden ist. Dr. Hermann Haas war auch dichterisch tätig, u. a. verfaßte er den Text zu der vom hiesigen Hofkapellmeister Ferdinand Langer komponierten volkstümlichen Oper: „Der Pfeifer von Hardt".

3. Dezember. General der Infanterie z. D. Arno von Arndt, gestorben in Baden-Baden, 67 Jahre alt, von Januar 1884 bis April 1887 Oberst und Kommandeur des hiesigen Grenadierregiments.

Ein Enkel Ernst Moritz Arndts, war er 1835 zu Rothebude in Ostpreußen geboren, kam 1853 als Fähnrich in das 29. Infanterie-Regiment und wurde 1855 Leutnant, 1867 Kompagnie-Chef. Er machte die Feldzüge von 1866 und 1870/71 mit und erhielt das eiserne Kreuz I. Klasse. 1880 wurde er zum Kommandeur des 11. Jäger-Bataillons ernannt und erhielt 1884 das Kommando des Infanterie-Regiments No. 110 in Mannheim. Am 16. September 1885 wurde ihm der Adel verliehen. Im März 1887 erhielt er das Kommando des neugebildeten 138. Regiments in Straßburg, im August 1888 wurde er Generalmajor und Kommandeur der 42. Infanterie-Brigade in Frankfurt a. M., 1890 Generalleutnant und Kommandeur der 14. Division in Düsseldorf, am 17. März 1894 wurde er zum Gouverneur von Metz ernannt, erhielt im April 1896 den Charakter als General der Infanterie und wurde am 7. Juli des genannten Jahres auf sein Ansuchen zur Disposition gestellt. Mit hohen, geistigen Gaben verband er persönliche Liebenswürdigkeit und Vielseitigkeit in einem nicht häufig anzutreffenden Maße. So sehr er mit Leib und Seele schneidiger Soldat war

und so glänzend seine rasche militärische Laufbahn verlief, so wenig beschränkte sich sein Wissen auf dieses Gebiet. Es gab kein Gebiet der Wissenschaft, der Kunst, der Litteratur, in dem er nicht beschlagen gewesen wäre.

22. Dezember. Hofrat Professor Freiherr von Krafft-Ebing in Graz.

Der berühmte Psychiater war ein Sohn unserer Stadt. Am 14. August 1840 in Mannheim geboren, als Sohn des Großh. Oberamtmanns Friedrich Christoph Freiherrn Krafft von Festenberg auf Frohnberg genannt von Ebing, studierte er seit 1858 in Heidelberg, seit 1863 in Zürich, wo Griesinger sein Lehrer wurde. Nach Spezialstudien in Wien und Prag wurde er 1864 Hilfsarzt in Illenau. Im Herbst 1868 studierte er in Heidelberg Psychiatrie und ließ sich dann in Baden-Baden als Nervenarzt nieder. Den deutsch-französischen Krieg machte er als Feldarzt mit, leitete die elektro-therapeutische Station für verwundete Krieger in Baden-Baden und bereitete sich dann in Berlin für die akademische Laufbahn vor. 1872 folgte er einem Ruf als außerordentlicher Professor der Psychiatrie nach Straßburg, im folgenden Jahr ging er als Direktor der steirischen Landesirrenanstalt und als Professor der Psychiatrie nach Graz, gab aber 1880 die Leitung der Irrenanstalt auf und widmete sich ausschließlich seiner Professur, die 1886 zu einer ordentlichen und zu einer Professur an der Klinik der Nervenkrankheiten erweitert wurde. Seit 1889 wirkte Krafft-Ebing in Wien, bis er sich im Herbste dieses Jahres von der Professur nach Graz in das Privatleben zurückzog. Krafft-Ebings Hauptwerk ist seine „Psychopathia sexualis“. Mehrere andere Bücher, in denen seine reiche klinische Erfahrung verwertet ist, behandeln ebenfalls psychopathologische Fragen.





VI. Bauliche Entwicklung und Verschönerung der Stadt, Wohnungsverhältnisse und Liegenschaftsverkehr.

1. Bauliche Erweiterung und Verschönerung der Stadt.



ie Zahl der an in Plan gelegten Straßen vorhandenen Bauplätze in der Altstadt betrug um die Mitte des Berichtsjahres 1157 mit 17603 Quadratmeter Frontlänge und 487839 Quadratmeter Flächeninhalt, und zwar betrug dieses verfügbare Baugelände 25 Prozent der sämtlichen bebauten (bewohnten) Grundstücke der Altstadt, deren Zahl nach der Wohnungszählung vom 1. Dezember 1900 sich auf 4539 belief. Bezüglich der Bautätigkeit stellte der Jahresbericht des Statistischen Amts für 1902 fest: daß die ganze Wohnungsproduktion des Berichtsjahres sich lediglich als Produktion auf Vorrat charakterisierte. Das ist freilich nicht in dem Sinne zu verstehen, daß nun gerade die neu auf den Markt gekommenen Wohnungen leer geblieben sein müßten, vielmehr hat sich eine sehr starke Verschiebung aus älteren Quartieren in die neuen Wohnungen vollzogen. Immerhin ist an einer Ueberseßung des Wohnungsmarktes nicht zu zweifeln; das lehrt ja schon die Gegenüberstellung der beiden Tatsachen, daß troß großer Wohnungsabundanz zu Anfang 1902 im Lauf dieses Jahres 1600 Wohnungen neu hinzugekommen sind, während die Bevölkerung gleichzeitig sogar zurückging. Daß die Bautätigkeit troß des stockenden Bevölkerungszuwachses noch eine vergleichsweise lebhafte geblieben ist, hört man übrigens auch aus anderen Städten, und die gegenüber den Zeiten der Hochkonjunktur sehr verbilligte Geldbeschaffung läßt das auch erklärlich erscheinen.

Daß das Tempo in der Erstellung von **Neubauten** sich übrigens doch erheblich verlangsamt hat, lehrt folgende Gegenüberstellung. Es wurden nämlich erbaut:

	1900	1901	1902
Wohngebäude	373	286	247
Magazine, Fabrikgebäude, Schuppen u. s. w.	294	329	235
Geschäftslokale	532	790	534

Namentlich die Einrichtung von Geschäftslokalen und die Herstellung von Magazinen u. s. w. ist demnach ganz bedeutend zurückgegangen, aber auch die Errichtung von Wohngebäuden hat immerhin stark nachgelassen. Die Verteilung der letzteren auf die einzelnen Stadtteile geht aus nachstehender Uebersicht hervor:

	1900	1901	1902
Innenstadt	46	34	32
Östliche Stadterweiterung	39	36	41
Schwetzingervorstadt	77	42	53
Lindenhof	26	21	17
Jungbusch und Mühlau	5	2	6
Neckarvorstadt	113	113	67
Käferthal-Waldhof	29	20	12
Neckarau	48	18	19

Den stärksten Rückgang hat die Bautätigkeit demnach in den Vororten und Außenstadtteilen und hier wiederum speziell in der Neckarvorstadt erfahren, während in der östlichen Stadterweiterung kein Nachlassen zu spüren war. Damit hat aber die Bautätigkeit nur den Verhältnissen auf dem Wohnungsmarkt Rechnung getragen, welche gerade für die Kleinwohnungen in den Außenstadtteilen sehr ungünstig geworden sind.

Ein ähnliches Bild erhält man erklärlicherweise, wenn man die Zahl der in den drei letzten Jahren entstandenen **Wohnungen** stadtteilsweise vergleicht. Danach kamen Wohnungen auf den Markt im Stadtteil:

	1900	1901	1902
Innenstadt	281	252	223
Östliche Stadterweiterung	194	178	227
Schwetzingervorstadt	613	324	369
Lindenhof	220	179	138
Jungbusch und Mühlau	22	18	38
Neckarvorstadt	815	841	469
Käferthal-Waldhof	127	92	66
Neckarau	162	62	65
Zusammen	2434	1946	1595

Auch hier ist der Rückgang in der Neckarvorstadt und den Vororten die bemerkenswerteste Erscheinung. In der Verteilung der neu hergestellten Wohnungen

über die Größenklassen hat sich in den letzten Jahren eine starke Änderung vollzogen. Es entstanden nämlich:

	Wohnungen mit . . . Zimmern								
	1	2	3	4	5	6	7	8 u. mehr	Zusammen
1900	238	1074	721	212	69	39	39	42	2434
1901	182	1009	441	157	43	49	29	36	1946
1902	128	715	425	122	79	50	24	52	1595

In den Jahren 1899 und 1900 hatte sich die Bautätigkeit mit besonderer Vorliebe der Erbauung von Kleinwohnungen zugewandt, offenbar in der Hoffnung auf einen Fortbestand der günstigen Konjunktur und demzufolge des starken Begehrs nach solchen Wohnungen. Diese Annahme erwies sich indessen als trügerisch und an Stelle des empfindlichsten Mangels an Kleinwohnungen trat in kürzester Frist ein Ueberfluß an solchen. Es ist darum verständlich, daß die Wohnungsproduktion diese Klasse von Wohnungen etwas vernachlässigte und sich in erhöhtem Maße der Herstellung größerer Wohnungen von 5 und mehr Zimmern widmete. Immerhin bleibt natürlich die Versorgung des Kleinbedarfs weitaus die wichtigste und häufigste Aufgabe der Bautätigkeit.

Die Zahl der hiesigen Wirtschaften erfuhr gegenüber den Vorjahren nur geringen Zuwachs, da die Konzessionsgesuche bei weitem nicht die Höhe der letztverflossenen Jahre erreichten. Während 1899 131 solcher Gesuche angebracht wurden, belief sich ihre Zahl 1900 auf 110, 1901 auf 77 und 1902 nur auf 58. Die Wirtschaften verteilten sich folgendermaßen auf die Stadtdistrikte:

	Ende 1900	Ende 1901	Ende 1902
Innenstadt	355	372	372
Östliche Stadterweiterung	12	13	21
Schwetzinger Vorstadt	118	128	137
Lindenhof	48	54	53
Jungbusch und Mühlau	65	66	71
Neckarvorstadt	139	168	166
Käferthal-Waldhof	63	{ 31 39	{ 31 47
Neckarau	83	87	89
Stadt Mannheim	883	958	987

Am 1. Juni wurde das renovierte Hotel Pfälzer Hof, dessen Erdgeschoß zu Ladenlokalitäten umgebaut worden ist, wieder eröffnet. Im Restaurant Weinberg D 5, 4 wurde ein Hotelbetrieb eingerichtet. Im neuen Vereinshause des Kaufmännischen Vereins C 1, 10/11 wurde unter dem Namen Café-Restaurant Germania ein neues vornehmes Restaurationslokal eröffnet. Die ehemals an dieser Stelle betriebene Alt-Mannheimer Wirtschaft zum „Roten Schaf" wurde unter Beibehaltung des alten Namens in den Neubau D 2, 4/5 verlegt, in dessen erstem Obergeschoß das „Café Bristol" eingerichtet wurde.

Die Länge der Stadtstraßen ohne Vororte vermehrte sich im Jahre 1902 gegenüber dem Vorjahre durch Neuherstellungen von 79362 auf 82124, das ist um 2762 m. Bei den Fahrbahnflächen hat ein Zuwachs sowohl durch Neuherstellungen als auch durch die infolge Einführung der elektrischen Straßenbahn notwendig gewordene Verbreiterung bestehender Fahrdämme stattgefunden. Die Fläche vergrößerte sich von 626106 qm auf 647232 qm, mithin um 25846 qm.

Eine nicht unwesentliche Veränderung in der Straßenbefestigung ist durch die beim Einbau der Straßenbahngeleise erfolgte Umwandlung chaussierter Straßen in gepflasterte, herbeigeführt worden. Aus diesem Anlaß wurden folgende Straßen gepflastert:

Die Jungbuschstraße zwischen Luisenring und Hafenstraße. Die Fertigstellung dieser Straße erfolgte im Frühjahr 1902 im Anschluß an die im Vorjahr ausgeführte Neuherstellung der Strecke zwischen der Breiten Straße und dem Luisenring (vergleiche Chronik 1901, Seite 71). Die Bahnhofstraße von der Zähringerstraße bis zum Kaiserring, wobei gleichzeitig der Fahrdamm vor M 6 von 6,20 auf 7,40 und vor M 7 von 8,80 auf 9,50 verbreitert wurde. An den Schienen und Übergängen kamen Granit und Diorit, im übrigen Schlackensteine zur Verwendung. Kreditbewilligung durch den Bürgerausschuß am 11. Juni 1901: 69750 Mk. In der Schwetzingerstraße vom Kaiserring bis Viehhofstraße wurde eine Verbreiterung des Fahrdamms von 8,70 auf 9,50 m vorgenommen. Die Pflasterung erfolgte auf der östlichen Straßenseite definitiv mit Granitsteinen, auf der westlichen dagegen mit Rücksicht auf die unvermeidlichen Bodensenkungen über der kurze Zeit vorher ausgehobenen Kanalbaugrube, provisorisch mit alten Steinen und neuen Steinen II. Sorte. Kreditbewilligung durch den Bürgerausschuß am 13. März: 228000 Mk. Die Arbeiten wurden Mitte März begonnen und mit möglichster Beschleunigung durchgeführt, so daß am 1. Juni der Betrieb der elektrischen Straßenbahn bis zur Viehhofstraße aufgenommen werden konnte. Eine weitere Beseitigung chaussierter Straßen hat stattgefunden infolge Herstellung von Kleinpflaster in der Marktstraße zwischen K 1 und K 2 und in der Katharinenstraße zwischen J 3a und J 4a. Die Kosten hierfür wurden aus laufenden Mitteln bestritten. In der östlichen Stadterweiterung sind aus Anlaß der Erstellung von Neubauten die Elisabethstraße, Werderstraße, Augustaanlage, Lachnerstraße, Sophienstraße und Mollstraße gepflastert worden.

An chaussierten Straßen wurden während des Berichtsjahres im Stadtgebiete neu angelegt:

Die Zähringerstraße zwischen Bismarckstraße und Bahnhofstraße, die bei Umwandlung der beiden äußeren Schloßplätze gegenüber den Quadraten A 2 und L 2 angelegten Straßen um die Denkmäler sowie längs des Schlosses, die Zufahrt zur Stephanienpromenade vom Lagerplatz beim Rennershof bis zur projektierten Gasfabrikstraße, die Gärtnerstraße von Langstraße bis Haus No. 94a, die Draisstraße zwischen Lang- und Mittelstraße und zwischen Mittel- und Gartenfeldstraße, und die Stockhornstraße zwischen Riedfeld- und Gartenstraße.

Die nachstehende Tabelle gibt eine Übersicht über die an den Straßen vorgenommenen Änderungen.

Straßen mit	Stand am 1. Januar				Im Jahre 1902			
	1902		1903		vermehrt		vermindert	
	laufende m	qm	laufende m	qm	laufende m	qm	laufende m	qm
definitivem Steinpflaster	24 850	179 752	26 630	193 669	1 780	13 917	—	—
provisorischem Steinpflaster	2 000	12 420	2 967	23 694	967	11 274	—	—
Holzpflaster	709	4 377	803	5 032	94	655	—	—
Stampfasphalt	2 756	32 391	2 756	32 391	—	—	—	—
Chaussierung	49 047	397 166	48 968	392 446	—	—	79	4 720
zusammen	79 362	626 106	82 124	647 232	2 841	25 846	79	4 720
Zuwachs	—	—	—	—	2 762	21 126	—	—

Das Holzpflaster hat einen geringen Zuwachs erfahren durch Übernahme des Holzpflasters auf der Lindenhofstraßenbrücke in städtische Unterhaltung. In der Altstadt wurde eine größere Anzahl Straßen unter Verwendung von neuen Steinen umgepflastert, wobei gleichzeitig die Granitsteine gesetzt und die Gehwege durch die angrenzenden Hauseigentümer nach der Vorschrift der Gehwegordnung mit Cement oder Asphalt hergestellt worden sind. Außer der durch die Verbreiterung der Fahrbahn der Schwetzingerstraße vor Privatgrundstücken notwendig gewordenen Neuherstellung von Gehwegen und der Herstellung des Gehweges vor dem Bismarckdenkmal in Mosaikpflaster, beschränkten sich die von der Straßenbauabteilung des städtischen Tiefbauamtes auszuführenden Gehwegarbeiten auf Ausbesserungen schon befestigter Gehwege und auf Herstellung von Kiesgehwegen und Promenadenwegen.

In der östlichen Stadterweiterung wurden die Auffüllungsarbeiten für Straßen fortgesetzt. In der Pfalzgrafenstraße wurde im Berichtsjahre auch die Baumpflanzung ausgeführt.

Zur Anschüttung kamen die Collinistraße und die Gutenbergstraße zwischen Renzstraße und Pfalzgrafenstraße mit sämtlichen von diesen Straßen eingeschlossenen Querstraßen und Baublöcken, die Pfalzgrafenstraße zwischen Hildastraße und Gutenbergstraße, die Karl-Ludwigstraße zwischen Karola- und Sophienstraße, die Maximilianstraße zwischen Mollstraße und Pfalzgrafenstraße und endlich die zwischen der Pfalzgrafenstraße, Augustaanlage und Richard-Wagnerstraße liegenden Straßen und Baublöcke. Die Ausführung erfolgte durch die hiesige Tiefbauunternehmung Grün & Bilfinger, das Füllmaterial wurde wie in den Vorjahren aus den Gemarkungen Friedrichsfeld und Seckenheim auf einem Transportgleis mittels Feldbahn beigefahren.

An der Fortführung der Bismarckstraße durch das alte Gymnasium und Anlage einer neuen Straße durch den Schloßgarten von dem Gymnasiumdurchbruch bis zum Fuße der Rheinbrückenauffahrt (siehe Jahrgang 1901 S. 72 und 73) wurde nach Abhub des Humusbodens unter Verwendung von Notstandsarbeitern am 24. Januar mit der Anschüttung des Straßenkörpers begonnen. Die Aufschüttung, welche stellenweise eine Höhe von nahezu 4 Meter erreicht, war am 28. Mai vollendet. Im Anschluß hieran wurden die Arbeiten für die Durchführung der elektrischen Straßenbahn derart gefördert, daß diese am 1. Juni die Strecke in Betrieb nehmen konnte.

Die Auffüllungsarbeiten wurden gleichzeitig mit der Abtragung der beiden Schloßplätze an die Tiefbauunternehmer-Firma Hutfließ & Schmidt im Submissionswege vergeben. Die Schloßplätze, welche stellenweise bis zu 0,40 Meter höher als der anschließende Gehweg der Bismarckstraße lagen, wurden, soweit nicht Straßen, Promenadenwege und die für Denkmäler vorgesehenen Plätze in Betracht kamen, bis auf 1 Meter unter Gehwegfläche abgetragen und das hierbei gewonnene Material auf einer Rollbahn mit Pferdebespannung zur Anschüttung des Straßendammes im Schloßgarten angefahren. Das weiter erforderliche Füllmaterial mit rund 10500 Kubikmeter wurde von der Unternehmerfirma aus dem Rhein gebaggert. Die Befestigung der Straßenoberfläche mußte mit Rücksicht auf die Senkungen des aufgeschütteten Straßendammes für das nächste Jahr zurückgestellt werden. Ferner erfolgte die Ausfüllung der beiden Schloßplätze mit Mutterboden zum Zweck späterer Herstellung von gärtnerischen Anlagen. (Vergl. Chronik des Vorjahrs Seite 73.)

Die auf Seite 73 bis 75 der vorjährigen Chronik erwähnte Umgestaltung des Gebiets beim ehemaligen Rheinpark auf dem Lindenhof konnte wesentlich gefördert werden. Während des Berichtsjahres wurde der Zugang zur Stephanienpromenade längs dem Rheinpark und der sogenannten Rheinbleiche in einer Breite von 22 Meter ausgeführt, wobei sich an den am Rheinufer hinführenden 6 Meter breiten Promenadenweg ein 3 Meter breiter Radfahrweg anschließt, dem eine 6,5 Meter breite Fahrstraße und ein 3,5 Meter breiter Reitweg und endlich ein Gehweg von 3 Meter Breite folgt. Der Hochwasserdamm wurde verlegt und führt nunmehr vom Ende der Rennershofstraße bei der ehemaligen Stärkefabrik in ziemlich gerader Richtung über das Rheinparkgelände und mündet bei der verlängerten Gasfabrikstraße in den alten Damm wieder ein.

In einem Bericht vom Juli 1900 wies das Tiefbauamt darauf hin, daß die Hochwasserdämme sowohl des Rheins wie des Neckars in ihrer jetzigen Gestalt keinen ausreichenden Schutz gegen Überflutungen des Stadtgebiets gewähren und daß zur Verbesserung des Dammschutzes etwas geschehen müsse. Der Stadtrat erkannte die Darstellung des Tiefbauamtes als richtig an, und brachte namentlich auch im Hinblick auf die durch die Eingemeindung der Orte Käferthal und Neckarau herbeigeführte bedeutende räumliche Ausdehnung des Gemarkungsgebiets der Stadt Mannheim und die in den letzten Jahren eingetretene

außerordentliche Erhöhung der Werte alsbald die Frage eines erhöhten Dammschutzes des Stadtgebiets bei den zuständigen Staatsbehörden in Anregung. Die Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues erklärte sich im Februar 1901 bereit, die erforderlichen Mittel und zwar zunächst zur Verstärkung des Dammsystems Nr. 39 Rheinau-Mannheim-Seckenheim (von Kilometer 2,6 bis 5,842 Gemarkung Mannheim) in das außerordentliche Budget 1902/03 einzustellen. Da hierbei außer Mannheim noch die Gemeinden Seckenheim und Feudenheim beteiligt sind, wurde über die Kostenverteilung seitens der Großh. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit den Beteiligten verhandelt und mit denselben vereinbart, daß a) die Stadtgemeinde Mannheim 92%, b) die Gemeinde Seckenheim 6%, c) die Gemeinde Feudenheim 2% der hälftigen Voranschlagssumme von 42000 Mk. zu übernehmen haben. Die von der Stadtgemeinde Mannheim für die Verbesserung des Dammschutzes aufzuwendenden Kosten betragen demnach 92% aus 21000 Mk. = 19320 Mk., die der Bürgerausschuß am 13. März 1902 bewilligte. Mit den Arbeiten, welche im wesentlichen darin bestehen, daß auf obengenannter Strecke ein Lettenkern unter der Binnenberme des Dammes bis zur Tiefe der festen Kieslage eingebracht wird, wurde Mitte März begonnen.

Die Gebäude der Stärkefabrik, des Rheinparkes und der sogenannten Waschbleiche wurden abgebrochen, der Rheinparkweiher zugeschüttet, die Straßendämme und Baublöcke aufgefüllt und Neubauten in Angriff genommen. Mit Ausnahme der Verbreiterung des Zuganges zur Stephanienpromenade, erfolgte die Straßen- und Dammherstellung durch die Stadtverwaltung im Auftrag eines Konsortiums. Die Auffüllungsarbeiten wurden durch die Tiefbauunternehmung Grün & Bilfinger ausgeführt, die das erforderliche Füllmaterial aus dem Rhein baggerte.

Im Vorort Waldhof wurde im Herbst die Herstellung der Langstraße zwischen der preußisch-hessischen Staatsbahn und der Altrheinstraße, für welche der Bürgerausschuß am 17. Juli 1900 die Mittel mit 40500 Mk. bewilligt hat, in Angriff genommen. Die Arbeiten konnten jedoch vor Jahresschluß nicht beendet werden, da sich schon Mitte November starkes Frostwetter einstellte. Im Vorort Neckarau kam die Altripperstraße zum Ausbau. Der Bürgerausschuß genehmigte hierfür am 8. Januar 1901 die Summe von 13000 Mk.

Das Verfahren über Planlegung von Straßen kam im Berichtsjahr in 12 Fällen zum Abschluß, womit für eine größere Anzahl Straßen die Bau- und Straßenfluchten amtlich für festgestellt erklärt wurden. Hiervon beziehen sich 5 Fälle auf die Altstadt, 2 auf den Vorort Waldhof und 5 auf den Vorort Neckarau. Erwähnenswert darunter sind die Bismarckstraße durch das ehemalige Gymnasium, die Planlegung des Geländes beim Luzenberg zwischen der Sandhoferstraße und der Spiegelfabrik, sowie der Ried- und Hochuferstraße, die Schießplatzstraße beim Bahnhof Waldhof, die Neckarauer Landstraße vom Neckarauer-Übergang bis zur Friedrichstraße in Neckarau und das am Fuße der südlichen Auffahrtsrampe an der Neckarauer Landstraße sich anschließende Gebiet der kleinen Weidstücker und der Holzgasse bis zur Gasfabrikstraße.

Zu Ehren des am 16. August 1832 als Sohn eines Pfarrers in Neckarau geborenen Leipziger Philosophen Geheimrat Professor Dr. Wilhelm Wundt wurde anläßlich seines 70. Geburtstags eine Straße in Neckarau Wilhelm Wundt-Straße genannt. Neue Namen erhielten im November die Querstraßen der Neckarvorstadt und zwar teils nach alten Gewannbezeichnungen, teils nach berühmten oder um die hiesige Stadt verdienten Männern:

1.	Querstraße	Am Meßplatz.	10.	Querstraße	Zehntstraße.
2.	"	Laurentiusstraße.	11.	"	Elfenstraße.
2.a	"	Jean-Beckerstraße.	12.	"	Gärtnerstraße.
3.	"	Lortzingstraße.	13.	"	Draisstraße.
4.a	"	Pflügersgrundstraße.	14.	"	Bürgermeister Fuchs-Straße.
4.	"	Alphornstraße.			
5.	"	Diesterwegstraße.	15.	"	Fröhlichstraße.
6.	"	Lutherstraße.	16.	"	Stockhornstraße.
7.	"	Humboldtstraße.	17.	"	Pumpwerkstraße.
8.	"	Humboldtstraße.	18.	"	Ackerstraße.
9.	"	Pestalozzistraße.	19.	"	Gutemannstraße.

Im Industriehafen wurde die von der Inselstraße (auf der Bonadiesinsel) nach dem Ufer zu führende Straße „Bonadiesstraße" und die durch die Mitte des linksufrigen Industriehafengebiets hindurch gelegte Straße „Friesenheimer Straße" genannt.

Die Restaurationsarbeiten am Großh. Schlosse wurden während des Berichtsjahres am Ostflügel fortgeführt; die gärtnerischen Anlagen im Schloßhof und die Umwandlung der Schloßplätze trugen mit dazu bei, der Fassade einen wesentlich freundlicheren Charakter zu verleihen; auf der Westseite veränderte sich das Bild durch den Gymnasiumsdurchbruch nicht unerheblich. Der Posterweiterungsbau an den Planken und der große Amtshausneubau in L 5 kamen unter Dach. Die Arbeiten an der städtischen Festhalle schritten rüstig vorwärts, so daß im Herbst 1902 die feierliche Einweihung mit Bestimmtheit auf Ostern 1903 festgesetzt werden konnte. Der große Saal war soweit fertiggestellt, daß er der Katholikenversammlung im August als Festraum dienen konnte. Der Friedrichsplatz erhielt durch die Erbauung der Pergola und die gärtnerischen Anlagen nach den Plänen des Erbauers der Festhalle, Professor Bruno Schmitz, seinen definitiven Charakter. Die schwierige Aufgabe, den Platz in harmonische Verbindung mit seiner monumentalen Umbauung zu bringen, mußte endlich als glücklich gelungen bezeichnet werden. Auch das Fortschreiten des Baues der zwölf Arkadenhäuser (vgl. Chronik 1901 S. 88 f.) ließ bereits erkennen, welch großartigen Eindruck der Friedrichsplatz mit seiner architektonischen Umgebung nach der Vollendung des ganzen Werkes machen wird.

Ebenso wie der Ausbau der äußeren Stadtteile weitere Fortschritte machte, wurde durch eine Reihe stattlicher Privatbauten auch manches Straßenbild der

inneren Stadt neu belebt. Hier wäre ferner auch auf verschiedene teils vollendete, teils der Vollendung nahe Kirchenbauten hinzuweisen, über die jedoch in einem späteren Kapitel berichtet wird.

Der „Kaufmännische Verein", der auf eine 35jährige ehrenvolle und erfolgreiche Tätigkeit zurückblickt und mit seinen 3100 Mitgliedern der stärkste Sproß des Mannheimer Vereinslebens ist, erbaute auf dem Platze der ehemaligen Bierbrauerei „Zum Roten Schaf" (vgl. Chronik 1900, S. 64) ein würdiges Heim, das am 3. Mai 1902 nach verhältnismäßig kurzer Bauzeit eröffnet werden konnte.

Der stattliche Neubau wurde von der Firma Jelmoli & Blatt unter Leitung des Architekten Singer erstellt. Der sitzende Merkur, der von der Höhe des 4. Stockes herabschaut, verkündet beim ersten Blick, wem das Haus dient. Die in grauweißem Vogesensandstein ausgeführte Fassade ist modernen Charakters mit freier Verwendung romanischer Motive und elegant wirkenden Ornamenten. Im Erdgeschoß befindet sich das Café-Restaurant „Germania", im zweiten Stock sind die eigentlichen Vereinsräume und zwar: ein großer Lesesaal, ein Lesezimmer für die Lehrlingsmitglieder, die Bibliothek, die Bureaux und das Vorstandszimmer. Zu den Vereinsräumen führt ein besonderer Treppenaufgang. Ebenfalls ein eigener Aufgang führt zu den Privatwohnungen im dritten und vierten Stock. Im fünften Stock befinden sich die Wohnungen für die Diener des Vereins. Im Souterrain befinden sich: Küche, Kegelbahn, Bier- und Kühlkeller, sowie Wirtschafts- und Wohnungskeller, auch Räume für die Dampfniederdruckheizung der Wirtschaft u. a. Zur Entlüftung der Lokalitäten dienen zwei durch Elektromotoren betriebene Ventilatoren. Bei der Erbauung wurde darauf Bedacht genommen, daß bei Zunahme der Mitgliederzahl in späteren Jahren die Vereinstreppe nach dem dritten Stockwerk ohne jede Schwierigkeiten weitergeführt werden kann. Die Mittel zum Bau wurden aufgebracht durch eine von der städt. Sparkasse gegebene Hypothek und durch Ausgabe von dreiprozentigen Obligationen im Betrage von ca. 200 000 Mk., die von hiesigen Firmen und Mitgliedern des Vereins gezeichnet wurden. Die feierliche Eröffnung fand am Abend des 3. Mai unter Teilnahme der staatlichen und städtischen Behörden mit einem Rundgang der geladenen Gäste und einem solennen Festessen statt.

Gegen Ende des Jahres wurde der Umbau der Kassen- und Bureauräume der Badischen Bank vollendet.

Von der Ueberzeugung ausgehend, daß die Geschäftsräume in dem am Strohmarkt gelegenen Bankgebäude nicht mehr den Anforderungen des heutigen Verkehrs entsprachen, beschlossen Direktion und Aufsichtsrat, die bisherigen Einrichtungen einer vollständigen Umgestaltung unterziehen zu lassen. Zu diesem Behufe wurde ein umfangreicher Neubau der im Parterre des ausgedehnten Anwesens gelegenen Räume, die vor dem Besitze der Badischen Bank nur Wohnzwecken dienten, notwendig. Die dem Architekten Rudolf Tillessen übertragene Aufgabe war um so schwieriger, da die Treppenhausanlage, die keiner Verlegung unterzogen werden konnte, den Erweiterungsbauten hindernd im Wege stand. Gleichzeitig mit dem Umbau im Innern wurde auch die Außenseite des Gebäudes einer gründlichen Renovation unterzogen, so daß dasselbe in seiner jetzigen Gestalt einen recht gefälligen Eindruck macht. Das hintere

Tor, welches bisher den Eingang zu der Bank bildete, wurde seitlich gerückt, um so mehr Raum für die Bureaus zu gewinnen. Als ein glücklicher Griff ist es zu bezeichnen, daß der Haupteingang zu den Kassenräumen auf die Platzseite des Strohmarktes verlegt worden ist. Das Entree macht einen sehr freundlichen Eindruck, jedoch hat man bei der ganzen Anlage übermäßigen Prunk vermieden. Links vom Eingang, wo sich bisher die Kasse befand, ist der Sitzungssaal für den Aufsichtsrat eingerichtet worden. Zur Rechten sind die Bureauräume der Direktion geblieben. In der Hauptmittelfront sind die Kassen- und Bureauräume zu einem einheitlichen Ganzen vereinigt, und zwar in bedeutender Erweiterung, die durch eine teilweise Ueberbauung des Hofes mit einem Lichthofe ermöglicht wurde. An diese Räume schließen sich die Garderoben und die Toiletten für die Angestellten an. Vor den Kassen-, Wechsel- und Effektenschaltern befindet sich ein großer Raum für den Aufenthalt des Publikums mit einem mehrteiligen Schreibpulte und bequemer Sitzgelegenheit. Das Holzwerk ist aus Mahagoni, und die Schalterwände, aus Glas bestehend, sind mit reicher Nickeleinfassung versehen. Der Anstrich ist hell gehalten und den Plafond schmücken moderne Stuckverzierungen, dazu gesellt sich elektrische Beleuchtung. Auch ist eine Zentralheizungsanlage eingerichtet. Ein Hauptgewicht wurde auf die Einrichtung feuer- und diebsicherer Kassengewölbe gelegt. Bei den Kassenräumen befindet sich der panzergeschützte Eingang zu der Schatzkammer, worin die eigenen Effekten und Noten der Bank, sowie das gemünzte Geld aufbewahrt sind. Diese Schatzkammer selbst ist auf allen Seiten sowie unten und oben fest gepanzert. Neben der Kasse befindet sich das sogenannte Effektenzimmer für die Benützung der Bankkundschaft. Von hier aus führt eine bequeme Treppe nach dem im Keller neu erstellten Stahlkammergewölbe, in welchem sich die Schrankfächer (Safes) befinden. Diese Stahlkammer sowohl wie die obere Schatzkammer sind in ihren Verschlüssen und den sonstigen Sicherheitsvorrichtungen mit verschiedenen patentamtlich geschützten Neuerungen ausgestattet. Außer den Neueinrichtungen, welche für die Bankzwecke geschaffen worden sind, wurde auch das übrige Hausinnere einer gründlichen Renovation unterzogen. Namentlich gilt dies für das Treppenhaus und die erste Etage, in welcher sich die Wohnungen für die Direktoren befinden.

Durch den Abbruch des noch übrig gebliebenen Teiles der ehemaligen Dragonerstallungen in L 8 und den Ausbau der Bismarckstraße bei L 4 und L 6 (Amthaus) verschwanden die letzten Überbleibsel, die an den früheren Charakter dieses Stadtgebiets vor der Durchführung der Bismarckstraße erinnerten. Ein völlig verändertes Aussehen wird die Rheinstraße erhalten, da zwei der alten, von großen Gärten umgebenen Herrschaftshäuser Neubauten Platz machen müssen: das ehemals Bassermann'sche Haus in D 7, 8, das die Stadtgemeinde ankaufte, um dort den Erweiterungsbau für die höhere Mädchenschule zu errichten, und das ehemals Schmuckert'sche, zuletzt Kahn'sche und Bensinger'sche Haus in E 7, 15, an dessen Stelle eine Bauunternehmerfirma acht Neubauten aufführen läßt.

Wenn so im Innern der Stadt mancher Garten oder mancher in der alten weiträumigen Weise bebaute Hausplatz der Gegenstand intensiver Bauausnützung wurde, so erhielten andererseits die öffentlichen Parks und Anlagen, denen von den städtischen Behörden unausgesetzt ganz besondere Fürsorge zu-

gewendet wird, einen nicht unwesentlichen Zuwachs. Aus dem Berichtsjahre ist hier zunächst zu nennen die Ausführung der 5. Etappe der Erweiterung des Luisenparks.

Die Kosten dieser Erweiterung, die eine Fläche von 3 ha 20 qm umfaßt, beliefen sich auf rund 23 500 Mk. Als Gesamtaufwand waren für diesen Park am 30. Juni 1898 132 000 Mk. bewilligt worden; am 4. Februar 1902 genehmigte der Bürgerausschuß den bis dahin entstandenen Mehraufwand von 39 500 Mk. Die in der vorjährigen Chronik S. 91 erwähnte Aufstellung eines Gedenksteines für den verstorbenen Professor Dr. Wilhelm Fuchs wurde im Spätjahr 1902 vollzogen. An einer lauschigen Stelle des Luisenparks erhebt sich auf einem Felsaufbau ein etwa 2,50 m hoher Granitblock, an dem das Portraitrelief mit der Inschrift „Die dankbare Stadt Mannheim" angebracht ist.

Noch von größerer Wichtigkeit ist die schon in der vorigen Chronik erwähnte Umwandlung des Neckarauer Waldes in eine Parkanlage, deren erste Etappe ausgeführt wurde. Ein inzwischen vom städtischen Gartendirektor Trip in Hannover eingeholtes Gutachten über das ganze Umwandlungsprojekt hat die Zweckmäßigkeit des ganzen Entwurfs anerkannt.

Durch den Ausbau der ersten Hälfte der Spazier- und Waldwege, insgesamt ca. 6000 laufende m, die Verbreiterung des bestehenden Fahrweges von 4,00 m auf 6,00 m bei einer Länge von 1800 m, sowie der Brücke am Eingang zum Neckarauer Wald ist schon ein erheblicher Teil des Neckarauer Waldes für die nach des Tages Last und Mühen Erholung suchenden Bürger der Stadt erschlossen worden.

Von neuen Arbeiten ist die Herstellung der Anlagen auf den beiden äußeren Schloßplätzen, dem Karl-Theodor- und Karl-Philippsplatze zu erwähnen.

Nachdem die Stadtverwaltung schon in früheren Jahren bestrebt war, die Militärbehörde zum Verzicht der Benützung der beiden Schloßplätze zu veranlassen, ohne daß ihre Bemühungen von Erfolg begleitet waren, konnte erst mit Abschluß des Vertrages vom 19. April 1900 zwischen der königlichen Militärverwaltung und der Stadtgemeinde ein Verzicht auf die weitere Benützung der Schloßplätze zu militärischen Zwecken erreicht werden. An dem Verzichte auf dieses Benützungsrecht hatte die Stadtgemeinde insofern ein Interesse, als in Aussicht genommen war, die beiden Schloßplätze mit Anlagen auszustatten und der Bismarckstraßen-Promenade anzugliedern. Nach längern Verhandlungen mit den staatlichen Behörden und Verwaltungen wurde die bedingte Genehmigung zur Herstellung dieser Anlagen gegeben. Auf Grund der näheren Vereinbarungen wurde im Benehmen mit der Großh. Hofgärtnerei ein diesbezügliches Projekt ausgearbeitet, das mit geringen Abänderungen in der Sitzung des Bürgerausschusses vom 17. Dezember 1901 mit einem Kostenaufwand von 84 000 Mk. zur Ausführung genehmigt wurde. Im Laufe des Jahres 1902 wurden zunächst die Erdarbeiten vorgenommen, sowie die Rasenflächen hergestellt und mit einer provisorischen Einfriedigung versehen. Der weitere Verlauf fällt in die nächste Berichtsperiode.

Bezüglich der für diese Plätze bestimmten Denkmäler, die von S. Kgl. Hoheit dem Großherzog in Aussicht gestellt worden sind, wurde das ursprüngliche Projekt dahin geändert, daß dieselben nicht die Mitte des Platzes einnehmen, sondern unmittelbar an die Bismarckstraße gerückt werden sollen.



Luisenpark in der östlichen Stadterweiterung

Blick nach der Hildastraße

Eine neue Zierde erhielt unsere Stadt durch das am 19. Oktober 1902 feierlich enthüllte **Moltke-Denkmal** auf dem Platz vor dem Zeughaus. Wie die Grundsteinsurkunde besagt, „wurde in einer am 26. Oktober 1900 zur Feier des hundertjährigen Geburtsfestes des Generalfeldmarschalls Grafen von Moltke stattgehabten, von vielen Bewohnern Mannheims aus allen Ständen und Parteien besuchten Festversammlung einstimmig beschlossen, dem großen Strategen und Chef des Generalstabs der deutschen Armeen in den Jahren 1870/71, dem treuen Diener Seiner Majestät des Kaisers Wilhelm I., in hiesiger Stadt ein Denkmal zu setzen, als äußeres Zeichen tiefer und unauslöschlicher Dankbarkeit für seine hervorragenden Verdienste um die Mitbegründung des deutschen Reiches. Ein Aufruf, unterzeichnet von Bürgern aller Parteien und Berufsstände, wurde an die Bewohner Mannheims erlassen und nach wenigen Wochen war die nötige Summe gezeichnet, um ein den unsterblichen Verdiensten Moltkes würdiges Denkmal zu errichten. Das Denkmal stellt den Grafen Moltke etwa im 70. Lebensjahr dar. Dasselbe wurde von dem Bildhauer Professor Joseph Uphues in Berlin geschaffen und erhebt sich auf dem sog. Zeughausplatz gegenüber dem Monument für die in den Jahren 1813/15 gefallenen badischen Soldaten. Die Gesamtkosten des Denkmals belaufen sich auf ungefähr 35 000 Mk." Der geschäftsführende Ausschuß bestand aus folgenden Herren: Generalkonsul Karl Reiß, Vorsitzender, Stadtrat Ernst Bassermann, Stellvertreter, Kommerzienrat Wilhelm Zeiler, Kassier, Privatmann Jakob Kuhn, Schriftführer, Kommerzienrat Dr. Adolf Clemm, Veterinärrat Philipp Fuchs, Ingenieur August Ludwig.

2. Wohnungsverhältnisse und Wohnungsreform.

Gleichzeitig mit der im April 1902 bewirkten Personenstandsaufnahme ließ das Statistische Amt für jede Haushaltung die Zimmerzahl ihrer Wohnung feststellen, und da diese Aufnahme künftighin jährlich wiederkehren soll, so wird sich danach von Jahr zu Jahr der Wohnungsstand nach Größenklassen ermitteln und vergleichen lassen. Die Ergebnisse der Aufnahme von 1902 wurden vom Statistischen Amt in zwei Tabellen niedergelegt, auf deren Wiedergabe hier jedoch verzichtet werden muß.

Die erste Tabelle zeigt das Vorwiegen der Wohnungen von 2 Zimmern und Küche in allen Stadtteilen, ausgenommen die östliche Stadterweiterung und die Mühlau mit ihren Dienstwohnungen. In der ganzen Stadt machen sie mehr als ein Drittel sämtlicher Wohnungen aus, und in der Schwetzinger Vorstadt steigt ihr Anteil auf nahezu die Hälfte. Die nächstdem am stärksten vertretenen 1 Zimmer-Wohnungen finden sich verhältnismäßig am häufigsten auf dem Waldhof, in Käferthal und in der Neckarvorstadt, an 3 Zimmer-Wohnungen ist der Lindenhof relativ am reichsten. Die andere Tabelle zeigt die Stärke der

Haushaltungen in Verbindung mit der von ihnen beanspruchten Zimmerzahl an. Es ist in ihr auch berechnet, wie viel Raum eine Person jeder Haushaltungsgrößenklasse durchschnittlich in Anspruch nehmen kann. Es zeigt sich dabei eine vollkommen regelmäßige Verringerung des dem einzelnen zur Verfügung stehenden Raumes mit zunehmender Stärke der Haushaltung, dergestalt, daß in der Haushaltung von 10 Personen auf den Kopf nicht einmal mehr der vierte Teile jener Zimmerzahl entfällt, welcher der einen Person der Einzelhaushaltung zukommt und nur die Hälfte des Kopfbetreffs der aus 3 Personen bestehenden Haushaltung. Lediglich bei der aus mehr als 10 Personen zusammengesetzten Haushaltung tritt wieder eine Erhöhung des Kopfbetreffs ein, da hier reiche Familien mit großer Wohnung (Villen) und zahlreicher Dienerschaft einen starken Anteil haben. Der Zimmervorrat pro Person für die einzelnen Wohnungsgrößenklassen wächst — abgesehen von den anormalen Wohnungen ohne Küche — vollkommen regelmäßig mit zunehmender Größe der Wohnung, bis er bei den größten Wohnungen von mehr als 10 Zimmern — eine übrigens geringfügige Abschwächung erfährt.

Wie in den vorigen Jahren wurde vom 5.—8. November durch städtische Beamte wiederum eine Zählung der leerstehenden Wohnungen vorgenommen, um ziffernmäßige Nachweise über die derzeitige Lage des Wohnungsmarktes zu erlangen. Es wurden dabei für Mannheim einschließlich Vororten 2164 leerstehende Wohnungen ermittelt gegen 1462 im vorigen Jahr und 362 im Mai 1900. Außer den reinen Mietwohnungen waren 94 mit Läden verbundene Wohnungen frei, endlich wurden in noch nicht bezugfähigen Rohbauten 427 in den nächsten Monaten zur Fertigstellung gelangende Wohnungen ermittelt. Die 2164 leerstehenden Wohnungen machten 6,76 % sämtlicher vorhandenen 32000 Wohnungen aus. Eine eingehende Bearbeitung dieser bemerkenswerten Ergebnisse erfolgte durch das Statistische Amt in No. 11 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim (November 1902). Darin wird u. a. ausgeführt:

Bis zur Zählung vom Mai 1900, welche genau im Kulminationspunkt der Konjunktur stattfand, war der Vorrat an leerstehenden Wohnungen trotz einer schließlich ins Riesenhafte gesteigerten Bautätigkeit seit 1895 ständig zurückgegangen, sodaß von einer Wohnungsnot, zum mindesten aber von einem ganz empfindlichen Wohnungsmangel gesprochen werden konnte. Dem bis dahin unerhörten Aufschwung der ganzen Nationalwirtschaft, der sich in Mannheim fast noch potenzierte, folgte alsdann ein scharfer Rückgang, welcher die Bevölkerungszunahme zuerst verlangsamte und später sogar in eine Unterbilanz verwandelte, während die Bautätigkeit nur wenig an Lebhaftigkeit einbüßte. Nur in einem Stadtteil, auf dem Lindenhof, ist eine Entlastung des Wohnungsmarktes zu verspüren, in drei weiteren Stadtteilen, der östlichen Stadterweiterung, Käferthal und Waldhof ist keine nennenswerte Veränderung eingetreten, in allen übrigen Stadtteilen dagegen ist eine merkbare Vermehrung der leerstehenden Wohnungen zu verzeichnen. Am meisten betroffen ist absolut wiederum die Neckarvorstadt, welcher die Unterstadt und Schwetzingervorstadt mit nahezu gleichen Ziffern folgen. Die ganze Wohnungsproduktion seit der letzten Zählung stellt sich also als Produktion auf Vorrat dar. Hieran ändert auch die Tatsache nichts, daß der weitaus

größere Teil der neu entstandenen Wohnungen besetzt worden ist. Es handelt sich dabei um eine Verschiebung aus den älteren Quartieren in neue, sodaß das Schlußergebnis dasselbe bleibt. So erklärt sich auch die vielleicht überraschend günstig erscheinende Position der östlichen Stadterweiterung: hier gibt es nur fast neue Häuser, sodaß der Anreiz zum Umzug in Neubauten — ganz abgesehen von den vielfach langfristigen Kontrakten für die großen Wohnungen — wegfällt. Die neuhergestellten Wohnungen der östlichen Stadterweiterung werden im wesentlichen nicht durch Umzug innerhalb des Stadtteils, sondern durch Zuzug aus anderen Stadtteilen bevölkert. Ferner werden die bei dieser Zählung ermittelten Wohnungsmietpreise einer genauen Betrachtung unterzogen. Hierüber äußert sich das Statistische Amt folgendermaßen: War das letzte Mal der Durchschnittspreis für die hauptsächlich in Betracht kommenden kleineren Wohnungen mit Küche fast genau derselbe geblieben wie 1900, so ist diesmal für diese Kategorien unverkennbar eine Verbilligung eingetreten, nur die für das gewöhnliche Wohnungsbedürfnis kaum in Betracht kommenden Wohnungen von einem Zimmer ohne Küche machen eine geringfügige Ausnahme. Sehr bemerkenswert ist aber der Preisrückgang bei den 2-Zimmerwohnungen mit Küche, denn hier handelt es sich um den weitaus verbreitetsten Wohnungstypus mit sehr zahlreichen Fällen und einer bislang außerordentlichen Stetigkeit des Durchschnittspreises. Ein Preisabschlag um fast 5 % bei diesen Wohnungen ist zweifellos ein der Beachtung wertes Symptom. Bei den 3-Zimmerwohnungen ist ein Rückgang um 3, bei den 4-Zimmerwohnungen um reichlich 6 % zu verzeichnen. Für die größeren Wohnungen ist meistens eine Steigerung des Durchschnittspreises anzusetzen gewesen, doch stört hier die geringe Zahl der Fälle. Die außerordentlich starke Erhöhung für die größten Wohnungen von 8 und mehr Zimmern rührt davon her, daß unter ihnen die Villen der östlichen Stadterweiterung mit zum Teil sehr hohen Mietpreisen inbegriffen sind, welche diesmal in ziemlicher Anzahl leerstanden. In den einverleibten Gemeinden stehen die Preise durchweg noch um ein Erhebliches niedriger, besonders groß ist die Differenz bei den geräumigeren Wohnungen, deren Mieter verwöhntere Ansprüche an Komfort und Lage stellen, ein Umstand, der auch auf die Preise dieser Kategorien in den einzelnen Stadtteilen Alt-Mannheims einen sichtbaren Einfluß ausübt.

Es ist bereits hervorgehoben worden, daß diesmal in Neubauten erheblich weniger Wohnungen leerstanden, als im vergangenen Jahre. Da aber solche Wohnungen fast durchweg teurer sind, als solche in älteren Häusern, so wird zu untersuchen sein, ob nicht die Verbilligung der Durchschnittspreise sich schon aus diesem Umstand erklärt und der Preisrückgang für kleinere Wohnungen also nur ein scheinbarer ist. Die Wohnungen in Neubauten werden fast durchweg höher eingeschätzt, als ältere Wohnungen und zwar nimmt die Differenz im ganzen mit steigender Zimmerzahl der Wohnung zu, da gleichzeitig die Ansprüche an den Komfort der Wohnung entsprechend wachsen. Unterscheiden wir nun die beiden Arten von Wohnungen, so gelangen wir (unter Weglassung der Wohnungen ohne Küche) in Alt-Mannheim zu folgenden Durchschnittspreisen (in Mark) für:

	ältere Wohnungen mit							
	1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr Zimmern
Oktober 1901	188	287	461	646	934	1232	1346	1985
November 1902	184	283	452	651	1078	1000	1774	2445
1902 ±	—4	—4	—9	+5	+144	+168	+428	+460

Für die kleinen Wohnungen von 1—3 Zimmern ist also abermals ein Preisabschlag eingetreten, so daß gegenüber dem Mai 1900 jetzt die Preise für 1-, 2- und 3-zimmerige

Wohnungen um 5, 8 und 14 Mk. niedrigerer stehen. Bei den vierzimmerigen Wohnungen ist schon eine kleine Steigerung verzeichnet, während für die größeren Wohnungen die Durchschnittspreise erheblich höher sind. Einesteils mag das daher kommen, daß im vergangenen Jahr die Durchschnittspreise gerade dieser Wohnungen stark zurückgegangen waren, anderenteils spielt die östliche Stadterweiterung auch unter den älteren (d. h. nicht im laufenden Jahr bezogenen) Wohnungen jetzt eine größere Rolle und treibt die Durchschnittspreise in die Höhe. Uebrigens sind die Fälle in den oberen Klassen auch nicht zahlreich genug, um einwandfreie Durchschnittswerte bilden zu lassen.

Es betrugen die Preise für

	Wohnungen in Neubauten mit							
	1	2	3	4	5	6	7	8 und mehr Zimmern
Oktober 1901	210	317	495	788	1139	1461	2153	2600
November 1902	203	298	510	774	1446	1625	2075	3113
1902±	−7	−19	+15	−14	+307	+164	−78	+513

Es ist also ersichtlich, daß bei den 1- und 2-Zimmerwohnungen auch in Neubauten die vorjährige Preishöhe nicht zu halten war. Es haben sich vielmehr deren Preise um 3,3 bezw. 6 % ermäßigt, ebenso ist bei den 4-Zimmerwohnungen eine geringfügige Abschwächung eingetreten. Eine Ausnahme machen die 3-Zimmerwohnungen, welche im Vorjahr keine Erhöhung des Preises erfahren hatten, diesmal aber ihren Durchschnittspreis um 3 % hinaufgesetzt haben.

Das Statistische Amt schließt seine Betrachtungen folgendermaßen: Das Ergebnis der diesmaligen Zählung leerstehender Wohnungen ist nicht danach angetan, den unparteiischen Beobachter mit Befriedigung zu erfüllen, spiegelt es doch deutlich die Ungunst der Zeiten wieder. Am schwersten betroffen sind die Kleinwohnungen, da der Mangel an Erwerbsgelegenheit gerade deren Bewohner in erster Linie zum Wegzug gezwungen, außerdem übrigens auch die Zahlungsfähigkeit der Verbleibenden großenteils beeinträchtigt wird. So sind die Vermieter von Kleinwohnungen in dreifacher Hinsicht von Mietausfall bedroht: einmal durch Leerstehen der Wohnungen, zum zweiten durch die Notwendigkeit von Preisnachlässen für die besetzten Wohnungen und endlich durch häufigere Unbeibringlichkeit der Mieten. Für den Mieter andererseits ist darum das goldene Zeitalter noch keineswegs angebrochen, denn der Rückgang der Miete ist eben nur eine Konsequenz des Rückgangs der Erwerbsverhältnisse, und es bleibt dabei immer noch sehr fraglich, ob jener mit diesem annähernd Schritt gehalten hat. Auch wird man nach dem Muster des Till Eulenspiegel jetzt beim Bergabsteigen wohl schon ein wenig an den späteren Wiederanstieg denken dürfen, d. h. man wird sich vor Augen halten müssen, daß die Erinnerung an diese kolossalen Mietausfälle den Vermieter zur möglichsten Ausnutzung einer wieder ansteigenden Konjunktur anspornen wird.

Zu den Bemühungen um eine Revision der hiesigen **Bauordnung** (Chronik 1901, S. 100) und den Beschwerden des Fabrikantenvereins, der Handelskammer sowie verschiedener Industrieller nahm der Stadtrat in seiner Sitzung vom 11. Dezember 1902 Stellung und beschloß, die vom Großh. Bezirksamt verlangte Äußerung in folgendem Sinne abzugeben:

1) Die Behauptung, die Bauordnung sei aus formellen und materiellen Gründen gesetzlich unhaltbar, wird für unzutreffend erachtet und deshalb um Abweisung der bezügl. Anträge gebeten.

2) Der Paragr. 48 und die damit zusammenhängenden Bestimmungen der B.-O. über die offene Bauweise sollen aufrecht erhalten bleiben.

3) Dagegen soll der § 100 der B.O. (Errichtung gewerblicher Anlagen) eine redaktionelle Änderung dahin erfahren, daß der von Anfang an gewollte Sinn in Uebereinstimmung mit der bisher praktischen Handhabung und mit den Anträgen der Beschwerdeführer auch im Wortlaut deutlich zum Ausdruck kommt.

4) Der Zonenplan soll in dem Sinne geändert werden, daß die in der ersten Bauzone für offene Bauweise vorgesehenen (hellgelben) Flächen künftighin der zweiten Bauzone zugewiesen und demgemäß mit der Farbe der letzteren (rot) angelegt werden.

Durch Aufnahme einer neuen generellen Bestimmung in die B.O. soll überdies Vorsorge dafür getroffen werden, daß auch bezüglich aller übrigen Grundstücke, bei welchen analoge Verhältnisse zutreffen, die gleiche Beschränkung Platz greift.

5) Endlich wird bei diesem Anlaß noch eine Reihe von Abänderungsanträgen zu einzelnen Bestimmungen der Bauordnung erörtert und beschlossen, dem Bezirksamt hierüber bestimmte Vorschläge vorbehaltlich späterer gemeinsamer Beratung über die endgültige formelle Fassung zu unterbreiten.

Die hiesige Ortsgruppe des Bundes Deutscher Bodenreformer veranstaltete am 26. Februar eine Versammlung über das Thema: Wohnungsnot und Bodenreform mit Vortrag des Bundesvorsitzenden Adolf Damaschke aus Berlin. Am 13. Mai sprach Rechtsanwalt Dr. Mayer in derselben Ortsgruppe über Henry George, dem die moderne Bodenreformbewegung ihre Grundlage und ihr geistiges Rüstzeug verdankt.

Im Mieterverein, der seinen Mitgliedern in allen Fragen des Mietwesens zur Seite steht, behandelte der frühere Arbeitersekretär S. Katzenstein am 9. Januar das Thema: Moderne Großstadtentwicklung und am 21. November Rechtsanwalt Frühauf-Karlsruhe das Thema: Die Notwendigkeit der Mietervereine und ihre Aufgaben.

Für die Interessen der Vermieter war wie seit Jahren in Wort und Schrift der Grund- und Hausbesitzerverein tätig. Ein Verein dieses Namens wurde im Sommer auch im Vorort Neckarau begründet.

Der Spar- und Bauverein hatte unter der wirtschaftlichen Depression, sowie unter dem mangelnden Interesse für seine gemeinnützigen Bestrebungen in bedauerlicher Weise zu leiden.

Besonders zeigte sich dies in der Häufigkeit des Wohnungswechsels und in der Schwierigkeit, die Wohnungen wieder rechtzeitig an den Mann zu bringen. In Anbetracht des teuren Bodenpreises, sowie der ungünstigen Platzverhältnisse, namentlich aber auch infolge der ungünstigen Konjunktur konnte der Vorstand nicht daran denken, neue Genossenschaftswohnungen zu erbauen. Die Mitgliederzahl hat um 19 Personen zugenommen, dagegen sind 39 ausgeschieden, sodaß jetzt noch 257 Mitglieder zu verzeichnen sind, gegen 277 im Vorjahr. Die Haftsummen

haben sich um 2700 Mk. vermindert, dagegen haben die Geschäftsguthaben einen Zuwachs von 2475.25 Mk. erfahren. Die Geschäftsguthaben betragen jetzt 60602.40 Mk. gegen 57727.15 Mk. im Vorjahre. Aus der geringen Anzahl von Beitritten ergiebt sich, wie der Jahresbericht hervorhebt, das mangelnde Verständnis für die Vorteile des Vereins, die außer in der Billigkeit und Bequemlichkeit der Wohnungen noch in der Unkündbarkeit und Stabilität der Mietpreise und der Nichtverkäuflichkeit der Häuser bestehen. In anderen Städten, wo derartige Genossenschaften existieren, stehen dieselben in voller Blüte.

3. Liegenschafts- und Hypothekenverkehr.

Im Liegenschaftsverkehr und in der Bodenspekulation führte das Berichtsjahr eine weitere Lähmung herbei. Der Gesamtwert der Grundbucheinträge, der 1899 noch 58,6 Mill. Mk. betrug, sank 1900 auf 51,0 Mill., 1901 auf 33,2 Mill. und 1902 mit allerdings wesentlich abgeschwächter Rückwärtsbewegung auf 32,5 Mill. Mk. Jedoch unterschied sich, wie die Jahresübersicht des Statistischen Amtes bemerkt, die Zusammensetzung dieser Summe sehr erheblich vom Vorjahr. Eigentliche Kauf- und Tauschverträge kamen nämlich nur 793 mit 24,9 Mill. Wert statt 1070 mit 28,4 Mill. Wert zustande. Dagegen waren die Fälle von Erbteilung, Schenkung und sonstiger Übertragung sehr viel zahlreicher (302 gegen 126) und auch der durch sie repräsentierte Wert erheblich höher (5,5 gegen 3,6 Mill.) Sehr bezeichnend ist außerdem das starke Anwachsen der Zwangsversteigerungen, deren Ertragssumme war:

1900	1901	1902
924120 Mk.	1156450 Mk.	2080422 Mk.

Das entspricht nahezu einer Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr und zwar entfällt der bei weitem größere Betrag auf die zweite Hälfte des Berichtsjahres.

Charakteristisch ist ferner das Bild, das sich aus dem Umsatz von Bauplätzen ergiebt, der von der Spekulationslust und der Wirtschaftslage besonders stark beeinflußt wird. Es kamen vor

	1899	1900	1901	1902
Fälle	445	339	218	157
im Wert von Mk.	13808951	8661404	7705353	3618503

Man erkennt, wie von Jahr zu Jahr und vor allem im Berichtsjahr der Spekulationseifer erlahmt ist. Der 1902 in verstärktem Maß fortgesetzte Rückgang hat sich mit Ausnahme der östlichen Stadterweiterung auf alle Stadtteile erstreckt, wie aus folgender Gegenüberstellung hervorgeht:

Wert der verkauften Bauplätze

Im Stadtteil	1901	1902
Innenstadt	1244656	414446
Östliche Stadterweiterung	1687831	2162201
Schwetzingervorstadt	736317	412232
Lindenhof	475634	179663
Jungbusch und Mühlau	472139	47436
Neckarvorstadt	1081558	346414
Käferthal-Waldhof	109155	15719
Neckarau	1898063	40422

In verschiedenen Stadtteilen ist also die Kauflust auf einen minimalen Bruchteil der vorjährigen zusammengeschrumpft, am stärksten in Neckarau, wo freilich auch die Unternehmungslust am größten gewesen war. Der Umsatz von Straßengelände hat sich annähernd auf derselben Höhe gehalten, wogegen wiederum die Verkäufe von Aeckern und Gärten der Zahl nach auf die Hälfte, dem Wert nach noch stärker zurückgegangen sind. Den Ausschlag giebt auch hier der starke Minderumsatz in Neckarau mit 105 statt 331 Fällen im Wert von 453000 statt 2243000 Mk.

Von der Entwicklung der Hypotheken-Einträge und Hypotheken-Löschungen innerhalb des letzten Jahrfünfts gibt nachstehende Tabelle ein Bild.

Jahr	Hypothekeneinträge		Hypothekenlöschungen		Summa der	
	Anzahl der Fälle	Betrag Mk.	Anzahl der Fälle	Betrag Mk.	mehr eingetragenen Hypotheken	mehr gelöschten Hypotheken
1898	807	23560780	1669	22450702	1110078	—
1899	1158	29905974	2311	40040019	—	10134045
1900	1389	34221925	2596	36997828	—	2775903
1901	1758	49987849	2165	40708916	9278933	—
1902	2174	48025519	2043	39365488	8660031	—

Der Wert der eingetragenen Hypotheken betrug im Berichtsjahr 48,0 gegen 49,9 Mill. Mk. im Vorjahr, während die Hypothekenlöschungen gleichzeitig von 40,7 auf 39,4 Mill. zurückgingen. Hinsichtlich der Höhe des Zinsfußes zeigen aber die aufgenommenen Hypotheken, soweit ein bestimmter Zinsfuß angegeben war, eine ganz andere Zusammensetzung als 1901, denn es waren von je 1000 Mk. aufgenommenen Hypotheken zu verzinsen mit

	unter $3^1/_2$ %	$3^1/_2$—4 %	4—$4^1/_2$ %	$4^1/_2$—5 %	über 5 %
1901	3,2	59,0	580,2	344,4	13,2
1902	9,6	243,3	435,7	307,4	4,0

Mit aller Deutlichkeit zeigt sich hier, wie die Verteuerung des Leihgeldes, welche namentlich 1899, aber auch noch 1900 außerordentlich große Fortschritte gemacht hatte, jetzt wiederum einer erheblichen Verbilligung gewichen ist. Das gerade Gegenstück bildet erklärlicherweise der Zinsfuß der gelöschten Hypotheken.

4. Feuerversicherung und Feuerschutz.

Die Zahl der gegen Feuer versicherten Gebäude betrug Ende 1902: 28529, Ende 1901: 27774, Ende 1900: 26545, Ende 1899: 25239; der Versicherungsanschlag dieser Gebäude betrug Ende 1902: 311,93 Mill. Mk., Ende 1901: 295,66 Mill. Mk., Ende 1900: 271,8 Mill. Mk., Ende 1899: 247,8 Mill. Mk. Der Wert der gegen Feuerschaden versicherten Fahrnisse betrug am Schluß des Vorjahres 635,04 Mill., am Schlusse des Berichtsjahres 723,07 Mill. Mk.

Während des Berichtsjahres (Vorjahres) wurden im städtischen Feuerversicherungsbuch eingetragen: 1837 (1754) Gebäudefünftelversicherungen, 4931 (5057) Fahrnisversicherungen und 3127 (2026) Anträge auf Verlängerung bereits bestehender Fahrnisversicherungen erledigt.

Bis Ende 1902 bestanden im Stadtgebiet 138 Feuermelder und waren 2294 Feuermeldeschlüssel zur Ausgabe gelangt. Alarmglocken sind 16 vorhanden. Die Zahl der Hydranten betrug 1119 Stück und zwar im Stadtgebiet 967, in Neckarau 78, in Käferthal 40, in Waldhof 34.

Das 50jährige Jubiläum der Freiwilligen Feuerwehr (11. Nov. 1901), dessen Feier bis nach Fertigstellung der Festhalle verschoben wurde, konnte erst im folgenden Jahre begangen werden. Die Stärke des in sieben Kompagnien eingeteilten Korps betrug Ende 1901 536 Mann, Ende 1902 563 Mann. Da die Umgebung des Übungsgebäudes bei der Mollschule durch Anlage von Straßen und Böschungen immer mehr eingeengt wurde, so konnten nur die Kompagnieübungen, nicht aber die Haupt- und Schlußübung dort abgehalten werden. Auch in diesem Jahre wurde zu diesem Zwecke die zum Abbruch bestimmte Rheintorkaserne verwendet, die ein sehr günstiges Uebungsobjekt darstellte. Die genannte Schlußübung fand am 20. Oktober in Anwesenheit der Behörden statt.

Die städtische Berufsfeuerwehr setzte sich im Jahre 1902 zusammen aus einem Brandmeister, 2 Oberfeuermännern, 3 stellvertretenden Oberfeuermännern, 18 Berufsfeuerwehrmännern und 3 Fahrern, zusammen 27 Mann, die alle in der Weise ausgebildet sind, daß jeder einzelne Mann alle an der Brandstelle vorkommenden Arbeiten auszuführen imstande ist. Aufnahmebedingungen sind: „gelernte Handwerker, gediente Soldaten, gute Führung, gesunder kräftiger Körperbau, Alter höchstens 25 Jahre.“

Die Mannschaft ist in drei Abteilungen eingeteilt. Die Dienstzeit beträgt 48 Stunden, am dritten Tag haben die dienstfreien Leute in den Werkstätten kleine Arbeiten zu verrichten. Durch die Ueberweisung verschiedener Räume im Bauhof konnten die Werkstätten der Berufsfeuerwehr vergrößert und anders eingeteilt werden. Neu eingerichtet wurde eine Schmiede und Schlosserei, vergrößert die Werkstätten für Schreiner, Zimmerleute, Tüncher, Sattler und Schuhmacher. Außerdem konnte eine Fahrerstube, ein Zimmer für die Krankentransportmannschaft und ein Speiseraum für die Mannschaften neu eingerichtet werden. Am 1. Mai 1902 wurde ein von Herrn Generalkonsul C. Reiß der Sanitätskolonne Mannheim zum Geschenk gemachter Sanitätswagen der Berufsfeuerwehr überwiesen und seit dieser Zeit werden die Krankentransporte von letzterer ausgeführt. Die Zahl der ausgeführten Transporte vom 1. Mai bis einschließlich 31. Dezember betrug 495.

Der Löschzug der Berufsfeuerwehr besteht aus zwei Fahrzeugen: Mannschaftswagen und einer 22 m hohen Magirus'schen Drehleiter, an denen je ein zweiräderiger Schlauchkarren angebracht ist. Auf dem Mannschaftswagen sind die erforderlichen Rettungs- und Arbeitsgeräte verladen, die zur Rettung von Menschen und zur erfolgreichen Bekämpfung eines Feuers gebraucht werden. Auf jedem Schlauchkarren befindet sich die Armierung für einen Hydranten, 300 m gummierter Feuerwehrschlauch 52 m/m l. W., 2 Stahlröhren, Schlauchwinkel, Schlauchhalter u. s. w. Auf der Drehleiter befinden sich ebenfalls Sprungtuch und die verschiedenen Werkzeuge. Der Löschzug rückt zu jedem Feuer mit beiden Fahrzeugen (geschlossen) ab, jedoch gestattet die Ausrüstung jedem einzelnen Fahrzeug, ein Feuer erfolgreich anzugreifen. Es ist schon öfters vorgekommen, daß, da bis jetzt noch kein Reservezug zur Verfügung steht, der Löschzug an der ersten Brandstelle geteilt werden mußte, damit ein Fahrzeug nach der mittlerweile gemeldeten zweiten Brandstelle abrücken und das dortige Feuer unterdrücken konnnte.

Die Hilfe der Berufsfeuerwehr wurde im Laufe des Jahres 1902 121 mal verlangt, gegen 168 mal im Vorjahre. In 93 Fällen war Gefahr vorhanden, gegen 137 im Vorjahre. In 19 Fällen war die Gefahr nur eine scheinbare (blinder Lärm) gegen 15 im Vorjahre. In 3 Fällen waren die Meldungen Falschmeldungen, bei denen es sich um Schlägereien u. s. w. handelte, gegen 7 im Vorjahre. In 5 Fällen handelte es sich um Rohrbrüche, gegen 8 im Vorjahre. In einem Fall wurde die Feuerwehr auf Veranlassung Großh. Bezirksamts zur Hilfeleistung bei der Einsturzgefahr des Baugerüstes an dem Neubau der Liebfrauenkirche alarmiert.

In die Vorstädte Neckarau, Käferthal und Waldhof rückt die Berufsfeuerwehr zur Unterdrückung von dort entstandenen Feuern nicht ab; diese werden jeweils von den dort befindlichen Freiw. Feuerwehr-Kompagnien gelöscht. Die Vorstädte sind auch nicht an die städt. Feuermelde-Anlage angeschlossen.

Unter den 106 (150) Bränden des Jahres 1902 (1901) waren 41 (76) Kaminbrände, 40 (45) Kleinfeuer, 20 (19) Mittelfeuer, 5 (10) Großfeuer. Von bemerkenswerten Bränden führt der Bericht des Brandmeisters folgende an:

Am 13. Januar, nachmittags 6 Uhr 58 Min. war in C 2 No. 10a und 11 in einem Lagerraum anscheinend beim Abfüllen von Terpentinöl Feuer entstanden, das mit einem

Strahl 15 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 14. Januar war in dem Hause C 1 No. 1 durch Umfallen eines Lichtes ein Kellerbrand entstanden, der mit einem Strahl 15 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 16. Januar war in der Fruchtbahnhofstraße No. 19 in einem Kohlenlager durch Selbstentzündung ein Haufen Kohlen in Brand geraten, der mit einem Strahl 20 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 1. Februar hatte der Sturm das an der Liebfrauenkirche im Luisenring stehende Baugerüst dem Einsturz nahe gebracht. Das große Gerüst hing dermaßen nach der Seite, daß auf Veranlassung des Großh. Bezirksamts die Berufsfeuerwehr zur Hilfeleistung herangezogen wurde. Die Berufsfeuerwehr stellte bis zur Ankunft einer größeren Anzahl Zimmerleute verschiedene große Streben gegen das Gerüst, welche ein Weiterneigen nach der Seite verhinderten. — Am 3. Februar, vormittags 7 Uhr 40 Min., war in der Fruchtbahnhofstraße No. 13 ein Kohlenhaufen in Brand geraten, der erst nach mehreren Tagen mit einem Strahl von 18 mm Stärke gelöscht werden konnte. Der Kohlenhaufen wurde abgetragen. — Am 19. April, vormittags 1 Uhr 52 Min., war in D 3 No. 12 in den Mansarden ein Feuer ausgebrochen, welches bei der Ankunft des Löschzugs um 1 Uhr 56 Min. bereits die Speicherräume und den Dachstuhl durchbrochen hatte. Das Feuer wurde mit zwei Strahlen von 15 mm Stärke nach 1½ stündiger Tätigkeit unterdrückt. — Am 24. April, nachmittags 5 Uhr 33 Min., entstand in der Waldhofstraße rechts 40 ein Kellerbrand, der mit einem Strahl 15 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 24. April, nachmittags 8 Uhr 35 Min., wurde in D 3 No. 15 (Bankhaus Ladenburg) ein Kellerbrand gemeldet, der mit einem Strahl 20 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 27. April, nachmittags 7 Uhr 44 Min., waren auf dem Speicher des Hauses Lindenhofstraße rechts 64 lagernde Holzvorräte in Brand geraten, wodurch der Speicher und Dachstuhl vom Feuer ergriffen worden war. Das Feuer wurde mit zwei Strahlen von 15 mm Stärke unterdrückt. — Am 8. Mai, vormittags 6 Uhr 30 Min., war in der Güterhallenstraße rechts No. 8 in einem Gebäude der Zollverwaltung ein Zimmerbrand entstanden, der mit einem Strahl von 10 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 22. Mai, nachmittags 9 Uhr 34 Min., entstand in dem Keller des Hauses Schwetzingerstraße links No. 3 ein Brand, der mit einem Strahl 20 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 1. Juli, nachmittags 9 Uhr 6 Min., war in einem Papierlager des Hauses U 1 No. 3 Feuer entstanden, welches mit einem Strahl 20 mm gelöscht wurde. — Am 3. August, nachmittags 12 Uhr 25 Min., war die Werkstätte und ein Schuppen eines Zimmerplatzes in der Mittelstraße 130—136 in Brand geraten, welches mit einem Strahl 20 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 6. August, nachmittags 5 Uhr 45 Min., war in einem Keller des Hauses 6. Querstraße 9 ein Haufen Hobelspäne in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einem Strahl 15 mm Stärke rasch unterdrückt. — Am 10. August, vormittags 10 Uhr 20 Min. war in der Quergewann Lagerplatz No. 28 ein Schuppen, in welchem sich ein Bienenstand befand, in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einem Strahl 15 mm Stärke gelöscht. — Am 10. September, vormittags 1 Uhr 59 Min., war im Langen Rötterweg links 53—59 ein Gärtnereigebäude mit Stallung in Brand geraten. Der Berufsfeuerwehr gelang es gerade noch, rechtzeitig in zwei Mauern Löcher zu brechen und 4 angekettete Ziegen vor dem Verbrennen zu retten. Zwei neben dem bereits brennenden Ziegenstall befindliche Schweine, eine Anzahl Hühner und Tauben kamen in den Flammen um. — Am 5. November, nachmittags 5 Uhr 18 Min., entstand in dem Hause J 2 No. 6 durch Unvorsichtigkeit im Umgang mit Licht ein Kellerbrand, der mit einem Strahl 15 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 5. Dezember, vormittags 7 Uhr 29 Min., war in dem Hause F 4 No. 3 durch Unvorsichtigkeit in einem Magazin, in welchem Putzwolle lagerte, ein Quantum solcher in Brand geraten. Das Feuer wurde mit einem Strahl 15 mm unterdrückt. — Am 8. Dezember,

vormittags 1 Uhr 31 Min. war in dem Hause T 2 No. 13 durch Fahrlässigkeit ein Kellerbrand entstanden, der mit einem Strahl 15 mm gelöscht wurde. — Am 16. Dezember, vormittags 3 Uhr 36 Min., wurde Feuer in dem Bootshaus der Rudergesellschaft im Industriehafen gemeldet. Bei der Ankunft der Berufsfeuerwehr hatte das Feuer bereits zwei Decken des zweiten Stockwerks nach dem Speicher zu zerstört und drohte das Dachgebälk zu ergreifen. Das Feuer wurde sofort mit einem Strahl 10 mm in dem Speicher angegriffen und nach ca. 1 stündiger Tätigkeit unterdrückt. — Am 26. Dezember, vormittags 8 Uhr 59 Min., entstand in einem Bureau des Hauses F 6 No. 1 Feuer, welches mit einem Strahl 10 mm Stärke gelöscht wurde. — Am 26. Dezember, nachmittags 5 Uhr 9 Min., entstand in dem Hause S 6 No. 1 ein Kellerbrand. Bei der Ankunft der Berufsfeuerwehr war das Treppenhaus total verqualmt und es entstand eine große Panik. Mütter schrieen nach ihren Kindern, in den oberen Stockwerken befindliche Frauen riefen laut um Hilfe und nach dem Rettungsschlauch, ganz ängstliche hatten sogar die Absicht, auf die Straße zu springen. Die Mannschaft öffnete zunächst sämtliche Fenster des Treppenhauses, um dem Rauch Abzug zu verschaffen, alsdann wurden die Frauen heruntergeschafft. Mittlerweile war die Schlauchleitung gezogen und das Feuer mit einem Strahl 10 mm Stärke gelöscht. Unter der steinernen Kellertreppe war dort liegende Holzwolle in Brand geraten. Das Feuer wäre nach einer Weile von selbst ausgegangen, ohne daß es sich hätte weiter ausdehnen können, da nirgends in der Nähe brennbares Material vorhanden war.

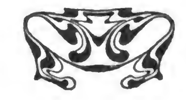
Außerdem werden im Bericht der Freiwilligen Feuerwehr noch folgende Brände erwähnt:

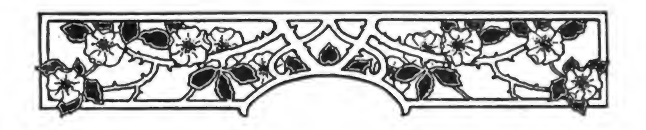
Am 2. Januar, morgens 4 Uhr, brannte der der Firma A. Helmling im Rheinauhafengebiet gelegene Schuppen, worin eine Modellschreinerei und Schlosserei mit Benzinmotorenbetrieb eingerichtet war. Bis die Freiw. Feuerwehr, (VII. Kompagnie) davon Kenntnis erhielt, war das Gebäude schon bis auf den Boden niedergebrannt. — Am 3. August, abends 6½ Uhr, wurde die VI. Komp. durch die Schutzmannschaft alarmiert, da in einem Nebengebäude der Spiegelfabrik ein Kellerbrand entstanden war. Die Kompagnie erschien in Stärke von 55 Mann und bekämpfte das Feuer, das sich durch das Treppenhaus einen Weg bis zu dem den zweiten Stock abschließenden Dach gebahnt hatte. Um 9 Uhr konnte die Löschmannschaft sich wieder zurückziehen. — Am 6. Oktober, nachmittags 3 Uhr, brach in der Scheune des Adam Schollmaier, Vorst. Käferthal, durch Unvorsichtigkeit Feuer aus. Die Scheune war mit Stroh und Heu dicht angefüllt, daher fand das entfesselte Element reichliche Nahrung, sodaß auch die unmittelbar angebaute, ebenfalls dicht mit Frucht, Stroh und Heu angefüllte Scheune des Landwirts Joh. Hoffmann V vom Feuer ergriffen wurde. Beide Scheunen standen fast gleichzeitig in Flammen. In kurzer Zeit war das Feuer auf seinen Herd beschränkt. Die Situation war sehr bedrohlich; denn beide Scheunen waren nur 4—5 Meter von den Wohnhäusern entfernt, und zudem befand sich noch zwischen Scheune und Haus je ein Schuppen, der mit Holzvorräten angefüllt war; trotzdem konnten die Wohnhäuser vor dem Feuer geschützt werden und es ist an denselben nur ein geringer Schaden entstanden.

Verausgabt wurden im Jahre 1902 von der Stadtkasse für Feuerschutzeinrichtungen 58 109.90 Mk. und zwar für die Freiwillige Feuerwehr 8705.40 Mk. Berufsfeuerwehr 48 795.49 Mk., Feuerlöscheinrichtung Waldhof 229.01 Mk., Zuschuß an die Freiwillige Feuerwehr in Neckarau und Käferthal 380 Mk.

Am 1. Januar 1902 trat eine Neuregelung der Feuerschau in Kraft; danach sind von genanntem Zeitpunkt ab die bisherigen 4 Feuerschau-Distrikte der Stadt Mannheim zu einem

einzigen Feuerschau-Bezirk vereinigt und werden die Geschäfte der Feuerschau künftig nur von einem einzigen Feuerschauer versehen. Zugleich bestimmte der Bezirksrat mit Entschließung vom 5. Dezember 1901, daß die Feuerschau in der Stadt Mannheim künftig nur noch alle zwei Jahre und zwar in den Monaten Januar bis Mitte Oktober vorgenommen wird. Es wird demzufolge die Feuerschau künftig in den nachstehend bezeichneten Stadtgebieten abwechselnd alle zwei Jahre vorgenommen: 1. Stadtgebiet westlich der Breitenstraße und ihrer Verlängerung bis zur Auffahrt zur Rheinbrücke sowie Neckarvorstadt und Käferthalerstraße bis zur ehemaligen Gemarkungsgrenze, 2. Stadtgebiet östlich der Breitenstraße, Schwetzingervorstadt und Lindenhofstadtteil.





VII. Gesundheitspflege, Nahrungsmittelpolizei, Totenbestattung.

1. Der Gesundheitszustand.



ie Zahl der in Mannheim und in den Vororten praktizierenden Ärzte betrug im Berichtsjahr 104 (97), von denen 88 Mitglieder der Gesellschaft der Ärzte sind. An Stelle des zum Obermedizinalrat und Medizinalreferenten beim Ministerium des Innern ernannten Bezirksarzts Dr. Franz Greiff wurde der Bezirksarzt Medizinalrat Dr. Josef Kugler in Konstanz zum Bezirksarzt I ernannt. Das Adreßbuch führte Ende 1902 (1901) auf: 32 (34) Zahnärzte und Zahntechniker, 72 (70) Hebammen, 20 (20) Wundarzneidiener und 7 (7) Tierärzte.

Bezüglich der Sterblichkeit im Berichtsjahr verweisen wir auf das früher Gesagte und geben hier über die Todesursachen nachstehende Zusammenstellung:

Todesursachen	Männlich	Weiblich	Zusammen
Unterleibstyphus	1	3	4
Flecktyphus	1	—	1
Wechselfieber und Sumpffieber	—	—	—
Pocken	—	—	—
Masern	29	28	57
Scharlach	5	11	16
Keuchhusten, Stimmritzenkrampf	16	21	37
Diphtherie und Croup, Bräune	14	13	27
Influenza	4	1	5
Asiatische Cholera	—	—	—
Übertrag	70	77	147

Todesursachen	Männlich	Weiblich	Zusammen
Übertrag	70	77	147
Brechdurchfall	1	1	2
Andere epidemische Krankheiten	3	1	4
Lungentuberkulose	203	161	364
Hirnhauttuberkulose	13	7	20
Sonstige Tuberkulose	22	23	45
Krebs jeder Art	31	63	94
Hirnhautentzündung	46	55	101
Hirnschlag, Hirnerweichung	33	17	50
Herzfehler	49	51	100
Akuter Bronchialkatarrh	30	15	45
Chronischer Bronchialkatarrh	10	16	26
Lungenentzündung	135	100	235
Magenkrankheiten (außer Krebs u. Magendarmkatarrh)	11	9	20
Brechdurchfall und Magendarmkatarrh von Kindern unter 2 Jahren	307	236	543
Unterleibsbrüche, Darmverschluß	7	9	16
Lebercirrhose	9	4	13
Nierenleiden	31	19	50
Krankheit der weiblichen Geschlechtsorgane	—	4	4
Kindbettfieber	—	12	12
Andere Schwangerschafts- und Entbindungskrankheiten	—	9	9
Angeborene Lebensschwäche	154	122	276
Altersschwäche	24	45	69
Gewaltsamer Tod	54	18	72
Selbstmord	48	13	61
Übrige Todesursachen	187	150	337
Unbestimmte oder nicht angegebene Todesursachen (einschl. Wassersucht, Herzlähmung, Herzschlag zc.)	116	100	216
Zusammen	1594	1337	2931

2. Hygienische Einrichtungen und Vorkehrungen.

Der Krankenzugang im allgemeinen Krankenhaus war während des Berichtsjahrs mit 4894 Personen etwas geringer als im Vorjahr mit 5106 Personen, dagegen ist die Zahl der Verpflegungstage in den drei letzten Jahren von 122268 auf 133645 und 138215 gestiegen. Über die **Krankenbewegung** in den hiesigen Krankenhäusern giebt nachstehende Tabelle Aufschluß.

Anstalt		Stand Ende 1901	Zugang 1902	Abgang durch		Stand Ende 1902
				Entlassung	Tod	
Allgem. Krankenhaus	männlich	246	2913	2717	177	265
	weiblich	107	1981	1821	112	155
Krankenhaus Käferthal	männlich	12	81	72	7	14
	weiblich	—	36	29	—	7
Diakonissenhaus	männlich	9	264	201	64	8
	weiblich	23	381	327	55	32

Der von Kommerzienrat und Generalkonsul Reiß für die Sanitätskolonne gestiftete Krankentransportwagen wurde der Stadtverwaltung zur Benützung überlassen und, wie schon erwähnt, von dieser der Berufsfeuerwehr zur Besorgung der Krankentransporte anvertraut. Die Bedienung besteht aus zwei im Sanitätsdienst ausgebildeten Leuten.

Für die Dienstleistungen der Mannschaft und die Bereitstellung der Pferde werden bei jedem einzelnen Transport folgende an die Krankenhauskasse zu entrichtende Vergütungen erhoben: für einen Transport innerhalb des Rings 3 Mk., außerhalb des Rings in der alten Gemarkung 4 Mk., für einen Transport von und nach den Vororten Käferthal, Waldhof und Neckarau 5 Mk. Für die Nachttransporte (wenn solche in der Zeit zwischen abends 10 Uhr und 6 Uhr morgens ausgeführt werden) wird ein Zuschlag von 1 Mk. erhoben. Bei Transporten, die nach dem städt. Krankenhaus angenommen werden, ist von der Berufsfeuerwehr sofort beim Abrücken des Sanitätswagens die Krankenhausverwaltung telephonisch zu verständigen, daß die Einlieferung eines Kranken oder Verletzten bevorsteht. So weit bekannt, sind die näheren Umstände der Erkrankung oder Verletzung mit anzugeben.

Im Wöchnerinnenasyl kamen 929 (747) Frauen nieder; 118 größere Operationen waren nötig. Seit Bestehen der Anstalt fanden in derselben 5317 Geburten statt und wurden 5393 Kinder — 76mal Zwillinge — geboren. Der im November 1901 begonnene Neubau des Asyls wurde soweit gefördert, daß er im Frühjahr 1903 bezugsfertig war. Wegen Überfüllung des alten Hauses wurden provisorisch einige Zimmer in der früheren Dragonerkaserne zu Hilfe genommen, die der Stadtrat zur Verfügung stellte.

Die Mitgliederzahl der Freiwilligen Sanitätskolonne betrug Ende des Jahres 91, wovon 60 der mobilen und 31 der lokalen Abteilung angehören. Im Dezember wurde der 13. Ausbildungskurs eröffnet.

Es wurden mehrere Sanitätsübungen im Gelände veranstaltet, so im April beim städtischen Elektrizitätswerk und im Oktober bei der chemischen Fabrik Wohlgelegen. Die segensreiche Tätigkeit der Kolonne machte sich in der Öffentlichkeit besonders während der Junifesttage bemerkbar; so wurde die Sanitätswache in der landwirtschaftlichen Ausstellung 96mal in Anspruch genommen, darunter waren 8 schwere und 5 mittelschwere Fälle.

Die Ortskrankenkasse Mannheim I veranstaltete wieder mehrere populärmedizinische Lehrkurse und Vorträge; u. a. sprach Dr. Markuse über Entstehung, Wesen und Bekämpfung der Tuberkulose, Dr. Schliferowitsch über das Ohr im gesunden und kranken Zustande. In diesem Zusammenhang sei ferner erwähnt, daß der Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke im April eine öffentliche Versammlung abhielt, in welcher Nervenarzt Dr. Max Friedmann von hier, Fabrikinspektor Dr. Fuchs aus Karlsruhe und Medizinalrat Dr. Kürz aus Heidelberg über die gesundheitlichen, sozialen und wirtschaftlichen Schädigungen durch den Alkoholmißbrauch sprachen.

In der Absicht, eine Heilanstalt für weibliche Lungenkranke aus hiesiger Stadt zu gründen, trat ein Komité von Herren und Damen zusammen; als geeigneter Bauplatz wurde ein Grundstück im Schriesheimer Tal gewählt.

Zur Aufbringung des erforderlichen Kapitals wurden Anteilscheine zu 1000 Mk. ausgegeben, von denen die Stadtgemeinde 20 zu übernehmen beschloß. Durch Beteiligung privater Wohltäter und der Deutschen Centrale für Lungenheilstätten war bis Ende 1902 eine Summe von 130000 Mk. gesichert, so daß die baldige Verwirklichung des Planes in Aussicht stand. Der Zweck dieser Heilstätte ist, solchen weiblichen Kranken, die, weil nicht versicherungspflichtig, keine Aufnahme in den Landesheilanstalten finden können oder deren Mittel das Aufsuchen von Privatheilanstalten nicht gestatten, eine Anstalt zu bieten, in der es den unbemittelten Familien möglich werden soll, beim Auftreten der verheerenden Krankheit ihre Kranken unterzubringen und der Heilung entgegen zu führen.

Die Armenkommission hat auch in diesem Jahre einer Reihe von lungenkranken Personen durch Übernahme der Verpflegungskosten die Möglichkeit einer Kur in einer Lungenheilanstalt verschafft. Der Bürgerausschuß hatte zu diesem Zwecke wiederum den bisherigen Betrag in den Voranschlag der Armenkommission eingestellt, und außerdem wurde aus vorhandenen Stiftungsmitteln ein Teil der Kosten bestritten.

Eine immer wichtigere Rolle in der öffentlichen Gesundheitspflege spielen die Bäder. Da die Stadtgemeinde einerseits infolge der Errichtung getrennter Schulbäder für Knaben und Mädchen in jedem neuerbauten Schulhause, andererseits infolge der Erstellung von Brause- und Wannenbädern für die minderbemittelte Bevölkerung in jedem Stadtteile und überdies dadurch, daß sie die Benützung sämtlicher hiesigen Privatanstalten für jene Volksklassen durch Übernahme eines Teiles der Benützungsgebühr auf die Stadtkasse ermöglichte, einen ungewöhnlich hohen Kostenaufwand für Badeeinrichtungen zu bestreiten hat, konnte eine umfassende öffentliche Badeanstalt seitens der Stadtgemeinde bis jetzt nicht ausgeführt werden. Indessen befindet sich unsere Stadt durch ihre ausgezeichneten Rheinbäder in einer nicht hoch genug anzuschlagenden Vorzugslage. Neben gut eingerichteten privaten Rheinbadeanstalten dienen dem Wohle der Allgemeinheit die städtischen Freibäder, die von jedermann völlig unentgeltlich benützt werden können. Nachdem das oberhalb der Rheinbrücke auf-

gestellte ehemalige Stammel'sche Rheinbad zu einem städtischen Frauenbad umgebaut und am 24. Juni dem Betrieb übergeben worden war, konnte das städtische Freibad an der Stephanienpromenade an allen Wochentagen ausschließlich der Benützung von Männern und Knaben überlassen werden.

Unterm 14. Juni 1902 wurde eine neue „Betriebsordnung für das städtische Männer- und Knabenbad" als ortspolizeiliche Vorschrift erlassen, und am gleichen Tage eine solche für das städtische Frauenbad. In der letzteren wird u. a. bestimmt: Die Badeanstalt ist geöffnet für Frauen und Mädchen von Morgens 5 Uhr bis zum Eintritt der Dämmerung und zwar bei freiem Eintritt an allen Werktags-Nachmittagen von Mittags 12 Uhr ab und an allen Sonn- und gesetzlichen Feiertagen den ganzen Tag; gegen eine Gebühr von 20 Pfennig pro Person an allen Werktag-Vormittagen bis Mittags 12 Uhr. Für die Benützung der für sich abgeschlossenen Einzelbäder wird von jeder Person eine Gebühr von 25 Pfennig pro Bad erhoben. Kinder im Alter bis zu 6 Jahren sind in Begleitung Erwachsener frei.

Der Verkauf der sog. Arbeiterbadekarten zur Benützung der privaten Badeanstalten findet seit 1. April nicht mehr in den seitherigen Verkaufsstellen, sondern beim Sekretariat der Arbeiterversicherungskommission statt. Zum Bezug von Arbeiterbadekarten sind berechtigt: Arbeiter, Arbeiterfrauen und weibliche Dienstboten, welche in der Stadtgemeinde Mannheim ihren Wohnsitz haben. Die Badekarten werden bis zu 6 Stück an einzelne Personen abgestempelt abgegeben, dürfen aber nur von dem Abholenden selbst oder von dessen auf den Karten genau bezeichneten, mit dem Abholenden in häuslicher Gemeinschaft zusammenlebenden Familienangehörigen benützt werden. Die Badekarten haben eine Giltigkeitsdauer von acht Tagen. Der Umtausch der ungültig gewordenen Karten ist jedoch gestattet.

Die Zahl der mit solchen Karten und in den privaten Anstalten badenden Personen betrug:

Badeanstalt	1900	1901	1902
Im Brausebad Neckarvorstadt	20660	21009	30682
„ „ Schwetzingervorstadt	31470	25107	1616
„ „ Lindenhof (seit Oktober 1901 in Betrieb)	—	7709	48247
„ „ Neckarau	27523	25704	16187
Zusammen in den städtischen Brausebädern	79653	79529	96732
Karten für Arbeiterbäder in privaten Badeanstalten kamen zur Ausgabe	66485	55594	33550
Gesamtsumme	146138	135123	130282

Das im Oktober des Vorjahrs dem Betrieb übergebene Brausebad Lindenhof hat hiernach in kurzer Zeit die Schwesteranstalten an Frequenz weit überholt. Die Zahl der für Arbeiter-Bäder in privaten Badeanstalten ausgegebenen Karten ist auch im Berichtsjahr sehr erheblich zurückgegangen; sie betrug nur ungefähr die Hälfte der im Jahr 1900 abgegebenen.

Die städtische Desinfektionsanstalt wurde im Berichtsjahr (Vorjahr) 941 (1033) mal in Anspruch genommen und zwar wegen Typhus 40 (28), Diphtherie 153 (119), Scharlach 332 (547), Tuberkulose 360 (262), aus sonstigen Gründen 56 (77) mal.

Über das **Abfuhrwesen** gibt folgende Statistik der städtischen Fuhr- und Gutsverwaltung Aufschluß.

im Jahre	Entleerte Gruben				Haushaltungsabfälle		Abgefahrene Wagen mit Straßenkehricht
	mittelst Lokomobilen		auf sonstige Art		Zahl der entleerten Häuser	Abgefahrene Wagen	
	Zahl der Gruben	cbm	Zahl der Gruben	cbm			
1902	8358	79496	436	1741	572968	9920	1303
1901	11911	117515	463	1775	589908	10071	1285
1900	13685	142891	538	2077	557261	9621	1194
1899	14596	144610	382	1320	541445	8272	1335

Die §§ 15 und 16 der ortspolizeilichen Vorschrift vom 16. März 1881, die Entleerung der Abtritts- und Dunggruben ꝛc. betr., erhielten im März 1902 nachstehende veränderte Fassung: „Jeder Hauseigentümer ist verpflichtet, den gesamten Hausunrat, als Kehricht, Küchenabfälle, Feuerungsrückstände ꝛc., abzuführen oder auf seine Kosten abführen zu lassen. Die Abfuhr sämtlicher gewerblichen Abfälle und zwar sowohl Feuerungsrückstände als Materialabfälle ist Sache des betreffenden Gewerbetreibenden. Auf Verlangen übernimmt die Stadtgemeinde die Abfuhr der Haushaltungsabfälle gegen Vergütung nach einem vom Stadtrat festzusetzenden Tarif. In diesem Falle haben die Hausbewohner die Abfälle zum Zwecke einer regelmäßigen Abfuhr in handlichen Gefäßen zu sammeln und sind letztere im Hofe oder an einem sonst leicht zugänglichen Ort bereit zu halten. Die Abfuhr gewerblicher Abfälle übernimmt die Stadtgemeinde nur auf Grund besonderer Vereinbarung gegen entsprechende Vergütung. Die Abfuhr der Haushaltungsabfälle hat dreimal wöchentlich zu erfolgen und zwar in den Quadraten Litra A—K einschließlich des Stadtteils jenseits des Neckars und des Jungbuschs Montags, Mittwochs und Freitags, in den Quadraten L—U einschließlich Schwetzingervorstadt und Lindenhof Dienstags, Donnerstags und Samstags."

Der am 28. Februar vom Stadtrat beschlossene **neue Tarif** über die Kosten der Abfuhr der **Haushaltungsabfälle** trat am 1. April 1902 in Wirksamkeit. Die Vergütung wird gleichzeitig mit dem Wasserzins erhoben. Abfälle aus den zu industriellen Zwecken dienenden Gebäuden werden nicht mehr abgeführt, wenn nicht seitens der betr. Gewerbetreibenden mit der Fuhrverwaltung eine besondere Vereinbarung hierwegen getroffen wird.

Der Tarif besagt: Als Entgelt für die Abfuhr der sog. Haushaltungsabfälle wird eine jährliche Vergütung von $^2/_3$ Prozent des Mietwertes erhoben. Dabei werden die Läden, Magazine und Wirtschaften nur mit $^2/_3$ ihres Mietwertes zur Berechnung der Vergütung beigezogen. Die Vergütung wird erhoben für solche Gebäude, welche als Wohnungen, Handwerker-Werkstätten, Wirtschaften, Läden, Komptoirs und Lagerräume verwendet werden; nicht dagegen für Gebäude zu industriellen Zwecken. Die Anforderung erfolgt, insofern es sich um Mietwohnungen von über 300 Mk. jährlichen Mietwertes handelt, direkt bei den Mietern unter Haftbarkeit des Liegenschaftsbesitzers, in allen übrigen Fällen bei dem Liegenschaftsbesitzer selbst. Erfolgt nach Verlauf eines Monats seitens der Mieter keine Zahlung, so hat der Liegenschaftsbesitzer ungesäumt hierfür aufzukommen. Eine Klage seitens der Stadtgemeinde gegen einen säumigen Mieter findet demnach nicht statt. Die Vergütungen werden in vierteljährlichen Raten im voraus erhoben. Für Mietwohnungen mit einem Mietwert bis zu 150 Mk. ist keine Vergütung, für solche mit einem Mietwert von über 150 Mk. bis

300 Mk. eine Pauschalvergütung von 1 Mk. zu entrichten. Der Berechnung der Vergütung für die Abfuhr der Haushaltungsabfälle werden diejenigen Mietwertbeträge zu Grunde gelegt, die von den Pflichtigen fatiert oder von der Stadtverwaltung nach Maßgabe des Wasserstatuts, im Falle der Nichtanmeldung oder unrichtigen Anmeldung durch Abschätzung ermittelt worden sind.

Die Neufestsetzung dieses Tarifs erfolgte mit Rücksicht darauf, daß der Stadtkasse aus dem Abfuhrgeschäft von Jahr zu Jahr steigende Kosten erwuchsen, die von 40000 Mk. Zuschuß im Jahre 1895 auf 84000 Mk. Zuschuß im Jahre 1902 emporschnellten.

Die ortspolizeiliche Vorschrift vom 11. Juli 1892 betr. den Anschluß der überbauten Grundstücke an die öffentlichen Kanäle (Hausentwässerungsordnung, Anschluß der Aborte an die städtischen Kanäle) wurde in verschiedenen Paragraphen abgeändert und durch Erlaß des Großh. Landeskommissärs vom 22. Februar 1902 für vollziehbar erklärt, mit der Maßgabe, daß die neuen Paragraphen erst am Tage der Fertigstellung der Ausleitung der Kanalisation in den Rhein, sowie der Klärungs- und Desinfektions-Anlage in Kraft treten.

Die Ausführung der städtischen Sielbauten erstreckte sich im Jahre 1902 hauptsächlich auf die Sammelsiele bezw. Vorflutsiele zur Ableitung der Schmutzwasser aus den Entwässerungsgebieten rechts und links des Neckars, sowie der Vororte Käferthal, Waldhof und Neckarau, sowie auf die Pumpwerke im Ochsenpferch und in Neckarau. Mit dem Bau des Ochsenpferch-Pumpwerks wurde am 4. August 1902 begonnen; bis Ende des Berichtsjahres waren die Fundamente bis auf Banketthöhe der Sandfänge = 89,20 m N. N. fertiggestellt. Da am Neckarauer Pumpwerk erst am 1. November 1902 begonnen werden konnte, wurde bis Schluß dieses Jahres nur die Ausschachtung beendet. Über die Längen der bis Ende 1902 ausgeführten Sielbauten, die Zahl der vorhandenen Sinkkästen, die Pumpwerkarbeiten und die gesamten Baukosten unterrichtet nachstehende Zusammenstellung:

Bezeichnung der Bauten	Ausgeführte				Baukosten
	Backsteinsiele m	Rohrsiele m	Düker m	Sinkkasten Zahl	Mk.
Von 1890 bis Ende 1901 ausgeführte Sielbauten des neuen Systems . . .	38103.22	43081.17	366.74	1990	6085090.90
Im Berichtsjahre 1902 ausgeführte Siele und Sinkkasten des neuen Systems .	7638.56	2194.12	—	158	1279476.87
Im Berichtsjahr 1902 ausgeführte Pumpwerke:					
Pumpwerk im Ochsenpferch der Neckarvorstadt (Fundamente)	—	—	—	—	40054.31
Pumpwerk Neckarau (Aushubarbeiten)	—	—	—	—	8481.49
In Summa Sielbauten des neuen Systems bis Ende 1902	45741.78	45275.29	366.74	2148	7413103.57
Gesamtlänge der Sielbauten	91383.81				

Bezeichnung der Bauten	Ausgeführte Backsteinsiele m	Rohrsiele m	Düker m	Sinkkasten Zahl	Baukosten Mk.
Übertrag	—	91383.81	—	2148	7413103.57
Beibehaltene und vor 1890 gebaute Siele und Sinkkasten des alten Systems	—	11148.90	—	528	1360112.92
Summa der bis Ende 1902 in Betrieb befindlichen Siele und Sinkkasten . .		102532.71		2676	
Gesamtbaukosten bis Ende 1902 . . .					8773216.49

3. Nahrungsmittelpolizei.

Eine große Anzahl Untersuchungen von Nahrungs- und Genußmitteln wurde im städtischen chemischen Laboratorium vorgenommen; u. a. von Milch 987 Lieferproben und 243 Stallproben, davon wurden beanstandet 372 bezw. 8, Schweinefett (Schmalz) 544 mit 3 Beanstandungen.

Daß der hiesige Schlacht- und Viehhof als ein mustergiltiges Institut bezeichnet werden muß, ist längst erwiesen. Selbst die Gewerbetreibenden hiesiger Stadt, die sich lange Zeit gegen den Neubau ausgesprochen hatten in der Befürchtung, daß die Kosten für die Gesamtanlage zu hoch bemessen wären und demgemäß die Gebühren eine unerträgliche Höhe erreichen würden, sind jetzt, wie der Jahresbericht der Schlachthofdirektion ausführt, der Überzeugung, daß die seiner Zeit ausgesprochenen Befürchtungen nicht zutreffend gewesen sind. Im Gegenteil, man bedauert jetzt, daß die Abstriche, welche am ursprünglichen Plane gemacht wurden, zu weitgehend waren, weil man im Laufe der Zeit doch genötigt war, mehrere seiner Zeit nicht genehmigte Einrichtungen nachträglich zur Ausführung zu bringen. Eine große Anzahl von Kommissionen deutscher und ausländischer Städte und Regierungskommissäre haben die Anstalt besichtigt, dieselbe als mustergiltig erklärt und den Typus derselben bei den betreffenden neuen Anlagen als den allein richtigen zu Grunde gelegt. Es gilt dieses namentlich für die Gruppierung der einzelnen Abteilungen zu einander, welche sich enge an den ganzen Arbeitsbetrieb anschließt.

Zwei Kommissionen aus Frankreich — Lyon und Paris — haben namentlich die praktische Seite unseres Hallensystems gegenüber dem dort noch gebräuchlichen Zellensystem hervorgehoben, das leider in einigen Städten Deutschlands nach französischem Muster angenommen wurde. Die höchste Anerkennung, die unsere Anlage durch das Ausland erfahren hat, stammt merkwürdigerweise aus Amerika. Henry Alvord, ein Mitglied des Staatsdepartements für Landwirtschaft in Washington, hat im Auftrage der Regierung viele Anlagen in Europa

besucht und einen Bericht erstattet, der im Druck vorliegt. Der Bericht beschäftigt sich mit zwei Städten, nämlich Paris und Mannheim und beginnt folgendermaßen: „Die Musteranlagen von Schlacht- und Viehhöfen werden gegenwärtig in Deutschland gefunden. Das ist anerkannt sowohl durch die französischen Autoritäten und solche aller anderen Länder. In Deutschland befinden sich gut eingerichtete Anlagen in manchen großen Städten, aber die neuesten mit den besten Einrichtungen und die als die besten anerkannten sind diejenigen in Halle und insbesondere in Mannheim". Der Bericht enthält eine genaue Beschreibung der hiesigen Anlage mit einem Plan und mit sehr instruktiven photographischen Aufnahmen, welche wesentlich zur Erläuterung des Berichtes beitragen und schließt mit den Worten: „Es ist anzunehmen, daß die jetzige Einrichtung für eine bedeutend größere Bevölkerung genügt, und daß, was die Hauptsache ist, die Anlage in allen ihren Teilen auf das Doppelte vergrößert werden kann, ohne daß die grundlegende Disposition der einzelnen Abteilungen geändert werden muß oder die Harmonie des Ganzen gestört wird."

Der Verbrauch an Schlachtvieh ist gegenüber dem Vorjahr etwas zurückgegangen. Es hat dieses seine Ursache in der allgemeinen ungünstigen Lage. Auch der große Import von Fischen, welcher infolge der hohen Fleischpreise gestiegen ist, beeinflußte den Fleischverbrauch. Nur bei den Ochsen- und Farrenschlachtungen war ein erhöhter Verbrauch zu bemerken. An Großvieh wurden im Berichtsjahr geschlachtet: 16400 Stück gegen 16866 im Vorjahr und zwar 2310 (1798) Ochsen, 1645 (1437) Farren, 3174 (3407) Kühe, 9261 (10224) Rinder. Die Pferdeschlachtungen betrugen 540 Stück, gegen 472 des Jahres 1901, haben also um 68 Stück zugenommen.

Ein bedeutender Rückgang ist bei den Kleinviehschlachtungen eingetreten. Insbesondere der Rückgang des Schweinefleischkonsums ergiebt unerfreuliche Resultate, aber auch in den übrigen Fleischarten machte sich der Einfluß der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes auf die Konsumkraft der Bevölkerung geltend. An Kleinvieh wurden geschlachtet 75164 Stück gegen 84166 Stück im Jahre 1901 und zwar: 22266 (23066) Kälber, 3540 (3812) Schafe, 572 (512) Ziegen, 215 (449) Zicklein, 48571 (56331) Schweine und 2 Ferkel.

Gleichen Schritt mit den verminderten Schlachtungen hält die Einfuhr geschlachteten Fleisches. Nur die Einfuhr geschlachteter Schweine zeigte eine Zunahme, was hauptsächlich durch den Bezug von 253 geschlachteten Schweinen aus Österreich zur Zeit der Preissteigerung seine Ursache findet. Die Wenigereinfuhr ist im Interesse der Metzger, wie auch vom Standpunkt der Fleischbeschau aus zu begrüßen, immerhin aber geben die abnormen Ausfälle ein unerfreuliches Bild von der schon lange herrschenden Krisis im Gewerbe.

Die Konfiskationen von Großschlachtvieh sind gegenüber dem Vorjahr um 28 Tiere zurückgegangen, was bestätigt, daß die Qualität der Schlachtware eine bessere geworden ist. Die Beanstandungen von Kleinvieh sind ungefähr die gleichen geblieben wie im Jahr 1901. Den größten Prozentsatz an Beanstandungen stellt wieder die Tuberkulose, wegen deren 68

Tiere beseitigt wurden. Außerdem wurden 1325 Lungen, 594 Lebern, 102 Brust-, 111 Bauch- und 199 sonstige Organe dem menschlichen Genusse entzogen. Von dem hier geschlachteten und eingeführten Fleisch wurden 218 (282) Tiere der Freibank überwiesen, nämlich 2 Ochsen, 3 Farren, 129 Kühe, 19 Rinder, 26 Kälber und 39 Schweine. Es ist ein Rückgang der Freibank-Verweisungen zu konstatieren und zwar von 48 Stück Großvieh und 16 Stück Kleinvieh.

Nach obigen Darstellungen ergibt sich für Mannheim einschließlich der Vororte ein Fleischverbrauch von 2313 (1799) Ochsen, 1640 (1434) Farren, 9507 (10582) Rindern, 3070 (3267) Kühen, 551 (481) Pferden, 22446 (23324) Kälbern, 3624 (4019) Schafen, 574 (513) Ziegen, 1460 (1963) Zicklein und 49579 (56987) Schweinen. Die eingeklammerten Zahlen sind die Resultate des Vorjahres. Im Jahresdurchschnitt beträgt der tägliche Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung 0,166 kg gegen 0,18 kg im Jahre 1901 und 0,19 kg im Jahre 1900.

4. Totenbestattung.

Über die im Berichtsjahr (Vorjahr) vorgenommenen Beerdigungen unterrichtet nachstehende Tabelle. Es wurden beerdigt:

	Personen über 15 Jahren		Kinder unter 15 Jahren		Zusammen	
auf dem christl. Friedhof	933	(984)	1619	(1863)	2552	(2847)
„ „ israel. „	52	(65)	16	(9)	68	(74)
„ „ Friedhof Käferthal . .	64	(75)	169	(216)	233	(291)
„ „ „ Neckarau . . .	90	(74)	187	(270)	277	(374)
zusammen	1139	(1198)	1991	(2358)	3130	(3556)

Mit dem Neubau der Leichenhalle auf dem Hauptfriedhof wurde nach Beendigung der durch den Einsturz bedingten Aufräumungs- und Abbrucharbeiten fortgefahren; die Rohbauarbeiten wie der innere Ausbau wurden so weit gefördert, daß das Gebäude im Anfang des Jahres 1903 seiner Bestimmung übergeben werden konnte.

Die Zahl der Feuerbestattungen im hiesigen Krematorium betrug 42 gegen 20 im Vorjahr, unter den Verbrannten waren 16 bezw. 7 von auswärts.

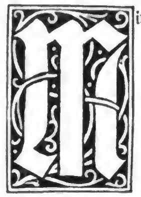
Der Verein für Feuerbestattung Mannheim-Ludwigshafen erlangte durch die Eintragung ins Vereinsregister Rechtspersönlichkeit und stellte neue Satzungen auf, die es ermöglichen, den Hinterbliebenen solcher ordentlichen Vereinsmitglieder, deren Leichen durch Feuer bestattet werden, den Mindestbetrag der Feuerbestattungskosten von etwa 70 Mk. auszubezahlen.





VIII. Feste, Versammlungen und Kongresse.

1. Festlichkeiten.



Mit dem üblichen Programm wurde am 26. und 27. Januar der Geburtstag des deutschen Kaisers gefeiert. Es fanden statt: Schulfeiern, Zapfenstreich, Parade der Garnison, Festessen und Festvorstellung im Hoftheater (Kleist: „Der Prinz von Homburg"). Den Höhepunkt der Festlichkeiten des Jahres 1902 in Mannheim bildete im Juni die Anwesenheit des Großherzogspaares, worüber wir bereits in Kapitel II berichteten. Ein hervorragender patriotischer Festtag war die mit dem 50. Regimentsjubiläum unserer Grenadiere verbundene Feier der **Enthüllung** des Moltke-Denkmals (vgl. S. 95) am Sonntag, den 19. Oktober. Der Feier wohnte das Großherzogspaar, der Erbgroßherzog, Prinz Karl von Baden und als Vertreter der Familie Moltke Generalleutnant Graf Moltke, des Feldmarschalls Neffe, bei. Der Zeughausplatz und seine Umgebung war prächtig geschmückt, dem Denkmal gegenüber erhob sich, wie unser Bild zeigt, ein Ehrenpavillon für die Fürstlichkeiten.

Eröffnet wurde die Feier durch den Einmarsch des Festzugs, der sich auf dem Marktplatz aufgestellt hatte. Den Zug eröffnete die Grenadierkapelle, dann kamen die Veteranen und anschließend hieran die Fahnendeputationen der hiesigen militärischen Vereine, dahinter die Mitglieder dieser Vereine. Weiter marschierten in dem Festzuge die Turnvereine, Rudervereine, Radfahrervereine ꝛc., ein mächtiger Zug, der vor dem Fürstenzelt vorbeidefilierte. Nachdem der Einmarsch des Zuges beendigt war, spielte die Grenadierkapelle den Choral „Ein' feste Burg ist unser Gott", sodann trugen die vereinigten Sänger unter Hofkapellmeister Langers Leitung den Chor „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre" mit Orchesterbegleitung vor.

Hierauf bestieg der Vorsitzende des Denkmalausschusses, Kommerzienrat und Generalkonsul **Reiß** das Rednerpult und hielt eine zündende Weiherede, deren Schluß wir hierhersetzen möchten: „Nun noch ein Wort an die Jugend, die, unserem Rufe folgend, in hellen Haufen herbei-

geströmt ist. Ich rufe Euch zu: ‚Vergeßt den großen Toten nicht, werdet würdig Eurer Väter und Ahnen, die in bangen, schweren, innern und äußern Kämpfen des Vaterlandes Größe und Einheit erstritten. Haltet fest zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland in guten und in bösen Tagen, sodaß auch Ihr in der Stunde der Gefahr mit vollem Recht singen könnt, so wie die Alten es getan: ‚Lieb' Vaterland magst ruhig sein!' Wenn aber einst in ferner Zeit die Furie des Krieges wieder Deutschland bedrohen sollte, so möge eine gütige Vorsehung Seiner Majestät dem Kaiser, unserem obersten Kriegsherrn, so gute Berater zur Seite stellen, wie im Jahre 1870. Das walte Gott! Mit der gnädigen Erlaubnis Seiner Königl. Hoheit des Großherzogs übergebe ich nun das Denkmal der Stadt Mannheim. Möge sie es in gute Obhut nehmen, und mit dem Wahlspruch des Grafen Moltke, den dieser einst einschrieb in das goldene Buch der Stadt Nürnberg: ‚Alle Zeit treu bereit für des Reiches Herrlichkeit' rufe ich jetzt: Die Hülle, sie falle!" Unter dem Krachen der Böllerschüsse und während die Musik den Präsentiermarsch spielte, fiel die Hülle von dem Denkmal.

Oberbürgermeister **Beck** übernahm das Denkmal als Vertreter der Stadtgemeinde und wies mit Worten wärmsten Dankes für die mühevolle Arbeit des Denkmalkomités darauf hin, daß die Lücke, die noch bestand in den Denkmälern unserer Stadt für Deutschlands drei große Männer: Kaiser Wilhelm I., Bismarck und Moltke, nunmehr ausgefüllt sei. Seine Rede schloß mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Großherzog und das großherzogliche Haus. Hierauf ergriff S. kgl. Hoheit der Großherzog das Wort:

„Empfangen Sie auch meinerseits den Dank dafür, daß Sie es unternommen haben, dieses große, herrliche Denkmal zu setzen. Ich will nicht wiederholen, was die beiden Redner gesagt haben bezüglich dessen, was es bedeuten soll und bedeuten wird für alle Zukunft. Aber das eine möchte ich sagen: halten wir alle fest an dem, was geworden ist durch dessen Hilfe; denn man muß Zeuge gewesen sein, um zu wissen, was unser großer Kaiser Wilhelm an diesem Manne hatte; nicht nur Rat, sondern Kraft und Willenskraft zur Durchführung. Und dem verdanken wir, daß es so geworden ist. Die Wege, auf denen das hat zustande kommen können, hat unser alter Kaiser geschaffen. Unser jetziger Kaiser wird die Pfade weiter gehen, die eröffnet worden sind und die ihm die Möglichkeit geben, über ein tapferes Heer zu befehligen, das durch seinen Großvater gestaltet wurde. Daß das so werde, das hoffen wir. Wir wünschen und glauben es. In diesem Glauben fordere ich Sie auf, mit mir zu rufen: Seine Majestät der Kaiser lebe hoch! hoch! hoch!"

Nachdem das stürmisch aufgenommene Hoch verklungen war, folgte als allgemeiner Gesang die erste Strophe der „Wacht am Rhein". Nunmehr wurde den Großh. Herrschaften der Schöpfer des Denkmals, Professor Uphues vorgestellt, unter dessen Führung sie das Denkmal besichtigten. Die Großh. Herrschaften sprachen sich dem Künstler gegenüber sehr anerkennend über das Denkmal aus. Hierauf wurden von den militärischen und anderen Vereinen Kränze am Fuße des Denkmals niedergelegt. Die Feier endete um halb 1 Uhr, worauf die Großh. Herrschaften in das Schloß zurückkehrten.

Eine Feier ganz anderer Art, bei der Mannheims Bedeutung als Handelsstadt zum Ausdruck kam, war die **Einweihung des neuen Börsengebäudes** am 8. April, an der seitens der Regierung der Finanzminister Dr. Buchenberger, der Präsident des Ministeriums des Innern, Geh. Rat Dr. Schenkel, Staatsrat Reinhard, Geheimer Oberregierungsrat Braun und Ministerialrat Weingärtner teilnahmen; ferner waren die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden



Enthüllung des Moltkedenkmals auf dem Zeughausplatz
(im Hintergrunde die 1903 niedergelegte Infanteriekaserne)
Photographische Aufnahme von Heinr. Tschentscher

in Mannheim, sowie Vertreter der Handelskammer, der Reichspost, der Reichsbank und hervorragende Repräsentanten des Handels und der Industrie erschienen.

Bei dem Festakt, der um 1/2 12 Uhr vormittags begann, warf als erster Redner der Vorsitzende des Börsenvorstands, Getreidegroßhändler Emil Hirsch, einen Rückblick auf das Entstehen der Mannheimer Börse. Im Januar 1863, also vor beinahe 40 Jahren, wurde sie in das Leben gerufen von Männern, wie: Diffené, Ladenburg, Hohenemser, Böhm, Köster, Hirsch, die sich unsägliche Mühe gaben, den Verkehr in geordnete Bahnen zu leiten, und die auch ihr Ziel erreicht haben. Das Andenken dieser Männer wird im Mannheimer Handelsstand stets hoch in Ehren gehalten werden. Die schwierigste Aufgabe war, für geeignete Räume der Börsenversammlungen zu sorgen. Nur nach langen Jahren ist es gelungen, dieses Ziel zu erreichen. Dank der opfervollen Mitwirkung des Mannheimer Handelsstandes, der wohlwollenden Unterstützung der Stadt sei nunmehr dieses Ziel erreicht. Allen Beteiligten gebühre am heutigen Tage Dank. Die Entwicklung des Mannheimer Handels sei zunächst der unermüdlichen Tätigkeit des Mannheimer Handelsstandes zu danken, daneben aber auch der Fürsorge der Großh. Staatsregierung, die stets alles aufgeboten habe, die Mannheimer Interessen zu fördern. Die Rede schloß mit einem Hoch auf den Landesherrn. Hierauf hielt der Vorsitzende der Effektenbörse, Kommerzienrat Zeiler, eine Ansprache, in der er dem Großh. Ministerium, das der Mannheimer Börse stets mit großem Wohlwollen entgegengekommen sei, dankte. Das habe sich aufs neue gezeigt, als das neue Börsengesetz eingeführt wurde; die Einrichtungen, die hier geschaffen werden sollten, waren zugeschnitten auf Berliner und Frankfurter Verhältnisse, und es lag die Gefahr nahe, daß unsere Börse nicht weitergeführt werden könne. Dank dem Entgegenkommen gelang es, einen Modus zu finden, daß unsere Effektenbörse weiter bestehen kann, daß sie blüht und gedeiht. Daß wir nicht eine große internationale Börse haben können, liegt darin, daß uns die hundertjährige Tradition fehlt und Frankfurt so nahe ist. Nichtsdestoweniger erfüllt die Börse ihren Zweck, daß sie feste Preise gibt für Lokalpapiere der Stadt Mannheim und das badische Land. „Die richtige Vermittlung zwischen Produzenten und Konsumenten und die richtige Vermittlung zwischen Angebot und Nachfrage ist unsere Aufgabe. Hierin segensreich zu wirken, hat die Mannheimer Börse alle Gelegenheit, und ich glaube, Handel und Industrie sind mit der Mannheimer Börse auf's engste verknüpft. Unser Wunsch geht dahin, daß die Regierung fernerhin ihr Wohlwollen unseren Bestrebungen leihe, auf daß unsere Börse weiter blühen und gedeihen möge zum Wohle des Landes und unserer geliebten Stadt".

Dem einfachen, würdigen Akte schloß sich ein Rundgang durch das Gebäude an. Der Börsenvorstand hatte eine Festschrift herausgegeben, enthaltend Baugeschichte und Baubeschreibung der Börse. Da wir an der Hand dieser Schrift bereits in der vorjährigen Chronik das wichtigste über die Entstehung und die Ausführung dieses Baues mitteilen konnten, so sei hier darauf zurückverwiesen. Nach dem Rundgang, der allseitig befriedigte, versammelten sich die Festgäste in dem neben dem Vestibül gelegenen Saal der Effektenbörse.

Hier überreichte Landeskommissär Ministerialrat Pfisterer nach einer Ansprache dem Vorsitzenden des Börsenvorstandes Emil Hirsch das ihm vom Großherzog verliehene Ritterkreuz 2. Klasse des Zähringer Löwenordens. Bei dem nach 1 Uhr begonnenen Festessen im Börsensaal brachte den ersten Toast Geh. Kommerzienrat Diffené auf den Kaiser und Groß-

herzog aus. Sodann ergriff das Wort Oberbürgermeister Beck. Die Feier, die heute begangen werde, sei ein unzweideutiger Ehrentag für die Mannheimer Kaufmannschaft. Vor Jahren habe Reichsbankdirektor Koch bei einem Besuche Mannheims den Ausspruch getan: „Er habe in Mannheim einen Hauch allumfassenden Weltverkehrs empfunden und sich überzeugt, daß in Mannheim Weltinteressen auf dem Spiele stehe." Die Börse bilde den Mittelpunkt aller dieser Interessen. „Daß es gelungen ist, diesem Brennpunkt in Mannheim eine würdige Heimstätte zu bereiten, verdanken wir der Initiative eines unserer Mitbürger, dem vorhin zu unserer vollsten Genugtuung eine wohlverdiente Auszeichnung zu Teil geworden ist. Freudigen Stolzes können wir den Besucher unserer Stadt nicht nur nach unserem Hafen, sondern auch nach unserem Börsenneubau führen, als der würdigen Repräsentation unseres Handelsstandes."

Einen besonders herzlichen und dankbaren Willkommengruß entbiete er den Vertretern der Großherzoglichen Regierung, und als ein für das neue Werk glückverheißendes Zusammentreffen sei es zu betrachten, daß uns durch diesen Anlaß die hohe Ehre zu Teil wurde, Vertreter des neu gebildeten Ministeriums zum erstenmal in unserer Stadt, in unserer Mitte begrüßen zu dürfen. Es sei für uns Mannheimer eine unabweisliche Pflicht, voll Anerkennung des früheren Ministeriums, vor allem des hochverdienten Ministers Eisenlohr zu gedenken, der wohl zuweilen etwas unwirsch von seinen Landsleuten denken und reden, auch nicht alle ihm von uns vorgetragenen Wünsche erfüllen konnte, der aber in folgenschwerer Zeit des größten Aufschwungs, der gewaltigsten Umwälzungen einer in eine Industriestadt sich verwandelnden Handelsstadt durch klare Erkenntnis der Sachlage, durch unentwegtes Wohlwollen, durch energische Bekämpfung kleinlicher Bedenken sich einen Anspruch auf unvergänglichen Dank seiner Vaterstadt erworben habe. Als dann in zwei Etappen die Neukonstituierung des Ministeriums erfolgte, konnte man mit vollem Vertrauen der Regierungstätigkeit des neu gebildeten Ministeriums entgegensehen, da es ja von zwei festen Säulen des früheren getragen wurde, und da die in hervorragender Tätigkeit im ganzen Lande rühmlichst bekannten Namen der neu berufenen Männer volle Gewähr dafür bieten, daß die Fürsorge für die ideellen und materiellen Interessen des Volkes bei ihnen wohl geborgen sei, und daß auch unter ihrer Führung die Volkswohlfahrt einer steten, gedeihlichen und ruhigen Entwickelung sich erfreuen könne. Sicherlich dürfe man auch eine wohlwollende Würdigung vitaler Mannheimer Interessen von dem neuen Ministerium erwarten und auch der Gedanke an das dunkle Gewölk, welches sich über dem Mannheimer wirtschaftlichen Horizont zusammenzuziehen drohe, solle uns dieses Vertrauen und unsere Festesfreude nicht trüben. Der Handelsstand namentlich, der seltener als andere Berufsstände an die Türe des Ministeriums poche und die ihm geschaffenen Anlagen reichlich zu verzinsen gewohnt sei, habe, wie ja auch die Anwesenheit unserer Karlsruher Gäste bei dem Ehrentage der Mannheimer Kaufmannschaft beweise, wohl niemals zu fürchten, daß das im letzten Jahrzehnt da und dort beliebte Nasenrümpfen über den Kaufmannsberuf von diesen Männern geteilt werde. Seien sie sich ja der Tatsache wohl bewußt, daß die Energie des deutschen Kaufmanns — und der Mannheimer dürfe sich mit Stolz den besten seines Standes zuzählen — deutsche Ware, längst ehe eine deutsche Flagge sie decken konnte, über alle Meere an die entlegensten Küsten getragen und unserem Vaterlande die Ernten fremder Zonen gebracht habe und daß seine Klugheit und Redlichkeit den deutschen Namen unter allen Breiten zu vollen Ehren gebracht habe, eingedenk des Satzes: „Handel ist Arbeit und Arbeit ist Ehre". Die Rede schloß mit einem Trinkspruch auf die Ehrengäste. Sodann erhob sich Finanzminister Buchenberger zu einem Toast auf die Stadt Mannheim, in dem er auf das Aufblühen der badischen Handels- und Industriemetropole und auf die Bedeutung der Börse für das ganze wirt-

schaftliche Leben hinwies. Landeskommissär Ministerialrat Pfisterer gedachte der Verdienste des Herrn Emil Hirsch um die Börse und leerte sein Glas auf das Wohl der Börsenbaugesellschaft. Weitere Toaste wurden sodann noch ausgebracht von Bankdirektor Grosch, der einen Rückblick auf die Entstehung des Börsenbaues warf und sodann alle, die am Bau mitgewirkt und das Unternehmen finanziell unterstützt, hochleben ließ. Bankdirektor Wagner-Ludwigshafen, Vorsitzender der Pfälzischen Handels- und Gewerbekammer feierte die Bundesbruderschaft des Handels und der Industrie zwischen Mannheim und der Pfalz und leerte sein Glas auf die guten Beziehungen, die gegenseitig herrschen. Schließlich sprach noch Ludwig Zimmern auf den Vorsitzenden der Börsenbau-Gesellschaft, Bankdirektor Grosch, und Geh. Hofrat Stützel-München auf die Stadt Mannheim.

2. Kongresse.

Die Zahl der im Berichtsjahr hier abgehaltenen Kongresse war nicht ganz so groß wie die des Vorjahres. Am 22. und 23. Februar hielt der Gauverband Pfalz des Leipziger Verbandes deutscher Handlungsgehülfen in Mannheim seine erste Wanderversammlung.

Die Kreisvereine Neustadt, Speyer, Kaiserslautern, Mannheim und Ludwigshafen hatten Vertreter entsandt. Die Herren Karl Hachenberg-Frankfurt und Dr. med. Marcuse-Mannheim hielten Vorträge. Ersterer sprach über die Stellenvermittelung, die er als eine der vornehmsten Aufgaben der Handlungsgehülfen-Verbände bezeichnete, letzterer behandelte das Thema: „Die hygienische Bedeutung der Sonntagsruhe".

Am 19. und 20. Mai fand hier der 6. Delegiertentag der deutschen Zionisten statt, der von etwa 50 Delegierten und zahlreichen Anhängern der zionistischen Idee besucht war.

Unter den Rednern befanden sich Rechtsanwalt Dr. Bodenheimer-Köln, Assessor Dr. Friedmann-Wiesbaden, Dr. Moses-Mannheim, Klausner-Heidelberg. Es wurde konstatiert, daß die Tagung den Teilnehmern mannigfache neue Anregungen verschafft habe.

Im Anschluß an die landwirtschaftliche Ausstellung fanden hier im Juni zahlreiche Versammlungen von Interessenten statt, worunter die Hauptversammlung des Bundes der Landwirte, die Sonntag, den 8. Juni im Apollosaale sattfand, besonders hervorgehoben sei.

Über die im August hier stattgehabte 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands wird im XIII. Abschnitt berichtet.

In der Zeit vom 16. bis 19. August fand hier ein Verbandstag des Verbandes süddeutscher Schuhmachermeister statt, verbunden mit einer Fachausstellung von Leder, Hilfsmaschinen, Leisten und Bedarfsartikeln jeder Art.

Bei Punkt 3 der Tagesordnung, Fachschulen betreffend, entspann sich eine lebhafte Diskussion. Schließlich einigte man sich dahin, eine Eingabe an die verschiedenen Regierungen zu richten wegen Gründung von staatlichen Fachschulen mit Unterstützung aus staatlichen Mitteln, sowie Heranziehung von Lehrkräften aus dem Schuhmachermeisterstande. Bei Punkt 7: Einführung des Befähigungsnachweises, gelangte folgender Antrag zur Annahme: „Die Hand-

werkerkammer, sowie die Staatsregierung sind zu ersuchen, in Gesetzesform zu bestimmen, daß alle diejenigen, welche das Schuhmachergewerbe, sowie auch den Schuhhandel betreiben, den Befähigungsnachweis erbringen müssen".

Von allgemeiner Bedeutung und für Mannheim von besonderer Wichtigkeit war der 4. Kongreß des deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen am 4.—7. September. Zahlreiche Regierungs- und städtische Vertreter, Angehörige des Kaufmanns- und Gewerbestandes erschienen zu den Verhandlungen; auch eine Anzahl von Damen wohnte den Verhandlungen bei.

Das Programm der Kongreßverhandlungen war folgendes:

1) Die Berechtigungsfrage bei den Handelsschulen; Berichterstatter Oberrealschuldirektor Dr. Wernicke (Braunschweig), Mitberichterstatter Realschuldirektor Löhl (Ludwigshafen). 2) Das Privat-Handelsschulwesen in den verschiedenen deutschen Bundesstaaten und seine gesetzliche Regelung; Berichterstatter: Handelskammer-Syndikus Dr. Brand (Düsseldorf). 3) Welche Methode erweist sich für den fremdsprachlichen Unterricht an den kaufmännischen Unterrichtsanstalten als die zweckmäßigste? Berichterstatter: Direktor Dr. Dunker (Berlin). 4) Welche Einrichtungen für fachwissenschaftliche Vorträge sind von den Handelskammern resp. kaufmännischen Vereinen bisher getroffen worden, wie haben sich dieselben bewährt und auf welche Weise ist der Ausbau derselben zu fördern? Berichterstatter: Handelskammer-Syndikus Dr. Emminghaus-Mannheim. 5) Musterverzeichnis für Schülerbibliotheken und Lehrlingsheime: Berichterstatter: Dr. Behrend (Magdeburg). 6) Wieweit liegt ein Bedürfnis für die Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichts für weibliche Angestellte vor, und welche Grundforderungen sind in dieser Beziehung zu stellen? Berichterstatter: Generalsekretär Dr. Silbermann (Berlin), Mitberichterstatterin: Fräulein von Roy (Königsberg). 7) Welche Stellung ist der Handelsbetriebslehre im Lehrplane der kaufmännischen Unterrichtsanstalten einzuräumen? Berichterstatter: Direktor Ebeling (Halberstadt). 8) Die Bedeutung der höheren Handelslehranstalten für die Heranbildung der Träger heimischer Unternehmungen in neuerschlossenen Wirtschaftsgebieten, sowie die Bedeutung der Reisestipendien als Ergänzungsmittel für diese Ausbildungsbestrebungen. Berichterstatter Direktor Fabarius (Witzenhausen an der Werra). 9) Wieweit und in welcher Form verdient die Einrichtung des Übungskontors Beachtung? Berichterstatter: R. Stern (Leipzig).

Es ist natürlich an dieser Stelle unmöglich, auf die interessanten Ergebnisse der Verhandlungen des genaueren einzugehen; wir beschränken uns darauf, aus der Rede des Oberbürgermeisters, ihrer programmatischen Bedeutung wegen, die wichtigsten Ausführungen hierherzusetzen.

Oberbürgermeister Beck, dessen Denkschrift über das kaufmännische Bildungswesen (vgl. Chronik 1900, S. 185) diesen Bestrebungen auch in andern Städten wichtige Dienste geleistet hat, führte in seiner Rede aus:

„Auch bei uns in Mannheim begegneten die Mahnrufe des Verbandes in der Handelskammer und einsichtsvollen Kreisen des Kaufmannsstandes vollem Verständnis, weil wir hier bei näherem Zusehen alle die allenthalben in Deutschland gemachten Erfahrungen auch bei uns bestätigt fanden. Auf der einen Seite immer höhere Anforderungen an das Wissen und Können des Kaufmanns, auf der anderen Seite ein immer stärkeres Versagen der hergebrachten Ausbildung, ein rapides Einbüßen derselben an eigentlichem Bildungswerte.

Immer mehr drängte auf Erweiterung des Wissensgebiets, auf Erhöhung des geistigen Niveaus die reiche Entwicklung des Kredit- und Zahlungswesens, des Bank- und Börsenwesens, des Transport- und Verkehrswesens, die Änderungen der Versicherungs-, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung, immer erdrückender gestaltete sich — wie niemand besser, als die in selten regem Verkehre mit dem fernen Auslande stehende Mannheimer Kaufmannswelt beobachten konnte — die Konkurrenz, der nicht mehr bloß durch Klugheit, sondern auch durch Wissen, mit geistigem Rüstzeuge zu begegnen war; immer komplizierter entwickelten sich die Handelsbeziehungen sowohl in Europa, in dem nach dem Ausspruche Waldeck-Rousseaus das Geräusch der Werkstätten selbst den Lärm der Kanonen übertönt, als auch mit den fernen Ländern und Zonen bei der gänzlichen Umgestaltung der bisherigen Exportverhältnisse, bei der Schwierigkeit des Urteils über die Aufnahmefähigkeit der verschiedenen Handelsgüter, die Absatzverhältnisse und die Marktlage. Andererseits mußte aber doch zugegeben werden, daß der in die Familie aufgenommene, in steter Berührung am häuslichen Tische und im Kontor des Kaufmanns einen allseitigen Einblick in das Geschäftsgetriebe gewinnende Lehrling — später zwar als in Norddeutschland und außerdeutschen Ländern — doch längst auch bei uns in Mannheim ausgestorben sei, daß längst mit Vaters und Großvaters Sitte die alles nivellierende Zeit gebrochen habe, und nunmehr sich auf die Lippen aller recht Denkenden die schwierige Frage dränge: Was nun als Ersatz an Stelle des überlieferten fachlichen Erziehungssystems? Wohl traten auch unseren Reformbestrebungen mancherlei Vorurteile gegenüber. . . Nicht selten vernahm man auch hier die oft gehörte Behauptung vom Fehlen einer eigentlichen Handelswissenschaft, die Bedenken gegen eine nur theoretische Fachbildung und es mußte von vornherein eingeräumt werden, daß man bekanntlich den sogenannten geschäftlichen Blick und die gerade den tüchtigen Kaufmann charakterisierenden Eigenschaften nicht schulmäßig lehren, auch nicht einen gewiegten Kaufmann in der Schulstube heranziehen könne. Aber selbst die an altgewohnten Traditionen zäh festhaltenden Gegner vermochten nicht in Abrede zu stellen, daß ein reicher Schatz unentbehrlicher, theoretischer Fachkenntnisse am besten auf der Schulbank erworben, daß durch systematische Schulung des Denkens, durch Weckung des Bildungstriebs auch das praktische Können des Kaufmanns zweckmäßig vorbereitet und vertieft werde, um dann in einer selbstständigen Stellung später einmal mit klarem Blicke den Veränderungen der Verkehrs- und Produktionsverhältnisse und den sich daraus ergebenden Konjunkturen sich anzupassen — stets unter der naturgemäßen Voraussetzung, daß der Lehrer bei dem Handelsunterrichte das ernst mahnende, über dem Portale unseres jetzigen Handelsschulgebäudes geschriebene Wort: „Non scholae, sed vitae discimus" niemals aus dem Auge verliert.

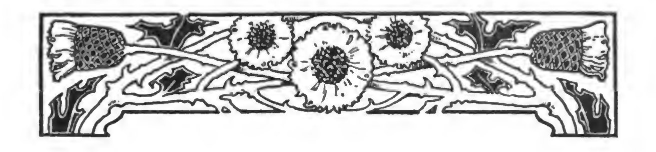
Eine solche methodische Einführung einerseits in unentbehrliche, theoretische Fachvorkenntnisse und andrerseits in eine systematische Zusammenfassung der sonst nur durch Schaden zu erlaufenden Erfahrung von Generationen über die zweckmäßigsten Formen und Grundsätze des kaufmännischen Betriebs schwebte uns als das Ziel unsrer anzustrebenden Handelsschulorganisation vor. Völlig in Übereinstimmung mit den durch lange Diskussionen über das Für und Wider abgeklärten Thesen des Verbandes und mit dankenswerter Unterstützung des verdienten Vorsitzenden des staatlichen Gewerbeschulrats, Herrn Geheimerats Braun, gründet sich unser Mannheimer Lehrgebäude zunächst auf die obligatorische allgemeine Handelsfortbildungsschule mit wöchentlich 9 Stunden, darunter mindestens 6 Stunden Tagesunterricht in 3 aufeinanderfolgenden Jahreskursen und mit Zwang für alle innerhalb unseres Gemeindebezirks im Handelsgewerbe oder in anderen Betrieben mit kaufmännischen Verrichtungen beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen und zwar in gleicher Weise auf die männliche und weibliche handelsbeflissene Jugend sich erstreckend mit der Maßgabe, daß die ungenügend befähigten — namentlich

vom Lande stammenden — Schüler zunächst vor Eintritt in die untersten der 3 Jahrgänge sich in Vorkursen vorzubereiten haben und daß bildungs-unfähige oder -unwillige Elemente der allgemeinen gesetzlichen Fortbildungsschule überwiesen werden. Die große Zahl der Schüler ermöglicht die Zusammenfassung gleichartigen Schülermaterials in Parallelklassen, wie auch die prinzipiell nicht gerade gebotene Trennung nach Geschlechtern die tunlichste Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Prinzipale — namentlich in den Großwarenhäusern.

Unterstellt wird, daß schon im nächsten Jahre sich von selbst freiwillig einjährige Kurse mit Ganztagunterricht bilden, in denen unter Befreiung von der Zwangsfortbildungsschule Knaben und Mädchen vor Eintritt in die Lehre den ganzen Lehrplan der Fortbildungsschule absolvieren. Für die eine höhere Bildung anstrebenden Knaben und Mädchen wird eine Handelsmittelschule — verbunden mit der Oberrealschule — mit dreijährigen Parallelklassen zur Unter- und Obertertia, sowie Untersekunda eröffnet, deren Absolvierung von der Handelsfortbildungsschule befreit. Nach zweijährigem Bestehen werden die Handels-Parallelklassen losgetrennt und eine besondere Handelsoberrealschule errichtet werden, in der sodann eine Höhere Handelsschule, die Obersekunda, Unter- und Oberprima umfassend, ausgebildet werden wird. Da bisher nicht einmal 30 Prozent der handelsbeflissenen Jugend Unterricht und zwar nur am Abende privatim in höchstens vier Wochenstunden und dies nur dank — namentlich der opferwilligen, jahrzehntelangen Bemühungen des hiesigen Kaufmännischen Vereins und seines bewährten Leiters Herrn Witzigmann, empfingen, erschien — auch mit Rücksicht auf die Schulgeldlast — eine starke Opposition seitens vieler Prinzipale als sehr naheliegend. Durch vorsichtiges Eingehen auf die mit den Prinzipien der Schule durchaus verträglichen Wünsche und Beschwerden gelang es, jeden Widerstand zu entwaffnen und der Schule in den Kreisen der Kaufmanns- und Fabrikantenwelt eine durchaus sympathische Aufnahme zu verschaffen. Wenn nicht von vornherein in allen Teilen die soeben geschilderte Organisation zur Durchführung gelangen konnte, so liegt dies noch in dem Mangel eines eigenen Schulgebäudes, auf dessen Vollendung wir jedoch in etwa 2—3 Jahren wohl mit Bestimmtheit rechnen dürfen.

Hiernach bedarf es keiner besonderen Beteuerung mehr, wenn ich namens des Stadtrats den Kongreß Ihres hochgeschätzten Verbandes, dessen so bewährte Vorarbeiten uns bei der Schaffung einer umfassenden Handelsschulorganisation zu Hilfe kam, von Herzen hier willkommen heiße und Sie der wärmsten Sympathie an allen Ihren Bestrebungen, namentlich aber an Ihren interessanten Kongreßverhandlungen versichere... Ihren Verhandlungen wünsche ich besten Erfolg! Mögen sie uns wieder einen Schritt näher bringen dem Ziele, den Kaufmann zu seiner welthistorischen Mission als Pionier der Kultur zu befähigen; mögen sie wieder einen gewichtigen Baustein liefern zu der Handelsschule der Zukunft, an deren Eingang das divinatorische Wort unseres Altmeisters Goethe prangen soll: „Ich wüßte nicht, wessen Geist ausgebreiteter und gebildeter sein müßte, als der Geist eines echten Handelsmannes!" —

Mit dem Kongreß war eine in der Turnhalle des Realgymnasiums arrangierte **Ausstellung** verbunden, die in einen gewerblichen und einen kaufmännischen Teil zerfiel. Letzterer bestand aus einem reichen instruktiven Bücher- und Kartenmaterial und zahlreichen Anschauungstafeln wie Städte- und Kulturbildern, sowie aus Repräsentanten der Erzeugnisse unserer Kolonien, namentlich Ost- und Westafrikas. Außer einem Abendimbiß, der den Kongreßteilnehmern von der Handelskammer im Stadtpark dargeboten wurde, sind noch folgende gesellige Veranstaltungen zu nennen: ein Bankett im Bernhardushof, gegeben vom Kaufmännischen Verein unter Mitwirkung des Lehrergesangvereins, und eine von der Stadtgemeinde dargebotene Festfahrt auf dem Rhein und in den Hafenanlagen.



IX. Ausstellungen, Messen und Märkte.

1. Ausstellungen.



Im Jahre 1902 hatte die Stadt Mannheim die Ehre, die 16. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zu beherbergen. Es war dies ein Unternehmen von einer Ausdehnung und Großartigkeit, wie unsere Stadt es bisher noch nicht gesehen hatte. Die Tätigkeit der im Jahre 1883 gegründeten, gegenwärtig etwa 14000 Mitglieder umfassenden deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, einer „Vereinigung von Landwirten und Freunden des Landbaus, die sich zum Zweck der sachlichen Förderung der Landwirtschaft innerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches verbunden haben“, offenbart sich am deutlichsten und nachhaltigsten durch die von ihr veranstalteten jährlichen Ausstellungen, deren erste im Jahre 1887 in Frankfurt a. M. stattfand und die seither, in jedem Jahr als sogenannte Wanderausstellungen den Ort wechselnd, in folgenden Städten abgehalten worden sind: 1888 Breslau, 1889 Magdeburg, 1890 Straßburg, 1891 Bremen, 1892 Königsberg, 1893 München, 1894 Berlin, 1895 Köln, 1896 Stuttgart, 1897 Hamburg, 1898 Dresden, 1899 Frankfurt a. M., 1900 Posen, 1901 Halle a. S., 1902 Mannheim. Der Wahl der Ausstellungsorte ist eine von der Gesellschaft selbst festgesetzte Einteilung des Deutschen Reiches in 12 Gaue zu Grund gelegt, deren zwölfter Baden und Elsaß-Lothringen ist.

Diese Wanderausstellungen sind dazu bestimmt, ein anschauliches Bild von allem dem zu geben, was nur irgend in einem Zusammenhang mit dem landwirtschaftlichen Betriebe steht, infolgedessen war auch in Mannheim ein weites Feld von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten und eine reichhaltig beschickte Ausstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu finden. Den Mittelpunkt der Ausstellung bildet aber stets die Tierabteilung, denn was die deutsche Landwirtschaft an Zuchtmaterial hervorzubringen imstande ist, wird nicht nur

in den Ställen und in den Richterringen gezeigt, sondern, soweit es sich um Pferde und Rindvieh handelt, die weniger im Stall, viel besser aber im Freien und in der Bewegung beurteilt werden können, werden im großen Ringe während der Ausstellungstage Vorführungen veranstaltet, die auch hier ein glanzvolles Schauspiel abgaben.

Auf diesen Ausstellungen sind jeweils Geldpreise in großer Zahl und hohen Beträgen vergeben worden, z. B. schon in Frankfurt a. M. (1887) 46750 Mk, in Straßburg (1890) 62270 Mk., in Berlin (1894) 112642 Mk., in Stuttgart (1896) 103157 Mk., in Frankfurt a. M. (1899) 110099 Mk.; außerdem wurden durchschnittlich jeweils noch 241 Ehrenpreise ausgeteilt. In Mannheim verteilte die Gesellschaft im ganzen 90526 Mk. an Preisen, ferner 485 Preismünzen, 47 Preisabgaben und 563 Anerkennungsschreiben. Der Löwenanteil entfiel auf die Rindviehzucht mit 38485 Mk. Der Großherzog und der Erbgroßherzog, sowie Prinz Maximilian von Baden hatten 2 Ehrenpreise gestiftet. Die Stadt Mannheim stellte 20000 Mk. zur Verfügung, das Ministerium für Elsaß-Lothringen 15000 Mk., das badische Ministerium 10000 Mk., das Staatsministerium des Innern in München 2000 Mk., Kommerzienrat Scipio in Mannheim 10000 Mk. u. a. m.

Die hiesige Ausstellung war auf dem Gelände nördlich des Schlacht- und Viehhofs errichtet und erstreckte sich über die riesige Fläche von 23½ Hektar. Schon bei der Vorbesichtigung, die vom Komité und Ortsausschuß am 30. Mai vorgenommen wurde, trat die Großartigkeit und Reichhaltigkeit dieses Unternehmens, einer kleinen Stadt von Bretterhallen und Leinwandzelten, Pavillons und Tribünen, Maschinenbuden und Tierställen, aufs deutlichste hervor. Am 6. Juni, mittags 12 Uhr wurde die Ausstellung eröffnet in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste, an deren Spitze das großherzogliche und erbgroßherzogliche Paar, Prinz Karl und Prinz Max von Baden, Vertreter der Ministerien usw. sich befanden. Der Großherzog eröffnete die Ausstellung mit einer längeren Ansprache, in der er u. a. sagte:

„Ich begrüße Sie als sehr willkommen in unserem teueren Lande Baden und freue mich berufen zu sein, das Präsidium über Ihre Gesellschaftstagung und über die damit verbundene Wanderausstellung zu führen. Die Verdienste, welche sich die deutsche Landwirtschaftsgesellschaft durch ihre anregende Tätigkeit erworben hat, sind allgemein anerkannt, und von Erfolgen begleitet, die sich in stetigen Fortschritten bekunden. Es ist daher besonders schätzbar, daß Sie meine Hauptstadt Mannheim für Ihre dermalige Tagung gewählt haben. Das erfreuliche Aufblühen dieser Stadt beruht zwar auf einem anderen Wirtschaftsgebiete — ihre wirtschaftliche Kraft und ihr Weltruhm ist auf dem Großhandel begründet und verbunden mit einer reichen Fülle verschiedenartigster großindustrieller Unternehmungen. Zu einem guten Teil ist aber das wirtschaftliche Gedeihen der Stadt Mannheim dadurch gefördert worden, daß sie von einem Gebiet reich entwickelter Landwirtschaft umgeben ist.

Der fruchtbare Boden der pfälzischen Rheinebene und die sonnigen Abhänge der sie begrenzenden Bergkette haben von jeher zur intensiven Bodennutzung eingeladen. Schon seit Jahrhunderten fanden die landwirtschaftlichen Kleinbesitzer durch den erleichterten Absatz in die Stadt ein reiches Feld erfolgreicher Arbeit. Die Verschiedenartigkeit der Produktion ist durch einen milden Himmel begünstigt und gestattet daher ebenso wohl den Anbau

von Körnerfrüchten und Futtergewächsen, als auch die Pflege von Handelspflanzen und Gemüsen und ganz besonders die lohnenden Erträge der Obstbaumzucht und der Bergstraße entlang den Weinbaubetrieb.

Im Verlauf weniger Jahrzehnte hat die Stadt Mannheim unter den für Handel und Industrie besonders günstigen Lebensbedingungen ihr Gebiet und ihre Einwohnerschaft vervielfacht und sich zu einer Großstadt von 150000 Einwohnern entwickelt. Die Landwirtschaft der umliegenden Gebiete konnte natürlich nicht in dem Maße fortschreiten. Denn auch hier wirkten die allgemein herrschenden Verhältnisse mit ihren für die Landwirtschaft ungünstigen Folgen. Mit freudiger Genugtuung kann ich aber feststellen, daß dem Gedeihen des Handels- und Industrie-Mittelpunktes keineswegs ein Rückgang der Landwirtschaft in den umliegenden Bezirken gegenüber steht. Wenn auch langsam und trotz mancher Hemmungen schreitet doch in den gesegneten Gauen, deren Mittelpunkt Mannheim ist, die Landwirtschaft vorwärts. — Im großen und ganzen ist die Lage der pfälzischen Kleinbesitzer dadurch gebessert, daß ihnen technische und wirtschaftliche Hilfsmittel zur Benützung geboten sind, und daß sie die vermehrten Absatzgelegenheiten zu verwerten wissen. Es ist das ein erfreulicher Beweis dafür, daß die Landwirtschaft sich nicht in einem notwendigen Widerstreit der Interessen zu Handel und Industrie befindet. Das Gedeihen des einen Wirtschaftszweiges steht vielmehr in unlösbarem Zusammenhang mit dem anderen.

Von solchen Gesichtspunkten ausgehend war meine Regierung seither bemüht, ihre auf Förderung des wirtschaftlichen Lebens gerichteten Maßnahmen zu gestalten. Die Organe des Reiches wirken auf gleicher Grundlage. Die sicherste Gewähr für das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft und insbesondere auch der Landwirtschaft liegt in dem Reiche und seiner auf Schutz und Förderung unsres Volkslebens sowohl im Innern als im Wettstreit der Nationen gerichteten Tätigkeit. . . .“

Es folgten Reden des Ministers Schenkel, des Landtagsabgeordneten Klein (in seiner Eigenschaft als Präsident des badischen Landwirtschaftsrates), des Oberbürgermeisters Beck und des Vorsitzenden des Direktoriums der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, Rittergutsbesitzers v. Arnim. Aus der Rede des Oberbürgermeisters heben wir folgendes hervor:

„. . . Unleugbar wird zwar in neuerer Zeit eine gewisse Gegensätzlichkeit der Interessen zwischen Stadt und Landwirtschaft dank einer starken Beimischung parteipolitischer Gesichtspunkte schärfer accentuirt und mag ja auch in dem wirtschaftlichen Daseinskampfe, in dem natürlichen Gegensatz des konservativen Sinns des Bauernstandes mit seiner treuen Anhänglichkeit an der eigenen Scholle und mit seiner nationalen Selbstgenügsamkeit gegenüber dem beweglichen Elemente und der progressiven Strömung des im Weltverkehr stehenden Städters in gewissem Grade kaum vermeidlich sein. Und doch sind diese beiden Zwillingsschwestern unseres Wirtschaftslebens aufeinander angewiesen. Mag in den größten Städten unseres Vaterlandes das Gefühl der Zusammengehörigkeit, der gegenseitigen Ergänzung und Unentbehrlichkeit, der Solidarität der Interessen zwischen Stadt und Land zeitweise mehr in Hintergrund treten, unsere Mannheimer industrielle und kommerzielle Bevölkerung, deren Kontakt mit der uns umgebenden, kraftvoll entwickelten Landwirtschaft noch ein viel lebhafterer und innigerer ist, sie ist sich mit ihrem im Weltverkehr geschulten Blicke dessen klar bewußt, daß wie dem Landwirte zum lohnenden Absatze seiner Erzeugnisse ein glücklicher Aufschwung des Handels und der Industrie zugute kommt, so aber auch Handel und Industrie nur als Koloß auf tönernen Füßen erscheint, wenn ihnen als zahlungsfähiger, kaufkräftiger Konsument nicht eine dauernd blühende Landwirtschaft mit einer von auswärtigen Konjunkturen unabhängigen Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkte zur Seite steht. Diese

Harmonie der Interessen erhält noch ihre Verstärkung durch die unbestreitbare Tatsache, daß unsere Volksgemeinschaft der Landwirtschaft die körperliche und geistige Regeneration unseres sozialen Organismus in seinen sich so rasch verbrauchenden städtischen Berufsständen verdankt, durch das Zuströmen frischen, kräftigen Blutes aus unserem durch seine Lebensweise in Gesundheit erhaltenen Bauernstande . . ."

Leider wurde die Eröffnungsfeierlichkeit wie die ganze Ausstellung durch die Ungunst der Witterung stark beeinträchtigt. Ein in der Nacht vor der Eröffnung niedergegangener Gewitterregen hatte den Lehmboden des Ausstellungsterrains in einer Weise aufgeweicht, daß an vielen Stellen kaum durchzukommen war. Trotzdem war der Fremdenzufluß kolossal. Am Hauptausstellungstag, Sonntag, den 8. Juni, belief sich die Zahl der Besucher auf 57 824, am folgenden Tag auf 34 809, an den ersten Tagen war sie bedeutend geringer, im ganzen erreichte sie während der sieben Ausstellungstage die Summe von 129 967 Besuchern.

Die von der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft herausgegebene Ausstellungszeitung sagte in ihrer Schlußbetrachtung: „Es liegt sehr nahe, an der Spitze dieser Betrachtung den Ausdruck des Bedauerns zu stellen, daß die Ausstellung, welche am Vortage in der schönsten Ordnung und Vollständigkeit aufgestellt war, von einem schweren Unwetter, verbunden mit einem starken Regenfall, betroffen wurde. In der Nacht vor der Eröffnung fiel 27 mm Regen und verwandelte manche Stellen des Platzes in Teiche, durchweichte den Boden und erschwerte den Verkehr ganz außerordentlich. Recht unangenehm war es, daß das Wasser an einigen Stellen in die Rinderställe eindrang, sodaß einige Rinder in einen Reservestall gebracht werden mußten. Die übrigen Tiere: Pferde, Schafe, Schweine, Ziegen und Geflügel haben unter den Unbilden der Witterung nicht zu leiden gehabt, ebensowenig die landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Der Besuch der Ausstellung war den Erwartungen zwar nicht ganz entsprechend, aber doch nach den Witterungsverhältnissen ein recht erheblicher. Übrigens verlief die Ausstellung ordnungsmäßig. Die Richterarbeit wurde trotz der bedauerlichen Witterungsverhältnisse rechtzeitig durchgeführt."

Von dem riesigen Verkehr, der während dieser Tage hier herrschte, geben am besten die folgenden Zahlen ein Bild. Von der elektrischen Straßenbahn, deren Schlachthauslinie den Besuchern der Ausstellung sehr zu statten kam, wurden am 5.—10. Juni insgesamt 575 879 Personen befördert und 54 762 Mk. 35 Pf. eingenommen. Auf die einzelnen Tage verteilte sich der Verkehr und die Einnahme wie folgt:

5.	Juni	70 155	Personen,	6 125.05	Mk.
6.	„	80 424	„	7 038.20	„
7.	„	112 945	„	10 677.65	„
8.	„	129 926	„	13 431.70	„
9.	„	114 517	„	11 406.50	„
10.	„	67 842	„	6 083.25	„
	zusammen	575 879	Personen,	54 762.35	Mk.

An das Personal waren während dieser fünf Tage die größten Anforderungen gestellt worden, die zur Befriedigung bewältigt wurden.

Dem hier wiedergegeben Situationsplan der Ausstellung waren folgende Erläuterungen beigefügt:

Der Eingang liegt an der Seckenheimer Landstraße gegenüber dem Verwaltungsgebäude des städtischen Schlacht- und Viehhofs. Rechts und links befinden sich die Verwaltungsgebäude — nämlich rechts die Bureaus der Hauptgeschäftsstelle, des Geschäftsführers, des Hauptgeschäftsführers, des Direktoriums, der Schauwarte, der Anzeigenverwaltung, der Presse, der Schilder, der Tierärzte, der Sanitätsstation, des militärischen Hilfskommandos, des Platzmeisters; links: die Schauleitung, die Geräteabteilung, die Düngerabteilung, die Futterstelle, die Bau- und Buchstelle, die Garderobe, Post und Polizei, ein Empfangsraum, ein Postkarten-Verkaufsladen und die Spedition. Geradeaus vor dem Eintretenden dehnt sich das Gelände für Maschinen und Geräte im Freien aus. Wir gehen die Thaerstraße (die Querstraßen haben Namen nach berühmten Männern der Landwirtschaft erhalten) entlang und erreichen den Anfang der Tierabteilung. Uns nach links wendend begeben wir uns zum großen Ringe, welchen die große Tribüne bogenförmig umfaßt. Auch die sonstigen im Plane mit römischen Ziffern bezeichneten Plätze sind Vorführungsringe, auf denen die Preisrichter ihres Amtes walten. Links von der Tribüne finden wir die Arena zum Photographieren der Tiere und die Weinwirtschaft, jenseits dieser beginnen die Schweineställe. Kehren wir nach rechts zu den Rinderställen zurück, so finden wir, daß in diesen 8 mächtigen Ställen eine Menge kostbaren Zuchtmaterials untergebracht ist. Nach Osten weitergehend kommen wir an den Futterschuppen der Ausstellung, an einer Wirtschaft und an einer Remise vorüber, in der wir ein Geschütz bemerken, das zu den Fahrübungen der Artilleristen verwendet wird. Jenseits der Rennallee dehnen sich die Ställe für Pferde, Schafe und Geflügel aus. Unseren Rundgang diesseits der Pappelallee fortsetzend, bemerken wir noch die Kosthalle für Traubenweine, die Feuerwehrstation und das Bienenhaus. Durch die im Freien aufgestellten Geräte und Maschinen wandeln wir nach dem Haupteingang zurück und wenden unsere Aufmerksamkeit der Gegend links desselben zu. Hier sind aufgeschlagen die Zelte für landwirtschaftliche Geräte, für Erzeugnisse, für Gruppenausstellungen. Wir finden da die Tabakausstellung, die Hanf-, die Flachsausstellung, die Ausstellung der Edelbranntweine, der Dauerwaren, der Düngmittel, des frischen Obsts und Gemüses, der Handelsfuttermittel, der Bienenerzeugnisse, der verschiedenen Hilfsmittel für den landwirtschaftlichen Betrieb, der Landeskultur einschließlich des Vereins-, Genossenschafts- und Versicherungswesens, des landwirtschaftlichen Versuchswesens, der landwirtschaftlichen Lehrmittel, der Brau- und Brenngerste, des Brauweizens und Hopfens und der Saaten. Sodann laden den Besucher die Obstweinhalle und die Molkereihalle ein, wo 77 Butterproben und 55 Käsesorten als Kostproben abgegeben und außerdem Milch und Schwarzbrot verabreicht werden. Was sonst noch an Wirtschaften, Musikplätzen und Kiosken vorhanden war, läßt sich aus dem Plan deutlich ersehen.

Die Ausstellung war in allen ihren Teilen reich beschickt. Es würde selbstverständlich den Rahmen dieses Buches weit überschreiten, wollten wir hier eine Beschreibung im einzelnen versuchen. Um jedoch die Erinnerung an dieses gewaltige Unternehmen festzuhalten, mit dessen Großartigkeit sich hier in absehbarer Zeit wohl kaum ein zweites wird messen können, seien noch folgende Angaben beigefügt.

In dem umfangreichen Ausstellungskatalog umfaßte die Abteilung für Tiere 271, für Erzeugnisse 344 und für Maschinen 231 Druckseiten. An lebenden Tieren erschienen rund 1500

Pferde, Rinder, Schafe, Schweine und Ziegen, ferner etwa 500 Stück Geflügel und Kaninchen, außerdem lebende Bienen in Stöcken und eine große Anzahl von lebenden Fischen in 85 Aquarien. Der Erzeugnisse-Katalog wies etwa 810 Aussteller auf, der Maschinen-Katalog 5135 Maschinen, von denen ein großer Teil in Betrieb war.

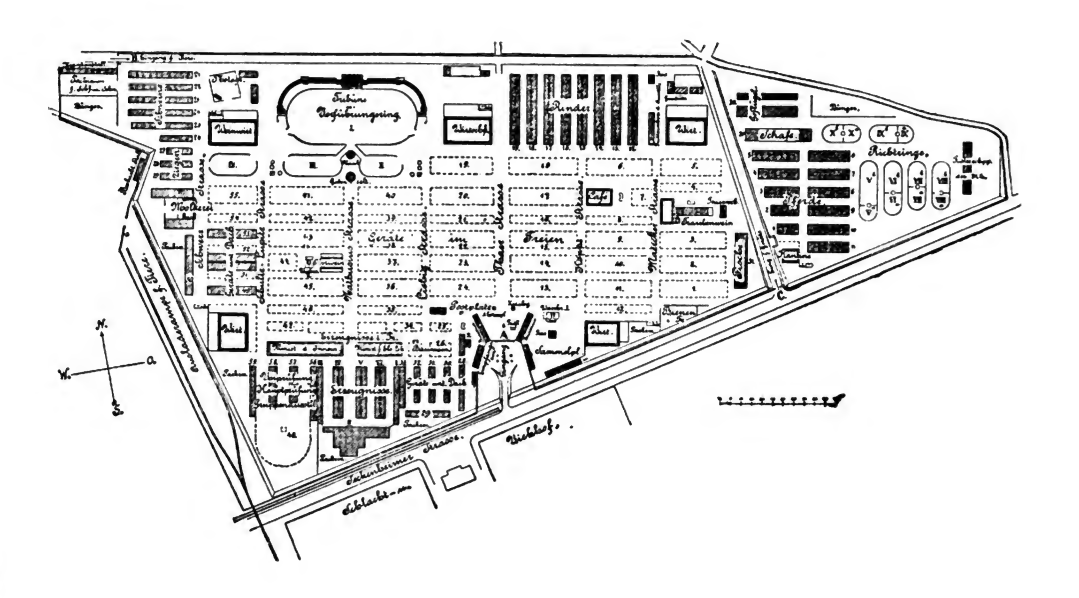
In den Tageszeitungen war folgende kurze Beschreibung gegeben:

„Ausgestellt waren 366 Pferde, 702 Rinder, 210 Schafe, 361 Schweine, 198 Ziegen, 367 Nummern Geflügel, 45 Nummern Kaninchen, 81 Einheiten Fische, 1630 Nummern Erzeugnisse und 5128 Geräte (von 283 Ausstellern).

Die Zuchtpferde stammen mit 46 Stück aus Süddeutschland, mit 72 aus Ost- und 16 aus Westelbien, 134 sind warmblütigen, 167 kaltblütigen Schlages. Außerdem sind noch 68 Landbeschäler und 41 königliche Dienstpferde, sowie 16 Remonten zur Stelle. Mecklenburg schickt 50, Baden 26, Schleswig-Holstein 22, Elsaß-Lothringen 20, Oldenburg und Rheinprovinz je 6, Hannover 4 warmblütige Pferde. In der Abteilung für Arbeitspferde marschiert mit 54 Stück Baden an der Spitze. Es folgen die Rheinprovinz mit 51, Elsaß-Lothringen mit 21, Hessen mit 20, Schleswig-Holstein mit 14 Pferden.

Von der Rinder-Abteilung stellt Süddeutschland mit 466 fast drei Viertel, dann folgt Westelbien mit 179 Stück und Ostelbien mit 50 Stück. Die Höhenschläge umfassen dieser Gruppierung entsprechend über 70 %, nämlich 512 Stück, davon die Hälfte großes Fleckvieh (Simmenthaler Rasse) mit gelbem Pigment. Ziemlich gleichmäßig sind die gelben einfarbigen Höhenschläge, das graubraune Gebirgsvieh, das einfarbig rote und rotbraune Vieh des Höhenlandes, das kleine gefleckte oder rückenblässige Höhenvieh, das Ansbach-Triesdorfer mittelgroße Fleckvieh mit durchschnittlich je 50 Stück vertreten. Auch die kleineren Zuchtbezirke, wie die Rot- und Braunblässen, die Vogelsberger, die Glan-Donnersberger und die Pinzgauer fehlen nicht. In den Höhenschlägen steht diesmal, da Bayern sich für die 1904 in seinen Grenzen stattfindende Ausstellung vorbereitet, mit 185 Stück Baden an der Spitze, es folgt Württemberg mit 128, Bayern mit 72, Elsaß-Lothringen mit 71, Hessen-Nassau mit 34 Stück, Westfalen mit 18, Thüringen mit 17 und Hessen mit 16 Stück. Unter den Tieflandschlägen steht die Rheinprovinz mit 45 obenan, es folgen Hannover mit 42, Schleswig Holstein, Brandenburg, Pommern, Oldenburg. Im ganzen umfassen die Tieflandschläge 152 Stück. Vollblutshortons gibt es nur 12 Stück, 6 aus Oldenburg, 6 aus Elsaß-Lothringen. An Land-Shortons ist dagegen die Ausstellung mit 25 Stück beschickt, davon 17 aus Elsaß-Lothringen. Die Schafausstellung ist mit 60 Merinoschafen und 120 Fleischschafen beschickt. Von letzteren sind 24 Merino, 96 englische Fleischschafe. Die deutschen Schläge zählen 30 Tiere. Die englischen Schafe stammen zu gleichen Teilen (je 48) aus Ost- und Westelbien, die deutschen Schläge aus Hessen-Nassau und Württemberg. In der Beschickung der Schweineausstellung spielt Westelbien wie stets die erste Rolle. Es hat 195 Tiere entsandt, während Ostelbien nur mit 72, Süddeutschland mit 79 vertreten ist. Baden steht an der Spitze mit 72 Stück, Hannover folgt mit 65, Westfalen mit 59 Stück; auch Oldenburg, Mecklenburg und Thüringen sind stattlich beteiligt. Das weiße Schwein von dem großen englischen Schlag und das veredelte Landschwein halten sich mit 124 und 126 Stück nahezu die Wage. Das schwarze Schwein mit 39, das unveredelte Landschwein mit 19 und sonstige Rassen mit 16 Stück treten dagegen bedeutend zurück. Mutterschweine und Ferkel weist die Abteilung 24 auf.

In der Ziegenabteilung überwiegen die Schweizer Schläge mit 129 Stück. Auf die deutschen Landschläge entfallen nur 70. Baden und Hessen haben je 81 Stück entsandt, Württemberg 26, die Provinz Sachsen 11. In der Abteilung Geflügel kommen 181 Stämme Wirtschafts-


Tribüne
Vorführungsring
Rinder
Schafe
Richtringe
Pferde
Geräte
im
Freien
Schweine
Ziegen
Viehhof
N.
W.
S.

hühner, 28 Stämme Zierhühner, 25 Stämme Junggeflügel, 12 Stämme Truthühner, 48 Stämme Wassergeflügel, 70 Stämme Tauben zur Ausstellung. Die Kaninchenabteilung ist mit 45 Tieren beschickt. Die Bienenausstellung zeigt lebende Bienen und Bienenwohnungen. Die Erzeugnisse aus der Bienenwirtschaft finden sich unter den allgemeinen Erzeugnissen. Die Fischereiabteilung weist 84 Einheiten auf. Fischzüchter aus Baden, Hessen, Elsaß-Lothringen und Bayern haben Karpfen, Salmoniden, Schleien, Zander und sonstige Nutzfische geschickt, die sich munter in Aquarien tummeln. Ferner finden wir hier Transportgefäße, Fanggeräte und wissenschaftliche Darstellungen.

Die Abteilung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Hilfsmittel bietet ein umfassendes Bild der Feld- und Hofwirtschaft des Landwirts und der Hilfsmittel, deren sich die moderne Wirtschaft bedient. In der Saatenabteilung finden wir in 62 Nummern Saaten der verschiedensten Feldfrüchte. Die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft ist selbst als Ausstellerin hervorragend beteiligt, indem sie die auf der Gersten- und Hopfenausstellung in Berlin 1901 preisgekrönten Gersten und Hopfen zur Ausstellung bringt. Es sind dies 111 Gersten- und Weizenproben und 77 Hopfenproben. Die Obst- und Gemüseausstellung wird täglich durch frische Lieferungen aus Rheinhessen, Baden und der Pfalz ergänzt. Spargel, Erbsen, Gurken, Erdbeeren, Salat und Frühkartoffeln finden wir hauptsächlich vertreten.

Die Obst- und Schaumweinkosthalle enthält 22 Nummern Obst- und Schaumweine und 86 Nummern Edelbranntweine. In der Traubenweinkosthalle sind 176 verschiedene Traubenweine ausgestellt, welche die hohe Leistungsfähigkeit des deutschen Weinbaues überzeugend demonstrieren. Die Molkereiausstellung ist mit 425 Butterproben und 250 Käseproben beschickt. Butter bringen Baden, Schleswig-Holstein, Württemberg, Hessen, Westfalen; Käse insbesondere der Allgäu, Hessen, Elsaß-Lothringen.

Die Tabakausstellung, in Halle 1 und 2 untergebracht, zeigt in jener Tabake der Rheinpfalz und der Provinz Brandenburg, in Halle 2 Produkte von Baden, Elsaß-Lothringen und Württemberg. Es sind 837 Nummern. Hanf finden wir in Halle 3. Die Sammelausstellung von Elsaß-Lothringen weist 14 Proben Rohhanfs, in 24 Proben bearbeiteten Hanfs auf. Die badische Sammelausstellung enthält 46 Proben Rohhanf und 20 Nummern Hanf in verschiedener Bearbeitung. In der Flachsabteilung sind die Resultate der Flachsanbauversuche der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft vom Jahre 1900 dargestellt, wozu 12 Proben von Flachs aus Schlesien, Posen und Baden in teils rohem, teils bearbeitetem Zustande treten.

Die Bienenwirtschaft ist durch 163 Gegenstände vertreten. In der gleichen Halle (4 a) begegnen wir der Ausstellung von Dauerwaren. Es sind vorhanden: 27 Nummern Molkereierzeugnisse, 4 Nummern Fleischwaren, 65 Nummern Obst, Gemüse und Kartoffeln, 20 Nummern Teig- und Backwaren und 28 Nummern Trauben-, Obst- und Beerenwein.

Handelsdünger, Kalk und Mergel sind in zahlreichen Proben aus Hamburg, der Rheinprovinz, Baden, von den Salpeterproduzenten, dem Kalisyndikat und dem Bund der Landwirte ausgestellt. Insbesondere das Kalisyndikat ist in einem besonderen Pavillon sehr stattlich vertreten. 39 Handelsfutterartikel aus Baden, Brandenburg, Bayern der Rheinprovinz sind zur Stelle. Verschiedene Hilfsmittel für den landwirtschaftlichen Betrieb sind in Gestalt von Geschirren, Dünge-, Futter- und Arzneimitteln in Halle 5 a und 6 b untergebracht. Die Landeskultur einschließlich Vereins-, Genossenschafts- und Versicherungswesen wird dargestellt durch die Ausstellung des Verbandes ländlicher Genossenschaften Raiffeisenscher Organisation in Rheinpfalz, Baden und Großherzogtum Hessen, die deutsche Tabakbaukommission in Darmstadt, sowie den Ausschuß der Wohlfahrtspflege auf dem Lande.



Das Versuchswesen ist durch Felddüngungsversuche und einen Anbauversuch von Wintergerste für Brauereizwecke vertreten. Lehrmittel sind durch das Kgl. Württembergische Landesamt, die Buchstelle der D. L.-G. und mehrere Verlagsbuchhandlungen ausgestellt.

Die Abteilung der Geräte ist mit 5128 Gegenständen besetzt, die von 283 Ausstellern vorgeführt werden. Ins Auge fallen hier vor allem die mächtigen Kraft- und Kraftübertragungsmaschinen, in denen insbesondere unsere heimische Fabrik Heinrich Lanz imposant vertreten ist. Ferner sind da Dampfpflüge und Mähmaschinen, Säe- und Drillmaschinen, Dreschmaschinen und Zentrifugen, Eggen und Walzen, Exstirpatoren und Strohpressen ꝛc., eine unendliche Fülle und Mannigfaltigkeit. Unter 81 neupatentierten Geräten finden wir 5 Pasteurisierapparate, 5 Kartoffelsortiermaschinen, 6 Kartoffelpflanzlochmaschinen, 2 Hanfbereitungsgeräte, 10 Spirituslokomobilen und 1 Bindemäher. Die Sonderausstellung für Bauwesen befindet sich am südlichen Teil der Nathusiusstraße. Sie bietet auch eine Ausstellung der Bauabteilung der D. L.-G."

Die Ministerien der beiden Länder, welche den Ausstellungsgau bilden, Baden und Elsaß-Lothringen, brachten die Landeskultur in den verschiedenen Zweigen der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Darstellung und zwar hatte jedes der beiden beteiligten Ministerien einen größeren Zeltbau für die Vorführung vorgesehen.

Die großherzoglichen Herrschaften widmeten der Ausstellung mehrere Besuche und besichtigten besonders eingehend die badische Abteilung. Auch Prinz Ludwig von Bayern besuchte die Ausstellung.

An die Ausstellung schlossen sich Versammlungen und Beratungen an, auf die hier nicht näher eingegangen werden kann. Von den Festlichkeiten und Vergnügungen seien erwähnt ein Begrüßungsabend im Stadtpark, ein Gartenfest im Ballhaus, eine Festvorstellung im Hoftheater, eine Hafenrundfahrt und eine Schloßbeleuchtung in Heidelberg. Nach Schluß der Ausstellung wurden von verschiedenen Interessentengruppen Studienausflüge in die nähere und weitere Umgebung gemacht. —

Eine Veranstaltung lokaler, aber innerhalb ihres Rahmens bedeutsamer Art war die erste Gewerbeausstellung des organisierten Handwerks im Handwerkskammerbezirk Mannheim, der die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach umfaßt. Das Unternehmen verdankte einem doppelten Anlaß seine Entstehung. Es sollte einerseits dem Landesherrn bei dessen 50jährigen Regierungsjubiläum die Verehrung des Gewerbestands bezeugen, der seiner reichgesegneten Regierungszeit so viel zu verdanken hat und andererseits der vor 60 Jahren erfolgten Gründung des für den hiesigen Handwerkerstand hochbedeutsamen Gewerbevereins und Handwerkerverbands in gebührender Weise gedenken. Die Beteiligung war sehr lebhaft, der Erfolg der Ausstellung sehr befriedigend. Durch den Besuch des Großherzogspaares erhielt sie ihre besondere Weihe.

Die Eröffnung fand am 26. April in feierlicher Weise und in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste statt. Als Ausstellungslokal wurden die Reithallen im Großh. Schloß, die von der Generalintendanz der Großh. Zivilliste mit dankenswerter Bereitwilligkeit zur Verfügung

gestellt worden waren, und der anstoßende Schneckenhof benützt, in dem man eine geräumige Bretterhalle errichtet hatte. Die gesamte zur Verfügung stehende Bodenfläche betrug 3200 qm. Die schwierige Aufgabe, in diesen Räumen die Ausstellung geschickt und würdig unterzubringen, wurde von der Ausstellungsleitung aufs beste gelöst. Die Ausstellung, an der über 200 Aussteller beteiligt waren, vereinigte gewerbliche Erzeugnisse der verschiedensten Art in reicher Fülle: Möbel aller Art, Musikinstrumente, Maschinen, Werkzeuge und Metallwaren, Schlosserarbeiten, Motoren und elektrotechnische Apparate, Stein-, Ton- und Glaswaren, Nahrungs- und Genußmittel (Konserven), Buchbinderarbeiten, Erzeugnisse der graphischen Gewerbe, Wagen und Geschirre, Lederwaren, Bekleidungsartikel, Kunstgegenstände.

Die fachmännische Beurteilung, besonders auch auswärtiger Besucher, hob als ganz besonders gelungen und bemerkenswert die hiesigen Kunstschmiedearbeiten, die von einer hohen Stufe gewerblicher Leistungsfähigkeit Zeugnis ablegten, hervor. Auch das Schreinergewerbe war gut vertreten mit Möbeln aller Art und damit in Verbindung auch das Tapezier- und Dekorationsgewerbe. In besonders erbauten Kojen kamen 20 vollständige Zimmer zur Ausstellung. Die Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbe, desgleichen auch die graphischen Gewerbe und der Bau von Musikinstrumenten waren durch eine Reihe leistungsfähiger Firmen vertreten. Eine Anzahl eleganter sowie gebrauchstüchtiger Wagen, vom feinsten Landauer bis zur schweren Bierrolle, zeigten, daß der Wagenbau im Kammerbezirk Mannheim einen hocherfreulichen Grad der Entwicklung erreicht hat, ebenso die Anfertigung von Geschirren. Zahlreiche kunstgewerbliche Erzeugnisse ließen erkennen, daß das Kunstgewerbe hier eifrige und erfolgreiche Pflege findet. Endlich sei bemerkt, daß Maschinen und Werkzeuge für das Kleingewerbe in instruktiver Weise vorgeführt wurden, und ganz selbstverständlich war es, daß im Zeitalter der Elektrizität auch diese auf der Ausstellung zu ihrem Rechte kam.

Ebenfalls im Zusammenhang mit den Festtagen des Regierungsjubiläums stand eine andere Ausstellung, die im Unterschied zu jener das gegenwärtige Schaffen umfassenden Veranstaltung den Blick in die Vergangenheit Mannheims zurücklenkte: die Karl-Theodor-Ausstellung des Mannheimer Altertumsvereins, die vom 6.—22. Juni in der ehemaligen Schulkirche L 1, 1 stattfand und in Gegenwart der großherzoglichen und erbgroßherzoglichen Herrschaften eröffnet wurde.

Aus kleinen, bescheidenen Anfängen entstand diese Ausstellung. Ihren Ausgangs-, aber auch ihren Mittelpunkt bildete eine stattliche Anzahl wertvoller Kostüme des 18. Jahrhunderts, die aus dem Besitz des kurfürstlichen Hofes in den des Theaters übergegangen sind. Diese einmal der allgemeinen Besichtigung zugänglich zu machen und zu zeigen, daß es hohe Zeit und Ehrenpflicht ist, sie vor der allmählichen sicheren Vernichtung im Alltagsgebrauch der Theatergarderobe zu bewahren, war die ursprüngliche Idee, welche der Ausstellung zugrunde lag. Wertvolle alte Möbel, Waffen, Skulpturen, Silber- und Zinngeräte aus dem Theater kamen hinzu, Behörden und Private liehen auf einen Aufruf des Vorstands hin ihre Kunst- und kunstgewerblichen Schätze her, und so konnte eine Ausstellung unternommen werden, die sich als eine der ganzen Regierungszeit Karl Theodors gewidmete bezeichnen konnte. Sie bezweckte, dem Beschauer ein Abbild der kunst- und kulturgeschichtlichen Bedeutung, die Karl Theodors Regierungszeit für unsere Stadt hat, zu geben. Sie machte nicht im entferntesten den Anspruch auf Vollständigkeit in der Berücksichtigung all der vielseitigen Äußerungen künstlerischer und geistiger Kultur, die unter Karl Theodors Regierung hervor-

traten, sondern griff charakteristische Beispiele heraus und mußte sich in manchen Fällen auf Andeutungen beschränken. Aber sie gab ein lebendiges und stimmungsvolles Bild jener längst verrauschten glanzvollen Periode der Mannheimer und Pfälzer Geschichte; ein Stück Alt-Mannheim tauchte wieder auf. Ein kleiner gedruckter Führer erleichterte den überaus zahlreichen Besuchern das Verständnis. Es wurde darin der Beweis geliefert, wie viel Wertvolles und Schönes sich hier aus der ersten Blüteperiode der Stadt Mannheim erhalten hat, und zweifellos hat die Ausstellung auf Hunderte von Besuchern im Sinne richtiger Wertschätzung und pietätvoller Erhaltung altererbten Familienbesitzes eingewirkt.

In demselben Raume, der sich für Ausstellungszwecke als vorzüglich geeignet erwiesen hat, ließ der Kunstgewerbeverein „Pfalzgau" der größeren Ausstellung, die er im vorigen Jahre veranstaltet hatte, im Oktober eine kleinere folgen: eine Kollektivausstellung der graphischen Arbeiten des Karlsruher Künstlerbundes.

Ausgestellt waren Lithographien, Radierungen und Handzeichnungen von Kampmann, Vollmann, Kallmorgen, Haueisen, Ortel, Roman, Euler, Hofer u. a. Auch die in Teubner's und Voigtländer's Verlag, Leipzig erschienenen wohlfeilen Blätter, sowie die kunstgewerblichen Drucke (Plakate, Menu-, Post- und Gratulationskarten) der Kunstdruckerei Künstlerbund Karlsruhe waren vertreten.

In den Tagen der landwirtschaftlichen Ausstellung, vom 6.—8. Juni, veranstaltete der hiesige Verein der Hundefreunde in den Hallen des städtischen Schlacht- und Viehhofs seine II. große internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen.

Die Ausstellung war reich beschickt und fand auch bei den zahlreichen auswärtigen Gästen lebhaftes Interesse. Auch wurde sie durch den Besuch des Großherzogs und des Erbgroßherzogs geehrt.

Schließlich ist noch zu erwähnen eine von den vereinigten Mannheimer Kanarienzüchtervereinen Mitte Januar veranstaltete Vogelausstellung im Saale des goldenen Karpfen.

Ausgestellt waren 371 Kanarienvögel, ca. 500 exotische Vögel und Papageien und zwei Kollektionen präparierter Vögel. Es waren u. a. zu sehen: Amseln, Amandinen, Buchfinken, Bergfinken, Blutfinken, Blaudrosseln, Bandfinken, Kardinäle, Drosseln, Distelfinken, Edelfinken, Elstern, Edelsänger, Gimpeln, Graudrosseln, Indigofinken, Kakadus, Möven, Nachtigallen, Nonnen, Papstfinken, Papageien, Reisvögel, Sonnenvögel, Webervögel, Wellensittige und Zwergpapageien.

In der Reitbahn des Großh. Schlosses fand im November eine Brieftaubenausstellung statt, die ebenso wie die vorgenannte mit einer Verlosung verbunden war.

2. Messen und Märkte.

Der Maimarktdienstag, der Hauptag des Mannheimer Maimarktes, hatte sich einer sehr lebhaften Beteiligung von auswärtigen Besuchern zu erfreuen.

Allein während dieses einen Vormittags wurden gegen 12000 Eintrittskarten zu 20 Pfg. ausgegeben, ein ziffernmäßiges Zeugnis für die Beliebtheit dieser großen Tierschau. Der Handel war während des ganzen Tages sehr lebhaft. Der Antrieb ergab die Gesamtsumme von 3646 Stück, darunter Ochsen 67, Rinder und Kühe 982, Farren 75, Kälber 355, Milchkühe 128, Pferde 1351, Schafe 20 und Schweine 668 Stück.

Um 11 Uhr begann die offizielle Prämiierung vorzüglicher auf den Markt gebrachter Pferde, Farren, Rinder, Milch- und Zuchtkühe sowie Zuchtschweine. Zu dem Akte der Prämiierung hatten sich eingefunden als Vertreter der Staatsbehörde Polizeidirektor Schäfer und Amtmann Frech. Als Vertreter der Stadt Bürgermeister Ritter. Major Seubert eröffnete den feierlichen Akt mit einer Ansprache. Zunächst hieß er die Erschienenen herzlich willkommen und dankte ihnen im Namen der leitenden Behörden. Besonders herzliche Worte fand er für unsere Nachbarn aus der Pfalz, die in diesem Jahre zahlreich erschienen seien. Er erwarte davon eine Belebung des Mannheimer Marktes für das ganze Jahr. Weiter dankte er denjenigen, die mit ihren Tieren erschienen seien, um dieselben vorzuführen, ferner den Behörden von Stadt und Staat, welche in liebenswürdiger Weise das Zustandekommen des Marktes immer fördern helfen. Zum Schluß gedachte Redner des Großherzogs als des hohen Protektors der Landwirtschaft und des Ackerbaues und ließ seine beifällig aufgenommenen Worte mit einem Hoch auf Großherzog Friedrich ausklingen.

Über die Bestimmungen der neuen Wochenmarktordnung wurde in der vorjährigen Chronik ausführlich berichtet. Im Januar stimmte der Stadtrat dem Antrag der Maß- und Marktkommission auf Herabsetzung der Marktgebühr auf den Nebenmärkten von 30 auf 15 Pf. für den laufenden Meter zu.

§ 4 der Wochenmarktordnung vom 3. August 1900 erhielt folgende in Punkt 3 und 4 veränderte Fassung, die der Großh. Landeskommissär unterm 25. Juni 1902 für vollziehbar erklärte:

Der Wochenmarktverkehr findet auf folgenden Plätzen an den beigesetzten Tagen statt.

1. Auf dem Hauptmarktplatze Lit. G 1, einschließlich der Auslagen und Vorplätze der Gewölbe vor der Pfarrkirche am Montag, Donnerstag und Samstag.
2. Auf den kleinen Planken (Plätze zwischen O 5—6 und N 5—6) am Dienstag und Freitag.
3. Auf den Zeughausplanken (Plätze zwischen C 5—6 und D 5—6) am Montag, Donnerstag und Samstag.
4. Auf dem Marktplatz bei der Luisenschule am Mittwoch und Samstag.
5. Auf dem Marktplatz der Neckarvorstadt am Dienstag und Freitag.
6. Auf dem Marktplatz des Stadtteils Neckarau am Dienstag und Freitag.

Der sogenannte Kranzmarkt wurde vom 27. Oktober bis 2. November auf dem Meßplatz über dem Neckar abgehalten.





X. Das Verkehrswesen.

1. Allgemeine Verkehrsangelegenheiten.



Im November 1901 vereinbarten die Regierungen von Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen, eine der Großschiffahrt dienende Regulierung des Rheins zwischen Sondernheim und Straßburg zur Ausführung zu bringen. Diese Oberrheinregulierung wurde als ein gemeinsames Unternehmen der drei Staaten bezeichnet und ihre Beteiligung an den Kosten derart festgesetzt, daß Bayern einen festen Betrag von 800000 Mk. zuschießt, Baden 40 %, Elsaß-Lothringen 50 % des gesamten Aufwands übernehmen. Das gemeinsame Unternehmen soll die Verbesserung der Wasserstraße in der Rheinstrecke von Sondernheim bis Kehl-Straßburg mit einer Längenausdehnung von 85 Kilometern umfassen, wovon 26,8 Kilometer auf die bayerisch-badische und 52,8 Kilometer auf die badisch-elsässische Stromstrecke entfallen. Das Ziel der Verbesserung ist die Ausbildung eines geregelten Fahrwassers, das bei einem Wasserstande von 3 Meter am Maxauer und 2 Meter am Straßburger Pegel auf den seichtesten Stellen noch eine Wassertiefe von 2 Meter bietet. Die Breite des Fahrwassers soll zwischen Sondernheim und der Mündung der Murg nicht weniger als 92 Meter, von da bis zum Straßburger Hafen nicht weniger als 88 Meter betragen.

Die Frage der Oberrheinregulierung stand während der ersten Hälfte des Berichtsjahres im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und mit Recht, denn in der neuzeitlichen Entwicklung unserer Stadt ist bis heute kaum eine Angelegenheit von gleich einschneidender Bedeutung wie diese hervorgetreten. Die in der vorjährigen Chronik bereits erwähnte Eingabe, die Stadtrat und Handelskammer gemeinsam an die Regierung richteten, wies neben der für die badische

Staatsbahn zu erwartenden Einnahmeverminderung in nachdrücklicher Weise auch die ungerechte Verteilung der Regulierungskosten nach, daß nämlich Baden im Verhältnis sechsmal soviel daran zu zahlen habe wie das Elsaß, dem der Hauptnutzen daraus zufalle: das Elsaß gewinnt 89,2 % des tonnenkilometrischen Verkehrs und zahlt 56,1 % der Kosten, Baden gewinnt 10,6 % des Verkehrs und zahlt 42,1 % der Kosten, d. h. Baden hat verhältnismäßig sechsmal soviel für die Regulierung zu zahlen wie das Elsaß.

Dann heißt es weiter:

„Zu diesen das Land Baden direkt treffenden Nachteilen tritt hinzu die schwere Schädigung Mannheims, auf die nachdrücklich hinzuweisen für uns als die Vertreter der städtischen, industriellen und Handels-Interessen dieses Platzes umsomehr Pflicht ist, als jeder Schlag, der Mannheim trifft, auf das Land zurückfällt. Und dieser Schlag soll geführt werden in einem Augenblick, wo gleichzeitig von einflußreichster Seite in Bayern von neuem die Kanalisierung des Mains bis Aschaffenburg und die Errichtung eines großen Wasserumschlagplatzes an dieser Stelle mit allem Nachdruck betrieben wird. In Bayern haben die maßgebenden Kreise es unumwunden ausgesprochen, daß die Oberrheinregulierung eine Gefährdung Ludwigshafens und der pfälzischen Bahnen bedeutet; die Staatsregierung habe sich deshalb an der Oberrheinregulierung nur in der Voraussetzung beteiligt, daß Preußen und Hessen bezüglich der Mainkanalisierung das gleiche Entgegenkommen zeigen, das Bayern bezüglich der Oberrheinregulierung bewiesen habe. Wenn so schon Ludwigshafen und die pfälzischen Bahnen als von der Oberrheinregulierung bedroht angesehen werden, um wieviel schwerer müssen die Nachteile sein, mit denen die Regulierung unser Mannheim und die badischen Bahnen bedroht!

Man wird geneigt sein, Mannheim über den ihm drohenden Verlust seiner Stellung als Umschlagsplatz und Endpunkt der regelmäßigen Großschiffahrt hinwegzutrösten mit dem Satze, daß jeder neue Verkehrsweg auch wieder neuen Verkehr schaffe. Wir sind denn auch die letzten, die belebende Kraft neuer Verkehrsgelegenheiten zu leugnen; nur trifft jener Satz auf den vorliegenden Fall nicht zu. Wo immer ein schlummernder Verkehr geweckt werden soll, mag man ihn gelten lassen; bei der Regulierung des Oberrheins aber handelt es sich erst in zweiter Linie um Verkehrserzeugung, in erster Linie steht hier durchaus die Verkehrsverschiebung.

Bei dem außerordentlichen Frachtvorsprung, den Straßburg durch die Regulierung erhält, kann es keinem Zweifel unterliegen, daß alle die Gebiete, für welche Straßburg künftig tarifarisch günstiger liegt als Mannheim, wie die Schweiz, das Elsaß, Oberbaden, das südliche Württemberg und Bayern u. s. f., sich vom Verkehr über Mannheim emanzipieren und günstigsten Falles aus regelmäßigen Kunden in unsichere Abnehmer unseres Platzes sich verwandeln würden. Unwiderleglich lehrt die Statistik, daß mit dem Augenblick der Aufnahme der Großschiffahrt nach Straßburg z. B. der Getreideverkehr Mannheims nach dem Elsaß zusammengeschrumpft ist. In den ersten zehn Monaten des Jahres 1901, das einen für Straßburg fast dauernd günstigen Wasserstand brachte, sind auf dem Rhein dort angekommen 123680 Tonnen Getreide gegen 66957 Tonnen im Vorjahr, d. h. die Zufuhren haben sich verdoppelt. Ähnliche Ergebnisse haben unsere Erhebungen für die anderen Hauptartikel des Mannheimer Massenverkehrs, wie Kohlen, Eisen, Holz, Petroleum gezeitigt. Der Verlust dieses Verkehrs bedeutet für Mannheim mehr als eine Schädigung des durch an-

gestrengte Arbeit und immer regen Unternehmungsgeist erkämpften Rufes seiner imposanten wirtschaftlichen Entwickelung; er bedeutet die Entwertung der in Mannheim selbst, sei es vom Staat, sei es von der Stadt oder von einzelnen geschaffenen großartigen Verkehrseinrichtungen, ein Schaden, der zu einem großen Teil auf das Land zurückfällt; denn was hier an Verkehrsanlagen und Einrichtungen unter Festlegung vieler Millionen geschaffen ist, dient dem Nutzen des ganzen Landes.

Seit langem ist Mannheim die eigentliche Nährmutter des ganzen badischen Eisenbahnnetzes und das bei weitem steuerkräftigste Gemeinwesen des ganzen Landes. Unser Kaufmannstand wird vielleicht dank seiner Umsicht und Tüchtigkeit sich den veränderten Verhältnissen anzupassen vermögen, sie wohl gar sich zunutze machen, er kann dies aber nur, wenn er seine Kapitalien an den günstiger gelegenen Plätzen verwertet, mit seinen Kapitalien dahin übersiedelt. Dadurch steht der Stadt nicht nur eine Kapitalabwanderung, sondern obendrein eine Wertverminderung der in ihr festgelegten Kapitalien und damit ein Rückgang ihrer Steuerkraft — mindestens im Verhältnis zu ihren Konkurrenzstädten — bevor. Was das für eine Stadt bedeutet, deren außerordentliche Entwickelung die größten Ansprüche an die städtischen Finanzen gestellt und die Aufnahme sehr beträchtlicher Anleihen erfordert hat, brauchen wir nicht näher auszuführen.

Alle diese Nachteile, die der Stadt Mannheim drohen, drohen auch dem Staate Baden, für dessen Wirtschaft das Schicksal des steuerkräftigsten Gemeinwesens des Landes nicht gleichgültig sein darf. Und sie würden den Staat doppelt treffen, weil er für den an Mannheim erlittenen Verlust keinen Ersatz zu hoffen hat. Denn in die Stellung Mannheims kann der künftige badische Endpunkt der Rheinschiffahrt niemals einrücken, sie kann auch keinem anderen badischen Platze zufallen. Die Vorteile der Regulierung wird und muß notwendig das verkehrstechnisch bevorzugte Straßburg genießen. Diese Auffassung ist denn auch in den Verhandlungen des elsässischen Landesausschusses mit aller wünschenswerten Klarheit ausgesprochen worden und in der Beteiligung der Stadt Straßburg an den Kosten der Regulierung deutlich genug zum Ausdruck gekommen. Dieser nach Beendigung der Regulierung natürlichen Entwickelung kann künftig durch kein Mittel Halt geboten werden. Kehl wird neben Straßburg immer eine kümmerliche Existenz fristen, es wird bestenfalls ein von der Großstadt Straßburg abhängiger Bahnhof für Straßburgs Verkehr nach dem Osten und Südosten sein, und aller Verkehrszuwachs, den die badische Bahn in Kehl etwa erhält, wird stets nur ein winziger Bruchteil des in Mannheim verlorenen Verkehrs sein und dem Lande keinen Ersatz bieten können für das, was Mannheim und das ganze Land Baden durch den Verlust eines wesentlichen Teiles des Mannheimer Großhandes und Verkehrs einbüßt. Alle diese Erwägungen zwingen zur sorgfältigsten Prüfung der Frage, ob nicht das Opfer, das dem Lande durch die Beteiligung an der Oberrheinregulierung auferlegt werden soll und das mit der Bewilligung des Kostenanteils, wie wir gezeigt zu haben glauben, keineswegs erschöpft ist, die Leistungsfähigkeit des Landes übersteigt."

Nachdem am 6. März der elsässische Landesausschuß 120000 Mk. bewilligt hatte unter der Voraussetzung, daß die Stadt Straßburg 700000 Mk. in 10 Jahresraten zu 70000 Mk. zu den Kosten beisteuere, ging im April der II. badischen Kammer die Regierungsvorlage zu, deren Erläuterungen die schwerwiegenden Bedenken und Gegengründe Mannheims zu entkräften suchten: die seitherigen Erfolge der Mannheimer Industrie ließen erhoffen, daß der un-

günstige Einfluß einer oberrheinischen Großschiffahrt auf den Umschlag in Mannheim nach und nach durch den Umschlag für die Industrie behoben werde und daß die Rheinregulierung keine so große Schädigung im Gefolge haben werde, als man dort fürchte. Nach dem Satz, daß neue Verkehrswege im Laufe der Zeit auch neuen Verkehr schaffen, sei zu hoffen, daß die Schiffahrt auf dem Oberrhein ohne Umschlag in Mannheim-Ludwigshafen schließlich wieder neuen Verkehr veranlassen werde, der sich des Umschlags in Mannheim-Ludwigshafen bedienen müsse u. s. w. Diese Begründung der Regierungsvorlage wurde in der Presse und im Landtag selbst heftig angegriffen, und aus den Landtagsverhandlungen war die Tatsache zu entnehmen, daß die Vorstellungen des Mannheimer Stadtrats und der Handelskammer nicht wirkungslos geblieben waren.

Am 23. Juni begannen in der zweiten Kammer die Verhandlungen über den Gesetzentwurf. Die Budgetkommission der zweiten Kammer stellte nach dem vom Abgeordneten Hergt erstatteten Bericht den Antrag, die erste Rate von 900000 Mk. nur unter folgenden Voraussetzungen zu genehmigen:

1. Daß durch nachträgliche Abänderung des Artikels I der Übereinkunft zwischen Baden, Bayern und Elsaß-Lothringen vom 28. November 1901 die Kostenbeteiligung Badens auf 30% herabgemindert wird; 2. daß zwischen der badischen Eisenbahnverwaltung und der Verwaltung der Reichseisenbahnen eine Vereinbarung zustande kommt, durch welche die Tarife der beiderseitigen oberrheinischen Häfen von Mannheim bis Straßburg-Kehl in ein angemessenes Verhältnis gebracht werden, so daß denselben im Verkehr mit der Schweiz der Wettbewerb unter sich ermöglicht ist; 3. daß eine Abänderung der für das Reichsland nach § 5 des Reichsgesetzes vom 25. Juni 1873 „bis auf weiteres" aufrecht erhaltenen Oktroibestimmungen in dem Sinne erfolgt oder doch in sichere Aussicht gestellt wird, daß das Oktroi in den Städten des Reichslandes, namentlich in Straßburg, nicht mehr als ein zu Gunsten der dort ansässigen Unternehmungen gewährter Schutzzoll gegen die Einfuhr von bearbeiteten Erzeugnissen aus Baden wirken kann.

Nachdem der Abg. Hergt über die Kommissionsverhandlungen Bericht erstattet und den Kommissionsantrag befürwortet hatte, trat der Abgeordnete für Kehl, Hauß, mit aller Wärme zugunsten der Vorlage ein, während sie von dem Mannheimer Abgeordneten, Dreesbach, mit großer Entschiedenheit bekämpft wurde. Letzterer wies dabei insbesondere auf die Einbuße hin, die unsere Eisenbahnkasse durch die Ablenkung des Güterverkehrs erleiden müßte, und die schließlich zu einer Verpreußung der badischen Staatsbahnen führen würde. Die Gefahr eines linksrheinischen Kanals hält er für ausgeschlossen, und bei der Kostenverteilung ist nach seiner Ansicht Baden übers Ohr gehauen worden. Ihm gegenüber suchte Minister Schenkel die Vorlage zu verteidigen: die Regulierung werde für die Hebung der volkswirtschaftlichen Interessen des badischen Landes von großem Nutzen sein, und die daraus

für Mannheim und die Eisenbahnkasse erwachsenden Nachteile seien wesentlich geringer, als sie der Vorredner geschildert habe. Er meinte, der schädliche Effekt werde sich für Mannheim wesentlich darin zeigen, daß das rapide Fortschreiten dieser Handelsstadt etwas verlangsamt werde, was von gewissen Gesichtspunkten aus nur begrüßt werden könne. Da der Minister auf die nachträgliche Bewilligung von weiteren 10 % der Kosten durch den elsaß-lothringischen Landesausschuß nicht hoffte, empfahl er die gesamte Regierungsvorlage zur Annahme, stellte aber in Aussicht, daß im übrigen die Bedingungen des Kommissionsantrags vor der Verwendung der Gelder erfüllt werden müßten. Nachdem noch die Abgeordneten Binz für die Vorlage, Stockhorner für den Kommissionsantrag und Neuhaus gegen beides gesprochen, wurde die Weiterberatung auf den nächsten Tag vertagt. Der Abgeordnete Dreesbach stellte den Antrag, die Kammer wolle beschließen, die erste Rate so lange auszusetzen, bis die drei Bedingungen des Kommissionsantrags erfüllt seien. Dieser Antrag wurde in der Sitzung vom 24. Juni, in der der Antragsteller und sodann der Berichterstatter nochmals das Wort ergriffen, abgelehnt, dagegen der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen. Die erste badische Kammer, in der Geh. Kommerzienrat Diffené und Kommerzienrat Scipio mit Energie die Interessen Mannheims vertraten, faßte den gleichen Beschluß am 28. Juni.

Da infolge der Annahme des Kommissionsantrags Verhandlungen zwischen den beteiligten Staaten auf neuer Basis nötig wurden — die bayerische Kammer vertagte die Beschlußfassung angesichts dieser Sachlage — so war die Mannheim und seiner Verkehrsstellung drohende Gefahr wenigstens für die allernächste Zeit abgewendet. Als bald darauf wieder die bekannten Schreckschüsse aus dem Elsaß ertönten: nun werde man mit aller Energie die Erbauung des linksrheinischen Kanals betreiben, wurde darauf hingewiesen, wie wenig trotz der Agitation des vor einigen Jahren ins Leben gerufenen Oberrheinischen Kanalvereins die Ausführung dieses Projektes zu befürchten sei.

Über das hauptsächlich von württembergischer Seite betriebene Projekt, den Neckar zwischen Mannheim und Cannstatt-Stuttgart durch Kanalisationsbauten in eine für Schiffe bis zu 600 Tonnen Tragfähigkeit befahrbare Großschiffahrtsstraße umzugestalten, wurden die badischen Neckargemeinden vom badischen Ministerium des Innern zu einer Äußerung über die von ihnen erwarteten Vorteile oder Nachteile aufgefordert. Das Resultat dieser Stellungnahme wird folgendermaßen zusammengefaßt: Die badischen Neckargemeinden tragen in ihrer Mehrheit gegen die Kanalisation wohl keine Bedenken, bringen aber dem Projekt auch kein lebhaftes Interesse entgegen. Die Kleinschiffer auf dem Neckar befürchten eine Beschränkung ihres Erwerbes, während die Stadt Heidelberg eine Beeinträchtigung ihrer landschaftlichen Schönheit durch den Einbau von Wehren in den Neckar annimmt. In Mannheim wurden anfänglich von manchen Seiten gegen das Projekt sehr beachtenswerte Bedenken erhoben; dessenungeachtet beschlossen der Stadtrat und die Handelskammer, keinerlei Einwendungen dagegen geltend zu machen.

Das von Bauamtman Specht ausgearbeitete Bauprojekt selbst ist folgendes: Von der 200 Kilometer langen Linie entfallen 91 auf badisches, 109 Kilometer auf württembergisches Gebiet. Der Neckar soll durch bewegliche Wehre auf eine Niederwassertiefe von 2 Meter gebracht werden, sodaß Schiffe von 600 Tonnen mit 1,75 Meter Tiefgang verwendet werden können. 49 Schleußen von 2,5 bis 3 Meter Höhe sind vorgesehen. Die Baukosten sind auf 14,5 Mill. für den badischen Teil und 28 Mill. für den württembergischen Teil berechnet; sie sind für den letzteren verhältnismäßig höher, weil die Schwierigkeiten größer und weil einige Hafenanlagen einbegriffen sind. Man berechnet, daß durch die Stauung des Neckars Wasserkräfte (außer den schon in Benutzung befindlichen) im Betrag von 26000 Pferdekräften gewonnen würden, davon 16000 auf badischem und 10000 auf württembergischem Gebiet.

Der Plan der Fortführung der Mainkanalisation von Offenbach bis Aschaffenburg durch die Regierungen von Preußen und Bayern machte in dem Berichtsjahr weitere Fortschritte.

Das Projekt zerfällt in ein solches für die Kanalisierung zwischen Hanau und Aschaffenburg und ein solches für die Umschlaganlagen bei Aschaffenburg. Das Projekt für die Kanalisierung umfaßt vier Staustufen und soll (ebenso wie die zwei Staustufen zwischen Offenbach und Hanau) in den gleichen Dimensionen ausgeführt werden, wie die bestehende Kanalisierung unterhalb Offenbach, sodaß die großen Rheinschiffe ungehindert bis Aschaffenburg verkehren können. Die Kanalisierung zwischen Hanau und Aschaffenburg wird auf eine Flußstrecke von etwa 50 Kilometer einen Kostenaufwand von etwa 9$^1/_4$ Mill. Mk. erfordern. Das umgearbeitete Projekt für die Umschlaganlagen bei Aschaffenburg hat gegenüber dem ursprünglichen Projekt eine nicht unwesentliche Kostenersparnis erzielt, indem die Ausführungskosten von 16 Millionen auf etwa 12 Millionen reduziert worden sind. Ein großer Teil dieser Anlagen wird ausschließlich für den Umschlag der Kohlen für den Staatsbahnbetrieb bestimmt sein, deren Gesamtmenge nach Vollendung des Werkes auf 800000 Tonnen vorgesehen ist.

Gegen die Bevorzugung des Seehafenverkehrs durch die Tarifpolitik der preußischen Staatsbahnen zu Ungunsten der Rheinschiffahrt wandte sich im März 1902 eine umfangreiche Denkschrift zahlreicher rheinischer Handelskammern, an der auch die hiesige in Vertretung der Interessen unseres Platzes beteiligt war.

Dieselbe kommt zu dem Schluß: Jede Tarifermäßigung der Eisenbahnen sei dankbar anzuerkennen, aber es sei nicht gerechtfertigt, daß durch tarifarische Begünstigung der Nordseehäfen Sendungen künstlich von der Rheinstraße abgelenkt werden. Deshalb werde beantragt, daß alle Tarife, die für die Aus- und Einfuhr den Nordseehäfen gegeben werden, auch auf den Wasserumschlag in den Rheinhäfen in Anwendung kommen sollen.

Am 1. Oktober 1902 ging die Main-Neckarbahn (in Ausführung des zwischen Preußen, Baden und Hessen abgeschlossenen und im April-Mai von den badischen Landständen genehmigten Staatsvertrags) an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft über.

Von der Minderheit, die in der zweiten badischen Kammer gegen die Annahme des Vertrags stimmte, wurde hervorgehoben, daß damit die „Verpreußung" der badischen Bahnen inauguriert werde. Dagegen wurde ausgeführt, daß dieser Einwand nicht geltend gemacht werden könne, da der Schlüssel zum badischen Bahnnetz sich bereits in Preußens Händen befinde, sodaß dieses den badischen Teil der Main-Neckarbahn gar nicht erst brauche, wenn es Baden für den Anschluß an die preußisch-hessische Gemeinschaft „mürbe machen" wolle. Daß die bisherige Betriebsgemeinschaft der Dreistaatenbahn auf die Dauer nicht weiterbestehen könne, wurde vom Ministerium schon öfters hervorgehoben; an die Lösung des schwierigen Problems mußte daher herangetreten werden.

Auf die bedenklichen Folgen dieser Neugestaltung wies u. a. auch Dr. Landgraf, der vorzügliche Kenner unserer Verkehrsverhältnisse, in seiner Schrift „Mannheim am Scheidewege" hin.

2. Anlagen im Interesse des Verkehrs.

Während des Berichtsjahres traten in den Mannheimer Hafenanlagen folgende Änderungen und Erweiterungen ein: Im offenen Rheinhafen wurden 2 weitere elektrische Krahnen aufgestellt, im Mühlauhafen eine 75 m lange Werfthalle erbaut und ein neuer Dampfkrahn aufgestellt, im Verbindungskanal wurde an Stelle der alten Jungbuschbrücke eine neue Drehbrücke mit elektrischem Betriebe erstellt und ein erhöhter eiserner Fußgängersteg über den Verbindungskanal und die anschließenden Bahngleise erbaut. Zur besseren Einfahrt der Schiffe vom Neckar wurde bei der Drehbrücke das Ufer zurückverlegt. Im alten Zollhafen wurde eine elektrisch betriebene Schiebebühne und ein Dampfkrahn dem Betriebe übergeben. Im Floß- und Industriehafen wurde der eiserne Oberbau des Floßdurchlasses und der Drehbrücke beim Waldhof aufgestellt. Auf der linken Seite (Bonadiesinsel und Friesenheimer Insel) wurden etwa 480000 qm Lager- und Industrieplätze aufgefüllt. Auf dem östlichen Industriegebiet sind 3 Fabriken und auf der Bonadiesinsel ein großes Fabriketablissement errichtet und 3 Dampfkrahnen aufgestellt worden.

Die Aufwendungen für diese Herstellungen betrugen im Jahr 1902:

seitens der Wasserbauverwaltung	M.	179669.20
„ „ Eisenbahnverwaltung	„	558552.47
„ „ Zollverwaltung	„	111961.62
zusammen aus staatlichen Mitteln	M.	850183.29
Von der Stadtgemeinde Mannheim wurden für den Industriehafen aufgewendet (ausschließlich der Kosten des Geländeerwerbs)	„	1034867.67
Somit insgesamt aus öffentlichen Mitteln	M.	1885050.96

Über den Fortgang der Arbeiten an dem von der Stadtgemeinde erbauten **Industriehafen** liegt folgender Bericht des städtischen Tiefbauamts vor:

Die Arbeiten im Industriehafen nahmen ihren ungestörten Fortgang. Die Baggerung im Floßmarktplatz wurde im Laufe des Jahres beendigt. Die Sohle des südlich des Verbindungsdammes gelegenen Hafenteiles liegt nunmehr überall auf —1,00 m a. S. P. Im nördlich des Verbindungsdammes gelegenen Teil des Altrheines wurden ebenfalls bereits Baggerungen bis Pegel —1,00 m vorgenommen und dadurch eine freie Einfahrt für das unmittelbar hinter dem Querdamm befindliche Petroleumstichbecken geschaffen. Die Auffüllungs- und Planierungsarbeiten am linken Ufer und auf der Bonadiesinsel wurden nahezu fertiggestellt und zwar wurden hierfür vom Trockenbagger im sogenannten Kollekturwald 752789 cbm Material abgebaggert und mittelst Transportbahn bis zu 9 km an die Verwendungsstellen befördert. Auf diese Weise waren am Ende des Jahres auf der Bonadiesinsel ca. 76400 qm und am linken Ufer ca. 264300 qm Fläche planmäßig fertiggestellt. Auch die Uferbefestigungsarbeiten wurden in diesem Jahre zu Ende geführt, und zwar kamen auf der Bonadiesinsel ca. 560 laufende Meter und auf dem linken Industriehafenufer ca. 1540 laufende Meter während des Jahres zur Ausführung. An Straßen wurden hergestellt auf dem linken Ufer ca. 300 laufende Meter und auf der Bonadiesinsel ca. 273 laufende Meter und waren auch diese Arbeiten am Schluß des Jahres soweit gediehen, daß die gesamten Straßen dem Betrieb übergeben werden konnten. An Gleisen wurden insgesamt 3800 laufende Meter verlegt. Im Laufe des Berichtsjahres wurden außerdem die Montierungsarbeiten für die von der Staatsbehörde erbaute Drehbrücke im Verbindungsdamm begonnen und derart beschleunigt, daß die Brücke am Jahresschluß vollständig betriebsfähig fertiggestellt war.

Des weiteren wurde eine Anzahl von Platzverkäufen am rechten Ufer und auf der Bonadiesinsel zum Abschluß gebracht. Auf der Bonadiesinsel wurde auf einer Fläche von 3084 qm die chemische Fabrik von G. C. Zimmer errichtet, worin hauptsächlich die Fabrikation von künstlichem Dünger betrieben wird. Am rechten Ufer wurden Plätze für eine Kaffeerösterei von 1000 qm, eine Säckefabrik von 1500 qm und ein Platz von 2886 qm Fläche an die Firma Cahn & Rheinauer, welche die Verarbeitung von Pflanzenfasern und die Fabrikation von Bürsten betreibt, käuflich abgetreten. Weiterhin erwarb die Weichgummifabrik Etablissement Hutchinson im Laufe des Jahres noch eine an ihr Fabrikanwesen angrenzende Fläche von 3000 qm hinzu. Endlich wurde im Zentrum der Ansiedelungen des rechten Ufers ein Platz von 440 qm, welcher für die Errichtung einer Hafenrestauration bestimmt ist, von Ludwig Vock angekauft. —

Inbezug auf die Erwerbung von Grundstücken auf der Friesenheimer Insel für die Erweiterung des Industriehafens erklärte sich der Stadtrat in seiner Sitzung vom 16. Mai 1902 mit den von einer Anzahl in Oppau wohnenden Eigentümern verlangten Preise von 65 Pfg. pro Quadratmeter einverstanden, um hinsichtlich dieser Grundstücke die Kosten und Aufwendungen des bereits eingeleiteten Expropriationsverfahrens zu vermeiden.

Für die gedeihliche Entwicklung des Industriehafens ist es von höchster Wichtigkeit, daß derselbe bezüglich der Bahngütertarife dem Zentralgüterbahnhof völlig gleichgestellt wird. Nachdem schon 1896 und in den folgenden Jahren von der Bahnverwaltung verschiedene wertvolle, aber immerhin noch ziemlich beschränkte Zugeständnisse gemacht worden waren, richteten Stadtrat und Handelskammer am 30. Dezember 1902 an das zuständige Ministerium das Gesuch um vollständige tarifarische Gleichstellung des Industriehafens mit dem Zentralgüterbahnhof.

Durch den Zusammenbruch der Aktiengesellschaft für chemische Industrie und und des mit ihr zusammenhängenden Böhm'schen Rheinaukonzerns wurde auch die Frage der Zukunft des von ihm gegründeten und betriebenen Rheinauhafens akut. In der Novemberplenarsitzung der Handelskammer wurde betont, daß die Erhaltung dieses Hafens nicht nur für Mannheim, sondern für das ganze Land von schwerwiegendem Interesse sei, da dieser im Jahre 1895 durch privates Kapital gegründete und 1897 in seinem ersten Teile dem Betrieb übergebene Hafen ein nicht unwesentliches Glied im badischen Verkehrsorganismus geworden sei.

Die Kammer gelangte zu der Überzeugung, daß der Übergang dieses Hafens in fremde Hände für Mannheim schwere materielle und moralische Nachteile im Gefolge haben würde, daß die rationelle Ausbeutung der Anlage auch im Interesse des Landes dringend erwünscht sei, daß deshalb in der Übernahme des Hafens auf den Staat die allein richtige, den allgemeinen Interessen entsprechende Lösung gefunden werden könne. Mit besonderer Rücksicht auch auf die in jenem Gebiet engagierten erheblichen Kapitalien beschloß die Handelskammer daher, wegen Verhütung oder wenigstens tunlichster Abschwächung dieser nicht nur einzelnen Personen und Unternehmungen, sondern auch der Gesamtheit drohenden Schädigung an zuständiger Stelle vorstellig zu werden. Mannheimer Banken und Schiffahrtsgesellschaften unterstützten dieses Gesuch, und bereits Mitte November erklärte die Generaldirektion der badischen Staatsbahnen ihre prinzipielle Bereitwilligkeit zur Übernahme des Hafenbetriebs, der Auslade- und Bahneinrichtungen. Die Verhandlungen zogen sich aber noch über die nächsten Monate hin, so daß erst im Jahre 1903 die Übernahme des Rheinauhafens in Staatsbetrieb perfekt werden konnte.

Die Erbauung der zweiten Neckarbrücke (Jungbuschbrücke) kam im Berichtsjahre wegen Durchführung des wasserpolizeilichen Verfahrens über das Stadium der Verhandlungen mit den Staatsbehörden nicht hinaus.

Gegen das am 8. November 1901 zur Vorlage gebrachte Projekt „Freie Bahn" wurden seitens der Großh. Rheinbauinspektion verschiedene Einwendungen erhoben, die sich im wesentlichen auf die Standfestigkeit und Höhenlage der Brücke erstreckten. Diese Beanstandungen konnten im allgemeinen ohne nennenswerte Änderungen des Projekts beseitigt werden bis auf einen Punkt, nämlich die Höhenlage. Nach eingehenden Verhandlungen zwischen dem Tiefbauamt bezw. dem Stadtrat und genannter Staatsbehörde wurden die Pläne entsprechend umgearbeitet und kamen unterm 31. Mai 1902 erneut zur Vorlage. Mit Rücksicht auf die wegen der Höhenlage vorhandenen Meinungsverschiedenheiten wurde gleichzeitig hiermit auch das Projekt „Sichel" in der nach den Anforderungen der Aufsichtsbehörde umgeänderten Form der Staatsbehörde als Alternativprojekt dem Stadtrat vorgelegt. Hinsichtlich der Gründungstiefe konnte sich das Tiefbauamt den Anschauungen der Rheinbau-Inspektion nicht anschließen und beantragte daher, eine Entscheidung der Gr. Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues herbeizuführen. Bevor nun der Stadtrat auf weitere Verhandlungen und Beschlüsse eingehen konnte, war noch die Frage zu prüfen, inwieweit eine Verpflichtung des Staates zum Bau der Jungbuschbrücke bezw. zur Leistung eines den Baukosten annähernd gleichkommenden Kostenbeitrags bestehe. In dem in dieser Frage erhobenen, auf eine sorg-

fältige Zählung des Verkehrs sich stützenden Gutachten wurde u. a. ausgeführt, „daß die Bedeutung einer an der projektierten Stelle zu erbauenden Neckarbrücke für den örtlichen Verkehr zwischen Jungbusch und Neckarvorstadt allgemein überschätzt zu werden scheint und jedenfalls keine so wichtigen Interessen auf dem Spiele stehen, daß der Stadtgemeinde als der Gesamtheit der Steuerzahler zugemutet werden kann, ohne jegliche Staatsbeihilfe die Brücke zu bauen."

Auf Grund dieser Erhebungen beschloß der Stadtrat unterm 1. Juli 1902, die schon früher eingeleiteten Verhandlungen wegen Erwirkung eines Staatszuschusses wieder aufzunehmen, gleichzeitig aber auch zur Vermeidung weiterer erheblicher Verzögerungen das wasserpolizeiliche Verfahren fortzusetzen. Unterm 17. Juli 1902 ging der diesbezügliche Antrag des Stadtrats an das Großh. Bezirksamt ab. Nach abermaligen Verhandlungen mit den Großh. Staatsbehörden, die insbesondere die Frage zum Gegenstand hatte, ob das Projekt „Sichel" nicht dem Projekt „Freie Bahn" vorzuziehen sei, beschloß der Stadtrat auf Grund einer eingehenden Äußerung des Tiefbauamts unterm 21. November 1902, an dem Projekt „Freie Bahn" festzuhalten, in welchem Sinne an Großh. Bezirksamt Vorlage erstattet wurde. Unterm 5. Dezember 1902 verständigte letztere Behörde den Stadtrat, daß das Projekt nunmehr den in Betracht kommenden Interessenten, nämlich der Großh. Wasser- und Straßenbau-Inspektion Heidelberg, dem Großh. Bahnbauinspektor, dem Großh. Hauptzollamt, der Großh. Hafenkommission sowie der Direktion der Preuß. Hessischen Staatsbahn mitgeteilt worden sei, um diesen Gelegenheit zur Äußerung über das Vorhaben zu geben.

Der riesige Verkehr, den die Rheinbrücke in den drei letzten Jahren zu bewältigen hatte, ist aus folgenden Zahlen erkennbar, wobei berücksichtigt werden muß, daß der Wagenverkehr über die Straßenbrücke, für den leider keine statistischen Aufzeichnungen zugänglich waren, in dieser Zusammenstellung nicht erscheint.

	1900	1901	1902
1. Mit Personenzügen:			
Personen	376533	444761	475289
Gepäck in Tonnen	1681	1681	1669
Vieh-Wagen	4279	4755	4848
2. Mit Güterzügen:			
Eisenbahnwagen	334265	262944	250400
Güter in Tonnen	1561147	1240775	1057217
Kohlen in Tonnen	154986	143067	124395
Zusammen Güter und Kohlen	1716133	1383842	1181612
3. Im Straßenbrückenverkehr:			
Gewöhnliche Karten	1979327	2059659	1835882
Abonnementskarten	43697	41288	41527

Bemerkenswert ist, daß der Güterverkehr über die Brücke, der schon im Jahre 1901 gegen 1900 um 332292 Tonnen, d. h. um 19,36 % sank, 1902 gegen 1901 um weitere 202230 Tonnen oder 14,61 % zurückblieb.

Die Aufhebung des Brückengeldes ist ein alter, aber immer noch unerfüllter Wunsch. Als Pauschalsumme für das Brückengeld der mit der elektrischen Straßenbahn beförderten Passagiere wurde 25000 Mk. jährlich festgesetzt, außerdem müssen jährlich 10000 Mk. für Benützung der Brücke durch die elektrischen Wagen bezahlt werden. Besonders gegen die

letztere Forderung, die selbst von der badischen Regierung als zu hoch bezeichnet, von der Direktion der pfälzischen Bahn und der bayerischen Regierung aber hartnäckig festgehalten wurde, richteten sich verschiedene, leider vergebliche Versuche der Städte Mannheim und Ludwigshafen um Herabminderung.

Im Oktober 1902 wurden die Bauarbeiten zur Herstellung des neuen Rangierbahnhofs von der Generaldirektion zur öffentlichen Bewerbung ausgeschrieben. Danach umfaßt die Ausführung 886000 cbm Erdbewegung, 137000 qm Böschungsflächen, 34300 qm Wegflächen, 185000 cbm Beschotterung, 148000 laufende Meter Gleissickerungen, 5100 laufende Meter Querentwässerung, 8000 cbm Baugrubenaushub, 800 cbm Fundamentbeton, 13300 cbm Mauerwerk der Bauwerke, 83 cbm Werksteine in Granit, 750 cbm Werksteine in Sandstein.

3. Nachrichtenverkehr.

Vom Umfang des hiesigen Postverkehrs geben die nachfolgenden Zahlen ein deutliches Bild. Bemerkt sei, daß sich die Tabelle nur auf das Postamt Mannheim bezieht, die Vorstädte Käferthal-Waldhof und Neckarau also ausschließt.

	1901		1902	
	Ankunft	Abgang	Ankunft	Abgang
1. Briefe, Postkarten, Drucksachen u. dgl.	21330738	27648036	22917778	30259060
2. Postanweisungen, Stück	899527	601977	963373	633997
Betrag Mk.	83423424	40175947	84338682	41126142
3. Nachnahmesendungen, Stück	132756	179788	138545	155507
Betrag Mk.	2140132	6262712	2411681	5271832
4. Postauftragsverkehr:				
Postaufträge, Stück	19093	104195	18274	99215
Betrag Mk.	2080296	—	1928889	—
5. Fahrpost:				
Pakete ohne Wertangabe, Stück	698269	658626	696543	701106
Briefe und Pakete mit Wertangabe, Stück	84133	49688	78594	48218
Zusammen Stück	782402	708314	775137	749324
Wertbetrag der Briefe und Pakete mit Wertangabe Mk.	164078422	161850803	172118754	164917099
6. Zeitungsverkehr:				
Zeitungen, Zeitschriften 2c.	1465	35	1549	37
Exemplare derselben	10566	15459	11331	18975
Einzelnummern	2067847	2602261	2223646	292694
7. Gesamtverkehr (mit Ausnahme von 6) Stückzahl	23164516	29242310	24813107	31897103
Wertsumme Mk.	251722276	208289462	260798006	211315073

Bedenkt man, daß der hiesige Briefverkehr eines Jahres innerhalb des letzten Jahrfünfts von 30 auf 53 Millionen Stück und der Betrag des hiesigen Postanweisungsverkehrs von 33,5 Mill. Mk. im Jahre 1881 auf 65,8 Mill. Mk. im Jahre 1891 und 125,4 Mill. Mk. im Jahre 1902 angewachsen ist, so erhält man eine Vorstellung von der Zunahme des hiesigen Postverkehrs.

Es wurden im Berichtsjahr (Vorjahr) in den hiesigen Postämtern und ihren Filialen verkauft: 21415427 (20397258) Freimarken, 2121404 (1962903) Postkarten, Kartenbriefe, und Postanweisungen, 382969 (384159) Wechselstempelmarken und statistische Marken, 2289006 (2075464) Versicherungsmarken und 1274330 (1092380) Formulare.

Es betrug Ende 1902 (1901) die Zahl der Beamten im Post- und Telegraphendienst 306 (298), die Zahl der Unterbeamten im Post- und Telegraphendienst 332 (316), die Gesamtzahl des Personals 638 (614).

Der Erweiterungsbau des Postgebäudes, der bis zum Ende des Berichtsjahres in der Rohausführung fertig war, wurde am 24. Oktober vom Staatssekretär des Reichspostamts Kraetke in Begleitung mehrerer höherer Postbeamten in Augenschein genommen.

Außer der Vermehrung der Beamtenzahl muß unter den Verbesserungen in den örtlichen Postbetriebseinrichtungen erwähnt werden: die Errichtung von 6 weiteren Ortsbestellbezirken, von 12 weiteren Markenverkaufsstellen und die Vermehrung der Straßenbriefkastenzahl. Im Mai sandte der gemeinnützige Verein des Lindenhofstadtteils folgende mit ca. 2000 Unterschriften versehene Bitte um Errichtung einer Post-Annahmestelle auf dem Lindenhof ab: „Der in starker Entwickelung begriffene Stadtteil Lindenhof ist von einer großen Anzahl von mittleren und kleineren Fabrikanten, Gewerbetreibenden und namentlich von vielen Beamtenfamilien bewohnt, welche es oft schwer fühlen müssen, daß sie ihren vielfachen Verkehr mit der Reichspost nicht immer mit der wünschenswerten Schnelligkeit usw. bewerkstelligen können, wodurch diesen Geschäften und Familien des öfteren unnötige und oft störende Weiterungen entstanden und fortwährend entstehen. Da der Stadtteil bereits über 10000 Einwohner zählt und sich erfreulicherweise in stets steigender Entwicklung befindet, so glauben wir, daß es nur dieser Anregung bedarf, die Kaiserliche Oberpostdirektion zu veranlassen, die „Errichtung einer Postannahme- oder Posthilfstelle Lindenhof" in baldige wohlwollende Erwägung zu ziehen und in Ausführung zu bringen." Trotzdem die Handelskammer dies Gesuch befürwortete, lehnte die Oberpostdirektion leider die Errichtung ab, da sie dieselbe nicht als dringlich und notwendig anerkennen wollte, und verwies auf das Bahnpostamt 2, das dem Postverkehr des Lindenhofstadtteils noch lange genügen könne.

Von verschiedenen Interessenten wurde die Einrichtung einer Poststelle für den Industriehafen beantragt. Die Handelskammer beschloß, durch Umfrage bei den beteiligten Firmen zunächst festzustellen, ob ihren derzeitigen Bedürfnissen durch Errichtung einer Postannahmestelle für Postanweisungen, eingeschriebene Briefe und Telegramme entsprochen werde. Da die Interessenten fast ausnahmslos der Ansicht waren, daß ein Zugeständnis auch nur dieser beschränkten Art eine große Verkehrserleichterung bedeuten würde, richtete die Handelskammer in diesem Sinne eine nachdrückliche Bitte an die Oberpostdirektion, deren zusagende Antwort im Jahre 1903 erfolgte.

Was den Telegrammverkehr betrifft, so wurden hier im Berichtsjahr, zuzüglich 812412 umtelegraphierter Depeschen, insgesamt 1407679 Depeschen erledigt, und zwar gelangten hier im ganzen 292694 Telegramme zur Aufgabe und kamen 302573 an. Die Entwicklung des Telegrammverkehrs unserer Stadt ist aus folgender Tabelle zu ersehen:

Jahr	Aufgegeben inländische Telegramme	Aufgegeben ausländische Telegramme	Zusammen	Angekommene in- und ausländische Telegramme	Gesamt-Verkehr
1877	56457	43387	99844	115969	215813
1890	101446	78417	180263	216836	307099
1892	121491	87118	208609	244126	452735
1895	146219	99641	245860	257360	503220
1899	170222	114340	284562	307280	591842
1900	178905	114433	293338	313059	606397
1901	173329	115365	288694	296664	585358
1902	171954	120740	292694	302573	595267

Nach dem erheblichen Rückgang der Ziffern im Jahre 1901 machte sich im Berichtsjahr wieder eine Zunahme geltend, die aber nur bezüglich der abgesandten Auslandsdepeschen den hohen Stand von 1900 übertraf.

Das im Oktober 1881 mit 47 Teilnehmern eröffnete Mannheimer Fernsprechnetz zählte im Jahre 1890: 521, 1900: 1818 und 1902: 2406 Teilnehmer. Die Gesamtzahl der von der Centrale während des Jahres hergestellten Verbindungen betrug 1897: 6,3 Millionen, 1901: 6,7 Millionen und 1902: 6,9 Millionen, und zwar sind die Platzverbindungen von 6051542 im Jahre 1901 auf 6151076 im Jahre 1902 gestiegen. Im Vororts- und Fernverkehr werden nur noch die von Mannheim ausgegangenen Gespräche gezählt; deren Zahl belief sich auf 498922 im Vorortverkehr und 255921 im Fernverkehr.

Die Zahl der mit Mannheim in telephonischer Verbindung stehenden Städte hat sich wiederum vermehrt. Vom Oktober ab wurde Mannheim zum Sprechverkehr mit Paris zugelassen und damit ein langgehegter Wunsch befriedigt; die Gebühr für ein einfaches Gespräch von 3 Minuten beträgt 3 Mk. Die Fernsprechverbindung mit dem Saar- und Moselgebiet wurde verbessert, was namentlich im Interesse der Eisen- und Kohlenfirmen zu begrüßen war, während die Mangelhaftigkeit der Verbindung mit Duisburg, über die schon lange Klage geführt wird, noch keine Abhilfe fand.

Im Mai erhielt die öffentliche Sprechstelle in Feudenheim den gleichen Sprechbereich für den Fernverkehr und dieselben Gebührensätze wie Mannheim. Im weiteren wurde bestimmt,

daß von jetzt ab die Gebühr für ein Gespräch von 3 Minuten Dauer zwischen der Sprechstelle in Feudenheim und den übrigen zum Ortsbereich von Mannheim gehörenden Sprechstellen und umgekehrt 10 Pfg. beträgt.

Vom 1. September ab kamen bezüglich der Verbindungen im Fernsprechverkehr zur Nachtzeit zwischen Mannheim und Ludwigshafen nachstehende Bestimmungen in Anwendung. Zum Nachtverkehr mit Ludwigshafen sind in Mannheim solche Teilnehmer zugelassen, welche auf ihren Antrag nach Dienstschluß der Vermittelungsanstalt von 9 Uhr abends ab entweder für die Dauer einer Nacht oder im Abonnement für mindestens einen Monat mit der Vermittelungsanstalt in Ludwigshafen in Verbindung gehalten werden. In der Zeit von 9 bis 11 Uhr abends können Einzel-Nachtgespräche mit jedem Teilnehmer in Ludwigshafen gegen Entrichtung der Gebühr für je ein Tagesgespräch von gleicher Dauer, mithin mindestens 20 Pfg., ferner Nachtgespräche im Abonnement geführt werden, wofür je die Hälfte der für gewöhnliche Tagesgespräche von gleicher Dauer sich ergebenden Gebühren zur Berechnung kommt. Dauernde Nachtverbindungen werden für die Zeit von 11 Uhr nachts bis 7 vormittags im Sommer und Winter hergestellt. Für die Dauerverbindungen werden die Gebühren nach dem Satze von 20 Pfg. für jede Verbindung (bei Verbindungen für einzelne Nächte) oder von 3 Mk. für den Monat (beim Abonnement auf eine Nachtverbindung) besonders berechnet, auch wenn in der Zeit von 9 bis 11 Uhr nachts Einzelgespräche geführt worden sind. Des weiteren wird vom 1. September ab der Fernsprechverkehr von Mannheim mit Köln, Frankfurt (Main), Frankenthal, Kaiserslautern, Lambrecht, Landau, Neustadt a. H., Pirmasens, Speyer und Zweibrücken auf die Zeit von 9 bis 11 Uhr nachts ausgedehnt. Zu diesem Verkehr können in Mannheim auch nur diejenigen Teilnehmer zugelassen werden, deren Anschlußleitungen während der bezeichneten Zeit mit der Vermittelungsanstalt in Ludwigshafen verbunden sind. Anträgen auf Nachtverbindungen mit Ludwigshafen wird indessen nur insoweit Folge gegeben, als hierfür unmittelbare Verbindungsleitungen zu Gebote stehen.

4. Güterverkehr.

Die jährliche Zahl der in den hiesigen Häfen (ohne Rheinauhafen) verkehrenden Schiffe, die 1900/1901 von 35914 auf 30480 sank, hat abermals eine Minderung erfahren; sie betrug im Berichtsjahr 28220. Dementsprechend ist das Gesamtgewicht der zu Schiff beförderten Güter folgendermaßen zurückgegangen: von 5169 Tausend Tonnen auf 4978 und nunmehr auf 4652 Tausend Tonnen. Hierzu kommt noch der etwas gestiegene Floßverkehr mit 171 Tausend Tonnen, so daß sich der gesamte Schiffsgüterverkehr des Berichtsjahres auf 4822948 Tonnen beläuft. Der Rückgang gegen die Vorjahre wurde kompensiert durch die gleichzeitige Verkehrssteigerung im Rheinauhafen von 562148 auf 908928 Tonnen (Zunahme: 344158 Tonnen). Es handelt sich demnach hauptsächlich um eine Verschiebung zwischen den hiesigen Häfen, indem der Kohlenumschlag sich mehr dem tarifarisch günstiger gelegenen Rheinauhafen zugewandt hat. Der gesamte Schiffsgüterverkehr des Platzes betrug 5731876 Tonnen

gegen 5706600 Tonnen im Vorjahr, hat also noch eine kleine Steigerung zu verzeichnen gehabt, ohne jedoch die Höhe von 1900 wieder erreichen zu können.

	1900	1901	1902
	t	t	t
Mannheimer Schiffsverkehr	5169295	4978086	4651593
„ Floßverkehr	162172	166436	171355
Rheinauhafenverkehr	548695	562148	908928
Zusammen	5880162	5706670	5731876

Nachweise über die Zu- und Abfuhr der einzelnen Warengattungen sind in den Jahresberichten des Statistischen Amts und der Handelskammer enthalten, auf die hier verwiesen werden muß. Was den hiesigen Staats- und Industriehafen betrifft, so sind bezüglich der wichtigsten Artikel folgende Zahlen in Tonnen ermittelt worden. Über die Verschiebungen, die dabei im einzelnen zu bemerken sind, ist der Handelskammerbericht I zu vergleichen.

Warengattung	Zu- und Abfuhr per Schiff		Zu- (+) oder Abnahme (—)	
	1901	1902	absolut	%
Düngemittel	40505	54217	+ 13712	+ 33,9
Eisen und Eisenfabrikate	78652	110081	+ 31429	+ 40,0
Getreide und Hülsenfrüchte . . .	892947	792358	— 100589	— 11,2
Ölsaat	52003	62518	+ 10515	+ 20,2
Holz (ohne Flöße)	224566	180236	— 64330	— 28,6
Mehl	33440	38890	+ 5450	+ 16,3
Salz	265238	264807	— 431	— 0,1
Petroleum	114658	118884	+ 4226	+ 3,7
Steinkohlen und Koks	2706819	2469908	— 236911	— 8,8

Der **Eisenbahngüterverkehr** der badischen Station Mannheim entwickelte sich in den letzten Jahren folgendermaßen: 1899 32,71, 1900 33,78, 1901 31,31, 1902 28,58 Millionen Doppelzentner; auf den Stationen Mannheim der preußisch-hessischen Bahn: 1899 3,26, 1900 3,46, 1901 3,23, 1902 3,06 Millionen Doppelzentner. Die Gesamtsummen (1899: 35,97, 1900: 37,24, 1901: 35,54, 1902: 32,64 Mill. Doppelzentner) weisen also einen weiteren und nicht unerheblichen Rückgang auf.

Es hängt dies mit Ausfällen im Verkehr der wichtigsten Warengattungen zusammen, die zum Teil auf dem beim Schiffsverkehr genannten Grunde beruhen. So sank der Kohlenversand, der schon im vorigen Jahr einen Ausfall von über 2 Mill. Doppelzentner zu verzeichnen hatte, von 17,04 auf 15,58 Mill. Doppelzentner, auch der Getreideversand blieb zurück; er betrug statt 4,83 nur 4,75 Mill. Doppelzentner, wogegen der Getreideverkehr zu Schiff bedeutend anwuchs und der Gesamtgetreideverkehr des hiesigen Platzes um 1,70 Mill. Doppelzentner größer war als 1901 und sich der Ziffer des bis heute stärksten Jahres 1898 bis auf etwa 460000 Doppelzentner wieder näherte.




Die Entwicklung des Gesamtgüterverkehrs zu Schiff und per Bahn einschließlich Rheinaus und der Vororte gestaltete sich folgendermaßen (in Millionen Tonnen):

	1899	1900	1901	1902
Bad. Bahn	3,29	4,16	3,58	3,67
Preuß.-Hess. Bahn	0,73	0,75	0,77	0,69
Hafenverkehr	5,05	5,88	5,67	5,73
Gesamtverkehr	9,07	10,79	10,02	10,09

Über eine Vereinigung der oberrheinischen Schiffahrtsgesellschaften zu einer Frachtenkonvention brachten die Blätter im September 1902 folgende Notiz: In der Schiffahrt herrschten in den letzten Jahren sehr mißliche und betrübende Verhältnisse, da die niedrigen Frachten, denen ständig steigende Kosten gegenüberstehen, einen nennenswerten Verdienst ausschlossen. Dazu kam eine scharfe gegenseitige Konkurrenzierung der einzelnen Rhedereien und Schiffahrtsgesellschaften. Es brach sich deshalb unter den Schiffahrtsgesellschaften mehr und mehr die Erkenntnis Bahn, daß die Fortdauer der bisherigen Verhältnisse zum Ruin führen müsse, und daß die Abhilfe ein Gebot der Selbsterhaltung sei. Die Versuche, eine Verständigung zwischen den oberrheinischen Schiffahrtsgesellschaften anzubahnen, waren von Erfolg begleitet. Von vornherein war man sich klar, daß eine Fusionierung oder Kartellierung der verschiedenen Schiffahrtsgesellschaften ausgeschlossen sei, und stellte sich daher sofort auf den einzig richtigen Standpunkt gegenseitiger Frachtenvereinbarung. Der Vereinigung gehören fast alle bedeutenden oberrheinischen Schiffahrtsgesellschaften an. Ihr Streben geht dahin, außer der Eindämmung der scharfen Konkurrenz die Schiffsfrachten auf eine angemessene Höhe zu bringen, jedoch ist eine ungerechtfertigte Steigerung der Frachten ausgeschlossen, auch soll diese Erhöhung nur nach und nach erfolgen. Es ist beabsichtigt, auch alle mit der Schiffahrt in Verbindung stehenden anderen Betriebszweige in den Kreis der Vereinbarung zu ziehen und namentlich eine Revision der Lagerhaus- und Speditionssätze herbeizuführen.

Im Juli blickte die Schleppschiffahrt auf dem Neckar auf ein Vierteljahrhundert ihres Bestehens zurück. Die Betriebsaktiengesellschaft hat ihren Sitz in Heilbronn, und ihr Begründer, der Heilbronner Fabrikant Louis Link hat die Anregung zur Kettenschiffahrt auf dem Neckar gegeben. Die von den Uferstaaten Württemberg, Baden und Hessen erteilte Konzession hat eine Zeitdauer von 33 Jahren, das eingezahlte Aktienkapital beträgt 1200000 Mk., und bis heute sind die Reserven auf eine Million angewachsen. Die Kette von Mannheim nach Heilbronn hat eine Länge von 113000 Meter und eine Eisenstärke von 25,4 Millimeter, die ersten vier Kettendampfer wurden von der sächs. Dampfschiff- und Maschinenbauanstalt in Dresden zu je 69800 Mk. erbaut. Die Kettendampfer haben eine Länge von 45 Meter und gehen bei einer Breite von 6,5 Meter nur 0,47 Meter tief. Die Dampfer können auch bei niederem Wasserstand, wie er häufig auf dem Neckar vorkommt, fahren. Der Verkehr steigerte sich von 59700 Tonnen im Jahre 1878 auf 95600 Tonnen im Jahre 1879, sodaß ein weiterer Schlepper im Frühjahr 1880 auf der von der Gesellschaft erworbenen Schiffswerft in Neckarsulm bei Heilbronn erbaut werden mußte. Schon im Jahre 1883 war der Verkehr auf 126000 Tonnen angewachsen und die Gesellschaft baute den sechsten Schlepper. Im Jahre 1885 stieg der Verkehr auf 132000 Tonnen und bedingte, daß im Herbst 1886 der siebente Dampfer in Dienst gestellt werden mußte. Der Güterverkehr entwickelte sich von da an langsam, aber fortgesetzt und stieg im Jahre 1901 auf 148200 Tonnen. Zur Zeit verkehren 259 Fahrzeuge

mit 39565 Tonnen Gesamtladeraum auf dem Neckar, darunter große Schiffe, welche direkte Kohlenladungen von der Ruhr nach Heilbronn bringen. Im Jahre 1890 wurde die Kette nach dem 11 Kilometer Wasserweg entfernten Lauffen mit seinem großen Cement- und Elektrizitätswerk verlängert, so daß die befahrbare Strecke von Mannheim nach Lauffen 126 Kilometer beträgt.

Am 1. Oktober trat für die dem öffentlichen Verkehr dienenden bahn- und zolleigenen hiesigen Hafenanlagen eine neue Betriebs- und Gebührenordnung in Kraft. Die für den bahneigenen Getreidespeicher, sowie für das bahneigene Petroleumlager schon bestehenden Betriebs- und Gebührenordnungen bleiben hierdurch unberührt.

Während seither bezüglich des Verkehrs an den Werft- und Lagerhallen, sowie an den Lagerplätzen nur die Gebührensätze für Benützung der Ladeeinrichtungen und für Handdienstleistungen veröffentlicht waren, enthält die neue Betriebsordnung eingehende Bestimmungen über die Annahme, die Lagerung, den Ausgang und die Übertragung der Waren, über Haftpflicht, Versicherung gegen Feuersgefahr usw. Für die Benützung der öffentlichen Zollniederlagen, auf denen die Arbeitsleistungen nicht mehr durch einen Privatunternehmer, sondern durch die Eisenbahnverwaltung besorgt werden, gilt die Betriebs- und Gebührenordnung nur insoweit, als die von der Großh. Zollverwaltung erlassenen Bestimmungen nicht entgegen stehen. Die in der Gebührenordnung enthaltenen Sätze für Arbeitsleistungen, Verwiegen und Lagerung sind teilweise wesentlich ermäßigt worden und entsprechen den Ludwigshafener Sätzen. Unter den Krahnengebühren erscheinen nunmehr auch Sätze für Hebung von Wasserfahrzeugen — zur Vornahme von Reparaturarbeiten — mittelst des großen Uferkrahns im alten Zollhafen. Auf den 1. Oktober 1902 hat auch die Großh. Zollverwaltung den seitherigen Niederlagegebührentarif durch einen neuen Tarif ersetzt, der mit dem Ludwigshafener Niederlagetarif, sowie mit der von der Eisenbahnverwaltung veröffentlichten Gebührenordnung sachlich übereinstimmt. Damit ist die wiederholt angeregte und von der hiesigen Handelskammer dringend befürwortete Gleichstellung der Mannheimer Umschlags- und Lagergebührensätze mit denjenigen von Ludwigshafen herbeigeführt worden.

5. Personenverkehr.

Der Personenverkehr hat sich auf den badischen Staatsbahnen während des Berichtsjahres um 3,12 % gehoben, der Güterverkehr nur um 2,96 %. Die Entwicklung des Personenverkehrs auf den hiesigen Stationen der badischen und preußisch-hessischen Bahn ist aus der nachstehenden Tabelle ersichtlich, doch ist zu berücksichtigen, daß diese Zahlen infolge der veränderten Verrechnung der Lokalzugsfahrkarten für Vergleichungen keine ganz sichere Grundlage bilden. Der Absatz von Arbeiterfahrkarten, der schon im Vorjahr eine Verminderung von 2991 aufwies, ist diesmal noch stärker gesunken, nämlich um 4295 Stück. Dagegen hat der Verkauf der Kilometerhefte, wie in ganz Baden, so auch hier sich ganz außerordentlich gesteigert. Im Jahre 1902 wurden in Baden insgesamt 392923 Hefte für 6758117 Mk. abgesetzt, darunter 1067 I., 36754 II.,

62813 ganze und 292289 halbe Hefte III. Klasse. Die gewaltige Zahl der halben Hefte beweist, daß die Eisenbahnverwaltung mit deren Ausgabe einem Bedürfnis des Publikums entgegengekommen ist.

In Mannheim wurden im Jahre 1902 gelöst:

	Badische Bahn (Hauptbahnhof)	Preuß.-Hess. Bahn (Hauptbahnhof u. Neckarvorstadt)	Zusammen 1902	im Vorjahr 1901
einfache Fahrkarten				
für Erwachsene	811695	51213	964916	1176508
für Kinder	9500	1425	15408	12837
Rückfahrkarten				
für Erwachsene	255854	35603	308698	316171
für Kinder	6932	492	7821	7187
Arbeiterwochenkarten . . .	26738	—	34909	30614
Zeit- und Monatskarten .	2846	132	3805	3933
Kilometerhefte	40058	—	40058	29028

Bei der badischen Bahn sind hier unter den Rückfahrkarten nur die auf den außerbadischen Verkehr bezüglichen gezählt, die zur Rückfahrt benutzten Fahrkarten im innerbadischen Verkehr sind unter den einfachen Fahrkarten eingerechnet.

Von Mai bis September wurden wieder, wie in den vorigen Jahren, Rückfahrkarten nach Heidelberg zu ermäßigten Preisen ausgegeben, von denen sehr starker Gebrauch gemacht wurde.

Die Verkehrsziffer der Nebenbahnen ist weiter zurückgegangen, und zwar beförderte 1902 (1901) die Mannheim-Feudenheimer Dampfstraßenbahn 1045562 (1071232), die Nebenbahn Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheim 794611 (798919) von und 768509 (774228) Personen nach Mannheim.

In Verbindung mit dem Umbauprojekt des Heidelberger Bahnhofs traten zu Anfang des Berichtsjahres in Heidelberg und an der Bergstraße Bemühungen hervor, die Regierung zum Bau einer direkten Vollbahnlinie Weinheim-Heidelberg zu veranlassen, da die Nebenbahn dem bestehenden Verkehrsbedürfnis nicht genügen könne. In diesem Sinne petitionierten die Heidelberger Handelskammer und fünf Bergstraßenorte an die Landstände. Demgegenüber führte die Handelskammer für den Kreis Mannheim in einer Gegenpetition (siehe Handelskammerbericht) aus, daß dadurch Mannheims Interessen schwer geschädigt würden.

Den 8 Schnellzügen auf der Rheintalbahn stünden nicht weniger als etwa 30 Schnellzüge auf der badischen Hauptlinie und etwa 24 Schnellzüge der Main-Neckar-Bahn gegenüber, als deren Ausgangs- und Endpunkt Heidelberg anzusehen sei. Durch die Erbauung der Strecke Mannheim-Friedrichsfeld-Heidelberg sei Mannheim zur Station einer Seitenbahn

sowohl der Main-Neckar-Bahn, als auch der Badischen Bahn gemacht worden. Den Wünschen Heidelbergs und der Bergstraßenorte entgegenzutreten, habe Mannheim zwar keine Veranlassung, allein im Falle einer Änderung der Richtung der Main-Neckar-Bahn zu seinen Ungunsten müsse es verlangen, daß das seit 60 Jahren auf Mannheim lastende Unrecht wieder gut gemacht und zu dem Ende auf den dem Staatsvertrage vom 10. Januar 1838 zu Grunde liegenden, bei der endgültigen Tracierung der Main-Neckar-Bahn laut Staatsvertrag vom 25. Februar 1843 aber leider wieder verlassenen Gedanken der Herstellung einer direkten, geradlinigen Bahn Frankfurt-Darmstadt-Mannheim zurückgegriffen werde. Durch die viel spätere Erbauung der Riedbahn und der Rheintalbahn sei jener Fehler keineswegs durchgreifend verbessert worden; der große Verkehr sei den Strecken Frankfurt-Heidelberg und Heidelberg-Basel erhalten worden und würde durch die Erstellung der direkten Verbindung Weinheim-Heidelberg noch mehr auf diese Linien gedrängt und von Mannheim abgelenkt werden. Deshalb wurde an die Kammern der Landstände die Bitte gerichtet, den auf Erbauung einer direkten Vollbahn Weinheim-Heidelberg gerichteten Bestrebungen keine Folge zu geben oder aber, wenn dies doch geschehen sollte, die Erbauung einer direkten Vollbahn von Bickenbach nach Mannheim zu beschließen.

In Verbindung mit der hier besprochenen, auf eine Verlegung der Main-Neckar-Bahn hinzielenden Bewegung wurden Anträge auf Erstellung einer normalspurigen Bahn von Schriesheim nach Heidelberg zum Ersatz der ihren Aufgaben auf dieser Strecke nicht mehr gewachsenen Nebenbahn erwogen, wobei es sich hauptsächlich um die Frage handelte, ob diese Bahn als Privatbahn oder als Staatsbahn zu erbauen sei.

Beide Kammern beschlossen, die sämtlichen Petitionen der Regierung zur Kenntnis zu überweisen, der Vertreter der Regierung wies jedoch darauf hin, daß im allgemeinen Verkehr kein Bedürfnis für eine direkte Linie Weinheim-Heidelberg vorliege, deren Kosten (7—9 Millionen) in keinem Verhältnis stehe zu dem kleinen Vorteil einer Verkürzung der über Friedrichsfeld führenden Strecke um 5 km.

Um dieselbe Zeit schien eine neue Gefahr für die Verkehrsstellung Mannheims zu drohen in Gestalt der von der preußisch-hessischen Staatsbahn geplanten Bahn Weinheim-Viernheim-Lampertheim-Worms.

Die Handelskammer betonte, in der Annahme, daß es sich um eine Vollbahn handle, und im Zusammenhang mit dem eben erwähnten Heidelberger Projekt: Wenn diese Bahn als Vollbahn betrieben würde, so könnte uns in Lampertheim ein zweites Friedrichsfeld erstehen, indem die zur Zeit über Mainz-Lampertheim-Mannheim-Schwetzingen geleiteten Züge künftig linksrheinisch bis Worms und dann rechtsrheinisch über die neue Linie Worms-Weinheim-Heidelberg geleitet werden würden. Allein auch wenn diese Befürchtung sich nicht bewahrheiten sollte, erheben sich vom Standpunkt unserer Interessen nicht unerhebliche Bedenken gegen das Projekt einer Vollbahn Weinheim-Worms. Zunächst wäre die Bahn geeignet, den Verkehr Weinheims und seines Hinterlandes von Mannheim ab- und auf Worms hinzulenken, wo der Güterverkehr Weinheims den Anschluß an die Wasserstraße, den er jetzt in Mannheim findet, suchen würde, zumal wenn, wie zu erwarten, diesem Bestreben durch Tarifmaßnahmen Vorschub geleistet wird. Weiter würde, wenn Viernheim

eine direkte Eisenbahnverbindung mit Worms erhält, die zahlreiche Viernheimer Arbeiterbevölkerung, von der jetzt etwa 1000 Arbeitskräfte in Mannheim Beschäftigung finden, leicht von Mannheim ab- und nach Worms hingezogen werden können.

Auf diese Eingabe der Handelskammer erwiderte das Ministerium des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten, die vorgetragenen Befürchtungen der Handelskammer seien nicht begründet; es handle sich nach den Bestimmungen des darüber abgeschlossenen Staatsvertrags nur um eine normalspurige Nebenbahn, nicht um eine für den großen Personen- und Schnellzugsverkehr benützbare Vollbahn. Eine Ablenkung des Güterverkehrs von Mannheim sei deshalb nicht zu befürchten, weil der Zentralgüterbahnhof Mannheim wie der Bahnhof Neckarvorstadt auch künftig gegenüber Worms einen Vorsprung von 13 km, der Industriehafen Mannheim einen solchen von 5 km haben werde, was zur Sicherung des Umschlagsverkehrs, namentlich auch im Hinblick auf die höheren Rheinfrachten für Worms, ausreiche. Was den Arbeiterverkehr von Viernheim anlange, so seien die Besorgnisse ebenfalls nicht begründet, da die Arbeiterwochenkarten von Viernheim nach Mannheim-Neckarvorstadt (10 km) 1.60 Mk. kosten, während sie nach Worms über Lampertheim (27 km) etwa 3.25 Mk. zu stehen kommen würden.

Wie aus den früheren Chronikbänden erinnerlich ist, hat die Stadtgemeinde über den Betrieb von Vorortbahnen am 18. Februar 1901 mit der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Darmstadt einen Vertrag abgeschlossen, dessen wesentlicher Inhalt darin besteht, daß die bisherige Linie Mannheim-Weinheim-Heidelberg-Mannheim, die von der Stadtgemeinde anzukaufende und umzubauende Linie Mannheim-Feudenheim, die Linie Feudenheim-Ilvesheim-Ladenburg-Schriesheim, Käferthal-Industriehafen und Käferthal-Wallstadt-Heddesheim zu einem Gemeinschaftsbetrieb vereinigt werden sollen. Auf den genannten Linien ist Dampfbetrieb vorgesehen, die Stadtgemeinde Mannheim hat sich aber das Recht ausbedungen, auf den Linien Mannheim-Käferthal und Mannheim-Feudenheim auf eigene Rechnung unter Benutzung des für die Dampfstraßenbahn erstellten Unterbaues einen elektrisch betriebenen Vorortbahnverkehr durchzuführen und die Vorortbahnlinien Mannheim-Käferthal und Mannheim-Feudenheim dem Straßenbahnnetz anzugliedern.

Zur Erwerbung der Konzession für die neuen Linien Mannheim-Feudenheim-Ilvesheim-Ladenburg-Schriesheim und Käferthal-Wallstadt-Heddesheim durch die Stadtgemeinde waren Verhandlungen mit der Großh. Staatsregierung im Gange. Zum Umbau der schon bestehenden, im Eigentum der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft befindlichen Linien Mannheim-Käferthal erhielt die Gesellschaft die nachgesuchte Baugenehmigung. Der Stadtgemeinde wurde die Konzession für den elektrischen Betrieb erteilt. Die Trace für die neue Strecke Mannheim-Käferthal läuft vom Nebenbahnhof bis zu den Brauereien neben der Käferthaler Straße, daselbst zweigt die neue Bahnlinie nach Norden ab und zieht dann in der Richtung der künftigen neuen Alleestraße gegen die Kasernen und von da dem alten Exerzierplatz entlang und an der Fabrik Brown & Boveri vorüber. Dort wird die preußisch-hessische Bahnlinie mittelst einer neuerbauten Überführung überschritten. Kurz vor dem Orte Käferthal trifft die Linie mit der bisherigen Trace der Nebenbahn zusammen.

Ursprünglich waren im Kostenüberschlag die für Sicherung des Betriebs vorgesehenen 47000 Mk. ganz zu Lasten des elektrischen Betriebs gesetzt, da die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft erklärte, daß diese Vorrichtung nur des elektrischen Betriebs wegen notwendig sei, und daß man bei ausschließlichem Dampfbetrieb auf deren Ausführung verzichten könnte. Vom Stadtrat wurde aber entgegengehalten, daß es dem Sinne des Gemeinschaftsvertrags nicht entspreche, Kosten, die durch gemeinschaftlichen Betrieb, nämlich durch gleichzeitigen Dampf- und elektrischen Betrieb entstehen, aus der Gemeinschaft auszuscheiden und nur einem Teil, nämlich dem Unternehmer des elektrischen Betriebes, aufzubürden. Es sei vielmehr Sache der Gemeinschaft, für Kosten, die durch gemeinschaftlichen Betrieb entstehen, auch gemeinschaftlich aufzukommen. Hierauf erklärte sich die Süddeutsche Eisenbahngesellschaft bereit, die Hälfte der Kosten zu übernehmen, sodaß die Position nur mit 23500 Mk. zu belasten war, um die sich die im Voranschlag vorgesehene Summe von 360000 Mk. auf 336500 Mk. verminderte.

Vom Straßenbahnamt wurde in Anregung gebracht, gleichzeitig mit dem für die Linie nach Käferthal erforderlichen elektrischen Speisekabel auch jenes für die Linie nach Feudenheim zu verlegen, weil die Kabel in den Neckar versenkt werden und die Kosten für die Versenkung des Flußkabels nicht erhöht werden, wenn auch gleichzeitig die Verlegung eines zweiten Kabels erfolgt. Für die Verlegung dieses Kabels wurden Kosten in Höhe von 40000 Mk. angefordert. Die Höhe der vom Bürgerausschuß am 29. Juli 1902 bewilligten Gesamtsumme betrug hiernach 376500 Mk. Da das Expropriationsverfahren eingeleitet werden mußte und verschiedene zeitraubende Verhandlungen erforderlich waren, konnte die neue Bahnlinie und der elektrische Verkehr erst im folgenden Jahre dem Betrieb übergeben werden.

Was die städtische Straßenbahn betrifft, so wurde im Berichtsjahr mit dem Ausbau des Straßenbahnnetzes fortgefahren und konnten die Linien Schloß-Mitte Rheinbrücke, zum Anschluß an die Linie Mitte Rheinbrücke-Ludwigshafen, sowie Tattersall-Schwetzingerstraße bis zur Viehhofstraße und Bahnhofstraße-Zähringerstraße zwischen Kaiserring und Bismarckstraße dem Betrieb übergeben werden. Die Stadtgemeinde Ludwigshafen, mit der ein Betriebsvertrag vereinbart wurde, stellte im Jahre 1902 die Linien Mitte Rheinbrücke-Bahnhof Ludwigshafen-Anilinfabrik und Bahnhof Ludwigshafen-Friedhof fertig, die sodann von dem Straßenbahnamt Mannheim in Betrieb genommen wurden.

Über die einzelnen Arbeiten ist dem Geschäftsbericht des Straßenbahnamtes folgendes zu entnehmen. Die Unterbauarbeiten für die Linie Schloß-Mitte Rheinbrücke wurden durch das Tiefbauamt begonnen, das die Auffüllung im Schloßgarten zur Herstellung einer neuen Straße daselbst ausführte, nachdem das alte Gymnasium abgebrochen und dadurch die Fortsetzung der Straßenbahnlinie in der Bismarckstraße nach dem Schloßgarten ermöglicht worden war. Die Gleisverlegung im Schloßgarten wurde am 1. April bei der Rheinlust begonnen. Die Verlegung der Gleise auf der Rheinbrücke erforderte eine Verstärkung der Brückenfahrbahn. Diese Arbeiten wurden auch für die Mannheimer Seite durch die Stadtgemeinde Ludwigshafen ausgeführt. Mit den Arbeiten auf Ludwigshafener Seite wurde am 10. April begonnen und die Arbeit derart gefördert, daß die erste Probefahrt von Mannheim nach Ludwigshafen am 28. Mai stattfinden konnte. Die Gleise wurden im Schloßgarten auf die neu aufgefüllte Straße verlegt und sollen erst eingepflastert werden, wenn Senkungen des Dammes nicht mehr zu befürchten sein werden.

Gleichzeitig mit der Ausführung der Gleisarbeiten für die Straßenbahnlinie nach Ludwigshafen wurden die Gleise in der Schwetzingerstraße, Bahnhofstraße und Zähringerstraße verlegt. Die Schwetzingerstraße und Bahnhofstraße wurden gelegentlich der Gleisverlegung neu gepflastert und die Zähringerstraße in Macadam neu ausgeführt. Die Gleisverlegung in der Schwetzingerstraße wurde am 24. April, in der Bahnhofstraße am 10. März begonnen und anschließend an diese wurde die Zähringerstraße ausgeführt.

Die Anlage der Gleise vor dem Hauptbahnhof in Mannheim erwies sich im Laufe des Sommers 1901 für den sehr starken Sonntagsverkehr und mit Rücksicht auf die Rangierfahrten der Anhängewagen, als nicht genügend leistungsfähig, weshalb im Betriebsjahr die Anordnung einer Umkehrschleife, die das Umrangieren der Anhängewagen überflüssig macht, bewerkstelligt wurde. Mit den Arbeiten für diese Gleisanlage wurde am 24. Februar begonnen, und am 21. März konnte sie in Betrieb genommen werden. Die Kostenbewilligung (22000 Mk.) erfolgte bereits am 7. Juni 1901 durch den Bürgerausschuß.

Über die Linie Mannheim-Käferthal, durch die dieser Stadtteil direkt an das städtische Straßenbahnnetz angeschlossen und auch eine Verbindung nach den neu erstellten Kasernen hergestellt wird, ist das oben Gesagte zu vergleichen.

Die Umwandlung des Pferdebetriebs in den elektrischen wurde im Laufe des Jahres beendet. Die letzte Fahrt mit Pferden wurde am 22. Mai auf der Strecke Bahnhof Ludwigshafen-Hemshof ausgeführt.

Die neuerbauten elektrischen Linien in Mannheim und Ludwigshafen wurden eröffnet: am 31. Mai: Strecke Schloß-Rheinbrücke-Bahnhof Ludwigshafen; am 1. Juni: Strecke Schwetzingerstraße-Bahnhofstraße-Zähringerstraße; am 1. August: Strecke Bahnhof Ludwigshafen-Anilinfabrik Ludwigshafen; am 28. November: Strecke Bahnhof Ludwigshafen-Friedhof.

Die Länge der in Betrieb befindlichen Linien, eingleisig gemessen, d. h. die Länge der mit Gleisen belegten Straßen betrug am 31. Dezember 1902 in Mannheim: 16156 m, wovon 14828 m zweigleisig sind; in Ludwigshafen: 4137 m, wovon 3141 m zweigleisig; zusammen = 20289 m, bezw. hiervon 17969 m zweigleisig.

Der Betriebsübergabe der Strecke Schloß-Ludwigshafen am 31. Mai ging eine Festlichkeit voran, die mit einer Fahrt in geschmückten Wagen vom Hauptbahnhof aus begann. Es nahmen Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden, der städtischen Ämter 2c. daran Teil. Die Fahrt, während der ein Teil der Grenadierkapelle spielte, endete am Bahnhof in Ludwigshafen, wo die Spitzen der Behörden die Mannheimer Gäste empfingen. Im großen Saal des Direktionsgebäudes der pfälzischen Bahnen fand sodann eine Begrüßungsfeier statt. Bürgermeister Krafft von Ludwigshafen entbot namens der Stadt Ludwigshafen den zahlreichen Anwesenden herzliches Willkommen und feierte die enge Verbindung, welche durch die elektrische Straßenbahn zwischen den Schwesterstädten Mannheim und Ludwigshafen, zwischen Baden und der Pfalz geschaffen worden sei. Beide Städte seien dadurch in vieler Beziehung einander näher gerückt, da sich nun über den schönen freien deutschen Rhein ein engerer Verkehr entwickeln werde. Oberbürgermeister Beck dankte für die freundlichen Worte der Begrüßung und betonte, daß auch die Mannheimer freudig an der Eröffnungsfeier der neuen Bahn sich beteiligten. Der elektrische Strom, der einst nur dazu diente, mit Blitzesgeschwindigkeit die Gedanken der Menschen durch die Welt zu tragen, bilde nunmehr

auch eine bewegende Kraft und schaffe eine begrüßenswerte kommerzielle Verbindung zwischen den Schwesterstädten Mannheim und Ludwigshafen. Die heutige Feier bedeute den Abschluß langjähriger, schwieriger und hochbedeutsamer Verhandlungen, die Besiegung vieler und großer Hindernisse und Gegensätze. Vor 10 Jahren noch sei es eine Tollkühnheit genannt worden, wenn Städte solche Werke selbst übernommen und nicht einer Privatgesellschaft oder dem Staat übertragen hätten. Heute aber haben unsere großen Städte aus eigener Kraft dies große Werk geschaffen. Die deutschen Städte fangen an, ihre Schwingen kräftig zu regen, Gasanstalten, Wasserleitungen 2c. selbst zu bauen und in Betrieb zu nehmen. Heute sei das Vorgehen der Städte sogar vorbildlich für den Staat. Der Bürgersinn in den Städten wachse immer mehr und schrecke vor großen Unternehmungen nicht mehr zurück. In diesem Sinne entbiete auch er allen Gästen, die erschienen, herzliches Willkommen. Die Rückfahrt nach Mannheim führte sodann auf die neue Linie der Schwetzingerstraße, von hier zum Depot, das eingehend besichtigt wurde, und sodann zum Waldhof und zurück. Den Schluß machte ein Frühstück im Park-Hotel, bei dem ebenfalls mehrere Reden das denkwürdige Ereignis feierten.

Durch die Betriebsgemeinschaft mit der Stadtgemeinde Ludwigshafen sind einige tarifarische Änderungen, die sich auf die Zeitkarten beziehen, notwendig geworden. Vom 15. Mai ab gelangten nachstehende Zeitkarten zu Ausgabe: a) Zeitkarten, giltig für sämtliche Linien auf Gemarkung Mannheim und Ludwigshafen: Jahreskarten zum Preise von 130 Mk., Halbjahreskarten zum Preise von 70 Mk., Monatskarten zum Preise von 13 Mk. b) Zeitkarten, giltig für die Linien auf Gemarkung Mannheim allein: Jahreskarten zum Preise von 100 Mk., Halbjahreskarten zum Preise von 55 Mk., Monatskarten zum Preise von 10 Mk. c) Zeitkarten, giltig für die Linien auf Gemarkung Ludwigshafen allein: Jahreskarten zum Preise von 70 Mk., Halbjahreskarten zum Preise von 40 Mk., Monatskarten zum Preise von 7 Mk.

Infolge der Eröffnung der genannten neuen Strecken wurde auch eine nicht unerhebliche Personalvermehrung notwendig; das durch Einführung des elektrischen Betriebes überflüssig gewordene Personal des Pferdebetriebs wurde auf den elektrischen Betrieb übernommen. Ende 1902 waren beim Straßenbahnamt im ganzen 338 Personen beschäftigt, die sich auf die einzelnen Dienstkategorien wie folgt verteilen: I. Allgemeine Verwaltung: 1 Direktor, 1 Betriebsingenieur, 1 Betriebsinspektor, 1 Kassier, 1 Sekretär, 1 techn. Assistent, 1 Zeichner, 1 Lagerverwalter, 2 Abrechnungsbeamte, 1 Kassengehilfe, 5 Bureaugehilfen, 1 Bureaudiener, 1 Ausläufer, 1 Portier; zusammen 19. II. Unterhaltung der Bahn: 2 Bahnmeister, 1 Oberleitungsschlosser, 1 Oberleitungsarbeiter, 17 Streckenwärter; zusammen 40. III. Zugdienst: 8 Kontroleure, 121 Schaffner; zusammen 129. IV. Fahrdienst: a) 120 Wagenführer; b) Depotpersonal: 1 Werkmeister, 12 Schlosser und Dreher, 2 Schmiede, 2 Schreiner, 3 Maler, 1 Spengler, 1 Sattler, 4 Schneider, 22 Wagenreiniger, 1 Nachtwächter; zusammen 49. Außer diesem ständigen Personal wurden an Sonntagen zur Aushilfe 25–30 Aushilfsschaffner und und 25–30 Aushilfswagenführer beschäftigt.

Durch die Eröffnung der neuen, insbesondere der Ludwigshafener Linien, wurden Änderungen des Betriebs notwendig. Eine direkte Linie mit einer Wagenfolge von 5 Minuten wurde zwischen Waldhof und der Anilinfabrik in Ludwigshafen eingerichtet; sie ist zur Zeit mit einer Länge von 8,483 km die längste Bahnlinie. Die beiden Hauptbahnhöfe in Mannheim und in Ludwigshafen wurden durch eine direkte Linie mit einer Wagenfolge von 10 Minuten verbunden.

Auf Jahresschluß waren nachstehende direkte Linien in Betrieb:

1. Rundbahn-Nordschleife: Wagenfolge 5 Minuten. Hauptbahnhof-Kaiserring-Heidelbergerstraße-Planken-Rheinstraße-Luisenring-Friedrichsring-Kaiserring-Hauptbahnhof. Betriebslänge 5,097 km.

2. Waldhof-Anilinfabrik (Mannheim-Ludwigshafen): Wagenfolge 5 Minuten. In Mannheim: Industriestraße-Mittelstraße-Breitestraße-Schloßgarten-Rheinbrücke. In Ludwigshafen: Brückenauffahrt-Ludwigsstraße-Bahnhof Ludwigshafen-Viadukt-Prinzregentenstraße-Kurzestraße-Anilinfabrik. Betriebslänge 8,483 km.

3. Bahnhof Mannheim-Bahnhof Ludwigshafen: Wagenfolge 10 Minuten. In Mannheim: Hauptbahnhof-Lindenhoframpen-Kurfürstenstraße-Bismarckstraße-Schloßgarten-Rheinbrücke. In Ludwigshafen: Brückenauffahrt-Ludwigsstraße-Bahnhof Ludwigshafen. Betriebslänge 3,083 km.

4. Gontardplatz-Panorama: Wagenfolge 5 Minuten. Gontardplatz-Meerfeldstraße-Lindenhofplatz-Lindenhoframpen-Kurfürstenstraße-Bismarckstraße-Breitestraße-Friedrichsring-Panorama. Betriebslänge 2,853 km.

5. Hafenstraße-Schlachthof: Wagenfolge 5 Minuten. Jungbuschstraße-Marktplatz-Breitestraße-Bismarckstraße-Zähringerstraße-Bahnhofstraße-Tattersall-Seckenheimerstraße-Schlachthof. Betriebslänge 4,053 km.

6. Rheinstraße-Viehhofstraße: Wagenfolge 5 Minuten. Rheinstraße-Planken-Heidelbergerstraße-Kaiserring-Tattersall-Schwetzingerstraße. Betriebslänge 2,974 km.

7. Bahnhof Ludwigshafen-Friedhof. Wagenfolge 20 Minuten. Bahnhof Ludwigshafen-Viadukt-Humboldtstraße-Rohrlachstraße-Oggersheimerlandstraße. Betriebslänge 1,625 km.

Im Berichtsjahr wurden an die Leistungsfähigkeit der Straßenbahn gelegentlich der Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft größere Anforderungen gestellt, denen vollkommen Rechnung getragen werden konnte. (Vgl. S. 128.) Auch bei der Versammlung der Katholiken Deutschlands war ein lebhafter Verkehr zu verzeichnen, der am Sonntag, den 24. August seinen Höhepunkt mit 10339 Mk. Einnahme und 96461 beförderten Personen bei 16075 gefahrenen Wagenkilometern erreichte.

Aus der Unfall-Statistik ist zu erwähnen: Durch Auf- oder Abspringen während der Fahrt waren keine Verletzungen erheblicher Art zu verzeichnen. Von Passanten erlitten 5 Personen ernste Verletzungen; von diesen Unfällen verliefen zwei tötlich, drei Unfälle waren mit schweren Verletzungen verbunden. Zusammenstöße erheblicher Art ereigneten sich mit Fuhrwerken im Ganzen 18, ferner 3 zwischen zwei Straßenbahnwagen, wobei in zwei Fällen Verletzungen von Fahrgästen leichter Art zu verzeichnen waren. Ein Verschulden des Personals konnte nur in zwei Fällen nachgewiesen werden.

Seit Eröffnung des elektrischen Betriebes in Ludwigshafen sind die auf der Gemarkung dieser Stadtgemeinde erzielten und ihr zu überlassenden Einnahmen getrennt von den auf Gemarkung Mannheim erzielten Einnahmen verrechnet worden. Nachstehend geben wir eine Übersicht über die Einnahmen der einzelnen Linien, die Zahl der beförderten Personen und der gefahrenen Wagenkilometer.

A. Elektrischer Betrieb.

a. Gemarkung Mannheim.

Linie	Einnahme insgesamt Mk.	Einnahme pro Wagen-kilometer Pf.	Zahl der Wagen-kilometer	Anzahl der beförderten Personen
Rundbahn-Nordschleife	298719	40,4	738049	3759663
Waldhof-Hauptbahnhof Mannheim . . .	108761	34,4	315939	1224113
*Waldhof-Mitte Rheinbrücke	195265	40,9	477314	1907255
Schlachthof-Jungbuschstraße	180778	31,4	574799	1765072
Rheinstraße-Viehhofstraße	78352	33,0	237418	872043
Gontardplatz-Panorama	157326	36,0	436516	1717871
*Hauptbahnhof Mannheim-Mitte Rheinbrücke	31579	35,4	89132	235291
Zusammen	1050780	36,6	2869167	11481308

b. Gemarkung Ludwigshafen.

Linie	Einnahme insgesamt Mk.	Einnahme pro Wagen-kilometer Pf.	Zahl der Wagen-kilometer	Anzahl der beförderten Personen
*Mitte Rheinbrücke-Bahnhof Ludwigshafen	19260	61,3	31400	188122
*Mitte Rheinbrücke-Anilinfabrik	74439	45,1	164911	727081
*Mitte Rheinbrücke-Bahnhof Ludwigshafen	26706	51,9	51446	198983
*Mitte Rheinbrücke-Bahnhof Ludwigshafen-Friedhof	4779	34,6	13794	35608
Zusammen	125184	47,8	261551	1149794

B. Pferdebetrieb.

Linie	Einnahme insgesamt Mk.	Einnahme pro Wagen-kilometer Pf.	Zahl der Wagen-kilometer	Anzahl der beförderten Personen
Schloß-Bahnhof Ludwigshafen	30299	44,3	68278	288820
Bahnhof Ludwigshafen-Anilinfabrik . .	11479	36,0	31878	127095
Bahnhofstraße-Neckarauer Übergang . .	—	—	—	—
Zusammen	41778	41,7	100156	415915

Die Zahl der beförderten Personen der mit * bezeichneten Linien wurde nach dem Verhältnis der auf beiden Gemarkungen erzielten Betriebseinnahmen berechnet.

Die Einnahmen pro Wagenkilometer waren zum Teil geringer als die des Vorjahres. Schuld daran war die ungünstige wirtschaftliche Lage im allgemeinen, die in den Ergebnissen der Verkehrsanstalten bezeichnend zum Ausdruck gelangt, und das schlechte Wetter des Sommers 1902, das ungünstig auf die Frequenz einwirkte. Die Gesamtzahl der auf Gemarkung Mannheim gefahrenen Wagenkilometer des elektrischen Betriebes belief sich auf 2869167, wovon 71846 auf Anhängewagen fallen. Auf Gemarkung Ludwigshafen sind 258256 Motorwagen- und 3295 Anhängewagen-Kilometer gefahren worden; auf beiden Gemarkungen zusammen 3130718 Wagenkilometer; hiervon wurden 75141 Wagenkilometer mit Anhängewagen zurückgelegt. Von der Pferdebahn sind bis zur Betriebseinstellung 100156 Wagenkilometer geleistet worden. Die Zahl aller Wagenkilometer, sowohl beim Pferdebetrieb, als

beim elektrischen Betrieb zusammen beträgt 3230874. Die durchschnittliche Einnahme pro gefahrenen Wagenkilometer beim elektrischen Betrieb — Anhängewagen-Kilometer voll gerechnet — betrug auf Gemarkung Mannheim 36,6, auf Gemarkung Ludwigshafen 47,8 Pfg., im Durchschnitt für beide Gemarkungen 37,5 Pfg. Beim Pferdebetrieb wurde pro Wagenkilometer 41,7 Pfg. eingenommen. Die Gesamteinnahmen verteilen sich in Prozenten nach den einzelnen Fahrschein- bezw. Abonnementsgattungen:

In Prozenten:

Gemarkung	Fahrscheine zu 5 Pfg.	Fahrscheine zu 10 Pfg.	Fahrscheine zu 15 Pfg.	Fahrscheine zu 20 Pfg.	Abonnementskarten 2. Mk.	Abonnementskarten Schüler 2.50 Mk.	Abonnementskarten Arbeiter 2.50 Mk.	Zeitkarten Dienstkarten	Zeitkarten Monatskarten	Zeitkarten Halbjahreskarten	Zeitkarten Jahreskarten
									Gemeinsame		
									0,115	0,114	0,309
Mannheim . .	2,800	42,864	7,198	5,908	26,419	0,260	0,386	0,016	0,847	0,644	2,073
Ludwigshafen	0,123	1,636	1,489	4,311	2,373	0,023	0,012		0,059	0,003	0,018

Die höchste Tageseinnahme wurde am 8. Juni (landwirtsch. Ausstellung) mit 13431.70 Mk., die niedrigste am 24. Januar mit 1906.55 Mk. erzielt. Die Zahl der beförderten Personen beim elektrischen Betrieb auf den Linien der Gemarkung Mannheim betrug 11481308, diejenigen auf den Linien der Gemarkung Ludwigshafen 1149794, beim Pferdebetrieb 415915, zusammen 13047017.

Durch die Eröffnung der Linien in Ludwigshafen sind die **Betriebsausgaben** infolge der Personalvermehrung ganz erheblich gestiegen, die Ausgaben auf den laufenden Wagenkilometer jedoch gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Die laufenden (Betriebs-) Einnahmen betragen 1148279 Mk. und die Ausgaben 936415 Mk. Davon geht ab der Wert der vorhandenen aus Betriebsmitteln angeschafften Materialien, Stand am 31. Dezember 1901 4326 Mk., am 31. Dezember 1902 33465 Mk., sonach Mehrbestand 29138 Mk. Als wirkliche Betriebsausgaben bleiben 907277 Mk.

Der durch Abschreibung gebildete Erneuerungsfond erhielt im Berichtsjahr eine Zuweisung von 166277 Mk. Demselben sind 2683 Mk. entnommen worden. Der Stand des Erneuerungsfonds war auf 31. Dezember 1902 278002 Mk. Für Verzinsung des Anlagekapitals waren im Rechnungsjahre 231317 Mk. und für Amortisation des Anlagekapitals 57257 Mk., zusammen 288574 Mk. aufzubringen, wovon wegen Unzulänglichkeit der Betriebseinnahmen nur 213520 Mk. Zinsen, mithin 75054 Mk. weniger in den Voranschlag eingestellt und an die Stadtkasse abgeliefert werden konnten. Das Rechnungsergebnis weist gegenüber dem Voranschlage eine Mehreinnahme von 74724.50 Mk. — darunter 29138.33 Mk. in Materialvorräten — auf, sodaß sich auf Jahresschluß 1902 nach Verzinsung und Amortisation des Anlagekapitals und nach Rücklage in den Erneuerungsfond für den elektrischen Betrieb ein Fehlbetrag von 329.50 Mk. ergibt. Der Pferdebetrieb schließt mit einem Fehlbetrag von 2266.54 Mk. ab, mithin Gesamtfehlbetrag 2596.54 Mk. Das Anlagekapital belief sich auf Jahresschluß auf 6245540.95 Mk., in welchem Betrag der Geländewert der Depotanlage mit 525150 Mk. enthalten ist. —

Auf Anregung der hiesigen Stadtverwaltung wurde im Sommerfahrplan der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrtsgesellschaft bestimmt, daß das Frühboot Mannheim erst morgens 7.10 Uhr verläßt und in Mainz einen um 11 Uhr abgehenden Schnelldampfer erreicht, der um 7 Uhr abends in Köln eintrifft.

Im Juli eröffnete die Lokaldampfschiffahrtsgesellschaft Karl Arnheiter's Erben die neukonzessionierte Überfahrtslinie Mannheim-Rennershof nach Ludwigshafen-Luitpoldhafen.

Seit Jahren hatte die Stadtgemeinde Mannheim für die seitens der Polizeibehörde angeordnete Bereitstellung einer Schiffsdampfspritze an die Gesellschaft Arnheiter eine jährliche Vergütung von 4800 Mk. zu bezahlen. Da dieser Feuerschutz in gleicher Weise auch den am bayerischen Ufer liegenden Schiffen dienlich ist, erschien es dem Stadtrat angemessen, daß bei der Neukonzessionierung der Personenüberfahrt Mannheim-Ludwigshafen den Unternehmern zur Auflage gemacht wurde, alle nach Ansicht der Polizeibehörde zum Feuerschutz erforderlichen Einrichtungen auf eigene Rechnung zu treffen.

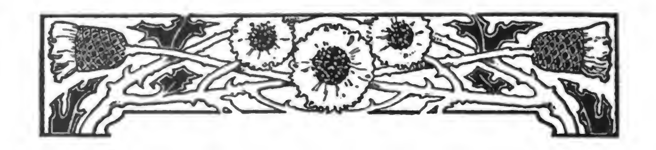
Durch Erlaß Gr. Ministeriums des Innern vom 15. April wurde zum Vollzug des Artikels 6 der den Karl Arnheiter Erben in Ludwigshafen zum Betrieb der Personenüberfahrt Mannheim-Ludwigshafen erteilten Konzession bestimmt: Die Unternehmer sind verpflichtet, von den zwei mit Dampffeuerspritzen ausgestatteten Booten mindestens eines, tunlichst aber beide, betriebsfähig und in Betrieb zu erhalten, um jederzeit in der Lage zu sein, der ihnen nach § 33 Abs. 2 Lit. g der Hafenpolizeiordnung vom 1. Mai 1901 obliegenden Verpflichtung gerecht zu werden. Diese vorerwähnten Boote haben mit ihrem ganzen zum Feuerlöschen bereits vorhandenen Bestand an Schläuchen, Verkuppelungen 2c. auf dem Brandplatz zu erscheinen. Spritzen und Inventar sind fortwährend in gutem und gebrauchsfähigem Zustand zu erhalten. Die Boote haben im Brandfall auf Erfordern der Hafenpolizei oder des Feuerwehrkommandanten auch Schleppdienste zu leisten. Ob und inwieweit die Boote nach ihrer Bauart hierzu Verwendung finden können, hat die Großh. Rheinbauinspektion hier zu bestimmen. Die stete Bereitschaft mindestens eines Löschbootes wird durch die Beamten der Hafenverwaltung kontrolliert. Das Großh. Bezirksamt kann im Benehmen mit dem Großh. Hafenkommissär und dem Feuerwehrkommando eine überraschende Probealarmierung zur Nachtzeit anordnen, wobei das Löschboot verpflichtet ist, sich unter Dampf an das angenommene Brandobjekt zu begeben und die Dampfspritze in Tätigkeit zu setzen.

Im Anschluß hieran erwirkte der Stadtrat beim Bezirksamt die Aufhebung der früher der Stadtgemeinde Mannheim wegen Bereitstellung einer Schiffsdampfspritze gemachten Auflage. Die Verhandlungen über diese Angelegenheit und die Frage des Anlandeplatzes, bei der die Stadt ebenfalls ihre Interessen zu wahren hatte, verzögerte die Eröffnung der oben erwähnten Linie um einige Monate.

* * *

Unter Aufhebung der Droschkenordnung vom 27. Oktober 1891 trat am 4. Dezember 1902 eine neue Droschkenordnung in Kraft, in der auch die Tarife neu festgesetzt wurden.





XI. Das wirtschaftliche Leben.

1. Allgemeine Merkmale der wirtschaftlichen Entwicklung.

ie Summe der umlagepflichtigen Steuerkapitalien betrug für die Gesamtgemeinde (einschließlich Käferthal und Neckarau) 1902: 836991505 Mk. gegenüber 790824715 Mk. 1901 (Zunahme: 46166780 Mk.); stattliche Ziffern, aus deren gegen früher verlangsamter Zunahme allerdings doch die Ungunst der Zeiten spricht. Nach dem für Ende 1902 aufgestellten Steuerkataster der Altstadt Mannheim für das Jahr 1903 betrug (die Zu- oder Abnahme gegen das Vorjahr in Klammern):

Das Einkommen aus Gebäuden und Grundstücken	11915825	(+ 541631)	Mk.
aus Gewerbebetrieb	38725050	(—5938977)	„
„ sonstiger Arbeit und Dienstleistung	46906379	(— 766994)	„
„ Kapitalien und Renten	13813295	(+ 3828)	„
Das Roheinkommen in Summa	111360549	(—6160512)	Mk.
hiervon ab Schuldzinsen	9458046	(+ 680173)	„
Steuerbares Einkommen	101902503	(—6840685)	Mk.
Steueranschlag	66836825	(—6538175)	„

Während im Jahre 1901 das steuerbare Einkommen in Alt-Mannheim 101,8 Mill. Mk. betragen hatte und 1902 auf 108,7 Mill. Mk. gestiegen war, sank es nach den Fatierungen für 1903 wieder nahezu auf den Stand des erstgenannten Jahres zurück. Dabei wirkte insbesondere der Umstand mit, daß das Einkommen aus Gewerbebetrieb um nahezu 6 Mill. Mk. gegen das vorhergegangene Jahr zurückblieb.

Auf den Kopf der Bevölkerung (ohne Vororte) berechnet betrug im Berichtsjahr das Roheinkommen 765,36 Mk. (gegen 804,92 im Vorjahr), hiervon gehen ab 65 Mk. (gegen 60,12) für Schuldzinsen, sodaß das steuerbare Einkommen im Bevölkerungsdurchschnitt sich

auf 700,36 Mk. (gegen 744,80) belief und der Steueranschlag auf 459,36 Mk. (gegen 502,56). Wohl gestalteten sich die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahr ungünstig, doch zeigen die Durchschnittszahlen gegen frühere Jahre ein sehr erhebliches Erstarken der Steuerkraft; denn 1886 entfiel auf den Einwohner an steuerbarem Einkommen: 636,94 Mk., 1891 schon 703,20 Mk., 1896 713,42 Mk. und 1901 744,80 Mk.

Einen Einblick in die steuerliche Gliederung der Einwohnerschaft erhält man aus umstehender Tabelle. Allerdings ist die Zahl der Steuerpflichtigen, die für das Berichtsjahr 42158 beträgt, etwas zurückgegangen, aber gerade die den bürgerlichen Mittelstand umfassenden Gruppen mit Einkommen von 1600 bis 10000 Mk. haben eine leichte Zunahme erfahren. Und während die Gruppe der kleinen Einkommen von 600—900 Mk. im Jahre 1886 volle 39,3 % und noch 1896 36,5 % aller Pflichtigen enthielt, ist ihr Prozentanteil jetzt auf 21,5 % gesunken, während sich der Anteil der nächsten Klasse (1000—1500 Mk.) von 19,6 % auf 43,8 % gehoben hat, ein Beweis für die finanzielle Besserstellung weiter Kreise. Interessant ist auch folgende Vergleichung, die sich ebenfalls aus unserer Tabelle ablesen läßt. Von je 1000 Einwohnern waren zur Zahlung von Einkommensteuer verpflichtet: im Jahre 1886 bei Inkrafttreten des Gesetzes 273, zehn Jahre später 1896 285,5, nach dem Kataster für 1902 295,7, für 1903 293,7.

Ergänzung findet das Bild wirtschaftlich trüber Lage wie allerorten, so auch in hiesiger Stadt im Anwachsen des Armenaufwands und in der Zahl der auf Armenunterstützung Angewiesenen. Wie dem folgenden Abschnitt vorgreifend gleich hier bemerkt sei, betrug die Zahl der Armenunterstützten im Monatsdurchschnitt 3076 gegenüber 2574 im Vorjahr und 1884 im Mittel des Jahres 1900. Der durchschnittliche Aufwand eines Monats für Armenunterstützungen einschließlich der Kreisbeiträge stieg im letzten Jahre von 15462 auf 16694 Mk. Dementsprechend war auch die Belastung der Gesamtbevölkerung durch den Armenaufwand mit 131,97 Mk. ‰ bedeutend höher als Ende 1901 mit 126,33 Mk.

Die außerordentlich große Verringerung der Einlagen bei der Sparkasse unter gleichzeitiger erheblicher Vermehrung der Rückzahlungen ist nicht ausschließlich auf die schlechte wirtschaftliche Lage zurückzuführen, vielmehr hat zu diesem ungünstigen Resultat in erster Linie auch die Herabsetzung des Zinsfußes mit beigetragen.

Auch beim Fleischkonsum, der ja gleichfalls als Gradmesser der wirtschaftlichen Lage angesprochen werden kann, hat nicht nur deren Ungunst, sondern die zeitweise sehr große Teuerung insbesondere des Schweinefleisches, die starke Reduktion des Betreffs pro Kopf und Tag von 0,177 kg im 1901 (und 0,186

Die Einkommensteuerpflichtigen nach Steuergruppen
(Gesamtgemeinde).

Steuergruppe Einkommen von Mk.	Steuerpflichtige nebenstehender Steuergruppen				Von 100 Pflichtigen kamen auf nebenstehende Steuergruppen				Auf 1000 Einwohner entfielen Pflichtige der nebenstehenden Steuergruppen				Prozentuale Vermehrung der Pflichtigen von 1903 gegen	
	1886	1896	1902	1903	1886	1896	1902	1903	1886	1896	1902	1903	1886	1896
500	1958	871	1026	1178	11,9	3,4	2,4	2,8	32,6	9,7	7,1	8,0	— 39,8	+ 35,2
600—900	6438	9381	9642	9044	39,3	36,5	22,5	21,5	107,3	104,2	66,5	61,9	+ 40,5	— 3,6
1000—1500	3217	7922	18836	18461	19,6	30,8	43,9	43,8	53,6	88,0	129,9	126,4	+ 473,9	+ 133,0
1600—3000	2331	4185	8398	8414	14,2	16,3	19,6	20,0	38,9	46,5	57,9	57,6	+ 261,0	+ 101,1
3100—10000	1919	2644	3896	4020	11,7	10,3	9,1	9,5	32,0	29,4	26,9	27,5	+ 109,5	+ 52,0
10500—20000	329	407	569	558	2,0	1,6	1,3	1,3	5,5	4,5	3,9	3,8	+ 69,6	+ 37,1
20500—49000	143	195	328	331	0,9	0,8	0,8	0,8	2,4	2,2	2,3	2,3	+ 131,5	+ 69,7
50000—100000	25	50	111	93	0,2	0,2	0,3	0,2	0,4	0,6	0,8	0,6	+ 272,0	+ 86,0
100000—200000	12	28	48	35	0,2	0,1	0,1	0,1	0,3	0,4	0,5	0,4	+ 247,1	+ 51,3
200000—500000	5	8	21	16										
500000—1000000	—	2	5	4										
über 1000000	—	1	3	4										
Zusammen	16377	25694	42883	42158	100,0	100,0	100,0	100,0	273,0	285,5	295,7	293,7	+ 157,8	+ 64,1

in 1900) auf 0,165 im Berichtsjahr verursacht. Insgesamt ist der Fleischverbrauch um genau 1/2 Million kg von 9303000 auf 8803000 kg zurückgegangen und zwar entfielen von dieser Minderung bereits 418000 kg auf den Verkehr von Schweinefleisch, dessen Marktpreis pro 1 kg Schlachtgewicht diesmal im Monatsdurchschnitt zwischen 1.20—1.40 Mk. statt 0.96—1.38 Mk. im Vorjahr schwankte (weiteres hierüber im folgenden Abschnitt).

2. Handel und Industrie.

Im Berichtsjahr hielt die Handelskammer 17 Plenarsitzungen ab. Sie verlor zwei hervorragende Mitglieder durch den Tod: Kommerzienrat Hermann Mohr und Großkaufmann Felix Bassermann (vgl. S. 72 u. 73). Der Direktor der Rheinaugesellschaften Joseph A. Böhm legte am 27. September sein Amt nieder. Außer dem Eintreten für die wichtigen Verkehrsfragen des Berichtsjahres war es besonders der Entwurf des deutschen Zolltarifgesetzes, der von der Handelskammer eine energische Wahrung der Interessen des hiesigen Platzes forderte. In einer Reihe von Eingaben an den Reichstag verfocht die Kammer den Standpunkt der Mannheimer Handelskreise. Ihr Hauptaugenmerk richtete sie dabei natürlich auf die Grund- und Lebensbedingungen des Mannheimer Getreidehandels, nämlich auf die Erhaltung der gemischten Transitlager für Getreide ohne amtlichen Mitverschluß, auf die Beibehaltung der sonst allgemein gewährten Zinsfreiheit der Zollkredite auch für Getreide, sowie der geltenden und bewährten Vorschriften hinsichtlich des Ursprungsnachweises und der Zollfreiheit der handelsüblichen Warenumschließungen. Wegen der Einzelheiten ist auf Band I des Handelskammerberichtes zu verweisen, wo im Anhang S. 329 auch das Zolltarifgesetz vom 25. Dezember 1902 abgedruckt ist.

Für die Erhaltung der gemischten Transitlager traten im Reichstag die Abgeordneten Bassermann und Dreesbach energisch ein, unterstützt von den Vertretern der badischen Regierung. Im November ersuchte der Börsenvorstand die genannten Abgeordneten, auf das nachdrücklichste die beabsichtigte Verzinsung der Getreidezölle zu bekämpfen. Leider sind die beiden Abgeordneten in dieser wichtigen Sache nicht mehr zum Wort gekommen. Mit dem Zolltarifgesetz (§ 12) wurde die vierprozentige Verzinsung der Zölle beschlossen.

In der Mannheimer Börse war wie bisher Großkaufmann Emil Hirsch Vorsitzender der Produktenbörse, Kommerzienrat Wilhelm Zeiler Vorsitzender der Effektenbörse. Das Schiedsgericht der Produktenbörse wurde in 47 Fällen in Anspruch genommen, worunter eine große Anzahl schwieriger und bedeutender Streitfragen waren. Die Angelegenheiten wurden teils gütlich, teils durch Urteil erledigt. Die Interessenten haben sich dadurch mitunter große Rechtsstreite erspart, die vielleicht jahrelang die Gerichte beschäftigt haben würden. Das Verfahren

ist höchst einfach, rasch und billig, die entstehenden Kosten sind unbedeutend und ein Teil der Gebühren fließt in die Kasse der Börse. Ein bedeutsames Ereignis in der Geschichte der hiesigen Börse war die Einweihung des neuen Börsengebäudes am 8. April 1902 (vgl. S. 118). Wie Geh. Kommerzienrat Diffené in der darauffolgenden Sitzung der Handelskammer betonte, bildet dieses stolze Werk nicht blos eine Zierde für unsere Vaterstadt, sondern mit seiner Vollendung haben wir auch einen weiteren Schritt vorwärts getan auf dem Wege zur Vervollständigung unserer kommerziellen Ausrüstung. Dank gebührt dem Börsenvorstand für seine lang fortgesetzten, von schönem Erfolge gekrönten Bemühungen, Dank aber auch der Opferwilligkeit und dem Gemeinsinn des Mannheimer Kaufmannstandes, ohne den die Aufbringung der großen Mittel, welche der Bau erforderte, nicht möglich gewesen wäre.

Unter denen, die dieses Unternehmen tatkräftig unterstützt haben, steht auch die Stadtverwaltung mit in vorderster Reihe. Am 4. Februar 1902 genehmigte der Bürgerausschuß die Bürgschaft der Stadtgemeinde für ein von der Börsenbau-Aktiengesellschaft bei der städtischen Sparkasse aufzunehmendes Darlehen auf zweite Hypothek im Betrag von 370000 Mk.

Die diesbezügliche Bürgerausschußvorlage führte u. a. aus: Am 14. Oktober 1901 richtete die Börsenbau-Aktiengesellschaft an die Stadtverwaltung eine Zuschrift, worin sie mitteilte, daß sie zur Bestreitung der das Aktienkapital, sowie die erste Hypothek übersteigenden Baukosten des Börsengebäudes weitere 300000—400000 Mk. benötige. Da die Beschaffung dieses Betrages auf zweite Hypothek von privater Seite mit Rücksicht auf den derzeitigen Stand des Hypothekenmarktes auf Schwierigkeiten gestoßen war, so ersuchte die Gesellschaft die Stadtgemeinde, sie bei der Beschaffung des erforderlichen Betrages zu unterstützen und zwar entweder durch Gewährung der Summe aus der städtischen Sparkasse oder durch Erteilung der Ermächtigung zur Ausgabe einer städtischerseits garantierten Obligationsanleihe. Zur Begründung wurde ausgeführt, daß das Börsengebäude in gewissem Sinne einem öffentlichen Zweck diene, und daß in dem Bestreben, ein der Bedeutung des Mannheimer Handels würdiges und der Stadt zur Zierde gereichendes Gebäude zu schaffen, weit höhere Aufwendungen als ursprünglich in Aussicht genommen, gemacht wurden. Es wurde dabei festgestellt, daß sich der Gesamtaufwand (einschließlich der Kosten für Liegenschaftserwerbung) auf 1740000 Mk. beläuft. Zur Deckung dieser Summe sind vorhanden: das voll einbezahlte Aktienkapital der Gesellschaft mit 600000 Mk.; die von der Rheinischen Hypothekenbank gegebene erste Hypothek im Betrage von 60 Prozent des amtlichen Schätzungswertes von 1295000 Mk. = 770000 Mk., zusammen 1370000 Mk., sodaß noch aufzubringen sind 370000 Mk. Die Sparkassenkommission erklärte sich zur Gewährung des Darlehens bereit unter folgenden Bedingungen: zur Sicherung des Darlehens ist der Städtischen Sparkasse eine Hypothek mit Rang unmittelbar hinter derjenigen zu Gunsten des Darlehens der Rheinischen Hypothekenbank zu gewähren; der Zinsfuß für das Darlehen wird auf 4 % festgesetzt und der Zins ist vierteljährlich fällig; das Darlehen von 370000 Mk. ist mit 1 % aus dieser Summe zu amortisieren und diese Amortisationsquote alljährlich in die Sparkasse zu entrichten; die Darlehensdauer resp. die gegenseitige Unkündbarkeit des Darlehens



Großkaufmann Felix Bassermann
† 4. Mai 1902
(vgl. S. 73)

wird zunächst auf 10 Jahre bemessen. Nach Ablauf dieser 10 Jahre steht jedem Kontrahenten ein sechsmonatliches Kündigungsrecht zu; die Stadtgemeinde Mannheim übernimmt für Kapital, Zins und jährliche Amortisation der Städtischen Sparkasse gegenüber die Haftbarkeit. Die Frage der Bürgschaftsübernahme durch die Stadtgemeinde wurde im Stadtrat beraten, wobei sich bei der überwiegenden Mehrheit der Stadtrats-Mitglieder die Geneigtheit zeigte, der Börsenbau-Gesellschaft in der gewünschten Weise entgegenzukommen; es sollte nur zuvor versucht werden, eine gewisse Rückdeckung zu erlangen durch diejenige Einrichtung, in deren Interesse das Börsengebäude überhaupt erstellt wurde, nämlich durch die Börse. Jedoch mit Rücksicht darauf, daß diese nicht die Rechte einer juristischen Person hat und kein verpfändbares Vermögen besitzt, daß auch eine juristisch unanfechtbare und die Stadtgemeinde zweifellos sicher stellende Form, in der die Börse eine Garantie zu übernehmen hätte, nicht gefunden werden konnte, machte die Börsenbau-Aktiengesellschaft den Vorschlag, auf eine Garantie der Börse als solcher zu verzichten, verpflichtete sich jedoch, eine ausreichende Bürgschaft durch zahlungsfähige Mitglieder derselben zu erbringen. Es wurde daraufhin folgende von den leistungsfähigsten hiesigen Firmen abgegebene Erklärung erbracht: „Die in nachstehender Liste verzeichneten Personen und Firmen übernehmen durch die eigenhändige Einzeichnung der Stadt Mannheim gegenüber die Bürgschaft für alle Ausfälle und Vermögensschäden, welche derselben dadurch erwachsen sollten, daß sie ihrerseits für das von der städtischen Sparkasse der Mannheimer Börsenbau-Aktiengesellschaft zu gewährende hypothekarische Darlehen von 370000 Mk. die Bürgschaft übernommen hat. Die Bürgen haften unter Ausschluß der samtverbindlichen Haftbarkeit für jeden gezeichneten Anteil bis zum Höchstbetrage von 1000 Mk. per Jahr. Auf die Einrede der Vorausklage wird der Stadt Mannheim gegenüber verzichtet. Die Bürgschaft erlischt mit dem Tage der vollständigen Tilgung des erwähnten Darlehens". In der Liste sind 50 Anteile zu 1000 Mk. gezeichnet, sodaß allein schon damit eine Einnahme garantiert ist, die den für Zins und Amortisation erforderlichen Betrag (49300 Mk.) übersteigt, wozu noch die nach den jetzt bestehenden Verträgen sich ergebenden Einnahmen aus dem Börsengebäude selbst mit 56000 Mk. kommen. Angesichts dieser Sachlage trug der Stadtrat kein Bedenken mehr, die verlangte Bürgschaft zu übernehmen, zu der die Genehmigung des Bürgerausschusses erteilt wurde. —

In der am 25. März 1903 abgehaltenen Aufsichtsratssitzung der Börsenbau-Aktiengesellschaft gelangte der Geschäftsbericht für 1902 nebst Bilanz zur Vorlage. Die Jahresrechnung schloß mit einem Verlust von 27362 Mk. ab, der darauf zurückzuführen ist, daß die Unkosten, Steuern und Reparaturen einen weit höheren Betrag erforderten, als vorausgesehen, und daß auf eine rückständige Forderung aus Wirtschaftsmiete ein größerer Betrag abzuschreiben war. Im einzelnen setzen sich die Eingänge zusammen aus 4061 Mk. (i. Vorjahr 7383 Mk.) Vortrag; Mietseinnahmen abzüglich vorerwähnter Abschreibung 42194 Mk. (9061 Mk., da das Gebäude erst von Mitte des Jahres 1901 an bezogen worden war), städtischer Zuschuß 5000 Mk. (wie im Vorjahr). Dagegen erforderten Hypothekenzinsen 45572 Mk. (im Vorjahr ab 1. Oktober 7078 Mk. und 2280 Mk. Bankzinsen), Unkosten und Steuern 19869 Mk. (7672 Mk.), Abschreibungen auf Gebäude 1 % mit 10525 Mk., auf Mobilien 10 % mit 2280 Mk., auf Utensilien 100 % mit 565 Mk., wonach sich, wie oben gesagt, ein Verlust von 27362 Mk. ergibt (im Vorjahr 4412 Mk. Gewinn). Die Bilanz verzeichnet außer dem Aktienkapital mit 600000 Mk. und 858 Mk. gesetzlichem Reservefonds an Hypotheken 1183000 Mk. und Kreditoren 34856 Mk. Die Aktivseite setzt sich zusammen aus dem Börsengebäude mit 1763677 Mk., den Mobilien mit 20527 Mk., Debitoren mit 2435 Mk. und vorausbezahlten Versicherungsprämien 4640 Mk. Die finanzielle Lage dürfte sich allmählich dadurch

verbessern, daß sich wohl für die Wirtschaftsräume eine gewinnbringendere Verwendung finden läßt, und daß der Verein „Mannheimer Börse", mit dem ein Mietsverhältnis besteht, infolge seiner wachsenden Einnahmen in der Lage sein wird, der Gesellschaft größere Zuweisungen zu machen. Auch zeigte sich die Aussicht, durch eine Änderung der Organisation Steuerfreiheit zu erlangen.

Auf Einladung des Börsenvorstandes fand am 3. November 1902 eine Besichtigung der Börse in ihrem Betrieb durch Vertreter der Staatsbehörden, des Stadtrats, der Handelskammer, sowie der Handels- und Verkehrsanstalten statt.

Namens des Börsenvorstands hieß Herr Emil Hirsch die Gäste im Saale der Effektenbörse willkommen. Er dankte ihnen für ihr Erscheinen und wies auf den Zweck der Einladung hin, der darin bestehe, zu zeigen, was der Börsenvorstand im Verein mit allen Behörden erreicht habe. Weiter machte Herr Emil Hirsch auf die segensreiche Wirksamkeit und die große Bedeutung des Schiedsgerichtes der Mannheimer Börse aufmerksam. Es erfolgte sodann ein Rundgang durch die Börse, worauf Herr Emil Hirsch nochmals das Wort ergriff. Die Notwendigkeit eines Börsengebäudes in Mannheim hätte wohl nicht überzeugender vor Augen geführt werden können, als durch die Einladung an die Vertreter der verschiedensten Behörden zum Besuch der Börse. Er hoffe, daß alle diese Herren durch den heutigen Besuch überzeugt worden seien, daß das für den Börsenbau aufgewendete Geld eine für die Interessen Mannheims, seine Wohlfahrt und seine Zukunft ebenso fruchtbare, wie notwendige Anlage gefunden habe. Was die Presse für die Öffentlichkeit sei, das sei die Börse für den Handel, und es sei nur dringend zu wünschen, daß der ganze Kaufmanns- und Handelsstand von diesem für ihn hochwichtigen Instrument Gebrauch mache, und daß auch diejenigen Branchen zur Börse kämen, die ihr bis jetzt noch gleichgiltig gegenüberstanden oder ihr ferne geblieben seien. Herr Emil Hirsch gab sodann bekannt, daß der Börsenvorstand beschlossen habe, die Herren Geh. Kommerzienrat Philipp Diffené, Geh. Kommerzienrat Karl Ladenburg, Direktor Neustadt und Kaufmann Jakob Steiner zu Ehrenmitgliedern der Börse zu ernennen. Diese Ernennung bilde ein Novum, denn die Börse habe bis jetzt keine Ehrenmitglieder gehabt. Er wies zur Begründung der Ernennungen darauf hin, daß schon die Väter der Herren Diffené und Ladenburg dem Börsenvorstand angehört haben und es sei rührend, in den Akten der Börse nachzulesen, mit welch unendlichem Fleiße und mit welch unermüdlichem Opfermut und Wohlwollen die beiden Männer schon vor 40 Jahren dasjenige erstrebt haben, was jetzt erreicht worden ist. Wie diese Väter, so waren auch die Söhne Mitglieder des Börsenvorstandes, die sich in allen Dingen und in allen Fällen bewährt haben und für das Wohl der Börse stets mit besten Kräften und Können eingetreten sind. Was die Herren Neustadt und Steiner anbelangt, so sind auch sie über ein Vierteljahrhundert Mitglieder des Börsenvorstands gewesen. Sie haben keine Opfer und kein Geld gescheut, um die Interessen, das Wohl und Gedeihen der Börse zu fördern. Der Redner schloß mit einem Hoch auf die Stadt Mannheim, ihren Handelsstand und ihre Industrie, worauf Geh. Kommerzienrat Diffené das Wort nahm, um für die Auszeichnung, die ihm und den drei anderen Herren zuteil geworden sei, zu danken. Er sei von der ihm erwiesenen Ehrung im hohen Maße überrascht und glaube, daß sie nicht seiner Person gelte, sondern dem großen Institut, von dem er nur ein schwacher Teil sei: der Handelskammer. Redner gedachte sodann der hervorragenden Verdienste des ersten Börsenvorstandes Herrn Emil Hirsch um die Entwicklung der Mannheimer Börse und schloß mit einem Hoch auf ihn. Die Gäste nahmen sodann auf Einladung des Börsen-Vorstandes im Börsen-Café eine kleine Erfrischung ein.

Im Anschluß hieran wurde der Plan einer weiteren Ausgestaltung der hiesigen Börse verfolgt und in verschiedenen Interessentenversammlungen und zahlreichen Zeitungsartikeln des näheren erörtert. Erfreulicherweise stellte sich schon nach kurzer Zeit ein greifbares Resultat ein.

In dem Bestreben, die Börse zum Mittel- und Sammelpunkt des Gesamthandels zu machen, fand der Börsenvorstand die nachdrückliche Unterstützung der Handelskammer, die verschiedene Kommissionen einberief, um deren Meinung darüber zu hören. Als Ziel wurde zunächst folgendes bezeichnet: die Banken und Bankiers sollen zunächst veranlaßt werden, die Effektenbörse möglichst zur gleichen Zeit wie die Produktenbörse abzuhalten; hinsichtlich der Tabakbranche ist es schon lange der dringende und berechtigte Wunsch des Bezirksamts, daß der Handel, der sich seither Sonntags auf der Straße abspielte, sich künftig unseres schönen Börsenlokals bediene; Rhederei und Assekuranz sollen veranlaßt werden, die Börse täglich zu besuchen, da ja bei diesen Geschäftszweigen die engste Fühlung mit dem Handelsstande dringend erforderlich ist; für Kohlen, Eisen, Metalle und Holz sollen monatliche Börsen eingeführt werden, und auch die Kolonialwarenbranche soll darauf hingewiesen werden, welche Vorteile für alle die Möglichkeit bietet, sich an der Börse täglich zu treffen.

Der Mißstand, daß Waren- und Effektenbörse nicht gleichzeitig stattfinden, wird leider, wie die Besprechung der Banken ergab, in absehbarer Zeit nicht abzustellen sein, da erklärt wurde, daß die Verlegung der Effektenbörse auf die Mittagsstunde nicht möglich sei, weil die hiesige Börse die Kurse der auswärtigen, insbesondere der Frankfurter Börse abwarten müsse; ein früher gemachter Versuch sei mißlungen. Der Besuch der Warenbörse, über dessen Nutzen die Vertreter der Banken geteilter Meinung waren, müsse dem einzelnen anheimgestellt bleiben. Namens der Rhedereien wurde die Erklärung abgegeben, sie besuchten schon seither die Börse mindestens ebenso regelmäßig, wie die Vertreter des Getreidehandels; das angestrebte Ziel, einen Konzentrationspunkt zu schaffen, finde ihre vollste Zustimmung. Die Vertreter verschiedener Warenbranchen (Kolonialwaren, Hopfen, Kohlen) gaben ihrer Sympathie für den Plan Ausdruck, behielten sich aber Beratungen mit den Angehörigen ihres Geschäftszweiges vor. Auch die Tabakbranche und die Versicherungsbranche erklärten sich zu vorbereitenden Schritten geneigt, während der Holzhandel sich zunächst ablehnend verhielt, und die Vertreter des Petroleumhandels erklärten, daß für sie der Besuch der Mannheimer Börse zwecklos sei.

In einem anfangs Januar 1903 versandten Zirkular des Börsenvorstandes heißt es: „Unsere Börse ist seit einem Jahre in Betrieb und erfreut sich des allgemeinen Beifalls. Die Geschäfte, die früher bei Wind und Wetter im Freien abgeschlossen werden mußten, wickeln sich nun in dem schönen neuen Lokale ab, die lästige Störung des Straßenverkehrs ist beseitigt. Die Zahl unserer Mitglieder wächst zusehends; die Einseitigkeit der Beteiligung hat aufgehört, Schiffahrt und Rhederei, Eisenbahnverwaltung, Lagerhäuser sind regelmäßig an der Börse vertreten. Der Kohlen-, Kolonialwaren- und Hopfenhandel sind korporativ beigetreten, der Beitritt des Tabak- und Holzhandels nahe bevorsteht. Einleitende Schritte zur Gründung einer Industriebörse, die mindestens alle vier Wochen tagen soll, sind im besten Gange. Alle unsere Bestrebungen zur Festigung und Kräftigung der Börse werden seitens der Handelskammer für den Kreis Mannheim auf das lebhafteste unterstützt. Wenn trotzdem dieses Jahr mit einem Fehlbetrag schließt, so ist die Ursache in den großen Ausgaben für Heizung, Reinigung und Telephonkosten zu suchen, deren Höhe im ersten Jahre noch nicht genau zu übersehen war."

Hand in Hand mit diesem Ausbau der Börse ging die in der hiesigen Presse vertretene weitere Anregung, hier eine ständige Industriebörse zu errichten. Zur Begründung dieses Vorschlags wurde hauptsächlich darauf hingewiesen, daß sich im geschäftlichen Leben auch heute noch der persönliche Verkehr als bestes Mittel zur Förderung und Pflege geschäftlicher Beziehungen bewähre, sowie darauf, daß auch anderwärts, von den Hansestädten ganz abgesehen, z. B. in Stuttgart und Brüssel sich auch die Vertreter der Industrie zu ihrem Vorteil am Börsenverkehr beteiligen. Die Gelegenheit, Bezugsquellen oder Käufer zu ermitteln, sich über die neuesten Errungenschaften zu unterrichten, gemeinsame Interessen weiter Industriegebiete zu besprechen, könne durch nichts wirksamer geboten werden, als durch regelmäßige, ausdrücklich für diesen Zweck bestimmte Versammlungen aller Interessenten an einem Zentralpunkte.

In der vom Börsenvorstand und von der Handelskammer auf den 9. Dezember einberufenen Versammlung, an der sich Vertreter der verschiedensten industriellen Unternehmungen in Mannheim und Umgegend beteiligten, trat Zivilingenieur Menke, der Herausgeber der Mannheimer Industriezeitung, entschieden für dieses Projekt in längeren Ausführungen ein, an die sich eine lebhafte Debatte anschloß. Es wurde schließlich ein vorbereitender Ausschuß gewählt, bestehend aus den Herren Generaldirektor Bolze, Generaldirektor Wenk-Wolff, Direktor Blümcke, Zivilingenieur Menke, Direktor Sachse, Dr. Raschig, Herbst, Kommerzienrat Lenel, M. Marum, Emil Hirsch, Direktor Fick und Direktor Kopp-Frankenthal. Dieses Komité hielt noch im Dezember eine Besprechung ab, zu der auch auswärtige erste Firmen aus allen Teilen Südwestdeutschlands, in größerer Anzahl Vertreter entsandt hatten. Die Verhandlungen galten in erster Linie der Besprechung eines Statutenentwurfs, Erörterung der weiteren Vorarbeiten, Festsetzung eines Termins für die konstituirende Versammlung ꝛc. Die lebhafte Beteiligung an den Beratungen, sowie das Interesse, das allseitig der Verhandlung entgegengebracht wurde, ließen erkennen, daß die Bewegung immer mehr an Boden gewinnt. Zahlreiche Vorschläge aus der Versammlung machten in vielen Punkten eine Erweiterung des Programms nötig, und die Beitrittserklärungen mehrten sich in so erfreulicher Weise, daß das Unternehmen nicht nur als gesichert angesehen werden konnte, sondern begründete Hoffnung vorliegt, daß die Veranstaltung ihrem Umfange nach zu einem für die gesamte südwestdeutsche Industrie wichtigen Faktor werden wird. In der Tat zeigten die monatlichen Industriebörsen des folgenden Jahres die Lebens- und Entwicklungsfähigkeit des verdienstvollen Unternehmens. —

Die Badische Gesellschaft zur Überwachung von Dampfkesseln zählte Ende 1902 2364 Mitglieder mit 3902 Dampfkesseln; von letzteren waren 148 außer Betrieb.

An Untersuchungen wurden vorgenommen: 7669 äußere, 1355 innere und 752 Wasserdruckproben. Zu begutachten waren 286 Gesuche um Genehmigung zur Errichtung oder Änderung von Dampfkesseln. Erste Prüfungen (Dampfproben) neu angelegter oder veränderter Dampfkessel fanden 260 statt. In den beiden großen Lokomobilfabriken des Bezirkes waren 40 innere Untersuchungen, 1225 Wasserdruckproben und 870 Dampfproben auszuführen; für generell genehmigte (fahrbare) Lokomobilen wurden 565 Genehmigungsurkunden verlangt

und ausgefertigt. Außerdem wurden eine größere Anzahl Indicator- und Brems-Versuche an Dampfmaschinen, sowie verschiedene, teils recht umfangreiche Verdampfungsversuche an Dampfkesseln vorgenommen.

Im Bezirksverein deutscher Ingenieure schloß das Berichtsjahr mit einem Zuwachs von 12 und einer Gesamtzahl von 384 Mitgliedern ab. Es fanden verschiedene gutbesuchte Vortragsabende und technische Ausflüge statt.

Mit dem Einzug in sein am 3. Mai 1902 eingeweihtes neues Vereinsgebäude (vgl. S. 92) trat der Kaufmännische Verein in eine wichtige neue Phase einer gedeihlichen Entwickelung. Durch die Rentabilität des Hauses erfuhr das Vereinsbudget eine sehr erwünschte Besserung.

Wie der Jahresbericht für das Vereinsjahr 1901/2 hervorhebt, wurden während des Winterhalbjahres 9 Einzelvorträge, 1 Rezitation, 2 Vortragszyklen (von je 5 und 2 Vorträgen) sowie alljährlich in Gemeinschaft mit der Handelskammer und dem Börsenvorstande 8 akademisch-fachwissenschaftliche Vorträge, ferner 4 besondere Vorträge für Lehrlinge veranstaltet. Für die Bibliothek wurden 449 Bände wertvoller Werke über Geschichte, Volkswirtschaft, Literatur, Philosophie ɛc. angeschafft. Der Bestand erhöht sich dadurch auf 6107 Bände. Die Zahl der im Lesesaal aufliegenden Zeitungen beträgt über 80. Die Gesamtfrequenz der Handelsschule belief sich im Winterhalbjahr 1901/02 auf 401 Teilnehmer, welche in 19 Kursen unterrichtet wurden. Infolge der Errichtung der städtischen Handelsfortbildungsschule hörte die Vereinsschule an Ostern 1902 auf bis auf den 3. Kursus, der noch bis Ostern 1903 fortgesetzt wurde. Um eine bessere Vorbereitung für die erfolgreiche Teilnahme an den ein reiferes Verständnis voraussetzenden akademischen Vorlesungen zu ermöglichen, wurde in Verbindung mit der Handelskammer durch Dr. Bernhard Weber ein Unterrichtskursus abgehalten, der das wesentliche aus der Volkswirtschaftslehre und aus der Volkswirtschaftspolitik behandelte. An diesem 36 Stunden umfassenden Lehrkursus beteiligten sich 84 Teilnehmer der verschiedensten Berufsstände. Im Winter 1902 wurde ein ähnlicher Zyklus über die deutsche Reichsverfassung veranstaltet. Der Großh. Gewerbeschulrat gewährte der Handelsschule einen Beitrag von 2400 Mk. und die Handelskammer einen solchen von 850 Mk. Letzterer Betrag wurde hauptsächlich zur Anschaffung von Lehrmitteln verwendet. Die Stellenvermittlung hatte unter der allgemeinen mißlichen Geschäftslage zu leiden. Angemeldet waren 1523 Bewerber und 1271 Vakanzen, vermittelt wurden 438 Stellen. Der Krankenkasse gehören 810 Mitglieder an, welche sich auf die Hauptkasse Mannheim und 7 örtliche Verwaltungsstellen verteilen. Der Unterstützungsfond erhielt 153,94 Mk. an Zuweisungen namentlich von Firmen, die mit Erfolg die Stellenvermittelung benutzten. Ein Teil der Zinsen des jetzt 25712.80 Mk. betragenden Fonds fand Verwendung zur Deckung des vom Verein zu leistenden Beitrags an die neu gegründete Unterstützungsabteilung des Verbandes kaufmännischer Vereine Badens und der Pfalz. Diese Abteilung bezweckt, denjenigen Mitgliedern der an die Unterstützungsabteilung angeschlossenen Verbandsvereine, die unverschuldet stellenlos geworden sind, eine Unterstützung zu gewähren, ohne dieselben zu einem Extrabeitrag dafür heranzuziehen. Die Zahl der unterstützten durchreisenden Kaufleute belief sich auf 503. Das Übersetzungsbureau erledigte 254 Aufträge. Die Zahl der vom Rechtsbeistand erteilten Rechtsauskünfte belief sich auf 28 Fälle. Ende März 1902 betrug das Vermögen des Vereins 37889.34 Mk., die Mitgliederzahl hatte um 50 zugenommen und betrug 3073. Bei der Vereinsverwaltung liefen ca. 17300 Korrespondenzen ein.

Einen schweren Verlust erlitt der Verein durch den Tod seines hochverdienten Vorsitzenden Julius Witzigmann (vgl. S. 77), dem es leider nicht mehr beschieden war, den Ehrentag seiner 25jährigen Präsidentenschaft am 15. Dezember zu feiern.

Der Kaufmännische Verein weiblicher Angestellter entwickelte sich unter Leitung eines rührigen Vorstandes in erfreulicher Weise.

Wie dem Jahresbericht für 1902/3 zu entnehmen ist, hat der Verein dieses Jahr, das er mit 289 ordentlichen Mitgliedern begonnen hatte, mit 377 ordentlichen beschlossen. Neu hinzugekommen waren im Laufe des Jahres 154; es sind dagegen 66 teils durch Abmeldung, teils dadurch, daß sie mit den Beiträgen im Rückstand blieben, aus dem Verein ausgeschieden, sodaß die Jahreszunahme 88 Mitglieder beträgt. Die Zahl der außerordentlichen Mitglieder hat sich bei 21 Neuanmeldungen und 5 Abmeldungen von 203 auf 219 gehoben. Schon diese Zahlen zeigen, daß der Verein in erfreulichstem Fortschritt begriffen ist. Es kamen zur Anmeldung 236 vakante Stellen, Stellen suchten 189 Bewerberinnen, es wurden vermittelt 95 Engagements. Hiernach wurden etwas über 50 % der Bewerberinnen untergebracht, sowie von den vakanten Stellen etwas über 40 % besetzt, ein sehr erfreuliches Resultat. Es muß aber auch in diesem Jahr darauf hingewiesen werden, daß der starken Nachfrage nach kaufmännisch gut ausgebildeten Kontoristinnen nur zu einem ganz kleinen Prozentsatz entsprochen werden konnte. Es wurde deshalb wiederholt darauf aufmerksam gemacht, daß die Bewerberinnen als Buchhalterinnen, Korrespondentinnen u. dergl. die besten Aussichten haben, wenn sie es an einer guten Ausbildung nicht fehlen lassen. Nur so sei die erstrebte Besserung der Gehaltsbezüge und gleichzeitig auch eine Gleichachtung mit den männlichen Angestellten im kaufmännischen Leben zu erreichen. Im Juni bezog der Verein seine neuen Räume im Hause B 1, 9 III. Stock, wo sich nun ein reges Vereinsleben abspielt. Es vergeht kein Abend, an dem nicht von den Räumen Gebrauch gemacht wird. Meist sind es Kurse, die den Abend ausfüllen, immer aber steht auch genügender Raum für diejenigen zur Verfügung, die ohne den Zweck des Lernens kommen. Den Mitgliedern standen gegen eine geringe Entschädigung Karten zu den Vorträgen des hiesigen kaufmännischen Vereins zur Verfügung, die der Verein erworben hatte. Auch veranstaltete der Verein selbst einige Vorträge belehrender Art und Unterhaltungen. Von Fortbildungskursen fanden statt: ein französischer Zyklus von zusammen 70 Stunden mit durchschnittlich 9 Teilnehmerinnen; ein englischer Zyklus von gleichem Umfang und gleicher Beteiligung; zwei Buchführungs-Zyklen von zusammen 60 Stunden mit 12 Teilnehmerinnen. Im Maschinenschreiben wird von der Geschäftsführerin Unterricht erteilt. Die Schreibmaschinen stehen auch denjenigen Mitgliedern, die deren Handhabung bereits erlernt haben, zur weiteren Ausbildung ihrer Handfertigkeit zur Verfügung. An dem Unterricht nahmen durchschnittlich 8—10 Mitglieder teil.

Der Deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband (Gau Südwest mit dem Sitz in Mannheim), der im Hause Q 3, 18 eine eigene Geschäftsstelle besitzt, sieht seinen Hauptzweck in sozialpolitischer Vertretung der Standesinteressen und bietet seinen Mitgliedern kostenfreie Stellenvermittelung, ferner Rechtsschutz, Auskunft, Versicherung gegen Stellenlosigkeit und Krankenkasse.

Verschiedene Fachvorträge fanden lebhaftes Interesse. Im April richtete der Verband an den badischen Landtag eine Eingabe, worin die Forderung einer Handlungsgehilfenkammer ausführlich begründet wurde. Im Juli 1902 veranstaltete die Ortsgruppe eine öffentliche



Generalagent Julius Witzigmann
erster Vorsitzender des kaufmännischen Vereins
† 2. November 1902
(vgl. S. 77)

Versammlung zu Gunsten der Einführung einer **völligen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe**. In der Begrüßungsansprache teilte der Vorsitzende, Herr Eugen Tropf, mit daß heute in allen größeren Städten Deutschlands ähnliche Versammlungen stattfänden. Hierauf erläuterte Herr **Müßig** in einem Vortrag über „Die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe" eingehend die Ziele und Bestrebungen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes. Es wurden folgende Resolutionen gefaßt. An den Bundesrat: „Die am 1. Juli 1902 in Mannheim im Saale des ‚Badner Hofes' versammelten mehr als 400 selbständigen und angestellten Kaufleute erklären die heutige Regelung der Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe als nicht ausreichend, um den Angehörigen des Handelsgewerbes genügend Zeit zur geistigen und körperlichen Erholung zu verschaffen, und sind überzeugt, daß ein völliges Verbot jeglicher Sonntagsarbeit für das Handelsgewerbe durchführbar ist. Im 10. Jahre der Einführung der Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe richten die versammelten Kaufleute an den Bundesrat das Ersuchen, schleunigst einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Sonntagsruhe vorzulegen und dabei für das Handelsgewerbe die Einführung völliger Sonntagsruhe ohne Ausnahme beantragen zu wollen. Die Versammlung stellt sich dabei auf den Boden der von dem 7. Handlungsgehilfentag aufgestellten Forderung und erblickt in deren Durchführung die einzige Gewähr für die Erreichung geordneter Zustände in Bezug auf die Sonntagsruhe in unserem deutschen Vaterlande." Ferner an das badische Ministerium des Innern: „Die am 1. Juli 1902 in Mannheim im Saale des ‚Badner Hofes' versammelten mehr als 400 selbständigen und angestellten Kaufleute richten aus Anlaß des 10. Jahrestages der Einführung der Sonntagsruhe für das Handelsgewerbe an das Großh. badische Ministerium des Innern das Ersuchen, die kommunalen und Gemeindeverwaltungsbehörden anzuweisen, schleunigst eine erneute Regelung der Sonntagsarbeit für das Handelsgewerbe in die Wege zu leiten und dabei die folgenden Grundsätze aufzustellen: 1. Für den Großhandel ist die Sonntagsarbeit überhaupt zu untersagen; 2. bis zur Einführung völliger Sonntagsruhe auch für den Kleinhandel ist die weitgehendste Einschränkung der Verkaufsstunden an den Sonntagen zu verfügen, wobei der Ladenschluß bis spätestes 12 Uhr mittags festzusetzen ist; 3. die Ausnahmesonntage vor Weihnachten sind nach Möglichkeit einzuschränken. Sonstige Ausnahme-Sonntage sind nicht mehr zugelassen; 4. die Sonntagsarbeit an den drei hohen Festtagen ist zu verbieten."

Eine Frage von besonderer Wichtigkeit, die alle Interessenten lebhaft beschäftigte, war die, ob die reichsgesetzlich zu schaffenden **kaufmännischen Schiedsgerichte** den Amtsgerichten oder den Gewerbegerichten anzugliedern seien. Gegen das erstere wurden nachdrückliche Bedenken erhoben und von vielen Seiten der Anschluß an die Gewerbegerichte empfohlen. In einer diesen Standpunkt vertretenden Petition der badischen Gewerbegerichte an den Reichstag wurde u. a. ausgeführt:

„Die Hauptaufgabe der Gewerbegerichte besteht in der Rechtsprechung über den gewerblichen Arbeitsvertrag, in der Schaffung und Durchbildung einer einheitlichen Rechtsauffassung über die verschiedenartigen Rechtsbeziehungen, die auf dem Boden dieses Rechtsgebildes erwachsen können. Sie liefern damit Unterlagen für die wissenschaftliche Bearbeitung des engen, aber vielgestaltigen und bisher verhältnismäßig wenig ausgebauten Gebietes des gewerblichen Arbeitsvertrags. Das Arbeitsfeld der kaufmännischen Schiedsgerichte bildet der kaufmännische Arbeitsvertrag. Bei der inneren Verwandtschaft zwischen diesen beiden Arten des Arbeitsvertrags decken sich Aufgabe und Bedeutung der Gewerbegerichte und der kauf-

männischen Schiedsgerichte vollkommen. Es wäre deshalb unzweckmäßig und dem Interesse des Kaufmannsstandes zuwiderlaufend, wenn man die Schiedsgerichte für Kaufleute nicht denjenigen bestehenden Gerichten angliedern würde, die zur Rechtsprechung über den Arbeitsvertrag berufen sind und sich bereits reiche Erfahrungen auf diesem Gebiete erworben haben. Der Anschluß der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Gewerbegerichte bedeutet lediglich eine durch innere Gründe gerechtfertigte Kompetenzerweiterung der zur Rechtsprechung auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags bereits vorhandenen Gerichte, die Angliederung der kaufmännischen Schiedsgerichte an die Amtsgerichte würde ohne zwingenden Grund eine Spaltung in der Organisation dieser durch die Einheit ihrer Aufgaben verbundenen Gerichte herbeiführen . . ."

Über die wirtschaftliche Lage äußerte sich der Handelskammerbericht folgendermaßen: Die deutsche Wirtschaft steht am Schlusse eines dritten mageren Jahres. Die Hoffnung, daß der Ausgleich des Mißverhältnisses zwischen Gütererzeugung und Güterverbrauch nicht allzulange mehr auf sich warten lassen möge, ist einstweilen noch nicht in Erfüllung gegangen. Nach wie vor suchen die vermehrten Produktionsmittel zu einem sehr großen Teil ohne Erfolg, nach Beschäftigung und große Kapitalien liegen brach. Wo aber ausnahmsweise der Beschäftigungsgrad weniger unbefriedigend ist, haben sich die Verkaufspreise der Erzeugnisse in fast beängstigendem Maße den Produktionskosten genähert und gestatten eben nur die Aufrechterhaltung des Betriebes. Einige erfreuliche Ausnahmen, die auch in unserem Bezirk sich zeigen, ändern leider an diesem trüben Gesamtbilde nur wenig. Die schon im vorigen Jahre herrschende Geldfülle und der noch etwas zurückgegangene Privatdiskont blieben ohne jeden Einfluß auf die Unternehmungslust, nach wie vor waltet in der Anlage neuer Kapitalien für gewerbliche Unternehmungen die größte Vorsicht und Zurückhaltung ... Während unser engerer Kreis bis dahin von schweren Katastrophen verschont geblieben war, traf der Zusammenbruch der Rheinau-Unternehmungen Ende September wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Es wird langer, sorgsamer Arbeit bedürfen, um bei den betreffenden Unternehmungen, soweit sie den schweren Schlag überstehen, wieder Ordnung und Sicherheit zu schaffen. Bei allem Traurigen, das dieser Zusammenbruch bereits im Gefolge gehabt hat, darf als erfreulich festgestellt werden, daß er die Grundpfeiler der Solidität des Platzes nicht zu erschüttern vermocht hat.

Über den Geschäftsgang der wichtigsten Handelszweige wird dann im einzelnen ausgeführt.

Im Getreidehandel war die Stimmung fast ununterbrochen während des ganzen Jahres ruhig; der Verkehr hielt sich in verhältnismäßig engen Grenzen und auch in den Preisen haben irgend erwähnenswerte Schwankungen nicht stattgefunden. Eine kleine Belebung des Geschäfts, die mit der Verspätung der norddeutschen Ernte im August und September einsetzte, konnte wegen der guten Ernteaussichten in Süddeutschland nicht recht

zur Wirkung kommen. Im allgemeinen hat der Getreidegroßhandel kein erfolgreiches Jahr zu verzeichnen, insbesondere sind ihm auch in diesem Jahre bei dem günstigen Wasserstand im Oberrhein verhältnismäßig große Warenmengen von den Häfen Karlsruhe, Kehl und Straßburg entzogen worden. — Für die Mühlenindustrie war die erste Jahreshälfte wenig günstig; die schlechte wirtschaftliche Lage der Mehrzahl der Brotkonsumenten im Verein mit der großen Kartoffelernte des Jahres 1901 schränkte den Mehlverbrauch erheblich ein. Im zweiten Halbjahr besserte sich zwar der Mehlabsatz der Großmühlen; die Vorräte an heimischem Getreide und Kartoffeln gingen auf die Neige, für die norddeutschen Mühlen gab der Versand hierher infolge der vorjährigen Fehlernte des Weizens keine Rechnung, die deutsche Getreide-Ernte verspätete sich, der Brotverbrauch stieg infolge der hohen Fleischpreise und der schlechten Kartoffelernte des Berichtsjahres. Die hierdurch verstärkte Nachfrage übte aber auf die Verkaufspreise des Mehls nur einen geringen Einfluß aus, sodaß der Mahllohn unbefriedigend blieb. Die Mehlausfuhr ist durch die unglücklichen Bestimmungen des Mühlenregulativs fast unmöglich gemacht. Ähnlich lagen die Verhältnisse in der Roggenmüllerei. — In der Malzindustrie wird über zunehmende Überproduktion geklagt; der Absatz litt unter dem Rückgang des Bierverbrauchs, der abgesehen von dem ungünstigen Sommer durch die allgemein schlechten Erwerbsverhältnisse der Hauptkonsumenten herbeigeführt ist; dazu kam der von der Errichtung neuer Mälzereien und von der österreichischen Übererzeugung ausgehende Druck auf die Verkaufspreise, die keinen Nutzen mehr ließen. — Die Bierbrauereien hatten aus den gleichen Gründen sämtlich einen zum Teil erheblichen Minderabsatz zu verzeichnen; wenn derselbe in ihren Rechnungsabschlüssen nicht mit voller Schärfe zur Wirkung gekommen ist, so ist das ausschließlich den relativ mäßigen Preisen von Hopfen, Gerste und Malz zu danken. — Dem Hopfenhandel war das dauernde Daniederliegen des Erwerbslebens und die damit verbundene Einschränkung des Bierverbrauchs nicht günstig, doch kamen ihm die Ernteverhältnisse wirksam zu Hilfe. Die Vorräte geringerer älterer Ware, die auf dem Markte lasteten, wurden im Juli und August von England, wo eine schlechte Ernte drohte, aufgenommen; die deutsche 1902er Ernte war nach Menge und Beschaffenheit erheblich besser als die vorjährige, während neben England auch Amerika einen großen Ausfall hatte. Diese Länder nahmen rasch große Mengen der neuen Ernte auf, die somit bald und zu steigenden Preisen in den Handel überging. Am Jahresschluß waren die Produzenten ausgekauft und Vorräte nur noch in zweiter Hand. — Im Weingroßhandel spielt der geringe Wein, den der Jahrgang 1901 gebracht hat, keine Rolle; auch in den guten Jahrgängen 1899 und 1900 richtete sich die Nachfrage zum großen Teil auf die gewöhnlicheren Weine. — Für den Großhandel mit inländischem Rohtabak war das Jahr 1902 sehr ungünstig. Denn die Einkaufspreise der in diesem Jahre zum Verkauf gelangten Ernte von 1901 waren wegen des durch die wenig sorgfältige Abhängung verursachten großen Sortierverlustes zu hoch, um damit gegen die billigen fremden Tabake den Wettbewerb erfolgreich aufzunehmen. Dazu kam, daß diese Ernte meist Umblatt-Tabake lieferte, während die Nachfrage wegen des großen Angebots fremder billiger Umblatt-Tabake sich vorwiegend auf Einlagetabake richtete. Auch war die sonst bedeutende Ausfuhr von entripptem Pfälzer Tabak nach England und Algier dies Jahr wegen der schlechten Abhängung unmöglich. Das wenige Schneidgut aus dieser Ernte ging dagegen rasch und zu steigenden Preisen in die Fabrikation über. Die neue Ernte von 1902 ist viel kräftiger ausgefallen, als die beiden vorhergegangenen und hat zu zwei Dritteln Schneid- und Spinntabake geliefert. Vor allem aber litt der Rohtabakhandel unter der ungünstigen Lage der Cigarrenindustrie. Der gleiche Umstand beeinträchtigte naturgemäß auch den Handel mit ausländischen

Rohtabaken. Dazu kam noch, daß die Sumatraernte von 1901, die in diesem Jahr zum Verkauf kam, zu einem verhältnismäßig großen Teile aus unreifen und als Deckblatt wenig geeigneten Tabaken bestand, die wegen der Modevorliebe für die fahlen Farben schwer zu verkaufen waren. Im allgemeinen war das Geschäft äußerst schwierig und schleppend. — Die Cigarrenindustrie hatte noch mehr als im vergangenen Jahre unter der Ungunst der allgemeinen Wirtschaftslage zu leiden; die Abnahme des Verbrauchs hat weitere Fortschritte gemacht, die Lager von unverkäuflicher fertiger Ware haben sich noch mehr vergrößert. Demgegenüber ist die Produktion nur mäßig zurückgegangen. Der Absatz ist überaus schwierig, den steigenden Verkaufsspesen steht die langsame Zahlungsweise der Kundschaft, Ausdehnung des üblichen sechsmonatigen Zieles, Zinsverluste und die große Zahl von Arrangements und Konkursen bei den Händlern gegenüber. Ob und wann eine Besserung eintreten wird, hängt durchaus von der Entwicklung der Wirtschaftslage in Deutschland ab. — Im Holzgeschäft ließ die Nachfrage und die Preisentwicklung mancherlei zu wünschen übrig. — Der Kohlengroßhandel hatte im Berichtsjahr mit außergewöhnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Infolge des Daniederliegens der Industrie war der Absatz in Kohlen und Koks sehr unbefriedigend. Der Winter 1901/2 war außerordentlich mild verlaufen. Der anhaltend günstige Rheinwasserstand im Verein mit dem Überfluß an verfügbarem Kahnraum brachte die Rheinfrachten bis in den Oktober hinein auf einen noch nie beobachteten Tiefstand. Infolge dieser Umstände sammelten sich große Vorräte an, deren Abnahme trotz gemachter Preiszugeständnisse nur teilweise zu erreichen war. Eine kleine Belebung des Geschäfts brachten die kühlen Monate April und Mai, die aber mit dem Eintritt wärmeren Wetters wieder verschwand. Dem Kohlenkleinhandel gereichten die gleichen Umstände zum Nachteil. — Im Eisengroßhandel setzte sich der schon Mitte 1900 begonnene Rückgang auch während des Jahres 1902 weiter fort. Sowohl für die gesamte Eisen- und Stahlindustrie, wie für den Handel mit deren Erzeugnissen war das Berichtsjahr durchaus unbefriedigend. Die kleine Besserung, die sich im ersten Vierteljahr einstellte, hielt nicht lange stand, denn nur zu bald zeigte sich, daß die aus dem Inland zufließenden Bestellungen die Eisen- und Stahlwerke bei weitem nicht ausreichend beschäftigten. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten, die einen großen Umfang erreichte, brachte den großen Werken nur geringen Gewinn, den kleineren und den reinen Walzwerken aber, die fremdes Rohmaterial verarbeiteten, meist Verlust. Immerhin ermöglichte diese Ausfuhr die Aufrechterhaltung des Betriebes und verhinderte größere Arbeiterentlassungen. Aber die Aufnahmefähigkeit des amerikanischen Marktes scheint ihrer Grenze nahe zu sein, und das inländische Geschäft ist bei nachlassendem Bedarf und weiterem Schwinden der Unternehmungslust immer unerquicklicher geworden. Die Aussichten für die nächste Zeit sind somit nichts weniger als gut und werden noch getrübt durch die drohende Gefahr, daß der große Abnehmer Amerika in nicht ferner Zeit wieder als Wettbewerber in die Schranken tritt. — In der Maschinenindustrie wurde großenteils über schwache Nachfrage und gedrückte Preise bei steigender Konkurrenz geklagt. — In der chemischen Großindustrie ist im abgelaufenen Jahre erfreulicherweise weder ein Rückgang in den Produktions- noch in den Absatzverhältnissen eingetreten; in manchen Betriebszweigen machten sich sogar Anzeigen einer leichten Besserung bemerkbar. Dies gilt besonders von Säuren und Soda infolge der günstigeren Geschäftslage in der Textil- und Farbenbranche. — Die Schiffahrt litt während der ersten drei Viertel des Jahres schwer unter dem Druck, den der ungezügelte Wettbewerb und der Überfluß an verfügbarem Schiffsraum auf die Frachten übte. Die im Herbst zustande gekommene Verständigung zwischen den Hauptbeteiligten eröffnet wenigstens die Aussicht auf ein etwas besseres Ergebnis im nächsten Jahre.

Lehrreich für die Beurteilung der Lage der Großindustrie in Deutschland ist eine Rentabilitätsberechnung im 3. Jahrgang von Calwer's „Handel und Wandel in Deutschland", wonach der Durchschnitt der Rentabilität der großen Unternehmungen, gemessen an den Dividenden der Aktiengesellschaften, von 7,98 % im Jahre 1901 auf 6,69 % im Jahre 1902 gefallen ist. Die Abnahme beträgt 1,29 % und ist damit weit geringer als der Rückgang, der dem abnorm günstigen Jahre 1900 folgte. Gegenüber diesem Jahre betrug 1901 der Rückgang nicht weniger als 3,02 %.

Bezüglich der Großhandelspreise sei auf die Jahresdurchschnitts-Angaben im Bericht des statistischen Amtes verwiesen.

Über den Geldmarkt äußert sich der Jahresbericht der Badischen Bank folgendermaßen: Das Jahr 1902 stand nach den Rückschlägen, die seine Vorgänger gebracht hatten, unter dem Zeichen der Sammlung, wenn auch von einer durchgreifenden Besserung noch nicht die Rede sein konnte. Fast während des ganzen Jahres herrschte eine Geldfülle, wie man sie seit langem nicht gekannt. Das Kapital, das in Handel und Industrie keine nutzbringende Beschäftigung finden konnte, wandte sich einerseits den festverzinslichen Anlagepapieren zu, während es andererseits den offenen Markt aufsuchte und die Geldsätze das ganze Jahr hindurch, abgesehen von einigen Herbstwochen, auf einem überaus niedrigen Niveau hielt.

Die Reichsbank ging mit einem Diskontsatz von 4 % in das Berichtsjahr, doch ermäßigte sich derselbe schon am 18. Januar auf $3^1/_2$ %, am 11. Februar auf 3 % und stieg erst am 4. Oktober wieder auf 4 %, um auf dieser Höhe bis zum Jahresschluß zu verbleiben. Im Jahresdurchschnitt stellte er sich auf 3,321 % gegen 4,099 % im Vorjahr.

Der Umsatz der hiesigen Reichsbankhauptstelle betrug insgesamt 4907 Mill. gegen 5036 Mill. Mk. im Jahre zuvor (Abnahme 128582700 Mk.) Übertroffen wird diese Ziffer außer von Berlin nur noch von Breslau, Köln, Frankfurt a. M. und Hamburg; an nächster Stelle nach Mannheim kommt Leipzig.

Im einzelnen betrug	1901 Mk.	1902 Mk.
der Lombardverkehr	45993200	47194600
„ Gesamtwechselverkehr	607115200	502547500
„ Giroverkehr	4382589000	4357367500
„ Effektenverkehr	6800	11900
	5035704200	4907121500

Die Badische Bank erzielte einen Reingewinn von 455647 Mk. und verteilte wie im Vorjahr 5 % Dividende. Der Durchschnitt des täglichen Notenumlaufs betrug 16029200 Mk. Im Dezember gelangten 250000 Stück Noten à 100 Mk. neu zur Ausgabe. — Die Rheinische Creditbank, deren Gesamtumsatz um 380103 Mill. Mk. gegen das Vorjahr zurückblieb, verteilte aus

dem Reingewinn von 4035661 Mk. 6½ (7) % Dividende. — Die Rheinische Hypothekenbank konnte bei einem Reingewinn von 2678894 Mk. wiederum 9 % Dividende gewähren. Die zunehmende Geldflüssigkeit brachte eine nicht unwesentliche Verschiebung der Bedingungen mit sich, unter denen die Bank arbeitete. Ihr Darlehensbestand erhöhte sich um 563 Hypotheken im Betrag von 28,9 Mill. Mk. auf 354925351 Mk. — Die Oberrheinische Bank erlitt durch ihre finanzielle Beteiligung an den Rheinau-Unternehmungen erhebliche Verluste, infolgedessen der Kurswert ihrer Aktien sank und für 1902 keine Dividende verteilt werden konnte. — Die Pfälzische Bank zahlte 4 % Dividende (gegen 5½ und 8 % in den Vorjahren), die Süddeutsche Bank wie im vorhergehenden Jahre 4 %. — Die hiesige Filiale der Dresdener Bank berichtet von einer zunehmenden Entwicklung ihres Kundenkreises, die trotz der ungünstigen allgemeinen Lage erhöhte Gewinnziffern ermöglichte. —

Auch wegen der Kleinhandelspreise müssen wir auf die Tabelle des statistischen Jahresberichts verweisen.

Die Bäckerinnung erhöhte am 1. Februar den Brotpreis um 1 Pfg. pro Kilogramm. Es kostete Brot 1. Sorte 2 Kilo 54 Pfg., Brot 2. Sorte 2 Kilo 48 Pfg. — In No. 10 der Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim unterwarf das Statistische Amt die Frage, welchen Einfluß die Aufhebung des Oktrois auf die Brotpreise gehabt habe, ob infolgedessen eine Preisermäßigung nachweisbar sei und wie lange, einer genaueren Prüfung.

Das Ergebnis war, daß sowohl auf Grund der Vergleichung des Brotpreises mit dem Mehlgroßhandelspreis, als auch nach Maßgabe der Bewegung der Brotpreise in Mannheim und den benachbarten größeren badischen Städten mit aller Bestimmtheit behauptet werden konnte, daß die Wirkung der Aufhebung des Oktrois für Mehl und Brot auf die Brotpreise schon im letzten Drittel des Jahres 1898 nicht mehr zu spüren war. Bezüglich des Jahres 1899 wurde darauf hingewiesen, daß damals die Bäckerinnung eine Ermäßigung der Brotpreise nur eintreten ließ, um die Konkurrenz der Brotfabrik zu bekämpfen. Am Schluß der Beobachtungsperiode, im Dezember 1901, hatte der Mehlgroßhandelspreis fast genau denselben Anteil an den Kosten des Fertigfabrikats, wie im Dezember 1897 (vor Aufhebung des Oktrois) — nur mit dem Unterschied, daß damals für den Bäcker noch 1.40 Mk. Oktroi zu dem Preis des Mehls hinzutraten, den er heute erspart. Damit ist aber (bemerkt das Statistische Amt) noch nicht gesagt, daß diese Differenz lediglich den Produzenten zugute gekommen wäre, denn die übrigen Fabrikationskosten, also insbesondere Löhne, Anschlag der eigenen Arbeitsleistung, Miete bezw. Nutzungswert der Produktions- und Verkaufsstätte, Abschreibung auf Materialien, Steuern und Umlagen, Kosten der Zutaten ꝛc. sind nicht konstant geblieben, haben sich vielmehr höchstwahrscheinlich nach oben verschoben. In welchem Grade dies freilich geschehen ist, wird kaum mit Sicherheit zu ermitteln sein, es ist dies auch für unsere Zwecke unerheblich, da die Brotpreise ja nicht allmählich, den wachsenden Fabrikationskosten parallel, sondern (in der näher dargestellten Weise) ganz unregelmäßig sich entwickelt haben. Auch zeigen die Preise von Karlsruhe und Heidelberg, welche gleichfalls mit erhöhten

Fabrikationspreisen zu rechnen hatten, daß die Steigerung der letzterem nicht in dem Maße erfolgt ist, wie es zur Ausgleichung des Oktrois notwendig gewesen wäre. Immerhin mag ein Teil des Oktrois sich wohl in Arbeitslohn, Kapitalzins oder Grundrente verwandelt haben. Zusammenfassend wird man wohl sagen dürfen, daß die Aufhebung des Oktrois einen nachhaltigen Einfluß im Sinne einer Verbilligung der Brotpreise nicht gehabt hat. Die Erschütterungen auf dem Getreidemarkt im ersten Halbjahr 1898 haben viel dazu beigetragen, daß die Bedeutung der Maßnahme für den Konsumenten schon nach dreiviertel Jahren verloren gegangen war. Traten späterhin Wendungen zugunsten des Konsumenten ein, so stehen sie offensichtlich mit bestimmten Vorgängen, wie Steigerung der Mehlpreise und namentlich Konkurrenzmaßnahmen im Zusammenhang, während ein Einfluß der Oktroi-Aufhebung nicht mehr nachweisbar und auch unwahrscheinlich ist. Höchstens könnte von einem indirekten Einfluß derselben insofern gesprochen werden, als sie die Broteinfuhr aus der Umgebung erleichtert und damit wenigstens die Möglichkeit einer billigeren Besorgung als bis dahin geschaffen hat.

Am 1. September 1902 ließ die hiesige Fleischerinnung folgende Fleischpreise für den Detailhandel in Kraft treten:

Ochsenfleisch	das Pfund	—.75 Mk.
Roastbeef und Lenden mit Beilage	" "	—.80 "
Rindfleisch	" "	—.70 "
Kuhfleisch	" "	—.60 "
Kalbfleisch	" "	—.80 "
Schnitzel und Fricandeau	" "	1.60 "
Schweinefleisch frisch und gesalzen mit Beilage	" "	—.90 "
" " " ohne "	" "	1.— "
Schweine-Kotelette ohne Beilage	" "	1.— "
Schweinelenden	" "	1.20 "
Dürrfleisch	" "	1.— "
Schinken im Ausschnitt	" "	2.40 "
Gewöhnliche Leber- und Griebenwurst	" "	—.50 "

Die Teuerung, die hiernach für Schweinefleisch in Kraft trat — in Mannheim wie an anderen Orten — führte zu lebhaften Erörterungen und Vorschlägen zur Abstellung der Fleischnot. In seiner Sitzung vom 12. September nahm der Stadtrat auf Antrag eines Mitgliedes Stellung zu dieser Frage, und beschloß, sich einem gemeinsamen Vorgehen der badischen Städte anzuschließen. Gemäß Beschluß der Oberbürgermeisterkonferenz vom 16. September begab sich eine Abordnung, bestehend aus Oberbürgermeister Schnetzler-Karlsruhe und Bürgermeister Martin-Mannheim, zum Minister des Innern, der sich in einem für die Bestrebungen der Städte günstigen Sinne aussprach und bemerkte, daß die Regierung selbst bereits umfassendes statistisches Material aus dem ganzen Lande gesammelt habe und sich z. Zt. mit der Erwägung befasse, ob ein gemeinsamer Schritt der süddeutschen Staaten, gerichtet auf Milderung oder auf teilweise Aufhebung der derzeitigen Grenzsperrmaßregeln, bei der Reichsregierung unternommen werden sollte.

Bereits am 14. September beschäftigte sich eine vom sozialdemokratischen Verein einberufene Volksversammlung im Saalbau mit der Fleischteuerung und den einschlägigen Verhältnissen. Der Abgeordnete Stadtrat Dreesbach gab in seinem Referat folgende statistische Übersicht über die Preisentwicklung pro 1 kg Schweinefleisch 1899—1902:

Quartal	Marktpreis pro 1 kg Schlachtgewicht	Ladenpreis pro 1 kg	Marktpreis % des Ladenpreises
1899			
1. Quartal	1.04	1.50	69,3
2. "	1.07	1.45	73,8
3. "	1.11	1.43	77,6
4. "	1.08	1.40	77,1
1900			
1. Quartal	1.04	1.40	74,3
2. "	0.97	1.40	69,3
3. "	1.09	1.40	77,9
4. "	1.13	1.40	80,7
1901			
1. Quartal	1.12	1.50	74,7
2. "	1.15	1.50	76,7
3. "	1.30	1.50	86,7
4. "	1.33	1.57	84,7
1902			
1. Quartal	1.32	1.57	84,1
2. "	1.29	1.55	83,2
Juli	1.25	1.55	80,6
August	1.37	1.55	88,4

Die genannte Versammlung faßte folgende Resolution: Sie erblicke in der anormalen Steigerung der Preise des Fleisches, insbesondere des Schweinefleisches, eine drohende Gefahr für die Ernährung des Volkes, und halte die Versorgung des Volkes mit genügenden und preiswerten Lebensmitteln für die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung. „Die Erfüllung derselben ist aber nur möglich durch die Zulassung der Einfuhr von Schlachtvieh aus dem Ausland, weil die inländische Viehproduktion den Fleischbedarf unseres Volkes nicht decken kann. Die von Interessenten an der Teuerung und von der Regierung vorgeschützten veterinär-polizeilichen Bedenken gegen die Aufhebung der Sperre kann die Versammlung als nicht stichhaltig anerkennen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die sogenannten veterinär-polizeilichen Bedenken nur dazu dienen, die Liebesgabenpolitik der Regierung zu Gunsten der Agrarier zu verschleiern. Die Grenzsperre ist eine schwere soziale Ungerechtigkeit gegenüber den Konsumenten, vor allem gegenüber der Arbeiterklasse. Die Versammlung verlangt deshalb von der Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Grenzsperre. Sie fordert von der Staatsregierung und den Gemeindebehörden, daß sie unverzüglich in diesem Sinne bei der Reichsregierung wirken. Sie erwartet ferner von der Großh. Regierung, daß sie zur Linderung des Notstandes die in Baden bestehenden Fleischaccise schleunigst aufhebt. Gleichzeitig protestiert die Versammlung gegen alle Zölle auf Lebensmittel".

In einer Eingabe an das Ministerium des Innern vom 19. September beantragte die hiesige Handelskammer, bei der Reichsregierung darauf hinzuwirken, daß die Sperrung der Grenze gegen die Einfuhr von Schweinen — unbeschadet des Festhaltens an allen denjenigen Kontrollmaßregeln, die zur Abwendung der Seuchengefahr notwendig sind — aufgehoben

werde. Der hohe Preis der Fleischnahrung, insbesondere des Schweinefleisches, habe seine Gründe nur in der der Nachfrage nicht genügenden Versorgung des Marktes, und es lasse sich nicht in Abrede stellen, daß diese unzureichende Versorgung im wesentlichen eine Folge der bestehenden Grenzsperre sei. Wohl sei die Einfuhr von Rindvieh aus Österreich-Ungarn in die Schlachthöfe der größeren badischen Städte zum Zweck sofortiger Schlachtung zugelassen, und von dieser Erlaubnis werde auch hier einiger Gebrauch gemacht, jedoch könne diese Einfuhr den großen Mangel an Schweinefleisch nicht ersetzen, weil die Rindfleischpreise für die große Masse der Konsumenten zu hoch seien. Diese bleiben vielmehr auf die wohlfeilste Fleischnahrung angewiesen oder müssen, wenn diese Quelle versagt, auf Fleischnahrung mehr oder weniger verzichten.

Da die Preise für Schweinefleisch in den nächsten Monaten allmählich wieder auf ein normales Maß zurückkehrten, verschwand diese Fleischnot wieder, ohne daß offizielle Maßnahmen erfolgt waren. Anfangs Dezember veröffentlichte das Ministerium des Innern seine statistischen Erhebungen mit dem Resultat, daß hiernach für die Regierung kein Anlaß zu weiteren Maßnahmen vorliege.

Da die Kohlenpreise im Anfang des Sommers heruntergingen, wurden durch Stadtratsbeschluß vom 11. Juli die Kokspreise des städtischen Gaswerks um 20 Pfg. pro 100 kg ermäßigt. Sie betrugen (die früheren sind aus der Chronik 1901 S. 190 ersichtlich) mit Wirkung vom 1. August (zu Anfang 1902 noch 20 Pfg. höher):

	Preis für 100 kg ab Fabrik	Preis für 100 kg frei ans Haus
Füllofenkoks bei weniger als 10 Zentner	2.— Mk.	2.30 Mk.
„ bei 10 Zentner und mehr	1.90 „	2.10 „
Grober Koks bei weniger als 10 Zentner	1.80 „	2.10 „
„ „ bei 10 Zentner und mehr	1.70 „	1.90 „

Der von der hiesigen Arbeiterschaft vor Jahresfrist gegründete Konsumverein Mannheim (eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung) zählte am 1. Juli 1901 688 Mitglieder; bis zum 1. Juli 1902 traten neu hinzu 931 Mitglieder, ihre Gesamtsumme betrug nach Abrechnung eines Abgangs von 77 Mitgliedern: 1542. Die Geschäftsanteile der Mitglieder vermehrten sich von 9729 auf 18618 Mk., während die Zahl derselben 1633 betrug. Die Haftsumme der Mitglieder stieg von 20850 auf 48990 Mk. Die Bilanz des zweiten Geschäftsjahres 1901/02 wies nach Deckung des aus den Gründungskosten herrührenden vorjährigen Defizits einen Reingewinn von 3506 Mk. auf, den die Generalversammlung zur Stärkung der Betriebsmittel auf neue Rechnung vorzutragen beschloß. Der geringe Durchschnittsumsatz von 122,35 Mk. pro Mitglied ist ebenfalls eine Illustration zum Kapitel der trüben wirtschaftlichen Lage; doch ist dies Ergebnis allerdings auch durch Konkurrenz beeinflußt worden.

Eine im Berichtsjahr gegründete „Allgemeine Produktiv- und Handelsgesellschaft", die als ihren Zweck bezeichnete: Herstellung, Erwerb und Verkauf sämtlicher

Bedarfsartikel, um die Mitglieder mit guter Ware zu möglichst billigen Preisen zu versorgen, geriet nach kurzer Zeit in Konkurs. Auch das Gericht hatte sich mit dieser Gründung zu befassen, die es im ganzen auf 34 Genossenschafter mit Anteilen von je 10 Mk. brachte.

Anhangsweise sei hier erwähnt, daß die vereinigten Buchdruckerfirmen sich im Januar 1902 dem erhöhten Preistarif des deutschen Buchdruckgewerbes anschlossen, und zwar wurde in dem betreffenden Zirkular gesagt: die Beratungen zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft der deutschen Buchdrucker seien zu einem insofern erfreulichen Abschluß gelangt, als auf fünf Jahre, vom 1. Januar 1902 an gerechnet, wiederum feste und gesicherte Arbeitsbedingungen für das Buchdruckgewerbe im ganzen deutschen Reiche geschaffen wurden. Dies sei erreicht worden durch eine Lohnerhöhung, die, einschließlich des schon vor Jahresfrist eingetretenen erheblichen Preisaufschlags für Materialien, die Herstellungskosten der Buchdruckarbeiten um mindestens 10 % steigert. Die Papierpreise werden von dieser Steigerung nicht berührt, sondern richten sich nach der jeweiligen Marktlage.

3. Gewerbe und Handwerk.

Die Gewerbeausstellung wurde bereits auf S. 133 besprochen. Dem Gewerbeverein und Handwerkerverband erwuchsen daraus mannigfache Arbeiten, aber auch ehrende Erfolge. Durch das Preisgericht unter Leitung des Geh. Oberregierungsrats Braun aus Karlsruhe wurden 39 Diplome zur goldenen, 52 zur silbernen, 51 zur bronzenen Medaille, sowie 27 Anerkennungs-Diplome verteilt. Die Mitgliederzahl des Vereins ist auf 456 gestiegen, wovon 368 Handwerker sind, außerdem gehören ihm 15 hiesige Innungen und Vereinigungen an, sodaß die Gesamtzahl der zum Verein zählenden Personen ca. 1200 beträgt.

An der Ausstellung von Lehrlingsarbeiten beteiligten sich 146 Lehrlinge. Es wurden dabei an 20 Aussteller erste Preise, an 25 zweite und an 12 dritte Preise verteilt, sowie eine größere Anzahl Diplome erster und zweiter Klasse verliehen. Bei der Landesausstellung von Lehrlingsarbeiten in Offenburg erhielten von hiesigen Ausstellern 107 Preise und 37 Anerkennungsdiplome. Für fleißige und würdige Gewerbeschüler stiftete der Verein wie alljährlich Preise im Gesamtbetrage von 60 Mk. Im Vereinslokal liegt eine reichhaltige Auswahl von Zeitschriften auf.

Für den Winter 1902/3 wurde die Abhaltung von geeigneten Vorträgen, sowie die Veranstaltung von Übungskursen für Meister in der Buch- und Rechnungsführung, sowie im Kostenberechnen ins Programm aufgenommen. Der Sekretär der Handwerkskammer erklärte sich bereit, an bestimmten Abenden die allgemeinen Grundsätze des Wechselrechts und die wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung, der Arbeiterversicherungsgesetze und des Genossenschaftsrechts zu erläutern. So sprach Handwerkskammersekretär Haußer u. a. am 24. November über das zeitgemäße Thema „Meistertitel und Meisterprüfung".



Sattlermeister Adam Aulbach
Vorsitzender der Handwerkskammer
† 22. Februar 1902
(vgl. S. 70)

Wie die vom genannten Verein ins Leben gerufene Mannheimer Gewerbebank e. G. m. b. H. im Jahresbericht für 1902 betonte, hat sich die Geschäftslage trotz der ungünstigen Verhältnisse recht befriedigend entwickelt. Der Umsatz ist um 665418 Mk. gestiegen. Die Depositen-, Check- und Sparkassengelder haben sich um ca. 100000 Mk. vermehrt. Die Geschäftsanteile sind im Laufe des Jahres von 80770 Mk. auf 116200 Mk. in die Höhe gegangen. Die Haftsumme beträgt 167000 Mk. Die Mitgliederzahl ist von 181 auf 260 gestiegen. Aus dem Reingewinn von 7301 Mk. wurden 1670 Mk. zu Abschreibungen verwendet, 1334 Mk. dem Reservefond zugewiesen und 4 % Dividende verteilt.

Von der Tätigkeit der Handwerkskammer für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach gibt der Geschäftsbericht für die Jahre 1901 und 1902, ein stattlicher Band von 192 Druckseiten, ein anschauliches Bild. Der Bericht sagt einleitend:

Mit der Handwerkernovelle vom 26. Juli 1897, kurzweg und nicht mit Unrecht das neue Handwerkergesetz genannt, ist ein lang gehegter Wunsch des deutschen Handwerkerstandes, ganz besonders auch unseres Kammerbezirks in Erfüllung gegangen. Die Frage der Organisation des Handwerks beschäftigte seit einer Reihe von Jahren weitere Kreise, namentlich wurde von den gewerblichen Vereinigungen die Schaffung einer zeitgemäßen Interessenvertretung des Gewerbes in der Form von Gewerbe- oder Handwerkskammern als ein unabweisbares Bedürfnis empfunden. Der Verband der Gewerbevereine des Pfalzgauverbandes ist in den beiden letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts unter der Führung des leider zu früh dahingeschiedenen Vorsitzenden der Handwerkskammer Mannheim, des Sattlermeisters Adam Aulbach, wiederholt wegen Errichtung obligatorischer Gewerbekammern bei den gesetzgebenden Faktoren vorstellig geworden und hat auch erreicht, daß im Jahre 1892 ein diesbezüglicher Gesetzesentwurf ausgearbeitet wurde. Bei der Beratung desselben in der zweiten badischen Kammer wurde jedoch in Paragraph 1 eine Bestimmung aufgenommen, die verhinderte, daß das Gesetz praktische Bedeutung erlangte, indem die Errichtung von Gewerbekammern von der Zustimmung der wahlberechtigten Gewerbetreibenden abhängig gemacht wurde. Während dieser Zeit nahm die Bewegung zu Gunsten der Einführung einer gesetzlichen Vertretung des Handwerks in fast allen deutschen Bundesstaaten stetig zu, auf allen Tagungen der Handwerker-Korporationen spielte diese Frage eine hervorragende Rolle. Infolge dieser Bemühungen wurden im preußischen Gewerbeministerium mehrere Gesetzentwürfe ausgearbeitet, die aber in den beteiligten Kreisen wenig befriedigten und von denen der Entwurf des damaligen Ministers für Handel und Gewerbe, von Berlepsch, der im Jahre 1893 erschien, mehrfachem Widerspruch begegnete. Auch die Zustimmung des Bundesrates hat dieser Entwurf nicht gefunden, da namentlich die süddeutschen Staaten erhebliche Bedenken äußerten, weshalb er einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen und in dieser veränderten Form Mitte März 1897 dem Reichstag vorgelegt wurde. Diese Vorlage wurde durchberaten und auf Grund eines Kompromisses der Reichstagsmehrheit angenommen. Durch kaiserliche Verordnung vom 12. März 1900 wurden die Bestimmungen über die Handwerkskammern auf 1. April 1900 in Wirksamkeit gesetzt. Die Handwerkskammer Mannheim umfaßt die badischen Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach. Nachdem in Ausführung der Verordnung Großh. Ministeriums des Innern vom 9. April 1900 die Wahlen zur Handwerkskammer erledigt waren, fand am 30. Januar 1901

die konstituierende Versammlung der Handwerkskammer im Hause des Gewerbevereins- und Handwerkerverbandes statt. In der vierten Vollversammlung vom 18. März 1902 wurde Installateur Joseph Leonhard in Mannheim für den verstorbenen Sattlermeister Adam Aulbach (vgl. S. 70) zum Vorsitzenden der Kammer gewählt. Von den Kosten der Handwerkskammer für das Rechnungsjahr April 1902—1903 entfielen auf die Beteiligten in der Stadt Mannheim 3285 Mk. Dabei waren folgende Zahlen der hiesigen Handwerks- und Kleingewerbebetriebe maßgebend: mit einer oder keiner Hilfskraft: 1301, mit 1—2 Hilfskräften: 732, mit 7—10 Hilfskräften: 98, mit über 10 Hilfskräften: 158.

Die von der Vollversammlung der Handwerkskammer am 18. März 1902 erlassenen Vorschriften zur Regelung des Lehrlingswesens im Kammerbezirk wurden durch Ministerialerlaß vom 30. März 1902 gemäß § 103 g der Gewerbeordnung zum Vollzug genehmigt. Sie handeln von der Befugnis zum Halten und zur Anleitung von Lehrlingen, von der Dauer der Lehrzeit (mindestens 3, höchstens 4 Jahre), den Pflichten des Lehrherrn und des Lehrlings.

Lehrlinge dürfen nur noch auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrags angenommen werden, der in drei Exemplaren auszufertigen ist, wovon eines der Handwerkskammer zugestellt werden muß. Die einer Innung angehörenden Handwerker haben die Anmeldung der Lehrlinge nicht bei dem Vorstand der Handwerkskammer, sondern bei dem der Innung zu vollziehen, der seinerseits zweimal im Jahre (am 1. Januar und 1. Juli) zur Anmeldung der Lehrlinge bei der Handwerkskammer verpflichtet ist.

Anschließend daran erließ die Kammer im gleichen Jahre eine Gesellenprüfungsordnung (auf Grund des § 131 der Gewerbeordnung). Vor Prüfungsausschüssen seines Gewerbes (bestehend aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, zwei Meisterbeisitzern und zwei Gesellenvertretern) hat der Lehrling seine praktischen (Gesellenstück, Arbeitsprobe) und theoretischen Kenntnisse zu bekunden. Es wurden Prüfungsausschüsse gebildet teils für den Kammerbezirk, teils für die einzelnen Kreise, für mehrere Amtsbezirke zusammen, oder für jeden einzelnen Amtsbezirk. So wurde z. B. für die wenigen Lehrlinge der Bildhauer, Färber, Gold- und Silberarbeiter, Hutmacher, Kürschner und Säckler, Seifensieder, Weber und Seiler, sowie der Kupferschmiede jeweils nur ein Prüfungsausschuß für den ganzen Kammerbezirk gebildet und zwar mit dem Sitz in Mannheim, für Bierbrauer mit dem Sitz in Sinsheim, für Bürstenmacher, Optiker, Feinmechaniker, Messerschmiede, Pflästerer, Büchsenmacher, Uhrmacher und Korbmacher mit dem Sitz in Heidelberg, für Kammacher, Drechsler und Nagelschmiede mit dem Sitz in Eberbach, für Hafner und Müller mit dem Sitz in Mosbach, für Gerber in Adelsheim. Für die Lehrlinge des Konditorei-, Friseur-, Buchbinder-, Buchdrucker-, Zimmerer-, Spengler-, Schneider- und Schuhmacher-Gewerbes wurde je ein solcher für die drei Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach errichtet. Außer den vorgenannten bestehen in Mannheim Prüfungsausschüsse für folgende Gewerbe: Huf- und Wagenschmiede, Maler, Tüncher und Lackierer, Maurer, Schlosser und Mechaniker, Metzger, Schreiner ꝛc. Die Prüfungen finden jährlich zweimal statt. Die Anmeldungen haben unter Benützung der vorgeschriebenen Formulare bei den Vorsitzenden der Gesellenprüfungs-Ausschüsse zu erfolgen. Da von der Ablegung der Gesellenprüfung für die Zukunft der Lehrlinge und der angehenden Gesellen sehr viel abhängt, z. B. die Wahlberechtigung zum Gesellenausschuß, die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen, sowie das Recht zur Führung des Meister-

titels und voraussichtlich auch noch die Übernahme der Arbeiten von Staats- und Gemeindebehörden, so erwächst daraus den Eltern und Lehrmeistern die ernste Pflicht, ihre Söhne bezw. Lehrlinge zur Teilnahme an der Gesellenprüfung anzuhalten.

Über das Lehrlingswesen im allgemeinen äußert sich der genannte Bericht: Im Lehrlingswesen ist durch die neue Gesetzgebung eine merkliche Besserung insofern eingetreten, als auf die Ausbildung mehr Sorgfalt verwendet wird, wie bisher. Viele gewerbliche Vereine in kleinen und entlegenen Orten schreiben den tatsächlich vorhandenen Mangel an Lehrlingen dem Fehlen einer gewerblichen Fortbildungsschule zu und würden es sehr begrüßen, wenn überall, wo ein Bedürfnis nach einer solchen Schule vorhanden ist, die obligatorische Einführung erfolgen würde. Im allgemeinen wird über Lehrlingsmangel geklagt, da sich bei den heutigen gewerblichen Verhältnissen intelligente Knaben und Söhne wohlhabender Eltern dem Kaufmannsstande und der Beamtenlaufbahn zuwenden, während sich das Handwerk mit den minder begabten und ärmeren jungen Leuten begnügen muß. Auch diese ziehen es häufig vor, in die Fabriken zu gehen, wo sie sofort Bezahlung erhalten und ihre Eltern damit unterstützen können. Nur wenige Gewerbe machen eine Ausnahme. Mechaniker und Schlosser können jederzeit Lehrlinge bekommen, doch weniger aus Neigung zum Handwerk, sondern der Aussicht wegen, später im staatlichen Dienst, z. B. bei der Eisenbahnverwaltung, sichere Anstellung zu erhalten. Lehrlingszüchterei ist nur vereinzelt und nur in wenigen Gewerben festgestellt worden.

Zu besonderer Bedeutung für das Handwerk wird nunmehr wieder wie in früheren Zeiten der Meistertitel gelangen, denn auf Grund der Gewerbeordnung darf den Meistertitel in Verbindung mit der Bezeichnung seines Handwerks nur führen, wer die Befugnis zum Halten von Lehrlingen hat und außerdem die Meisterprüfung bestanden hat. Im Handwerksbetrieb steht die Befugnis zum Halten von Lehrlingen nur denjenigen Personen zu, die das 24. Lebensjahr vollendet und entweder eine dreijährige Lehrzeit zurückgelegt und die Gesellenprüfung bestanden haben — oder 5 Jahre lang persönlich ein Handwerk selbständig ausgeübt haben oder als Werkmeister tätig waren. Wer vor dem 1. Oktober 1901 sein Geschäft selbständig betrieben, das 24. Lebensjahr überschritten hat und eine mindestens zweijährige Lehrzeit nachweisen kann, ist berechtigt, den Meistertitel zu führen, ohne daß er sich einer Meisterprüfung unterzieht (Übergangsbestimmung). Die widerrechtliche Führung des Meistertitels ist strafbar: Geldstrafe bis 180 Mk. bezw. vier Wochen Haft.

Zur Abnahme der Meisterprüfung werden in den einzelnen Kammerbezirken Prüfungsausschüsse gebildet; die Prüfung zerfällt in einen theoretischen und einen praktischen Teil, dieser besteht in der Anfertigung eines Meisterstücks nebst den dazu erforderlichen Zeichnungen und der Kostenberechnung; die Prüfungskommission bestimmt unter Berücksichtigung des besonderen Ausbildungsgangs des Prüflings die Art des einzelnen Meisterstücks, dessen Herstellung keinen besonderen Zeit- und Kostenaufwand verursachen und das jedenfalls praktisch verwendbar sein soll. Der Prüfling hat schriftlich die Versicherung abzugeben, daß er das Meisterstück, die Zeichnungen und die Kostenberechnung selbständig und ohne fremde Hilfe angefertigt hat.

Die Meisterprüfungsordnung für den hiesigen Kammerbezirk wurde in der Vollversammlung vom 13. Oktober 1902 beraten und mit einigen Änderungen genehmigt. Da die Anforderungen, die nach der Meisterprüfungs-Ordnung an die Prüflinge gestellt werden, nicht unbedeutend sind, so finden allerorts Vorbereitungskurse statt, die den Kandidaten Gelegenheit bieten, sich in der Buchführung und im Kostenberechnen auszubilden, sowie die notwendigsten Kenntnisse des Wechsel- und Genossenschaftsunterrichts zu erwerben und außerdem die wichtigsten Bestimmungen der Gewerbeordnung und der Arbeiterversicherung kennen zu lernen. So fand hier u. a. auf Veranlassung des hiesigen Metzgergehilfenvereins und mit namhafter Unterstützung der Fleischerinnung ein solcher Kursus statt, an dem sich 43 Metzgergehilfen beteiligten. Die Handwerkskammer empfahl die Abhaltung solcher Kurse dringend und erklärte sich zu materieller Unterstützung bereit (vgl. auch oben).

In ihrer Vollversammlung vom 30. Juli 1902 erklärte sich die Kammer für die Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe auf Grund des vom Reichsamt des Innern ausgearbeiteten, vom Großh. Ministerium des Innern übersandten Fragebogens. Anerkannt wurde das Bedürfnis der Einführung des Befähigungsnachweises für Maurer und Zimmerleute, sowie in beschränktem Umfange für Steinmetze, Dachdecker, Bauklempner, Brunnenmacher, Schornsteinfeger, Bauschlosser, Maler, Anstreicher, Gipser und Stukkateure und sonstige Handwerker im Baubetriebe.

Über die wirtschaftliche Lage des Handwerks und des Kleingewerbes äußert sich der Handwerkskammerbericht auf Grund versandter Fragebogen u. a. folgendermaßen:

Fast ausnahmslos wird die Geschäftslage als eine ungünstige bezeichnet, und es darf als zweifellos feststehend betrachtet werden, daß dieselbe nur wenig erfreuliche Lichtpunkte zeigt. Durch die schweren Krisen in Handel und Industrie wurde auch das Handwerk in Mitleidenschaft gezogen. Es ist aber nicht zu verkennen, daß die Notlage mancher Handwerkszweige weniger auf die gegenwärtige, hoffentlich bald wieder überwundene Krisis, als auf die wirtschaftliche Entwickelung im allgemeinen zurückzuführen ist. In vielen Handwerken wird darüber geklagt, daß die Preise der Rohstoffe und Halbfabrikate, ferner auch die Arbeitslöhne beständig gestiegen sind, während der Preis der gefertigten Waren und gelieferten Arbeiten dazu in großem Mißverhältnis steht. Als ein großer Mißstand wird auch das in einzelnen Bezirken und namentlich in einzelnen Gewerben übliche Borgsystem bezeichnet. Viele Handwerker, besonders die ländlichen, fühlen sich durch die Konkurrenz der Hausierer und der sogenannten Pfuscher beschwert, diejenigen in den Städten durch die Abzahlungsgeschäfte und Warenhäuser.

Im Submissionswesen wird ständig geklagt, daß trotz aller Belehrung der Interessenten und trotz der dringenden Mahnungen der Freunde des Handwerks die ganz unverständlichen Unterbietungen nicht verschwinden, daß die Vergebung der Arbeiten an den Mindestfordernden immer noch bei sehr vielen Verwaltungen in der Übung ist, und daß der Zuschlag häufig selbst dann erfolgt, wenn bei dem eingereichten Angebot die Ausführung einer soliden Arbeit nicht erwartet werden kann.

Als Beispiel aus der städtischen Verwaltung sei angeführt, daß für die vom Hochbauamt ausgeschriebenen Tüncherarbeiten in den Schulhauserweiterungsbauten Käferthal und

Waldhof so niedrige Angebote eingereicht wurden, daß dafür nach Ansicht des Hochbauamts auch nicht eine annähernd brauchbare Arbeit erwartet werden konnte. Daher erfolgte, wie in der Stadtratssitzung vom 31. Oktober 1902 festgestellt wurde, der Zuschlag der Arbeit nicht an den Mindestfordernden, sondern erst an den Dritt- bezw. Viertnächsten.

Nachdem die städtischen Kollegien das probeweise eingeführte Mittelpreisverfahren aufgegeben hatten (vgl. Chronik 1901, S. 193), und neue Submissionsvorschriften eingeführt worden waren, wurde darauf gesehen, daß in jedem einzelnen Falle die besonderen Verhältnisse der Arbeitsvergebung genaue Prüfung und Berücksichtigung fanden.

Im Jahre 1902 wurden auf Grund der neuen Bestimmungen über Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen nur in 35 Fällen mit zusammen 81 Losen Arbeiten innerhalb der Kostengrenze vergeben, die früher für die Anwendung des Mittelpreisverfahrens bestimmend war. Von diesen 81 Losen wurden 41 dem Mindestfordernden zugeschlagen, bei den übrigen 40 Loosen erfolgte der Zuschlag an höhere Angebote, teils weil der Mindestfordernde entweder nicht geeignet, oder nicht hier ansässig war, teils, um bei den Vergebungen unter den hiesigen Handwerksmeistern tunlichst abzuwechseln. Die Vergebungssumme für obige 81 Lose bezifferte sich auf 140397 Mk.

Gewerbliche Neuorganisationen des Berichtsjahres waren im Januar die „freie Innung für das Buchbinderhandwerk“ und im September die freie Wirte-Innung. Die letztere verband mit ihrem Bureau (S 3. 1) eine Vermittlungsstelle für Angestellte des Gast- und Schankwirtschaftsgewerbes. Folgende Korporationen gehörten 1902 dem Gewerbeverein und Handwerkerverband an: die Bäcker-Innung mit 167 Mitgliedern, Fleischer-Innung 165, Glaser-Innung 31, Buchbinder-Innung 16, freie Vereinigung selbständiger Konditoren 18, freie Vereinigung selbständiger Spengler und Installateure 74, freie Vereinigung selbständiger Barbiere und Friseure 92, Schneidermeistervereinigung 40, Schuhmachermeistervereinigung 45, Schreinermeistervereinigung 50, Schieferdeckermeistervereinigung 11, Tapezierermeistervereinigung 35, Schmiede- und Wagnermeistervereinigung 30, der Verein selbständiger Schlossermeister 50 und die Zimmermeistervereinigung mit 19 Mitgliedern.

Der Geschäftsbericht der Handwerkskammer klagt, daß trotz mannigfacher Anregung und trotz aufklärender Vorträge, die in verschiedenen gewerblichen Vereinigungen gehalten wurden, das Genossenschaftswesen bis jetzt im Kammerbezirk nur geringe Fortschritte gemacht habe. Abgesehen von den Kreditgenossenschaften, die sehr verbreitet sind und denen auch Angehörige anderer Berufsstände angehören, sind die eigentlichen Handwerkergenossenschaften nur sehr schwach vertreten. Es fehle noch an dem richtigen Verständnis des genossenschaftlichen Gedankens, an dem rechten genossenschaftlichen Geist. Dieser müsse der heranwachsenden Generation erst anerzogen werden, und es sei dringend notwendig, daß in den Meisterprüfungen die Kenntnis der wichtigsten Punkte des Genossenschaftsrechts verlangt und in

den Vorbereitungskursen die Vorteile genossenschaftlicher Tätigkeit an recht anschaulichen Beispielen den Teilnehmern vor Augen geführt werden, da die Genossenschaften bei guter Leitung wohl imstande seien, eine Besserung der wirtschaftlichen Lage des Handwerks in die Wege zu leiten. Als ein beachtenswertes Zeichen fortschreitenden Interesses an der Genossenschaftsbewegung wird die Zunahme von Einkaufsgesellschaften zum gemeinsamen Bezug von Bedarfsartikeln betrachtet.

Vor dem Ergänzungsgesetz zur Gewerbeordnung vom 30. Juni 1900 gab es keinen Zwangstermin für den abendlichen Schluß der Ladengeschäfte. Das genannte Gesetz hat den zwangsweisen Ladenschluß von abends 9 Uhr bis morgens 5 Uhr eingeführt; auf Antrag von mindestens $^2/_3$ der beteiligten Geschäftsinhaber kann der Ladenschluß für die Zeit zwischen 8 und 9 Uhr abends für alle oder einzelne Geschäftszweige durch die höhere Verwaltungsbehörde angeordnet werden. Gemäß § 139f der Gewerbeordnung beantragte im Herbst 1902 die Zweidrittelmehrheit folgender hiesiger Geschäftszweige: der Papier- und Buchhandlungen, Eisenwaren- und Haushaltungsartikel-Geschäfte, Herrenkonfektions-Geschäfte, Schuhwarengeschäfte, Manufaktur-, Seide-, Weiß- und Modewarengeschäfte, Garn-, Kurz- und Wollwarengeschäfte, Putz-, Hut-, Schirm- und Korsettengeschäfte, Lederwaren und Schuhläden beim Bezirksamt die Anordnung des Achtuhrladenschlusses. Vom Stadtrat, dessen Gutachten vom Bezirksamt erhoben wurde, wurden insbesondere wegen der Konkurrenz der Warenhäuser Bedenken gegen diese Maßnahme geltend gemacht. Nachdem aber die Frage des Achtuhrladenschlusses während der folgenden Wochen in zahlreichen Zeitungsartikeln und verschiedenen Versammlungen eingehend behandelt worden war, wobei sich die Interessenten aufs lebhafteste für die Einführung aussprachen, und nachdem festgestellt worden war, daß auch die Warenhäuser zum Achtuhrladenschluß bereit seien, gab der Bezirksrat in seiner Sitzung vom 8. Januar 1903, in der sich die geladenen Vertreter der Interessentenkreise fast ausnahmslos für den Achtuhrladenschluß erklärten, dem Antrag Folge. Für die oben bezeichneten Geschäftszweige, denen die Warenhäuser ausdrücklich hinzugefügt wurden, trat der Achtuhrladenschluß vom 1. Februar 1903 an in Kraft.

An allen Samstagen, die nicht mit einem gesetzlichen Feiertag zusammenfallen, an allen Werktagen vor den gesetzlichen Festtagen, an allen Werktagen vom 1. Adventsonntag ab bis zum 1. Weihnachtstage dürfen die offenen Verkaufsstellen der genannten Geschäftszweige ausnahmsweise bis 9 Uhr geöffnet bleiben. An folgenden Tagen, an denen gemäß amtlicher Bekanntmachung vom 31. Januar 1901 das Offenhalten der Läden bis 10 Uhr Abends gestattet ist, nämlich am Samstag und Montag vor Fastnacht, Samstag vor Palmsonntag, Mittwoch, Donnerstag und Samstag in der Charwoche, Samstag vor dem weißen Sonntag, Samstag vor dem Maimarktsonntag, Mittwoch vor dem Himmelfahrtstag, Frei-

tag und Samstag vor Pfingsten, Mittwoch vor dem Fronleichnamstag, jeweils vom 8. Dezember ab an sämtlichen Werktagen bis zum 24. Dezember einschließlich, am Sylvestertag ist das Offenhalten auch den Obengenannten bis 10 Uhr abends gestattet.

Bezüglich der Bestrebungen der Angestellten, die vollständige Sonntagsruhe in den Bureaus einzuführen, sei auf S. 175 verwiesen. Am 20. Februar 1902 regelte der Bezirksrat als höhere Verwaltungsbehörde im Sinne der Gewerbeordnung die Sonntagsruhe im Fleischer- und Wurstlereigewerbe folgendermaßen:

Der Verkauf ist gestattet am Oster- und Pfingstsonntag, sowie am ersten Weihnachtsfeiertage von 6—9 Uhr vormittags, an allen übrigen Sonn- und Festtagen: vom 1. Mai bis 30. September von 5 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags und von 6—8 Uhr abends, vom 1. Oktober bis 30. April von 6 Uhr morgens bis 1 Uhr mittags und von 6—8 Uhr abends. Diese erweiterte Verkaufszeit ist an die Bedingung geknüpft, daß im handelsgewerblichen Teil des Fleischerei- und Wurstlereigewerbes Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, falls sie mehr als fünf Stunden an Sonn- und Festtagen beschäftigt werden, entweder an jedem 2. Sonntag von morgens 6 Uhr bis abends 6 Uhr, oder in jeder 2. Woche an einem Werktage volle 24 Stunden von der Arbeit freizulassen sind. Die erweiterte Verkaufszeit gilt nur für solche offenen Verkaufsstellen, in denen ausschließlich Erzeugnisse des Fleischerei- und Wurstlereigewerbes feilgehalten werden; sie gilt insbesonders also nicht für diejenigen, die außer anderen Waren auch Erzeugnisse des Fleischerei- und Wurstlereigewerbes nebenher feilhalten. Unter Aufhebung früherer Bestimmungen wird in dem Fleischerei- und Wurstlereigewerbe die Beschäftigung von Arbeitern an allen Sonn- und Festtagen, ausgenommen am ersten Oster-, Pfingst- und Weihnachtstage, sowie am Charfreitag, vom 1. Mai bis 30. September von 5—11 Uhr morgens, vom 1. Oktober bis 30. April von 6—11 Uhr morgens unter der Bedingung gestattet, daß, wenn die Sonntagsarbeiten länger als 3 Stunden dauern, die Arbeiter entweder an jedem dritten Sonntag für volle 36 Stunden, oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, oder in der Woche während der zweiten Hälfte eines Arbeitstages und zwar spätestens von 1 Uhr nachmittags ab von jeder Arbeit freizulassen sind.

Die reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Beschäftigung von Gehilfen und Lehrlingen in Gast- und Schankwirtschaften traten am 1. April 1902 in Kraft.

Hiernach ist in Gast- und in Schankwirtschaften jedem Gehilfen und Lehrling über 16 Jahre wöchentlich sieben Mal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens acht Stunden zu gewähren. Der Beginn der ersten Ruhezeit darf in die vorhergehende, das Ende der siebenten Ruhezeit in die nachfolgende Woche fallen. Für Gehilfen und Lehrlinge unter 16 Jahren muß die Ruhezeit mindestens neun Stunden betragen. Der Zeitraum zwischen zwei Ruhezeiten, der auch die Arbeitsbereitschaft und die Ruhepausen umfaßt, darf für Gehilfen über 16 Jahren höchstens 16 Stunden, für Gehilfen unter 16 Jahren höchstens 15 Stunden betragen. Eine Verlängerung dieser Zeiträume ist für einen Betrieb bis zu sechzig Mal im Jahre zulässig. Dabei kommt jeder Fall in Anrechnung, wo auch nur für einen Gehilfen oder Lehrling diese Verlängerung stattgefunden hat. Auch in diesen Fällen muß für die Woche eine

Unterbrechung durch sieben Ruhezeiten von der vorgeschriebenen Dauer stattfinden. An Stelle einer der unterbrochenen Ruhezeiten ist den Gehilfen und Lehrlingen mindestens in jeder dritten Woche einmal eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens vierundzwanzig Stunden zu gewähren. In Gemeinden, die nach der letzten Volkszählung mehr als 20000 Einwohner haben, ist diese Ruhezeit mindestens in jeder zweiten Woche zu gewähren. In den Wochen, in denen eine vierundzwanzigstündige Ruhezeit nicht gewährt zu werden braucht, ist außer der ununterbrochenen Ruhezeit von der vorgeschriebenen Dauer mindestens einmal eine weitere ununterbrochene Ruhezeit von mindestens sechs Stunden zu gewähren, die in der Zeit zwischen 8 Uhr morgens und 10 Uhr abends liegen muß. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, ein Verzeichnis anzulegen, das die Namen der einzelnen Gehilfen und Lehrlinge enthalten muß. In das Verzeichnis ist für jeden einzelnen Gehilfen und Lehrling einzutragen, wann und für welche Dauer eine Ruhezeit von mindestens 24 Stunden gewährt worden ist. In ein weiteres Verzeichnis ist einzutragen, wann Überarbeit im Betriebe während des Kalenderjahres stattgefunden hat. Gehilfen und Lehrlinge unter 16 Jahren dürfen in der Zeit von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens nicht beschäftigt werden. Außerdem dürfen Gehilfen und Lehrlinge weiblichen Geschlechts zwischen 16 und 18 Jahren, die nicht zur Familie des Arbeitgebers gehören, während dieser Zeit nicht zur Bedienung der Gäste verwendet werden. Als Gehilfen und Lehrlinge im Sinne dieser Bestimmungen gelten solche Personen männlichen und weiblichen Geschlechts, die im Betriebe der Gast- und der Schankwirtschaften als Oberkellner, Kellner oder Kellnerlehrlinge, als Köche oder Kochlehrlinge, am Büffet oder mit dem Fertigmachen kalter Speisen beschäftigt werden. Ausgenommen sind jedoch Personen, die hauptsächlich in einem mit der Gast- oder der Schankwirtschaft verbundenen kaufmännischen oder sonstigen gewerblichen Betriebe beschäftigt werden, sofern ihre tägliche Arbeitszeit in diesem Betrieb anderen reichsrechtlichen Vorschriften unterliegt.

4. Landwirtschaft, Viehzucht und Viehhandel.

Nach den Angaben der 161 sachverständigen Berichterstatter, die im Großherzogtum über den Stand der Saaten und über den Ausfall der Ernte allmonatlich vom April bis November an das statistische Landesamt berichten entsprach im Jahre 1902 das Ernteergebnis in Baden nach der Menge beim Wintergetreide einer ziemlich guten bis guten Ernte, und zwar war der Ertrag des Spelzes gut, der Gemengsaaten Weizen und Roggen (Halbweizen), sowie Roggen und Spelz ziemlich gut bis gut, der des Weizens und des Roggens ziemlich gut. Beim Sommergetreide fiel die Ernte mittel bis gut aus, und zwar lieferte die Gerste ziemlich gute bis gute, Weizen ziemlich gute, Hafer und Roggen mittlere Ergebnisse. Von den übrigen Gewächsen, den Hackfrüchten, Futter- und Handelsgewächsen, war der Ertrag bei den Kartoffeln gut, bei den Wiesen (Heu und Öhmd zusammen) und bei dem Tabak ziemlich gut, beim Klee ein mittlerer bis ziemlich guter, bei den Runkelrüben, der Luzerne und dem Hopfen ein mittlerer.

Die Generalversammlung des landwirtschaftlichen Bezirksvereins im August 1902 hatte sich mit der Neuwahl des ersten und zweiten Vorsitzenden

zu beschäftigen, da Geh. Kommerzienrat Scipio und Kommerzienrat Schrader, die den Verein seit mehr als 30 Jahren in vorzüglicher Weise geleitet, aus Gesundheitsrücksichten und wegen vorgerückten Alters ihr Amt niederlegten. Neugewählt wurden: als erster Vorsitzender Gutsbesitzer und Kaufmann Wilhelm Velten und als zweiter Vorsitzender Kaufmann Wilhelm Milek. Am 14. November 1902 verlor der Verein durch den Tod seinen langjährigen, pflichteifrigen Sekretär, Hauptlehrer Adam Moell, an dessen Stelle Dr. J. Abel das Sekretariat übernahm.

Das Ergebnis der Viehzählung vom 3. Dezember war folgendes:

	Alt-Mannheim	Käferthal	Waldhof	Neckarau	zusammen	gegen 1901 mehr + oder weniger —
Pferde	1511	242	43	229	2025	— 129
Rindvieh	104	385	—	293	782	— 75
Schafe	355	1	—	2	358	— 48
Schweine	940	1038	187	1106	3271	+ 768
Ziegen	449	373	109	595	1526	—
Bienenstöcke	87	20	19	48	174	+ 6
Gänse	645	510	144	452	1751	— 352
Enten	469	119	127	366	1081	+ 219
Tauben	9556	877	463	3511	14407	+ 461
Hühner	9198	2770	1412	5937	19317	+ 2409
Truthühner	46	23	33	39	141	+ 37
Hunde	3146	77	67	329	3619	+ 36
Esel	7	—	1	1	9	— 16

In den Zufuhren zum hiesigen Viehmarkt war vom Jahre 1889 ab eine stete Zunahme zu beobachten. Nur im Jahre 1894 haben die Viehmärkte nach der durch die schlechte Futterernte verursachten Massenabschlachtung der Viehbestände im Jahre 1893 eine Abnahme erlitten, jedoch war auch 1894 gegen das normale Jahr 1892 eine Zunahme zu konstatieren. Das Jahr 1902 trat aus dieser langsam, aber sicher ansteigenden Tendenz erfreulicher Betriebsergebnisse heraus und verzeichnete eine Wenigerzufuhr von 14487 Tieren: 178276 Stück gegen 192763 des Vorjahres. Vor dem Jahre 1889 waren Schwankungen in den Zufuhren öfters zu beobachten; aber noch kein Jahr ist soweit gegen das Vorjahr zurückgeblieben wie 1902.

Die Zufuhr verteilte sich auf die einzelnen Tiergattungen wie folgt (die eingeklammerten Zahlen sind die Ergebnisse des Jahres 1901): 2428 (2016) Ochsen, 2454 (2323) Farren, 45250 (50169) Rinder und Kühe, 2060 (3163) Milchkühe, 27133 (27652) Kälber, 74429 (85576) Schweine, 3709 (4073) Schafe, 800 (985) Ziegen, 14837 (12410) Ferkel, 5176 (4396)

Pferde. Die Wenigerzufuhr betrug insgesamt 7,52 %. Zunahmen waren nur beim Ochsen-, Farren-, Ziegen-, Ferkel- und Pferdemarkt zu verzeichnen. Der Handel mit fetten Ochsen war fast das ganze Jahr hindurch recht flott. Es kann aber nicht behauptet werden, daß sich bei den Konsumenten eine größere Nachfrage nach Ochsenfleisch geltend gemacht hat; im Gegenteil wandte sich die arbeitende Bevölkerung unseres Industriebezirkes wie auch anderwärts infolge der geschäftlichen Depression mehr dem Genusse der billigeren Fleischsorten zu. In der Mehrzufuhr von 412 Ochsen ist hauptsächlich eine Ausnutzung der günstigen Fettpreise, die infolge der gestiegenen Schweineschmalzpreise ebenfalls in die Höhe gegangen waren, zu erblicken. Auch die Farrenmärkte zeigten fast durchweg lebhaften Geschäftsgang. Die Mehrzufuhr von 131 Stück ist auf einen erhöhten Verbrauch infolge vermehrter Wurstfabrikation in hiesiger Stadt zurückzuführen. Der Ausfall in der Zufuhr von Schmalvieh beläuft sich auf 9,80 %. Hier war der Geschäftsgang im allgemeinen mittelmäßig, oft herrschte Nachfrage nach den besseren Qualitäten Schmalvieh vor, während geringere Sorten nur schwer zu verkaufen waren. Die Qualität ist deswegen im allgemeinen etwas besser geworden, denn die Händler sind zu der Einsicht gekommen, daß gut genährte Tiere besser bezahlt werden und leichter zu verkaufen sind, als nicht gemästete oder alte Ware. Die Wenigerzufuhr von 1103 Stück Nutz- und Zuchtvieh ist lediglich auf die Verringerung der Markttage zurückzuführen.

Vom 1. April 1902 ab wurde der Milchviehmarkt, der bis dahin gleichzeitig mit dem Schlachtviehmarkt abgehalten worden war, aus seuchenpolizeilichen Gründen von diesem getrennt und bis auf weiteres auf den zweiten und vierten Donnerstag im Monat verlegt. Der Beginn des Marktes wurde auf 9 Uhr festgesetzt. Der erste Milchviehmarkt nach dieser Regelung fand am 10. April 1902 statt. Es hat sich gezeigt, daß diese Änderung günstig auf den Handel bei den Milchviehmärkten einwirkte, indem das Geschäft in der Regel viel lebhafter war als früher. Es wurde durch diese Verlegung auch erreicht, daß keine Seuchenverschleppung mehr stattfand. Die Pferdemärkte verzeichnen eine Mehrzufuhr von 780 Stück. Insbesondere wurden mehr Schlachtpferde beigeführt (382 Stück), was in dem vermehrten Pferdefleischkonsum seine Ursache findet.

In den Marktzeiten der Kleinviehmärkte brachte das Jahr 1902 ebenfalls Änderungen, indem gestattet wurde, daß die Kälber-, Schaf- und Ziegenmärkte vom 6. März 1902 ab an jedem Montag und Donnerstag stattzufinden haben (bisher an jedem Montag, Mittwoch und Freitag). Auch hierbei hat sich ergeben, daß die Änderung sowohl für den Händler, als für den Metzger vorteilhaft ist. Die Wenigerzufuhr von 519 Kälbern ist unwesentlich, weil die Zufuhren zum Kälbermarkt, die aus fernen Gegenden bewirkt werden, stets mehr oder minder großen Schwankungen unterliegen. Dagegen hat die Minderzufuhr von 11 147 Schweinen wiederum eine große Lücke in der Markttabelle verursacht, nachdem schon das Vorjahr einen Ausfall von 6986 Schweinen zu verzeichnen hatte. (Die Ursachen wurden bereits in einem früheren Abschnitt angedeutet). Die, wenn auch langsame Hebung des Ferkelmarktes läßt vermuten, daß die Landwirtschaft bestrebt ist, dem Mangel an Schweinen, der sich im abgelaufenen Jahr mehr als je geltend machte, nach Kräften abzuhelfen. Insbesondere ist zu bemerken, daß die badische landwirtschaftliche Bevölkerung sich der rentablen Schweinezucht mehr zuwendet.

Die Zufuhr zu den Märkten wurde wieder zum größeren Teil mit der Eisenbahn bewirkt, nämlich 142880 Stück, und erfolgte in 6414 Eisenbahnwagen; außerdem wurden auf dem eigenen Bahngeleise 487 Güterwagen angefahren. Auf dem Landweg wurden 35171 Tiere zugeführt. Die Abfuhr von den Märkten wurde in 3582 Eisenbahnwagen bewerkstelligt, soweit nicht die Abfuhr zu Fuß erfolgte. Außerdem wurden 365 Güterwagen auf dem eigenen

Geleise verladen. Mit der Bahn wurden 36990 Tiere abgeführt, die übrigen Tiere gingen zum größten Teil in die Rheinpfalz, soweit sie nicht hier zur Schlachtung gelangten.

Die durchschnittlichen Marktpreise des abgelaufenen Jahres waren die höchsten, die in den letzten fünf Jahren zu verzeichnen waren. Die Preisverhältnisse auf dem hiesigen Markt sind deshalb von Bedeutung, weil der Markt nicht nur den örtlichen Bedarf an Schlachtvieh deckt, sondern dieses auch in die ganze nähere Umgebung Mannheims, wie auch in weiterliegende Industriebezirke abgibt. Es ist bekannt, daß die Marktpreise während des Jahres normalen Schwankungen unterliegen, indem sie in den Herbstmonaten regelmäßig anziehen und in der darauffolgenden Zeitperiode wieder auf ihren normalen Stand sinken. Anders verhielt es sich dieses Jahr mit den Marktpreisen des Schweinefleisches, für das die abnorme Preissteigerung des Jahres 1901 auf ziemlich gleicher Höhe anhielt. Für die Metzger, die auf die Schwankungen in den Einkaufspreisen gefaßt sind, war die Steigerung des Schweinepreises nur deshalb bedenklich, weil sie außergewöhnlich lang anhielt. Schweinefleisch ist ein ganz eminenter Massenkonsumartikel, der eine lang andauernde Steigerung im Preis nicht ertragen kann. Die Preissteigerung traf nicht nur unsern Markt oder die umliegenden Gebiete, sondern das ganze Reich und insbesondere die großen Städte ziemlich gleichmäßig. (vgl. S. 181 f.).

Nach dem Verwaltungsbericht des Schlacht- und Viehhofes ist es als vollständig ausgeschlossen zu betrachten, daß die Preise des Schweinefleisches auf das frühere Niveau zurücksinken, wo beispielsweise im Jahre 1897 für den Zentner Schlachtgewicht 47, 48 und 50 Mk. bezahlt wurden. In den letzten Jahren hat, wie in allen anderen Gebieten des Erwerbslebens eine normale Steigerung der Viehpreise stattgefunden, die in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen bedingt ist. Die Tatsache kann selbst in Ländern mit großer Produktion und in Städten konstatiert werden, die unter keiner Grenzsperre zu leiden haben. In Amerika mit seiner reichen Schweinemästerei hat sich in den letzten zwei Jahren eine allmähliche Preissteigerung geltend gemacht, die den deutschen Steigerungssatz übertrifft.

Der hiesige Markt wird sowohl hinsichtlich des Groß- als des Kleinviehs zum größeren Teil aus anderen deutschen Bundesstaaten beschickt. Doch hat sich in den letzten Jahren ein größeres Angebot aus dem eigenen Lande geltend gemacht als früher, hauptsächlich hinsichtlich der heimischen Schweinemästerei. Der Rückgang im Fleischverbrauch ist schon im Jahre 1901 festzustellen und findet seine Ursache in den allgemeinen mißlichen Verhältnissen, in denen sich die arbeitende Bevölkerung seit etwa zwei Jahren befindet. Für die hiesige Stadt hat ein Preisaufschlag nur etwa 14 Tage bestanden, so daß hiermit der Wenigerverbrauch nicht begründet werden kann. Die Wenigerschlachtungen sind darauf zurückzuführen, daß die Metzger infolge der hohen Einkaufspreise nur ihren äußersten Bedarf schlachteten.

5. Arbeitsmarkt, Löhne und Lohnbewegungen.

In ihrem Jahresbericht äußerte sich die Handelskammer folgendermaßen über die Arbeiterverhältnisse: „Die Arbeiterverhältnisse haben eine weitere er-

hebliche Verschlechterung nicht erlitten; die Löhne sind kaum gefallen, Entlassungen und Betriebseinschränkungen in großem Umfang konnten vermieden werden. Immerhin ist die Lage keineswegs befriedigend und das Angebot von Arbeitskräften war auch dieses Jahr wieder ständig höher als die Nachfrage und die Beschäftigungsmöglichkeit. Von Ausständen oder Aussperrungen ist nichts bekannt geworden (siehe jedoch unten), auch Vertragsbruch ist nicht gemeldet worden und das Einvernehmen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern scheint ohne Störung geblieben zu sein." Die Angaben aus den Kreisen der Arbeiter selbst lauteten wesentlich ungünstiger: es sei eine alte Erfahrung, daß die Arbeiter zuerst und am empfindlichsten unter ungünstiger Geschäftslage zu leiden haben. Nach den vom Großh. Ministerium des Innern veranstalteten Erhebungen ist eine erhebliche Veränderung in den Verhältnissen des Arbeitsmarktes im Laufe des Jahres nicht eingetreten. Die wirtschaftliche Depression äußerte sich auch in diesem Jahre meist durch ein allmähliches geschäftliches Abflauen. Fast durchweg zeigt sich das Bestreben der unter der Depression leidenden Betriebe, den Stamm von Arbeitern, wenn irgend tunlich, zu erhalten und eine Verminderung der Arbeitereinnahmen hintanzuhalten. So sind denn auch in älteren Betrieben oder in solchen Betrieben, die nicht infolge des wirtschaftlichen Aufschwungs in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts außergewöhnliche Erweiterungen erfahren haben, keine Arbeiterentlassungen oder Lohnkürzungen vorgekommen. Da und dort traten auch Anzeichen einer wirtschaftlichen Besserung zu Tage, in weitaus der größten Zahl der Betriebe der Industrie und des Baugewerbes blieben aber die Verhältnisse gegenüber dem Vorjahre im wesentlichen unverändert. Soweit die Lage ungünstiger wurde, trat dies natürlich in den Industriezentren mehr als anderswo zu Tage.

Wenn wir als unwiderlegliche Zeugen die Ziffern der hiesigen Centralanstalt für unentgeltlichen Arbeitsnachweis auf Grund des von Stadtbeirat Dr. Schott bearbeiteten Jahresberichtes zu Grunde legen, so ergibt sich ein sehr trübes Bild. Auf 100 offene Stellen kamen hier:

1899	179,7	Arbeitsgesuche
1900	249,3	"
1901	374,4	"
1902	425,1	"

Diese Zahlen reden eine traurige Sprache und geben den deutlichen Beleg für die weitere Verschlechterung des Arbeitsmarktes, die das Jahr 1902 brachte. Am schlechtesten war die Lage im Vergleich zu früheren Jahren im ersten Quartal, dann verlangsamte sich die rückläufige Bewegung erheblich, sodaß der Dezember günstiger war als 1901. Das Gesamtbild des Arbeitsmarktes hat sich folgendermaßen verschoben: es wurden an Arbeitskräften

	verlangt	angeboten	vermittelt
1900	22107	55122	15462
1901	19261	72227	13637
1902	14780	62829	10939

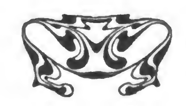
Die nahezu 11000 Stellenvermittlungen lassen die segensreiche Tätigkeit der Centralanstalt erkennen, und mit Recht sagt deshalb der Bericht: Was in solcher Zeit rund 11000 Vermittlungen von Arbeit bedeuten, braucht nicht erst auseinandergesetzt zu werden; vielleicht haben sie mehr Not gelindert und Sorgen verscheucht, als die 15000 Vermittlungen zur Zeit der Hochkonjunktur.

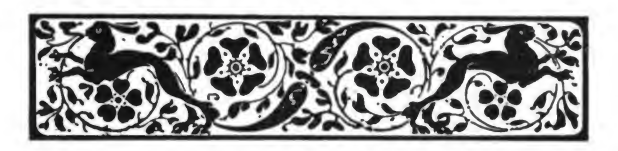
Im einzelnen bemerkt der Bericht u. a. noch folgendes: Die hauptsächlich in Betracht kommenden Berufsgruppen: landwirtschaftliche Arbeiter, Arbeiter der Metallindustrie, Bauhandwerker, Nahrungsmittelgewerbe, Bekleidungsgewerbe, ungelernte Arbeiter haben in sehr verschiedenem Grad unter der Ungunst der Zeiten zu leiden gehabt. Verlangt und angeboten wurden etwas weniger Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und Gärtnerei, trotzdem hat sich aber die Zahl der Einstellungen wiederum nicht unbeträchtlich gehoben. Die Scheu vor der Annahme landwirtschaftlicher Arbeit hat sich also unter dem Zwang der Verhältnisse abermals offensichtlich verringert. Fühlbar, aber doch immerhin nicht sehr bedeutend, ist der Rückgang bei den Bauhandwerkern und den Berufsangehörigen der Bekleidungsgewerbe, die rückläufige Bewegung hat sich bei beiden in annähernd dem gleichen Tempo, wie zwischen 1900 und 1901 fortgesetzt. Erheblich empfindlicher war die Verschlechterung des Arbeitsmarkts jedoch für die Metallarbeiter, bei denen sich im Gegensatz zu den anderen Berufsgruppen die Arbeitsgesuche noch vermehrt haben, während an offenen Stellen über 400 weniger angeboten wurden und die besetzten Stellen sich um 600 verringerten. So beträchtlich, wie zwischen 1900 und 1901 war aber die Abnahme bei den Metallarbeitern bei weitem nicht, auf den raschen Absturz dieser beiden Jahre ist mehr ein allmähliches weiteres Abbröckeln gefolgt. Ganz außerordentlich ungünstige Resultate erzielte die Anstalt dagegen bei der Vermittelung ungelernter Arbeiter. Statt 5800 Stellen wurden nur 3646 angemeldet, statt 5017 nur 3255 besetzt. Es trifft eben namentlich für die ungelernten Arbeiter zu, daß das Angebot von Arbeitskraft so massenhaft war, daß die Arbeitgeber der Vermittlung zumeist entraten konnten. Auch die Zahl der Arbeitsgesuche ist angesichts der geringen Aussicht, Arbeit durch die Anstalt zu erlangen, sehr bedeutend zurückgegangen — zufälligerweise genau auf den Stand von 1900 (21762). Während also im vergangenen Jahr der hervorstechendste Zug des Bildes der Niedergang der Metallgewerbe war, ist diesmal die mangelnde Arbeitsgelegenheit für ungelernte Arbeiter die markanteste Erscheinung. Der einzige freundliche Zug in dem trüben Bilde, das der diesjährige Geschäftsbericht entrollen mußte, ist die Arbeitsvermittlung nach auswärts. War im Vorjahr die Zahl der auswärtigen Ortschaften, nach denen Arbeitskräfte vermittelt wurden, von 167 auf 209 gestiegen, so stieg sie diesmal weiter auf 222. Die Gesamtzahl der von auswärts angemeldeten Stellen betrug zwar nur 2822 gegen 3140 im Vorjahr, aber die Einstellungen blieben mit 1586 (1596) fast stationär.

Bemerkt sei schließlich noch, daß zur Verbesserung des Geschäftsbetriebs der Centralanstalt für Arbeitsnachweis die Einrichtung getrennter Abteilungen für männliche und weibliche Arbeitsuchende notwendig war. Der Anstalt wurden die hierzu erforderlichen Räume in der ehemaligen Dragonerkaserne vom Stadtrat im April mietweise zur Verfügung gestellt. In dem neuen Bureau ist der Eingang für die Männer von der Straße, für Frauen und Mädchen vom Hofe aus. Für die Wartenden ist im Winter im gleichen Gebäude ein städtischer Wärmeraum zur Benützung geöffnet.

Von Ausständen in Mannheim während des Berichtsjahres erwähnt der Jahresbericht des Großh. Fabrikinspektors folgende: Im Frühjahr traten 130 bis 150 Schneider in den Ausstand; nach mehreren Vorverhandlungen kam innerhalb sechs Tagen ein Vergleich vor dem Gewerbegericht zu stande, wonach die Arbeitgeber sich zur allgemeinen Einführung von Lohnbüchern und eines verbesserten Lohntarifs verpflichteten; andere Forderungen der Gehilfen wurden zurückgezogen. In einer großen Weberei (süddeutsche Juteindustrie) traten 260 Weber in den Ausstand, weil ihr Lohn um fünf bis neun Prozent vermindert werden sollte. Drei Tage darauf nahmen sie die Arbeit wieder auf, ohne einen Erfolg erzielt zu haben. In einer Kunstdruckerei wurde ein Arbeiter ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen; daraufhin legten die übrigen Arbeiter gleichfalls ohne Einhaltung der Kündigungsfrist die Arbeit nieder. Da die Firma die Ausständigen sofort zu ersetzen in der Lage war, so hatte das Vorgehen der Arbeiter keinen Erfolg; sie erreichten sogar nicht einmal mehr ihre Wiedereinstellung.

In den beiden letztgenannten Fällen konnte das Gewerbegericht nicht als Einigungsamt in Aktion treten, da sich die Arbeitgeber nicht zu seiner Anrufung bereit erklärten. Im Schneiderausstand, in dem es sich um folgendes handelte: a. Einführung eines bestimmten Lohntarifs nach einzelnen Klassen der hiesigen Geschäfte; b. Einführung von Betriebswerkstätten bis 1. März 1904; c. Verbesserung der jetzt vorhandenen Werkstätten und sofortige Aufhebung des Sitzplatzwesens; d. Einführung von Lohnbüchern, wo solche noch nicht vorhanden sind; e. Anerkennung des von der Lohnkommission der Schneidergehilfen Mannheims errichteten Arbeitsnachweises, brachte das Gewerbegericht nach längeren Verhandlungen unter den streitenden Parteien am 24. März 1902 eine Vereinbarung (§ 70 des Gewerbegerichtsgesetzes) zuwege, wonach die Forderungen unter b, c, e von den Arbeitern vorerst fallen gelassen wurden. Außerdem wurde das Gewerbegericht nochmals von den Schneidergehilfen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in denjenigen Konfektionsgeschäften, die neben dem Ladengeschäfte ein Maßgeschäft betreiben, als Einigungsamt angerufen. In einer Besprechung kam zwischen den beteiligten Arbeitgebern und Arbeitern eine Einigung zustande. Auf einige weitere Fälle kann hier nicht eingegangen werden.





XII. Soziale Fürsorge.

1. Armenpflege.



Die städtische Armenkommission zählte zu Beginn des Berichtsjahres 40 Mitglieder. Einer Anregung des Mannheimer Vereinsverbands zufolge führte der Stadtrat über die Zulässigkeit der Ernennung von Frauen zu Mitgliedern der Armenkommission eine Ministerialentschließung herbei, worin ausgesprochen wurde, daß das Ministerium keine grundsätzlichen Bedenken dagegen geltend zu machen habe, daß durch Abänderung des Ortsstatuts über die Zusammensetzung der Armenkommission die Möglichkeit geschaffen werde, eine Anzahl um die städtische Armenpflege verdienter Frauen zu stimmberechtigten Mitgliedern der erwähnten Kommission ernennen zu können; einem diesbezüglichen nach § 7 g der Städteordnung durch Vermittlung des Großh. Bezirksamts zu stellenden Antrag könne die Genehmigung in Aussicht gestellt werden. Die Frage wird vom Stadtrat bei einer Änderung des zur Zeit geltenden Ortsstatuts weiter erwogen werden. Zu Beginn des Jahres bestanden 33 Bezirke mit 33 Bezirksvorstehern, 244 Armenpflegern und 85 Armenpflegerinnen, insgesamt also waren 362 Personen in der Armenpflege ehrenamtlich tätig. Infolge der Zunahme der Zahl der Armen mußten im Laufe des Jahres 3 Bezirke geteilt werden, sodaß sich am Schlusse des Jahres die Zahl der Bezirke auf 36 belief, und 36 Vorsteher, 299 Armenpfleger und 93 Armenpflegerinnen; insgesamt also 428 Personen tätig waren. Im Laufe des Jahres sind ausgeschieden 7 Bezirksvorsteher, 40 Armenpfleger, 13 Armenpflegerinnen. Die Zahl der vom Amte Zurückgetretenen ist zwar geringer als im Vorjahre, sie ist aber immer noch zu groß, als daß die gedeihliche Entwickelung der einzelnen Bezirke durch sie völlig unbeeinflußt geblieben wäre. Nicht unerheblich waren auch die Schwierigkeiten, die der Armenkommission aus dem häufigeren Wechsel in der Person der Ehrenbeamten erwuchsen.

Die gedruckt herausgegebenen „Mitteilungen aus der Armen- und Waisenpflege“ wurden in gleicher Weise fortgeführt. Das in einer Enquete über die Wohnungsverhältnisse der öffentlich unterstützten Personen (die am 15. Oktober 1901 durch die Armenpfleger und Armenpflegerinnen stattfand) gewonnene Material wurde vom statistischen Amt verarbeitet und das Ergebnis in der im Mai erschienenen No. 10 der „Mitteilungen“ veröffentlicht. Auch in diesem Jahre fanden zwei Armenpflegerversammlungen im großen Rathaussaal und zwar am 27. Mai und 12. November statt. In der ersten Versammlung hielten Vorträge Bezirksvorsteher Mayer: „Über die Notwendigkeit des regelmäßigen Sitzungsbesuches und der Hausbesuche der Armenpfleger und Bezirksvorsteher“; Armenpfleger Ziegler: „Außerordentliche Zuwendungen insbesondere aus dem Geschenkefond“; Bezirksvorsteher Würth und Frau Armenpflegerin Bensheimer: „Beteiligung der Frauen an der Armenpflege“; Bürgermeister v. Hollander: „Der finanzielle Aufwand und die Zunahme der Zahl der Unterstützten.“ In der zweiten Zusammenkunft gab Bürgermeister v. Hollander einen Bericht über die in Colmar i. E. stattgehabte Jahresversammlung des deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit, sowie über die Wohlfahrtsabteilung der Industrieausstellung in Düsseldorf, worauf ein Vortrag der Frau Direktor Luise Hoff, Vorsitzenden der Abteilung des Frauenvereins für Unterrichtswesen, über „Einrichtung und Bedeutung der Kochkiste“ unter Vorführung der Kochkiste mit Kochproben folgte. Die Vortragende erläuterte des näheren die Kochkiste, die berufen sei, in der Volksernährung eine große Rolle zu spielen. Frau Hoff führte zum besseren Verständnis eine größere und eine kleinere Kochkiste vor. Die Kisten selbst sind von einfacher Konstruktion und haben den Zweck, Speisen, die kurze Zeit vorgekocht sind, gar zu kochen. Der Boden der Kiste wird mit Holzwolle oder Heu belegt, und sodann der Topf mit der vorgekochten Speise hineingestellt. Der zwischen den Kochtöpfen und der Kistenwand verbleibende Raum wird ebenfalls mit Holzwolle oder Heu ausgefüllt. Die obere Partie wird mit einem Tuch oder Sackstoff zugedeckt, worauf man die Kiste verschließt. Die Kochprozedur geht dann von selbst vor sich. Speisen, die bei der gewöhnlichen Zubereitung längere Kochzeit brauchen, müssen 3—4 Stunden in der Kiste bleiben; dagegen können diejenigen Speisen, die nur kurze Kochzeit beanspruchen, schon nach etwa 2 Stunden aus der Kochkiste genommen werden. Die Töpfe selbst dürfen während der ganzen Dauer der Kochzeit nicht aufgedeckt werden, damit die Hitze zusammengehalten bleibt. Frau Hoff teilte mit, daß für die hiesigen Fortbildungsschulküchen 6 solcher Kochkisten angeschafft worden seien und praktische Verwendung finden. Bei der Anwesenheit des Großherzogspaares sei der Frau Großherzogin auf deren speziellen Wunsch eine Kochkiste im Großh. Schlosse vorgeführt worden; die hohe Frau habe sich sehr anerkennend darüber ausgesprochen. In einer der Kisten, die bei der Versammlung im Saale Aufstellung gefunden, war ein Topf mit Salzkartoffeln und in der anderen zwei Töpfe, einer mit Linsengemüse und Frankfurter Würsten, der andere mit Suppe nebst Rindfleisch enthalten. Nachdem die vorgekochten Speisen etwa 5½ Stunden in den Kisten verblieben waren, wurden diese vor den Augen der Anwesenden geöffnet. Die Speisen waren tadellos in warmem, genießbarem Zustande. Zum Schlusse sprach die Vortragende den Wunsch aus, daß die Kochkiste sich immer mehr Eingang verschaffen möge.

Bei dem erheblichen Anwachsen des Armenaufwandes ist auch der städtische Zuschuß zur Armenverwaltung bedeutend in die Höhe gegangen, von 392582 Mk. im Vorjahr auf 515309 Mk. im Jahre 1902, was einer Zunahme von nicht weniger als 33,8 % entspricht. Doch ist bei dieser Zunahme zu be-

rücksichtigen, daß in den Voranschlag der Armenkasse für 1902 folgende Beträge aufgenommen wurden, die seither im Voranschlag der Stadtkasse vorgesehen waren:

1) Für Unterbringung Lungenkranker in Heilstätten	2000	Mk.
2) Speisung von Kindern unbemittelter Eltern in den Schulen	20000	"
3) Beitrag zur Volksküche	3000	"
4) Beitrag zum Wöchnerinnenasyl	5000	"
5) Beitrag an den Verein für Ferienkolonien	2500	"
6) Zuschuß an den Verein für Kinderpflege	1000	"
7) Zuschuß an die Kleinkinderschule in Käferthal und Neckarau	200	"
Zusammen	33700	Mk.

Zum Vergleich mit dem Vorjahr kommt also eigentlich nur ein Zuschuß von 481609 Mk. in Betracht. Die wirkliche Zunahme berechnet sich dann auf nur 22,67 %, auf den Kopf der Bevölkerung entfallen nur 3,30 Mk. (gegen 3,37 Mk. bei Einsetzung des vollen Betrages). Der Gesamtumsatz der Armenkasse berechnete sich auf 1262000 Mk.

Die Zahl der in offener Armenpflege Unterstützten ist im Berichtsjahr erheblich gestiegen. Im Mittel betrug die Zahl der Parteien 1026, die Zahl der Angehörigen 2050, die Zahl der Personen überhaupt 3076. Im Laufe des Jahres wurden durch die Bezirke tatsächlich unterstützt 1849 Parteien mit 6595 Personen. Auf 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung bezogen, ergibt die Zahl der Unterstützten einen Monatsdurchschnitt von 21. Entsprechend dieser Zunahme der unterstützten Personen ist auch der Aufwand für die offene Armenpflege gestiegen. Die Barausgaben beliefen sich auf 203697 Mk.; der Aufwand für die Naturalunterstützungen (Brot, Suppe, Kleidungsstücke rc.) auf 50607 Mk. Der monatliche Durchschnitt des auf 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung berechneten Aufwands beträgt 114,53 Mk.

Die Verhältniszahlen der Unterstützten und des Unterstützungsaufwands (einschl. der Kreisbeiträge) betrugen, auf 1000 Einwohner der mittleren Bevölkerung berechnet:

im Monat	Unterstützte			Aufwand		
	1900	1901	1902	1900	1901	1902
				Mk.	Mk.	Mk.
Januar	12,9	16,0	20,7	91,21	106,54	118,87
Februar	13,2	16,1	21,9	87,86	110,47	126,04
März	13,3	17,6	23,0	82,50	115,83	129,18
April	13,3	17,1	20,6	80,84	103,36	106,78
Mai	13,2	17,1	20,4	80,81	98,90	103,96
Juni	13,4	16,9	20,2	82,75	96,84	103,07

im Monat	Unterstützte 1900	1901	1902	Aufwand 1900	1901	1902
				Mk.	Mk.	Mk.
Juli	13,7	17,3	20,3	81,53	97,96	103,43
August	13,9	17,7	19,3	83,06	100,09	105,38
September . . .	14,3	18,4	18,92	83,83	102,17	104,10
Oktober	14,9	19,4	20,0	86,37	107,09	107,66
November. . . .	15,3	19,9	22,8	100,10	122,27	133,93
Dezember	15,2	20,6	23,9	100,30	126,23	131,97

In geschlossener Armenpflege wurden auf Kosten der Armenkasse 1902 (1901) verpflegt: 1365 (1125) Personen an 43795 (33820) Verpflegungstagen im allgemeinen Krankenhaus, 244 (274) an 6041 (6676) im Kinderspital, 35 (39) an 299 (877) im israelitischen Spital. Irre waren untergebracht 73 (68) in der Heidelberger Universitätsklinik, in Emmendingen 58 (52), in Pforzheim 46 (36), in Illenau 4 (3). Im Isolierspital wurden 259 (247) Obdachlose an 3845 (3914) Verpflegungstagen untergebracht. Kinder waren in Anstalten 309 (232), in Familien 243 (268) untergebracht.

Eine erhebliche Mehrarbeit verursachte der Armenkommission im Berichtsjahr die Bewältigung der Geschäfte des Gemeindewaisenrats (vgl. Chronik 1901 S. 205). Die Anzahl der Einläufe betrug 12327 (5699), die Zahl der dem Gemeindewaisenrat zur Überwachung zugewiesenen Mündel 2696 (1793).

Eine Kontrolle der Mündel wird jährlich zweimal in den Monaten April und Oktober durch die Waisenpfleger und -Pflegerinnen vorgenommen. Über die Unterbringung jedes einzelnen Mündels haben diese Organe Berichte vorgelegt, die keine nennenswerte Beanstandung bezüglich der Verpflegung und Erziehung der Mündel ergaben. Einer geordneten Überwachung der Mündel sind die häufigen Umzüge mancher Familien hinderlich, die diese in der Stadt vornehmen. Es gibt eine große Anzahl Mündel, die jedes halbe Jahr bei erneuter Kontrolle vom bisherigen Pfleger als verzogen abgemeldet und neuen Bezirken zugewiesen werden müssen. Für den Pfleger ist es unter diesen Umständen oft schwierig, sich einen genauen Einblick in die Verhältnisse des Mündels zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, die anfänglich den Waisenpflegern beim Besuch der Mündel gemacht wurden, sind, seitdem sich die Organisation mehr und mehr eingebürgert hat, geringer geworden. Immerhin aber scheint eine große Anzahl von Personen auch jetzt noch den Waisenpfleger nur als Kontrollperson zu betrachten und ihm mit Mißtrauen, statt mit Freundlichkeit zu begegnen. Solche Fälle sind der Anlaß zu den mancherlei Verstimmungen, die in vielen Bezirken die Lust zur Verrichtung waisenpflegerischer Tätigkeit leider stark gemindert haben.

2. Notstandsarbeiten.

Über die Arbeitslosenbeschäftigung im Winter 1901/02 wurde bereits im vorigen Chronikbande berichtet. Auch im Winter 1902/03 waren städtischerseits

umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Not erforderlich, bei deren Anordnung die Erfahrungen der letzten Jahre in Betracht kamen. Die Großh. Bahnbauinspektion erklärte sich im November bereit, bei den Erdarbeiten am neuen Rangierbahnhof Arbeitslose auf Bescheinigung des Tiefbauamts einzustellen. Dabei wurden in erster Linie diejenigen berücksichtigt, die die badische Staatsangehörigkeit besitzen, zwei Jahre hier wohnhaft sind, eine Familie zu ernähren haben und hier den Unterstützungswohnsitz erlangt haben. Dem stadträtlichen Antrag, die beim Bau des Rangierbahnhofs beschäftigten, aus Mannheim zugewiesenen Arbeitslosen mit der Eisenbahn unentgeltlich an die Arbeitsstelle zu befördern, konnte das Ministerium aus prinzipiellen Gründen nicht entsprechen. Mit Großh. Bahnbauinspektor wurde ein Vertrag abgeschlossen, wonach die Stadt die Aufbereitung von 400 Kubikmeter Kalk-Bruchsteinen zu Bahnschotter durch Arbeitslose um 1.50 Mk. pro cbm übernahm.

Bis zum Abschluß der Liste am 28. März 1903 meldeten sich beim städtischen Tiefbauamt 1106 Arbeitslose; hiervon erhielten 571 Karten zur Beschäftigung, 447 wurden zur Empfangnahme der Karten erfolglos aufgefordert, 83 erfüllten die Bedingungen zum Einstellen nicht. Die Arbeit nahmen auf: beim Steinschlagen 229 Mann, bei Grundarbeiten 174, für Erdarbeiten am neuen Rangierbahnhof wurden der Firma Helfmann zugewiesen 71, Karten haben erhalten, jedoch die Arbeit nicht aufgenommen 97, zusammen 571 Mann. Außerdem beschäftigte das Tiefbauamt über 400 ständige Arbeiter, und über 300 Arbeiter waren bei Privatunternehmern an außerordentlichen städtischen Tiefbauunternehmungen eingestellt.

Die Frage der Arbeitslosenversicherung ist immer noch ein ungelöstes Problem. Es beschäftigte sich u. a. damit die 9. Hauptversammlung der freien Vereinigung badischer Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen (Offenburg, 26. Oktober), wobei nach einem Referat von Verwalter Kempf-Mannheim folgende Resolution angenommen wurde:

„Die Versammlung erachtet die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als unumgänglich notwendig. Dieselbe muß auf der Basis einer öffentlich rechtlichen Institution mit Zwang für alle Arbeiter eingeführt werden, zu deren Lasten Reich, Unternehmer und Versicherte beizutragen haben. Als Träger dieser Versicherung werden die Krankenkassen bestellt und in Verbindung hiermit der Arbeitsnachweis. Beide Institutionen müßten einer gründlichen Ausgestaltung unterzogen werden. Die Höhe der Arbeitslosenunterstützung wäre in gleicher Höhe und Dauer zu bemessen, wie diejenige der Krankenunterstützung."

Gelegentlich der Interpellation über Arbeitslosigkeit und wirtschaftliche Notlage ergab sich im Oktober im Reichstag die nahezu einstimmige Überzeugung der Vertreter aller Parteien und Klassen, daß eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit geschaffen werden müsse. Der Einigkeit im Hinblick auf das Ziel stehe freilich eine Verschiedenheit in der Wahl der Wege gegenüber. Einerseits wird Anschluß an die Invalidenversicherung, andererseits an die Gewerkschaften

erstrebt. Immerhin herrscht jedoch bereits ziemliche Übereinstimmung in folgenden Punkten: 1. Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit muß als öffentlich rechtliche Institution mit Zwangscharakter eingeführt werden; 2. sie muß auf einem Zusammenwirken von Arbeiterorganisation und Gemeinde, Unternehmerschaft und Reich beruhen; 3. als wichtiges Hilfs- und Kontrollorgan kann und muß ihr der Arbeitsnachweis dienen. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte im Reichstag, daß die verbündeten Regierungen zu dieser wichtigen Frage in allernächster Zeit Stellung nehmen würden.

3. Wohlfahrtsbestrebungen in gemeinnützigem Interesse.

In beredter Weise verkünden folgende dürre Zahlen, wie viel Not es gerade im vergangenen Jahre zu lindern galt: Der hiesige Verein gegen Haus- und Straßenbettel unterstützte im Jahre 1900: 5522, 1901: 7713, 1902: 8591 durchreisende bedürftige Personen.

Die Leistungen der Vereins verteilen sich auf 545 Mittagessen, 8046 Abendessen mit Obdach und Frühstück. Nach den Heimatländern verteilten sich die Vorsprechenden auf: Preußen 2612, Bayern 1773, Württemberg 911, Baden 692, Sachsen 641, Hessen 286, Reichsland 196, des weiteren auf Österreich 963, auf die Schweiz 333, sonstige Ausländer 184. Die Gesamtzahl der Unterstützten beträgt seit Bestehen des Vereins 1881/82 253649. Die Kassen- und Vermögensverhältnisse des Vereins blieben trotz den zunehmenden Anforderungen der letzten Jahre noch befriedigend. Die Zahl der Mitglieder des Vereins ist von 1653 auf 1626, demnach leider abermals um 27 Mitglieder in Folge Ablebens, Wegzugs und dergl. nach Abzug der Neueingetretenen zurückgegangen. Der Mindestbeitrag ist 25 Pfg. im Monat; es leisteten diesen 868 Mitglieder, während 758 größere Beiträge bezahlten.

Die städtische Wärmehalle, die in die ehemalige Dragonerkaserne in M 3 verlegt wurde, da das bisherige Lokal im Bauhof der Berufsfeuerwehr zugewiesen werden mußte, war vom 28. November 1901 bis 12. März 1902 geöffnet und in diesen 16 Wochen von ca. 4220 Personen besucht; die meist vertretenen Berufsstände waren: Taglöhner, Maurer, Schlosser, Gypser, Tapeziere und Tüncher.

Die Frauenwohltätigkeit konzentriert sich, abgesehen von dem ersprießlichen Wirken der konfessionellen Frauenvereine, wie des protestantischen Gustav-Adolf-Frauenvereins und des katholischen St. Elisabethenvereins, hauptsächlich in dem seit einer langen Reihe von Jahren hier auf Linderung von Not und Unglück und auf die Förderung sozialer Fürsorge bedachten Zweigverein des badischen Frauenvereins. Der jetzt in sieben Unterabteilungen zerfallende Frauenverein, an dessen Spitze seit Jahren als Vorsteherin Fräulein Elise Gärtner und als Beirat Major z. D. Seubert stehen, trat mit 1411 Mitgliedern ins Jahr 1903. Die Einnahme betrug im Berichtsjahr 20556 Mk., die

Ausgabe 20494 Mk. Das Grundstocksvermögen beläuft sich auf 24725 Mk. An Schenkungen kamen dem Gesamtverein 3500 Mk. zu. Über die Wirksamkeit der einzelnen Abteilungen sei folgendes mitgeteilt:

Abteilung I. Arbeitssaal und Kriegshilfe. Vorsitzende Frau Geh. Kommerzienrat Diffené, Beirat Polizeidirektor Schäfer. Der Vorstand dieser Abteilung verlor im Anfang des Jahres 1902 sein ältestes und hochverdientes Mitglied, Frl. Betty Orff. (vgl. S. 70). Es betrug die Mitgliederzahl 373, die Einnahme 13106 Mk. und Ausgabe 12901 Mk. An Schenkungen gingen 1505 Mk. ein. Das Vermögen des Arbeitsaals stieg auf 16934 Mk. von 15072 Mk. im Vorjahr; 6393 im Berichtsjahr 1902 angefertigte Gegenstände, von denen einige Tausend im Arbeitsaal zugeschnitten worden sind, sprechen für den Fleiß und die Aufopferung für die gute Sache. Die andere Aufgabe der Abteilung I ist die Vorbereitung der Maßnahmen im Falle eines Krieges oder eines großen, die Allgemeinheit treffenden Unglücks. Vom besten Erfolg waren die bisherigen Bemühungen in dieser Richtung begleitet. Dreizehn jungen Damen eines Kurses in Theorie und Praxis der Kranken- bezw. Verwundetenbesorgung, des zweiten bereits, wurden am 26. Mai die Befähigungszeugnisse ausgefolgt. Die schönen Erfolge auf diesem Gebiet sind mit dem unterrichtenden Arzt Dr. Robert Seubert zu verdanken. Zur Bestreitung der ersten Ausgaben im Kriegsfall verfügt die Abteilung I als Kriegshülfe bereits über einen Fond von rund 6000 Mk.

In Abteilung II Frauenarbeitsschule, Vorsitzende Frau Oberst von Renz, Beirat Major z. D. Seubert, betrug die Zahl der Mitglieder 73. Einer Einnahme von 14526 Mk. steht die Ausgabe mit 14416 Mk. gegenüber; Schenkungen 1000 Mk. Der Pensionsfond der Industrielehrerinnen, 8865 Mk., erhielt über 600 Mk. Zuwendungen. Wie seit Jahren verdankt die Frauenarbeitsschule der Staats- und der Stadtbehörde einen Zuschuß von 600 bezw. 1650 Mk. Einschließlich einer Grundschuld von 47000 Mk. beläuft sich das Vermögen der Abteilung II, bestehend in Haus und Einrichtung, auf 59243 Mk. Die Zahl der Schülerinnen betrug 194.

Abteilung III Privatpflegestation und Krankenpflege. Vorsitzende Fräulein Anna Mohr, Beiräte Stadtpfarrer Ahles, Stadtpfarrer Bürk und Privatmann Fr. Rippert. Die Abteilung hat 91 Mitglieder. Ihre Einnahme beziffert sich auf 14100 Mk., die Ausgaben auf 13910 Mk., Geschenke 500 Mk., das Vermögen auf 54952 Mk. Die Station ist mit 12 Pflegeschwestern besetzt. Die waderen Schwestern vom Roten Kreuz pflegten an 2702 Tagen und 220 Nächten und hatten 604 Einzelbesuche zu machen. Die Zahl der verpflegten Kranken ist 156.

Abteilung IV Armenunterstützung. Vorsitzende Fräulein Elise Gärtner, Beiräte Stadtpfarrer Ahles und Stadtdekan Joseph Bauer. Mitglieder zählt die Abteilung 384. Die Einnahme ist 14979 Mk., die Ausgabe 14976 Mk., an Geschenken sind 4863 Mk. zu verzeichnen. Die den einzelnen Bezirken vorstehenden Damen haben wiederum ihres oft recht schwierigen Amtes, des Besuches der kranken Notleidenden, mit vollster, nicht genug zu dankender Hingebung gewaltet. An der Bekämpfung der furchtbaren Volkskrankheit, der Lungentuberkulose, hilft die Abteilung IV ebenfalls nach Kräften mit. Im Berichtsjahr konnten von der Abteilung IV 26 einer Soolbadkur bedürfende Kinder nach Rappenau zu vierwöchentlichem Aufenthalt entsandt werden, was einen Aufwand von 1050 Mk. verursachte. Einige Kurbedürftige waren von Wohltätern mitgeschickt darunter. Die Abteilung IV läßt ferner alljährlich unbemittelte Töchter unentgeltlich im Handnähen und Bügeln ausbilden. Diesmal waren es 20, was einen Aufwand von 804 Mk. verursachte. Die Oberleitung der Soolbadkur in Rappenau und die des Handarbeitsunterrichts ist Frau Geh. Kommerzienrat Ida Ladenburg seit Jahren übertragen.

Abteilung V Unterrichtswesen. Den Vorsitz führt Frau Luise Hoff, Beirat ist Stadtpfarrer Hitzig. Ein kleiner Beitrag aus der Kasse des Gesamtvorstandes ermöglicht dieser Abteilung, ihre Ausgaben zu bestreiten. Die für Heizung, Beleuchtung und Entlohnung von drei mitarbeitenden Industrielehrerinnen erforderlichen Kosten werden von der Stadt getragen, die nötigen Räumlichkeiten im R-Schulhaus und in der Luisen- und der Hilda-Schule stellt die Stadt zur Verfügung. Ein reger Besuch von 160 Teilnehmerinnen und schöne Erfolge waren ein befriedigender Lohn für die Bemühungen dieser Abteilung.

Abteilung VI, Volksküche. Vorsitzende Frau Privatmann Lise (Alfred) Lenel, Beiräte Privatmann Philipp Bender und Fr. Rippert, der gleichzeitig das Ehrenamt des Rechners begleitet. Auch Abteilung VI hat nur Vorstands- und Hilfsdamen, keine zugeschriebenen Mitglieder. Die Damen des Abteilungsvorstanaes, Hilfsdömen und Beiräte, unterstützt durch ein wohlgeschultes, fleißiges Personal, helfen in gemeinsamer Arbeit die Volksküche zu einem Segen zu gestalten für Tausende, die hier jahraus, jahrein für ganz mäßige Vergütung kräftigende Kost zur Mittagszeit, erquickenden Kaffeetrank tagsüber finden. Suppe zu 10 Pfg., wohl gemessen, mit einem 3 Pfg.-Brot, vermag den ersten Hunger zu stillen. Für 20 Pfg. erhält der Besucher ein Mittagessen, bestehend aus Suppe, Gemüse und Fleisch, und dieselben Gänge reichlicher bemessen gegen Zahlung von 30 Pfg. Wer auf die Suppe Verzicht leisten will, kann für 25 Pfg. Fleisch und Gemüse erhalten. Altem Herkommen folgend ist der fleischlose Fasttag — der Freitag — beibehalten worden, und wie der Augenschein lehrt, ist die Anstalt nie besser besucht, als wenn der Speisenzettel Suppe, Mehlspeise und Obst ankündigt. Geistige Getränke werden nicht verabreicht, dagegen ist den ganzen Tag über, von morgens 7 Uhr bis 6 Uhr abends, Milchkaffee mit Zucker oder Milch oder Kakao nebst Brötchen zu 5, 7 bezw. 8 oder 10 Pfg. zu haben. Nicht nur für die Einzelstehenden aller Berufsarten ist durch Darbietung gemütlicher Räume zum Speisen an Ort und Stelle gesorgt, denn für Aufenthalt in einem Sonderzimmer ist durch Aufzahlung von 5 Pfg. Gelegenheit geboten, sondern auch ganze Familien, denen aus irgend einem Grund das Selbstkochen unvorteilhafter erscheint, holen das Essen an dem eigens dafür bestimmten Schalter über die Straße. Eine andere Wohlfahrtseinrichtung der Volksküche verdient umsomehr Hervorhebung, als der seltenere Gebrauch zu beweisen scheint, daß sie noch nicht so bekannt ist, wie sie es verdient; die Abgabe sogenannter Krankensuppen, die besonders kräftig mit Fleischbrühe gekocht, auf's sorgfältigste zubereitet, 15 Pfg. kosten und täglich zu haben sind. Der Betrieb der Volksküche wie der Absatz der Speisen sind sehr bedeutend. Im Betriebsjahre wurden verabreicht: Suppen zu 10 Pfg. 12276 (12328), Gemüse und Fleisch zu 25 Pfg. 17262 (14305) Portionen, ganze Essen — Suppe, Fleisch und Gemüse — zu 20 Pfg. 91150 (85140) und sogenannte große Essensportionen 64306 (83308) zu 30 Pfg. Dazu kommen 56594 (63619) 3 Pfg.-Brote und 4827 (5790) Krankensuppen zu 15 Pfg. Außerdem wurden in der Volksküche 85339 (72045) Tassen Kaffee mit Milch und Zucker, oder Kakao und hierzu 76631 (74657) 3-Pfg.-Brötchen genommen. Von den Sonderzimmern für Männer und Frauen haben gegen Erlegung der Gebühr von 5 Pfg. 13050 (16943) Personen Gebrauch gemacht. Die von der Armenkommission der Volksküche übertragene Herstellung der täglich unentgeltlich ausgeteilten Suppe zu 3 Pfg. 426895 (319369) und 3712 (3207) Portionen Krankensuppe zu 7½ Pfg. stellen noch weitere Anforderungen an Leitung und Dienstpersonal. 1166 (1176) Kilo Fleisch und 82 (83) Kilo Leber kamen zum selben Zweck zur Ausgabe. In Einnahme wurden gebucht: für abgegebene Speisen 67620 (68688) Mk. und 6608 (4991) Mk. Sonstiges und in Ausgabe 74993 (94712) Mk. Unter der Einnahme befindet sich der städtische Zuschuß mit 3000 Mk., unter Ausgabe aber auch, und zwar

zum ersten Mal in Höhe von 5500 Mk., der Posten für die Miete der von der Stadtbehörde der Volksküche im Allgemeinen Krankenhaus überlassenen Räumlichkeiten; bis zum Berichtsjahr hatte die der Stadt zu zahlende Entschädigung 2500 Mk. jährlich betragen. Die Volksküche besitzt ein eigenes Vermögen von 55870 (47400) Mk. Daneben besteht das von der Stadt verwaltete Jörgersche Stiftungskapital mit 37000 Mk. Daß das Daniederliegen von Industrie und Handel sich auch in der Frequenz der Volksküche bemerkbar machte, ist nicht zu verkennen. Trotzdem ist aber die jetzige Volksküche an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt und die Frage der Errichtung einer zweiten Volksküche zur Entlastung jener wird immer brennender, aber ihrer befriedigenden Lösung stehen noch mancherlei Schwierigkeiten entgegen. Für die allgemein anerkannte, musterhafte Betriebsleitung gebührt den Vorstands- und Hilfsdamen wärmster Dank. Mit vielem Aufwand von Zeit und Kräften ermöglichen sie die glatte Abfertigung der namentlich um die Mittagsstunde in hellen Haufen zuströmenden Gäste. Nicht nur Männer und Frauen, auch jugendliche Besucher sieht die Volksküche in ihren Sälen. Hier nehmen, auf Kosten von Vereinen oder von Wohltätern, Schulkinder in nicht unbeträchtlicher Zahl ihre Mahlzeit ein; 75 Kinder wurden auf genannte Art regelmäßig gespeist. Erst vor kurzem wurde, nach dem letzten Willen eines edlen Menschenfreundes, der Stiftungskommission eine namhafte Summe ausgefolgt, deren Zinsen zu gleichem Zweck verwendet werden sollen. Und der Vorstand der Volksküche selbst hat der Abteilung IV zur Austeilung an Arme, Kranke und Schulkinder die schöne Zahl von 2731 Freikarten übergeben, die zum Essen in der Anstalt oder zur Abholung von Speisen über die Straße berechtigen. Eine höchst empfehlenswerte Art des Almosengebens, die immer noch nicht so beliebt zu sein scheint, wie sie es im Interesse von Bittenden und Gebern sein sollte, ist der Ankauf von Suppen- oder Speisenmarken an der Kasse der Volksküche und ihre Austeilung anstatt baren Geldes.

Im Berichtsjahre wurde der Frauenverein durch eine neue, siebente Abteilung erweitert, die sich der Heranbildung weiblicher Dienstboten widmet. In den Vorstand traten: Frau Lise Lenel (als Vorsitzende), Frau Anna Scipio, Frau Leontine Simon und als Beirat Oberlehrer Schmidt.

Als Zweck dieser Vereinigung wurde bezeichnet, schulentlassenen Mädchen eine Lehrzeit zu verschaffen, die sie befähigt, den Beruf des Dienstmädchens zu ergreifen oder sich zu Gunsten ihres eigenen späteren Haushaltes auszubilden, ohne daß den Eltern hieraus Kosten erwachsen. Da es erwiesenermaßen dem jungen Mädchen an Ausbildungsmöglichkeiten für eine zukünftige Stellung als Dienstbote fehlt, und andererseits viele Frauen eine junge Arbeitskraft im Hause brauchen, so erfüllt der Verein die Aufgabe, die Vermittelungsstelle zu sein, bei der sich Frauen zum Lehren und Mädchen zum Lernen melden können. Die Erfahrung lehrt, daß es das Beste ist, die Mädchen „für die Familie in der Familie" zu schulen. Hausfrauen und alleinlebende Damen, die die Schulung eines Dienstboten-Lehrmädchens übernehmen, haben durch die Vermittelung des Vereins, der nur solche Mädchen aufnimmt, die durch ihre Lehrer oder durch eine den Damen bekannte Persönlichkeit empfohlen sind, eine gewisse Garantie, daß das ihnen überwiesene Mädchen aus ordentlicher Familie ist. Durch das Übereinkommen, das zwischen Eltern und Lehrfrauen geschlossen ist, kann das Verhältnis von Seiten des Mädchens nicht willkürlich gelöst werden. Die Lehrfrau verpflichtet sich dem Verein gegenüber, das Mädchen in den Betrieb eines geordneten Hauswesens einzuführen und nach bester Einsicht zu belehren. Der Vorstand behält die Lehr-

mädchen während des ganzen Lehrgangs beständig im Auge und sorgt für ihr körperliches und sittliches Wohlergehen. Die Lehrmädchen werden auf's sorgfältigste ausgewählt, beim Dienstantritt rüstet man sie, nach Bedarf, mit Weißzeug und einfacher Kleidung aus und ist für die Festsetzung eines bescheidenen Lohnes besorgt. Gleich bei der Entstehung der Abteilung meldeten sich 32 Lehrfrauen zur Übernahme von Mädchen; sie konnten sämtlich befriedigt werden. Am Schluß des Berichtsjahres waren noch 23 Lehrmädchen in ihrer Stellung, kein ungünstiges Ergebnis für das junge Unternehmen. Daß auf beiden Seiten, trotz gewissenhafter Prüfung der Verhältnisse, Ungeeignete mit unterliefen, ist nicht zu vermeiden, denn manche Lehrfrau vermag nicht zu erfüllen, was sie versprochen hat und unter den Lehrmädchen erweist sich die eine oder andere als physisch oder moralisch zum Dienen ungeeignet, oder aber sie zieht, statt sich an die unumgänglich nötige Unterordnung zu gewöhnen, die scheinbar mehr Freiheit und Lebensglück bietende Beschäftigung als Arbeiterin irgend welcher Art vor.

Die Mitgliederzahl des Vereins zur Hebung des Dienstbotenwesens ist auf 177 Herrschaften mit 259 Dienstboten gestiegen. Beim Kassenabschluß des Berichtsjahres standen 832 Mk. Ausgaben 1414 Mk. Einnahmen gegenüber. Die Preisverteilung fand wie alljährlich am 3. Dezember, dem Geburtstag der Großherzogin, im Harmoniesaale statt.

Im ganzen wurden 63 Dienstboten prämiiert, gegen 44 im Vorjahre. Die Vermehrung entfällt auf die Dienstboten mit einer Dienstzeit von 1 bis 5 Jahren, eine sehr erfreuliche Erscheinung, da bekanntermaßen gerade in diesen Jahren der meiste Wechsel vorzukommen pflegt. Die Prämiierung gewann dadurch eine erhöhte Bedeutung, daß an zwei Dienstboten mit 40 und 50 Jahren Dienstzeit das von der Frau Großherzogin gestiftete Ehrenkreuz verliehen wurde. Es erhielten das silbervergoldete Ehrenkreuz für 40jährige Dienstzeit Marie Elisabetha Rieg bei Frau Gustav Hagen, und das silbervergoldete Ehrenkreuz mit Kranz für 50jährige Dienstzeit Friederika Kaßner bei F. A. Walter.

Der Verein Rechtsschutzstelle für Mädchen und Frauen, dessen Zweck in der vorjährigen Chronik S. 216 eingehend geschildert wurde, blickt auf eine ausgedehnte und gegen frühere Jahre wesentlich gesteigerte Tätigkeit zurück.

Im Jahre 1902 hatte die Rechtsschutzstelle 1028 Besuche von 434 Personen zu verzeichnen, gegenüber 708 Besuchen von 331 Personen im Vorjahre. Die Zahlenübersicht (die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Zahlen des Vorjahres) ergibt, daß sich die Auskünfte auf folgende Gebiete verteilen: Ehestreitigkeiten 43 (43); Dienst- und Lohnstreitigkeiten 57 (53); Mietstreitigkeiten 21 (23); Alimentationsklagen 30 (34); Schuldforderungen 96 (78); sonstige Fälle 187 (120). Durch Rat und Auskunft wurden 272 Fälle erledigt, durch unmittelbares Eingreifen 155, und durch Verweisung an Anwälte 7. Von den Ratsuchenden waren 145 ledig, 256 verheiratet und 33 verwitwet oder geschieden; 217 erwerbstätig und 217 nicht erwerbstätig.

Der im Vorjahr gegründete Hauspflegeverein, dessen Protektorat die Frau Großherzogin übernahm, teilte in seinem ersten von Frau Kommerzienrat Zeiler und Frau Landgerichtsrat von Dusch erstatteten Jahresbericht folgendes über seine Wirksamkeit mit.

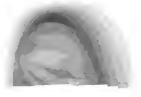
Vom 1. Januar 1902 bis 31. Dezember 1902 wurden im ganzen 299 Pflegen geleistet, von denen 12 erst nach dem 1. Januar 1903 endeten. In die Beaufsichtigung dieser Pflegen teilten sich 9 Mitglieder des Vorstandes und weitere 24 Damen. Für die Einteilung der Stadt in Bezirke waren dem Verein die städtischen Armenbezirke maßgebend, wobei die Stadtteile Waldhof, Käferthal und Neckarau im Hinblick auf deren entfernte Lage einstweilen noch keine Berücksichtigung finden konnten. In den einzelnen Bezirken nahmen während dieses ersten Jahres der Vereinstätigkeit je 1—2 Damen, sogenannte „Bezirksvorsitzende", die Anmeldungen der Pflege heischenden Familien entgegen und suchten die betreffenden Familien auf, um die Richtigkeit der gemachten Angaben zu prüfen und um sich zu überzeugen, ob eine Unterstützung durch Hauspflege angebracht sein würde. Die gleichen Damen überwachten später die gewährten Pflegen, zu welchem Zwecke sie bei einer 8—10tägigen Wochenbettpflege gewöhnlich zwei Besuche in der betreffenden Familie machten. Bei Krankheit oder Abwesenheit der Ehefrau wurden meist mehr Besuche nötig. Die geringste Zahl der von einer Dame überwachten Pflegen betrug 1, die höchste Zahl 26 in einem Bezirk der Schwetzinger-Vorstadt, der einem Vorstandsmitglied zugeteilt ist. Die 299 Pflegen wurden von 29 Pflegerinnen ausgeführt. Grundsätzlich wurden hierzu Frauen im Alter von 40—55 Jahren verwendet, versuchsweise auch ältere, deren Kräfte für solche Pflegedienste noch ausreichten. Am Schlusse des Jahres 1902 verfügte der Verein über 19 Pflegerinnen. Im Laufe des Jahres traten nämlich einige Pflegefrauen freiwillig zurück, eine erkrankte, andere schließlich erwiesen sich als nicht geeignet zur Pflege, da sie sich den Anordnungen des Vereins nicht fügten. Im allgemeinen ist es nicht leicht, passende Pflegerinnen zu finden, doch ist zu hoffen, daß es dem Verein auf die Dauer gelingen wird, zuverlässige Frauen dazu auszubilden. Im Laufe des Jahres konnte 37 bedürftigsten der verpflegten Familien durch Austeilung von Kinderzeug, Wäsche und Kleidungsstücken weitere Hilfe gewährt werden. Lebensmittel, Volksküchenmarken (auch solche für Krankensuppe) und von privater Seite gespendetes Essen erhielten 66 Familien. Die Einnahmen des Vereins betrugen 8982.51 Mk. (darunter Beiträge mit 5669.50 Mk., Geschenke mit 2475.70 Mk.), die Ausgaben 8982.51 Mk. Die Anzahl der verpflegten Familien betrug im ersten Vereinsjahr 299, wovon 287 Pflegen bis Jahresschluß erledigt waren. Diese bestanden in 1872 ganzen und in 1035 halben Pflegetagen. Grund der Pflege war: Wochenbett 151 Fälle, Krankheit 118, Spital- oder Asyl-Aufenthalt der Frau 8. Von den verpflegten Familien waren kinderlos 17, 1 Kind hatten 34, 2 Kinder 77, 3 Kinder 64, 4 Kinder 43, 5 Kinder 21, 6 Kinder und mehr hatten 31 Familien. Von den 287 Familienoberhäuptern waren: gelernte Arbeiter 122, ungelernte Arbeiter (Taglöhner) 110, kaufmännische Angestellte 15, Beamte 23, Diener und Kellner 3, Künstler und Musiker 2, Witwen 5, ohne Beruf 7. Das wöchentliche Einkommen betrug: unter 10 Mk. in 13 Fällen, 10—14 Mk. in 10, 15—18 Mk. in 80, 19—22 Mk. in 64, 23—25 Mk. in 65, über 25 Mk. in 43, unbestimmt in 12 Fällen, zusammen 287 Fälle. Die Religion war in 129 Fällen evangelisch, in 89 katholisch, in 2 israelitisch, in 5 freireligiös, in 62 Fällen wurden Mischehen konstatiert.

Der im Vorjahr neu ins Leben gerufene Krippenverein eröffnete am 23. Juni 1902 den Betrieb seiner ersten Kinderkrippe in der Neckarvorstadt (15. Querstraße No. 15). Der unter dem Protektorat der Großherzogin von Baden stehende Verein entfaltete unter seinem rührigen Vorstand (Vorsitzende: Frau Ida Ladenburg, stellvertretende Vorsitzende: Frau Marie Engelhorn,

Schriftführer und Schatzmeister: Emil Mayer) eine ersprießliche Tätigkeit. Zur Aufnahme in Tagespflege sind Kinder von 14 Tagen bis zu 3 Jahren zugelassen, deren Mütter in Tagesarbeit stehen.

Wenn die Not des Lebens die Mutter zwingt, außerhalb des Hauses zu arbeiten, so soll die Krippe den Kindern eine Heimstätte bieten, in der sie tagsüber Pflege und Schutz finden, damit sie nicht unter fremden, ungeschickten Händen verkümmern oder verkrüppeln. Wie nahe liegt sonst die Gefahr, daß jene Kinder, statt eine Stütze, eine Last des Staates werden! In der Krippe wird jedes kleine Kind frühmorgens gebadet, jedes größere gründlich gewaschen. Sämtliche Kleidungsstücke eines Kindes kommen in hierfür bestimmte Säckchen. Abends werden den Kindern wieder statt der Anstaltskleidung ihre eigenen Sachen angezogen. Betreten wir das Heim der Krippe, so gelangen wir vom Vorraum zunächst in eine kleine Milchkoch-Küche, die dazu dient, die Milch zu wärmen. Der kleine Raum ist mit weißen Wandplättchen belegt und mit einem Gasherd versehen. Dann folgt das Badezimmer, das ein Schmuckstück des Hauses bildet. Drei kleine Badewannen, ein Waschtisch und zwei Wickelkommoden sind die Haupteinrichtungsstücke des Zimmers, dessen Warmwasserleitung besonders praktisch erscheint. Ein Schacht, der im Badezimmer angebracht ist, mündet in der Waschküche, sodaß die gebrauchte Wäsche von hier aus direkt in die Wascheinrichtung gelangt. Neben dem Badezimmer ist der Schlafraum für die größeren Kinder, die nicht in Bettchen, sondern auf Liegepritschen zur Ruhe gelegt werden. Zwei große Schränke, von denen einer in diesem Zimmer steht, enthalten die Wäscheschätze des Hauses. Vom Schlafzimmer aus kommen wir in den großen Eß- und Spielsaal, der den Kindern zum Aufenthaltsort während der kälteren Jahreszeit dient. Von zwei großen Wandbrettern lacht den Kleinen Spielzeug entgegen. Vor diesem Saal befindet sich eine Veranda, von der eine Treppe direkt in den Garten führt. Neben dem Eßsaal liegt ein zweiter großer Schlafraum; eine Reihe von Kinderwagen und Kinderbettchen sind hier aufgestellt. Ein kleines Wohnzimmer, für den Arzt bestimmt, bildet den Schluß der Räume des ersten Stockes. Im Souterrain des Hauses befindet sich die Küche, neben dieser eine Waschküche. Die Einrichtungen für die Niederdruck-Dampfheizung befinden sich gleichfalls im Souterrain, ebenso zwei Haushaltungskeller. Im dritten Stock sind die Zimmer für die Hausmutter und das Dienstpersonal. Ein kleines Zimmer in einem Zwischenstock soll dafür dienen, plötzlich erkrankte Kinder sofort zu isolieren. Zum Bau und zur Einrichtung der Krippe hat eine große Anzahl Firmen in uneigennützigster Weise fördernd beigetragen. Der Besuch der Krippe entspricht den Erwartungen, die man bei ihrer Gründung hegte. Gegen Ende des Jahres waren täglich 20--30 Kinder dorten, die kleinsten 6 Wochen, die größten 3 Jahre alt. Die weitaus größte Mehrzahl der Krippenschützlinge sind rachitische, pflegebedürftige kleine Wesen, für die die Fürsorge der Krippe meist ein neues Aufleben bedeutet. Hieraus ergibt sich, wie sehr diese Krippenarbeit dem Gesamtwohl zugute kommt. Die Frau Großherzogin besichtigte während ihres Hierseins die Anstalt und äußerte sich sehr lobend über deren Einrichtung.

Die Tätigkeit der zahlreichen Kinderbewahr- und Waisenanstalten verlief in segensreicher, stiller Arbeit, über die der Chronist dem in den früheren Bänden gesagten nicht viel neues hinzuzufügen hat. Eine Neugründung des Berichtsjahres war die im Sommer eröffnete evangelische Kleinkinderschule auf dem Lindenhof (Windeckstraße 12, seit 1. März 1903: Hinterbau des Hauses Windeckstr. 9).



Mit Ende des ersten Jahres genossen bereits etwa 150 Kinder die Wohltat dieser Anstalt, die unter ihrem eifrigen Vorstand (Stadtvikar W. Sauerbrunn, Vorsitzender, Privatmann Karl Friedrich Geber, stellv. Vorsitzender, Bankdirektor August Esch, Rechner, Fabrikant Georg Frey, Schriftführer) und unter der Fürsorge einer tüchtigen Kinderschwester aus dem Karlsruher Mutterhause sich in gedeihlicher Weiterentwicklung befindet.

Einige Monate nach der Eröffnung dieser Anstalt erhielt der Stadtteil Lindenhof katholischer Seits eine zweite gleicher Art mit dem am 8. Oktober 1902 eingeweihten St. Josefshaus-Lindenhof, einem stattlichen, auf dem Grundstück Bellenstraße 59 errichteten Bau, den einschließlich der Inneneinrichtung der um die Erbauung des hiesigen Wasserwerkes hochverdiente Ingenieur Oskar Smreker in edelster Freigebigkeit stiftete.

In dem von der Firma F. & A. Ludwig errichteten Gebäude befindet sich eine Kinderbewahranstalt und zugleich eine Station der Niederbronner Krankenschwestern. In jedem der beiden Stockwerke ist ein Saal vorhanden, der bequem 150 Kinder beherbergen kann. Bis zur Errichtung der katholischen Kirche auf dem Lindenhof wird in einem dieser Säle Schülergottesdienst gehalten. Am 18. Oktober stattete die Großherzogin dem Josefshause-Lindenhof einen Besuch ab und sprach sich über dessen zweckmäßige Einrichtung sehr anerkennend aus.

Eine hohe Ehre wurde dem Luisenhause und dem St. Josefshause in B 4. 4 zuteil durch den Besuch, den die Enkelin der Großherzogin Stephanie von Baden, Ihre Majestät die Königin-Witwe Carola von Sachsen, von Karlsruhe kommend, am 4. März 1902 diesen Wohltätigkeitsanstalten abstattete.

Ein schönes Fest beging am 19. November 1902 die Marien-Waisenanstalt, war es ihr doch vergönnt, den Tag zu feiern, an dem Fräulein Elise Gärtner vor 25 Jahren zur Vorsitzenden des Vereins gewählt wurde, dem diese Anstalt untersteht.

Die Marien-Waisenanstalt wurde im Jahr 1840 von der Prinzessin Marie von Baden gegründet. Ihr Zweck ist, verwaisten Mädchen das Elternhaus zu ersetzen und ihnen bis zum 16. Lebensjahre eine solche Erziehung angedeihen zu lassen, daß sie imstande sind, ihren Unterhalt zu erwerben. Sie finden meist Stellen in guten Häusern. Die Anstalt steht heute unter dem Protektorate der Erbgroßherzogin von Baden. Ein gut Teil ihrer gedeihlichen Entwicklung verdankt sie der unermüdlichen Tätigkeit ihrer Vorsitzenden. Fräulein Gärtner gehört zu jenen Frauen, die seit Jahren von der sozialen Mission der Frauen durchdrungen sind. Ihre weitverzweigte Tätigkeit in unserer Stadt, insbesondere ihre Wirksamkeit an der Spitze der Marien-Waisen-Anstalt und des Frauen-Vereins, haben ihr Gelegenheit gegeben, unendlich viel Gutes zu tun und gerade jener Teil ihrer Arbeit, der dazu diente, Kindern die rechten Pfade zu zeigen, sie zu werktätigen, charakterfesten Menschen zu erziehen, sichert ihr unversiegbare Dankbarkeit. Bei dem kleinen, einfachen Festakt, der aus diesem Anlaß veranstaltet wurde, feierte Kirchenrat Ruckhaber die hohen Verdienste der Jubilarin und Bürgermeister v. Hollander beglückwünschte sie namens der Stadtverwaltung.

Die von dem Verein Knabenhort mit einem jährlichen Zuschuß der Stadt (2500 Mk.) unterhaltenen Knabenhorte zeigten im Jahre 1902/3 folgenden

Bestand: Hort I (Neckarschule) in zwei Abteilungen 103 Zöglinge (Hortleiter Oberlehrer Bruder bezw. Unterlehrer Heitz und Hauptlehrer Fröber); Hort II (L-Schulhaus) 51 Zöglinge (Hortleiter Hauptlehrer Göller), Hort III (K V³-Schulhaus) 54 Zöglinge (Hortleiter die Hauptlehrer Kimmig und Nickel); Hort IV (Luisenschule) in zwei Abteilungen 104 Zöglinge (Hortleiter Oberlehrer Riegler und Hauptlehrer Sickinger) zusammen 312 Zöglinge.

Der durch eine hochherzige Stiftung ermöglichte Ausflug wurde dieses Jahr von Hort I nach Heidelberg, Schloß und Königstuhl, und von Hort II, III und IV nach Weinheim und Umgebung unternommen. Die Weihnachtsfeiern der einzelnen Horte nahmen wie alljährlich einen erhebenden Verlauf; die turnerischen Vorführungen, die Gesänge und Deklamationen der Zöglinge und die ausgestellten Handarbeiten fanden allseitige Anerkennung.

Der Verein Mädchenhort, gleichfalls durch einen städtischen Zuschuß (1000 Mk.) unterstützt, konnte in den von der Stadt zur Verfügung gestellten Schulräumen seine Tätigkeit im gleichen Umfang wie im vorausgegangenen Jahr fortsetzen. Hort I (Schulabteilung K V¹), geleitet von der Lehrerin Frl. Kühner, zählte 58 Zöglinge; Hort II (Hildaschule) unter Leitung der Lehrerin Frl. Bitterich hatte 56 und Hort III (Mollschule), geleitet von den Lehrerinnen Frl. Kesselbach und Frl. Tröge, umfaßte 55 Zöglinge, zusammen 169 Zöglinge.

Die freiwillige Mitarbeit einer größeren Zahl von Damen unterstützt die Hortleiterinnen wirksam bei der Beaufsichtigung und Anleitung der Kinder. Die gemeinsame Weihnachtsfeier der Horte fand unter Leitung der Vorsitzenden des Vereins, Frl. Elise Schmidt, in der Turnhalle der Hildaschule statt; sie verlief unter Gesang und Vorträgen der Kinder recht stimmungsvoll. Solche Veranstaltungen ermöglichen den Eltern und den Freunden der Jugendbildung den erwünschten Einblick in die Wirksamkeit der Kinderhorte und bilden gleichzeitig ein Band, das die Familie mit den für ihre Kinder treu besorgten Wohltätern verknüpft.

Warmes Frühstück, bestehend aus Milch und Brötchen, erhielten auf städtische Kosten an 86 Verpflegungstagen (vom 1. Dezember 1902 bis 1. April 1903) in der Friedrichschule 228 Kinder, im R-Schulhaus 174 Kinder, im L-Schulhaus 116 Kinder, im Schulhaus K V¹ 148 Kinder, im Schulhaus K V² 138 Kinder, im Schulhaus K V³ 239 Kinder, in der Neckarschule 333 Kinder, in der Hildaschule 442 Kinder, in der Luisenschule 286 Kinder, in der Mollschule 520 Kinder, in der Lindenhofschule 260 Kinder, im Schulhaus in Waldhof 112 Kinder, zusammen 2996 Kinder (im vorhergehenden Jahre 3391 Kinder). Der Aufwand hierfür belief sich auf 19208 Mk.

Die städtischen Schulbrausebäder wurden benützt in der Friedrichschule von 385, in den K V-Schulhäusern von 930, in der Hildaschule von 516, in der Luisenschule von 438, in der Mollschule von 773, in der Lindenhofschule von 544, zusammen von 3586 Kindern.

Über die auf städtische Kosten stattfindende unentgeltliche Abgabe von Lehrmitteln an arme Kinder gibt folgende Zusammenstellung für das Schuljahr Ostern 1902 bis Ostern 1903 Aufschluß:

	Zahl der Kinder	Gesamtaufwand	Aufwand pro Kind
Altstadt	2515	9446.91 Mk.	3.79 Mk.
Käferthal	35	110.97 „	3.17 „
Waldhof	124	248.77 „	2.— „
Neckarau	182	470.31 „	2.60 „

Sehr erfreuliche Erfolge hatte wiederum der Verein für Ferienkolonien zu verzeichnen. Ausgesandt wurden 435 Kinder; davon waren 101 Knaben und 105 Mädchen in Ganzkolonien, 137 Knaben und 66 Mädchen in Halbkolonien und je 23 Knaben und Mädchen im Solbad Rappenau untergebracht. Die Führung der Kolonien lag in bewährten Händen.

Die Verpflegung war allerorts eine ausgezeichnete, dementsprechend auch das Befinden der Kolonisten. Es konnten Gewichtszunahmen bis zu 9 Pfund festgestellt werden. Durchschnittlich betrug die Zunahme bei dreiwöchentlicher Entsendung für die Ganzkolonien der Knaben 0,751, der Mädchen 1,150, die Knabenhalbkolonien 0,956, die Mädchenhalbkolonien 1,090 kg, für Rappenau bei vierwöchentlicher Verpflegung 1,586 kg. Auffallend ist, daß die Gewichtszunahme in den Halbkolonien teils nahezu so groß, teils noch größer ist, als in den Ganzkolonien, ein deutlicher Beweis, wie wohltuend bei entsprechender Ernährung auch der nur halbtägige Aufenthalt der Kinder in frischer Waldesluft auf den Organismus einwirkt. Der Verein hat infolgedessen für die Zukunft besonders eine Vermehrung der Halbkolonien in Aussicht genommen, um so die Wohltat eines gesunden Ferienaufenthaltes möglichst breiten Schichten unserer Schuljugend zukommen zu lassen. Die Verpflegungskosten in den Ganzkolonien beliefen sich pro Kopf auf ca. 40 Mk., in Rappenau auf ca. 50 Mk., in den Halbkolonien dagegen auf nicht ganz 10 Mk. Insgesamt wurden einschließlich des städtischen Zuschusses 10653 Mk. im abgelaufenen Jahre aufgewendet.

4. Soziale Versicherung.

Der Mitgliederstand der Krankenkassen gibt ein Bild von der Lage des Arbeitsmarkts; die Verminderung der Gesamtzahl der Mitglieder der Orts- und Betriebskrankenkassen von 47332 auf 45592 ist ein weiteres Symptom ungünstiger Verhältnisse. Der Rückgang betraf hauptsächlich das männliche Geschlecht, während das weibliche in kaum nennenswerter Weise davon betroffen wurde. Bei den Betriebskrankenkassen, die vornehmlich den Beschäftigungsgrad der Großindustrie erkennen lassen, war die Zahl der weiblichen Mitglieder am Schluß des Jahres sogar etwas höher als im Anfang desselben, wogegen auch hier die Zahl der männlichen Beteiligten um ein beträchtliches sank.

Bezeichnung der Kasse	Mitgliederstand am Schluß des Vorjahres	Im Berichtsjahr sind		Mitgliederstand am Schluß des Jahres	Anzahl der	
		eingetreten	ausgetreten		Erkrankungen	Todesfälle
a) Ortskrankenkassen						
Mannheim I	20570	52254	53745	19079	13262	175
der Dienstboten	5692	8282	7074	5900	726	14
für Handelsbetriebe	5243	4976	4730	5489	1048	27
der Metzger	401	897	878	420	165	2
der Bäcker	432	1215	1194	453	107	5
für Neckarau	1590	2721	3001	1310	774	11
b) Betriebskrankenkassen	13404	12211	12674	12941	8884	98
Orts- und Betriebskrankenkassen zusammen	47332	82556	83296	45592	24966	332

Der der Generalversammlung vom 9. Juli 1903 vorgelegte Rechnungsabschluß der Ortskrankenkasse Mannheim I für 1902 verzeichnet unter den Einnahmen: Zinsen 9192 Mk., Beiträge für versicherungspflichtige Mitglieder 628798,88 Mk., durch freiwillige Mitglieder eingezahlte Beiträge 7419,56 Mk., Ersatzleistung Dritter für gewährte Krankenunterstützung auf Grund der §§ 50 und 57 (Regresse) § 57 a des Kranken-Vers.-Ges., Vorlagen für (auswärtige) Ortskrankenkassen und Rückvergütungen von Vorlagen für die Landesversicherungsanstalt Baden 11305,25 Mk. Zurückerstattete Unfall-Unterstützungen, Rentenvorschüsse ꝛc. 15943,95 Mk. Zurückerhobene Bankeinlagen inkl. verloster Wertpapiere im Nominalwert von 3000 Mk. 295874,45 Mk. Auf den Neubau aufgenommene Darlehen von der Landesversicherungsanstalt Baden in Karlsruhe 36000 Mk. Einzug der Beiträge zur Invaliditäts-Versicherung 5 % aus 237635,67 Mk. = 11881,78 Mk. Die Gesamteinnahmen betrugen 1120020,37 Mk. Die Ausgaben waren folgende: Für ärztliche Behandlung 79732,51 Mk., für Arznei 58877,41 Mk., für sonstige Heilmittel 12759,10 Mk., Krankengelder an Mitglieder 322004,84 Mk. (1901: 333721 Mk.), Krankengelder an Angehörige der Mitglieder 7091,28 Mk., Unterstützung an Wöchnerinnen 10929,75 Mk., Sterbegelder 16062,37 Mk., Kur- und Verpflegungskosten an Krankenanstalten (darunter 17748,50 Mk. an die Landesversicherungsanstalt Baden zu Karlsruhe für eingeleitete Heilverfahren) 115508,43 Mk. Fürsorge für Rekonvaleszenten nach Beendigung der Krankenunterstützung ꝛc. 2206,39 Mk. Rentenvorschüsse und Unfallunterstützungen 12263,80 Mk. Ersatzleistung an Dritte für gewährte Krankenunterstützung an Mitglieder 5656,42 Mk. Zurückgezahlte Beiträge 4644,60 Mk. Persönliche Verwaltungskosten 46346,36 Mk. Sachliche Verwaltungskosten 10277,01 Mk. Verwaltungskosten für die Geschäftsführung der Invalidenversicherung (Gehälter an das Bureaupersonal 12600 Mk., sachliche Ausgaben 1250 Mk.) 13850 Mk. Sonstige diverse Ausgaben und Zinsen der Darlehen 17347,88 Mk. Kassensaldo am 31. Dezember 1902 49334,72 Mk., zusammen 1120020,37 Mk. Die Vermögensaufstellung für Ende 1902 zeigt nachstehendes Bild: Kassen-Saldo (Betriebsfond) auf 31. Dezember 1902 49334,73 Mk., Guthaben bei der Bad. Bank auf Checkkonto 10062,53 Mk., vorhandene Wertpapiere im Nominalwert von 262600 Mk. zum Kurswert vom 31. Dezember 253777,70 Mk., Verwaltungsgebäude, Friedrichsring 28, Kupprechtstraße 2 und 4, Aufwand

bis 31. Dezember 1902 384725,65 Mk., hiervon ab Darlehen der Landesversicherungs-Anstalt in Karlsruhe 216000 Mk., Badische Bank 100000 Mk.) 68725,65 Mk. Ausstehende Beiträge für 1902 7571,81 Mk. Gesamtvermögensstand: 369209,23 Mk. Im Reservefond befinden sich 263840,23 Mk. in Wertpapieren und Bankeinlage (1901: 253446,89 Mk.), 68725,65 Mk. in Immobilien (Verwaltungs-Gebäude). Der Betriebsfond betrug 49334,73 Mk. (1901: 66634,16 Mk.) Die Durchschnittsziffer der Mitglieder für 1902 betrug 21440 (gegen 23042 im Jahre 1901 und 21405 im Jahre 1900).

Das ungünstige Betriebsergebnis des vorausgegangenen Jahres veranlaßte eine Erhöhung der Kassenbeiträge. In der außerordentlichen Generalversammlung vom Juli 1902 erklärte der Vorsitzende, Herr Hofstätter, daß das Anwachsen der Krankengelder (mehr 1901 gegen 1900: 43870 Mk.) es der Kasse unmöglich gemacht hätten, die statutenmäßigen 10 % der Jahreseinnahme dem Reservefond zuzuführen; vielmehr mußten im Jahre 1901 dem Reservefond noch 14211,71 Mk. entnommen werden. Die beantragte Erhöhung der Beiträge wurde seitens der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einstimmig angenommen und dem § 28 der Statuten Abs. 1 folgende Fassung gegeben: Die wöchentlichen Kassenbeiträge werden festgesetzt: 1. Klasse wöchentlich 78 Pfg., 2. Klasse 69, 3. Klasse 60, 4. Klasse 39, 5. Klasse 30, 6. Klasse 21 Pfg. Diese Erhöhung trat am 28. Juli 1902 in Kraft.

Dem Geschäftsbericht der Ortskrankenkasse für Handelsbetriebe entnehmen wir folgendes: Die Mitgliederzahl ist 1902 gegenüber dem vorigen Jahr von 5243 auf 5477 gestiegen. Wenngleich diese Steigerung im Verhältnis zu früheren Jahren nicht außergewöhnlich zu bezeichnen ist, so erscheint doch der allmähliche Zuwachs sehr befriedigend, zumal viele Kassen im Rückgang begriffen sind. Die Zuführung zum Reservefond stand nicht in der gleichen Höhe wie im Vorjahre, das in finanzieller Hinsicht, das heißt in Bezug auf Erübrigung, seit Bestehen der Kasse die höchste Stufe einnahm. Der Reservefond ist im Jahre 1902 von 93352 Mk. auf 102091,25 Mk., also um 8739,25 Mk. gestiegen. Der eigentliche Reservefond soll betragen 109153,80 Mk., so daß zur Ergänzung 7062,55 Mk. am Jahresschluß gefehlt haben.

Zahl und Betrag der bewilligten Invalidenrenten stand hinter den Vorjahren wieder erheblich zurück. Es wurden bewilligt: 1900: 282 Renten im Betrag von 45741 Mk.; 1901: 236 Renten im Betrag von 39621 Mk.; 1902: 214 Renten im Betrag von 37229 Mk. Der Rückgang betraf hauptsächlich die kleineren Renten zwischen 130 und 140 Mk.

Invalidenrenten

Höhe der Renten Mk.	Alter der Rentenempfänger						Gesamtzahl der bewilligten Renten		Gesamter Jahresbetrag der bewilligten Renten	
	unter 30	30—40	40—50	50—60	60—70	über 70	im Berichtsjahr	im Vorjahr	im Berichtsjahr Mk.	im Vorjahr Mk.
bis 130	1	—	1	1	4	—	7	5	894,—	636,60
130—140	2	1	1	2	4	—	10	16	1355,40	2164,20
140—150	8	2	1	1	5	—	17	30	2456,20	4363,20
über 150	24	34	31	33	54	4	180	185	32523,60	32457,51
Summa	35	37	34	37	67	4	214	236	37229,20	39621,51

Der Betrag der im Berichtsjahr zugesprochenen **Altersrenten** ist wesentlich höher als 1901 und übertrifft die Summe von 1900 um rund 300 Mk.

Altersrenten

Höhe der Renten Mk.	Gesamtzahl der bewilligten Renten im Berichtsjahr	im Vorjahr	Gesamter Jahresbetrag der bewilligten Renten im Berichtsjahr Mk.	im Vorjahr Mk.
bis 140	--	—	—	—
140—160	—	4	—	661,20
160—180	2	4	339,60	685,20
über 180	13	3	2544,—	601,20
Summa	15	11	2883,60	1947,60

Bei dem **Schiedsgericht für Arbeiterversicherung** für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach in Mannheim waren im Jahre 1902 anhängig: Unfallsachen 759, Invaliden- und Altersrentensachen 97, zusammen 856. Von den Unfallsachen wurden 623, von den Invaliden- und Altersrentensachen 86, zusammen 709 erledigt und zwar: I. Unfallsachen: wegen Versäumung der Berufungsfrist 9, durch Zurücknahme der Berufung wegen völliger oder teilweiser Befriedigung des Anspruchs 65, durch Vergleich 17, durch völlige oder teilweise Abänderung der angefochtenen Bescheide 157, durch Zurückweisung aus sachlichen Gründen 343, auf andere Weise 32. II. Invaliden- und Altersrentensachen: wegen Versäumung der Berufungspflicht 3, durch Zurücknahme der Berufung wegen völliger oder teilweiser Befriedigung des Anspruchs 9, durch völlige oder teilweise Abänderung des angefochtenen Bescheids 3, durch Zurückweisung aus sachlichen Gründen 68, auf andere Weise 3. Rekurse und Revisionen gegen schiedsgerichtliche Urteile wurden im Jahre 1902 eingelegt 128. Erledigt wurden durch das Reichs- bezw. Landesversicherungsamt 107 und zwar durch Abänderung des Urteils 3, durch Aufhebung des Urteils 23 und durch Zurückweisung des Rekurses 81.

5. Organisierte Selbsthilfe.

Die im **Gewerkschaftskartell** Mannheim vereinigten freien Gewerkschaften beschlossen zunächst von der Erbauung eines eigenen Hauses abzusehen, und erneuerten den Vertrag mit der Ritterbrauerei, wonach das Gasthaus „Zum weißen Lamm" (H 1. 4) als Gewerkschaftshaus dient.

Darin stehen etwa 60 Betten für Herbergszwecke zur Verfügung. Eine Badeeinrichtung, sowie ein Desinfektionsapparat sorgen für die Reinlichkeit sowohl der Zureisenden, als auch der

Betten. Die saubere Fremdenstube erlaubt den Zureisenden, sich von den Strapazen des Tages zu erholen. Außerdem besitzt das Gewerkschaftshaus ein Bibliothek- und Lesezimmer, sowie ein Versammlungslokal. An Gewerkschaftsbeiträgen für das Arbeitersekretariat wurden aufgebracht: 2525 Mk. (gegen 2665 Mk. im Jahre 1901). Infolge Wegzugs des bisherigen Arbeitersekretärs Simon Katzenstein, der am 1. Mai 1902 aus seinem Amte schied, wurde diese Stelle vom Gewerkschaftskartell neubesetzt. Der neue Arbeitersekretär Bernhard Müller, bisher Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung", trat am 1. Mai 1902 seinen Dienst an.

Über die Tätigkeit des Arbeitersekretariats erschien im April 1903 der dritte Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1902 unter Berücksichtigung des Zahlenergebnisses von 1901. Die Frequenz des Arbeitersekretariats war in den letzten drei Jahren folgende: i. J. 1900: 5528, i. J. 1901: 7625, i. J. 1902: 7690 Personen. Die niederste Besucherziffer an einem Tage war im Berichtsjahr 11, die höchste 52 Personen. Von den 7690 Auskunftsuchenden waren nur ca. 3000 in Gewerkschaften organisiert, 1306 oder rund 16 % gehörten dem weiblichen Geschlecht an. Von den 7902 Auskünften wurden 7759 mündlich, 143 schriftlich erteilt, Schriftsätze wurden 1167 (gegen 1143 im Vorjahr) angefertigt. Die Auskunfterteilung erstreckte sich auf alle Gebiete des Rechtes. Gegenstand der Auskunft waren: Unfallangelegenheiten 1635, Krankenkassenwesen 688, Invaliditäts- und Altersversicherung 603, Entlassung gewerblicher Arbeiter 63, Lohnstreitigkeiten 399, sonstige Fälle aus dem gewerblichen Arbeitsverhältnis 351, Arbeitsverhältnis der Handlungsgehilfen 65, Gesinderecht 145, Mietrecht 742, Alimentation 232, Ehestreitigkeiten 201, Vormundschaft 86, Erbrecht 216, Kauf und Forderung 612, Abzahlung 111, verschiedene Zivilstreitsachen 274, Staatsangehörigkeit 184, Steuersachen 62, Armensachen 180, Militärsachen 48, Beleidigungen 74, verschiedene Strafsachen 300, Fabrikinspektion 16, sonstige Anfragen 267. — Hieraus ist ersichtlich, daß der Hauptanteil der Auskunfterteilung auf das Gebiet der Arbeiterversicherung entfällt, mit insgesamt 2926 Fragen; das bürgerliche Recht war mit 2200, das gewerbliche Arbeitsverhältnis mit 1161 Fragen vertreten.

Der „Deutsche Metallarbeiterverband" eröffnete im Mai 1902 im Hause Q 3. 10/11 eine eigene Geschäftsstelle mit einem festangestellten Beamten.

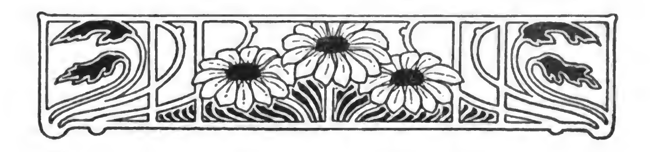
Das in Verbindung mit den christlichen Gewerkschaften und dem katholischen Arbeiterverein stehende Volksbureau für die badische und bayerische Pfalz (in K 1. 17, Sekretär: Florian Schenk) erteilt ebenfalls unentgeltliche Rechts-Auskunft; für Abfassung von Schriftstücken haben Nichtmitglieder eine Schreibgebühr von 50 Pfg. zu entrichten. Im Berichtsjahr war die Besucherzahl 3320, wovon 344 weibliche Auskunftsuchende waren; Auskünfte wurden 3567 (darunter 231 schriftliche) erteilt, und zwar betreffen die Unfallversicherung 1048, die Krankenversicherung 285, die Invalidenversicherung 332; in Sachen des gewerblichen Arbeitsverhältnisses betrafen 121 Entlassung, 43 Austritt, 116 Lohn, 239 sonstige Fälle, ferner sonstige Arbeitsverhältnisse 18; auf das Mietsrecht bezogen sich 313 Fragen, auf sonstiges bürgerliches Recht 430, Strafrecht 80, Erwerbung der Staatsangehörigkeit 34, sonstige Auskünfte 508; im ganzen wurden 720 Schriftstücke angefertigt.

Im badischen Landtag wurde vom Abgeordneten Dreesbach und Genossen ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung eines Arbeitsamtes und einer Arbeitskammer eingebracht. Nach diesem Entwurf soll das Arbeitsamt seinen Sitz in Karlsruhe haben und sich aus drei wissenschaftlich gebildeten Beamten und

einer Anzahl Hilfsbeamten zusammensetzen, die den dem Arbeitsamt unterstellten Berufsgruppen als Arbeitnehmer angehört haben. Mindestens ein Viertel der Stellen des Arbeitsamtes ist mit Frauen zu besetzen. Die wissenschaftlich gebildeten Beamten werden von der Zentralbehörde ernannt, die Hilfsbeamten von der Arbeitskammer gewählt.

Das Personal des Arbeitsamtes steht im Staatsbeamtenverhältnis und wird in die Gehaltsordnung für Staatsbeamte eingereiht. Das Arbeitsamt tritt in die Rechte und Pflichten der Fabrikinspektion ein. Jeder Betrieb ist jährlich mindestens zweimal zu kontrollieren. In wichtigeren Industriezentren können Beamte des Arbeitsamtes dauernd stationiert werden. Das Arbeitsamt hat das Recht, zum Schutze für Leben und Gesundheit der in gewerblichen Betrieben beschäftigten Personen allgemeine Anordnungen zu erlassen, deren Nichtbefolgung mit Geldstrafe bis zu 3000 Mk. oder Haft bis zu sechs Wochen bestraft werden kann. In Fällen dringender Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter ist der kontrollierende Beamte berechtigt, die Schließung des Betriebes anzuordnen. Gegen den Beamten steht der Beschwerdeweg an das Arbeitsamt und gegen dieses an das Ministerium des Innern offen. Das Arbeitsamt veröffentlicht jährlich einen Bericht über seine amtliche Tätigkeit. Die bestehende Organisation der Fabrikinspektion ist mit dem Inkrafttreten der Bestimmungen über das Arbeitsamt aufgelöst. — Zur Vertretung der Interessen der Betriebsinhaber und der von ihnen beschäftigten Personen wird eine Arbeitskammer mit der Eigenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts errichtet. Dieselbe zählt 51 Abgeordnete und zwar 34 Arbeitnehmer und 17 Arbeitgeber, welche auf drei Jahre gewählt werden und Tagegelder, sowie Reiseentschädigung erhalten. Die Sitzungen der Kammer sind öffentlich; denselben wohnen Beamte des Arbeitsamts, ohne Stimmrecht jedoch, bei. Die Zentralbehörde ist verpflichtet, die Arbeitskammer mindestens alle drei Monate einmal zusammenzurufen. Auf Antrag von mindestens einem Drittel der Mitglieder muß eine außerordentliche Sitzung stattfinden. Die Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung. Die Arbeitskammer kann Untersuchungen anstellen über Gehälter, Löhne, Arbeitsart, Arbeitsdauer, Lebensmittel, Mietpreise, Wirkung von Verordnungen, Zöllen, Steuern ꝛc. Vor Erlaß von Verordnungen und Gesetzen, die das wirtschaftliche Leben berühren, ist tunlichst die Arbeitskammer zu hören. Die Kosten werden aus allgemeinen Staatsmitteln gedeckt.

Dieser von sozialdemokratischer Seite vorgeschlagene Gesetzentwurf wurde in der betreffenden Kommission des Landtags abgelehnt, indem die Mehrheit die Ansicht vertrat, daß es sich nicht empfehle, einer materiellen Erörterung des Gesetzentwurfes näher zu treten, weil es nicht Aufgabe der Landesgesetzgebung sein könne, auf diesem Gebiete mit organisatorischen Maßnahmen in einem Augenblicke vorzugehen, in dem von seiten der maßgebenden Faktoren der Reichsgesetzgebung, insbesondere des Reichstags, die Durchführung dieser schwierigen gesetzgeberischen Aufgabe für das ganze Reich in Angriff genommen sei. Es handle sich hier um eine sozialpolitische Aufgabe, der nur das Reich in ersprießlicher Weise gerecht zu werden vermöge. Bei der ersten Beratung der Kommission fand sich auch der Minister des Innern ein und legte den Standpunkt der Regierung zu den Gesetzentwürfen dar. Im wesentlichen aus den angeführten Gründen erklärte der Minister die Anträge auch für die Regierung für unannehmbar, obgleich sie im übrigen durchaus auf dem Standpunkt stehe, daß eine gesetzliche Berufsorganisation des Arbeiterstandes im Sinne der kaiserlichen Februarerlasse von 1890 durchaus erstrebenswert sei.



XIII. Die Konfessionen.

1. Allgemeines und Statistisches.



ur Feststellung des Zahlenverhältnisses der einzelnen Konfessionen muß auf die in den zwei vorigen Chronikbänden mitgeteilten Volkszählungsergebnisse von 1900 verwiesen werden. Von den 1589 Eheschließungen, die im Berichtsjahr vor dem Standesamt vollzogen wurden, gehörten die Gatten in 1050 Fällen gleicher Konfession an; in 539 Fällen, d. h. 33,9 %, wurden Mischehen geschlossen. Im Jahre 1899 waren: 34,8 %, 1900: 33,8 %, 1901: 36,1 % Mischehen; ihr Prozentanteil ist somit wieder auf den Stand des Jahres 1900 zurückgegangen.

Von 814 evangelischen Männern heirateten

570 evangelische Frauen	d. h. 29,9 % der evangelischen Männer heirateten andersgläubige Frauen (1899: 30,3 %, 1900: 30,7 %, 1901: 32,3 %)
237 katholische „	
2 israelitische „	
5 Frauen sonstigen Bekenntnisses	

während von 858 evangelischen Frauen 288 d. h. 33,5 % (1899: 34,8 %, 1900: 35,5 %, 1901: 36,9 %) andersgläubige Männer heirateten.

Von 738 katholischen Männern heirateten

451 katholische Frauen	d. h. 38,2 % der katholischen Männer heirateten andersgläubige Frauen (1899: 40,5 %, 1900: 37,8 %, 1901: 39,5 %)
279 evangelische „	
1 eine israelitische Frau	
2 Frauen sonstigen Bekenntnisses	

während von 692 katholischen Frauen 241 d. h. 34,8 % (1899: 35,7 %, 1900: 34,8 %, 1901: 35,4 %) andersgläubige Männer heirateten.

Von 32 israelitischen Männern heirateten

28 israelitische Frauen
4 evangelische „
— katholische „

Von 10 Männern sonstiger Konfession heirateten
5 evangelische Frauen
4 katholische „
— israelitische „
1 eine Frau sonstigen Bekenntnisses.

2. Die einzelnen Gemeinden.

a) evangelisch-protestantische Gemeinde.

Die Gemeindestatistik gibt für das Berichtsjahr (Vorjahr) folgende Zahlen an. Es wurden

getauft:	1360 (1405) Knaben	2678 (2648)
„	1318 (1243) Mädchen	
konfirmiert:	970 (856) Kinder	
kirchlich getraut:	650 (658) Paare	
kirchlich beerdigt:	684 (737) männliche Personen	1279 (1373)
„ „	595 (636) weibliche „	

Im Jahre 1821 bei Einführung der Union wurde beschlossen, daß in Mannheim die bisher lutherischen Geistlichen der Trinitatiskirche und die reformierten der Konkordienkirche abwechselnd in beiden Kirchen predigen sollten, zum äußeren Zeichen, daß die aus der Reformationszeit herstammende Trennung überwunden sei. Nachdem hier das Bewußtsein des alten Gegensatzes längst erloschen ist, hörte diese Übung vom Januar 1902 an infolge der neuen Bezirkseinteilung auf. Die vier Stadtpfarrer der Innenstadt halten den Gottesdienst nur noch in den Kirchen, bei denen sie angestellt sind, wie dies bei den Vorstadtkirchen bisher schon üblich war. Auf die Abendgottesdienste in der Konkordienkirche findet dies vorerst keine Anwendung. In beiden Kirchen werden um $^{1}/_{4}$12 Uhr Kindergottesdienste gehalten, und zwar sollen die Kinder aus A—K und Mühlau möglichst die Trinitatiskirche, die aus L—U nebst Friedrichsring die Konkordienkirche besuchen. Sämtliche Christenlehren finden nachmittags 2 Uhr statt und zwar durch denjenigen Geistlichen, der morgens den Hauptgottesdienst hatte. Dekan Ruckhaber erhielt den Titel eines Kirchenrates und konnte am 14. Dezember 1902 in Rüstigkeit und Frische das Fest 50jähriger Amtstätigkeit feiern, das der Gemeinde zu schönen Kundgebungen der Liebe und Verehrung Gelegenheit gab.

In der Konkordienkirche fand ein Festgottesdienst statt, dem auch Vertreter der evangelischen Gemeinde Heidelberg und des Diözesanausschusses beiwohnten. Nach dem Gottesdienst erschien im Pfarrhause des Jubilars eine Abordnung des Stadtrats, eine Deputation der Schulkommission, Vertreter der Lehrerschaft, des Vereins für Ferienkolonien, des evangelischen Hilfsvereins der Innenstadt usw. Im Auftrag des evangelischen Oberkirchenrats verlas Dekan Dr. Hönig

einen Erlaß, worin die oberste Kirchenbehörde dem Jubilar ihre volle Anerkennung zollt. Dekan Dr. Hönig reihte daran den Ausdruck des Dankes, den die Diözese Mannheim-Heidelberg ihrem langjährigen Dekan schuldet. Stadtpfarrer Hitzig überreichte eine künstlerisch ausgeführte Adresse namens der evangelischen Gemeinde Mannheim. Ein Komité, bestehend aus den Herren Landgerichtsdirektor Wengler, Robert Bassermann und Friedrich Bender teilte dem Jubilar mit, daß es durch freiwillige Spenden in der Gemeinde möglich gewesen sei, ihm eine Festgabe in Gestalt eines neuen Studierzimmers zu bieten. Pfarrer Ahles sprach im Namen der Pfarrer und Pfarrfrauen. Auch Vertreter anderer Konfessionen überbrachten dem Jubilar ihre Glückwünsche. Der Großherzog übersandte sein und seiner hohen Gemahlin Bildnis mit einem warmen Dankschreiben, worin er der erfolgreichen Wirksamkeit des Jubilars mit ehrenden Worten der Anerkennung gedachte.

Im Mai schied Stadtvikar Hofheinz von hier, um die Stelle eines Divisionspfarrers in Rastatt zu übernehmen; Stadtvikar Eberle wurde als Pastorationsgeistlicher nach Kenzingen berufen. An Stelle des ersteren trat Stadtvikar Jundt, bisher Vikar in Hauingen, an Stelle des letzteren Stadtvikar Walther, bisher in Eberbach.

Das Pfarrhaus in G 4. 5 wurde im Frühjahr vollendet und von Stadtpfarrer Hitzig bezogen. Für den Konfirmandensaal, der im Winter erstmals in Gebrauch genommen wurde, stiftete ein ungenannter Geber in dankenswerter Weise drei Bilder. Am 22. Juni 1902 wurde in feierlicher Weise der Grundstein zu der im Bau begriffenen Johanneskirche auf dem Lindenhof gelegt.

Am genannten Tage zogen um die Mittagsstunde von der Notkirche her unter Vorantritt des Bläserchores des Männer- und Jünglingsvereins, die evangelische Geistlichkeit der Stadt, der Kirchengemeinderat und zahlreiche Mitglieder der Kirchengemeindeversammlung nach dem Bauplatz, wo sich viele Gemeindeangehörige versammelt hatten. Mit dem Gemeindegesang „Lobe den Herrn“, wobei den Posaunenchor die Orgel ersetzte, wurde die Feier eingeleitet. Hierauf ergriff Stadtpfarrer Hitzig das Wort zu einer Ansprache, worin er auf die Bedeutung dieser Feier hinwies: „Wer vor 10 Jahren oder noch vor fünf Jahren über den Platz ging, an dem wir stehen, der sah da noch die Altwasser des Rheins, Sumpf und Schilf, ein paar Obstbäume oder die einfache Hütte eines Feldhüters. Heute steht da ein frisch aufgeblühter, schöner Stadtteil, der uns Kunde gibt von den guten Jahren des Gedeihens, die wir gehabt haben, von der Rührigkeit und Arbeitsamkeit der Bewohner dieses Stadtteils. Eure bürgerliche Stadtverwaltung hat viel für Euch bisher getan. Diese Straßen, diese Plätze, die lieblichen Anlagen da drüben, die prächtige Lindenhofüberführung, die elektrische Bahn, die uns jetzt so rasch und leicht miteinander verbindet, und endlich ein Schulhaus für Eure Kinder hat sie auch erstellt. Und da fehlte nur noch eines, das nicht fehlen darf: Ihr mußtet und solltet auch eine Kirche haben . . .“ Am Schluß seiner Ansprache, die in die Bibelworte ausklang: „Der Herr, unser Gott, sei uns freundlich und fördere das Werk unserer Hände, ja das Werk unserer Hände wolle er fördern“, verlas Stadtpfarrer Hitzig den Wortlaut folgender Urkunde, die in den Grundstein gelegt wurde:

„Im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes. Im Jahre nach Christi Geburt 1902, am 22. Juni, dem 15. Regierungsjahr Seiner Majestät des Deutschen Kaisers Wilhelm II. und im Jahre des Regierungsjubiläums unseres Landesfürsten, des Großherzogs Friedrich von Baden, wurde der Grundstein zu dieser Kirche in dem Lindenhofstadtteil gelegt, welche den Namen „Johanneskirche“ führen soll. Zur Gewinnung eines Planes für dieselbe

war im Frühjahr 1900 ein Preisausschreiben erlassen worden, und im November erkannte das Preisgericht, bestehend aus den Herren Baudirektor Dr. Durm aus Karlsruhe, Baurat Reinhard aus Stuttgart und Baudirektor Behaghel aus Heidelberg, sowie dem Vorstand des evangelischen Kirchenbauinspektorats daselbst, den ersten Preis der Firma Curjel & Moser aus Karlsruhe zu, welcher auch unter Oberaufsicht der evangelischen Kirchenbauinspektion die Bauausführung übertragen wurde. Im Oktober 1901 wurde mit den Arbeiten begonnen, die heute derart gefördert sind, daß die feierliche Grundsteinlegung erfolgen konnte. Die Kosten des Baues, einschließlich des Pfarrhauses, sind zu 395000 Mk. veranschlagt. Den bisherigen Gottesdienst der Notkirche dieses Stadtteils besorgten zuerst die an der Friedenskirche angestellten Geistlichen: Herr Stadtpfarrer A. v. Schöpffer und Herr Stadtvikar W. Kamm; seit 1. August 1901 Herr Stadtvikar W. Sauerbrunn. Zu dieser Zeit betrug nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1900 die Einwohnerzahl der Stadt Mannheim einschließlich der Vororte 141 147, wovon ungefähr 10000 auf den rasch emporgewachsenen Lindenhofstadtteil kamen. Die Zahl der Evangelischen betrug 71 731, davon auf dem Lindenhof 5426. Zu dieser Zeit waren bei der Gemeinde angestellt: an der Konkordienkirche Kirchenrat und Dekan G. A. Ruckhaber und Stadtpfarrer C. Ahles, an der Trinitatiskirche die Stadtpfarrer W. Hitzig und Th. Achtnich, an der Lutherkirche Stadtpfarrer L. Simon, an der Friedenskirche C. v. Schöpffer, ferner als Stadtvikar für die Altstadt E. Uhlig und C. Jundt, für die Neckarvorstadt C. Eberle, für die Schwetzingervorstadt W. Kamm und für den Lindenhof W. Sauerbrunn. Die weltlichen Mitglieder des Kirchengemeinderats waren: 1) die Ältesten, 2) die Almosenpfleger. Bestritten wurde dieser Bau aus dem Erträgnisse der örtlichen Kirchensteuer, die zur Zeit 164000 Mk. einbringt. Unsere Stadt und unsere evangelische Gemeinde erfreute sich in der langen Friedenszeit, die auf den großen Einigungskrieg im Jahre 1870/71 gefolgt ist, eines gedeihlichen Blühens und Wachstums, und wir hoffen, daß diese gesegneten Friedensjahre noch lange dauern sollen. So legen wir denn heute diesen Grundstein mit innigem Danke gegen Gott, der uns bisher reichlich gesegnet und sicher durch alle Fährnisse hindurchgeführt, mit dem Wunsch und Gebet, daß der Bau in naher Zukunft glücklich vollendet dastehen möge, zum heiligen Dienst in unserer Gemeinde und zur Ehre Gottes."

Nachdem der Knabenchor des Lindenhofs einen Choral gesungen, wurde die kupferne Kassette mit der Urkunde eingemauert, und jeder der Geistlichen tat drei Hammerschläge, indem er dazu ein Wort der Bibel sprach. Dann folgten mit den üblichen Hammerschlägen die Mitglieder des Kirchengemeinderats. Mächtig ertönte hierauf Kreutzers Weise „Das ist der Tag des Herrn", vom Männergesangverein Lindenhof weihevoll vorgetragen. Als die Klänge verhallt waren, gab Stadtvikar Sauerbrunn, der Seelsorger der Lindenhofgemeinde, den Empfindungen der Freude und des Dankes Ausdruck. Insbesondere betonte er die hohe Bedeutung des Kirchenbaues für das Gemeindeleben und forderte die Gemeindeangehörigen auf, lebendige Mitglieder der Gemeinde zu werden. Mit dem Gemeindegesang „Nun danket alle Gott", endete der eindrucksvolle Akt.

Im Berichtsjahr wurden drei Kirchengemeindeversammlungen gehalten (12. März, 1. Juli und 22. September), deren wichtigste Gegenstände die weiteren Baupläne der Gemeinde waren.

In der zweiten Versammlung widmete der Vorsitzende dem verstorbenen Mitgliede Kommerzienrat Dr. Karl Diffené einen warmen Nachruf; an dessen Stelle wurde Stadtbaurat a. D. Gustav Uhlmann gewählt. Für den Antrag Robert Bassermann und

Genossen, der Kirchengemeindeversammlung das Recht der Initiativ-Antragstellung einzuräumen, erklärte sich die Mehrheit, doch soll späterer Verhandlung vorbehalten bleiben, welche Schritte in dieser Richtung beim Oberkirchenrat bezw. bei der Generalsynode zu unternehmen seien. Am 22. September beschloß die Kirchengemeindeversammlung, gegen die Zulassung von Männerklöstern in Baden eine Adresse an den Großherzog abzusenden.

Mit Wirkung vom 1. Januar 1902 wurde der Zuschuß an die evangelische Gemeinde Waldhof, der wegen des Beizugs einiger in Waldhof befindlicher Industrieanlagen zur Mannheimer Kirchensteuer guttatsweise und widerruflich geleistet wird, von 310 Mk. auf 1000 Mk. erhöht. Außerdem wurde der Gemeinde Waldhof das Material der zum Abbruch kommenden Lutherkirche, einschließlich der Orgel, jedoch ohne die Glocken unentgeltlich zur Verfügung gestellt.

Was die Bauunternehmungen der Gemeinde betrifft, so sei zunächst bemerkt, daß deren Umfang die Errichtung eines hiesigen Filialbureaus der evangelischen Kirchenbauinspektion Heidelberg nötig machte.

Dieses Bureau wurde am 1. Oktober im Hause Q 4. 5 eröffnet, und zu dessen Vorsteher Architekt E. Döring ernannt. Der Oberkirchenrat genehmigte die Errichtung des Bureaus zunächst für die Dauer der Bauarbeiten an der Friedenskirche nebst Pfarrhaus, der Lutherkirche nebst Pfarrhaus und am Pfarrhaus R 3. 3 unter der Bedingung, daß dieses Bureau seine Tätigkeit lediglich nach den Weisungen der evangelischen Kirchenbauinspektion Heidelberg ausübt, und daß der (persönliche wie sachliche) Aufwand vollständig durch die Kirchengemeinde Mannheim getragen wird. Bezüglich des Kostenaufwandes wurden von der evangelischen Kirchenbauinspektion Berechnungen aufgestellt, wonach für das Filialbureau und die kirchliche Baukasse jährlich 13440 Mk. und für vier Jahre Bauzeit 53760 Mk. erforderlich sind, während nach den allgemein üblichen Sätzen der Aufwand für Bauvorbereitung, Planfertigung, Oberleitung und Bauaufsicht bei den drei Neubauten sich auf 70501 Mk. stellen würde. Wenn hiernach schon der finanzielle Vorteil die Gemeindevertretung für die Errichtung des Filialbureaus bestimmte, so noch vielmehr die Gewißheit, daß dadurch die Erledigung der Bauangelegenheiten gefördert wird.

Mit dem Neubau der Lutherkirche über dem Neckar und der Friedenskirche in der Schwetzingervorstadt beschäftigten sich die Versammlungen vom 12. März und 1. Juli 1902.

Der Bauplan zur neuen Lutherkirche machte einen Tausch- und Kaufvertrag mit der Stadtgemeinde nötig, dem der Bürgerausschuß am 29. Juli 1902 zustimmte. Die Kirche wird auf die Mittellinie des Winkels, den die Dammstraße mit der 6. Querstraße bildet, erbaut. Die evangelische Gemeinde richtete an den Stadtrat das Ersuchen, ihr die hierzu nötige, vor ihrem Eigentum liegende städtische Geländefläche, welche die spitz zulaufende Ecke der beiden genannten Straßen bildet, zu überlassen. Der Gedanke, die Kirche in dieser Lage zu errichten, wurde vom Stadtrat als ein glücklicher erkannt, da ein besserer und zweckmäßigerer Abschluß des Baublockes der Hildaschule, des Schulplatzes und der Einmündung zweier der hervorragendsten Verbindungsstraßen des Stadtteils jenseits des Neckars kaum hätte gefunden werden können. Der Stadtrat stand deshalb von Anfang an dem Projekt sympathisch gegenüber. Der Geländepreis wurde mit der evangelischen Gemeinde auf 30 Mk. pro Quadratmeter vereinbart. Hierbei kam in Betracht, daß die ein zusammenhängendes

Grundstück bildende Spitze nur 800 qm enthält, somit für ein öffentliches städtisches Gebäude zu klein ist; da nun für einen freien Platz zwischen dem über 6000 qm großen Schulplatz und dem dauernd unbebauten offenen Neckarvorland kein Bedürfnis besteht, so hätte für die Stadt der Verkauf als Baugelände in Frage kommen können, wofür, wie die Bürgerausschußvorlage hervorhob, allerdings ein erheblich höheres Angebot gemacht worden war. Da jedoch dieses Gebiet in Zone 1 der geschlossenen Bauweise liegt, wäre an dieser hervorragenden Ecke eine Gruppe vierstöckiger Häuser entstanden, die nicht nur die neue Kirche verdeckt und eingeengt, sondern auch einen unschönen Abschluß gegen die Neckargärten gebildet und mit den kahlen Giebeln den Kirchenplatz verunziert hätte; die Vorschrift der offenen Bauweise oder einer Villenanlage würde andererseits den Geländepreis wieder auf ein Niveau herabgedrückt haben, hinter dem der vereinbarte Preis kaum zurückgeblieben wäre. Außerdem kam der schon lange gefühlte Übelstand in Frage, daß die städtische Hildaschule mit ihrer Turnhalle unmittelbar an das Eigentum der evangelischen Gemeinde grenzt; da die Turnhalle nur 7 Meter von der alten Luther-Kirche entfernt ist, tritt nicht nur eine bedeutende Raumbeschränkung des Hofes ein, sondern es werden auch die Luft- und Lichtverhältnisse in unliebsamer Weise beeinträchtigt. Alle diese Gründe bestimmten die städtischen Kollegien zu dem Geländeaustausch, wonach die Stadtgemeinde längs der Turnhalle einen Abschnitt von 8 m Breite erhält, der für die Hildaschule umsomehr eine außerordentliche Verbesserung bedeutet, als die Turnhalle einen Abstand von mindestens 24 m von der neuen Kirche erhält, ganz abgesehen von der bedeutenden Vergrößerung des Schulhofes. Das Übereinkommen mit der evangelischen Gemeinde bietet somit nicht nur dieser, sondern auch der Stadtgemeinde erhebliche Vorteile, die jedenfalls wertvoller sind, als wenn aus dem Baugelände im Falle der Parzellierung ein etwas höherer Betrag erzielt worden wäre. Da der projektierte Kirchenbau eine hervorragende Zierde des Stadtteils bilden wird, und die Ausdehnung des städtischen Schulplatzes im Interesse der Schuljugend nur erwünscht sein kann, so wird seitens der Stadtverwaltung der etwaige kleine Einnahmeausfall als vollauf ausgeglichen betrachtet.

Nach den Vertragsbedingungen gestaltete sich der Geländetausch folgendermaßen: Die Stadtgemeinde gibt der evangelischen Gemeinde eine Fläche im Maße von 1063,31 qm und erhält von dieser eine Fläche im Maße von 368,73 qm, die evangelische Gemeinde erhält somit mehr Gelände 694,56 qm und bezahlt dasselbe bar mit 30 Mk. pro qm = 20836,20 Mk.

Die Lutherkirche nebst Pfarrhaus, Konfirmandensaal und Kirchendienerwohnung werden nach den von der evangelischen Kirchenbauinspektion ausgearbeiteten Plänen mit einem Gesamtkostenaufwand von 450000 Mk. neu erbaut. Das alte Pfarrhaus wurde auf Abbruch versteigert, die bisherige Kirche wird nach Fertigstellung der neuen, für die etwa 1200 Sitzplätze vorgesehen sind, ebenfalls abgebrochen.

Während die alte Lutherkirche während des Neubaus stehen bleiben konnte, lagen die Verhältnisse bei der Friedenskirche ungünstiger, doch wurde die Errichtung eines Notbaus nicht erforderlich, da die Stadtgemeinde die Aula des Realgymnasiums für das gottesdienstliche Provisorium zur Verfügung stellte. Die Baukosten für den Neubau mit Pfarrhaus, Konfirmandensaal und Kirchendienerwohnung (40000 Mk.) wurden bewilligt, nachdem die Pläne, um statt der ursprünglich vorgesehenen 1000 Sitzplätze deren 1100 zu erhalten, umgearbeitet worden waren.

Ferner wurde der Neubau des Pfarrhauses R 3. 3 beschlossen und hierfür 70000 Mk. genehmigt. Im Erdgeschoß des Vorderhauses soll das Bureau des Kirchensteuererhebers, sowie ein Depositenzimmer untergebracht und im Erdgeschoß des Seitenbaus ein Konfirmandensaal erstellt werden. Der Kostenaufwand für sämtliche Neubauten wird durch die Ortskirchensteuer gedeckt.

Am 27. April fand ein Familienabend der evangelischen Gemeinde im Stadtparksaale statt, wobei Universitätsprofessor Dr. Grützmacher von Heidelberg das Thema: „Was verdanken wir der Reformation?" behandelte. Im Frühjahr wurde hier ein Ortsverband der kirchlich-liberalen Vereinigung in Baden gegründet, deren Zwecke Herr Robert Bassermann am 15. April in einem Vortrag darlegte. Auf Veranlassung dieses Verbandes sprach am 24. Februar Universitätsprofessor Dr. Troeltsch von Heidelberg über „Recht und Wesen des undogmatischen Christentums in der evangelischen Kirche".

b) Katholische Gemeinde.

Die katholische Kirchengemeindestatistik verzeichnete im Berichtsjahre (Vorjahre) folgende Kasualien:

	Taufen		Trauungen		Beerdigungen	
in der oberen Pfarrei . . .	689	(642)	124	(147)	171	(197)
in der unteren Pfarrei . .	692	(695)	234	(234)	430	(560)
in der Heiliggeist-Kuratie .	384	(379)	83	(87)	170	(199)
in der Laurentius-Kuratie	436	(456)	59	(68)	228	(230)
Zusammen in der Altstadt	2201	(2172)	500	(536)	999	(1186)
in Neckarau	251	(281)	49	(39)	121	(147)
in Käferthal	113	(103)	22	(16)	40	(64)

Die Zahl der Erstkommunikanten betrug:

	Knaben		Mädchen	
in der oberen Pfarrei	50	(45)	98	(95)
in der unteren Pfarrei	141	(125)	142	(141)
in der Heiliggeist-Kuratie	66	(50)	50	(65)
in der Laurentius-Kuratie	70	(54)	85	(65)
Zusammen Altstadt	327	(274)	375	(366)

Zu Anfang des Jahres wurden in der Erzdiözese Freiburg drei Stadtdekanate: Mannheim, Karlsruhe und Freiburg errichtet. Es wurden daher die hiesigen Stadtpfarreien St. Ignaz (obere Pfarrei), St. Sebastian (untere Pfarrei) und St. Jakob (Neckarau), sowie die Laurentiuskuratie (vom Herzen Jesu, Neckarvorstadt) und die Heiliggeistkuratie (Schwetzingervorstadt) und jene in der abgesonderten Gemarkung Rheinau vom Verbande mit dem Kapitel Heidelberg, und die Pfarrei Käferthal, sowie die Pfarrkuratie Waldhof vom Kapitel Weinheim losgelöst und zum Stadtkapitel Mannheim vereinigt. Zum Vorstande dieses Kapitels mit dem Titel Stadtdekan wurde vom Erzbischof Stadtpfarrer Josef Bauer ernannt.

Im März 1902 erhielt Pfarrverweser Franz Josef Bürck die großherzogliche Präsentation auf die untere Pfarrei. Damit wurde die mehr als siebenjährige Vakanz dieser Pfarrei beendet.



Nachdem Stadtpfarrer Winterroth Ende 1894 auf die Pfarrei resigniert hatte, war sie vorübergehend von Kaplan Heitzmann, sodann von Pfarrverweser Becker bis zu seiner Ernennung zum Stadtpfarrer von Weinheim im April 1901 und von da ab von dem nunmehrigen Stadtpfarrer Bürck verwaltet worden. Die Lösung der Besetzungsfrage wurde von der Pfarrgemeinde mit großer Freude begrüßt. Zur Feier dieses Ereignisses veranstalteten der katholische Stiftungsrat und die katholischen Vereine am 20. April ein Festbankett im Bernhardushofe, am gleichen Tage, an dem die feierliche Investitur des neuen Stadtpfarrers stattfand. Die kirchliche Feier begann mit der Abholung des neuen Stadtpfarrers aus dem Pfarrhaus in Prozession zu der geschmückten Kirche. Der Stiftungsrat war vollzählig anwesend, die Kirchengemeindevertretung, katholische Lehrerschaft rc. stark vertreten. Deputationen sämtlicher katholischer Vereine flankierten mit ihren Fahnen den Hochaltar. Stadtdekan Bauer, der in dieser seiner Eigenschaft die erste Investitur vollzog, predigte nach Verlesung der Einsetzungsurkunde über die Aufgaben des Seelsorgers und die Pflichten der katholischen Gemeinde. Stadtpfarrer Bürck legte sodann das Glaubensbekenntnis in der Form des Vatikanums ab und nahm vom Stadtdekan die Schlüssel zur Kirche, zum Taufstein und zum Tabernakel in ritueller Weise in Empfang. Bei dem vom Investierten gefeierten Hochamt levitierten die Kapläne Heitz und Staudt. Der Festakt schloß mit dem Tedeum.

Am 15. Juni 1902 feierte die katholische Gemeinde ein weiteres bedeutsames Fest: die Grundsteinlegung der Herz-Jesukirche in der Neckarvorstadt. Es war gerade ein Vierteljahrhundert verflossen, seitdem die Neckarvorstadt ihr bescheidenes katholisches Gotteshaus erhielt. Im Jahre 1877 wurde, nachdem durch den Verkauf des Grundstücks des alten Friedhofs (K 2) ein Baufond gewonnen war, der Bau der derzeitigen Notkirche begonnen und bis November 1878 durchgeführt. Die Kuratie wurde 1889 errichtet. Die Neckarvorstadt hatte damals 10000 Einwohner, darunter 4900 Katholiken; 1902 waren es 23000 Einwohner und annähernd 10000 Katholiken. Die kirchlichen Bedürfnisse steigerten sich, wie diese Zahlen ergeben, derart, daß den unzulänglichen Verhältnissen gründlich abgeholfen werden mußte.

Am Nachmittag des 15. Juni ging der Festzug, an dem sich außer der Stadtgeistlichkeit und einzelnen auswärtigen Pfarrgeistlichen, der Stiftungsrat, zahlreiche Mitglieder der Kirchengemeindevertretung, die Abordnungen der katholischen Vereine mit Fahnen, der Kirchenbauverein rc. beteiligten, von der Laurentiuskirche durch die Riedfeldstraße nach dem Kirchenbauplatz. Das Schwesternhaus, sowie eine stattliche Anzahl von Häusern der Riedfeldstraße waren mit Guirlanden- und Fahnenschmuck versehen; das Baugerüst der neuen Kirche war ebenfalls prächtig geziert. Die kirchliche Feier wickelte sich in einer Stunde programmmäßig ab. Pfarrkurat Knebel hielt die Festrede, die mit der Verlesung der Grundsteinurkunde schloß.

Die Grundsteinsurkunde der Herz-Jesukirche hat folgenden Wortlaut:

„Im Namen des dreieinigen Gottes, des Vaters, des Sohnes und des hl. Geistes. Amen. Im Jahre des Heils 1902, dem Jahre, in welchem Seine Heiligkeit Papst Leo XIII. sein 25jähriges Papstjubiläum, Großherzog Friedrich von Baden sein 50jähriges Regierungsjubiläum feierten, Thomas Nörber Erzbischof von Freiburg war und Wilhelm II. die deutsche Kaiserkrone trug, wurde im Herz-Jesu-Monate, am 15. Juni, dieser Grundstein gelegt und dessen

Weihe durch Stadtdekan Josef Bauer vollzogen. Die Kirche ist bestimmt für die Katholiken des diesseits des Neckars gelegenen Stadtteils. Im Jahre 1877 erhielt dieser Stadtteil eine Notkirche, erbaut unter Stadtpfarrer Franz Winterroth an der Kreuzung der Mittelstraße und zweiten Querstraße. Eingeweiht wurde dieselbe von dem geistlichen Rate Kaspar Koch, Pfarrer ad St. Ignatium, und erhielt als Patron den hl. Laurentius. Mit dem 1. August 1899 wurde, was der Neckar von der Unterstadt trennt, auch kirchlich von der unteren Pfarrei getrennt und zur Kuratie erhoben. Zur Gründung eines Kuratiefonds stiftete Theresia Müller geborene Leicht i. J. 1899 ein Kapital von 12000 Mk. Als erster Kurat zog Gustav Becker ein, zur Zeit Stadtpfarrer in Weinheim. Im folgten die Kuraten Karl Fritz, jetzt Mitglied des Oberstiftungsrates in Karlsruhe, Viktor Barth, heute Pfarrer in Hemsbach an der Bergstraße, und der jetzige Kurat Johann Baptist Knebel. An ihrer Seite wirkten seit 1891 die Kapläne: Paul Fries, Franz Xaver Schanno, Jakob Ibald, Karl Winderhalder, Ludwig Müller, Ignaz Mayer, Ferdinand Brommer und bis auf diese Stunde Felix Sälzler und Hermann Öchsler. Nachdem der Stadtteil zu einer Einwohnerzahl von 23000 angewachsen ist, worunter etwa 10000 Katholiken sich befinden, ist die Laurentiuskirche zu klein geworden. Für 170000 Mk. wurde der sogenannte „Kaisergarten" angekauft, mit dem man nicht nur einen geeigneten, in der Mitte des Stadtteils gelegenen Bauplatz für eine neue Kirche, sondern auch einen für Gemeinde- und Vereinsversammlungen sehr wertvollen Saal gewonnen hat.

Der erste Spatenstich zur neuen Kirche wurde am 6. Dezember des Jubeljahres 1901 gemacht, und heute ist die Kapitälhöhe der Seitenschiffe erreicht. Titel der Kirche ist das heiligste Herz Jesu. St. Laurentius sei der Patron der Herz-Jesu-Kirche; eine Laurentiuskirche hat Mannheim bereits in seiner Vorstadt Käferthal. Die Kosten der Herz-Jesu-Kirche sind auf 280000 Mk. veranschlagt. Die Ausarbeitung der Pläne und die Ausführung des Baues liegt in den Händen des Erzbischöflichen Bauinspektors Maier in Heidelberg. Bauleitender Architekt ist Josef Kuld. An Arbeiten wurden übernommen: die Erd- und Maurerarbeit von Martin Mayer, die Steinhauerarbeit von Johann Baptist Heckert, die Schlosserarbeit und Eisenlieferung von Adreas König, die Zimmerarbeit von Peter Schiffer, die Schreinerarbeiten von Johann Adam Müller und Simon Steiner, die Schieferdeckerarbeit und Blitzableitung von J. M. Humburger, die Kunstglaserarbeit von Kriebitzsch & Döge, die Verputzarbeit von Demetrius Mann, die Tüncherarbeit von Johann Wendelin Berberich. Sämtliche Meister sind in Mannheim ansässig.

Oberhaupt der politischen Gemeinde Mannheim ist Oberbürgermeister Otto Beck, Vorstand des Bezirksamtes Geh. Regierungsrat Lang. Stadtpfarrer an der oberen Pfarrkirche ad St. Ignatium ist Stadtdekan Josef Bauer, an der unteren Pfarrkirche ad St. Sebastianum Franz Josef Bürk, Kurat an der Laurentiuskirche Johann Baptist Knebel, Kurat an der Heiliggeistkirche Ludwig Börsig. Der katholische Stiftungsrat besteht aus 16 Mitgliedern. Ihre Namen sind der Urkunde als Unterschriften angefügt. Die Herz-Jesu-Kuratie ist im Stiftungsrate vertreten durch Kurat Knebel und Gärtner Karl Klein, in der katholischen Kirchengemeindevertretung durch Gärtner Bernhard Clade, Redakteur Paul Feige, Schreiner Johann Adam Müller, Glaser Heinrich Seitz. Kirchenfondsrechner ist Johann Nepomuk Hugelmann, Kirchensteuerrechner Josef Bappert. Im Vorstand des Kirchenbauvereins, der seit zwei Jahren eifrig tätig ist durch Sammeln von Beiträgen für eine würdige innere Ausstattung der Herz-Jesu-Kirche, sind: Kaufmann Jakob Roos, Karl Klein, Johann Köble, Andreas Braun, Otto Kraus, Franz Förter, Martin Herold, Johann Koob, Josef Langer, Paul Niedworok, Karl Ehmann, Jakob Hanf und Kirchendiener Karl Lochner. Organist und Dirigent des bestehenden Cäcilienvereins ist Lehrer Otto Lutz.

Im Namen des dreieinigen Gottes, mit dem die Urkunde begonnen, sei sie geschlossen und dem Grundstein übergeben, damit er sie in treuer Hut über Jahrhunderte hinaus fernern Geschlechtern aufbewahre. Mit der Urkunde überreichen wir der Nachwelt den neuesten Führer und Stadtplan von Mannheim, die hier erscheinenden politischen Tagesblätter vom 14. Juni, einige Münzen aus dem Jahre 1902 und das Programm der heutigen Grundsteinlegungsfeier. Geliebt und verehrt sei von uns und allen kommenden Generationen das Heiligste Herz Jesu!" (Folgen die Unterschriften des Stiftungsrates und der sonstigen Teilnehmer an der Grundsteinlegungsfeier).

Nach Verlesung dieser Urkunde weihte Stadtdekan Bauer den Grundstein, während die Gemeinde die Allerheiligen-Litanei betete. Es wurden sodann nach Einschließung der Urkunde und Vermauerung des Grundsteins die üblichen Hammerschläge vollzogen, die Stadtdekan Bauer mit dem Spruch: Cor Jesu, via, veritas et vita, miserere nobis! eröffnete. Mit der Absingung des Tedeums war der Akt beendet und die Prozession bewegte sich zur Laurentiuskirche zurück. Abends ½9 Uhr begann die weltliche Feier im „Kaisergarten".

Ende Dezember stand die Herz-Jesukirche mit Ausnahme des Turmes bereits im Rohbau fertig da, und das Richtfest konnte gefeiert werden.

Der Bau der Liebfrauenkirche am Luisenring ging im Herbst seiner Vollendung entgegen. Die damals schon teilweise abgerüsteten Fassaden gewährten in ihrem weißen Verputz und den prächtigen Steinhauerarbeiten einen freundlichen Anblick. Die katholische Gemeinde erhielt mit diesem Bau ein Gotteshaus, das als ein hervorragendes kirchliches Baudenkmal bezeichnet werden darf und nicht nur jenem Stadtteil, dem Jungbusch und der Ringstraße, sondern der ganzen Stadt zur Zierde gereicht. Zu bedauern ist, daß dieses Gotteshaus zunächst einen Turm entbehren muß, bezw. daß der begonnene Turm nicht ausgebaut werden kann, weil die hierzu notwendigen Geldmittel seitens der Kirchengemeinde, die durch die verschiedenen Kirchen- und Pfarrhausbauten in ganz außerordentlicher Weise in Anspruch genommen ist, vorerst nicht aufgebracht werden können. Unterm 6. Mai 1902 erteilte das Bezirksamt dem Beschluß der Kirchengemeindevertretung vom 4. April, wonach der Bauaufwand für die Erbauung eines Pfarrhauses bei der Liebfrauenkirche im Betrage von 48715 Mk. auf die Ortskirchensteuer übernommen werden soll, die Staatsgenehmigung. Mit dem Bau wurde alsbald begonnen. Das vierte katholische Pfarrhaus, das der Heiliggeistkuratie, konnte am 6. Februar seiner Bestimmung übergeben werden.

In der Sitzung der Kirchengemeindevertretung vom 24. April 1902 wurde der Antrag des Stiftungsrats, ein weiteres Anlehen von 100000 Mk. für Bauzwecke aufzunehmen, nach längerer Debatte genehmigt. Die Aussprache drehte sich in der Hauptsache darum, daß die Kirchengemeindevertretung dem lebhaften Wunsch Ausdruck gab, es möchten die neuen Kirchen im Jungbusch und in der Neckarvorstadt mit den projektierten Türmen ausgebaut werden. Zur

Erfüllung dieses Wunsches besteht aber nach der Auskunft des Vorsitzenden bei der gegenwärtigen Finanzlage keine Aussicht. Für Kirchenbauzwecke im Lindenhofstadtteil wurden aus Geschenkmitteln 100000 Mk. in Aussicht gestellt.

In der Sitzung der Kirchengemeindevertretung vom 30. Juni 1902 wurde die erledigte Stelle eines stellvertretenden Vorsitzenden mit Stadtpfarrer Bürck besetzt, dessen Wahl einstimmig erfolgte. Die Ergänzungswahl für sechs durch Tod, Wegzug 2c. ausgeschiedene Mitglieder hatte folgendes Ergebnis: Georg Föhrenbach, Finanz-Oberbuchhalter; Georg Kallenberger, Bauunternehmer; Dr. Joseph Klein, Chemiker, Wilhelm Köther, Postinspektor; Maximilian Meier, Stationsmeister; Otto Kraus, Buchdrucker. Dem in dieser Sitzung vorgelegten Kirchensteuer-Voranschlag für 1902 ist zu entnehmen:

Von den Bauprojekten sind die Heiliggeistkirche und das Pfarrhaus bei derselben ganz ausgeführt, ebenso die baulichen Herstellungen im unteren Pfarrhause; in Angriff genommen sind die Liebfrauenkirche seit 1900 und die Herz-Jesu-Kirche seit 1901; die Arbeiten für das Pfarrhaus bei der Liebfrauenkirche sind vergeben. Die Heiliggeistkirche, veranschlagt zu 320000 Mk. — mit Baubeitrag zu 330000 Mk. — kommt nach Mitteilung des erzbischöflichen Bauamts Heidelberg mit Innenbau und Glocken auf rund 446000 Mk. zu stehen. Der Grund für diese bedeutende Überschreitung liegt zum Teil in den namhaften Aufgeboten für die Hauptarbeiten, zum Teil darin, daß das erzbischöfliche Bauamt viele, mitunter große Kosten verursachende Herstellungen im Voranschlag unberücksichtigt ließ (z. B. Gestühl, Entwässerung, Beleuchtungs-Einrichtung, Gehwege, Einfriedigung und Glocken), nicht zum wenigsten trug aber zur Überschreitung der Umstand bei, daß auf Grund der Detailpläne, die manche Arbeiten komplizierter machten, an Unternehmer Aufbesserungen gewährt wurden, so namentlich an die für die Steinhauer- und Maurerarbeiten. Die Kirchengemeindevertretung hat die verschiedenen, nicht in den Voranschlag aufgenommenen Positionen im Laufe der vierjährigen Bauzeit nach und nach genehmigt; zu genehmigen waren noch die von der Bauleitung zugesicherten Aufbesserungen. Im ganzen waren 1902 für die Heiliggeistkirche noch ungefähr 14000 Mk. zu zahlen. Das Pfarrhaus in der Schwetzingervorstadt sollte nach dem Kostenvoranschlag auf 56010 Mk. kommen, mit dem Baubeitrag auf 58000 Mk., der tatsächliche Aufwand beläuft sich jedoch auf 60616 Mk., die Überschreitung beträgt daher 2616 Mk. Man verhehlte sich nicht, daß auch bei der Liebfrauenkirche und der Herz-Jesu-Kirche Überschreitungen erfolgen, wodurch sich der ungedeckte Aufwand vielleicht auf 70—80000 Mk. steigern dürfte. Die Tatsache, daß die Türme dieser beiden Kirchen voraussichtlich nicht ausgebaut werden können, wird daher vorerst bestehen bleiben müssen. Es waren im Steuerjahr aufzubringen für Kultus- und andere örtliche Bedürfnisse ausschließlich der Bauten 8750 Mk., für Bauten 70343 Mk., Lasten und Verwaltungskosten 12800 Mk., mithin 91893 Mk. Die Gesamtsumme der persönlichen Steuerkapitalien betrug 105237745 Mk., wozu die nur für kirchliche Bauten verpflichteten korporativen Steuerkapitalien von 78540453 Mk. treten, sodaß im ganzen 183778198 Mk. der Besteuerung unterlagen. Der Antrag des Stiftungsrates, eine Kirchensteuer von 5 Pfg. auf 100 Mk. Steuerkapital zu genehmigen, wurde debattelos und einstimmig angenommen.

Die Fronleichnamsprozession am 29. Mai konnte bei günstigstem Wetter stattfinden. Die Ordnung der Prozession, die nach 9 Uhr mit dem Austritt des

Sanktissimums aus der Jesuitenkirche nach Beendigung des levitierten Hochamts offiziell begann, war dieselbe wie früher. Sie zerfiel in 68 Abteilungen mit 8 Musikkorps. Eine kleine Änderung im Wege veranlaßten die Erdarbeiten an der neuen Verbindungsstraße durch den Schloßgarten. Aus dem gleichen Grunde wurde der zweite Stationsaltar am Hauptzollamt aufgestellt; der dritte und vierte Altar standen wie früher Parkring 9 und bei A 1. Das Allerheiligste wurde wie üblich abwechselnd von Stadtdekan Bauer, Stadtpfarrer Bürck, sowie von den Kuraten Knebel und Börsig getragen. Die Prozession verlief ohne jeden Zwischenfall. Sie dauerte zwei Stunden, für die vor Beendigung des Hochamts in Bewegung gesetzten Teilnehmer drei Stunden. Eine ungefähre Schätzung der Teilnehmer bewegt sich zwischen 15—16000.

Am 4. April wurde in der Jesuitenkirche ein feierliches Seelenamt für den verstorbenen Zentrumsführer Dr. Lieber, am 26. Juni ein solches für den verstorbenen König Albert von Sachsen gehalten.

Im Bernhardushof fanden wie in den vorigen Jahren verschiedene religiöse und populärwissenschaftliche Vorträge statt. So sprach am 26. November bis 2. Dezember in vier Vorträgen der Jesuitenpater Liese über folgende Themata: Stiftungsurkunde der Kirche, Verfassung der Kirche, Kulturaufgaben der Kirche, das Bußsakrament. Am 17. Dezember hielt der Jesuitenpater Wasmann aus Luxemburg einen durch Lichtbilder erläuterten Vortrag: „Gedanken zur Entwickelungslehre".

Von besonderer Bedeutung war für die katholische Gemeinde, daß zum ersten Mal der Deutsche Katholikentag in Mannheim stattfand, die 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, die vom 24.—28. August 1902 hier tagte. Seit Monaten war ein Lokalkomité, an dessen Spitze Amtsgerichtsdirektor Josef Gießler als Vorsitzender, Stadtdekan Josef Bauer als erster Stellvertreter, Stadtverordnetenvorstand Andreas König als zweiter Stellvertreter, mit den umfassenden Vorbereitungen beschäftigt, die eine Versammlung von den Dimensionen des Katholikentags notwendig macht. Als Festsaal stellte die Stadtgemeinde den (später so genannten) Nibelungensaal des Rosengartens (Festhalle), der bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal benützt wurde, zur Verfügung.

Ausführlicher hier über diese Tagung zu berichten, ist selbstverständlich nicht möglich; es muß daher in dieser Hinsicht auf den stenographischen Bericht über die Verhandlungen verwiesen werden, der als umfangreicher, schön ausgestatteter Band im Verlag von J. Gremm in Mannheim erschienen ist. Der gleiche Verlag stellte auch die Festgabe für die Teilnehmer am Katholikentage her, worin Chefredakteur Paul Feige vom Mannheimer Volksblatt einen Abriß der Mannheimer Kirchengeschichte gab; beigebunden war der von Max Oeser im Auftrag der Stadtgemeinde herausgegebene kleine Führer durch Mannheim.

c) Altkatholische Gemeinde.

Am 14. Januar 1902 feierte Stadtpfarrer Friedrich Bauer, der im folgenden Jahre ein so tragisches Ende nahm, sein 25jähriges Jubiläum als Geistlicher der hiesigen altkatholischen Gemeinde. Die Firmungsfeier am 26. Oktober hielt der altkatholische Bischof Dr. Weber aus Bonn.

d) Israelitische Gemeinde.

Bei der Erneuerungswahl in den Synagogenrat am 19. Dezember 1902 wurden die ausscheidenden Synagogenräte Bernhard Bodenheimer, Kaufmann, David Kahn, Fabrikant, Emil Nöther, Kaufmann, Sally Reiß, Kaufmann, Joseph Zimmern, Kaufmann auf die Dauer von 6 Jahren wiedergewählt. Am 23. November 1902 feierte der erste Kantor der Gemeinde, Theodor Nettler, der sich durch vortreffliche Leistungen in seinem Berufe die Hochschätzung der ganzen Gemeinde erworben und sich auch auf dem Gebiete des weltlichen Gesanges als stimmbegabter, geschmackvoller Sänger bewährt hat, sein 25jähriges Dienstjubiläum.

e) Freireligiöse Gemeinde.

Nach dem Jahresbericht der Gemeinde betrug die Kopfzahl am 31. Dezember 1901 1722, der Zuwachs im Jahre 1902 168, zusammen 1890; demgegenüber der Verlust im Jahre 1902: durch Tod 13, durch Wegzug bezw. Austritt 48. Somit war der Bestand am 31. Dezember 1902 1829. Der Nettozuwachs betrug 107 Köpfe. Die Anzahl der den Religionsunterricht besuchenden Kinder ist auf 386 gestiegen (210 Knaben, 176 Mädchen) gegen 362 Kinder im Vorjahre. Die Vorträge erfreuten sich eines guten Besuches, bei manchen erwies sich die Aula der Friedrichsschule als zu klein.

Die behandelten Themata waren folgende: 1. Religion und Kultur. 2. Das Gesetz der Kausalität. 3. Die größte Sünde. 4. Undogmatisches Christentum und Freireligiöse Gemeinde. 5. Vom Gesundbeten und dergleichen. 6. Es gibt nur ein Glück — die Pflicht. Es gibt nur einen Trost — die Arbeit. Es gibt nur einen Genuß — das Schöne. 7. Das Ideal in uns und seine Verwirklichung durch uns. 8. Staat und Kirche. 9. Die Macht des Geistes. 10. Sinn und Bedeutung der Menschenliebe. 11. Zur bevorstehenden Aachener Heiligtumsfahrt. 12. Speisung der Viertausend. 13. Darf man seinen Glauben verleugnen? 14. Praktische Religion. 15. Lösung der religiösen Frage. 16. Zola auch ein Reformator. 17. Moltke und die Religion. 18. Die Predigt der Sterne. 19. Das Bedürfnis nach Religion. 20. Die Befriedigung des religiösen Bedürfnisses. 21. Sonnenschein. 22. Schau um dich und Schau in dich. — Der Vortrag unter No. 2 wurde von Prediger Freiherr von Zucco und Cuccagna, Mainz, No. 15 von Prediger Karl Scholl, München, und No. 18 von Prediger Voigt, Offenbach, die übrigen von Prediger Georg Schneider gehalten.



XIV. Erziehung und Bildung.

1. Die dem Volksschulrektorat unterstellten städtischen Schulen.



ie Schülerzahl betrug zu Anfang des Schuljahres 1901/2 in der Altstadt 15231, in den Vororten 3358, zusammen 18589 Schüler, was gegen den Anfang des vorausgegangenen Schuljahres eine Vermehrung von 1302 Schülern bedeutet. Die entsprechenden Zahlen für März 1902, das Ende des Schuljahres, waren 14994 + 3346 = 18340, 1181 mehr als am gleichen Termin des Vorjahres. Das neue Schuljahr 1902/3 wurde mit 16021 + 3589 = 19610 Schülern begonnen, also wieder mit einem Mehr von über tausend Kindern. Zu Beginn des Schuljahres 1902/3 waren 201 Hauptlehrer, 24 Hauptlehrerinnen, 96 Unterlehrer, 27 Unterlehrerinnen, 10 Hilfslehrer, 49 Industrielehrerinnen und 6 Haushaltungslehrerinnen beschäftigt, also ein Gesamtlehrerpersonal von 414 Köpfen.

Zu den städtischen Schulhäusern kam neu hinzu das Lindenhofschulhaus, dessen innerer Ausbau bereits im Jahre 1901 begonnen, im Anfang des Berichtsjahres fertiggestellt und das Ostern 1902 der Benützung übergeben wurde. Bei den Schulhäusern in Neckarau, Käferthal und Waldhof wurde der innere Ausbau auch während der Wintermonate fortgeführt, so daß die Übergabe der drei Schulgebäude auf Ostern 1903 in Aussicht genommen werden konnte. Der im Vorjahre (vgl. Chronik 1901, S. 245) genehmigte Bau eines Schulhauses an der Käferthalerstraße wurde 1902 begonnen. Es ist als Doppelschulhaus projektiert, doch kam zunächst nur der an die Käferthalerstraße stoßende Flügelbau nebst dem für beide Bauhälften gemeinschaftlichen Mittelbau zur Ausführung. Dieser Teil ist nach Vollendung der ganzen Bauanlage als Mädchenschule bestimmt, muß aber bis dahin Knaben und Mädchen aufnehmen, was verschiedene Änderungen in der Benutzung einzelner Gebäudeteile gegen deren planmäßige Bestimmung

verursachte. Einschließlich der Heizanlage, Mobiliarausstattung, Einfriedigung, Hofherstellung und Bauleitung war der Bau auf 462000 Mk. veranschlagt. Im Berichtsjahre wurde der Bau unter Dach gebracht, eingedeckt, der innere Verputz ausgeführt und die Auffüllung des Hofes bewirkt.

Die neue Lindenhof-Schule wurde am 7. April 1902 von den städtischen Kollegien besichtigt und Tags darauf dem Schulbetrieb übergeben.

Das Gebäude steht gegenüber der Fabrik von H. Lanz auf dem ehemaligen Bender'schen und dem ehemaligen Bühler'schen Anwesen an der Windeckstraße. Die Vorderfront ist nach Nordosten gerichtet, nach dem jetzigen freien Platz, wo die Anlage einer 15 m breiten Straße beabsichtigt ist. Das Gebäude hat eine Längenausdehnung von 63,17 m und eine Tiefe von 19,88 m. Die 3 Stockwerke sind je 4,50 m hoch und enthalten 24 normale Klassenzimmer von je 9,50 m Länge und 6,50 m Tiefe, 2 größere Klassenzimmer von 12,58 × 7,12 m bezw. 12,58 × 6,20 m, 2 Industriesäle (12,58 × 7,12 m und 12,58 × 6,50 m) und 1 Zeichensaal (12,58 × 7,12 m). An Nebenräumen sind vorhanden: im Erdgeschoß 1 Oberlehrerzimmer, 1 Dienerzimmer, 2 Karzer; im ersten Obergeschoß 1 Lehrerzimmer und 1 Lehrerinnenzimmer; im zweiten Obergeschoß 2 Lehrmittelzimmer. Das Gebäude ist zur Aufnahme von Knaben und Mädchen bestimmt und hat deshalb getrennte Eingänge und Treppenhäuser. Im Mittelgang ist der Abschluß durch einen Glasverschlag bewirkt. Die Dienerwohnung, bestehend aus 4 Zimmern mit einer Küche, liegt im Untergeschoß, 1,80 m unter Straßenhöhe an einem 6 m breiten Lichtgraben. Das Untergeschoß enthält außerdem noch ein Brausebad für die Schüler und Schülerinnen, Räume für die Milchabgabe und das Kesselhaus für die Niederdruck-Dampfheizung. In einem Abstand von 5 m vom Hauptbau und durch gedeckte Gänge leicht erreichbar, ist die nach Geschlechtern getrennte, freistehende Abortanlage angeordnet. Die Turnhalle, die früher beim Schulhaus K V stand, dort aber nach Errichtung der Doppelturnhalle überflüssig wurde, ist 20 m lang, 10 m breit und im Mittel 7,60 m hoch; sie steht etwa 20 m vom Hauptbau entfernt an der Windeckstraße, ihre Beheizung geschieht durch Dauerbrandöfen. Der mit Bäumen bepflanzte Spiel- und Tummelplatz hat eine Größe von rund 4300 qm. Sämtliche Klassenzimmer sind mit Rettigbänken ausgestattet. Die Baukosten der ganzen Anlage betragen 418000 Mk. Als bauleitender Architekt fungierte Architekt Ernst Murjahn vom städtischen Hochbauamt.

Aus den Mitteilungen des vom Rektorat erstatteten Jahresberichtes über den Schulbetrieb heben wir folgendes hervor:

In der Knabenarbeitsschule mußten 6 weitere Klassen eingerichtet werden, da die Zahl der Teilnehmer von 415 (Ostern 1900) auf 584 gestiegen war. In Papparbeiten wurden unterrichtet 336 Schüler (16 Kurse), im Schnitzen 170 Schüler (9 Kurse), in Hobelbankarbeiten 78 Schüler (5 Kurse). Die Knabenfortbildungsschule der Altstadt zählte zu Anfang des Schuljahres 500, am Schlusse 553 Schüler. Die Zahl der (nach Berufen) gebildeten Kurse betrug 20. Die hauswirtschaftliche Mädchenfortbildungsschule wurde zu Beginn des Schuljahres von 690, am Schlusse von 733 Mädchen besucht. Die Zahl der Kurse mußte von 30 (Ostern 1900) auf 32 erhöht werden. Die Fortbildungsschule in den Vororten war zu Beginn des Schuljahres von 228 Knaben und 159 Mädchen, zusammen 375 Schülern besucht. Die Knaben waren in 8, die Mädchen in 6 Klassen eingeteilt. Der Fortbildungsunterricht

wurde auch in Käferthal vom Sonntag auf einen Werktag verlegt. Die Zahl der Fortbildungsschüler und Fortbildungsschülerinnen in der Altstadt und den Vororten belief sich am Schluß des Schuljahres auf 1661. Der an der erweiterten Volksschule in 3 Wochenstunden erteilte fakultative französische Unterricht wurde von 285 Knaben in 11 Kursen und 366 Mädchen in 14 Kursen, zusammen von 651 Teilnehmern in 25 Kursen mit einer durchschnittlichen Stärke von 26 Schülern besucht. Zu dem für freiwillige Teilnehmerinnen eingerichteten Flickkurs hatten sich 130 Fortbildungsschülerinnen gemeldet.

Die von Stadtschulrat Dr. Sickinger durchgeführten Organisations-Änderungen fanden hier und auswärts viel Anerkennung und u. a. auch den vollen Beifall der Kreisschulbehörde. Im Herbst 1901 äußerte sich Kreisschulrat Strübe über die neueingerichteten Sonderklassen wie folgt:

„Von besonderem Interesse war uns der Besuch in den Sonderklassen. Wir haben uns davon überzeugt, daß diese Einrichtungen sowohl für die Schule, wie für die betreffenden Kinder von großem Segen sind. Die Wiederholungsklassen beugen vom ersten bezw. zweiten Schuljahre an vor, daß die zurückgebliebenen Schüler, deren es eben, besonders in den ersten Schuljahren, in allen großen Schulen und volkreichen Klassen immer gibt, nicht mühselig von Klasse zu Klasse geschleppt werden und während ihrer Schulzeit mehrmals repetieren müssen. Bei der kleineren Schülerzahl kann der Lehrer den einzelnen Kindern viel mehr Aufmerksamkeit zuwenden und individualisieren. Wir sind überzeugt, daß auf diese Weise viele Kinder vor dem Verkommen bewahrt werden, und es könnte mit Fug und Recht die Frage aufgeworfen werden, ob diese Einrichtung je nach Bedürfnis nicht auch auf das dritte und vierte Schuljahr auszudehnen wäre. Eine ebenso zweckmäßige Einrichtung erblicken wir in den sogenannten Abschlußklassen. Trotz aller Vorkehr wird nicht vermieden werden können, daß eine namhafte Zahl von Knaben und Mädchen nicht regelmäßig promoviert werden und somit die obersten Klassen der Schule nicht erreichen können. Wenn nun Schüler nach Absolvierung der VI., zumteil der V. Klasse aus der Schule entlassen sind, so fehlt denselben ein gewisser Abschluß ihrer Elementarschulbildung. Diesem Mißstand sucht die Abschlußklasse mit Einhaltung eines geeigneten Lehrplans abzuhelfen; wir zweifeln auch nach den von uns gemachten Beobachtungen gar nicht daran, daß hier die Absicht erreicht und den gehegten Erwartungen entsprochen wird. Die Lehrer der Sonderklassen nehmen sich der zurückgebliebenen Kinder mit Geschick und geduldiger Hingebung erfolgreich an und machen sich um die betreffenden Kinder wie um die ganze Anstalt sehr verdient. War bei Einrichtung dieser Sonderklassen entgegengehalten worden, daß sich die in diesen Sonderklassen zusammengefaßten schwachen Kinder unbehaglich, gedrückt fühlen müßten, und daß ihnen die gegenseitige Aneiferung und geistige Anregung abgehe, so haben wir demgegenüber hier die Erfahrung gemacht, daß sich die Kinder durch die ihnen in erhöhtem Maße zugewendete Aufmerksamkeit und Teilnahme des Lehrers angeregt, ermutigt und gehoben fühlen und infolgedessen Aufmerksamkeit und freudigen Eifer an den Tag legen und das Gefühl haben, daß sie hier etwas leisten, etwas gelten, ein glückliches Gefühl, das sie in früheren Klassen nicht erlangen konnten. Die beiden Hilfsklassen für Schwachsinnige, schwachbefähigte Knaben und Mädchen, verdienen in jeder Beziehung vollste Anerkennung. Die Gemeindebehörde hat mit diesen Klassen eine humanitäre Einrichtung geschaffen, die den hier aufgenommenen Kindern zum wahren Segen gereicht. Wir begegnen hier einer geeigneten, reichen Ausstattung, und die Lehrer der Hilfsklassen haben sich in die ihnen gestellte schwierige Aufgabe derart eingefunden, daß sie

es vortrefflich verstehen, die Sinne der Kinder zu üben, den Geist zu wecken, und so die Schüler mit einem gewissen Maß von Fertigkeiten und Kenntnissen auszustatten, was bei gleichzeitigem Unterricht mit anderen Kindern nicht möglich gewesen wäre."

Zur besonderen Vorbereitung der in die untersten Klassen der Mittelschulen eintretenden Knaben wurden Vorbereitungsklassen eingerichtet (1901/2 deren 6), die sich als zweckmäßig bewährten und einen weiteren Beweis für die Richtigkeit des Prinzips bildeten, die Schüler in Unterrichtsgemeinschaften nach Maßgabe ihrer Arbeits- und Bildungsfähigkeit zu gruppieren. So gewähren diese verschiedenen Sonderklassen innerhalb der obligatorischen Volksschule nicht blos den Schwachen, sondern auch den Begabteren und besonderen Zielen Zustrebenden eine den natürlichen Voraussetzungen entsprechende Übung und Ausbildung ihrer geistigen Kräfte.

Von weiteren Änderungen im Unterrichtsbetrieb seien folgende erwähnt: Nach vorausgegangenen günstigen Versuchen in der Bürgerschule wurden in sämtlichen Klassen der erweiterten Volksschule die Schiefertafel abgeschafft und für alle Schuljahre der Gebrauch der Feder angeordnet. Der Beginn des weiblichen Handarbeitsunterrichts wurde vom ersten ins zweite Schuljahr verlegt, und zur Überwachung des gesamten Handarbeitsunterrichts eine Oberlehrerin (Frl. Auguste Jennemann) ernannt. An Stelle der einen, bisher im R-Schulhause untergebrachten Schülerbibliothek wurden 12 Bibliotheken gegründet und zwar: in der Friedrichsschule, im R-Schulhaus, im K V²-Schulhaus (gemeinsam mit K V¹), im K V³-Schulhaus (gemeinsam mit K II), in der Neckarschule, in der Hildaschule, in der Luisenschule, in der Mollschule, in den Vorortschulen Käferthal, Waldhof und Neckarau. Der bisherige Bestand der Gesamtbibliothek wurde auf die genannten Schulen verteilt und der so geschaffene Grundstock der Einzelbibliotheken durch einmalige Anschaffung im Betrage von 250 Mark pro Bibliothek verstärkt. Für die Unterhaltung der Bibliotheken sind künftig pro Bibliothek und Jahr 100 Mk. bestimmt. Beim Bau neuer Schulhäuser wird für die Einrichtung der zugehörigen Schülerbibliothek jeweils ein Betrag von 500 Mk. vorgesehen. Die Verwaltung der Bibliotheken geschieht nach den von der Schulkommission unterm 26. März 1901 genehmigten Satzungen.

2. Die Mittelschulen.

Im Schuljahr 1901/2 zeigten sämtliche hiesige Mittelschulen vermehrte Frequenz. Es betrug die Schülerzahl:

zu Anfang des Schuljahres	1901/2	1900/1	1899/1900	1898/99
im Gymnasium	535	510	529	525
im Realgymnasium	563	513	484	475
in der Oberrealschule	881	866	847	828
in der Höheren Mädchenschule . .	506	451	422	357
Zusammen	2485	2340	2282	2185

Aus dem Jahresbericht des Großh. Gymnasiums über das Schuljahr 1901/2 sei folgendes erwähnt:

Die im vorigen Schuljahr zunächst probeweise versuchte Zusammenlegung des Unterrichts auf die Stunden von 8—1 Uhr (im Hochsommer schon bisher von 7—12 Uhr) wurde vom Oberschulrat genehmigt. Weil nach dieser Zeiteinteilung die unteren Klassen alle Nachmittage frei haben, die mittleren und oberen im allgemeinen 4 (bisher 2) Nachmittage, so erschien die Einführung des Handfertigkeitsunterrichts möglich. Da der Oberschulrat reichliche Mittel für diesen Zweck zur Verfügung stellte, so wurden die nötigen Einrichtungen getroffen, und der bezeichnete Unterricht konnte vom April 1902 an mit 72 Schülern betrieben werden, die der Sache einen regen Eifer entgegenbrachten. Zur Leitung des Unterrichts wurden zwei schon darin geübte Hauptlehrer der Volksschule, Karl Sickinger und Reinhold Schmidt, herangezogen. Die neue Stundenverteilung erleichterte auch die Teilnahme an den Turnspielen im Schloßgarten und an dem Lawn-Tennis auf dem von der Stadt hergerichteten Spielplatz. Seit Anfang des Schuljahres nahmen 7 Mädchen an dem Gymnasialunterricht (mit Ausnahme des Turnens) teil, 2 in Sexta, 3 in Quarta und 2 in Obertertia. Die Regierung betrachtet dies zunächst als einen Versuch und behält sich eine endgültige Entscheidung darüber vor. Die bis jetzt gemachten Erfahrungen sind durchaus günstig. An der von Geh. Hofrat Direktor Ferdinand Haug geleiteten Anstalt waren 22 etatmäßige, 6 nichtetatmäßige und 8 Hilfs- und Nebenlehrer tätig. Zu Beginn des Schuljahres betrug die Schülerzahl: Promovierte 398, Repetenten 23, Neueingetretene 114; nach dem Bekenntnis: evangelische 275, katholische 162, altkatholische 7, israelitische 88, sonstige 3; zusammen 535. Im Laufe des Schuljahres traten aus 40, Stand zu Ende des Schuljahres 495. Die Zahl der Schüler, deren Eltern am Orte selbst wohnen (mit Einschluß von Käferthal-Waldhof und Neckarau) betrug 464, auswärtige (badische) 38, außerbadische 33.

Am 22. Mai 1902 wurden in der Vorhalle des Gymnasiums die von früheren Schülern gestifteten zwei Bronzestatuen aufgestellt. Zwei griechische Jünglinge, modelliert von Professor Chr. Elsässer in Karlsruhe (Bronzeguß von P. Stolz in Stuttgart) überlebensgroß, der eine nachdenkend und in sich gekehrt dastehend, der andere bewaffnet und kühn ausschreitend, führen dem Eintretenden in idealer Symbolik zwei Hauptpflichten des deutschen Jünglings vor Augen, das Sinnen und Streben im Dienste der Wissenschaft und die tatkräftige, kampfbereite Liebe zum Vaterland. Lehrer und Schüler des Gymnasiums sind den hochherzigen Stiftern für den schönen und wertvollen Schmuck des neuen Gebäudes zu warmer und dauernder Dankbarkeit verpflichtet.

Das Realgymnasium befindet sich seit September 1901 in dem Schulgebäude am Friedrichsring. Dem Jahresbericht über das Schuljahr 1901/2 war eine wissenschaftliche Beilage: Der römische Grenzwall, verfaßt vom Lehramtspraktikant Karl Hirsch beigegeben.

An der von Direktor Wilhelm Höhler geleiteten Anstalt waren 16 etatmäßige, 10 nichtetatmäßige, sowie 13 Neben- und Hilfslehrer tätig. Die Schülerzahl war zu Beginn des Schuljahres: Promovierte 354, Repetenten 51, Neueingetretene 158, zusammen 563. Darunter nach Konfessionen: evangelische 322, katholische 189, altkatholische 6, israelitische 43, sonstige 3. Im Laufe des Schuljahres traten aus: 24. Stand am Ende des Schuljahres: 539. Darunter Schüler, deren Eltern in Mannheim wohnen: 415, auswärtige (badische) 84, außerbadische 64.

Mit Beginn des Schuljahres 1901/2 fand die Oberrealschule in dem Neubau an der Tullastraße ein neues Heim. Die Schulräume dieses Gebäudes wurden nach Stadtratsbeschluß vom 12. September 1901 bis auf weiteres derart verteilt, daß die Handelsfortbildungsschule das Souterrain, die Reformschule das Erdgeschoß und die Oberrealschule die beiden oberen Stockwerke benützt. Über die Einweihung des neuen Schulgebäudes hat bereits die vorjährige Chronik (S. 253) berichtet.

An der dem Direktor Dr. Hermann Rose unterstellten Anstalt waren 23 etatmäßige, 13 nichtetatmäßige, sowie 5 Neben- und Hilfslehrer tätig. Zu Beginn des Schuljahres betrug die Schülerzahl 881; darunter waren evangelische 494, katholische 253, altkatholische 5, israelitische 110, sonstige 19. Im Laufe des Schuljahres traten aus 74; Stand am Ende des Schuljahres 807. Schüler, deren Eltern in Mannheim wohnen 748, auswärtige (bad.) 68, außerbadische 65. Die durch die vermehrte Schülerzahl notwendig gewordene Einrichtung einer dritten Parallelabteilung der U II brachte eine Vermehrung des Lehrkörpers mit sich, der überdies besonders in den nichtetatmäßigen Lehrkräften mancherlei Veränderung erfuhr.

Bisher stand im hiesigen Mittelschulwesen den Knaben die Wahl zwischen drei, nach Unterrichtsplan, Lehrzielen und Berechtigungen wesentlich verschiedenen Bildungsanstalten, dem Gymnasium, dem Realgymnasium und der Oberrealschule offen. Während das Schwergewicht des Gymnasialunterrichts in dem Betrieb der alten Sprachen liegt, von denen Latein schon in der untersten Klasse (Sexta), Griechisch in der vierten Klasse (Untertertia) beginnt, pflegt die Oberrealschule vorzugsweise Mathematik, Naturwissenschaften und moderne Sprachen. Das Realgymnasium nimmt zwischen beiden insofern eine Mittelstellung ein, als dort zu Gunsten der englischen Sprache und stärkerer Betonung der Mathematik, des Deutschen und Französischen das Latein eingeschränkt und Griechisch beseitigt ist. Mit dem erfolgreichen Besuch des Gymnasiums sind sämtliche staatlichen Berechtigungen verbunden. Die Abiturienten des Realgymnasiums sind zur Zeit noch vom Studium (d. h. Zulassung zum Staatsexamen) der Rechtswissenschaft, der Theologie, des höheren Finanzfaches und bezüglich des höheren Lehramtes vom Studium der alten Sprachen ausgeschlossen. Doch können vom Realgymnasiasten durch Ablegung einer Ergänzungsprüfung im Griechischen die mit dem Reifezeugnisse des Gymnasiums verbundenen Berechtigungen, vom Oberrealschüler durch eine Prüfung im Latein die Berechtigungen des Realgymnasiums, durch eine solche im Latein und Griechisch die Berechtigungen des Gymnasiums erworben werden. Wenn auch in Baden vorerst eine völlige Gleichstellung der drei Anstalten nicht zu erwarten ist, so besteht doch begründete Aussicht, daß sich die Berechtigungen des Realgymnasiums demnächst auch auf das Rechtsstudium und das höhere Lehrfach ohne Einschränkung erstrecken, und daß auch die Berechtigungen der Oberrealschule wesentlich erweitert werden, nachdem

Preußen seit 1902 zur rechtswissenschaftlichen Prüfung auch Abiturienten eines deutschen Realgymnasiums oder einer preußischen Oberrealschule zuläßt.

Zu diesen Mittelschulen traten im Herbst 1902 zwei weitere Anstalten, die Reformschule und die Handelsschule, neu hinzu (vgl. Chronik 1901, S. 252) Die erstere unterrichtet in den drei untersten Jahresklassen (VI, V, IV) nach dem Lehrplan der Oberrealschule. Von der vierten Klasse (U III) gliedert sie sich in zwei Abteilungen, deren eine den Realschullehrplan weiterführt, sich also namentlich mit den Naturwissenschaften und den neueren Sprachen befaßt; die andere Abteilung nimmt in der vierten Klasse den Unterricht im Lateinischen auf und behandelt auch im übrigen den Lehrstoff des Realgymnasiums. Die Absolventen der realen Abteilungen erlangen die Berechtigungen der Oberrealschule, jene der realgymnasialen Abteilungen die des Realgymnasiums. Der Hauptvorzug der geschilderten Schuleinrichtung besteht darin, daß die Entscheidung, welcher von den beiden Reallehranstalten man die Ausbildung seines Sohnes anvertrauen will, ein Entschluß, der bisher in der Regel bereits in dessen 9. Lebensjahr ohne genügendes Urteil über seine Veranlagung gefaßt werden mußte, jetzt um volle drei Jahre hinausgeschoben ist. Die gleichfalls auf dem Unterbau der Realschule beruhende Handelsmittelschule wurde der durch die Errichtung der Reformschule entlasteten Oberrealschule angegliedert.

Nach Festsetzung des Statuts durch den Oberschulrat (Zustimmung des Bürgerausschusses vom 29. Juli 1902) wurde die neue Reformschule unter der Benennung Realschule mit Realprogymnasium am 11. September 1902 im Schulgebäude Tullastraße 25 mit den vier Klassen VI bis U III in je zwei Parallelabteilungen und zusammen 285 Schülern eröffnet. Dem Unterricht wurde für die drei unteren, den gemeinsamen Unterbau umfassenden Klassen, sowie für die sich daran anschließenden Klassen des Realschulzweigs der Lehrplan für die Oberrealschulen vom 27. März 1895 (Verordnungsblatt Großh. Oberschulrats 1895 No. V S. 42 ff.), für die Klassen des Realgymnasialzweigs der Lehrplan des Reformrealgymnasiums in Karlsruhe (Verordnungsblatt Großh. Oberschulrats 1903 No. I S. 3) zu Grunde gelegt. Während der Stadtrat die Leitung der neuen Anstalt anfangs nur provisorisch geregelt wissen wollte, erklärte die Oberschulbehörde die alsbaldige Bestellung eines eigenen Vorstands für unumgänglich notwendig. Diesem Wunsche kam der Stadtrat nach. Die Leitung der Anstalt wurde dem Professor Dr. Friedrich Blum, bis dahin Vorstand der Realschule in Kehl, übertragen. Bei ihrer Eröffnung zählte die Reformschule in den beiden Abteilungen der Sexta je 43, der Quinta 42 und 40, der Quarta 36 und 34, im Realgymnasialzweig der Untertertia 14, im Realschulzweig der Untertertia 33 Schüler. Die überfüllte Oberrealschule konnte hierdurch auf eine Schülerfrequenz von 620 beschränkt werden, die sich auf je drei Abteilungen in den Klassen VI, V, IV, U III, O III und U II, sowie auf je eine Abteilung in Klasse O II, U I, O I verteilen.

Die Handelsschule ruht auf dem Unterbau der Realschule. Ihre unterste Klasse läuft mit der vierten Klasse der Oberrealschule (U III) parallel. Im Herbst 1902 wurde diese unterste Klasse errichtet, Herbst 1903 die zweite, der O III der Oberrealschule entsprechende Klasse, Herbst 1904 tritt die dritte Klasse hinzu (= U II der Oberrealschule). Von dann ab hofft

man sie unter Anfügung des dreiklassigen Unterbaus und Aufsetzung der O II, U I und schließlich O I als selbständige neunklassige Anstalt ausbilden zu können. Lehrplan und Lehrmethode sind mit besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse des kaufmännischen Lebens ausgestaltet, ohne daß das Ziel einer guten Allgemeinbildung beeinträchtigt wäre. Für die allgemein bildenden Fächer ist das Lehrziel durch die Prüfungsordnung für Einjährig-Freiwillige genau vorgezeichnet. Hinsichtlich der fremden Sprachen wird neben der nötigen Kenntnis der Formen- und Satzlehre, sowie der Lektüre möglichst weitgehende Fertigkeit im mündlichen und schriftlichen Gebrauche der Umgangs- und Geschäftssprache als Lehrziel erstrebt. In den eigentlichen Handelsfächern sollen sich die Schüler ungefähr die Kenntnisse aneignen, die die Schüler der Handelsfortbildungsschule nach Absolvierung der drei Klassen dieser Anstalt besitzen. So hat die Handelsmittelschule einen doppelten Endzweck: sie will den Schülern die Möglichkeit gewähren, sich den Nachweis der wissenschaftlichen Befähigung für den Einjährig-Freiwilligen Militärdienst zu erwerben; andererseits werden die Absolventen von der Verpflichtung, die Handelsfortbildungsschule zu besuchen (siehe unten) enthoben. Die Errichtung der beiden neuen Schulanstalten bedeutet einen außerordentlichen Fortschritt für das Bildungswesen unserer Stadt und insbesondere eine hochwichtige Etappe auf dem Wege der kaufmännischen Schulreform.

Die höhere Mädchenschule (mit Realschulabteilung) zählte im Jahre 1902 ein Kollegium von 14 etatmäßigen und 6 nichtetatmäßigen Lehrkräften, sowie 7 Nebenlehrern. Unter den 506 Schülerinnen waren 246 evangelische, 187 israelitische, 69 katholische, 11 altkatholische und 3 sonstiger Konfession.

Am 1. April 1902 feierte der Direktor der Mädchenschule, Hofrat Martin Walleser, das seltene Jubiläum dreißigjähriger Leitung dieser Schule, mußte aber wegen leidender Gesundheit zu Ende des Schuljahres seinen Abschied nehmen. Am 30. Juni 1903 schied er nach langer, schwerer Krankheit aus dem Leben. Sein Nachfolger wurde im August 1902 Direktor Otto Hammes, bisher an der höheren Mädchenschule in Offenburg, an dessen Stelle in genannter Stadt der bisher an der hiesigen Mädchenschule tätige Professor Julius Busch trat.

Von den 50 Schülern der V. Klasse des Vorjahres meldeten sich 25 zum Eintritt in die unterste Realschulklasse. Mit dem Beginn des Schuljahres 1901/2 wurde diese Klasse als Unter-III der neuerrichteten Realschulabteilung (vgl. Chronik 1901, S. 257) an die höhere Mädchenschule unter Zugrundelegung des vom Oberschulrat durch Verfügung vom 10. September 1901 erlassenen Lehrplanes angegliedert. Nach Vorschlag der Lehrerkonferenz wurde vom Oberschulrat (6. Januar 1902) genehmigt, daß versuchsweise in Klasse IV der deutsche Unterricht von 6 auf 5 Stunden und der Handarbeitsunterricht von 3 auf 2 Stunden wöchentlich herabgesetzt, und daß in der Klasse Unter-III der Realschulabteilung der Handarbeitsunterricht als fakultatives Lehrfach behandelt, ferner daß dem Unterricht in Englisch (nach dem Lehrplan der Oberrealschule) Erdkunde und Mathematik die vorgeschlagene Stoffverteilung zu Grunde gelegt werde.

Als die höhere Mädchenschule am 1. April 1898 in die Verwaltung der Stadtgemeinde überging, bezog sie das neue Schulhaus D 7. 22, das für die damaligen Frequenzverhältnisse gerade ausreichte. Als dann aber der Bürgerausschuß mit der Begründung, daß die Schule nicht für einen kleinen Kreis

wohlhabender Familien, sondern als kommunale Bildungsstätte für die breite Schicht des Mittelstandes zu wirken berufen sei, das bisherige hohe Schulgeld auf 60 Mk. für die drei Vorschulklassen, auf 75 Mk. für die Klassen VII—IV und auf 90 Mk. für die Oberklassen III, II und I herabsetzte, stieg im ersten Schuljahr (1898—99) die Schülerzahl von 335 auf 357, im zweiten (1899—1900) auf 422, im dritten (1900—1901) auf 451 und im vierten (1901—1902) auf 500 Zöglinge. Schon im ersten Jahr mußte ein Notlokal in den Wandelgang des dritten Stockes eingebaut und im folgenden ein Anbau für 6 Schulräume (zwei Klassenzimmer, einen Zeichen- und einen Singsaal und zwei Handarbeitssäle) in Angriff genommen werden. Die Angliederung einer Realschulabteilung machte sodann die Erbauung eines neuen Schulhauses für die Stadtgemeinde zur absoluten Notwendigkeit.

Wie aus der vorjährigen Chronik (S. 258) erinnerlich ist, kaufte die Stadtgemeinde für Vergrößerungszwecke das Grundstück D 7, 8 für 247000 Mk., über dessen Bebauung sich jedoch Meinungsverschiedenheit erhob. Nach dem ersten, dem Bürgerausschuß in seiner Sitzung vom 13. März 1902 vorgelegten Projekt war mit einem Kostenanschlag von 248000 Mk. ein vierstöckiges Hintergebäude im Hof des nach der Rheinstraße gelegenen, ehemals Bassermann'schen Wohnhauses geplant, das als Wohngebäude erhalten bleiben sollte. Nachdem der Bürgerausschuß dieses Projekt verworfen hatte, erstattete der Stadtrat zur Bürgerausschußsitzung vom 29. Juli 1902 eine neue Vorlage. Das Hochbauamt hatte mittlerweile verschiedene Projekte ausgearbeitet und im Benehmen mit dem Schulvorstand die aufgeworfenen Fragen einer näheren Prüfung unterzogen. Hiernach wurde festgestellt, daß beachtenswerte Gründe gegen die Errichtung eines Schulhauses im Hofe sprechen, während sich unter Verwendung des ganzen Grundstückes ein Gebäude erstellen läßt, das allen hygienischen Anforderungen reichlich genügt und bei einer Anzahl von 30 Klassenzimmern und 16 Nebenräumen 587500 Mk., mit Einschluß des Bauplatzes 835200 Mk. kostet. Das Gebäude ist als viergeschossige Anlage in hufeisenförmigem Grundriß mit der Hauptfassade gegen die Rheinstraße gedacht. Die erforderliche zweite Turnhalle wird durch einen Aufbau auf die bestehende Turnhalle im Hofe des Schulhauses D 7, 22 gewonnen, die hiedurch wegfallende Schuldienerwohnung wird im alten Schulhause untergebracht. Der Neubau gewährt bequemen Raum zur Unterbringung der höheren Mädchenschule und der Mädchenrealschule nach vollständigem Ausbau beider Anstalten. Die Grundrißdisposition gestattet, durch Aufstellung einer einfachen hölzernen Zwischenwand auch eine räumliche Trennung zwischen den beiden dereinst selbständigen Schulen durchzuführen. Das an der Leopoldstraße liegende bisherige Schulhaus der höheren Mädchenschule D 7, 22 wird für andere Schulzwecke, sei es für die Volksschule oder andere Anstalten, verfügbar. Der Stadtrat ließ das sogenannte Hofprojekt endgültig fallen und beschloß, auf dem Grundstück D 7, 8 ein mit der Hauptfassade an die Rheinstraße stoßendes Schulgebäude für die Mädchen-Mittelschulen nach den Entwürfen des Hochbauamtes zu erstellen. Die Finanzkommission erklärte sich damit unter Würdigung der vorteilhaften ökonomischen Ausnützung des Baugrundstückes einverstanden und stellte den Antrag, die in den Jahren 1903 und 1904 erforderlichen Baukosten mit 587500 Mk. dem Anlehen vom Jahre 1901 zu entnehmen. Die laufende Wirtschaft wird belastet: durch Verzinsung des Grundstückwertes und der Baukosten vom Jahre

1903 ab mit 24000 Mk. und von 1904 ab mit weiteren 9400 Mk; durch Amortisation des Bauaufwandes vom Jahr 1906 ab mit 3800 Mk. Der Bürgerausschuß stimmte dieser Vorlage zu, und so konnte im folgenden Jahre mit der Niederlegung des Bassermann'schen Hauses und mit der Errichtung des Neubaues begonnen werden.

Im Jahre 1877 ging das unter dem Protektorat Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin Luise stehende Großh. Institut in den Besitz und die Verwaltung der Stadt Mannheim über. Am 6. April 1902 feierte die Anstalt das 25jährige Jubiläum ihrer Übernahme durch die Stadtgemeinde.

Zu dieser Feier waren die Frau Großherzogin und die Frau Erbgroßherzogin erschienen. Die hohen Damen wurden von dem Präsidenten und den Mitgliedern des Verwaltungsrats, Geh. Kommerzienrat Eckhard, Oberbürgermeister Beck, Geh. Hofrat Haug, Geh. Kommerzienrat Ladenburg, General-Konsul Reiß, sowie der Vorsteherin Frl. Streccius empfangen und in den Saal geleitet, wo das Lehrerkollegium des Instituts, ferner zahlreiche frühere Zöglinge von hier und auswärts, sowie die eingeladenen Gäste versammelt waren. Eingeleitet wurde die Feier durch einen Psalm von Schubert; diesem folgte ein ausdrucksvoll gesprochener Prolog und ein Terzett, wirkungsvoll vorgetragen von trefflich geschulten, klangvollen Stimmen. Ein eigens dem Tage gewidmetes Festspiel, verfaßt von Frau Alberta von Freydorff in Karlsruhe, brachte die Geschichte des Großherzoglichen Instituts zur Darstellung. Das von etwa 60 Zöglingen in reizenden Kostümen mustergültig aufgeführte Festspiel klang in einer Huldigung für die hohe Protektorin aus. Alle Darbietungen wurden mit größtem Beifall aufgenommen und werden den Festteilnehmern in angenehmster Erinnerung bleiben.

Auch gelegentlich ihrer weiteren Besuche in hiesiger Stadt beehrte die Frau Großherzogin das Institut mit ihrer Anwesenheit. Am 30. April 1902 versammelte sich zur Uebergabe des Grabdenkmals, das für die im August 1900 verstorbene Instituts-Vorsteherin Frl. Anna Sammet gestiftet worden ist, eine stattliche Zahl von Damen und Anstaltslehrern auf dem Kirchhof zu einer Gedenkfeier, die mit Choralgesang des Instituts-Chores eingeleitet wurde, worauf Stadtpfarrer Ahles auf Grund des 90. Psalms eine ergreifende Gedenkrede hielt und die Verdienste der früh Dahingeschiedenen in wärmsten Worten schilderte. Das von den ehemaligen Schülerinnen der Verstorbenen gestiftete, von Bildhauer Elsäßer in Karlsruhe ausgeführte Grabdenkmal ist auf einem der Sammet'schen Familie überlassenen Begräbnisplatze errichtet und mit Blumen und Gesträuch schön verziert worden. An der Feier nahmen gegen hundert Schülerinnen und Verehrerinnen der Verstorbenen, die Vorsteherin, sowie die Lehrer und Lehrerinnen des Großh. Instituts teil; auch die drei Schwestern der Verblichenen waren zur Feier erschienen.

3. Fachschulen und berufliche Fortbildung.

Die Frequenz der von der Stadtgemeinde subventionierten Ingenieurschule, der seit Herbst 1901 das seitherige Realgymnasiumsgebäude in N 6 zugewiesen ist, erfreut sich stetiger Zunahme.

Bei Beginn des Wintersemesters 1902/3 besuchten 206 Schüler die Anstalt, die sich ihrer Staatsangehörigkeit nach folgendermaßen verteilten: 35 Schüler waren aus Mannheim,

38 aus dem übrigen Baden, 55 aus der Pfalz, 8 aus Bayern (außer Pfalz), 20 aus Preußen, 13 aus Hessen, 17 aus Elsaß-Lothringen, 9 aus Württemberg, 3 aus dem Königreich Sachsen, 1 aus Sachsen-Meinigen, 1 aus Mecklenburg, 3 aus der Schweiz, 1 aus Rußland, 1 aus Rumänien und 1 aus Nordamerika. Die Vorbildung wurde bei 32 Schülern auf einem Gymnasium, 8 Realgymnasium, 78 Realschule, 13 auf einer höheren gewerblichen Schule, 70 Volks- und Gewerbeschule und bei 5 auf sonstigen Spezialschulen erworben. Unter ihnen waren fast alle Altersklassen zwischen 16 und 31 Jahren vertreten.

Zur Abgangsprüfung im März 1902 hatten sich 23 Kandidaten (18 für Maschinenbau, 5 für Elektrotechnik) gemeldet, wovon einer nicht zugelassen wurde, während ein zweiter nach den schriftlichen Arbeiten zurückgewiesen werden mußte. Von den übrigen 21, die das Zeugnis der Reife erhielten, konnten 11 auf Grund ihrer guten schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung befreit werden. Es wurden folgende Gesamtprädikate zuerteilt: Einmal mit Auszeichnung, siebenmal sehr gut, achtmal gut bestanden, und fünfmal bestanden. Bei der das Sommersemester schließenden Septemberprüfung 1902 trat von den 19 Kandidaten einer freiwillig zurück, während zwei wegen nicht genügender Leistungen zurückgewiesen werden mußten. Von den übrigen 16 Kandidaten, die das Zeugnis der Reife erhielten, wurden 5 auf Grund ihrer guten schriftlichen Arbeiten von der mündlichen Prüfung befreit. Es wurden folgende Gesamtprädikate erteilt: Zweimal mit Auszeichnung, dreimal sehr gut, viermal gut bestanden und siebenmal bestanden. Die im März veranstaltete Zeichnungsausstellung fand lebhaftes Interesse.

Über die städtische Subventionierung der Ingenieurschule besagte eine Bürgerausschußvorlage vom 29. Juli 1902: Anläßlich der Verlegung der Ingenieurschule von Zweibrücken hierher im Jahre 1898 wurde dem Direktor der Anstalt, Ingenieur Paul Wittsack, zur Unterbringung seiner Anstalt vom Zeitpunkt seiner Übersiedelung an bis zur Bereitstellung anderer Schulräume durch die Stadtgemeinde ein jährlicher Mietzinszuschuß von 5000 Mk., sowie ein einmaliger Beitrag zu den Umbaukosten in Höhe von 8000 Mk. bewilligt. Unterm 16. Februar 1899 bewilligte der Bürgerausschuß der Anstalt außer dem Mietzinszuschuß einen weiteren jährlichen Zuschuß von 6000 Mk. während der nächsten fünf Jahre und 5500 Mk. im sechsten Jahre. Zur Rückzahlung dieses weiteren Zuschusses an die Stadtkasse verpflichtete sich der Leiter der Anstalt, sobald dies aus den Überschüssen des Schulbetriebs möglich sein werde. Trotzdem unter Zuhilfenahme des städtischen Zuschusses der ursprüngliche Finanzplan eingehalten werden konnte, hatte die Anstalt auf Ende des Jahres 1901 noch mit einer Kapitalschuld an Dritte in Höhe von 42700 Mk. zu rechnen. Bei der Übersiedelung in das ehemalige Realgymnasiumsgebäude unterbreitete nun der an der Anstalt tätige Lehrer, Dr. phil. Hans Zeeh, dem Direktor das Anerbieten, mit ihm bezüglich des Ingenieurschulunternehmens ein Gesellschaftsverhältnis einzugehen. Danach erklärte sich Dr. Zeeh bereit, in das Unternehmen einen Barbetrag einzuwerfen, aus dem die genannte Kapitalschuld vollständig getilgt werden könnte, unter der Voraussetzung jedoch, daß die Stadtgemeinde auf einen Rückersatz der ihrerseits geleisteten Zuschüsse verzichtet. Der Stadtrat beschloß, dem Vorgehen der beiden Herren zuzustimmen, und vereinbarte mit ihnen einen Vertragsentwurf, der den Verzicht auf den seit dem Jahr 1899 geleisteten jährlichen Zuschuß von 6000 Mk. während der Dauer des Bestehens der Anstalt in hiesiger Stadt aussprach, jedoch der Stadtgemeinde unter Entbindung von der Verpflichtung zu jeder weiteren Zuschußleistung ihre vollen Ansprüche für den Fall der Verlegung der Schule sicherte und der städtischen Behörde einen hinreichenden Einfluß auf das Unternehmen einräumte. Der Bürgerausschuß gab hierzu seine Zustimmung.

In den badischen Kammerverhandlungen des Berichtsjahres wurde auch das schon mehrfach vorgetragene Gesuch der Stadtgemeinde (vgl. Chronik 1901, S. 260), die Regierung möge eine Großh. Baugewerkeschule in Mannheim errichten, gestreift, jedoch erklärte der Vertreter des Unterrichtsministeriums, die Errichtung einer solchen zweiten Landesanstalt könne wegen der erheblichen Kosten vorläufig nicht in Aussicht gestellt werden.

Über die Gewerbeschule, deren 58. Jahresbericht die zwei Schuljahre von Ostern 1900 bis Ostern 1902 umfaßt, ist den Mitteilungen in der letzten Chronik nichts weiteres beizufügen. Die schon längere Zeit schwebende Frage eines Gewerbeschul-Neubaues fand ihre Lösung durch das während des Berichtsjahres vorbereitete, aber erst 1903 genehmigte Projekt eines Zentralschulgebäudes auf dem Platz der ehemaligen Rheintorkaserne in C 6.

Über die Bemühungen der städtischen Verwaltung, eine den heutigen Anforderungen entsprechende Organisation des kaufmännischen Fortbildungs-Unterrichtes herbeizuführen, haben die beiden ersten Chronikbände eingehend berichtet. Das am 5. Dezember 1901 und 28. Februar 1902 vom Stadtrat beschlossene und unterm 13. März 1902 vom Bürgerausschusse gutgeheißene Ortsstatut über das kaufmännische Fortbildungswesen erhielt durch Erlaß Großherzoglichen Ministeriums des Innern vom 10. April 1902 die staatliche Genehmigung. Es ist die Frucht mehrjähriger Vorbereitungen.

Die wichtigsten Bestimmungen dieses Ortsstatuts lauten: Die Stadtgemeinde Mannheim errichtet und unterhält eine aus drei Jahreskursen und einjähriger Vorschule bestehende Handelsfortbildungsschule. Die Zahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden eines jeden Jahrgangs soll neun betragen. Die Stadtgemeinde stellt die für die Anstalt nötigen Räumlichkeiten samt Heizung, Beleuchtung und Bedienung und deckt eine etwaige Unzulänglichkeit der eigenen Mittel der Schule durch Einstellung des entsprechenden Betrages in den städtischen Voranschlag. Die eigenen Mittel der Schule bestehen aus Schulgeldern, Beiträgen und Zuschüssen der Staatskasse, der Handelskammer, des Kreisverbandes, sowie anderer Körperschaften, von Stiftungen und dergl. Der Stadtrechner führt für die Schule eine besondere Rechnung, für die alljährlich ein Voranschlag aufzustellen ist. Als Verwaltungs- und örtliche Aufsichtsbehörde der Schule wird eine Kommission mit dem Namen „Schulkommision für die Handelsfortbildungsschule" bestellt (vgl. S. 34). Dieselbe besteht aus: 1. dem Oberbürgermeister oder einem Bürgermeister als Vorsitzenden, 2. sechs vom Stadtrate nach den städtischen Erneuerungswahlen auf dreijährige Amtsdauer zu ernennenden Mitgliedern. (Davon soll je eines dem Stadtrate, dem Bürgerausschusse und der allgemeinen Schulkommission angehören, eines von der Handelskammer, eines gemeinsam von den Vorständen der hiesigen Vereinigungen kaufmännischer Angestellter männlichen Geschlechts und eines gemeinsam von den Vorständen der gleichen Vereinigungen weiblichen Geschlechts aus ihrer Mitte vorgeschlagen werden. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Für die in der Zwischenzeit ausscheidenden Mitglieder wird mit Amtsdauer bis zur Gesamterneuerung — gegebenen Falls unter Berücksichtigung des Vorschlagrechts — vom Stadtrate ein Ersatzmann

16*

ernannt.) 3. dem Stadtschulrat, 4. dem Leiter der Schule. Die Oberaufsicht über die Schule wird gemäß §§ 1—2 der landesherrlichen Verordnung vom 1. März bezw. 16. September 1893 „die Beaufsichtigung und Leitung des gewerblichen Unterrichtswesens betreffend" vom Großh. Gewerbeschulrate wahrgenommen.

Die innerhalb des Gemeindebezirks Mannheim im Handelsgewerbe oder in anderen Betrieben mit kaufmännischen Verrichtungen beschäftigten Lehrlinge und Gehilfen beiderlei Geschlechts sind zum Besuche der Handelsfortbildungsschule, ungenügend Vorgebildete außerdem zum Besuche der Vorschule, jedoch nicht über das vollendete 18. Lebensjahr hinaus verpflichtet. (Mannheim und Wiesbaden waren die ersten deutschen Städte, die von den neuen Bestimmungen des Gewerbegesetzes Gebrauch machend, die Schulpflicht durch Ortsstatut auch auf die Mädchen bis zum 18. Lebensjahr ausdehnten.) Die Entlassung aus der Schule findet regelmäßig nur am Ende eines Schuljahres statt, doch sind Schüler, die im Laufe eines solchen das 18. Lebensjahr vollenden, auf Verlangen am Schlusse des diesem Zeitpunkte vorhergehenden Schuljahres zu entlassen. Kaufmännische Angestellte beiderlei Geschlechts mit Zeugnissen über den erfolgreichen Besuch von mindestens drei Jahreskursen einer mittleren Handelsschule oder kaufmännischen Fortbildungsschule sind vom Besuche der Handelsfortbildungsschule ganz befreit. Angestellte, welche durch Zeugnis oder besondere Prüfung den Besitz mindestens der in der Fortbildungsschule oder einzelnen Klassen derselben zu erwerbenden Kenntnisse nachweisen, insbesondere die Inhaber des nicht auf einer Handelsschule erworbenen Berechtigungsscheins für den Einjährig-Freiwilligendienst können durch die Schulleitung nach Maßgabe der von der Schulkommission zu treffenden näheren Bestimmungen vom Besuche der Fortbildungsschule oder der betreffenden Jahrgänge entbunden werden. In gleicher Weise können Schulpflichtige mit ungenügender Vorbildung in den Fremdsprachen vom fremdsprachlichen Unterricht entbunden werden. Schulpflichtige, deren geringes Bildungsvermögen keinen Erfolg vom Besuche der Vorschule erwarten läßt, können durch die Schulkommisson dauend oder zeitweilig vom Unterricht ausgeschlossen werden. Insolange dieselben sich im fortbildungsschulpflichtigen Alter befinden, sind sie für die Dauer des Ausschlusses der allgemeinen Fortbildungsschule zu überweisen. Der Besuch der Handelsfortbildungsschule kann auch nichtschulpflichtigen Personen mit Zustimmung ihrer Arbeitgeber oder Fürsorger von der Schulleitung nach Maßgabe der von der Schulkommission zu treffenden näheren Bestimmungen gestattet werden. Diese freiwilligen Schüler unterliegen mit ihrem Eintritt den Bestimmungen dieses Statuts und sind namentlich auch verpflichtet, die Schule bis zum Schlusse des Schuljahres zu besuchen. Die Schüler sind zur gewissenhaften Beobachtung des Stundenplanes und der Schulordnung verpflichtet.

Die Lehrherren und Prinzipale bezw. die Eltern oder deren Stellvertreter haben die zum Besuche der Handelsfortbildungsschule Verpflichteten binnen drei Tagen nach Eintritt in das Lehr- oder Dienstverhältnis (auch während der Probedienstzeit) bezw. nach Beginn des Schuljahres bei der Schulleitung anzumelden und die Ausgeschiedenen binnen drei Tagen nach Beendigung des Verhältnisses daselbst abzumelden. Auch sind sie verpflichtet, die Schulpflichtigen und die freiwillig eingetretenen Personen zum Besuche des Unterrichts nach Maßgabe der Stundenpläne und Schulordnungen anzuhalten und ihnen die zum Schulbesuche nötige Zeit zu gewähren. Nur Krankheit oder ein anderer wichtiger Anlaß, der zugleich auch die Tätigkeit im Geschäftsbetrieb hindert, entbindet vorübergehend vom regelmäßigen Schulbesuch. Das Schulgeld beträgt jährlich 30 Mark. Dasselbe wird in Tertialen im voraus vom Lehrherrn bezw. Prinzipal erhoben, welcher berechtigt ist, den Wiederersatz vom Schüler oder dessen Fürsorger zu verlangen. Rückvergütung des vorausbezahlten Schulgeldes wird

nur im Falle einer mehr als zwei Monate dauernden Krankheit des Schülers für die nachgewiesene Dauer der Krankheit auf Antrag des Lehrherrn bezw. Prinzipals gewährt. Bedürftigen Schülern kann das Schulgeld ganz oder teilweise erlassen werden, wenn sie durch Fleiß, Begabung und gutes Betragen sich dessen würdig erzeigen. Die Schulkommission hat sich bei der Entscheidung über die Schulgeldbefreiungsgesuche nach den Mitteln zu richten, die zu diesem Zwecke durch den Voranschlag der Schule, durch Stiftungen und Freigebigkeitshandlungen zur Verfügung gestellt sind.

Paragraph 1 der gleichzeitig erlassenen Schulordnung besagt: An der Schule laufen zwei Schuljahre, von welchen das eine am Schlusse der Osterferien, das andere am Schlusse der Herbstferien der Mittelschulen beginnt. Dem ersteren werden namentlich die aus der Volks- und Bürgerschule, dem letzteren die aus den Mittelschulen übertretenden Schüler zugewiesen. Zwischen beiden Terminen eintretende Schüler werden dem Schuljahre zugeteilt, zu dem sie nach ihren Vorkenntnissen sich am besten eignen.

Die Versammlung der Handelskammer vom 11. März 1902 genehmigte einen Betrag von 5000 Mk. zur kaufmännischen Fortbildungsschule.

Die der Leitung von Dr. Bernhard Weber unterstellte kaufmännische Fortbildungsschule wurde am 15. April 1902 eröffnet, an welchem Tage die Pflichtigen im Rathaus erscheinen mußten, um den Kursen provisorisch zugeteilt zu werden. Vom 16. bis 19. April wurden den so eingeteilten Kursen je 3 Stunden Unterricht erteilt; es wurde damit ermöglicht, jeden Kurs mindestens einmal in das Schulhaus zu bestellen, um die Wünsche der Prinzipale entgegenzunehmen und dementsprechend eine definitive Einteilung vorzunehmen, die am 23. April ihren Abschluß fand. Nach dem Stande dieses Tages befanden sich in der Handelsfortbildungsschule 667 Pflichtige und zwar 509 Knaben und 158 Mädchen. Nach dem Stand vom 6. Mai betrug die Gesamtschülerzahl 691 (518 Knaben und 173 Mädchen). Die 518 Knaben wurden eingeteilt in 2 Vorkurse mit 67 Schülern, 5 erste Kurse mit 150 Schülern, 7 zweite Kurse mit 215 Schülern, 3 dritte Kurse mit 86 Schülern. Die 173 Mädchen wurden eingeteilt in 1 Vorkurs mit 27 Schülerinnen, 5 erste Kurse mit 146 Schülerinnen, sodaß sich die 691 Schüler in 23 Kursen befinden. Es entfallen somit ungefähr 30 Schüler auf eine Klasse.

Im ganzen war bei der Schülerzahl zu bemerken, daß ihr die notwendige Stabilität fehlt. Am Schwanken der Schülerzahl sind am meisten die Mädchen beteiligt. Am 6. Mai 1902 wurde mit 173 die höchste Frequenz erreicht, worauf bis zum 20. September 1902 20 Austritte erfolgten; am Schlusse des Jahres waren 10 Mädchen weniger anwesend als am Anfange, während die Besuchsziffer der Knaben um 68 zugenommen hatte. Aus dieser Erscheinung folgert der Jahresbericht, daß viele Mädchen nur vorübergehend Stellung in kaufmännischen Betrieben finden, so z. B. zur Zeit starken Geschäftsganges, besonders in der Manufakturbranche; und daß mit der Errichtung der obligatorischen Handelsfortbildungsschule manche im pflichtigen Alter stehende Mädchen von ihren Firmen entlassen wurden, da große Verkaufsgeschäfte einen Teil ihres weiblichen Personals, das beinahe ausschließlich aus Verkäuferinnen besteht, während der Geschäftszeit nicht entbehren wollen. Jedoch sei bemerkt,

daß die Leitung den Wünschen der Firmen in Betreff der Stundenverteilung tunlichst entgegen kam. Nicht allein die Mädchen trugen zum Schwanken der Frequenzziffer bei, sondern am Anfang des Schuljahres auch die Knaben, und zwar die ältesten Schüler der 2. und 3. Kurse; unter letzteren befand sich eine nicht unerhebliche Anzahl von Kommis; unter 509 zählte man 30. Daß diese durch Annahme von Stellungen außerhalb Mannheims dem Schulzwang zu entrinnen suchten, ist leicht erklärlich. In der Knaben-Abteilung findet der Tagesunterricht sowohl vor- als auch nachmittags statt, während die Mädchen nur an den Vormittagen erscheinen können, da die meisten in Detailgeschäften untergebracht und deshalb nachmittags schwer abkömmlich sind. In Anbetracht der stärkeren Frequenz dieser Geschäfte an Wochenmarkttagen zog man die Mädchen Montags und Donnerstags vormittags nicht zum Unterricht heran. Erstrebenswert bleibt nach dem Bericht die Verwirklichung der alten Forderung des Wegfalls des Abendunterrichtes. Hoffentlich sei die Zeit nicht mehr allzuferne, wo die Schüler zweimal 4½ Stunden oder dreimal 3 Stunden zum Tagesunterricht geladen werden, zum Vorteile der Schüler und Lehrer. Jedenfalls wäre für die Geschäfte die Einteilung von zweimal 4½ Stunden die vorteihafteste, da sie dann ihr Personal nur zweimal den Betrieb verlassen sehen. Schon heute geben viele Prinzipale den Lehrlingen denjenigen Vormittag, den sie zum größten Teil in der Schule verbringen müssen, ganz frei.

Das Herbstschuljahr 1902/3 nahm am 10. September 1902 seinen Anfang. Infolge der Aufforderung zum pflichtgemäßen Besuche der Handelsfortbildungsschule durch diejenigen in kaufmännischen Betrieben des Gemeindebezirks Mannheim verwendeten jungen Leute, die nach Ostern 1902 das Zeugnis zum Einjährig-Freiwilligen-Dienst erlangten und nach dem 15. September 1885 geboren sind, stellten sich am 10. September 1902 31 Schüler. Hierzu kamen bis zum 24. noch 7 weitere Meldungen, so daß der Kurs der „Einjährigen" 38 Schüler umfaßte. Hiervon besuchten das Gymnasium 4, das Realgymnasium 3 und die Oberrealschule 31. Außerdem meldeten sich am 10. September 27 Schüler, die zum größten Teil von Mittelschulen ohne Erlangung des Einjährigen-Zeugnisses abgegangen waren. Auch sie wurden in einen Kurs zusammengefaßt. Durch weitere, später erfolgte Meldungen für beide Arten von Kursen war die Schaffung weiterer Kurse nötig, so daß im Herbstschuljahre 4 Klassen mit 82 Schülern liefen. Mit Einrichtung dieser Kurse war die in § 1 der Schulordnung vorgesehene Organisation vollendet, es bestanden nun an der Anstalt zwei Schuljahre und zwar: das Osterschuljahr mit 22 Klassen und 685 Schülern, und das Herbstschuljahr mit 4 Klassen und 82 Schülern, zusammen 26 Klassen mit 767 Schülern.

Mit Ausnahme weniger Stunden, die im Realgymnasiumsgebäude gegeben wurden, fand der Unterricht während des Berichtsjahres im Hause der Oberrealschule statt. Auf Initiative von Generalkonsul Simon, Geh. Kommerzienrat Diffené und Kommerzienrat Reiß wurde unter hiesigen bemittelten Einwohnern eine Sammlung zur Bildung eines freiwilligen Lehrmittelfonds für die Handelsfortbildungsschule veranstaltet, die das erfreuliche Ergebnis hatte, daß 70 Firmen und 29 Einzelpersonen Jahresbeiträge zu 5—30 Mk. mit zusammen 803 Mk. und 32 Firmen einmalige Beiträge mit zusammen 210 Mk. zeichneten. Hiervon konnten im ersten Schuljahre bereits 550 Mk. zur Ausstattung der mittellosen Schüler verwendet werden.

Über die neu eröffnete Handelsmittelschule wurde bereits auf S. 243 berichtet. Hier sei noch nachgetragen, daß der inzwischen verstorbene Konsul Karl Leoni (vgl. S. 79) zugunsten unbemittelter Zöglinge dieser Anstalt eine hochsinnige Stiftung begründete.



Konsul Karl Leoni
† 13. Dezember 1902
(vgl. S. 79)

Die Bestimmungen der Karl Leoni-Stiftung lauten: „Konsul Karl Leoni in Mannheim hat am 9. April 1898 aus Anlaß seines fünfzigjährigen Kaufmanns-Jubiläums der Stadtgemeinde Mannheim eine Schenkung im Betrage von 35000 Mk. zugewendet, deren Kapital getrennt vom Grundstocksvermögen zu verwalten ist, und deren Erträgnisse zu verwenden sind zur Unterstützung braver, tüchtiger Schüler aus Mannheim, welche Neigung zum kaufmännischen Berufe haben, der Mittel jedoch entbehren, um sich die wissenschaftliche Ausbildung hierfür anzueignen. Die Stadtgemeinde hat diese Schenkung durch Beschluß des Stadtrats vom 15. April 1898, mit Staatsgenehmigung durch Erlaß Großh. Ministeriums des Innern vom 17. Juni 1898 angenommen. Diesem so gebildeten Vermögensgrundstock hat Konsul Leoni anläßlich der Feier seines 70. Geburtstages am 17. Juli 1902 eine weitere Schenkung von 35000 Mk. zugewendet, welche von der Stadtgemeinde gemäß Stadtratsbeschluß vom vom 19. Juli 1902 ebenfalls angenommen wurde. Die Gewährung der Unterstützung erfolgt in der Weise, daß für Schüler der oberen Klassen der in Mannheim bestehenden Handelsschule (entsprechend den Klassen O II, U I und O I einer Realmittelschule) die an die Schulkasse zu leistenden Vergütungen (Schulgeld, Eintrittsgeld u. dergl.) übernommen und die Lehrmittel beschafft werden. Daneben kann den drei durch Fleiß, Fortschritt und gutes Betragen hervorragendsten Stipendiaten, welche vermögenslose Waisen oder Söhne noch lebender, aber verarmter Eltern sind, ein Unterhaltsbeitrag bis zu je 240 Mk. pro Jahr gewährt werden. Solange die bezeichneten Oberklassen an der Mannheimer Handelsschule noch nicht vorhanden sind, — d. i. voraussichtlich bis Herbst 1905 — kann die im ersten Abschnitt genannte Unterstützung auch Schülern zugewendet werden, welche die Mittelklassen der Schule mit der Absicht des Aufsteigens in die Oberklassen besuchen. Wird in Mannheim eine Handelshochschule errichtet, so kann bis zu einem Drittel der Gesamterträgnisse Besuchern derselben, welche aber zuvor die drei Oberklassen der Handelsschule absolviert haben müssen, in Form von Stipendien nicht unter 60 Mk. und nicht über 300 Mk. pro Jahr verliehen werden. Die zu berücksichtigenden Schüler müssen die Reichsangehörigkeit und in Mannheim den Unterstützungswohnsitz besitzen, im letzten Schulzeugnisse vor der Bewerbung mindestens die Gesamtnote „gut" in den Handelsfächern erlangt haben, gut beleumundet und unbemittelt sein. Die Unterstützungen werden alljährlich verliehen. Hierzu findet jeweils der gesamte Zinsenreinertrag Verwendung. Die bis zum ersten Jahre der Verteilung aufgelaufenen Zinsen, sowie die infolge mangelnder Bewerbungen etwa nicht zur Verteilung kommenden Erträgnisse werden dem Vermögens-Grundstock zugeschlagen. Im Falle andauernder Bedürftigkeit und des Vorhandenseins der sonstigen Voraussetzungen sollen die einmal Bedachten tunlichst solange weiter berücksichtigt werden, bis sie die oberste Klasse der hiesigen Handelsschule, im Falle des Art. II Absatz 4 das höchste Semester der Handelshochschule besucht haben. Die Verleihung der Unterstützung geschieht durch eine aus drei Mitgliedern — dem jeweiligen Oberbürgermeister der Stadt Mannheim als Vorsitzenden, dem Schenkgeber oder einem direkten volljährigen männlichen Nachkommen desselben und dem Vorsteher der Handelsschule — bestehenden Kommission. An die Stelle des letztgenannten Mitgliedes tritt in den Fällen des Art. II Absatz 4 der Vorsteher der Handelshochschule. In Ermangelung direkter Nachkommen des Schenkgebers ist das dritte Mitglied der Kommission vom Stadtrat aus der Zahl der Kaufleute nach den städtischen Erneuerungswahlen für je drei Jahre zu ernennen. Von Unterstützten, welche sich späterhin nicht dem kaufmännischen Berufe widmen, sowie von solchen, welche zu Vermögen gelangen, wird erwartet, daß sie der Schenkungskasse das Empfangene zurückerstatten. Eine rechtliche Verpflichtung soll indessen nicht begründet werden. Hiervon ist bei Zuweisung der Unterstützung dem Bedachten Eröffnung zu machen."

Mit Beginn des neuen Schuljahres Ostern 1902 trat die Handelsschule des Kaufmännischen Vereins in ein neues Stadium. Viele Jahre hindurch war der Kaufmännische Verein fast ausschließlich Träger der kaufmännischen Fortbildungsschule unserer Stadt (auch der kathol. Verein Columbus hatte Unterrichtskurse für Fortbildungsschüler eingerichtet). Für die weitere Ausgestaltung des kaufmännischen Unterrichtswesens und im besonderen für die Entwicklung der eigenen Schule — diese hatte im Winterhalbjahre 1901/2 eine Gesamtfrequenz von 401 Schülern aufzuweisen — waren der Vorstand des Vereins und die Leiter der Anstalt unermüdlich tätig. Mit Errichtung der städtischen Handelsfortbildungsschule fand diejenige des Vereins ihren Abschluß. Die Vertreter des Vereins, die seit seiner Gründung im Jahre 1867 durch Wort und Tat für die Hebung der Bildung der jungen Kaufleute eintraten, werden auch in Zukunft auf dem Gebiete des kaufmännischen Bildungswesens eifrig tätig sein. Der Verein wird den frei gewählten Kursen, die in den letzten Jahren einen großen Umfang angenommen haben und das beste Zeugnis von der Leistungsfähigkeit des Vereins ablegten, seine ganze Kraft widmen. Die Kurse erstrecken sich auf die Fremdsprachen wie Französisch, Englisch, Italienisch, Spanisch, Russisch, wobei die kaufmännische Korrespondenz in den Vordergrund gestellt wird, Buchführung, kaufmännisches Rechnen, Stenographie und Schreiben.

Auch der kaufmännische Verein „Columbus" und der kaufmännische Verein weiblicher Angestellter sind nach wie vor für die fachgemäße Ausbildung ihrer Mitglieder tätig. Die Handelskurse für Mädchen wurden im Berichtsjahre mit Erfolg weitergeführt.

4. Volksbildungs- und Aufklärungsbestrebungen.

Über die gedeihliche Entwickelung der Volksbibliothek wurde in der Mitgliederversammlung vom 30. April 1903 berichtet. Im Jahre 1902 wurden 77893 Bände nach Hause entliehen, 10138 mehr als im Vorjahre, und 676 Personen als Mitglieder in den Verein aufgenommen. Der Besuch des Lesezimmers war gut. Die Wahl des Vorstandes und Ausschusses erfolgte einstimmig. Dem 1. Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Alt, wurde von einem Mitgliede des Ausschusses unter allseitiger Zustimmung für die umsichtige Geschäftsleitung wärmster Dank ausgesprochen, desgleichen dem Rechner, Stadtrat Hirschhorn. Besondere Anerkennung verdient auch die überaus eifrige Tätigkeit des Bibliothekars, Hauptlehrer Göckel.

Bei den sogenannten Volkshochschulkursen d. h. von der Stadtgemeinde subventionierten, populär-akademischen Vorträgen im Interesse der Volksbildung wurde zunächst noch an dem Grundsatz festgehalten, Serienvorlesungen desselben

Redners in der Regel an sechs Abenden zu veranstalten, um so dem Redner Gelegenheit zu geben, ein größeres Thema in erschöpfender Weise zu behandeln. Archäologische, pädagogische und philosophisch-ethische Themata wechselten dabei ab. Leider ließ das Interesse der Kreise, für die diese Vorträge in erster Linie bestimmt sein sollen, merklich nach, und verschiedene andere Gründe legten die Notwendigkeit einer neuen und festeren Organisation nahe, die dann im folgenden Jahre auf Grund der mannigfachen Erfahrungen dieser Kurse unter dem Namen „Verein für Volksbildung" erfolgt ist.

Erweitert und ergänzt wurden diese Bestrebungen durch die vom hiesigen Diesterwegverein nach dem Vorbild anderer Städte im Oktober 1902 eingeführten Volksunterhaltungsabende.

Wie der einleitende Vortrag ausführte, den der Vereinsvorsitzende A. Reinmuth am 3. Oktober hielt, ging die Idee derartiger Abende von Dresden (Geh. Rat Dr. Böhmert) aus, weshalb sie auch mancherorts die Bezeichnung „Dresdener Abende" erhielten. Bald folgten andere Städte, wie Bremen, Kiel, Düsseldorf, Köln, Berlin, Görlitz, Lübeck, Bromberg; auch in Sachsen, Hessen, Süddeutschland fanden sie Eingang. An diesen Abenden soll den Besuchern, die sich hauptsächlich aus kleinen Handwerkern, kleinen Beamten und Arbeiterkreisen zusammensetzen, ohne die übrigen Stände auszuschließen, Gelegenheit geboten werden, das Schönste und Beste, was unsere Dichter, Komponisten und Gelehrte geschaffen haben, kennen und genießen zu lernen. Kunst und Wissenschaft sollen sich vereinigen, um den geistigen Menschen zu erheben und Freude an edlen Genüssen empfinden zu lassen. Das Programm eines solchen Abends umfaßt in der Regel einen solchen allgemein belehrenden Vortrag, Gesänge, musikalische, deklamatorische und andere Geist und Gemüt erfrischende Aufführungen. Auf diese Weise bieten die Volksunterhaltungsabende Belehrung und Bildung, Erholung und Genuß. „Das deutsche Volk", so schloß der Redner, „ist so reich an Kunst und Wissenschaft; überall quillt der Born des Liedes, reift die Saat der Forschung, Tausende deutscher Männer und Frauen haben ihren Geist an allem Hohen und Schönen gebildet; aber Millionen stehen noch fern von diesen Schätzen. Führen wir sie herzu, teilen wir ihnen mit! Wir werden dadurch nicht ärmer, aber sie unendlich reicher. Ziehen wir sie heran zu uns, öffnen wir ihnen unsere Herzen, die ihrigen werden sich dann uns auch nicht verschließen! Das Band der Zusammengehörigkeit, das uns in der Arbeit im Ringen und Kämpfen um des Lebens Notdurft vereinigt, mag uns auch in den frohen Feierstunden, in denen der Geist sich zu den Höhen emporschwingt und das Herz sich in seliger Lust wiegt, zusammenschließen."

Der erste dieser Volksunterhaltungsabende fand Sonntag, 12. Oktober, nachmittags 6 Uhr in der vollbesetzten Friedrichschul-Aula statt; zur Deckung der Kosten wurden Programme zu 20 Pf. verkauft. Der Abend war dem Gedächtnis Nikolaus Lenaus gewidmet. Einem kurzen Vortrag (Hauptlehrer Itschner) folgten Musikvorträge und Rezitationen.

Ferner veranstaltete der Diesterwegverein sogenannte Führungen durch die Gemäldeausstellung des Kunstvereins. Diese während der Stunden des unentgeltlichen Zutritts (Sonn- und Feiertags von 2 bis 5 Uhr nachmittags) stattfindenden Führungen haben den Zweck, das große Publikum, das Ausstellungen und Sammlungen von Kunst- und Bildwerken besucht, zum besseren

Verständnis und Genusse dieser Werke anzuleiten. Die lebhafte Teilnahme und das rege Interesse an diesen Führungen ließ erkennen, daß sie einem wirklichen Bedürfnisse entgegenkamen.

Der Jahresbericht des Arbeiterfortbildungsvereins klagt darüber, die schlechte Geschäftslage habe sich durch einen Rückgang der Mitgliederzahl bemerkbar gemacht. Ende 1902 betrug dieselbe 450 gegen 480 im Januar, darunter waren 365 Arbeitnehmer. Es wurden unter reger Beteiligung 6 Vortragsabende und 13 Versammlungen mit Diskussionsabenden abgehalten.

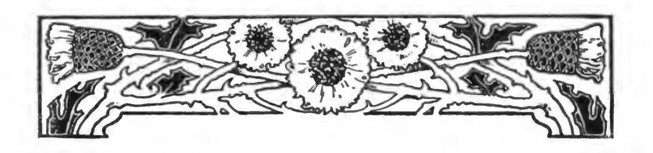
Unterricht wurde erteilt in:

Schönschreiben	in ca.	40	Stunden	an	35	Teilnehmer
Rechnen	„ „	20	„	„	12	„
Geschäftsaufsätzen	„ „	20	„	„	16	„
Buchführung	„ „	20	„	„	28	„
Stenographie (Stolze-Schrey)	„ „	40	„	„	19	„
Zuschneiden für Schneider	„ „	40	„	„	24	„

Den Mitgliedern, die Unterricht im Zeichnen wünschen, wird das Schulgeld für die Gewerbeschule vergütet. Die Vereinsbibliothek umfaßt ca. 2200 Bände und wurde von 95 Mitgliedern benutzt, die zusammen 653 Bände entliehen.

Großen Zuspruchs erfreuten sich wiederum die Einheitspreisvorstellungen im Hoftheater, über die aus dem folgenden Kapitel näheres zu ersehen ist.





XV. Kunst, Wissenschaft und geistiges Leben.

1. Das Theater.



m Großh. Hof- und Nationaltheater (Intendant Dr. August Bassermann) fanden während des Spieljahres 1901/1902, das am 29. September 1901 mit der Oper „Aïda" eröffnet und am 24. Juni 1902 mit der Oper „Der polnische Jude" geschlossen wurde, 257 Vorstellungen statt, darunter 200 im Abonnement und 57 außer Abonnement. Die durch den Theaterumbau bedingte Verkürzung der Spielzeit hatte einen überaus angestrengten und forcierten Theaterbetrieb zur Folge. Die Abonnementsvorstellungen verteilten sich derart, daß auf das Abonnement A 45 Opernvorstellungen, 49 Schauspielvorstellungen, 6 gemischte Vorstellungen; auf das Abonnement B 46 Opernvorstellungen, 48 Schauspielvorstellungen, 6 gemischte Vorstellungen entfielen. Von den 57 Vorstellungen außer Abonnement entfielen wie bisher 12 auf Volksvorstellungen: „Hermannsschlacht", „Emilia Galotti", „Johannisfeuer", „Ultimo", „Evangelimann", „Die Zwillingsschwester", „Macbeth", „Der Biberpelz", „Flachsmann als Erzieher", „Die verkaufte Braut", „Die Jungfrau von Orleans", „Cyrano von Bergerac"; ferner 4 Vorstellungen zu Einheitspreisen: „Der Freischütz", „Kabale und Liebe", Flachsmann als Erzieher", „Die Jungfrau von Orleans"; und 7 auf Nachmittagsvorstellungen: „Flachsmann als Erzieher" (dreimal), „Der Biberpelz", „Der Evangelimann", „Preziosa", „Die Fledermaus", 6 auf Gesamtvorstellungen des Mannheimer Hoftheaters im Stadttheater zu Heidelberg: „Tartüff" und „Spitzbubenstreiche", „Cavalleria rusticana" und „Koppelia", „Das Ewig-Weibliche", „Der Evangelimann",

„Die Zwillingsschwester", „Der polnische Jude". Festvorstellungen fanden statt: am 23. Oktober 1901: Zur Feier von Albert Lortzing's 100jährigem Geburtstag: Prolog von Prinz Emil Schönaich-Carolath; hierauf: „Der Waffenschmied"; am 5. November 1901: Zur Vorfeier von Schiller's Geburtstag: „Kabale und Liebe"; am 27. Januar 1902: Zur Feier des Allerhöchsten Geburtsfestes Sr. Maj. des Deutschen Kaisers: „Kaisermarsch" von R. Wagner; „Der Prinz von Homburg". Am 27. April 1902, nachmittags: Festvorstellung für die militärischen Vereine Mannheims zur Feier des Regierungsjubiläums Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Friedrich: „Jubelouverture" von C. M. v. Weber, „Prolog" von Julius Ferd. Wolff, „Minna von Barnhelm"; am 27. April 1902, abends: „Fünfzig Jahre", Festspiel in drei Bildern von Felix Dahn, „Titus"; am 6. Juni 1902: Für die Mitglieder der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft gelegentlich der Wanderausstellung in Mannheim und in Anwesenheit Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Frau Großherzogin: „Fünfzig Jahre", „Cavalleria rusticana" und „Sonne und Erde". Am 8. Juni 1902: Zu Ehren des 50jährigen Regierungsjubiläums Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs Friedrich, in Gegenwart der Allerhöchsten Herrschaften des Großherzogl. Hauses: „Huldigungsmarsch" von Richard Wagner, „Badisch Blut", „Titus".

In den 257 Theatervorstellungen wurden zur Aufführung gebracht: 50 Opern und Operetten, 5 Ballets, 34 Schau- und Trauerspiele, 28 Lustspiele und Schwänke, 3 Volksstücke und Possen. Insgesamt 120 verschiedene Werke aller Gattungen.

Zum ersten Male wurden gegeben: die Schauspiele: „Über unsere Kraft", I. Teil, Schauspiel in 2 Akten von Björnstjerne Björnson. „Ueber unsere Kraft," II. Teil, Schauspiel in 4 Akten von Björnstjerne Björnson. „Die rote Robe", Drama in 4 Akten von Arthur Brieux, deutsch von Anne St. Cère. „Wenn die Liebe geht", Schauspiel in 1 Akt von Ludwig Rohmann. „Die größte Sünde", Drama in 5 Akten von Otto Ernst. „Hedda Gabler", Schauspiel in 4 Akten von Henrik Ibsen, deutsch von Emma Klingenfeld. „Es lebe das Leben", Drama in 5 Akten von Hermann Sudermann. „Alt-Heidelberg", Schauspiel in 5 Akten von Wilhelm Meyer-Förster. „Fünfzig Jahre", Festspiel in 3 Bildern von Felix Dahn. „Stella", Trauerspiel in 5 Akten von Goethe. „Les Demi-Vierges", Comédie en 3 actes de Marcel Prévost. (Vom Madame Jane-Hading-Ensemble aus Paris.) Ferner folgende Lustspiele und Schwänke: „Die beiden Leonoren", Lustspiel in 4 Aufzügen von Paul Lindau. „Die Fee Caprice", Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal, „Die Zwillingsschwester", Lustspiel in 4 Aufzügen von Ludwig Fulda. „Mädel sei schlau!", Lustspiel in 1 Aufzuge von Julius Keller. „Zum Einsiedler", Lustspiel in 1 Akt von Benno Jacobson. „Die Medaille", Komödie in 1 Akt von Ludwig Thoma. „Das Ewig-Weibliche", heiteres Phantasiespiel in 5 Aufzügen von Rob. Misch. „Der brave Richter", Schwank in 3 Akten von Alex. Bisson, deutsch von Max Schönau. „Die Mitschuldigen", Lustspiel in Versen in 3 Aufzügen von Goethe. „Badisch Blut", Historisches Lustspiel in 1 Akt von Julius Ferdinand Wolff. „Les Précieuses ridicules", Comédie en 1 acte, par Molière. (Gastspiel Coquelin ainé, avec

sa troupe, Théâtre de la Porte St. Martin à Paris). Von Opern und Operetten erschienen neu: „Die Maienkönigin", Schäferspiel in 1 Akt, frei nach dem Französischen des Favart von Max Kalbeck, Musik von Gluck, in der Bearbeitung von J. N. Fuchs. „Der polnische Jude", Oper in 2 Akten von Karl Weis, Text nach Erkmann-Chatrian von Victor Léon und Richard Batka. „Boccaccio", komische Operette in 3 Akten von F. Zell und Genée, Musik von Franz von Suppé. „Herbort und Hilde" (Uraufführung), heitere Heldenoper, Dichtung von Eberhard König, Musik von Waldemar von Baußnern. „Jolanthe", lyrische Oper in 1 Aufzuge; Text nach Henry Hertz „König René's Tochter" von Modest Tschaikowsky, deutsch von Hans Schmidt, Musik von P. Tschaikowsky. „Till Eulenspiegel", Volksoper in zwei Teilen und einem Nachspiel, nach Johann Fischarts „Eulenspiegel Reimensweis" von E. N. v. Reczniceck (Gesamtgastspiel der Großh. Hofoper Karlsruhe). „La Bohème", Szenen aus Henry Murger's „Vie de Bohème" in 4 Akten von G. Giacosa und L. Illica, deutsch von L. Hartmann, Musik von Giacomo Puccini. Gesamtgastspiel der Königl. Hofoper Stuttgart. Im Ballet sind folgende Novitäten zu verzeichnen: „Koppelia", Ballet in 2 Akten von Ch. Nuiter und A. Saint-Leon, Musik von Leo Delibes. „Die Hand", Mimodrama in 1 Akt von Henri Berény. „Der erste Karneval" (Uraufführung), mimische Komödie in 1 Akt von Henri Berény.

Neu einstudiert kamen zur Aufführung: Schauspiele: „Die Hermannsschlacht" von Heinrich v. Kleist. „Der Hüttenbesitzer" von George Ohnet. „Kabale und Liebe" von Schiller. „Macbeth" von Shakespeare. „Manfred" von Lord Byron, Musik von Robert Schumann. „Preziosa" von P. A. Wolf, Musik von C. M. v. Weber. „Der Prinz von Homburg" von H. v. Kleist. Lustspiele und Schwänke usw.: „Der Kompagnon", Lustspiel von A. L'Arronge. „Der eingebildete Kranke" von Molière, deutsch von W. Baudissin. „Der zerbrochene Krug" von Heinrich v. Kleist. „Kyritz-Pyritz" von H. Wilken und Justinus. „Madame Bonivard" von Alexandre Bisson und Ant. Mars. „Ultimo" von G. v. Moser. Opern und Operetten: „Der Evangelimann" von Wilhelm Kienzl. „Die verkaufte Braut" von Friedrich Smetana. „Die weiße Dame" von A. F. Boieldieu. „Die Zauberflöte" von W. A. Mozart. „Lakmé" von Leo Delibes. „Othello" von Giuseppe Verdi. „Die Regimentstochter" von Donizetti. „Rienzi" von Richard Wagner. „Die schöne Galathee" von Franz v. Suppé. Ballets: „Burschenliebe" von Josef Bayer. „Sonne und Erde" von Josef Bayer.

Das Gesamtrepertoire vom 29. September 1901 bis 24. Juni 1902 brachte demnach unter 120 verschiedenen Werken mit zusammen 298 Wiederholungen: 3 Uraufführungen, 29 Erstaufführungen und 26 Neueinstudierungen. Unter der Rubrik „Klassische Aufführungen" verzeichnet die Jahresübersicht des Hoftheaters folgende. Im Schauspiel: Byron: 1 Werk mit 2 Aufführungen, Goethe: 2 Werke mit 4 Aufführungen, Kleist: 3 Werke mit 7 Aufführungen, Lessing: 3 Werke mit 3 Aufführungen, Molière: 4 Werke mit 8 Aufführungen, Schiller: 4 Werke mit 9 Aufführungen, Shakespeare: Werke mit 8 Aufführungen. In der Oper: Beethoven: 1 Werk mit 2 Aufführungen, Gluck: 2 Werke mit 4 Aufführungen, Mozart: 3 Werke mit 8 Aufführungen, Weber: 1 Werk mit 4 Aufführungen; also zusammen 28 Werke mit 59 Aufführungen. Richard Wagner erreichte mit 9 Werken zusammen 20 Aufführungen.

Der Besuch der Vorstellungen (Abonnement und Tagesverkauf) stellte sich in der Spielzeit 1901/02 wie folgt: 200 Vorstellungen im Abonnement 197404, 34 Vorstellungen außer Abonnement 34987, 16 Volksvorstellungen 19234, 1 Vorstellung im Hoftheater in Karlsruhe 567, 6 Vorstellungen im Stadttheater in Heidelberg 2713; zusammen zahlende Besucher 254905.

Die Gastspiele der französischen Truppen Coquelin-aîné-Ensemble und Jane Hading-Ensemble fanden lebhaftes Interesse. Von berühmten Gästen seien erwähnt: im Schauspiel Frau Agnes Sorma, Joseph Kainz (je dreimal); in der Oper: Karl Scheidemantel, Ernst Kraus (dreimal), Frau Pester-Prosky. Ferner fand ein Ensemble-Gastspiel des Karlsruher Hoftheaters statt.

Neu engagiert wurden: in der Oper: Max Buckſath (Bariton), Wilhelm Otto (Tenor), Margarete Brandes (dramatische Sängerin); im Schauspiel: Max Freiburg (I. Held), Hans Ausfelder, Julie Sanden (Mütterrollen). Ausgeschieden sind: in der Oper: Fritz Erl (Tenor), Theo Wünschmann (Bariton), Frau Rocke-Heindl (dramatische Sängerin); im Schauspiel: Heinrich Götz (I. Held), Robert Loesch (Komiker), Betty L'Arronge (Mütterrollen). Szenerie-Inspektor Wilhelm Schönefeld wurde nach 37jähriger Tätigkeit pensioniert. Wie hieraus ersichtlich ist, waren es zum Teil einschneidende Veränderungen, die sich im Personalbestand unserer Bühne vollzogen. Herr Erl schied nach 15jähriger, Frau Rocke-Heindl nach 10jähriger erfolgreicher Tätigkeit aus der hiesigen Oper.

Am 21. Oktober 1901 feierte der Schauspieler Richard Eichrodt das Jubiläum seiner vierzigjährigen Zugehörigkeit zur hiesigen Hofbühne. Herr Eichrodt absolvierte im Jahre 1859 an der Hofbühne in Karlsruhe, seiner Vaterstadt, seinen ersten theatralischen Versuch in dem Lustspiele „Das war ich". Der Erfolg war so günstig, daß er sofort für das jugendliche Liebhaberfach engagiert wurde. Im Jahre 1861 gastierte Herr Eichrodt an der hiesigen Hofbühne auf Engagement und zwar als Bernhard in dem Benedixschen Lustspiele „Das Lügen". Das Engagement wurde schon nach dieser einzigen Gastrolle auf 1. August 1861 perfekt, und seitdem verblieb Herr Eichrodt ununterbrochen an der hiesigen Hofbühne. Er spielte an seinem Jubiläumstage den Professor Schlegel in Mosers Lustspiel „Ultimo" und wurde durch lebhaften Beifall und reiche Lorbeerspenden geehrt. Bei der nachfolgenden Feier sprach Oberbürgermeister Beck als Vertreter der Stadtgemeinde und der Theaterkommission dem Gefeierten wärmste Glückwünsche aus und wies u. a. darauf hin, daß der Künstler einer hochangesehenen Karlsruher Beamtenfamilie entstammt, die von jeher neben der Wissenschaft künstlerischen Feinsinn pflegte. (Der Bruder Eichrodts, Landgerichtsrat E., ist der bekannte humoristische Dichter, Scheffels Freund.) Heute könne Eichrodt an sich die Wahrheit des Wortes erproben: es gebe im inneren Leben eines jeden Künstlers Momente, in denen er mit keinem König tauschen möchte. Intendant Dr. Bassermann würdigte das künstlerische Leben und Streben des Gefeierten, die treue Anhänglichkeit und dauernde Wirksamkeit an der Mannheimer Bühne; als Beweis der Anerkennung seitens der künstlerischen Vorgesetzten überreichte er eine wertvolle Ehrengabe. Die hiesigen Freunde und Verehrer des Jubilars hatten sich vereint, um ihn mit einer Festspende, die die Summe von 4500 Mk. erreichte, zu erfreuen. Als Sprecher der Kollegen trat Regisseur Jacobi zu dem greisen Künstler, mit dem er selbst 37 Jahre schauspielerischer Wirksamkeit an unserer Bühne verlebt hatte. Er gab einen kurzen Rückblick auf seine Entwicklung, wie er vom jugendlichen Liebhaber und Bonvivant der Schauspieler,

als den ihn die heutige Generation kennt, geworden ist. Namens der Mitglieder des Schauspiels und der Oper, wie des Singchors und des Ballets übergab Herr Jacobi dem Jubilar ein prächtiges Silberservice. Mit bewegten Worten dankte der Jubilar für alle diese Ehrungen.

Am 1. Dezember 1901 feierte der technische Direktor Oskar Auer das Jubiläum 25jähriger Zugehörigkeit zum hiesigen Theater. Aus der Kunststadt München kam der Jubilar nach Mannheim, um, wie es in dem Kontrakt aus jener Zeit heißt, den Posten eines Maschinisten und Dekorationsmalers zu übernehmen. Zu Beginn seiner hiesigen Tätigkeit war es vor allen Dingen der Theatermaler, in zweiter Linie der Maschinist, der in seiner Person ein reiches Feld zu künstlerischem Schaffen fand und sich hierin allezeit als Meister bewährte. Nach und nach ging die ganze Leitung des komplizierten Betriebes der Kulissenwelt in seine Hände über. Was hat man hier nicht alles im Laufe eines Vierteljahrhunderts vorüberziehen sehen, was Oskar Auer an ungezählten Metern künstlerisch bemalter Leinwand geschaffen, an maschinellen Einrichtungen, denen sein großes Können Leben und Bewegung eingehaucht! Hat er auch in den letzten Jahren, da die Arbeit immer mehr anwuchs, den Pinsel mehr und mehr aus der Hand gelegt und sich nur den Entwürfen und Skizzen zu großen Ausstattungen unterzogen, die Ausführung seinen Hilfskräften überlassend, so war es doch sein Künstlergeist, der liebevoll über dem Ganzen gewaltet, und dem der Erfolg zu allen Zeiten treu geblieben. Eine eigentliche Feier dieses Jubiläums fand nicht statt, da Direktor Auer es bescheiden ablehnte, Ehrungen in der Form entgegenzunehmen, wie dies sonst seit langen Jahren bei derartigen Anlässen in Mannheim schöne Gepflogenheit ist.

Verzeichnis der Vorstellungen
vom 29. September 1901 bis 24. Juni 1902.

Gesperrt gedruckt = Zum ersten Male aufgeführt.
* = Neu einstudiert.
A und B = Die Abonnementsbuchstaben.
S = Außer Abonnement (Abonnement suspendu)
V = Volksvorstellung zu ermäßigten Preisen.
E = Volksvorstellung zum Einheitspreise von 40 Pfennig pro Platz.

1901.

September. So. 29. A. Aïda. — Mo. 30. B. Der Biberpelz.

Oktober. Mi. 2. B. Das Glöckchen des Eremiten. — Do. 3. A. Über unsere Kraft. I. Teil. — Fr. 4. A. Der Vogelhändler. — Sa. 5. B. Emilia Galotti. — So. 6. B. Der Freischütz. — Mo. 7. A. Die beiden Leonoren. — Di. 8. E. Der Freischütz. — Mi. 9. A. Das Glöckchen des Eremiten. — Do. 10. B. Über unsere Kraft. I. Teil. — Fr. 11. A. Orpheus und Eurydice. — Sa. 12. B. *Die Hermannsschlacht. — So. 13. Nachmittags: S. Flachsmann als Erzieher; Abends: A. Die Stumme von Portici. — Mo. 14. B. Die beiden Leonoren. — Mi. 16. B. Der Vogelhändler. — Do. 17. A. Über unsere Kraft. II. Teil. — Fr. 18. B. Über unsere Kraft. II. Teil. — Sa. 19. A. Der Hochzeitstag; *Burschenliebe. — So. 20. B. Fidelio. — Mo. 21. A. *Ultimo. — Mi. 23. B. (Zur Feier von Lortzings 100jähr. Geburtstage) Festouverture von A. Lortzing; Prolog; Der Waffenschmied. — Do. 24. A. Die Hermannsschlacht. — Sa. 26. S. Die Fledermaus. (Chor-Benefiz.) — So. 27. A. *Rienzi. — Mo. 28. B. Ultimo. — Di. 29. V.[1] Die Hermannsschlacht. — Mi. 30. B. Der Hochzeitstag; Burschenliebe. — Do. 31. A. Die Walküre.

November. Fr. 1. B. Die Fee Caprice. — Sa. 2. S. Die lustigen Weiber von Windsor. (Frau Fluth: Erika Wedekind; Herr Fluth: Karl Scheidemantel von Dresden.) — So. 3. Nachmittags: S. Der Biberpelz; Abends: B. Rienzi. — Mo. 4. A. Die Fee Caprice. — Di. 5. B. Zur Vorfeier von Schillers Geburtstag: *Kabale und Liebe. — Mi. 6. A. Die Fledermaus. — Do. 7. S. Johannisfeuer. (Marikke: Frau Agnes Sorma von Berlin.) — Fr. 8. B. Orpheus und Eurydice. — Sa. 9. S. Die Zwillingsschwester. (Giuditta: Frau Agnes Sorma.) — So. 10. Nachmittags: S. Flachsmann als Erzieher; Abends: A. Der Freischütz. — Mo. 11. S. Nora oder Ein Puppenheim. (Nora: Frau Agnes Sorma.) — Di. 12. A. Über unsere Kraft. I. Teil. — Mi. 13. B. *Der Evangelimann. — Do. 14. A. Über unsere Kraft. II. Teil. — Fr. 15. A. Der Waffenschmied. — Sa. 16. B. Mädel, sei schlau!; Zum Einsiedler; Koppelia. — So. 17. Nachmittags: V.[2] Emilia Galotti; Abends: B. Aïda. — Mo. 18. A. Mädel, sei schlau!; Zum Einsiedler; Koppelia. — Mi. 20. A. Der Evangelimann. — Do. 21. B. Comtesse Guckerl. — Fr. 22. S. Der Vogelhändler. (Pensions-Benefiz.) — So. 24. A. *Othello. (Oper von Verdi) — Mo. 25. B. Über unsere Kraft. I. Teil. — Di. 26. A. Mignon. — Mi. 27. B. Othello. (Oper.) — Do. 28. E. Kabale und Liebe. — Fr. 29. A. Die Zwillingsschwester. — Sa. 30. B. Über unsere Kraft. II. Teil.

Dezember. So. 1. Nachmittags: V.[3] Johannisfeuer; Abends: B. Das Rheingold. (Wotan: Dr. Rudolf Proell von Frankfurt a. M.) — Mo. 2. S. Die Walküre. (Siegmund: Ernst Kraus von Berlin; Brünhilde: Martha Leffler-Burckard von Wiesbaden.) — Di. 3. A. Fee Caprice. — Mi. 4. S. Siegfried. (Siegfried: Ernst Kraus; Brünhilde: Martha Leffler-Burckard.) — Do. 5. B. Die rote Robe. — Fr. 6. S. Götterdämmerung. (Siegfried: Ernst Kraus; Brünhilde: Martha Leffler-Burckard.) — Sa. 7. A. Lumpazi-Vagabundus. — So. 8. B. Der Evangelimann. — Mo. 9. B. Der Tartüff; *Der zerbrochene Krug. — Di. 10. V.[4] Ultimo. — Mi. 11. B. Zar und Zimmermann. — Do. 12. A. Die rote Robe. — Fr. 13. B. *Macbeth. — Sa. 14. A. Die Maienkönigin; Koppelia; Das Streichholzmädel. — So. 15. Nachmittags: S. Flachsmann als Erzieher; Abends: B. Othello. (Oper.) — Mo. 16. A. Der Tartüff; Der zerbrochene Krug. — Mi. 18. A. Zar und Zimmermann. — Do. 19. B. *Preziosa. — Fr. 20. B. Die Maienkönigin; Koppelia; Das Streichholzmädel. — So. 22. A. Der polnische Jude. — Mo. 23. B. Heimat. — Mi. 25. Nachmittags: S. Der Evangelimann; Abends: A. Die Räuber. — Do. 26. S. Tannhäuser. — Fr. 27. B. Die Zwillingsschwester. — Sa. 28. A. Fidelio. — So. 29. Nachmittags: S. Preziosa; Abends: B. Der polnische Jude; Koppelia. — Mo. 30. A. Im weißen Rößl. — Di. 31. B. Lumpazi-Vagabundus.

1902.

Januar. Mi. 1. S. Undine. — Do. 2. A. Macbeth. — Fr. 3. B. Die Hochzeit des Figaro. — Sa. 4. B. Wenn die Liebe geht (Uraufführung); *Sonne und Erde; Die Medaille. — So. 5. A. Lohengrin. — Mo. 6. B. Wenn die Liebe geht; Sonne und Erde; Die Medaille. — Di. 7. V.[5] Der Evangelimann. — Mi. 8. A. Das Ewig-Weibliche. — Do. 9. A. Martha. — Fr. 10. B. Romeo und Julia. — Sa. 11. A. Preziosa. — So. 12. B. Margarethe. (Faust.) — Mo. 13. A. Die berühmte Frau. — Mi. 15. B. Der geheime Agent. — Do. 16. A. Der Troubadour. — Fr. 17. B. Das Ewig-Weibliche. — Sa. 18. B. Der Freischütz. — So. 19. Nachmittags: V.[6] Die Zwillingsschwester; Abends: A. Tannhäuser. — Mo. 20. A. Comtesse Guckerl. — Di. 21. B. Die lustigen Weiber von Windsor. — Mi. 22. A. Das Ewig-Weibliche. — Do. 23. B. Der polnische Jude. — Fr. 24. A. Die Afrikanerin. — Sa. 25. B. Die größte Sünde. — So. 26. B. Lohengrin. — Mo. 27. A. *Der Prinz von Homburg. (Zur Feier des Geburtsfestes des Deutschen Kaisers.) — Di. 28. B. Zar und

Zimmermann. — Mi. 29. A. Die größte Sünde. — Do. 30. B. Das Ewig-Weibliche. — Fr. 31. S. Tartufe; Les Précieuses ridicules. (Gesamtgastspiel Coquelin ainé mit Truppe von Paris.)

Februar. So. 2. A. Der fliegende Holländer. — Mo. 3. B. *Kyritz-Pyritz. — Mi. 5. S. Till Eulenspiegel, Oper von Reczniceк. (Gesamtgastspiel der Karlsruher Hofoper.) — Do. 6. A. Der polnische Jude. — Fr. 7. B. Der Prinz von Homburg. — Sa. 8. A. Flachsmann als Erzieher. — So. 9. B. Tannhäuser. — Mo. 10. Vormittags: S. Max und Moritz; Koppelia; Abends: B. Boccaccio. — Di. 11. Nachmittags: S. Die Fledermaus; Abends: A. Kyritz-Pyritz. — Mi. 12. V.[7] Macbeth. — Do. 13. A. Boccaccio. — Fr. 14. B. Die rote Robe. — Sa. 15. A. Das Ewig-Weibliche. So. 16. A. Herbort und Hilde. — Mo. 17. B. *Der Compagnon. — Di. 18. B. Die größte Sünde. — Mi. 19. A. Margarethe. (Faust.) — Do. 20. A. Kabale und Liebe. — Fr. 21. B. Der Vogelhändler. — Sa. 22. A. Hedda Gabler. — So. 23. Nachmittags: V.[8] Der Biberpelz; Abends: B. Herbort und Hilde. — Mo. 24. A. Der Compagnon. — Di. 25. B. Kyritz-Pyritz. — Mi. 26. B. Das Nachtlager in Granada. — Do. 27. A. Boccaccio. — Fr. 28. B. Das Ewig-Weibliche.

März. Sa. 1. A. Romeo und Julia. — So. 2. A. Die Königin von Saba. — Mo. 3. B. Der brave Richter. — Mi. 5. B. Die Walküre (Wotan: Max Buckfath von Schwerin). — Do. 6. A. Der brave Richter. — Fr. 7. A. Der fliegende Holländer (Senta: Bertha Pester-Prosky von Köln, Holländer: Max Buckfath). — Sa. 8. B. Hedda Gabler. — So. 9. B. Martha. — Mo. 10. A. Es lebe das Leben. — Di. 11. B. Boccaccio. — Mi. 12. A. Madame Bonivard. — Do. 13. B. Undine. — Fr. 14. A. Nathan der Weise. — Sa. 15. B. Die berühmte Frau. — So. 16. Nachmittags: V.[9] Flachsmann als Erzieher; Abends: A. *Lakmé. — Mo. 17. B. Es lebe das Leben. — Mi. 19. B. Jolanthe; Mädel, sei schlau! Die Hand. — Do. 20. A. Herbort und Hilde. — Fr. 21. B. *Manfred (Manfred: Max Freiburg von Berlin). — Sa. 22. A. Don Carlos (Marquis Posa: Max Freiburg). — So. 23. S. Evangelimann (Pensions-Benefiz). — Mo. 24. A. Manfred (Manfred: Max Freiburg). — Di. 25. B. Der Hüttenbesitzer (Derblay: Max Freiburg). — Mi. 26. A. Margarethe (Valentin: Max Buckfath). — So. 30. A. Julius Cäsar. — Mo. 31. S. *Die Zauberflöte.

April. Di. 1. S. Rosenmontag (Hans Rudorff: Josef Kainz von Wien). — Mi. 2. B. Lakmé. — Do. 3. S. Hamlet (Hamlet: Josef Kainz). — Fr. 4. A. Jolanthe; Mädel, sei schlau! Die Hand. — Sa. 5. S. Cyrano von Bergerac (Cyrano: Josef Kainz). — So. 6. B. Die Zauberflöte. — Mo. 7. B. Hofgunst. — Mi. 9. A. Das Nachtlager in Granada; Die Hand. — Do. 10. B. Es lebe das Leben. — Fr. 11. B. *Die verkaufte Braut. — Sa. 12. A. Die Geisha (Mimosa: Mia Werber von Berlin). — So. 13. A. Die Zauberflöte. — Mo. 14. B. Die Geisha (Mimosa: Mia Werber). — Di. 15. A. Martha. — Mi. 16. B. Die Zwillingsschwester. — Do. 17. B. Der Postillon von Lonjumeau; Die Hand. — Fr. 18. A. Die versunkene Glocke (Rautendelein: Gertrud Jacobi). — So. 20. B. Tristan und Isolde. — Mo. 21. A. Alt-Heidelberg. — Di. 22. V.[10] Die verkaufte Braut. — Mi. 23. B. Julius Cäsar. — Do. 24. A. Die verkaufte Braut. — Fr. 25. B. Alt-Heidelberg. — So. 27. Nachmittags: S. Jubel-ouverture; Prolog; Minna von Barnhelm; Abends: A. Fünfzig Jahre; Titus. — Mo. 28. A. Heimat. — Di. 29. E. Flachsmann als Erzieher. — Mi. 30. B. Fünfzig Jahre; Titus.

Mai. Do. 1. B. Hasemann's Töchter. — Fr. 2. A. Alt-Heidelberg. — Sa. 3. A. *Der eingebildete Kranke; *Die schöne Galathee. — So. 4. B. Cavalleria rusticana; Sonne und Erde. — Mo. 5. A. Kyritz-Pyritz. — Di. 6. A. Das Ewig-Weibliche. — Mi. 7. B. Alt-Heidelberg. — Do. 8. B. Die Königin von Saba (Königin: Frau Pester-Prosky). — Fr. 9.

A. Die Jungfrau von Orleans. — Sa. 10. S. Les Demi-Vierges (Madame Jane-Hading-Ensemble). — So. 11. A. Tristan und Isolde (Isolde: Frau Pester-Prosky). — Mo. 12. B. Der Probekandidat. — Di. 13. S. In Karlsruhe: Herbort und Hilde; Die Hand. — Mi. 14. A. Der Bibliothekar. — Do. 15. B. Die Stumme von Portici. — Fr. 16. S. Die weiße Dame (George Brown: Franz Naval von Wien). — So. 18. B. Die Räuber. — Mo. 19. S. Die Zauberflöte. — Di. 20. A. Stella und Die Mitschuldigen. — Mi. 21. B. Tannhäuser (Elisabeth: Margarete Brandes von Frankfurt a. M.). — Do. 22. B. Im weißen Rößl; Der erste Carneval. — Fr. 23. A. Cavalleria rusticana; Der erste Carneval; Zum Einsiedler. — So. 25. A. Aïda (Aïda: Margarete Brandes). — Mo. 25. B. Stella; Die Mitschuldigen. — Di. 27. S. La Bohème (Gesamtgastspiel der Königl. Hofoper Stuttgart) — Mi. 28. B. Der polnische Jude. — Do. 29. S. Lohengrin (Pensions-Benefiz). — Fr. 30. V.[11] Die Jungfrau von Orleans. — Sa. 31. A. Es lebe das Leben.

Juni. So. 1. B. Die Walküre (Brünhilde: Margarete Brandes). — Mo. 2. A. Alt-Heidelberg. — Di. 3. E. Die Jungfrau von Orleans. — Mi. 4. A. Undine. — Fr. 6. S. Fünfzig Jahre; Cavalleria rusticana; Sonne und Erde. — Sa. 7. B. Der eingebildete Kranke; Der erste Carneval; Die Medaille. — So. 8. S. Huldigungsmarsch; Badisch Blut; Titus. — Mo. 9. A. Die lustigen Weiber von Windsor. — Di. 10. B. Das Ewig-Weibliche. — Mi. 11. B. Die Regimentstochter. — Do. 12. V.[12] Cyrano von Bergerac. — Fr. 13. A. Der Probekandidat. — Sa. 14. A. Der Waffenschmied. — So. 15. B. Die lustigen Weiber von Windsor.

Gesamtgastspiele des Mannheimer Hoftheaters am Stadttheater zu Heidelberg: Mo. 16. Der Tartüff; *Spitzbubenstreiche. — Di. 17. Cavalleria rusticana; Koppelia. — Do. 19. Das Ewig-Weibliche. — Fr. 20. Der Evangelimann. — Mo. 23. Die Zwillingsschwester. — Di. 24. Der polnische Jude.

Da bei der ständigen Zunahme des Abonnements eine Vermehrung der Abonnementsvorstellungen und die Einführung von drei oder vier Serien statt der bisher üblichen zwei (A und B) in Aussicht genommen werden konnte, beschäftigten sich bereits im Berichtsjahre die zuständigen Behörden mit dieser Frage in eingehenden Beratungen, sowie die Tagespresse in verschiedenen Artikeln. Auch die Eröffnung des Rosengarten-Theaters im folgenden Jahre und damit zusammenhängend die Vermehrung des Personals, machte bereits 1902 eine Reihe von Vorbereitungen nötig.

Im Theaterbudget für 1901/1902 waren die Gesamtausgaben auf 654600 Mk. und die Gesamteinnahmen auf 497600 Mk. veranschlagt; hiernach wären aus städtischen Mitteln 157000 Mk. zu decken gewesen. Der Voranschlag wies an Mehrausgaben auf: 3500 Mk. für Regisseure und darstellendes Personal, 3100 Mk. für Ballet und Balletmeisterin, 1000 Mk. für technisches Personal, 3000 Mk. auf Veranlassung des Stadtrats eingestellt für Alters- und Hinterbliebenenversorgung ausgeschiedener Arbeiter und Bediensteten, 2000 Mk. für Autorenhonorare, 2500 Mk. für einen Hilfschor; zusammen 15100 Mk.; dazu Weniger-Einnahmen: 3000 Mk. aus Ensemble-Gastspielen; zusammen 18100 Mk. Dagegen konnten, auf Grund der letztjährigen Einnahmen, an Mehr-Einnahmen eingestellt werden: 5000 Mk. aus Parkett-Abonnement, 4000 Mk.

Tages-Einnahmen aus Abonnement-Vorstellungen; zusammen 9000 Mk.; dazu an Minderausgaben: 3200 Mk. für kontraktliche Honorare, 2700 Mk. für Beleuchtung, zusammen 14900 Mk., wodurch das Budget einschließlich verschiedener kleiner Posten gegen das Vorjahr mit einer Mehrforderung von 3000 Mk. abschloß. Der Bürgerausschuß genehmigte das Budget am 23. Oktober 1901, jedoch mit einem Abstrich von 9000 Mk., also in Höhe von 148000 Mk.

Nach dem Rechnungsauszug vom 31. August 1902 betrugen die laufenden Ausgaben im Spieljahr 1901/1902 (Rubrik „Hat") 668604 Mk. 17 Pf., davon erforderte der Gehaltsetat 488479 Mk. 98 Pf., das Autorenhonorar 19201 Mk. 31 Pf., für Garderobeanschaffungen wurden 12572 Mk. 93 Pf., für neue Dekorationen 12687 Mk. 09 Pf. ausgegeben. Elektrisches Licht wurde für 26893 Mk. verbraucht. Unter den Einnahmen figuriert das Logenabonnement mit 171961 Mk., das Parkett-Abonnement mit 79500 Mk., das Militärabonnement mit 1489 Mk., zusammen 252950 Mk. Abonnementgelder. An Tageseinnahmen gingen 210371 Mk. ein, und zwar allein aus Suspendu-Vorstellungen 63357 Mk. Der Staatsbeitrag betrug wie seither 13714 Mk. 29 Pf., der ordentliche Beitrag der Stadt 43714 Mk. 39 Pf., außerdem wurden 140000 Mk. von der Stadtkasse als außerordentlicher Zuschuß erhoben.

Nachdem im Sommer 1901 der Bühnenoberbau neu hergestellt worden war, kam während der vom 16. Juni bis zum 13. September 1902 dauernden Ferien im Theatergebäude der zweite Teil des Umbauprogramms zur Ausführung, und zwar wurden folgende Arbeiten ausgeführt: Der Umbau der Unterbühne, die Tieferlegung des Orchesters, die Erweiterung des Orchester-Stimmzimmers, die Renovierung des Zuschauerraumes, die Schaffung von zwei neuen Proscenium-Logen, die Errichtung eines elektrisch betriebenen Möbelaufzuges vom Keller nach der Bühne und eine größere Anzahl nicht vorgesehener, jedoch durch die Umbauarbeiten bedingter kleinerer Bauausführungen. Beim Umbau der Unterbühne waren erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden, und nur durch die äußerste Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Zeit und Zuhilfenahme der späten Abend- und der Nachtstunden konnte es ermöglicht werden, das Bauprogramm einzuhalten. Nach Fertigstellung dieses zweiten Teils des Bauprogramms hat das Theater eine Bühneneinrichtung erhalten, die weitgehenden und modernsten Ansprüchen genügt. Für das Jahr 1903 blieb noch die Renovierung des Äußeren des Gebäudes und eine Umgestaltung der Garderoben übrig. Für alle diese Arbeiten der Jahre 1901/1903 waren im Kostenvoranschlag 527848 Mk. angesetzt. Nachträglich wurde noch die Anschaffung eines neuen Haupt- und Zwischenvorhanges mit einem Aufwand von 1520 Mk. beschlossen.

Durch den in zwei Bauetappen vollendeten radikalen Bühnenumbau wurde die ganze alte Bühnenmaschinerie und die alte, hölzerne, feuergefährliche Unterbühne beseitigt. Der neue Bühnenunterbau ist vollständig aus Eisenkonstruktion hergestellt. Der Bühnenboden ist ebenfalls neu und weist sechs Versenkungen auf. Die Versenkungen, Prospekt- und Kassettenzüge werden durch Elektromotoren von einem auf der Bühne befindlichen Podium aus in Betrieb gesetzt und reguliert. Eine Neuerung auf der Bühne ist der elektrische Aufzug zur Beförderung von Möbeln aus den im Keller befindlichen Magazinen auf die Bühne und von der Bühne in die Magazine. Diese Einrichtung ist eine große Erleichterung für die Bühnenarbeiter. Im Keller ist ein Dampfkessel aufgestellt worden, mit dem Bühneneffekte erzeugt werden. Durch die Tieferlegung des Orchesters wurde es möglich, das Stimmzimmer neben das Orchester zu verlegen. Die das Stimmzimmer vom Orchesterraum trennenden Wände können herausgenommen und so bei starker Besetzung des Orchesters der Orchesterraum bedeutend erweitert werden. Ein sogenannter Rampenschirm trennt das Orchester vom Zuschauerraum und macht das Orchester dem Publikum unsichtbar. Das Foyer, die Treppenaufgänge, die Logen usw. wurden gründlich renoviert, ebenso der Balletprobesaal, der Musiksaal und der Hoftheaterkeller. Letzterer hat verschiedene Ventilationsverbesserungen erhalten. Die bedeutenden baulichen Veränderungen der zweiten Bauperiode wurden innerhalb drei Monaten ausgeführt und zwar am Gebäude selbst vom Hochbauamt unter Leitung des Bauinspektors Hauser. Die unter Leitung des Direktors Lautenschläger-München hergestellte Bühnenmaschinerie hat die Firma L. A. Riedinger in Augsburg, die Elektromotoren und Antriebe Brown, Boveri & Co., hier, geliefert, die neue Orgel auf der Bühne ist von der Orgelbauanstalt Voit & Söhne in Durlach; sie hat zehn klingende Register.

2. Das musikalische Leben.

Je näher die Eröffnung der städtischen Festhalle heranrückte und den Akademiekonzerten durch die Übersiedelung in den Musensaal des Rosengartens neue Verhältnisse bevorstanden, um so nachdrücklicher beschäftigten sich die Beteiligten mit der Frage einer Neuorganisation dieser im Mittelpunkt unseres musikalischen Lebens stehenden Konzerte. Die Theaterkommission und die Intendanz traten der Prüfung der Frage näher, ob die Überführung der seit langen Jahren vom Theater-Orchester auf eigene Rechnung veranstalteten Akademie-Konzerte in die Regie des Theaters, bezw. in städtische Regie zweckmäßig sei, und in der Presse tauchten verschiedene Vorschläge auf, die sich mit der Zukunft der Akademien befaßten. Auch die Möglichkeit einer Vermehrung der Konzerte und die Veranstaltung von Volkskonzerten wurde erörtert, ebenso der Wunsch einer Verstärkung des Orchesters in den Streicher- und Bläsergruppen. Zunächst trat jedoch bezüglich der Administration der Konzerte keine Änderung in den bisherigen Verhältnissen ein.

Von Oktober 1901 bis März 1902 fanden, wie üblich, wiederum acht musikalische Akademien statt, die Hofkapellmeister Willibald Kähler leitete.

Folgende größere Orchesterwerke wurden aufgeführt (die mit * bezeichneten zum ersten Male): Beethoven: Symphonie Nr. 2 (D-dur), Symphonie Nr. 9 (F-dur)

„Pastorale", Ouverture zu „Coriolan" für großes Orchester. Berlioz: Drei Sätze aus der dramatischen Symphonie „Romeo und Julia". Brahms Joh.: Op. 90. Symphonie Nr. 3 (F-dur). Bruckner A.: Symphonie Nr. 8 (C-moll). *Charpentier: „Impressions d'Italie" (Suite für großes Orchester). *Hausegger: „Barbarossa". Symphonische Dichtung für großes Orchester. Liszt: Dante-Symphonie. Mozart: Symphonie (G-moll). *Schillings, M.: Symphonischer Prolog zu Sophokles „König Oedipus". Schubert: Symphonie (C-dur). Schumann: Symphonie Nr. 4 (D-moll). Smetana: „Vischehrad". Symphonische Dichtung Nr. 1 aus dem Cyclus: „Mein Vaterland". Strauß, Richard: Op. 16. „Aus Italien", symphonische Fantasie. *Volbach, Fritz: Op. 21. „Es waren zwei Königskinder", symphonische Dichtung. Wagner, R.: Eine Faust-Ouverture und Siegfried-Idyll.

Die mitwirkenden Gesangssolisten waren: Lula Gmeiner (Mezzo-Sopran), Mine Tracey aus London (Sopran), Vittorio Arimondi (Baß), Professor Joh. Messchaert (Baryton). Als Instrumental-Solisten wirkten mit: Teresa Carreno (Klavier), Leopold Godowsky (Klavier), Felix Berber, Konzertmeister des Gewandhaus-Orchesters in Leipzig (Violine), Alexander Petschnikoff (Violine), Konzertmeister H. Schuster (Violine), Hofmusikus Karl Müller (Violoncello).

Hierbei kamen u. a. folgende größere Werke mit Orchester zur Aufführung: Bach: Konzert (F-dur) für Violine, Flöte, Oboe und Trompete, Beethoven: Konzert (D-dur) für Violine, Konzert Nr. 5 (Es-dur) für Klavier, Brahms, Joh: Op. 102. Konzert für Violine und Violoncello, Mozart: Konzert (A-dur) für Violine, Tschaikowsky, P.: Konzert für Klavier.

Aus der Fülle der sonstigen Konzerte können wir nur das wichtigste hervorheben und beginnen mit einem Überblick über das in Kammermusik Gebotene.

Unter den im Kasinosaal veranstalteten Kammermusikaufführungen seien genannt: drei Konzerte des hier außerordentlich beliebten Frankfurter Streichquartetts (Prof. Hugo Heermann und Genossen) mit auserlesenem Programm in mustergiltiger Wiedergabe (bei dem im November 1902 neu beginnenden Cyklus war der Bratschist Naret-Koning ausgeschieden, Prof. Bassermann an seine Stelle gerückt und für letzteren Adolf Rebner neu hinzugetreten); ferner am 14. November 1901 ein Konzert des böhmischen Streichquartetts (Hoffmann, Nedbal, Suk, Wihan), dessen temperamentvolles Spiel von früheren Konzerten in bester Erinnerung stand, und vier Matineen des Mannheimer Streichquartetts (Schuster, Post, Fritsch, Müller), das seinen Hörern mit sorgfältig vorbereiteten Quartettvorträgen wiederum Stunden vornehmen Kunstgenusses verschaffte. Am 12. Dezember 1902 spielte zum ersten Mal in hiesiger Stadt das Frankfurter Trio (Friedberg, Rebner, Hegar) mit großem Erfolg.

Ein wesentlicher Teil der hiesigen Musikpflege wird durch die ausgedehnte Tätigkeit der Vereine geleistet.

Der Musikverein widmet sich unter Leitung des Hofkapellmeisters Langer nach wie vor der Wiedergabe großer klassischer und moderner Oratorienwerke. Er veranstaltete am 29. Oktober 1901 eine Aufführung von Max Bruchs Odysseus (Solisten: Frau Fenten-Malmedé, Frau Walter-Choinanus, Karl Scheidemantel), am 10. Dezember 1901 in der Trinitatiskirche eine Aufführung der Großen Messe in C-moll von Mozart (vervollständigt von Aloys Schmitt; Solisten: Frau Mella Fiora, Frl. van der Vyver, Fritz Erl, Karl Sauer). Am Karfreitag,

28. März 1902 führte er auf: Die Worte des Erlösers am Kreuz von Joseph Haydn und Canticum canticorum (das hohe Lied) von Enrico Bossi, unter Beteiligung hiesiger Solisten (Dina van der Hoeven, Helene Seubert-Hausen, Hans Rüdiger, Joachim Kromer). Das Bossi'sche Werk wurde am 21. Oktober 1902 wiederholt und am 9. Dezember 1902 in der Trinitatiskirche Mendelssohns „Paulus" aufgeführt (Solisten: Hilda Schöne, Klara Lion von Frankfurt, Georg Maikl, Dr. Felix Kraus aus Leipzig, Orgel: Musikdirektor Hänlein).

Der Verein für klassische Kirchenmusik veranstaltete am 16. April unter Leitung des Hofmusikus Alfred Wernicke in der Konkordienkirche ein Konzert mit reichhaltigem Programm, an dem solistisch beteiligt waren: Betty Kofler (Alt), Fritz Müller (Tenor), Karl Müller (Violoncello), Johannes Stegmann (Harfe) und Albrecht Hänlein (Orgel). — Musikdirektor Hänlein gab in der Trinitatiskirche wieder zwei seiner beliebten Orgelkonzerte: am 19. Januar unter Mitwirkung des Hofopernsängers Theo Wünschmann, am 2. März 1902 unter Mitwirkung der Konzertsängerin Frau M. Schott-Mahr. Dem sei gleich beigefügt, daß Musikdirektor Hänlein am 27. November 1902 ein dem Gedächtnis an Johannes Brahms gewidmetes Orgelkonzert veranstaltete, in dem u. a. zu den Brahms'schen Choralvorspielen für Orgel (aus dem Nachlaß) die zugehörigen Choräle in vierstimmigem a-capella-Satz von Bach durch den gemischten Chor der hiesigen Hochschule für Musik vorgetragen wurde.

Mit hervorragenden Solisten allerersten Ranges erschien wiederum der philharmonische Verein auf dem Plan: in einem Konzerte am 28. November 1901 wirkte mit Ignaz Paderewski, der große Klaviertitane, am 15. März 1902 Josef Joachim, der ehrwürdige Meister der Violine, und am 30. Oktober 1902 Moritz Rosenthal, der schon in einem früheren Konzerte durch seine virtuose Beherrschung des Klaviers Bewunderung erweckt hatte. Außerdem fand am 26. Januar 1902 im Bernhardushof ein Matinée des philharmonischen Vereins statt. Die Vorträge des von Musikdirektor Gaule geleiteten Vereinsorchesters zeigten dieses in stetigem Aufschwung begriffen und auch schwierigeren Aufgaben mit Erfolg gewachsen.

Von den zahlreichen Männergesangvereinen kann hier selbstverständlich nur die Tätigkeit der größten erwähnt werden. In ihren Konzerten wechseln Chorvorträge mit solistischen Nummern ab, zuweilen werden auch größere Kompositionen mit Orchester und Solisten ins Programm aufgenommen.

So bildete u. a. im Konzert des Lehrergesangvereins vom 24. November 1902 das Hauptwerk des Programms „Johanna von Orleans", Szenen für Männerchor, Soli und Orchester von Heinrich Hofmann. Die Liedertafel berief zu ihrem Konzert am 16. November 1901 die Konzertsängerin Gertrud Adam aus Dresden und die Violinistin Helene Ferchland aus Berlin; zum Konzert des Liederkranz am 23. November 1901 erschienen die Hofopernsängerin Marie Deppe aus Berlin und der Pianist Raoul Pugno aus Paris. Ähnlich hervorragende Kräfte wirkten in den Konzerten des Jahres 1902 mit. Auch Sängerbund und Singverein zogen zu ihren Konzerten namhafte Solisten bei. In ihrem Konzert vom 22. November 1902 führte die Liedertafel u. a. Heinrich Zöllner's „Columbus" (für Männerchor, Soli und Orchester) auf und wiederholte mit großem Erfolg das Programm dieses Konzertes am 14. Dezember 1902 in einem Wohltätigkeitskonzert zu Gunsten des hiesigen Vereins für Ferienkolonien und des Vereins für badische Blinde. Von anderen Konzertdarbietungen sei noch erwähnt, daß am 22. November 1902 die Liederhalle zur Feier ihres dreißigjährigen Bestehens eine musikalische Aufführung im Bernhardushofe veranstaltete.

Von besonderen Veranstaltungen ist zu nennen: ein Konzert der Meininger Hofkapelle unter Fritz Steinbachs Leitung am 16. Januar 1902 im Apollotheater; ferner von Künstlerkonzerten im Kasinosaal: Sarasate-Marx am 10. Januar 1902, Klavierabend von Karl Friedberg aus Frankfurt am 6. März, Steindelquartett am 4. April, drei Klavierabende von Raoul v. Koczalski 29. September, 3. und 6. Oktober 1902, Liederabend Ferdinand Jäger 21. November, Sarasate-Marx 22. November u. a. Am 18. Juni 1902 gab der Hofopernsänger Fritz Erl unter Mitwirkung zahlreicher Kollegen im Bernhardushof sein Abschiedskonzert, am 30. Dezember 1902 die Hofopernsängerin Frau Rocke-Heindl das ihrige im Kasinosaal; das letztgenannte zu Gunsten des Theaterpensionsfonds veranstaltete Konzert brachte diesem einen Beitrag von 452 Mk.

Die Hochschule für Musik veranstaltete am 15. Dezember und 18. Dezember 1902 Aufführungen der Kinder-Tanz- und Volkslieder von E. Jacques Dalcroze, Professor am Genfer Konservatorium; die Chöre wurden gebildet von ca. 100 Mitwirkenden in drei Gruppen.

Die seit einigen Jahren hier bestehende Hochschule für Musik hat ein erfreuliches Wachstum zu verzeichnen. Dem Jahresbericht über die Tätigkeit der Anstalt im Schuljahr 1901/2 entnehmen wir folgendes:

Unter der Direktion des Herrn W. Bopp wirkten an der Anstalt 31 Lehrkräfte, die zur Verfügung stehenden Hofmusiker als Lehrer für Orchester-Instrumente nicht mitgerechnet. Besucht wurde die Hochschule von 180 Studierenden und Hospitanten, von 128 Schülern der Vorbereitungsklassen für Klavier-, Violin- und Violincellspiel und allgemeine Musiklehre, ferner von 25 Hospitanten für Chorgesang und Orchesterspiel. Die Gesamtschülerzahl belief sich mithin auf 333, ein Mehr von 100 gegen das Vorjahr. Die Maximalzahl der wöchentlichen Unterrichtsstunden betrug 510. Einen genauen Einblick in den Unterrichtsbetrieb nach Lehrstoff, dessen Verteilung auf die einzelnen Lehrkräfte, der sich beteiligenden Schülerzahl und Unterrichtsstunden in der Woche gewährt das Kapitel Unterrichtsstatistik in seinen Abschnitten: Instrumentalschule (Klavier, Orgel, Streichinstrumente, Blasinstrumente, Kammermusik und Orchesterübungen), Gesangschule (Chorgesang, Sologesang, Lieder- und Arienstudium, Ensemblegesang, Deklamation und italienische Sprache), Musiktheorieschule (allgemeine Musiklehre, Harmonielehre, Formenlehre, Instrumentationslehre, Partiturspiel, Direktionsübung, Musikalisches Diktat, Kontrapunkt, Kompositionslehre, Geschichte der Theorie der Musik, Musikgeschichte in Vorträgen behandelt, Methodik des Klavierunterrichts und Interpretation von Meisterwerken der Klavierlitteratur, auch in Vorträgen behandelt, und öffentliche Vorträge), Theaterschule für Oper und Schauspiel. Während des Schuljahres veranstaltete die Hochschule 7 Übungs-Aufführungen, 7 Vortrags-Abende (darunter 1 Brahmsabend), 1 Festkonzert (anläßlich des Regierungsjubiläums des Großherzogs und unter Anwesenheit der Protektorin der Anstalt, der Frau Großherzogin) und 12 öffentliche Prüfungs-Aufführungen. Zur Begründung eines Baufonds und zur Erweiterung des Stipendienfonds leisteten 11 Freunde der Kunst und der Hochschule namhafte Beiträge.

3. Öffentliche Sammlungen, Kunst- und wissenschaftliche Vereine.

In den Beständen der Großh. Gemäldegalerie und des Großh. Kupferstich-Kabinets sind während des Berichtsjahres keine Veränderungen erfolgt. Für die städtische Kunstsammlung wurde anläßlich des Regierungsjubiläums

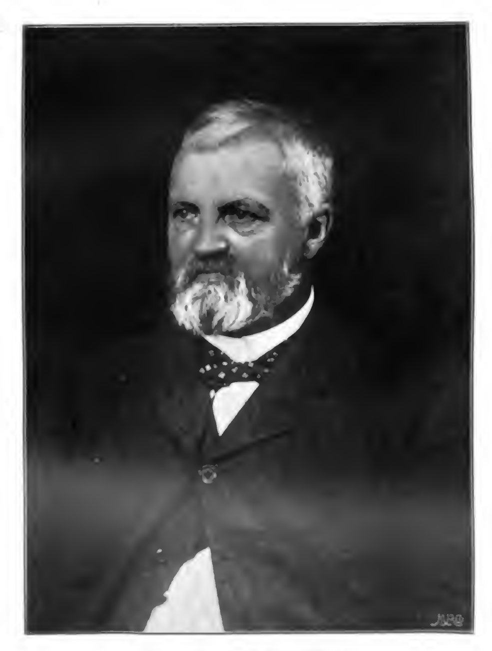
ein vom Kunstmaler Otto Propheter im Auftrag der Stadtgemeinde gemaltes Porträt S. Königl. Hoheit des Großherzogs erworben, außerdem zwei vom Bildhauer Johannes Hoffart modellierte Gipsbüsten des Großh. Paares.

Das Großh. Hofantiquarium (Anteil der Stadtgemeinde) erwarb im Berichtsjahr antike Münzen im Wert von 320 Mk., ausgewählte Stücke, welche die Entwicklung des griechischen und römischen Münzwesens veranschaulichen. Der langjährige, hochverdiente Vorstand des Großh. Hofantiquariums, Professor Karl Baumann, erhielt durch großherzogliche Verleihung den Titel Direktor.

Die gleichfalls im Großh. Schlosse untergebrachte Sammlung von Gipsabgüssen nach Antiken erfuhr keinen Zuwachs.

Die wichtigste Veranstaltung des Mannheimer Altertumsvereins im Jahre 1902 war die Ausstellung aus der Zeit des Kurfürsten Karl Theodor, über die wir bereits auf S. 134 berichtet haben. Der in stetiger Zunahme befindliche Mitgliederstand belief sich Ende Dezember 1902 auf 791. Die Vorträge und Ausflüge des Vereins erfreuten sich lebhaften Interesses. Durch zahlreiche Schenkungen und namhafte Neuerwerbungen, die in der monatlich erscheinenden Vereinszeitschrift, den „Mannheimer Geschichtsblättern" jeweils verzeichnet werden, vermehrte sich die Sammlung in erfreulicher Weise. Die von dem † Julius Mammelsdorf (vgl. S. 71) deponierte, überaus wertvolle Sammlung von ethnographischen Gegenständen und Kunstwerken ging testamentarisch in das Eigentum des Vereines über. Ferner wurde für die ethnographische Abteilung auf städtische Kosten eine aus 268 Nummern bestehende Sammlung aus Neu-Guinea erworben, die ein dort angestellt gewesener landwirtschaftlicher Beamter, Baumüller aus Karlsruhe, hinterlassen hat. Die von diesem gut ausgewählten Gegenstände — Schmuck, Hausrat und Waffen — geben ein anschauliches Bild der Lebensweise und Bildungsstufe der dort wohnenden Papuas, die derzeit noch in der Steinzeitkultur leben; dieselben sollen zugleich den Grundstock bilden für ein umfangreicheres ethnographisches und Handelsmuseum, dessen Errichtung der Stadtrat im Jahre 1898 ins Auge faßte und für das er und der Altertumsverein durch einen damals an die hiesige Einwohnerschaft ergangenen gemeinsamen Aufruf die schenk- oder leihweise Überlassung geeigneter Gegenstände erbaten. Einen nennenswerten Erfolg hatte dieser Aufruf leider bis zum Jahre 1902 noch nicht gehabt, doch ist zu hoffen, daß die Einwohnerschaft wie die im Ausland lebenden Mannheimer dieser Sammlung mit der Zeit tatkräftigere Unterstützung zuteil werden lassen.

Im Kunstverein, der seine gewohnten permanenten Ausstellungen (im Berichtsjahre im ganzen 1918 verschiedene Kunstwerke) veranstaltete, erregte besonderes Interesse eine Ausstellung von Gemälden Arnold Böcklins (13.–21. September 1902).



Kommerzienrat Dr. Karl Diffené
† 22. Mai 1902
(vgl. S. 74)

Der Kunstgewerbeverein Pfalzgau veranstaltete außer einer Ausstellung von Werken der modernen vervielfältigenden Kunst (vgl. S. 135) mehrere Vortragsabende; und zwar sprachen im Winterhalbjahr 1901/2: Professor Joseph Olbrich-Darmstadt, Professor Henry Van de Velde-Berlin, Maler Karl Langhein-Karlsruhe; im Vereinsjahr 1902/3: Bildhauer Hermann Obrist und Schriftsteller Frank Wedekind-München. Außerdem führten Darmstädter Künstler (Fräulein Pauline Braun, Dietrich Leipheimer) ihre Kostüme-Entwürfe vor, die auf der Ausstellung „Die neue Frauentracht" im Hohenzollern-Gewerbemuseum zu Berlin vielen Beifall gefunden hatten.

In der am 18. März 1903 abgehaltenen Generalversammlung des Vereins für eine Öffentliche Bibliothek gedachte der Vorsitzende Dr. August Hohenemser des schmerzlichen Verlustes, den die Bibliothek durch das Hinscheiden ihres langjährigen ersten Vorsitzenden Kommerzienrat Dr. Karl Diffené (vgl. S. 74) erlitten hat, der seit 1872 Vorstandsmitglied und nach dem Ableben des 1. Vorsitzenden, Geh. Rat Dr. August Lamey und dessen Stellvertreters Dr. Ludwig Nieser im Jahre 1895 zum ersten Vorsitzenden gewählt worden war. Die gedeihliche Entwicklung des Instituts sei nicht zum wenigsten der fürsorglichen und umsichtigen Leitung des Dahingeschiedenen zu danken, dessen Wirken unvergessen bleiben werde. Ferner wurde des im März 1903 verstorbenen Rechners der Bibliothek, Heinrich Schäffer gedacht, der seit Gründung der Öffentlichen Bibliothek mit größter Gewissenhaftigkeit das Rechnungswesen besorgte. An seine Stelle trat Professor Dr. Claasen. Zu welch reicher Entfaltung die Öffentliche Bibliothek seit ihrer Gründung im Jahre 1869 gekommen ist, davon legt die Aufzeichnung ihrer Bücherbestände das beste Zeugnis ab: sie umfaßt jetzt nahezu 60000 Bände.

Zu den zahlreichen Neuanschaffungen in Geschichte, Philosophie, Nationalökonomie, Naturwissenschaft, Kunst- und Musikgeschichte, Völker- und Heimatkunde usw. kamen im Berichtsjahre außergewöhnlich bedeutende Schenkungen. Nachdem im Jahre 1901 die wertvolle Büchersammlung des Richard Wagner-Vereins der öffentlichen Bibliothek übergeben worden war, wurde dem Institute von der Stadt die sehr bedeutende Büchersammlung des hier verstorbenen Bibliophilen Julius Mammelsdorf zur Verwaltung übergeben. Diese zahlreiche Originalausgaben von wichtigen Werken der italienischen, spanischen, französischen, englischen und russischen Literatur und Geschichte enthaltende Sammlung umfaßt nahezu 4000 Bände. Eine weitere Sammlung wurde der Bibliothek von der Gattin des verstorbenen ersten Vorsitzenden der Bibliothek, Frau Kommerzienrat Bertha Diffené gestiftet: eine größere Bibliothek meist moderner natur-, kunst- und musikwissenschaftlicher Werke. Diese Bibliothek ist zu dauerndem Gedenken gesondert aufgestellt. Hiermit betrug der Zuwachs der Bibliothek an Büchern einschließlich der Anschaffungen und noch zahlreicher anderer, wertvoller Geschenke im vergangenen Jahre nicht weniger als ca. 4400 Bände. Die Mitgliederzahl stieg im verflossenen Jahre auf 250. Eine wesentliche Verstärkung erfuhr die Benutzung des Lesesaales, der von 6161 Personen (gegen 4863 im Jahre 1901) besucht wurde.

Aus dem Jahresbericht des schon im vorigen Abschnitt erwähnten Diesterweg-vereins sei hervorgehoben, daß vom Juli 1901 bis 1902 die stattliche Zahl von 30 Vereinsveranstaltungen zu verzeichnen war, nämlich 6 öffentliche Vortragsabende, 7 Diskussionsabende (sog. Mitglieder-Versammlungen), 7 Volksunterhaltungs-Vorträge, 8 Vorstandssitzungen und 2 Ausflüge.

Zwei Veranstaltungen sind besonders zu nennen: die Geburtstagsfeier Diesterwegs am 30. Oktober 1901, mit Festrede des Ehrenmitgliedes Geh. Hofrat Dr. von Sallwürk, und die vom 30. November bis 4. Dezember 1901 in der Aula der Friedrichsschule veranstaltete „Ausstellung von künstlerischem Wandschmuck für Schule und Haus", die dem Publikum unentgeltlich zugänglich war und sich eines guten Besuches zu erfreuen hatte. Der Mitgliederstand war am Schlusse des Vorjahres 315; hierzu wurden neu aufgenommen 117, darunter 51 Lehrer und 66 Nichtlehrer. Ausgetreten sind 31, meist wegen Wegzugs, ein Mitglied ist gestorben, sodaß der Verein am Schluß dieses Vereinsjahres, 30. Juni 1902, 410 Mitglieder zählte, mithin eine Vermehrung von 95 Mitgliedern aufzuweisen hatte. Unter diesen 410 Mitgliedern waren 234 Lehrer und Lehrerinnen der hiesigen Volksschule, 20 von hiesigen Mittelschulen und Privat-Instituten. Die Bibliothek umfaßte 429 Werke in 686 Bänden.

Am 18. November 1902 wurde hier eine Ortsgruppe des Schillerverbandes deutscher Frauen gegründet (Vorstand: Anna Reiß, Ida Ladenburg, Anna Lanz, Marie Bernthsen, Emilie Hanser, Lise Lenel, Sofie Bassermann). Dieser Verband hat sich die Aufgabe gestellt, bis zum 100. Todestage Schillers (9. Mai 1905), durch Sammlung von Mitglieder-Beiträgen und besondere Veranstaltungen der bestehenden Schillerstiftung zur Unterstützung notleidender Schriftsteller und Schriftstellerinnen neue Mittel zuzuführen. Die Mitgliedschaft dauert nur bis zum genannten Termin und wird durch Zahlung eines Jahresbeitrages von mindestens 50 Pfg. oder eines einmaligen Beitrages von 5 Mk. erworben.

Zahlreiche hiesige Damen traten der Ortsgruppe bei und unterstützten so das edle Werk. Bei der konstituierenden Versammlung hielten Ansprachen: die erste Vorsitzende Frl. Anna Reiß und Frau Hofrat Bernthsen. Letztere sprach über Schillers Beziehungen zu Mannheim. Zwar sei darüber nichts Neues zu sagen, aber erinnern könne man an diese Beziehungen, wenn es gelte, das Andenken des großen Dichters dadurch zu ehren, daß man versuche, denjenigen, die in seine Fußtapfen treten und durch der Erde Schwere tief niedergedrückt zusammenzubrechen drohen, Hilfe und Unterstützung zu Teil werden zu lassen. Die Rednerin gedachte der ersten Aufführung der Schiller'schen Räuber am hiesigen Hoftheater, der ersten Vorlesung seines Fiesko und schilderte ferner seine hiesigen Erlebnisse und Erfahrungen. Mit seiner Übersiedelung nach Leipzig endeten die Beziehungen Schillers zu Mannheim. Sein Name und sein Wirken werde stets mit dem Rufe unseres Theaters verbunden sein und einen Ansporn für die Mannheimer Bühne bilden, sich auf künstlerischer Höhe zu halten. Die Ausführungen der Rednerin fanden lebhaften Beifall.

4. Vorträge.

Die Zahl der wissenschaftlichen Vorträge ist in beständigem Steigen begriffen, weshalb wir davon absehen müssen, sie einzeln hier anzuführen. Reiche Ströme

der Belehrung und Anregung werden auch im verflossenen Jahre von ihnen ausgegangen sein. Die Vereine, die solche Vorträge veranstalteten, waren insbesonders folgende: Alldeutscher Verband, Alpenverein Sektion Pfalzgau, Altertumsverein, Arbeiterfortbildungsverein, Bezirksverein deutscher Ingenieure, Freidenkerverein, Friedensgesellschaft, Gesellschaft der Ärzte, Gesellschaft für Naturkunde, Diesterwegverein, Kolonialgesellschaft, Kunstgewerbeverein Pfalzgau, Verein Frauenbildung-Frauenstudium, Verein für jüdische Geschichte und Literatur, Kaufmännischer Verein (außer Einzelvorträgen auch Vortragscyklen, von denen die kunsthistorischen Abende von Geheimrat Thode-Heidelberg besonders weitgehendes Interesse fanden), Kaufmännischer Verein Columbus, Kaufmännischer Verein weiblicher Angestellter u. a. Auch eine neugegründete theosophische Gesellschaft hielt mehrere Vortragsabende. Außer den schon früher erwähnten Hochschulkursen verdienen noch besondere Hervorhebung die vom Kaufmännischen Verein, von der Handelskammer und vom Börsenvorstand veranstalteten akademischen Vorträge über volkswirtschaftliche Themata, ferner die protestantischerseits veranstalteten religionsphilosophischen Vorträge von Prof. Troeltsch-Heidelberg und die von katholischen Rednern im Bernhardushof gehaltenen populärwissenschaftlichen Vorträge.

5. Publizistik.

Im März 1902 ging die Dr. H. Haas'sche Druckerei mit dem Verlage des Mannheimer Generalanzeigers in den Besitz einer unter der Firma „Dr. H. Haas'sche Buchdruckerei" (Gesellschaft mit beschränkter Haftung) errichteten Gesellschaft über. Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Direktor Ferdinand Speer als 1. Geschäftsführer und Redakteur Ernst Müller als 2. Geschäftsführer. Der Aufsichtsrat besteht aus den Herren: Ernst Bassermann, Rechtsanwalt und Stadtrat, Vorsitzender; Fritz Hirschhorn, Kaufmann und Stadtrat; Emil Mayer, Fabrikant und Stadtverordneter in Mannheim.

Auf ein zehnjähriges Bestehen nach seiner Reorganisation im Verlag Jean Gremm blickte im April 1902 das „Neue Mannheimer Volksblatt" (Organ der Zentrumspartei) zurück.

Als Neugründung trat zu den hier bereits bestehenden Fachzeitschriften die monatlich erscheinende Mannheimer Industriezeitung (Redakteur und Verleger: Zivilingenieur C. Menke, der diese Zeitschrift ins Leben rief).

Im Jahresbericht des Journalisten- und Schriftsteller-Vereins wurde betont, daß der Verein weniger nach außen hervorgetreten sei, aber eine umfangreiche interne Tätigkeit entfaltet habe. Die Neuwahlen hatten zum

Resultat, daß der Vorstand sich für 1902 aus folgenden Herren zusammensetzte: Dr. Harms (1. Vorsitzender), Dr. Gerard (2. Vorsitzender), Ernst Müller (Schriftführer), Friedr. Kunert (Kassier), V. Becker, P. Feige und Julius Wolf (Beisitzer). Zu Rechnungsrevisoren wurden die Herren Julius Bensheimer und Jean Gremm ernannt.

Von litterarischen Veröffentlichungen, die auf Mannheim Bezug haben, sind außer den periodischen zu erwähnen: Der im Auftrage des Stadtrates herausgegebene, von Bibliothekar Max Oeser bearbeitete „Kurze Führer durch Mannheim"; eine neue Auflage (12. Aufl.) des illustrierten Woerl'schen Reiseführers über Mannheim; ferner ein von der A. Bender'schen Buchhandlung (E. Albrecht) herausgegebener Plan von Mannheim mit kurzem Führer; Dr. Joseph Landgraf (vormals Syndikus der hiesigen Handelskammer) Mannheim am Scheidewege, Gedankenspäne über die volkswirtschaftliche Entwickelung von Mannheim unter Großherzog Friedrich 1852—1902 (Verlag von Jul. Bensheimer); die Festgabe zur 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, Inhalt: I. Paul Feige, Kirchengeschichtliches über Mannheim. II. Führer durch Mannheim. (Verlag: Jean Gremm in Mannheim); Hofrat Dr. Felix Hecht, die Mannheimer Banken 1870—1890 (Leipzig, Duncker & Humblot); Dr. J. A. Beringer, Geschichte der Mannheimer Zeichnungsakademie, sowie: P. A. v. Verschaffelt (Straßburg, Heitz); Dr. Schönfeld, Das Klima von Mannheim (Jul. Bensheimer); Max Oeser, Geschichte der Stadt Mannheim (Ende November die ersten Lieferungen erscheinend, Verlag von Jul. Bensheimer).

Die Vorarbeiten zu dem von der Stadtgemeinde zum Stadtjubiläum geplanten großen Jubiläums-Werke über Mannheim, dessen ersten, geschichtlichen Teil Dr. Friedrich Walter auf Grund umfassender Quellenstudien verfaßt und an dessen zweitem, die moderne Entwickelung Mannheims darstellenden Teil unter Leitung von Stadtbeirat Dr. Schott eine Reihe von Mitarbeitern tätig ist, nahmen ihren stetigen Fortgang.





XVI. Geselligkeit, Sport, Erholung und Vergnügen.

1. Das Vereinswesen im allgemeinen.



Von der zunehmenden Ausdehnung des hiesigen Vereinswesens, besonders auch auf dem ausschließlich geselligen Gebiete, gibt die Liste des Mannheimer Adreßbuchs ein ziemlich deutliches Bild. Für eine erschöpfende statistische Übersicht fehlt das offizielle Material, weshalb auf die Ausführungen im vorigen Chronikbande S. 290 zurückverwiesen wird.

Zu dem vom Großh. Amtsgericht geführten Vereinsregister wurden im Berichtsjahre folgende Vereine, die zum größten Teil schon seit längerer Zeit hier bestehen, eingetragen: Hauspflegeverein (23. Januar 1902), Harmoniegesellschaft (1. Februar), Militärverein (7. Februar), Beamtenverein (12. Februar), Volksbibliothek (21. Februar), Verein Hundesport Mannheim-Ludwigshafen (21. Februar), Kleinkinderschule N 6. 9 (8. März), Verein für Feuerbestattung (12. April), Philharmonischer Verein (15. Mai), Gesangverein Bavaria (27. Juni), Verein der Schuhwarenhändler Mannheim-Ludwigshafen und Umgebung (25. Oktober), Evangelische Kleinkinderschule auf dem Lindenhof (10. November), Theresienhaus (18. November), Naturheilverein (29. November), Vereinigung Mannheim-Ludwigshafener Fachphotographen (17. Dezember). —

Die Feier des Karnevals hat in den letzten Jahren besonders durch die eifrige und erfolgreiche Tätigkeit des Karnevalvereins „Feuerio" frisches Leben gewonnen, namentlich durch die Veranstaltung humoristischer Sitzungen und eines großen Fastnachtszuges, den auch die Stadtgemeinde subventionierte.

Die karnevalistische Herrensitzung im Saalbau am 27. Januar und die Damensitzung im Apollotheater am 4. Februar erfreuten sich starker Beteiligung. Der Festzug, der auf dem

Meßplatz über dem Neckar aufgestellt wurde und sich am Fastnachtsonntag durch die Hauptstraßen der Stadt bewegte, umfaßte 50 Gruppen mit 16 Wagen, die von den Architekten Walch und Paul und den Malern Barchfeld und Biundo entworfen waren. Lokale Ereignisse und Vorkommnisse aus der großen Welt wurden mit Witz und Spott illustriert. Die Hauptgruppen erschienen abgebildet in einem Album (Verlag M. Hepp). Die Veranstaltung fand vielen Beifall und lockte eine große Fremdenmenge in die Stadt. — Bei der Rechnungsablage ergaben sich folgende Ziffern: Einnahmen: Vortrag vom letzten Jahre (einschließlich des Zuschusses der Stadt Mannheim) 562.40 Mk., Beitrag der Ehrenmitglieder 10801 Mk., Einnahmen der Sitzungen im Saalbau, Apollotheater und Habereck 6002.37 Mk., sonstige Einnahmen für Kappen, Lieder, Postkarten ꝛc. 799.85 Mk., mithin Gesamteinnahme 18165.71 Mk. Ausgaben: für Ehrenmitgliederkappen und Orden 2345.15 Mk., Musik, Lieder, Kappen ꝛc. bei den Sitzungen im Saalbau, Apollotheater und Habereck 1277.52 Mk., Kosten des Zuges 12821.03 Mk., Inserate und sonstige Ausgaben 1427.73 Mk., zusammen 17871.43 Mk., somit ein Aktiv-Saldo von 294.28 Mk., der auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

2. Sport.

Wie bekannt, wurde der Mannheimer Rennplatz durch Neubauten und Umbauten so zweckmäßig hergerichtet, daß sich alle Besucher lobend darüber aussprachen. Zwei Punkte aber erforderten noch eine wesentliche Verbesserung: die Herstellung eines guten „Geläufes" und einer geräumigen Galoppierbahn.

Bezüglich des ersteren war man bisher trotz Aufwendung erheblicher Mittel zu keinem befriedigenden Ergebnis gelangt. Der ziemlich lehmige Boden wurde, weil er auf einer sehr durchlässigen Kiesschicht ruht, bei mangelnden Niederschlägen sehr bald so trocken, daß sich keine dichte Grasnarbe bilden konnte. Nach vielfachen Versuchen mußte man zu anderen Mitteln greifen, um das Geläuf tadellos zu gestalten. Die ganze Bahn wurde mit einer dichten Schicht grober Sägespäne überfahren, welche die Feuchtigkeit lange halten, sich innig mit der Bodenschicht verbinden und den Wuchs des Bodengrases kräftig fördern. Eine solche Deckung des Bodens ist ganz vorzüglich und wirkt besser als Kompost oder Kalidüngung, erfordert aber fünf- bis sechsmaliges Mähen des Grases mit energischer Besprengung bezw. Berieselung. Um darin allen Wünschen zu entsprechen, ließ der Rennverein eine Wasserleitung für die Flachrennbahn, wie für die Hindernisbahn in ihrer ganzen Ausdehnung herstellen. Diese Wasserleitung besteht aus einem Rohrbrunnen von 1000 mm Durchmesser und 20,20 m Tiefe, der das erforderliche Wasserquantum von ca. 500 Liter pro Minute bei stärkster Inanspruchnahme reichlich zu liefern imstande ist. Aus diesem Brunnen wird das Wasser mit einer doppeltwirkenden elektrisch betriebenen Plungerpumpe von 27,5 cbm stündlicher Leistung gesaugt und in das Verteilungsnetz von insgesamt ca. 4000 m Länge bei 100 bis 40 mm Lichtweite gepumpt. Den elektrischen Strom zum Betriebe der Anlage liefert das städtische Elektrizitätswerk. Derselbe wird in einer 1300 m langen Dreileiter-Freileitung vom Anschluß am städtischen Schlacht-Viehhof zum Maschinenhaus auf dem Rennplatz geleitet. Vom Verteilungs-Rohrnetz zweigen die Zuleitungen zu 67 Strang-Hydranten ab, die in hinreichender Entfernung von der eigentlichen Rennbahn eine ergiebige Berieselung mit Schläuchen ermöglichen. Dabei ist ein Wasserverbrauch bei gleichzeitiger Benutzung von 4 Hydranten von 280 cbm in 10 Stunden zu grunde gelegt, was bei der zu berieselnden Fläche von zusammen ca. 56000 qm der Niederschlagsmenge eines mäßigen Regens entspricht. Zum Ausgleich der



Bankier Gustav Ladenburg
† 30. Mai 1902
(vgl. S. 75)

Druckschwankungen ist hinter der Pumpe ein genügend großer Windkessel angebracht. Durch an den höchsten Punkten des Rohrnetzes montierte selbsttätige Ventile kann eine Entlüftung des Rohrnetzes, durch Schlammkästen an den tiefsten Punkten eine vollständige Entleerung desselben vor Eintritt des Winters zum Schutze gegen Frostschaden bewirkt werden. Der Mannheimer Rennplatz hat durch diese Anlage, die jeden Moment in Betrieb genommen werden kann, eine wesentliche technische Verbesserung erfahren, die besonders nach längere Zeit anhaltender Trockenheit in der vorteilhaftesten Weise zur Geltung kommt. An der äußersten Grenze des Rennplatzes wurde eine 3—4 m breite, über 3000 m lange Galoppierbahn angelegt. An einzelnen Stellen derselben sind Ausbuchtungen mit Hindernissen angelegt, sodaß die Pferde auch längere Zeit vor den Rennen galoppiert werden können.

Die Frühjahrsrennen anfangs Mai erhielten einen besonderen Glanz durch die Anwesenheit des großherzoglichen Paares am letzten Renntage, Maimarktdienstag den 6. Mai, der infolgedessen auch eine außerordentlich starke Beteiligung von Rennbesuchern aus Nah und Fern aufzuweisen hatte. Auch der Rennsonntag brachte es auf eine sehr hohe Besucherzahl, während der erste Tag (Samstag) den Erwartungen nicht entsprach. Die Herbstrennen wurden am 28. und 29. September abgehalten, einem Sonntag und einem Montag, wovon der letztere, der außerdem durch ungünstiges Wetter beeinträchtigt wurde, nur einen mäßigen Besuch aufwies, wenngleich sich die Wahl dieses Tages mehr bewährte, als der Samstag. Doch kam das Komitee zu der Überzeugung, daß es ratsamer sei, den zweiten Tag des Herbstmeetings fallen zu lassen und die auszusetzenden Preise auf einen Tag zu konzentrieren.

Einer der tätigsten Mitglieder des Direktoriums durfte diese Herbsttage nicht mehr erleben, Bankier Gustav Ladenburg, den der Tod am 30. Mai dahingerafft hatte (vgl. S. 75). Einunddreißig Jahre hindurch, seit dem 1871 erfolgten Tode seines Vaters Moritz Ladenburg, der von Gründung des Badischen Renn-Vereins an die Kassengeschäfte geführt, hat Gustav Ladenburg des Amtes als Schatzmeister gewaltet und an der Entwicklung und dem Ausbau des Vereins tatkräftig mitgearbeitet. An ihm verlor der Sport eine treue Stütze, und hoch in Ehren wird sein Andenken in der Gemeinschaft gehalten werden, der er ein volles Menschenalter hindurch seine Dienste gewidmet.

Ein im Oktober neu gegründeter Verein für Jagdreiten veranstaltete mehrere Schnitzeljagden in der Umgegend. Die Hubertusjagd am 31. Oktober endete mit einem Wettrennen auf der Bahn des Badischen Renn-Vereins.

Die XXIV. oberrheinische Regatta wurde am 6. Juli bei prächtigem Wetter abgehalten. Es fanden 15 Rennen statt, die einen interessanten Verlauf nahmen. Um den Kaiserpreis stritten im Achterboot die drei Mannheimer Vereine: Ruderclub, Amicitia und Rudergesellschaft, von denen der Ruderclub den Sieg errang.

Am 31. August veranstaltete der hiesige Regattaverein zum ersten Male ein Dauerrudern. Den Festplatz bildete das neue Bootshaus der „Mannheimer Rudergesellschaft" an der Inselstraße. Im ganzen waren 4 Rennen mit 9 Meldungen zustande gekommen. Die Länge der

Bahn betrug ca. 12 Kilometer ohne Drehpunkt, der Start befand sich im Neckar gegenüber dem Bootshause der Gesellschaft und das Ziel auf der jenseitigen Seite (Industriehafen). Die Fahrt ging neckarabwärts in den Rhein, dann in den Altrhein, den Floßhafen und den Industriehafen bis zum Ziele. Die einzelnen Boote wurden in Zwischenräumen abgelassen. Für die siegenden Mannschaften waren silberne Becher als Preise ausgesetzt, außerdem für diejenige Mannschaft, welche die Strecke in der kürzesten Zeit durchruderte, ein Führungspreis. Diesen erhielt der Mannheimer Ruderclub und zwar die Mannschaft, die im ersten Rennen startete.

Im Radfahrsport ist nichts Besonderes zu melden. Der Festausschuß für den im Juli 1903 tagenden 18. Kongreß der allgemeinen Radfahrer-Union konstituierte sich. Der rheinische Automobilklub veranstaltete am 26. Oktober ein Bergstraßen-Preisfahren zum Königsstuhl in Heidelberg, das einen sehr befriedigenden Verlauf nahm.

Im Jahre 1902 schlossen sich drei Mannheimer und zwei Ludwigshafener Turnvereine unter dem Namen „Mannheim-Ludwigshafener Turnerschaft" zu einer freien Vereinigung innerhalb des 10. Kreises der deutschen Turnerschaft zusammen. Am Ende des Berichtsjahres zeigte die neue Gemeinschaft folgendes statistische Bild:

	Vereinsangehörige	Turnzeiten	Besuchsziffer
Turnverein Mannheim (gegründet 1846)	675	366	12 810
Männerturnverein Ludwigshafen (gegründet 1882)	236	179	5 274
Turnerbund Germania Mannheim (gegründet 1885)	180	84	2 870
Turn- und Fechtklub Ludwigshafen (gegr. 1887)	327	234	6 118
Turngesellschaft Mannheim (gegründet 1899)	191	150	5 805
	1 609	1 013	32 876

Von diesen besitzt ein Verein eine eigene Turnhalle (die 1902 noch im Bau begriffene des Turnvereins), ein Verein turnt in einer Fabrikturnhalle und drei Vereine in Schulturnhallen. Zwei Vereine haben Gesangsabteilungen, ein Verein eine Fechtabteilung, zwei Vereine Frauenabteilungen (102 Mitglieder). Das Schülerturnen wird nicht gepflegt. 12 Turnwarte und 59 Vorturner teilen sich in die Arbeit des Turnbetriebes. 32 Vorturnerstunden waren der Aus- und Weiterbildung gewidmet. Seitens der Vereinigung findet monatlich eine Vorturnerstunde statt. Drei Vereine pflegen das Spiel und alle Vereine führten als willkommene Ergänzung des Turnens Turnfahrten aus. An 59 Turnfahrten beteiligten sich 1662 Turner. Von der rührigen Tätigkeit der Vereinigung zeugte das in allen Teilen gelungene Schauturnen auf den Wiesen des badischen Rennvereins (14. Sept.), ferner eine Jahnfeier (zur 50. Wiederkehr des Todestages Fr. L. Jahns) und das Kreisturnfest in Pforzheim. An letzterem beteiligten sich 262 Turner, von denen 212 zum Vereinswetturnen und 32 zum Einzelwetturnen antraten und 26 Preise errangen. —

Der 230 Mitglieder zählende Mannheimer Lehrerturnverein feierte im Dezember 1902 sein 22. Stiftungsfest mit Vorführungen von Mädchen-, Knaben und Männerturnen. Die Teilnehmer an der oberrheinischen Turnlehrerversammlung in Karlsruhe kamen am 14. Juli nach Mannheim, um das hiesige Schulturnen und die Turneinrichtungen kennen zu lernen. Am Vormittag fanden in der Turnhalle verschiedene Vorführungen von Knaben- und Mädchen-

klassen statt, während am Nachmittag das Turnen an der Höheren Mädchenschule gezeigt wurde. Der Mannheimer Turnverein führte den Gästen eine Abteilung seiner Damen-Abteilung vor.

Die aus Arbeiterkreisen gegründete freie Turnerschaft Mannheim hatte eine starke Zunahme zu verzeichnen, so daß im Herbst 1902 die Durchnittszahl der jeden Turnabend turnenden Mitglieder 75 betrug. Es turnten 5 Riegen, darunter eine Bildhauer- und eine Tapeziererriege, sowie zwei Zöglingsriegen.

Außer dem Fußballspiel, das von den Schulen und mehreren Sportvereinen eifrig betrieben wird, hat das Lawn-Tennisspiel in der letzten Zeit auch hier große Verbreitung gefunden.

Die Bestrebungen des hiesigen Lawn-Tennisklubs wurden vom Stadtrat dadurch gefördert, daß er dem genannten Verein auf sein Ansuchen (laut Stadtratsbeschluß vom 2. Mai 1902) den zwischen der Goethe- und Hebelstraße liegenden Platz in seiner ganzen Ausdehnung zur Erweiterung seiner Sportsanlage überließ, wogegen der Klub einen angemessenen Pachtzins zu zahlen, für die Unterhaltung des ganzen Platzes und seiner Böschungen zu sorgen, die Verzinsung und Amortisation der um den ganzen Platz erstellten Einfriedigung aufzubringen und die Verpflichtung zu übernehmen hat, daß er, sofern die Spielplätze vor anderweitiger Verwendungsbestimmung aufgegeben werden, dieselben wieder einzuebnen und mit Rasen anzusäen hat. Ein zweites (internationales) Jahresturnier, das der Tennisklub auf seinen trefflich eingerichteten Spielplätzen am 29. Mai und den folgenden Tagen veranstaltete, fand lebhafte Beteiligung. Auch wurden mehrere interne Wettstreite ausgefochten. In der Generalversammlung am 28. Oktober 1902 wurde der von den Vorstandsmitgliedern Karl Weingart und Dr. Richard Ladenburg erstattete Geschäfts- und Kassenbericht, sowie die Abänderung der Statuten gutgeheißen. Bei der Neuwahl des Vorstandes und Ausschusses wurden gewählt: Dr. Richard Ladenburg erster Vorsitzender, Karl Weingart zweiter Vorsitzender, Dr. Blagden, Hans Dach, Frl. J. Hohenemser, Fritz Oesterlin jr., Kommerzienrat Röchling, Prof. Schellmann, Robert Scholte, Prof. Specht, Julius Thorbecke, Frl. Zeiler. — Dr. Robert Hessen, der sich vor seinem Wegzug als erster Vorsitzender große Verdienste um den Klub erworben hat, wurde einstimmig zum Ehrenmitgliede ernannt.

Im Winter eröffnete der Klub auf seinen Spielplätzen eine wohlgepflegte Eisbahn. Die Vorstände der Park-Gesellschaft und des Tennis-Klubs verständigten sich dahin, daß beide Eisbahnen sowohl den Abonnenten des Stadtparkes, als auch denen des Lawn-Tennis-Klubs zugänglich sind. Den Schlittschuhläufern standen im Dezember 1902 folgende Bahnen zur Verfügung: Neckarsporen, Tennisplatz, Floßhafen-Waldhof, Floßhafen-Elektrizitätswerk, Stadtpark, Altneckar, Sportplatz.

Auch die Touristik findet hier eifrige Pflege in einer Reihe von Vereinen, von denen jedoch nur die größten angeführt werden können.

Die Mitgliederzahl des Odenwaldklubs stieg in seinem 10. Vereinsjahr von 951 auf 1114, ein erfreuliches Zeichen für das wachsende Interesse an seinen Bestrebungen. Die Teilnahme an den einzelnen Touren hat sich sehr gehoben; der Durchschnitt der Beteiligung betrug 1901 91, dagegen 1902 121. Insgesamt nahmen an den 9 wohlgelungenen Touren 1092 Personen teil. Die Auskunftei hat Vereinen, Mitgliedern und Privaten gute Dienste erwiesen und wurde häufig benützt, ein Zeichen, daß sie sehr nötig ist und Anerkennung findet. Am 16. Dezember 1902 wurde das 10. Stiftungsfest gefeiert.

Dem im Juni 1902 erschienenen Jahresbericht der Sektion Mannheim-Ludwigshafen des badischen Schwarzwaldvereins ist zu entnehmen, das die Mitgliederzahl auf über 400 angewachsen ist, welche Zahl aber noch weit hinter anderen badischen Städten zurücksteht. Unterstützt wurden von der Sektion die Sektion Oberelztal zum Ausbau eines Touristenweges, Kandern zur Erschließung der hinteren Wolfsschlucht, Staufen zur Herstellung eines Rundweges um die Kuppe des Belchens. Außerdem leistete die Sektion, wie alljährlich, einen Beitrag an den Verein zur Erhaltung der Volkstrachten in Freiburg. Seit den fünf Jahren ihres Bestehens hat die Sektion für die Erschließung verschiedener Gebiete des Schwarzwaldes die Summe von 6000 Mk. aufgewendet und noch einen Vermögensstand von über 2000 Mk. gesammelt. Die Bibliothek des Auskunftsbureaus (in C 8. 3) ist wieder durch einige Werke bereichert worden; sie steht jedem Mitglied zur unentgeltlichen Benützung zur Verfügung, wie auch daselbst unentgeltlich jede gewünschte Auskunft über Touren usw. gegeben wird.

Die Sektion Pfalzgau des deutschen und österreichischen Alpenvereins zählte Ende 1901 281, Ende 1902 277 Mitglieder. Es wurden 6 Monatsversammlungen veranstaltet, darunter 4 Vortragsabende mit Lichtbildervorführungen. Der Besuch der von der Sektion unterhaltenen Pfalzgauhütte am Sorapiß (Dolomiten) hat sich von 350 Personen des Vorjahres auf 419 vermehrt.

Der Verein Hundesport Mannheim-Ludwigshafen, der dem Verband badischer kynologischer Vereine beitrat, veranstaltete mehrere Fachvorträge und Hundevorführungen. Ebenso verfolgt der Verein der Hundefreunde den Zweck, die Rassenreinzucht der Hunde zu heben und seinen Mitgliedern durch Gratisverlosung guter Rassehunde, Veranstaltung und Besuch von Ausstellungen ꝛc. Gelegenheit zu geben, die wichtigsten Hunderassen kennen zu lernen. Dazu tragen auch die von Zeit zu Zeit abgehaltenen Vorträge und Vorführungen von Hunden bei. Auf die vom Verein der Hundefreunde vom 6.—8. Juni 1902 hier veranstaltete zweite internationale Ausstellung von Hunden aller Rassen wurde bereits S. 135 hingewiesen. Beide Vereine übernehmen für ihre Mitglieder die Haftpflichtversicherung gegen Personen- und Sachschaden.

Von zahlreichen Vereinen wird wie in früheren Jahren die Geflügelzucht unterstützt. Schließlich mögen in diesem Zusammenhange — obwohl nicht unter den Abschnitt Sport gehörig — die dankenswerten Bestrebungen des Tierschutzvereins erwähnt werden, der nach vierjährigem Bestehen bereits eine Zahl von 300 Mitgliedern erreicht hat.

3. Erholungs- und Vergnügungsetablissements und ähnliches.

Die Mannheimer Parkgesellschaft bietet durch den von ihr unterhaltenen Stadtpark eine beliebte Stätte der Erholung. Leider hatte das Berichtsjahr einen Rückgang der Abonnentenziffer zu verzeichnen.

Das Geschäftsjahr 1902 brachte bei 59279.03 Mk. Betriebsausgaben und 63021.82 Mk. Betriebseinnahmen einen Überschuß von 3742.79 Mk. Das Ergebnis wäre besser gewesen, wenn durch den Bau des neuen Musikpavillons nicht ein außergewöhnlicher Aufwand entstanden wäre. Die Einnahmen aus Abonnements sind um 1600 Mk. zurückgegangen, doch wurde andererseits aus Tageskarten bei besonderen Veranlassungen mehr erlöst. In der Bilanz stehen unter Aktiva zu Buch: Parkanlagen 104638.89 Mk., Wasserleitungsanlage 21539.80 Mk., elektrische Licht- und Kraftanlage 7072.35 Mk., Bepflanzungs-Konto 16312.35 Mk., Restaurations-Konto 93434.74 Mk., Inventar 26296.80 Mk., zusammen 269294.93 Mk. (Bisherige

Abschreibung 71470.76 Mk.) Kassa-Konto 765.16 Mk., H. L. Hohenemser & Söhne 4144 Mk. Passiva: Aktienkapital 160000 Mk., Prioritäten 34000 Mk., Prioritätszinsen 733.33 Mk., Amortisations-Konto inkl. Dotation pro 31. Dezember 1902 71470.76 Mk., Reservefonds-Konto 8000 Mk. Die Betriebsausgaben betrafen im einzelnen: Gärtnerei 3638.40 Mk., Löhne 11120.78 Mk., Beamten-Konto 6280.50 Mk., Musik 19297 Mk., Drucksachen 408.15 Mk., Inserate 1215.24 Mk., Gasverbrauch 1385.06 Mk., Pacht 1156.12 Mk., Elektrizitätsbetrieb 326.73 Mk., Zinsen 1608.09 Mk., diverse Ausgaben (Reparaturen, Festlichkeiten rc.) 10418.88 Mk., Krankenkasse und Invaliditätsversicherung 239.92 Mk., Verbrauch elektrischer Energie 2022.96 Mk., Wasserverbrauch 161.20 Mk. Die Betriebseinnahmen wiesen folgende Posten auf: Abonnements 21881.65 Mk., Tageskarten 24827.60 Mk., Restaurationspacht 5000 Mk., diverse Einnahmen 7129.07 Mk., Eislauf 4183.50 Mk.

Das „Ballhaus" im Schloßgarten veranstaltete zahlreiche Sommerkonzerte. Ein vom Militärverein auf den Rennwiesen veranstaltetes Sommer- und Kinderfest am 15. Juni fand großen Anklang. Im Panorama wurde im Mai 1902 ein neues Rundgemälde aufgestellt: die Erstürmung von Bazeilles-Sedan am 1. September 1870. Seit seinem Bestehen bis Ende 1902 besuchten 176331 zahlende Personen das Panorama. Im Oktober gab der Zirkus Krembser hier Vorstellungen. Im Apollotheater fanden außer Spezialitäten-Aufführungen gelegentlich auch Schauspielabende statt, von denen erwähnt seien: ein Gastspiel des Neuen Theaters in Berlin („Goldfische" mit Georg Engels und Nuscha Butze) und vier Gastspiele von Adalbert Matkowsky aus Berlin mit einem Berliner Ensemble (Uriel Acosta, Othello, Kean, Das große Licht). Im Saalbautheater gastierte im Januar an zwei Abenden unter starkem Zulauf die Pariser Künstlerin Mad. Yvette Guilbert mit ihrer Gesellschaft, ferner gleichfalls an drei Abenden die japanische Schauspielerin Sada Yacco mit ihrer Truppe.

Die Saalbau-Aktiengesellschaft erhielt durch bezirksrätlichen Bescheid vom 8. Oktober 1896 die Erlaubnis, gewerbsmäßige Gesangs- und deklamatorische Vorträge, sowie Schaustellungen von Personen in den Räumen des Saalbaues öffentlich zu veranstalten, oder diese Räume hierzu benutzen zu lassen. Durch bezirksrätlichen Bescheid vom 16. August 1900 wurde dem L. Thoma in Frankfurt a. M., an den die Saalbaugesellschaft im Juni 1900 den Saalbau verkauft hatte, eine Konzession desselben Inhalts für die Räume des Saalbaues erteilt. Die Saalbaugesellschaft in Liquidation, die genötigt war, den Saalbau im Konkursverfahren gegen L. Thoma zurückzuerwerben, machte für den Weiterbetrieb ihres Etablissements den ihr bestrittenen Fortbestand ihrer eigenen Konzession geltend, die sie bis zum Übergang des Saalbaues auf L. Thoma ausgeübt habe, bezw. habe ausüben lassen. Auf die an das Ministerium des Innern gesandte Eingabe wurde im November 1902 durch Erlaß desselben erkannt: Da die Konzession der Saalbaugesellschaft weder erloschen noch aufgegeben sei, bestehe sie noch weiter zu Recht, und daher werde der bezirksrätliche Bescheid vom 18. September 1902, wodurch das Nichtfortbestehen der Konzession ausgesprochen und die eventuell nachgesuchte erneute Erlaubnis zum Betrieb der Singspielhalle mangels eines nachgewiesenen Bedürfnisses versagt wurde, unter Niederschlagung der Kosten aufgehoben und ausgesprochen, daß die der Saalbau-Aktiengesellschaft unterm 8. Oktober 1896 erteilte Konzession weiter zu Recht bestehe.



Zeittafel der bemerkenswertesten Ereignisse des Jahres 1902

(Auszug aus den Statistischen Monatsberichten)

Januar

1. Das polizeiliche Meldewesen in der Stadt Mannheim wird neu geregelt.
2. Infolge des vom Verein zur Wahrung der Interessen der Marktwarenverkäufer in Szene gesetzten Boykotts wird der Wochenmarkt nur sehr schwach von Verkäufern besucht.
3. Der Stadtrat lehnt die geforderte Aufhebung der neuen Wochenmarktordnung ab und beschließt, die Erfahrungen eines Jahres mit derselben abzuwarten. Der Boykott des Marktes wird seitens der Händler als aussichtslos aufgegeben.
7. Die Bestrebungen zur Bildung eines rheinischen Kohlenverkauf-Syndikats scheitern an dem Widerstand einzelner großer Firmen.
25. Eine auf Veranlassung des „Bundes der Industriellen" abgehaltene Versammlung hiesiger Industrieller beschließt, einleitende Schritte zur Vorbereitung einer allgemeinen Industrie-Versammlung in Mannheim im Jubiläumsjahre 1906 zu ergreifen.
26. Der infolge Veruntreuungen eines Angestellten erfolgte Zusammenbruch der Getreide- und Speditionsfirma Karl Ficks bildet in weiten Kreisen den Gegenstand von Erörterungen.
30. Der Mörder des im Mai 1900 im Neckarauer Wald erschlagen aufgefundenen und lange unerkannt gebliebenen Färbers Eichelsperger, Karl Herberger, wird vom Karlsruher Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Februar

1. Ein orkanähnlicher Oststurm gefährdet das mächtige Gerüst der Liebfrauenkirche am Luisenring.
4. Der Bürgerausschuß stimmt dem Vergleich zwischen der Stadtgemeinde und der deutsch-holländischen Baugesellschaft in Düsseldorf zu, wonach die letztere der Stadt eine Entschädigung von 100000 Mk. für Nichteinhaltung ihrer vertragsmäßig eingegangenen Verpflichtung bei Auffüllungsarbeiten in der östlichen Stadterweiterung bezahlt. — Der Börsenbau-Aktiengesellschaft wird für ein von ihr auf ihren Neubau bei der städtischen Sparkasse aufzunehmendes Darlehen auf II. Hypothek im Betrage von 375000 Mk. seitens der Stadt Bürgschaft gegen entsprechende Sicherstellung gewährt.

9. Der Karnevals-Umzug des Feuerio findet unter starker Beteiligung der benachbarten badischen und Pfälzer Bevölkerung statt.

11. Die chemische Fabrik Lindenhof C. Weyl & Cie. wird in eine Aktiengesellschaft mit dem Hauptsitz in Mannheim und Zweigniederlassungen in Hüningen und Duisburg mit 3714000 Mk. Grundkapital umgewandelt.

20. Die Heidelberger Handelskammer beantragt die Herstellung einer direkten Bahnlinie Weinheim-Heidelberg beim Großh. Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten. Die Durchführung dieses Projekts würde der ohnedies äußerst ungünstigen Position Mannheims im internationalen Personenverkehr weiteren erheblichen Abbruch tun.

März

4. Ihre Majestät die Königin Carola von Sachsen stattet dem unter ihrem Protektorat stehenden hiesigen Luisenhaus einen Besuch ab.

10. Der deutsche Kronprinz berührt, von Karlsruhe kommend, den hiesigen Bahnhof und wird vom Amtsvorstand und dem Regimentskommandeur begrüßt.

13. Geheimer Kommerzienrat Eckhard erhöht anläßlich seines 80. Geburtstags die bei seinem 70. Geburtstag ins Leben gerufene Karl Eckhard-Stiftung für die Beamten der Rheinischen Kreditbank um weitere 10000 Mk., desgleichen die Karl Eckhard-Stiftung für Ausstattung junger Bürger und Bürgerinnen Mannheims um 5000 Mk. und stiftet je 1000 Mk. für den Frauenverein und die hiesigen Armen. — Der Bürgerausschuß genehmigt einstimmig die Neuorganisation des kaufmännischen Fortbildungsunterrichts und die Mittel zur Verbreiterung und Pflasterung der Schwetzingerstraße im Betrag von 228000 Mk. — Stadtbauinspektor Richard Perrey aus Breslau wird die Vorstandsstelle des Hochbauamts unter der Amtsbezeichnung „Stadtbaurat" übertragen.

14. Ein wiederholtes Gesuch des Stadtrats um Überlassung des für Mannheim so wichtigen Projekts des Geheimrat Honsell über die Regulierung des Oberrheins zu eigener Information wird von Großh. Ministerium abermals abschlägig beschieden.

20.—24. Der Bürgerausschuß beschließt nach viertägiger Voranschlagsdebatte die Erhebung einer Umlage von 58 statt der vorgeschlagenen 60 Pfennige.

April

1. Direktor Walleser der höheren Mädchenschule feiert sein 30 jähriges Dienstjubiläum als Vorstand der Anstalt.

4. Das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts gibt seine Genehmigung zur Errichtung einer Reformschule (Realmittelschule) in Mannheim.

5. Die Sammlung für die Großherzog-Friedrich-Jubiläumsstiftung ergibt in hiesiger Stadt die Summe von 164000 Mk. d. h. 37 % des im ganzen Großherzogtum gesammelten Kapitals von 443094 Mk.

7. Besichtigung des neu erbauten Lindenhofschulhauses durch die bürgerlichen Kollegien.

8. Einweihung des von der Architekten-Firma Köchler & Karch erbauten neuen Börsengebäudes unter Beteiligung der Minister Schenkel, Buchenberger und Reinhard.

10. Vornahme der ersten Personenstandsaufnahme in der Stadt Mannheim.

11. Die Regierungsvorlage betr. die Regulierung des Oberrheins zwischen Sondernheim und Straßburg geht den Kammern zu.

12. Einweihung des neuen Offizierskasinos der Kaiser-Wilhelms-Kaserne.

15. Eröffnung der städtischen Handelsfortbildungsschule.

18. An die Landstände wird eine gemeinsame Vorstellung von Stadtrat und Handelskammer gegen die Regulierung des Oberrheins abgesendet.

20.—28. Das fünfzigjährige Regierungsjubiläum Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs wird durch eine große Reihe festlicher Veranstaltungen, darunter ein allgemeines Festbankett am 26. im Saalbau, feierlich begangen.

25. Aus Anlaß des Regierungsjubiläums werden zahlreiche Auszeichnungen an Mannheimer Einwohner, dem Oberbürgermeister Beck eine goldene Amtskette, verliehen.

Mai

2. Zustiftung von 20000 Mk. zur Friedrich und Marie Engelhorn-Stiftung durch die Erben des am 11. März verstorbenen Kommerzienrats Friedrich Engelhorn. — Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt tritt zu einer außerordentlichen Sitzung in Mannheim zusammen.

3. Eine gemeinsame Deputation aus den Städten Mannheim und Ludwigshafen sucht ohne Erfolg von der Direktion der Pfälzischen Bahnen eine Milderung der Forderung für die Benützung der Rheinbrücke durch die elektrische Straßenbahn zu erwirken. — Einweihung des neuen Vereinshauses des Kaufmännischen Vereins.

5. Das Bürgermeisteramt veröffentlicht eine eingehende Denkschrift über die seitherigen Vorarbeiten zur Erbauung einer zweiten Neckarbrücke.

6. Dritter Tag der Mairennen in Anwesenheit Ihrer Königl. Hoheiten des Großherzogs und der Frau Großherzogin. — Die Mai-Viehmarkt-Prämiierung findet unter großem Andrang der Bevölkerung, insbesondere aus der bayrischen Pfalz, statt; die elektrische Straßenbahn befördert 55000 Personen.

9. u. 12. Ermittelung von Stärke und Richtung des Fuhrwerkverkehrs über die Friedrichsbrücke.

14. Gründung eines gemeinnützigen Vereins für den Jungbusch-Stadtteil. — Die Handelskammer spricht sich gegen die in Aussicht genommene Ermächtigung der Gemeinden zur Erhebung einer Umsatzsteuer von den Warenhäusern aus.

15. Einführung einer neuen Schiffsverbindung (aus Mannheim morgens 7^{10}, in Köln abends 7 Uhr) durch die Kölnische und Düsseldorfer Dampfschiffahrts-Gesellschaft.

30. Vorbesichtigung der landwirtschaftlichen Ausstellung durch die Vertreter der Großh. Regierung, der deutschen Landwirtschaftsgesellschaft und die Mitglieder des Ortsausschusses.

31. Festliche Eröffnung der beiden nach Ludwigshafen führenden Linien der elektrischen Straßenbahn Waldhof-Anilinfabrik und Hauptbahnhof Mannheim-Bahnhof Ludwigshafen.

Juni

1. Inbetriebnahme der neuen Strecke der elektrischen Straßenbahn vom Tattersall bis zum Neckarauer Übergang. — Wiedereröffnung des gänzlich umgebauten Hotels „Pfälzer Hof".

4. Ihre Kgl. Hoheiten der Großherzog und die Frau Großherzogin, die Kronprinzessin von Schweden und Norwegen und Se. Großh. Hoheit Prinz Max treffen mit dem Schiff von Karlsruhe, Ihre Kgl. Hoheiten der Erbgroßherzog und die Frau Erbgroßherzogin von Coblenz kommend zu mehrtägigem Aufenthalt in Mannheim ein. Als Ehrengäste der Stadt nehmen an den bevorstehenden Festlichkeiten die Mitglieder des Großh. Staatsministeriums und andere hohe Beamte, der Präsident der zweiten badischen Kammer,

der Präsident des badischen Landwirtschaftsrats und mehrere hervorragende Persönlichkeiten der Schwesterstadt Ludwigshafen und der bayrischen Pfalz teil. — Im Stadtpark findet ein Begrüßungsabend zu Ehren der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft statt.

5. Festliche Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung durch Se. Kgl. Hoheit den Großherzog, nachmittags Rundfahrt des Großherzogpaares und der anwesenden Fürstlichkeiten durch die aufs prächtigste geschmückte Stadt. Abends Lampionzug der hiesigen Vereine und Serenade vor dem Schloß.

6. Huldigung der nahezu 20000 Köpfe starken Schuljugend im Schloßhofe vor dem Großherzogspaar. — Eröffnung der Ausstellung des Altertumsvereins von Kunstgegenständen aus der Zeit Karl Theodors. — Eröffnung der zweiten internationalen Hundeausstellung. — Festvorstellung zu Ehren der Besucher der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Großh. Hoftheater, darnach Rundfahrt der Allerhöchsten Herrschaften zur Besichtigung der Illumination. — Das Großh. Institut feiert das 25jährige Jubiläum seines Bestehens unter städtischer Verwaltung durch eine Festvorstellung in Anwesenheit Ihrer Kgl. Hoheiten der Frau Großherzogin und Erbgroßherzogin. — Besichtigung der Stadt und der landwirtschaftlichen Ausstellung durch Se. Kgl. Hoheit den Prinzen Ludwig von Bayern.

7. Eröffnung der neuerbauten Krippe in der Neckarvorstadt und Besuch des Diakonissenhauses durch die Frau Großherzogin. — Ansprache S. Kgl. Hoheit des Großherzogs beim Festmahl im Stadtpark. — Hauptversammlung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft im Mollschulhaus. — Unter imposanter Beteiligung von über 80 Schiffen mit etwa 15000 Gästen findet nachmittags eine Festfahrt auf dem Rhein durch die Allerhöchsten und Höchsten badischen Herrschaften und Prinz Ludwig von Bayern, verbunden mit einer Flottenparade im Altrhein und Besichtigung des städtischen Industriehafens sowie des Luitpoldhafens in Ludwigshafen statt. Trotz ungünstiger Witterung macht die in ähnlicher Großartigkeit auf dem Rhein noch nicht dagewesene Veranstaltung den besten Eindruck auf die auswärtigen Gäste.

8. Festvorstellung im Großh. Hoftheater, Jubiläumskonzert der Hochschule für Musik im Bernhardushof und Fest im Stadtpark.

9. Besuch der Gewerbeausstellung durch die Großherzoglichen Herrschaften und des Wöchnerinnen-Asyls durch die Großherzogin. Abends Abreise des Großherzogspaares.

10. Schluß der landwirtschaftlichen Ausstellung. Trotz des sehr ungünstigen Wetters blieb der Besuch der Ausstellung mit rund 130000 nur hinter dem in Berlin, Hamburg, Frankfurt und Halle erzielten zurück. Die städtische Straßenbahn beförderte während der Ausstellung 575879 Personen.

12. Oberbürgermeister Beck veröffentlicht im Allerhöchsten Auftrag ein Dankschreiben Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs an die Einwohnerschaft Mannheims für die veranstalteten Kundgebungen.

15. Grundsteinlegung der katholischen Herz-Jesukirche in der Neckarvorstadt.

22. Grundsteinlegung der evangelischen Johanniskirche auf dem Lindenhof.

24. Die zweite Kammer bewilligt mit großer Majorität die geforderte erste Rate von 900000 Mk. für die Oberrheinregulierung unter der Voraussetzung, daß der Beitrag Badens von 40 auf 30 % herabgesetzt wird und daß in der Frage der Tarifregulierung der oberrheinischen Häfen und der Abschaffung der reichsgesetzlichen Oktroivergünstigungen Straßburgs mit den Reichslanden erzielt wird.

26. Der Bürgerausschuß berät den Voranschlag für die außerordentlichen Unternehmungen und bewilligt die Mittel für die Erweiterung des Kabelnetzes des Elektrizitätswerks.

Juli

6. Die 24. Oberrheinische Regatta findet bei sehr günstigem Wetter im Mühlauhafen statt, den Kaiserpreis gewinnt der Mannheimer Ruderklub.

17. Konsul Karl Leoni erhöht aus Anlaß seines 70. Geburtstags seine im Jahre 1898 gemachte Schenkung von 35000 Mk. zur Unterstützung unbemittelter tüchtiger junger Kaufleute aus Mannheim zu ihrer wissenschaftlichen Ausbildung auf 70000 Mk.

20. Schluß der Gewerbeausstellung des Handwerkskammerbezirks Mannheim im Großh. Schloß.

24. Eröffnung der Dampffähre Mannheim-Rennershof nach Ludwigshafen-Luitpoldhafen. — Oberamtmann Schäfer wird zum Großh. Polizeidirektor in Mannheim ernannt.

29. Die Steuerkatastrierung für 1902 ergibt eine Vermehrung der Gewerbesteuerkapitalien im Großherzogtum um 69,4 Mill. Mk., von welchen auf die Stadt Mannheim rund 24 Millionen entfallen. — Der Bürgerausschuß bewilligt 376500 Mk. für Herstellung der elektrischen Vorortbahnen nach Käferthal und Feudenheim und stimmt der Einführung des Proportionalwahlsystems für die Gewerbegerichtswahlen zu.

August

3. Besichtigung der neu errichteten Laboratorien der Ingenieurschule durch die Mitglieder der bürgerlichen Kollegien.

4. Beginn der Bauarbeiten am Ochsenpferch-Pumpwerk.

5. Die Prüfung der Akustik des großen Saals der Festhalle durch deren Erbauer, Professor Bruno Schmitz und Baurat Sturmhöfel-Berlin liefert ein durchaus befriedigendes Ergebnis.

10. Im großen Rathaussaal findet die diesjährige Preisverteilung für Lehrlingsarbeiten in Anwesenheit staatlicher und städtischer Vertreter statt.

16. Geheimrat Dr. phil. jur. et med. Wilhelm Wundt, Professor an der Universität Leipzig, berühmter Philosoph und Schöpfer der experimentellen Psychologie, feiert seinen 70. Geburtstag. Der Stadtrat bringt dem in Neckarau geborenen Gelehrten die Glückwünsche seiner Vaterstadt zu diesem Tage dar.

17.—19. Der Verbandstag süddeutscher Schuhmachermeister, verbunden mit einer Fachausstellung, findet hier statt.

23. Die vom 24.—29. währende 49. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands, sog. Katholikentag, wird durch festliches Geläute der katholischen Kirchen in Mannheim und Ludwigshafen eingeleitet.

24. Unter außerordendlichem Zustrom der Bevölkerung, namentlich aus der bayerischen Pfalz, beginnt der vom schönsten Wetter begünstigte Katholikentag. An dem Festzug der katholischen Arbeitervereine nehmen ca. 20000 Personen teil. Die Begrüßungsversammlung im großen Saal der Festhalle ist von ca. 6000 Personen besucht.

28. Anläßlich des Katholikentages findet unter sehr zahlreicher Beteiligung von Schiffen eine Festfahrt auf dem Rhein statt.

September

4.—7. Der IV. Kongreß des deutschen Verbandes für das kaufmännische Unterrichtswesen findet hier statt.

9. Zum Vorstand der Realschule wird Professor Dr. Blum in Kehl unter Verleihung des Titels Direktor, zum Direktor der höheren Mädchenschule Direktor O. Hammes in Offenburg ernannt.

11. Eröffnung der Reformschule (Realschule mit Realprogymnasium).

12. Besichtigung des vollendeten Hoftheaterumbaus durch Vertreter der Staatsbehörden und den Stadtrat. — Angesichts des Steigens der Fleischpreise beschließt der Stadtrat, mit den anderen Städten der Städteordnung behufs Veranstaltung einer gemeinsamen Aktion in Verbindung zu treten.

14. Wiedereröffnung des umgebauten Hof- und Nationaltheaters mit einer Vorstellung von Wagners „Fliegendem Holländer". — Die badischen Neckargemeinden werden vom Großh. Ministerium des Innern zu einer Äußerung über die geplante Neckarkanalisation aufgefordert.

16. Fabrikant Heinrich Vögele stiftet 20000 Mk. für das Erholungsheim der Beamten der badischen Staatsbahnen.

22. Der Verein der Gastwirte und Restaurateure beschließt die Gründung einer (freien) Wirte-Innung.

25. Zur Sanierung der mißlichen, infolge übermäßiger Konkurrenz eingetretenen Frachtverhältnisse der Rheinschiffahrt wird eine Vereinigung der oberrheinischen Schiffahrtsgesellschaften gegründet.

27. Der Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft für chemische Industrie in Rheinau gibt bekannt, daß infolge jahrelanger falscher Buchungen das 2½ Millionen Mark betragende Aktienkapital der Gesellschaft verloren sei und Konkurs angemeldet werden müsse. Die unerwartete Nachricht ruft hier und auswärts das größte Aufsehen hervor.

30. Bei den Ergänzungswahlen der III. Wählerklasse zum Bürgerausschuß stimmen von 15508 Wahlberechtigten 7017 oder 45,2 % ab, die Liste der Sozialdemokraten erhält 4928, die gemeinsame Liste der Nationalliberalen, Freisinnigen und des Zentrums 2076 Stimmen.

Oktober

1. Die Main-Neckarbahn geht an die preußisch-hessische Eisenbahngemeinschaft über.

6. Der Zusammenbruch der Aktiengesellschaft für chemische Industrie und die damit zusammenhängenden Fragen der Übernahme des Rheinauhafens in Staatsbetrieb und der Einverleibung der Rheinau in Mannheim werden fortgesetzt in hiesigen und auswärtigen Blättern kommentiert.

7. Bei den Ergänzungswahlen der II. Wählerklasse zum Bürgerausschuß werden 11 Demokraten, 4 Freisinnige und 3 Nationalliberale gewählt. Auf die Vorschlagsliste der vereinigten Parteien (nationalliberal, Zentrum, freisinnig) entfallen 903, auf die demokratische 855 und auf die mit letzterer im wesentlichen übereinstimmende Liste des Bürgerwahlvereins 129 nicht abgeänderte Stimmen.

10. In pfälzischen Blättern wird wiederum die Notwendigkeit der Erbauung einer zweiten Rheinbrücke zwischen Mannheim und Ludwigshafen erörtert.

14. Bei den Ergänzungswahlen der I. Wählerklasse zum Bürgerausschuß werden sämtliche Kandidaten der vereinigten Parteien gewählt. Die Wahlbeteiliguug beträgt rund 80 %, die Liste der vereinigten Parteien erhält 613, die demokratische 362, die Liste des Bürgervereins 137 unabgeänderte Zettel.

18. Ankunft Sr. Kgl. Hoheit des Großherzogs zur Feier des 50jährigen Bestehens des hiesigen Grenadierregiments. Festvorstellung im Hoftheater für die Kriegsveteranen, darnach Zapfenstreich und Bankett im Saalbau.

19. Enthüllung des Moltkedenkmals auf dem Zeughausplatz in Anwesenheit des Großherzogpaares, des Erbgroßherzogs und des Prinzen Karl, des Generalleutnants Grafen Moltke und zahlreicher früherer Regimentsangehöriger.

24. Besichtigung des im Rohbau vollendeten Hauptpostamts durch Staatssekretär Kraetke und und andere oberste Postbeamte.

28. Die Rente der badischen Staatsbahn ist im Jahre 1901 von 3,31 auf 2,55 % gesunken; für dieses ungünstige Ergebnis ist neben der schlechten wirtschaftlichen Konjunktur das starke Anwachsen des Schiffsverkehrs nach Straßburg infolge dauernd guten Wasserstands verantwortlich zu machen.

November

4. Überreichung der Ehrenbürger-Urkunde an Kommerzienrat und Generalkonsul Reiß, der bei diesem Anlaß mitteilt, daß er laut bereits getroffener testamentarischer Verfügung der Stadt ein Museumsgebäude stiften werde.

13. Die vom 5.—9. vorgenommene Zählung leerstehender Wohnungen ergibt deren 2164 gegen 1567 im Oktober 1901. — Ein provisorischer Ortsausschuß erläßt an die Frauen Mannheims einen Aufruf zur Bildung einer Ortsgruppe des deutschen Schillerbundes. — Der Vorstand der Mannheimer Börse richtet an die Reichstagsabgeordneten Bassermann und Dreesbach das dringende telegraphische Ersuchen, die Verzinsung der Getreide-Zollbeträge aufs energischste zu bekämpfen. — Unter dem Vorsitz des Geh. Kommerzienrat Diffené findet eine Besprechung der hiesigen Banken und Bankiers und darauf der Vertreter des Mannheimer Warenhandels in Sachen der Erweiterung des Börsenverkehrs mit überwiegend günstigem Ergebnis statt.]

17. Bei den nach dem Proportionalsystem vorgenommenen Gewerbegerichtswahlen entfallen bei den Arbeitgebern auf die Liste des Handwerkerverbandes und Fabrikantenvereins 449 Zettel (24 Sitze), des Gewerkschaftskartells 103 (6 Sitze), der Mannheimer Wirte 35 (2 Sitze) und auf die Käferthaler Liste 22 Zettel (1 Sitz). Bei den Arbeitnehmern auf die Liste des Gewerkschaftskartells 3012 Zettel (28 Sitze), der vereinigten nichtsozialistischen Arbeitervereine 884 Zettel (9 Sitze).

18. Die Lage der Rheinaugesellschaften und die Stellungnahme des Staates und der Stadt zu denselben ist fortgesetzt Gegenstand der öffentlichen Diskussion.

21. Eine Gasexplosion im Hause H 4. 3 verursacht großen Schaden. — Infolge der starken Kälte bringen die Nebenflüsse des Rheins Treibeis und die Schiffahrt stockt.

23. Die Rheinschiffahrt wird eingestellt.

24. In der Handelskammer findet eine resultatlos verlaufene Besprechung wegen Aufhebung der Brückenfracht-Zuschläge Mannheim-Ludwigshafen statt.

26. Die bisher durch Zahlen bezeichneten Querstraßen in der Neckarvorstadt erhalten Namen.

Dezember

5. Der Stadtrat, vom Großh. Ministerium des Innern zu einer Äußerung über das Projekt einer Neckarkanalisation aufgefordert, beschließt, keine Einwendungen dagegen zu erheben.

6. Der in einer Versammlung der Gläubiger der Rheinaugesellschaften mitgeteilte, von einer Sachverständigenkommission aufgestellte Status der einzelnen Gesellschaften zeigt im Gegensatz zu früheren Schätzungen ein sehr ungünstiges Bild.

9. Die Begründung einer Industriebörse wird beschlossen.

10. Die Eisdecke des Neckars wird vom Publikum überschritten.

14. Kirchenrat Ruckhaber feiert sein 50 jähriges Amtsjubiläum, aus welchem Anlasse er von Deputierten des Stadtrates, der Schulkommission, des Kirchengemeinderats und anderen Korporationen beglückwünscht wurde.

15. Der von der früheren Verwaltung der Main-Neckarbahn beharrlich verweigerte dringend erwünschte Anschluß Mannheims an den Morgenschnellzug an Frankfurt 9^{30} wird eingerichtet.

19. Ein orkanartiger Sturm richtet vielen Schaden an; u. a. stürzten die Gerüste von drei Arkaden-Neubauten am Friedrichsplatz ein.

22. Zu Mitgliedern des Stadtverordnetenvorstandes werden gewählt: W. Fulda und E. Paul mit je 85, A. König mit 84, G. Pfeiffle mit 83 und G. Selb mit 51 Stimmen. Der letztgenannte wird mit 52 Stimmen zum Obmann, W. Fulda mit 87 Stimmen zu dessen Stellvertreter gewählt.

23. Die Generalversammlung der Aktionäre der Mannheim-Rheinauer Transportgesellschaft beschließt mit 2772 gegen 675 Stimmen Liquidation der Gesellschaft.

24. Das Großh. Ministerium des Innern gibt durch Vermittelung des Bezirksamts dem Stadtrat bekannt, daß es gesonnen sei, die Rheinau auch gegen den Willen der Gemeinde Seckenheim vorbehaltlich späterer Entscheidung etwaiger Entschädigungsansprüche durch die zuständigen Instanzen in Mannheim einzuverleiben und fordert zu schleuniger Abgabe einer Erklärung auf.

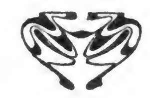
30. Der Stadtrat beantragt gemeinsam mit der Handelskammer im Interesse der im Industriehafen ansässigen Firmen wiederholt die Gleichstellung der Frachtsätze des Industriehafens mit denen des Zentralgüterbahnhofs.

* * *

Witterung und Wasserstand.

Der mittlere Barometerstand wich mit 753,82 von dem vorjährigen (753,29) nicht erheblich ab und erreichte wieder genau die 1900 beobachtete Höhe. Dagegen war die mittlere Jahrestemperatur mit 9,48° wiederum ziemlich viel niedriger, als 1901 mit 9,81°, wie sich dieselbe überhaupt seit mehreren Jahren in stetigem Rückgang befindet (1898: 10,58, 1899: 10,42 1900: 10,38, 1901: 9,81, 1902: 9,48). Dabei waren aber die ersten vier Monate des Berichtsjahres bedeutend wärmer, als ihre Parallelmonate von 1901 und erst der Mai, dessen Durchschnitts-Temperatur sogar unter jene des April sank (am 7. Mai fiel Schnee!) brachte gegenüber dem Vorjahr einen bedeutenden Wärmeausfall, der sich in allen folgenden Monaten mit einziger geringfügiger Ausnahme des September in mehr oder weniger starkem Maß wiederholte. Die höchste Temperatur wurde schon am 28. Juni und dann wieder am 15. Juli mit 32,5°, die tiefste am 6. Dezember mit — 14,5° erreicht. Die relative Feuchtigkeit war

mit 76,8 % etwas höher als die vorjährige, die Durchschnittshöhe der monatlichen Niederschläge betrug dagegen nur 36,7 gegen 45,2 mm im Jahre 1901 und 54,0 mm 1900. Weitaus die stärkste Niederschlagshöhe brachte der Juni mit 92,9 mm, wie auch die größte überhaupt beobachtete Regenmenge am 5. Juni fiel — dem Tag der Eröffnung der landwirtschaftlichen Ausstellung. Den letzten Frost im Frühjahr brachte der 8. Mai (1901 der 30. März), am 16. November setzte der erste Frost wieder ein und hielt auch sofort 8 Tage lang an. Alles in allem war 1902 ein ganz abnormes Witterungsjahr, das sich fast unausgesetzt in Extremen bewegte. — Der Rhein brachte in den ersten Tagen des Januar eine kleine, rasch verlaufende Flutwelle, sank dann bis gegen Ende Januar stark, und dieselbe Erscheinung kehrte verstärkt im Februar wieder. Mit Ende März trat sehr günstiger, bis zum 17. Mai anhaltender Wasserstand ein, dem eine außerordentlich starke, den höchsten Maiwasserstand der letzten 10 Jahre noch übertreffende Flutwelle folgte. Bis Mitte September blieb der Wasserstand günstig, fiel dann aber rasch ab und blieb, vereinzelte Erhöhungen im Oktober und Dezember abgerechnet, bis gegen Jahresschluß niedrig.





Personen- und Sachregister





